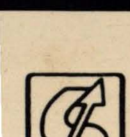
POLITISCHES GESCHEHEN

DES XX. JAHRHUNDERTS

III POLIT. GESCHEHEN

1911-30





Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts

in seinen Zusammenhängen chronologisch dargestellt von

Dieter Vollmer

Band III: 1911 bis 1930

Herausgegeben von

Verlag K.W. Schütz KG
Preußisch Oldendorf

Druck: Kölle-Druck, Preuß. Oldendorf
Plastikdecke: Dreske & Krüger, Hannover
Titelentwurf: Prof. Hans Schweitzer

Vorwort zu Band III

(1911—1930)

Versucht man, in einem so kurzen Zeitabschnitt des politischen Geschehens einen für diese zwanzig Jahre kennzeichnenden, typischen Zug zu finden, so ist man natürlich geneigt, sich zunächst an besonders augenfällige und folgenschwere Ereignisse zu halten. Das wären in diesem Falle die Vorbereitung und Auslösung des Ersten Weltkrieges, dessen Rückwirkungen auf die politische Entwicklung in und zwischen den Staaten, sowohl den kriegführenden als auch den neutralen, und endlich die verhängnisvollen Tendenzen, die sich bei der sogenannten Friedenskonferenz in Versailles durchsetzten und binnen zwei Jahrzehnten den Zweiten Weltkrieg mit der anschließenden Bolschewisierung halb Europas herbeiführen mußten, offensichtlich auch sollten (vgl. 19. Mai 1919 und Anmerkung 21/1919).

Schaut man dann aber tiefer, so zeichnet sich hinter diesem äußeren Geschehen der Jahre 1911 bis 1930 ein anderes, wesentlicheres ab: an die Stelle der freien Entscheidung geistig unabhängiger, in sich gefestigter Persönlichkeiten ist mehr und mehr das Wirken von Kollektiven, zum Teil von anonymen Kollektiven getreten. Gewiß, viele wollen das nicht wahrhaben und es soll wohl ein Zeichen von Überlegenheit sein, wenn sie sagen: „Ich lehne die Verschwörungstheorie ab." Sie befolgen damit die Devise: „Was ich nicht denke und tu', trau' ich auch andern nicht zu." Erst neuerlich aber hat wieder ein angesehener amerikanischer Hochschullehrer, Dr. Caroll Quigley, als Beteiligter, gleichsam triumphierend, unwiderlegliche Hinweise auf das Wirken solcher anonymer Kollektive gegeben (vgl.: noch 1915, Anm. 25). Die Weigerung, geschichtliche Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, hat diese noch nie aus der Welt geschafft.

Im gleichen Zeitabschnitt hat sich das Bewußtsein der politischen Verantwortung verflüchtigt, sie ist zur bloßen Phrase abgesunken, dort am lautesten berufen, wo am wenigsten empfunden. Wo dennoch einzelne führende Persönlichkeiten den Blick auf sich ziehen, treten sie entweder als Funktionäre von Kollektiven auf oder aber sie werden durch die verzweifelte Abwehr des treibsandartigen Wirkens solcher Kollektive auf den Plan gerufen. In diesem letzteren Falle sind sie fast regelmäßig zum Scheitern verurteilt.

Es ist letzten Endes der Geist der französischen Revolution und ihrer Urheber, der sich hier schleichend und erstickend ausbreitet, jener Liberalismus, der stets dem radikalen Sozialismus oder

Kommunismus den Weg bereitet und über die „Demokratie" zur „Volksfront", von dort zur menschenfeindlichen Diktatur nicht etwa des „Proletariats", sondern einer kleinen Minderheit von Machtbesessenen führt. Es sind keineswegs die „aristoi", die Besten, die eine Macht über Massen erstreben, ohne Verantwortung gegenüber den natürlichen Ordnungen des Lebens. Eher schon bahnt sich in ihnen die Endstufe eines namenlosen Verfalls an, das vollendete Paradox eines Sozialismus der Asozialen.

Vor dem Hintergrund dieses offenbar ausweglosen* Abgleitens in eine Welt, wie sie Orwell in seinem Buch 1894 geschildert hat, hebt sich in dem hier behandelten Zeitabschnitt um so leuchtender die politische Lebensleistung eines Mannes wie Fridtjof Nansen ab. Sie wurde deshalb in unserer Darstellung eingehend gewürdigt als Nachhall einer Zeit, in der die auf sich gestellte starke Einzelpersönlichkeit noch erfolgreich zu wirken vermochte, zugleich auch als ein Zeichen der Hoffnung für eine Zukunft, in der das vielleicht einmal wieder möglich sein wird.

Zum praktischen Gebrauch des hier vorgelegten Nachschlagewerks sei noch gesagt, daß aus Raumgründen zuweilen auch Wichtiges in den Anmerkungsteil gestellt werden mußte. Es empfiehlt sich also, nicht nur den Verweisungen an andere Textstellen nachzugehen, sondern auch die Anmerkungen am Ende des Bandes mitzulesen. Sie enthalten nicht immer nur Quellenhinweise, sondern gegebenenfalls auch Ergänzungen zur Darstellung selbst.

Hannover, 15. Juni 1972

Dieter Vollmer

* Berichtigung: Statt 1894 muß es 1984 heißen.

1911

Anfang Januar 1911

Vierzig Jahre nachdem die deutschsprachigen Departments des Elsaß und Lothringens zu Deutschland zurückkehrten (26. Februar 1871), gibt das Deutsche Reich durch Gesetz Elsaß-Lothringen eine Landesverfassung und ein Wahlgesetz, durch die es den deutschen Bundesstaaten verfassungsrechtlich gleichgestellt wird. Für die zweite Kammer wird das gleiche Wahlrecht eingeführt, das auch für die Wahl des deutschen Reichstages gilt. Doch ist im Laufe der zurückliegenden vier Jahrzehnte die Verbitterung über die verfehlte deutsche Politik in Elsaß-Lothringen so angewachsen, daß die elsaß-lothringischen Abgeordneten im Reichstag gegen die Gesetzesvorlage stimmen, der Abhängigkeit der Landesregierung vom Kaiser wegen, die in der Landesverfassung enthalten ist. Das Land erhält drei Bundesratssitze. Die Mehrheit im neugewählten Landtag erhält die elsaß-lothringische Landespartei, die im übrigen Deutschland dem katholischen Zentrum entspricht. Die deutsch-französischen Spannungen Elsaß-Lothringens wegen bestehen unverändert fort.[1]

DEUTSCHLAND ELSASS-LOHTRINGEN LANDES-VERFASSUNG WAHLRECHT

18. Januar 1911

Unter Führung des deutschen Schutztruppenoffiziers Hauptmann Maximilian Bayer bildet sich der Deutsche Pfadfinderbund (DPB) in teilweiser Anlehnung an die erzieherischen Ideen des Begründers der britischen boy scouts, Baden-Powell.[2]

DEUTSCHER PFADFINDER-BUND

März 1911

Der russische Ministerpräsident Pjotr Arkadewitsch Stolypin (geb. 1862 in Dresden), seit Juli 1906 im Amt, droht mit seinem Rücktritt, um den Zaren zur Beurlaubung der Duma und des Reichsrates auf drei Tage zu zwingen. Während dieser drei Tage setzt Stolypin ein vom Reichsrat verworfenes Gesetz in Kraft, das den polnischen Einfluß in den westlichen Gouvernements Rußlands eindämmen soll. Beide Kammern mißbilligen diesen Staatsstreich, zu dem sich der Zar mißbrauchen läßt.

RUSSLAND STOLYPIN STAATS-STREICH

1. Mai 1911

Im Zuge der Bekämpfung der amerikanischen Trusts durch den Präsidenten der USA, William Howard Taft, werden nach Prozessen vor dem Obersten Bundesgericht die Standard Oil Company und die American Tobacco Company aufgelöst bzw. in Tochtergesellschaften aufgeteilt.

USA TAFT TRUST-BEKÄMPFUNG

25. Mai 1911

MEXIKO RÜCKTRITT DIAZ' MADERO

Der Staatspräsident Mexikos, Porfirio Diaz, seit 1877 mit kurzer Unterbrechung im Amt, tritt zurück, nachdem es anläßlich seiner Wiederwahl zu revolutionären Unruhen der Bauern und Arbeiter gekommen ist. Er hat diktatorisch regiert und nordamerikanische Kapitalinvestitionen, insbesondere in Erdölbohrungen, begünstigt.
Ein Prozent der Gesamtbevölkerung verfügt über 96 Prozent des Grund und Bodens. Diaz' Nachfolger, der Präsident Francisco Indalecio Madero, wird knapp zwei Jahre später ermordet werden (vgl. 22. Februar 1913).

19. Juni 1911

PORTUGAL REPUBLIKANISCHE VERFASSUNG D'ARRIAGA KOLONIAL-MINISTERIUM

In Portugal beschließt die aus der Freimaurer-Revolution (Lima) vom 5. Oktober 1910 hervorgegangene Nationalversammlung eine republikanische Verfassung nach französischem Muster sowie die Trennung von Staat und Kirche. In dem Jahrhunderte währenden Kampf zwischen Kirche und Freimaurerei muß die erstere eine entscheidende Niederlage hinnehmen. Staatspräsident wird Manoel d'Arriaga. Für den portugiesischen Kolonialbesitz wird ein eigenes Ministerium eingerichtet, obschon in Mocambique noch ganze Distrikte privaten Konzessionsgesellschaften unterstehen, so der Companhia do Niassa (bis 1929) und der Companhia de Mocambique (bis 1942). Der seit 1643 bestehende Rat für die überseeischen Gebiete wird dem neuen Ministerium angegliedert.[3]

1. Juli 1911

DEUTSCHLAND MAROKKO „PANTHER-SPRUNG"

Die deutsche Reichsregierung entsendet das Kanonenboot „Panther" nach Agadir n Ighir an der marrokanischen Westküste, um durch diese romantisch als „Panthersprung" glorifizierte Geste abermals, wie schon am 31. März 1905 (Tanger), gegen die französische Einflußnahme in Marokko zu protestieren. Die Geste bleibt politisch erfolglos, nützt aber der antideutschen Propaganda, da sie als Ausdruck eines deutschen Imperialismus dargestellt werden kann. Vgl. 4. November 1911.

13. Juli 1911

GROSS-BRITANNIEN JAPAN DEFENSIV-BÜNDNIS

In London unterzeichnen Sir Edward Grey und Takaaki Kato einen Vertrag, der das britisch-japanische Abkommen vom 12. August 1905 revidiert. Es geht dabei um die Interessenabgrenzung im Fernen Osten, freie Hand für Japan in Korea, für Großbritannien bei Festsetzung der indischen Grenzen und um ein Defensivbündnis bei unprovozierten Angriffen durch Dritte bei Ausschluß von Separatverträgen mit Dritten. Neugefaßt wird

Artikel 4 dahingehend, daß keine Verpflichtung zu kriegerischen Handlungen gegen eine Macht besteht, mit der der jeweilige Vertragspartner zuvor einen allgemeinen Schiedsvertrag geschlossen hat.[4]

15. Juli 1911

DEUTSCHLAND FRANKREICH MAROKKO KONGO GROSS-BRITANNIEN KRIEGSGEFAHR

In Berlin verhandeln der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alfred von Kiderlen-Waechter, und der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, um eine angemessene Kompensation für einen deutschen Verzicht auf Wahrnehmung politischer Interessen in Marokko (vgl. 1. Juli 1911). Kiderlen fordert den gesamten französischen Kongo. Eine Woche später wird der britische Schatzkanzler, Lloyd George, in einer Rede im Mansion House eine unverhüllte Kriegsdrohung gegen Deutschland aussprechen. Gleichzeitig werden zwischen Frankreich und Großbritannien militärische Absprachen von erheblicher Tragweite getroffen (vgl. 20. Juli 1911) und britische sowie französische Kapitalien vom deutschen Markt abgezogen werden, so daß an den deutschen Börsen eine Panik entsteht. Die deutsch-französischen Verhandlungen werden abgebrochen und erst im Oktober 1911, nachdem die Kriegsgefahr vorüber ist, wieder aufgenommen werden (vgl. 4. November 1911).[5]

20. Juli 1911

FRANKREICH GROSS-BRITANNIEN MILITÄR-KONVENTION

In Paris wird eine französisch-britische Militärkonvention geschlossen, die eindeutig gegen Deutschland gerichtet ist und alle Einzelheiten über Stärke, Zusammensetzung, Seetransport, Ausladung, Bahntransport und Aufmarschraum eines britischen Expeditionskorps bei Arras—St.Quentin—Cambrai bzw. Busigny—Hirson—Maubeuge festlegt. 6900 britische Offiziere, 165 000 Mann, 69 500 Pferde, 492 Geschütze sollen am 16. Mobilmachungstag in die Operationen eingreifen. Tags darauf bezeichnet Grey in einer Rede die Konvention als Endstadium der seit 1906 geführten Verhandlungen um eine gemeinsame militärische Basis beider Mächte „pour le cas où elle serait necessaire". Die Konvention wird von den Parlamenten nicht ratifiziert, ist aber trotzdem in Kraft.[6]

13. August 1911

GROSS-BRITANNIEN CHURCHILL MEMORANDUM

Winston Churchill, als Nachfolger Lord Fischers und Wilsons soeben Erster Lord der britischen Admiralität geworden, legt der britischen Regierung ein Memorandum vor „in der Annahme ..., daß man zu der Entscheidung kam, eine militärische Streitmacht Großbritanniens auf dem europäischen Kontinent

KON-STELLATION VON 1914

einzusetzen. Über einen solchen Entschluß ist im voraus in keiner Weise zu urteilen. Es wird angenommen, daß eine Allianz zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland besteht und daß diese Mächte von Deutschland und Österreich angegriffen werden." Genau diese Konstellation wird drei Jahre später eintreten, nicht durch Zufall, sondern von langer Hand vorbereitet.[7]

17. August 1911

NORD-RHODESIEN

Unter der Verwaltung der British South Africa Company, also noch nicht des britischen Kolonialministeriums, wird das um 1900 unter britischen Schutz genommene Barotseland mit Nordost- und Nordwestrhodesien zu einem eigenen Territorium Nordrhodesien zusammengefaßt.

19. August 1911

DEUTSCHLAND RUSSLAND BAHNBAU-ABKOMMEN PERSIEN

In Petersburg schließen Deutschland und Rußland ein Abkommen über den Bau von Bahnlinien in Persien. Die deutsche Regierung erklärt sich an Bahn-, Straßen- und Schiffahrtskonzessionen in Nordpersien nicht interessiert, die russische verpflichtet sich, „u. a. die Konzession für den Bau einer Bahn einzuholen, die von Teheran ausgehen und in Khanekin enden soll". Ferner soll das Eisenbahnnetz an der türkisch-persischen Grenze an die Linie Sadijeh—Khanekin angeschlossen werden, sobald diese Zweigstrecke der Eisenbahn Konia—Bagdad fertiggestellt ist. Der Bau soll vier Jahre nach Erlangung der Konzession fertig sein, bei der Streckenführung sollen deutsche Wünsche berücksichtigt werden. In Artikel 3 verpflichtet sich Rußland, weder den Bau der Bagdadbahn (Konstantinopel—Bagdad) noch die Beteiligung fremden Kapitals daran zu behindern. In Artikel 4 behält es sich das Recht vor, das eigene Bauvorhaben einer fremden Finanzgruppe zu übertragen. Im Hintergrund des Abkommens stehen also die interessierten „fremden Finanzgruppen".[8]

BAGDAD-BAHN

18. September 1911

RUSSLAND ATTENTAT AUF STOLYPIN

Der russische Ministerpräsident Stolypin (vgl. März 1911) wird im Theater in Kiew vor den Augen des Zaren von dem Sozialrevolutionär (und Polizeispitzel) Bogrow ermordet. Es ist das siebente Attentat auf Stolypin seit 1906. Nachfolger wird der bisherige Finanzminister Wladimir Nikolajewitsch Kokowzow. Er wird bis zum Januar 1914 im Amt bleiben.[9]

5. Oktober 1911

BULGARIEN SERBIEN

Der bulgarische Minister Geschoff sondiert beim russischen Botschafter in Wien, ob mit der Unterstützung eines bulgarisch-

serbischen Bündnisses durch Rußland zu rechnen ist. Ein solches Bündnis müßte vom Ottomanischen Reich, von Österreich-Ungarn, aber auch von Rumänien als feindseliger Akt angesehen werden. Dennoch oder gerade deshalb wird Geschoff von russischer Seiter ermutigt, erhält sogar die Zusicherung russischen Schutzes (vgl. 13. März 1912).[10]

RUSSLAND

9. Oktober 1911

Die versehentlich ausgelöste Explosion einer Bombe in der chinesischen Stadt Hankou am Jangtsekiang, der Provinzhauptstadt Wutschang (vgl. 10. Oktober 1911) benachbart, verrät die Existenz einer revolutionären Gruppe. Einige Mitglieder werden gefaßt und sofort hingerichtet. Der Vorfall wird tags darauf die Revolution auslösen.[11]

CHINA
HANKOU

10. Oktober 1911

In China bricht die seit Jahren anstehende Revolution gegen die aktionsunfähige Mandschu-Dynastie aus. In Wutschang, der Hauptstadt der Provinz Hopei, die das Jangtse-Tal beherrscht, greifen meuternde Truppen den Palast des Mandschu-Gouverneurs an, der daraufhin die Flucht ergreift. Die Meuterer erklären den „Sturz der Mandschus und die Erneuerung der Rechte des Han-Volkes" und zwingen den Kommandeur der Nationalarmee, das Banner der Revolution zu hissen. Auch aus den Nachbarstädten Hankou und Hanyang werden die Mandschu-Gouverneure vertrieben. Von dort breitet sich die Empörung rasch weiter aus (vgl. 15. Oktober 1911).[12]

CHINA
REVOLUTION
STURZ DER MANDSCHU-DYNASTIE

15. Oktober 1911

Die chinesische Revolution (siehe oben) ergreift den ganzen Süden. Träger des Aufstandes sind meuternde Truppenteile der Nationalarmee, die sich nun „Volksarmee" nennen. Sie proklamieren die Republik, nachdem sie zuvor Schutz für alle Ausländer und christlichen Missionen sowie Wahrung ausländischer Konzessionen zugesagt haben, um einem Eingreifen der an China interessierten Mächte vorzubeugen. Nanking wird noch im Dezember in die Hände der Republikaner fallen.[13]

CHINA
REVOLUTION
NANKING

noch Oktober 1911

Die italienische Regierung Giolitti erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg und besetzt die Häfen von Tripolis (heute Libyen). Anlaß zu diesem Schritt ist die Behinderung der italienischen Ausdehnungsbestrebungen in Nordafrika durch die von Jungtürken gebildete Regierung der Pforte. Großbritannien

ITALIEN
KRIEG GEGEN OSMANISCHES REICH

benutzt die willkommene Gelegenheit, um Sellum (im Osten der Cyrenaika) zu besetzen, Frankreich, um sich die Oasen Djanet und Bilma sowie Wadai, Borku und Tibesti (im Süden und Südosten von Tripolis) zu nehmen, ohne Kriegserklärung, im „tiefsten Frieden".[14]

3. November 1911

ÖSTERREICH STÜRGKH

In Österreich wird Karl Reichsgraf von Stürgkh (geb. 30. Oktober 1859) als Nachfolger des Freiherrn von Gautsch Ministerpräsident. Zuvor war er im 3. Kabinett Gautsch Minister für Kultur und Unterricht (seit 1909). Stürgkh wird in den kommenden Jahren keine Möglichkeit haben, das vorbereitete Spiel, das über den Mord in Sarajewo und den österreichisch-serbischen Konflikt zum Weltkrieg führen soll und wird, zu durchkreuzen. Dieser Aufgabe sind weder er noch andere gewachsen. Am Ende wird er selbst von einem jüdischen Freimaurer ermordet werden (vgl. 21. Oktober 1916).[15]

4. November 1911

DEUTSCHLAND FRANKREICH VERTRAG ÜBER MAROKKO UND KONGO/ KAMERUN

In Berlin unterzeichnen Kiderlen-Wächter und Jules Cambon einen deutsch-französischen Vertrag über Marokko und den französischen Kongo bzw. Kamerun. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie in Marokko lediglich wirtschaftliche Interessen verfolge und Frankreich bei seinen für Marokko geplanten Maßnahmen nicht behindern werde, einschließlich einer militärischen Besetzung von Teilen des Landes. Die französische Regierung erklärt, daß sie die Handelsfreiheit in Marokko gewährleisten werde und keine dort Handel treibende Macht in irgendeiner Hinsicht benachteiligen werde. Im französischen Kongo überläßt Frankreich Deutschland zwei schmale Gebietsstreifen, die die deutsche Kolonie Kamerun mit dem belgischen Kongo verbinden. Da das nicht als angemessene Kompensation für die Auslieferung Marokkos an Frankreich angeseheen werden kann, bedeutet dieser Vertrag eine Niederlage der deutschen Marokko-Politik. Für Charaktere wie Poincaré ist das ein Anlaß, nun erst recht zum Kriege gegen Deutschland zu treiben (vgl. auch 15. Juli 1911, 20. Juli 1911 und 30. März 1912).[16]

noch November 1911

GROSS-BRITANNIEN INDIEN DELHI

König Georg V. von Großbritannien, anläßlich seiner Krönungsreise in Indien, erklärt Delhi, wo die Krönung stattfindet, zum künftigen britischen Regierungssitz für Indien (anstelle von bisher Kalkutta). New Delhi wird damit Hauptstadt Indiens.[17]

14. Dezember 1911

Der norwegische Polarforscher Roald Amundsen (geb. 16. Juli 1872 in Borge) erreicht als erster den Südpol und erkundet bei dieser Expedition das antarktische, von ihm so benannte, Königin-Maud-Gebirge (vgl. auch 18. Januar 1912).[18]

AMUNDSEN AM SÜDPOL

24. Dezember 1911

Sun Yat-sen, der geistige Vater der chinesischen Revolution (vgl. 10./15. Oktober 1911) trifft aus dem Auslande zurückkehrend in Schanghai ein. Ihm wird von den Republikanern ein triumphaler Empfang bereitet.
Fünf Tage später, am

SUN YAT-SEN IN SCHANGHAI

29. Dezember 1911

wird Sun Yat-sen zum einstweiligen Präsidenten der chinesischen Republik gewählt. Eine Friedenskonferenz tritt zusammen, um den revolutionären Bürgerkrieg zu beenden. In Nanking verabschiedet ein Kongreß der Republikaner die erste Verfassung. Alle Teilnehmer schneiden sich die Zöpfe ab, das Untertanenzeichen, das die Manschus im 17. Jahrhundert den Völkern Chinas aufgezwungen haben.[19]

CHINA SUN YAT-SEN PRÄSIDENT VERFASSUNG

noch 1911 (ohne nähere Datierung)

In Australien wird ein Wehrsystem eingeführt, nachdem *alle* Jungen bzw. jungen Männer von 12 bis 26 Jahren jedes Jahr eine bestimmte nach Altersklassen gestaffelte Zeitdauer militärisch ausgebildet werden und dann, nach dem 26. Lebensjahr, zur Reserve treten. Für militärische Unternehmungen außerhalb Australiens dürfen aber nur Freiwillige herangezogen werden. Diese Bestimmung wird auch während des 1. Weltkrieges in Kraft bleiben.[20]

AUSTRALIEN MILITÄR-DIENST-PFLICHT

In Frankreich wird durch Gesetz die Rahmenorganisation des Heeres vergrößert. Das ist die notwendige organisatorische Vorbereitung der 1913 verfügten Militärdienstverlängerung, die also mindestens seit 1911 geplant und eingeleitet wurde. Chef des französischen Generalstabes wird General Joseph Jacques Césaire Joffre.

FRANKREICH AUFRÜSTUNG JOFFRE

Japan schließt neue Handelsverträge sowohl mit Großbritannien als auch mit den USA. Ersterer bringt Japan zugleich die volle wirtschaftliche Meistbegünstigung in Kanada ein, der letztere schafft nur vorübergehend Erleichterungen für die japanische Einwanderung in Kalifornien, die zuvor durch Schulausschluß und Ein-

JAPAN GROSS-BRITANNIEN USA HANDELS-

VERTRÄGE

schränkungen des Erwerbs von Grundbesitz erheblich behindert wurde, auch später wieder behindert werden wird. (1924 wird die japanische Einwanderung gänzlich unterbunden werden.)[21]

noch 1911 (ohne nähere Datierung)

BOLSCHEWIKI KADERSCHULE BEI PARIS

Die bolschewistische Fraktion der russischen Sozialdemokraten unterhält in Longuejumeaux bei Paris eine Kaderschule, an der im Jahre 1911 zwölf Lehrkräfte tätig sind. Sechs davon sind Juden: Davidson, Leo Kamenew (Rosenfeld), Rappaport, Rjasanow (Goldenach), Sinowjew (Apfelbaum) und Steklow (Nachamkes).[22]

GROSS-BRITANNIEN OBERHAUS ENTMACHTET

In Großbritannien wird ein verfassungsänderndes Gesetz verabschiedet, nach dem der Einspruch des Oberhauses gegen vom Unterhaus beschlossene Gesetze künftig nur noch aufschiebende Kraft hat und zwar bis zu drei aufeinanderfolgenden Sitzungen. Dann erhalten solche Gesetze auch gegen die Mehrheit des Oberhauses Gültigkeit.[23]

USA GROSS-BRITANNIEN SCHIEDS-VERTRAG BRYAN LANSING GREY

Auf Betreiben der US-amerikanischen Außenpolitiker Bryan und Lansing, die sich auf Schiedsverträge spezialisiert haben, läßt sich Sir Edward Grey zum Abschluß eines britisch-nordamerikanischen Schiedsvertrages bewegen, wie ihn beide Mächte am 11. Januar 1897 schon einmal geschlossen haben. Alle Streitigkeiten zwischen ihnen sollen künftig durch Schiedsgerichte geregelt werden. Grey gewinnt sich durch das Eingehen auf Bryans fixe Idee die Sympathie der künftigen Staatssekretäre (Bryan 1913, Lansing 1915), die ihm bei seiner Kriegspolitik 1914 sehr zustatten kommen wird. Die deutsche Diplomatie operiert in dieser und anderer Hinsicht weit weniger geschickt.[24]

1912

18. Januar 1912

SCOTT AM SÜDPOL

Vier Wochen nach dem Norweger Roald Amundsen erreicht der britische Polarforscher Robert Falcon Scott den Südpol. Beim Rückmarsch wird er Ende März mit seinen Begleitern umkommen. Auf die Verteilung der Einflußsphären der beteiligten Mächte in der Antarktis wirkt die Expedition sich nicht aus.[1]

28. Januar 1912

PRAG: BOLSCHEWIKI LENIN STALIN MENSCHEWIKI 4. DUMA

Die russische sozialdemokratische Partei spaltet sich endgültig. In Prag bildet sich unter Führung und auf Initiative Lenins die russische Bolschewiki-Partei mit dem Anspruch, alleine die wahren Ziele der sozialdemokratischen Partei zu vertreten, wählt ein neues Zentralkomitee, zu dessen Mitgliedern auch Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili (Stalin) gehört. Von den zehn Vollmitgliedern dieses ZK sind fünf Juden. Bei den Wahlen zur 4. Duma erhalten die Sozialdemokraten insgesamt 13 Sitze. Sieben der Abgeordneten gehören der menschewistischen, sechs der bolschewistischen Fraktion an. Der Vorsitzende der bolschewistischen Dumafraktion, R. V. Malinowskij, ist Polizeispitzel (vgl. auch 5. Mai 1912).[2]

noch Januar 1912

DEUTSCHLAND REICHSTAG SPD ZENTRUM HEERES-VORLAGE

Bei den Wahlen zum deutschen Reichstag können die Sozialdemokraten ihre Sitze mehr als verdoppeln und ziehen als stärkste Partei mit 110 Abgeordneten in das Parlament ein. Auch die Gewerkschaften gewinnen damit an Einfluß. Die Konservativen müssen Stimmverluste hinnehmen. Die Folge dieser neuen Konstellation ist, daß das katholische Zentrum im Reichstag wieder an Einfluß gewinnt und seit 1907 erstmals wieder Entscheidungen herbeiführen kann. Der neue Reichstag stimmt der bereits im Herbst 1911 beantragten Verstärkung des deutschen Heeres mit großer Mehrheit zu.[3]

2. Februar 1912

CHINA ABDANKUNG DES LETZTEN MANDSCHU-KAISERS

Die am 10. Oktober 1911 (vgl. dort) begonnene chinesische Revolution erreicht mit der Abdankung des letzten, kaum sechs Jahre alten Mandschu-Kaisers Hsüan Tang (Pu Ji) und seines Vaters (als Regenten) ihren vorläufigen Abschluß. Unmittelbar darauf tritt Sun Yat-sen von seinem Präsidentenamt (vgl. 29. Dezember 1911) zurück, um damit die Wahl Yüan Schi-kais zum Präsidenten der Republik, bzw. dessen Amtsantritt zu ermöglichen.

YÜAN SCHI-KAI PRÄSIDENT

Das wird sich als ein politischer Fehler erweisen, denn Yüan Schi-kai als einer der letzten Paladine der gestürzten Mandschu-Dynastie und ehemaliger „Scharfrichter des Alten Buddha" ist ein Gegner der Revolution geblieben und wird durch Restaurationsversuche der Monarchie China in seiner Entwicklung um Jahre zurückwerfen. Sun Yat-sen wird sogar zeitweilig nach Japan fliehen müssen. Doch zunächst sind die unmittelbaren Folgen des Sturzes der Mandschu-Dynastie und der Abdankung Hsüan Tangs die Lösung sowohl der Mongolei, die Anlehnung an Rußland sucht, als auch Tibets, das sich mit britischer Hilfe selbständig macht, von China.[4]

10. Februar 1912

GROSSBRITANNIEN DEUTSCHLAND FLOTTENVORLAGE

Der britische Kriegsminister Richard Burdon Viscount Haldane trifft in Berlin ein, um die deutsche Regierung zum Verzicht auf die neue Flottenvorlage zu bewegen, die ein Bauprogramm bis zum Jahre 1920 vorsieht. Da Großbritannien zu einer deutscherseits als Gegenleistung verlangten Neutralitätserklärung sich nicht in der von Kiderlen-Wächter vorgelegten Form bereit findet, scheitern die Verhandlungen. Die internationalistischen, zum Weltkriege treibenden Kräfte sind ohnehin schon zu stark, um eine Verständigung noch möglich werden zu lassen. Die deutsche Flottenvorlage wird im März beschlossen werden.

13. März 1912

BULGARIEN SERBIEN BALKANBUND

RUSSLAND

EINKREISUNG DER MITTELMÄCHTE

Aufgrund der Initiative des russischen Gesandten in Belgrad, Hartwig, wird in Sofia zwischen Bulgarien und dem Königreich Serbien der sogenannte Balkanbund geschlossen, der aus einem Bündnisvertrag, Geheimanlagen und einer Militärkonvention besteht. Er richtet sich eindeutig sowohl gegen die Türkei als auch — vor allem von Serbien aus gesehen — gegen Österreich-Ungarn und enthält die gegenseitige Hilfeleistungsverpflichtung im Falle jeder im gesamten Balkangebiet durch dritte herbeigeführten Veränderung. Die Geheimanlagen beziehen sich auf gemeinsam zu machende Eroberungen im türkischen Gebiet und die dabei wahrzunehmenden Interessengrenzen. Rußland, insbesondere der Zar von Rußland, wird gleichzeitig als Schutzherr des Unternehmens und als Schiedsrichter in Anspruch genommen. Tatsächlich billigt die russische Regierung dieses serbisch-bulgarische Bündnis. Der russische Geschäftsträger in Sofia, Fürst Urussow, schreibt an den russischen Außenminister Sasonow (6. März 1912), der Pakt sei aus einem Krieg entstanden und als Vorbereitung zu einem anderen zu bewerten. Darin liegt keine Kritik. Kriege werden zu diesem Zeitpunkt noch als durchaus legitimes

Mittel der Politik betrachtet. Graf Benckendorff, russischer Botschafter, wird am 6. April 1912 die britische Regierung von den serbisch-bulgarischen Geheimverträgen unterrichten. Der Ring um die Mittelmächte ist also bereits zu diesem Zeitpunkt geschlossen.[5]

30. März 1912

MAROKKO FRANZÖSISCHES PROTEKTORAT LYAUTEY

Marokko wird im Vertrag von Fes mit Frankreich französisches Protektorat, behält aber seine eigene Herrscherdynastie der Scherifenlinie Filal bei. Französischer Gouverneur wird Marschall Hubert Lyautey. Er wird im Weltkrieg marokkanische Soldaten auf den europäischen Kriegsschauplatz senden und damit seinen Beitrag zur Selbstentmachtung des weißen Mannes leisten (vgl. auch 4. November 1911).

5. Mai 1912

PETERSBURG „PRAWDA" STALIN TROTZKI

Die Bolschewiki-Fraktion gibt in Petersburg eine eigene neue Zeitung unter dem Titel „Prawda" heraus. Die erste Nummer erscheint mit einem Leitartikel von Josef Dschugaschwili, genannt Koba, später Stalin. Es ist eine bewußte Gegengründung gegen Trotzkis Wiener Menschewikenblatt „Prawda", in dem Trotzki Lenin wütend attackiert (vgl. auch 28. Januar 1912).[6]

23. Mai 1912

SERBIEN FREIMAUREREI

In Belgrad wird als höchstes Gremium der serbischen Freimaurerlogen der Suprême Conseil pour la Serbie gebildet, etwa gleichzeitig mit der „Verurteilung" des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch den Grand Orient de France (vgl. 15. September 1912, 31. Mai 1914, 28. Juni 1914).[7]

29. Mai 1912

GRIECHENLAND —BULGARIEN MILITÄR-KONVENTION

Griechenland schließt mit Bulgarien eine Militärkonvention analog dem bulgarisch-serbischen gegen die Türkei und Österreich-Ungarn gerichteten Bündnis (vgl. 13. März 1912).[8]

Juni 1912

USA WILSON PRÄSIDENTSCHAFTS-KANDIDAT

In einer Kampfabstimmung im Zeughaus in Baltimore/USA wird bei der 46. Auszählung Woodrow Wilson, der Gouverneur von New Jersey, zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei gewählt. Er wird im November zum Präsidenten gewählt werden.[9]

16. Juli 1912

FRANKREICH RUSSLAND

In Paris schließen Frankreich und Rußland eine Marinekonvention in Ergänzung ihrer Militärkonvention vom 17. August 1892.

MARINE-KONVENTION

Art. 1 lautet: „Die Seestreitkräfte Frankreichs und Rußlands *operieren gemeinsam bei allen Eventualitäten,* bei denen das Bündnis die Zusammenarbeit der Landarmee voraussieht und bestimmt."
Art. 3 sieht jährliche Konferenzen der beiden Admiralstäbe vor. Die Konvention ist geheim.[10]

30. Juli 1912

JAPAN TOD KAISER MUTSUHITOS

In Tokio stirbt Kaiser Mutsuhito, der 1867 die Regierung angetreten, 1868 das Shogunat (Feldherrn-Regime) beseitigt und die ungeteilte Kaisergewalt wiederhergestellt hat. Er öffnete Japan den Weg, eine der Großmächte zu werden, und zwar unter Beibehaltung der ungebrochenen religiösen Tradition. Sein Sohn Yoshihito folgt ihm unter dem Kaisernamen Taisho auf den Thron.[11]

August 1912

TROTZKI GIBT AUF UND GEHT NACH BELGRAD

Leib Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki, beruft mit Hilfe des sogenannten Organisationskomitees der Menschewiken eine Konferenz von Vertretern aller russisch-sozialdemokratischen Fraktionen nach Wien ein in der Hoffnung, Lenin von seiner Gefolgschaft isolieren zu können. Aber in diesem „Augustblock" bleiben die Bolschewiken fern. Trotzki gibt daraufhin sein Bemühen, eine dritte Kraft über Bolschewiken und Menschewiken zu bilden, auf und geht im September als Kriegskorrespondent der Zeitung „Kijewskaja Mysli" nach Belgrad, wo der 1. Balkankrieg, von Rußland geschürt, unmittelbar bevorsteht.[12]

noch August 1912

POINCARÉ STAATSBESUCH IN PETERSBURG EINKREISUNG

Raymond Poincaré (geb. 20. August 1860 in Bar-le-Duc), seit 1893 wiederholt Mitglied der französischen Regierung, seit Januar 1912 französischer Ministerpräsident und Außenminister, stärkste treibende Kraft zum Weltkriege und des Revanchegedankens gegen Deutschland, trifft zu einem Staatsbesuch in Petersburg ein (vgl. hierzu 20. Juli 1914 mit Anm. 6).[13]

15. September 1912

„VERURTEILUNG" ERZHERZOG FRANZ FERDINANDS DURCH DIE FREIMAUREREI

In der Revue internationale des Sociétés secrètes, redigiert von Prälat Monsignore E. Jouin, vom obigen Datum zitiert „Esma" den Ausspruch eines prominenten Schweizer Freimaurers: „Er ist ungewöhnlich hervorragend; schade, daß er *verurteilt* ist! Er wird auf dem Wege zum Throne sterben." Es ist von dem österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand von Habsburg-Este die Rede. „Verurteilt" wurde er vom Grand

Orient de France (vgl. 28. Juni 1914). Auch die Pariser Wahrsagerin Madame de Thebes (eigentlich Savigny) läßt in ihrem für das Jahr 1913 bestimmten Almanach drucken: „Derjenige, der [in Österreich] zur Regierung bestimmt ist [Franz Ferdinand], wird nicht regieren; regieren wird ein junger Mann, der vorläufig zur Regierung noch nicht bestimmt ist [Karl]." Und im Prozeß gegen die Attentäter vor dem Kriegsgericht in Sarajewo am 12. Oktober 1914 wird einer der beiden Haupttäter, Nedjelko Tschabrinowitsch (auch Cabrinovic geschrieben) auf die Frage des Gerichtspräsidenten: „Plante die Freimaurerei die Durchführung von Attentaten auf die Machthaber? Wissen Sie irgendetwas darüber"? wörtlich antworten: „Sie plante sie. Ciganovic selbst hat mir gesagt, daß . . . Ferdinand durch die Maurer zum Tode verurteilt worden sei." Genau dasselbe sagt auch Princip aus.[14]

ZUR HERBEIFÜHRUNG DES WELTKRIEGES

28. September 1912

NORDIRLAND PROTEST DER PROTESTANTEN GEGEN DAS „HOME RULE"-PROGRAMM

In den vier östlichen, vorwiegend protestantischen Grafschaften von Ulster (Nordirland) gipfelt der Widerstand gegen das „Home Rule"-Programm der britischen Regierung für Irland in einer Massendemonstration der Protestanten vor dem Schloß Craigavon. Sir Edward Carson und sein Unterführer Captain Craig, der spätere Premierminister von Ulster, nehmen den fanatischen Massen den feierlichen Eid ab, lieber zu sterben, als dem verachteten Volk sich zu beugen, das ihre Väter im ruhmreichen Kampfe besiegt hätten (gemeint ist das katholische irische Volk). Viele der Teilnehmer sind bereits militärisch organisiert und ausgebildet. Tags darauf hält General George Richardson eine Parade von an die 100 000 Freiwilligen ab. Der Waffenschmuggel aus England blüht. Carson erklärt einem österreichischen Journalisten (Arnold Höllriegel): „Wir sind reich, der Rest von Irland ist arm. Wir sind Engländer, jene sind Kelten. Wir sind Protestanten, sie sind von Rom gegängelt. Von jeher waren wir dem Empire treu; sie waren von jeher Rebellen. Jetzt will man uns, die wir Engländer bleiben wollen, gewaltsam aus England ausschließen . . ." (vgl. auch 25. November 1913). Sechzig Jahre später: immer noch dieselben Probleme. In zwei Generationen wurde keine brauchbare Lösung gefunden.[15]

18. Oktober 1912

TÜRKEI—ITALIEN

Im Zuge des 1. Balkankrieges schließt die Türkei mit Italien den Frieden von Lausanne, in dem sie Italien in Nordafrika Tripolis und die Cyrenaika abtritt, während Italien sich verpflichtet, die okkupierten Inseln im Ägäischen Meer zu räumen. Darüber hin-

FRIEDEN VON LAUSANNE

aus wird ein Handelsvertrag vereinbart. Italien erklärt sich bereit, „der Türkei ihre volle wirtschaftliche Unabhängigkeit zu lassen“, auf die Kapitulationen zu verzichten und einer 11- bis 12prozentigen Erhöhung der Zölle ad valorem in der Türkei zuzustimmen sowie italienische Postanstalten im ottomanischen Reich aufzulösen, sobald dies auch die anderen Mächte tun. Der Vertrag wird Anfang bzw. Mitte Dezember von beiden Häusern des italienischen Parlaments ratifiziert werden.[16]

noch Oktober 1912

ITALIEN: VERPFLICHTUNG ZUR NEUTRALITÄT

In einem italienisch-französischen Abkommen verpflichtet sich Italien, im Falle eines Konfliktes mit den Mittelmächten — entgegen seiner im gleichen Jahr 1912 ausdrücklich erneuerten Dreibundverpflichtung — neutral zu bleiben. Die Einkreisungsdiplomatie bereitet systematisch den Weltkrieg vor.[17]

22./23. November 1912

GROSSBRITANNIEN FRANKREICH GREY AN CAMBON: „GEMEINSAMES VORGEHEN“ EINKREISUNG

Der britische Außenminister Sir Edward Grey richtet an den französischen Botschafter in London, Cambon, ein Schreiben, in dem er einwilligt, daß beide Mächte bei gegebenem Anlaß ein gemeinsames Vorgehen erörtern, sowie auch entsprechende Vorbereitungen treffen sollten, „um dem Angriff (einer dritten Macht) zuvorzukommen und den Frieden zu bewahren“. Das gleiche soll gelten, wenn „sonst etwas den allgemeinen Frieden Bedrohendes zu erwarten“ sei. Wenn dann diese gemeinsam vorzubereitenden Maßnahmen zum Eingreifen führen sollten, wären die Pläne der Generalstäbe in Betracht zu ziehen. Cambon antwortet tags darauf zustimmend. Diese Vereinbarungen werden getroffen, während die Ermordung des österreichischen Thronfolgers bereits beschlossen ist (vgl. 28. Juni 1914).[18]

noch November 1912

ERSTER BALKANKRIEG TÜRKEI BITTET UM FRIEDENSVERMITTLUNG

Nachdem die durch Choleraepidemien dezimierten türkischen Streitkräfte bei Kirk-Kilisse und in der Schlacht bei Lüle Burgas von den Bulgaren, in der Schlacht bei Kumanowo von den Serben besiegt wurden (1. Balkankrieg), besetzen griechische Einheiten Elassona. Griechen und Bulgaren rücken in Saloniki ein. Der türkische Großwesir Kiamil Pascha bittet die Großmächte um Friedensvermittlung. Griechenland besetzt die Inseln Lemnos, Mytilene, Samos und Chios.[19]

9. Dezember 1912

DEUTSCHLAND

Der deutsche Botschafter in London, Lichnowsky, der erst kürzlich (Anfang November) sein Amt angetreten hat, berichtet nach

Berlin, daß „Englands Politik uns gegenüber eine friedliche und freundschaftliche ist, daß aber keine britische Regierung es mit den Lebensinteressen des Landes für vereinbar halten würde, eine weitere Schwächung Frankreichs zuzulassen . . . England könne und wolle sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenübersehen". Damit gibt Lichnowsky die offizielle Stellungnahme Sir Edward Greys wieder, der geflissentlich übersieht, daß Frankreich nicht von einem Angriff bedroht ist, sondern von sich aus mit Rußland zum Kriege treibt.[20]

GROSS-BRITANNIEN
FRANKREICH
GREY

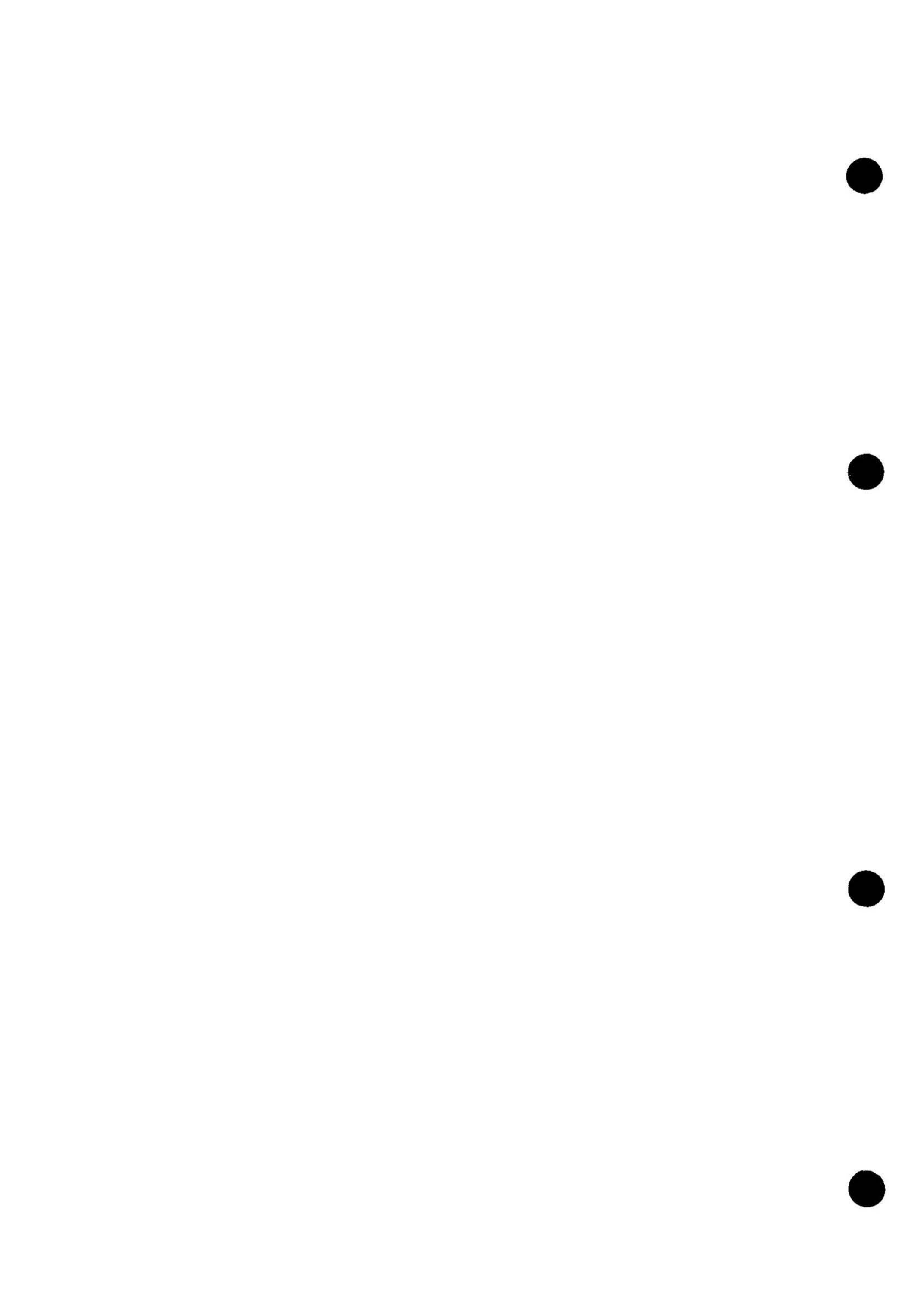
noch 1912 (ohne nähere Datierung)

Rußland und Japan schließen einen Geheimvertrag, in dem sie ihre Interessensphären in der Mandschurei und in der Mongolei gegeneinander abgrenzen (vgl. 12. Februar 1912).[21]

RUSSLAND
JAPAN
MONGOLEI

Der erste Lord der britischen Admiralität, Admiral Lord Fisher, schreibt in einem Brief an Lord Esher u. a.: „Es ist eine Dummheit, wenn man es unterläßt, den Krieg für die gesamte feindliche Zivilbevölkerung so abscheulich wie möglich zu machen. Kommt ein Krieg, so ist das Recht dort, wo die Macht ist, und die Admiralität wird wissen, was sie zu tun hat."[22]

LORD FISHER: KRIEG SO ABSCHEULICH WIE MÖGLICH



1913

4. Januar 1913

In Berlin stirbt Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen, von 1891 bis 1905 Chef des Generalstabes der deutschen Armee. Von ihm stammt der Plan, im Falle eines Zweifrontenkrieges (wie er ein Jahr später eintreten wird), „zunächst die Masse des Heeres im Westen einzusetzen und mit dem Nordflügel durch das neutrale Belgien den linken französischen Flügel zu umfassen und das französische Heer gegen die Schweiz zu drängen". Dieser „Schlieffenplan", im Jahre 1905 ausgearbeitet, wird von Schlieffens Nachfolger Moltke 1914 in abgewandelter Form zunächst angewendet — bis zum „Wunder an der Marne" (vgl. 9. September 1914).[1]

TOD SCHLIEFFENS
SCHLIEFFEN-PLAN
MOLTKE

5. Januar 1913

Im Rahmen der deutschen Jugendbewegung schließen sich der Altwandervogel, der Wandervogel, Deutscher Bund und der Steglitzer Wandervogel e.V. wieder zusammen. Gemeinsamer Name ist Wandervogel, Bund für deutsches Jugendwandern. Bundesleiter wird (bis 1921) Edmund Neuendorff. Er wird später Bundesleiter der Turnerjugend werden und sieht in der Jugendbewegung durchaus eine politische Aufgabe.[2]

DEUTSCHLAND
WANDERVOGEL
NEUENDORFF

noch Januar 1913

In Frankreich wird der Ministerpräsident und Außenminister Raymond Poincaré (vgl.: noch August 1912) mit den Stimmen der Rechten zum Präsidenten der Republik gewählt. Ministerpräsident wird Louis Barthou. Seine Regierung führt die dreijährige Dienstzeit wieder ein und vergrößert damit den Mannschaftsbestand der französischen Armee erheblich. Gleichzeitig wird die französisch-russische Militärkonvention (vgl. 16. Juli 1912) durch Vereinbarungen über den Aufmarsch an den deutschen Grenzen ergänzt. Alle diese Maßnahmen erhalten ihre eigentliche Bedeutung angesichts der Tatsache, daß zu dieser Zeit Poincaré den Russen unzweideutige Zusicherungen gibt, daß sie „unter allen Umständen" (Dickinson) auf französische militärische Unterstützung zählen können, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder angreife. Diese Zusicherung zeugt von der festen Absicht Poincarés, einen allgemeinen Krieg (Weltkrieg) zur Wiedererlangung Elsaß-Lothringens herbeizuführen. Auch wird zu dieser Zeit bereits die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand (vgl. 28. Juni 1914) vorbereitet. Frankreich und Rußland wollen unter allen Umständen

FRANKREICH
POINCARÉ
PRÄSIDENT
ZUSAGE MILITÄRISCHER HILFE AN RUSSLAND
„UNTER ALLEN UMSTÄNDEN"

VORBEREITUNG DES ATTENTATS AUF FRANZ FERDINAND

den Krieg. Diesen Vorbereitungen entsprechend nimmt auch der Einfluß des russischen Gesandten in Belgrad, von Hartwig, ständig zu. Der großserbisch-südslawische nationalistische Geheimbund der „Schwarzen Hand" unter Führung des Chefs des serbischen Nachrichtendienstes, Oberst Dragutin Dimitrievič, genannt „Apis", organisiert das seit langem beschlossene Attentat (Näheres vgl. 28. Juni 1914).[3]

22. Februar 1913

MEXIKO MADERO ERMORDET

Der Präsident Mexikos, Francisco Indalecio Madero wird ermordet. Mit ihm hat zwar (vgl. 25. Mai 1911) die sozialrevolutionäre Epoche der mexikanischen Geschichte begonnen, doch hat Madero selbst vergleichsweise eine gemäßigte Politik vertreten.

25. Februar 1913

„FRANKREICH UND RUSSLAND WERDEN SIEGEN"

Der russische Botschafter in Paris, Benckendorff, berichtet dem russischen Außenminister Sasonow, beim französischen Generalstab herrsche die Meinung vor, daß Frankreich und Rußland Deutschland und Österreich schlagen würden. Diese Zuversicht beruht auf dem Glauben an die französische Strategie der „bedingungslosen Offensive". Die Theorie wird sich als falsch erweisen.[4]

noch Februar 1913

CHURCHILL: SPÄTESTENS SEPTEMBER 1914

Der britische Marineminister Winston Churchill läßt die Leitung der britischen Werft „Cunard Steamship Company" wissen, der Krieg gegen Deutschland werde spätestens im September 1914 ausbrechen und es sei nun an der Zeit, die beiden bei Cunard im Auftrage der britischen Admiralität gebauten Passagierschiffe entsprechend (wie bereits 1903 vereinbart) umzurüsten. Daraufhin wird die „Lusitania" (vgl. 7. Mai 1915) in einem Trockendock in Liverpool mit Panzerplatten, Pulvermagazinen, Granatenhalterungen und zwölf 15-Zentimeter-Schnellfeuergeschützen ausgerüstet werden. Sie wird nach Kriegsbeginn bis zu ihrer Versenkung für den Transport amerikanischen Kriegsmaterials nach England eingesetzt werden. Die mitgenommenen Passagiere werden lediglich noch der Tarnung dienen.[4a]

UMRÜSTUNG DER „LUSITANIA" ZUM BEWAFFNETEN WAFFENTRANSPORTER

18. März 1913

GRIECHENLAND GEORG I. ERMORDET

Der auf Empfehlung Großbritanniens 1863 zum König von Griechenland gewählte Georg I. (zweiter Sohn König Christians IX. von Dänemark) wird in Saloniki von einem Griechen ermordet. Sein Sohn Konstantin I. folgt ihm auf den Thron.[5]

25. März 1913

In der Schlacht von Janina erringt Griechenland einen entscheidenden Sieg über die Türkei und besetzt Südalbanien. Gleichzeitig wird Adrianopel von Bulgarien besetzt (später von den Türken zurückerobert, vgl. 29. Juni 1913).[6]

BALKANKRIEG GRIECHENLAND—TÜRKEI

31. März 1913

In Rom stirbt John Pierpont Morgan, Begründer des nach ihm benannten New Yorker Bankhauses und neben den Rothschilds und Warburgs einer der politisch wirksamsten Finanzmänner des XIX. Jahrhunderts. Sein Erfolgsweg begann mit der Finanzierung des nordamerikanischen Eisenbahnwesens und nahm seinen Fortgang mit der Finanzierung des Stahltrusts (United States Steel Corporation, 1900) sowie Schiffahrtstrusts (International Mercantile Marine Company, 1903). Darüber hinaus war er bestrebt, umfassende und beherrschende Kapitalanlagen im Bereich des wachsenden britischen Empire unterzubringen und interessierte sich früh für Persönlichkeiten wie Milner (vgl.: noch 1915, Anm. 25), die er unter seinen Einfluß zu bringen suchte. Sein Sohn gleichen Namens spezialisiert sich auf internationale Staatsanleihen, für die er ein Monopol beanspruchen wird (vgl. 12. März 1932). Das Haus Morgan stellt eine eigene politische Macht dar, bedeutend wirksamer als die Mehrzahl der Staaten. Doch wird es schon vier Jahre nach dem Tode seines Gründers, ab Februar 1917 durch die von Jacob H. Schiff erlistete Fusion mit dem Kollektivunternehmen Kuhn, Loeb & Co. dessen Einfluß und politischen Zielen unterworfen werden und dabei zugleich mit einer gemeinsamen Kapitalpotenz von etwa 1,17 Milliarden Dollar auch Rockefeller überflügeln.[7]

JOHN PIERPONT MORGAN

noch März 1913

In den USA tritt der im November 1912 gewählte demokratische Staatsrechtler Woodrow Wilson (geb. 28. Dezember 1856 in Virginia), seit 1911 Gouverneur von New Jersey, das Amt des Präsidenten an und beginnt sogleich, ein Programm innerer Reformen zu verwirklichen. Außenpolitisch vermeidet Wilson einen Krieg mit Mexiko, nimmt sogar den Schein einer Niederlage hin, weil er die Hände für den bevorstehenden Krieg mit Deutschland freibehalten will (wie neben anderen Quellen Wilsons Privatsekretär Tumulty enthüllt hat). Wilson gehört also zu denjenigen, die wissen, daß der Krieg gegen die Mittelmächte kommen soll und kommen wird.[8]

USA AMTSANTRITT WILSONS KRIEGSPLÄNE GEGEN DEUTSCHLAND

6. Mai 1913

RUSSLAND SASONOW ÜBER ÖSTERREICH

Anläßlich einer Niederlage Bulgariens im Krieg der Balkanstaaten gegen die Türkei schreibt der russische Außenminister Sasonow an seinen Botschafter in Belgrad, Hartwig: „... Serbiens verheißenes Land liegt im Gebirge des heutigen Österreich und nicht dort, wohin es jetzt strebt und wo auf seinen Wegen Bulgaren stehen ... Ein Bruch zwischen Bulgarien und Serbien aber ist ein Triumph Österreichs. Seine Agonie [!] würde dadurch um viele Jahre hinausgeschoben werden.“[9]

24. Mai 1913

FÜRSTENTREFFEN IN BERLIN ERNST AUGUST HERZOG VON BRAUNSCHWEIG

Der Enkel des letzten Königs von Hannover (Georg V., 1866 abgesetzt), der Welfe Ernst August, Herzog von Cumberland, heiratet die Tochter des deutschen Kaisers Wilhelm II., Viktoria Luise, erkennt aus diesem Anlaß die Verfassung des 1871 gegründeten Deutschen Reiches an (und wird daraufhin am 1. November 1913 als Herzog von Braunschweig eingesetzt werden). Die Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin führen zu einem Fürstentreffen, dem letzten vor dem Kriege. Sowohl Zar Nikolaus II. von Rußland als auch König Georg V. von Großbritannien sind zugegen.[10].

30. Mai 1913

ENDE DES ERSTEN BALKANKRIEGES

Nach dem Scheitern einer Botschafterkonferenz in London (am 6. Januar 1913), die den Krieg zwischen den Balkanstaaten und der Türkei beilegen sollte, wird nunmehr unter dem Druck der Großmächte ebenfalls in London, ein Präliminarfriede geschlossen. Die Türkei tritt das europäische Gebiet westlich der Linie Enos—Midia, ausgenommen Albanien, an die verbündeten Balkanmächte Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien ab, ebenso die Insel Kreta, und überläßt die Festlegung der Grenzen Albaniens sowie die Entscheidung über die türkischen Inseln in der Ägäis (ausgenommen Kreta) und die Halbinsel Athos den Großmächten Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland.[11]

1. Juni 1913

GRIECHENLAND—SERBIEN

Bereits zwei Tage nach Abschluß des Londoner Präliminarfriedens (siehe oben) schließen Griechenland und Serbien einen Bündnisvertrag sowie eine Militärkonvention mit einem gemeinsamen Operationsplan gegen Bulgarien. Der zweite Balkankrieg zwischen den Siegern des ersten bahnt sich an (vgl. 29. Juni 1913).[12]

29. Juni 1913

Die Balkanstaaten geraten über das der Türkei abgenommene Mazedonien in Streit. Zar Ferdinand von Bulgarien beginnt den 2. Balkankrieg. Da sich Rumänien gegen ihn stellt, muß er unterliegen. Die Türkei benutzt die Gelegenheit, Adrianopel zurückzuerobern. Weder Rußland noch Österreich-Ungarn kommen dem bulgarischen Hilfeersuchen nach (vgl. auch 10. August 1913).[13]

ZWETER BALKANKRIEG

10. August 1913

Der Friede von Bukarest zwischen Bulgarien einerseits, Griechenland, Montenegro, Rumänien und Serbien andererseits beendet den 2. Balkankrieg (vgl. 29. Juni 1913). Die Grenzen Bulgariens zu Rumäien, Serbien und Griechenland werden neu festgelegt. Bulgarien verpflichtet sich, seine Grenzbefestigungen von Rustschuk, Schumla und um Baltschik binnen zwei Jahren zu schleifen, vom Tage nach dem Vertragsschluß an abzurüsten und auf jeden Anspruch auf Kreta zu verzichten. Die Gegner Bulgariens verpflichten sich, das bulgarische Gebiet in spätestens vierzehn Tagen zu räumen.[14]

FRIEDE VON BUKAREST

13. August 1913

In der Schweiz stirbt August Bebel, Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seit 1867 Reichstagsabgeordneter, erfolgreicher Agitator und überzeugter Anhänger eines internationalen Sozialismus im Sinne von Karl Marx. Bebel war gleichermaßen Gegner der Anarchisten wie der um 1900 auftretenden Revisionisten.[15]

TOD AUGUST BEBELS

18. August 1913

Anläßlich des Geburtstages von Kaiser Franz Joseph von Österreich-Ungarn verübt der südslawische Student Iwan Dojkitsch ein Attentat auf den kroatischen Regierungschef Skerlek, der als Statthalter Österreich-Ungarns beseitigt werden soll, verletzt ihn aber nur leicht. Der Anschlag wurde in der gleichen Brutstätte politischer Verbrechen geplant, in der auch der Mord am österreichischen Thronfolgerpaar vorbereitet wird.[16]

KROATIEN ATTENTAT AUF SKERLEK

29. September 1913

Da die Türkei am Frieden von Bukarest (vgl. 10. August 1913) nicht beteiligt war, schließt sie in Konstantinopel einen Sonderfrieden mit Bulgarien und setzt darin trotz Boykottdrohungen Frankreichs und Großbritanniens ihre Forderung auf das inzwi-

FRIEDENSCHLUSS TÜRKEI—BULGARIEN

schen zurückeroberte Adrianopel (vgl. 29. Juni 1913) durch (vgl. auch Friede von Athen, 14. November 1913). Ferner wird in diesem Vertrag ein Bevölkerungsaustausch vereinbart, der eine zwangsweise Umsiedlung vorsieht. Der Zwang wird jedoch verschleiert. Es heißt im Vertragstext, die vertragschließenden Parteien „stimmen darin überein, den wahlfreien Austausch der genannten [‚bulgarischen und muselmanischen'] Volksgruppen zu erleichtern" und daß „der Austausch jeweils dörferweise vollzogen wird". Selbst wenn dem einzelnen Dorf die Umsiedlung freigestellt wird, so wird doch tatsächlich die Mehrheit der Dorfbewohner der Minderheit ihren Willen und damit den Zwang zur Auswanderung aufdrängen. Das Abkommen ist kennzeichnend für solche zwangsweisen Bevölkerungsverschiebungen, bei denen der Zwang geheimgehalten wird.[17]

BEVÖLKE-RUNGS-UMSIEDLUNG

noch September 1913

DEUTSCHLAND SPD EBERT

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wählt auf ihrem Parteitag in Jena anstelle des verstorbenen August Bebel (vgl. 13. August) Friedrich Ebert zum Vorsitzenden (geb. 4. Februar 1871 in Heidelberg), der seit 1912 als Delegierter des Wahlkreises Elberfeld-Barmen dem Reichstag angehört. Dem Parteivorstand der SPD gehört Ebert seit dem September 1905 an. Er wird nunmehr auch Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel, wird sich aber bei Ausbruch des Weltkrieges im August 1914 eindeutig hinter die deutsche Reichsregierung stellen.[18]

ZIONISMUS PALÄSTINA „CHARTER"

Beim 11. Zionistenkongreß in Wien sagt Ruppin: „Wir haben uns damit abgefunden, daß wir unser Ziel nicht auf dem Wege eines Charters [Freibriefs], sondern durch praktische Arbeit in Palästina erreichen müssen." Weizmann bemerkt dazu in seinen Memoiren, tatsächlich hätte man in der zionistischen Bewegung „die Hoffnung auf einen Charter nicht aufgegeben, aber wir fanden uns mit den Bedingungen ab, die sein Fehlen hervorgerufen hatte".[19]

11./13. Oktober 1913

DEUTSCHLAND JUGEND-BEWEGUNG FREIDEUTSCHER JUGENDTAG AUF DEM HOHEN MEISSNER

Zum 100. Jahrestag der „Völkerschlacht" bei Leipzig gegen Napoleon 1813 wird südöstlich von Leipzig das von B. Schmitz entworfene Völkerschlachtdenkmal eingeweiht. In bewußter Abkehr von dem bei dieser Gelegenheit zu erwartenden patriotischen Pathos, das sie als unecht empfindet, trifft sich die deutsche Jugendbewegung zur selben Zeit auf dem Hohen Meißner bei Kassel in der Hoffnung, um die immer weiter divergierenden Strömungen ein einigendes Band schlingen zu können. Doch sind vor

allem die völkische Richtung und die sozialpolitischen Tendenzen nicht auf einen Nenner zu bringen. Auch ist bereits *innerhalb* der Jugendbewegung ein Generationenproblem entstanden. Immerhin einigt man sich doch auf die bekannte „Meißnerformel“: „Die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein. Zur gegenseitigen Verständigung werden Freideutsche Jugendtage abgehalten. Alle gemeinsamen Veranstaltungen der Freideutschen Jugend sind alkohol- und nikotinfrei.“ Die Formulierung der ersten beiden Sätze stammt von Ferdinand Avenarius, dem Leiter des Dürerbundes und Herausgeber des „Kunstwart“.[20]

MEISSNER-FORMEL

13. Oktober 1913

In Simla, nördlich von Delhi, beginnt eine Konferenz von Delegierten Chinas, Großbritanniens (Henry A. MacMahon) und Tibets. England begünstigt die Lösung Tibets von China. Die Konferenz wird sich bis zum 27. April 1914 (vgl. dort) hinziehen und mit einer Teilung Tibets enden. China wird die Vereinbarung nicht ratifizieren.

CHINA
TIBET
GROSS-BRITANNIEN
SIMLA

noch Oktober 1913

In Elsaß-Lothringen kommt es zu Spannungen zwischen der Bevölkerung und dem deutschen dort stationierten Militär (Zwischenfall von Zabern), die im In- und Auslande publizistisch hochgespielt werden, auch im deutschen Reichstag zu einer Interpellation führen. Dahinter steht der Wille französischer Politiker, Elsaß-Lothringen um jeden Preis zurückzugewinnen.

DEUTSCHLAND
ELSASS-LOHTRINGEN

In China wird der 1912 gewählte Yüan Schi-kai im Amte des Staatspräsidenten bestätigt. Er neigt dazu, die vorrevolutionären Zustände zu restaurieren und wird bereits im November mit der Unterdrückung der Kuomintang beginnen. Sun Yat-sen flieht nach Japan.[21]

CHINA
YÜAN SCHI-KAI

5. November 1913

In Bayern erklärt Ludwig, der im Jahre zuvor seinem Vater Luitpold als Regent des Landes folgte, die Regentschaft für beendet, d. h. sich selbst zum rechtmäßigen König (Ludwig III.). Er ist der letzte bayrische König. Anlaß zur Beendigung des Regentschaftsverhältnisses ist die Aussichtslosigkeit einer Wiederherstellung der geistigen Gesundheit König Ottos I., des Bruders

BAYERN
LUDWIG III.

des 1886 entmündigten und mit seinem Arzt ertrunkenen Ludwigs II.[22]

14. November 1913

GRIECHENLAND— TÜRKEI FRIEDEN VON ATHEN

Im Frieden von Athen kommen Griechenland und die Türkei überein, daß Adrianopel und Kirkilisse an die Türkei fallen und daß die Maritza die Grenze zwischen ihren beiden Ländern bilden wird. Damit sind alle aus den beiden Balkankriegen sich ergebenden Gebietsveränderungen abgeschlossen. Zur selben Zeit werden 44 800 Bulgaren gegen 48 600 Türken umgesiedelt. Aber zahlreiche Wünsche sind offengeblieben, neue Spannungen geschaffen, die der Herbeiführung des Weltkrieges und der Zerstörung der Kaiserreiche dienstbar gemacht werden.[23]

25. November 1913

IRLAND SAMMLUNG DER ANTIBRITISCHEN ORGANISATIONEN

In Dublin/Irland findet eine Massenversammlung statt, bei der alle patriotischen (d. h. antibritischen) Verbände Irlands, ausgenommen die einseitig streng katholischen „Hibernier" des „Board of Erin", unter dem Vorsitz von Professor John Mac Neill vertreten sind, insbesondere die „Irish Republican Brotherhood", die „Sinnfein"-Bewegung und die sogenannten „Athletiker". Die Versammlung beschließt Gegenmaßnahmen gegen die Formation protestantischer Freiwilligenformationen in Ulster/Nordirland, der „Orangemen", die zum gewaltsamen Widerstand gegen eine gesamtirische katholische Home-Rule-Regierung entschlossen sind (vgl. 28. September 1912).[24]

noch November 1913

RUSSLAND DEUTSCHLAND ARMENIEN

Der russische Ministerpräsident Kokowzew kommt zu Verhandlungen nach Berlin und verlangt freie Hand für Rußland im türkischen Armenien. Demgegenüber beharrt die deutsche Reichsregierung auf Integrität der asiatischen Türkei.[25]

13. Dezember 1913

ÄTHIOPIEN TOD MENELIKS II. ZAUDITO

In Addis Abeba stirbt Menelik II., seit 1889 Kaiser von Abessinien, der nach seinem Siege über Italien bei Adua (1. März 1896) die Anerkennung der Unabhängigkeit seines Landes erreichte. Sein Enkel, Lidsch Ijasu, folgt ihm auf den Thron, wird allerdings bereits vier Jahre später wieder gestürzt und von Meneliks Tochter Zaudito verdrängt werden.[26]

23. Dezember 1913

USA

Einen Tag vor Weihnachten wird in beiden Häusern des US-Kongresses, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, über den Fe-

deral Reserve Act abgestimmt. Im Senat sind etwa ein Drittel der Mitglieder abwesend. 43 Senatoren stimmen für, 25 gegen das Gesetz. Im Repräsentantenhaus stehen 298 Ja- 60 Nein-Stimmen gegenüber. Damit ist der bereits Ende November 1910 (vgl. 22. November 1910) in I. P. Morgans (bzw. Baruchs) Jagdhaus auf Jekyl Island/Georgia von Aldrich, Andrew, Davidson, Norton, Strong, Vanderlip und insbesondere Paul M. Warburg ausgearbeitete Federal Reserve Act angenommen. Mit diesem Gesetz begibt sich der Kongreß seiner verfassungsmäßigen finanzpolitischen Rechte und räumt einer Reihe von Privatbankiers über die nur *scheinbar* dem Staat verantwortlichen zwölf Bundesreserve-Banken entscheidenden Einfluß auf die amerikanische Wirtschaft ein. Zum ersten Gouverneur der Federal Reserve Banken ernennt Präsident Wilson auf Anraten von Colonel Mandell House Paul M. Warburg, den Bruder des Hamburger Bankiers Max Warburg und Teilhaber des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. (vgl. auch 24. Januar 1934). Das Gesetz wird bis zum 24. Januar 1964 ein Zinslast in Höhe von 310 Milliarden Dollar verursachen.[27]

FEDERAL RESERVE ACT

PAUL M. WARBURG

noch 1913 (ohne nähere Datierung)

Auf Madagaskar, seit 6. August 1896 französische Kolonie, wird die Eisenbahnlinie zwischen dem Küstenhafen Tamatare und der Hauptstadt Tananarivo fertiggestellt und in Betrieb genommen.

MADAGASKAR

Das britische Marinebudget dieses Jahres ist das größte in der bisherigen britischen Geschichte. 51 500 000 Pfund Sterling bedeuten eine Steigerung um 2 750 000 Pfund gegenüber dem Vorjahr und um 21 500 000 Pfund gegenüber der Zeit, bevor die liberale Regierung an die Macht kam. Wenige Jahre zuvor haben dieselben Liberalen durch Churchill noch eine Verminderung der Marineausgaben gefordert. Aber nun gilt nur noch der Gesichtspunkt, daß die absolute Flottenvorherrschaft gegenüber Deutschland gewahrt werden muß (vgl. noch Februar 1912).[28]

GROSSBRITANNIEN: GRÖSSTES MARINEBUDGET DER GESCHICHTE

Die exklusiv jüdische Spitzenloge der internationalen Freimaurerei, der Orden B'nai B'rith (Söhne des Bundes) gründet in den USA die Anti-Defamation-League (ADL). Diese Anti-Verleumdungs-Liga hat die Aufgabe, alle Anzeichen von Antisemitismus frühzeitig aufzuspüren, bekanntzumachen und zu unterdrücken, wobei es in den USA sehr bald zu einer offenen Frage werden wird, wer eigentlich wen diffamiert. Die ebenfalls 1913 gegründete Rockefeller-Stiftung wird mit der ADL eng zusammenarbeiten.

USA B'NAI B'RITH ANTI-DEFAMATION-LEAGUE

Das Jahr 1913 ist ein Markstein in der Entamerikanisierung der USA.[29]

noch 1913 (ohne nähere Datierung)

RUSSLAND OCHRANA-BERICHT: LENIN, DAS HERZ DER PARTEI

Im Bericht des Chefs der Ochrana, der russischen Geheimpolizei, aus dem Jahre 1913 heißt es: „Das Herz und die Seele aller bedeutenden Unternehmen der Partei ist der dauernd organisierende Lenin. Die Fraktion der Leninisten ist immer besser organisiert als die anderen, stärker in ihrer Einmütigkeit, erfindungsreicher in der Propaganda ihrer Ideen unter den Arbeitern. Heute gibt es in allen Städten bolschewistische Zirkel, Zellen und Organisationen. Ständige Korrespondenz und Fühlungnahme sind mit fast allen Industriezentren hergestellt worden. Das Zentralkomitee arbeitet ziemlich regelmäßig und ist ganz in Händen Lenins. Das Gesagte zeigt, daß es nicht erstaunlich ist, wenn sich heute tatsächlich die Sammlung der ganzen geheimen Partei um die bolschewistischen Organisationen herum vollzieht und daß in Wirklichkeit diese die russische Sozialdemokratische Partei darstellen." Vier Jahre vor der Oktoberrevolution 1917! Über die Wirksamkeit Trotzkis wird Lenin selber kurze Zeit später schreiben: „Noch nie, in keinem ernstem Problem des Marxismus besaß Trotzki feste Meinungen. Er kroch immer in die Bresche dieser oder jener Meinungsverschiedenheiten, und er lief immer von der einen Seite zur anderen über." (Vgl. auch: noch August 1912.)[30]

LENIN ÜBER TROTZKI

1914

10. Januar 1914

In China löst der ein Vierteljahr zuvor zum Präsidenten der jungen Republik gewählte Yüan Schi-kai das Parlament auf. Daraufhin wird es zu Aufständen von Anhängern der Kuomintang-Partei Sun Yat-sens kommen — zuerst in Schanghai —, die ihre Revolution von 1912 verraten sehen.[1]

CHINA
YÜAN
SCH-KAI

8. März 1914

Die politische Spaltung der deutschen Jugendbewegung in einen linken und einen rechten Flügel wird durch die Aufforderung der „Freideutschen Jugend" bei ihrem Vertretertag in Marburg an Gustav Wyneken und seine Anhänger eingeleitet, auszutreten. Wyneken kommt dieser Aufforderung nach (vgl. 13. Oktober 1913), mit ihm die meisten Älterenbünde. Im „Verband der freideutschen Jugend" verbleiben fast ausschließlich Akademikervereinigungen.[2]

DEUTSCHLAND
JUGEND-BEWEGUNG
WYNEKEN

noch März 1914

Chaim Weizmann, der Vorsitzende der zionistischen Bewegung, reist von London nach Berlin und Frankfurt, um die Professoren Landau und Paul Ehrlich für die Gründung einer hebräischen Universität in Jerusalem zu gewinnen, eine der Keimzellen des späteren Staates Israel. Bis zum Beginn des Krieges wird es Weizmann gelingen, das vorbereitende Komitee für die Gründung zusammenzustellen: James de Rothschild (der Sohn des Baron Edmund de Rothschild, Paris), Prof. Otto Warburg, Berlin (Botaniker), Landau jun., Göttingen (Mathematiker), Martin Buber und Achad Haam. Die Gründung selbst wird erst 1925 stattfinden können.[3]

ZIONISMUS
WEIZMANN
HEBRÄISCHE UNIVERSITÄT
JERUSALEM
ROTHSCHILD

9. April 1914

In Tampico/Mexiko werden randalierende US-amerikanische Seeleute verhaftet. Die USA werden den Vorfall zu einem Staatskonflikt hochspielen und vorübergehend Veracruz besetzen mit der Begründung, mexikanische Banden hätten die nordamerikanische Grenze verletzt (vgl. auch 21. Juni 1916).

MEXIKO
USA

27. April 1914

In Simla (nördlich von Delhi/Indien) endet die Konferenz, in der Großbritannien seit dem 13. Oktober 1913 versucht hat, zwischen den Delegierten Chinas und Tibets zu vermitteln, und die Lösung Tibets von China zu erreichen. Man trifft eine Ver-

GROSS-BRITANNIEN

CHINA TIBET KONFERENZ VON SIMLA

einbarung, nach der Tibet geteilt wird. Der östliche Teil (das „innere Tibet") bleibt bei China, der westliche („äußeres Tibet") mit der Hauptstadt Lhasa, dem Sitz des Dalai Lama, wird als unabhängig bestätigt. Großbritannien wird von Indien aus seine schützende Hand darüber halten und einen Residenten nach Lhasa setzen. China wird diese Vereinbarung niemals ratifizieren.

31. Mai 1914

DEUTSCHLAND GROSSLOGENTAG ANERKENNUNG DES SUPREME CONSELL POUR LA SERBIE

Der deutsche Großlogentag in Frankfurt/Main unter Vorsitz des Großmeisters der deutschen Freimaurerlogen, Bruder Kohn, erkennt offiziell den am 23. Mai 1912 in Belgrad geschaffenen Suprême Conseil pour la Serbie, die Dachorganisation der serbischen Freimaurerlogen an. Die Bedeutung dieser Anerkennung erhellt aus dem Aufruf des serbischen Ministerpräsidenten und zugleich Großmeisters der serbischen Freimaurerei, Bruder Swetozar Nikolajewitsch, vom Jahre 1908 an alle Freimaurerlogen in Europa, „den Serben in ihrem Kampfe gegen Österreich die *werktätige Unterstützung* aller maurerischen Brüder zuteil werden zu lassen" (vgl. 28. Juni 1914).[4]

noch Frühjahr 1914

RUSSLAND FRANKREICH RÜSTUNGSANLEIHE

Rußland nimmt in Frankreich eine erneute Rüstungsanleihe auf und vergrößert sein Heer mit dem Ziel, bis 1917 ein Drittel des bisherigen Bestandes zusätzlich unter Waffen zu haben. Frankreich gewährt die neue Anleihe im Rahmen der gemeinsamen Kriegspolitik Poincaré — Sasonow — Iswolski.

28. Juni 1914

ERMORDUNG DES ÖSTERREICHISCHEN THRONFOLGERPAARES IN SARAJEWO DIE VORAUSPLANUNG DAS MOTIV DIE SCHULD AM 1.WELTKRIEG

In Sarajewo wird der Thronfolger des österreichisch-ungarischen Kaiserhauses, der Erzherzog Franz Ferdinand von Habsburg-Este, zusammen mit der Erzherzogin programmgemäß ermordet. Der Mord ist, wie sich in dem späteren Prozeß gegen Täter, Anstifter und Organisatoren ergeben wird, bereits zwei Jahre zuvor im Grand Orient der französischen Freimaurerlogen beschlossen worden. Auch die serbische Regierung, der russische Militärattaché in Belgrad und der Onkel des Zaren, Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, wissen im voraus von dem geplanten Anschlag. Das Motiv zur Tat ist paradoxerweise die slawenfreundliche Haltung des Erzherzogs. Man befürchtet, daß er nach der Thronbesteigung einen Modus vivendi für den österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat finden und dessen Beseitigung verhindern könne. Zugleich soll der Mord den durch die Einkreisung der Mittelmächte seit Jahren diplomatisch vorbereiteten Krieg auslösen, mit dem im Zuge der internationalen freimaurerischen Bestrebungen die

drei europäischen Kaiserreiche und das ottomanische Sultanat beseitigt, darüber hinaus überhaupt jegliche hierarchische Rang- und Herrschaftsordnung aufgelöst werden sollen. Auch dieser Teil des Planes wird pünktlich in Erfüllung gehen (vgl. 23. Juli 1914, 1. August 1914). (Näheres im Anmerkungsteil.)[5]

6. Juli 1914

DEUTSCHLAND ÖSTERREICH-UNGARN JA ZUM BÜNDNIS

Eine Woche nach dem Mordanschlag auf Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo versichert die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn ausdrücklich, daß sie unter allen Umständen zu dem Bündnis stehen wird. Die Möglichkeit, daß sich Rußland hinter Serbien stellt, wird von beiden Partnern klar gesehen. In Wien zögert man noch.

20. Juli 1914

FRANKREICH RUSSLAND POINCARÉ UND VIVIANI IN PETERSBURG SASONOW

Der französische Ministerpräsident (seit Juni 1914) und Sozialist René Viviani und der französische Staatspräsident Raymond Poincaré (vgl. Januar 1913), einer der Urheber und Initiatoren des Ersten Weltkrieges, treffen zu einem Besuch in Petersburg ein, wo sie drei Tage lang Besprechungen mit Mitgliedern der russischen Regierung führen werden, insbesondere mit dem russischen Außenminister Sasonow, der den Zaren zehn Tage später zur allgemeinen Mobilmachung veranlassen wird, die den Krieg unausweichlich herbeiführt (vgl. 29. Juli und 1. August 1914). Sasonow gehört einer britischen Freimaurerloge an, sein Botschafter in Paris, Alexander Petrowitsch Iswolski, einer französischen (vgl. 28. Juni 1914).[6]

23. Juli 1914

ULTIMATUM ÖSTERREICH-UNGARNS AN SERBIEN

Seit der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares in Sarajewo (vgl. 28. Juni 1914) ist nahezu ein Monat verstrichen, da richtet die Doppelmonarchie an das Königreich Serbien ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum (um 18 Uhr in Belgrad überreicht) und fordert: 1. Unterdrückung jeder Propaganda und aller Aktionen, die auf österreichisch-ungarisches Staatsgebiet zielen; 2. gerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer an dem Mordanschlag, soweit sie sich in Serbien aufhalten, und Zulassung österreichischer Beamter zu den Ermittlungen.

25. Juli 1914

RUSSLAND

Unmittelbar nach dem Besuch Poincarés und Vivianis in Petersburg (vgl. 20. Juli 1914) beschließt der russische Kronrat in Krasnoje Selo, die vom Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch bereits

KRONRAT BESCHLIESST UNTERSTÜTZUNG SERBIENS

UNZULÄNGLICHE ANTWORT SERBIENS AN ÖSTERREICH

Anfang Mai dem Chef des serbischen Nachrichtendienstes gegebene Zusage einzulösen (vgl. 28. Juni 1914) und „Serbien zu unterstützen, auch wenn man dazu die Mobilmachung erklären und Kriegshandlungen beginnen müsse", für den Fall, daß österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten. Die serbische Regierung, sogleich von diesem Beschluß unterrichtet (der Plan rollt mit minutiöser Genauigkeit ab), geht auf den letzten Punkt des österreichischen Ultimatums (vgl. 23. Juli 1914), die Beteiligung österreichischer Beamter an den Ermittlungen in Serbien, nicht ein. Noch am selben Abend werden die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien abgebrochen und beide Länder mobilisieren ihre Streitkräfte.

28. Juli 1914

KRIEGSERKLÄRUNG ÖSTERREICH-UNGARNS AN SERBIEN

Aufgrund der unzureichenden Antwort Serbiens auf das österreichische Ultimatum (vgl. 25. Juli 1914) erklärt die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie dem Königreich Serbien den Krieg. Nunmehr wird die seit langer Zeit vorfabrizierte Automatik ausgelöst, die den Ersten Weltkrieg herbeiführt. Österreich kann nicht anders handeln, will es nicht auf seine staatliche Souveränität verzichten. Das war vorausberechnet. Für Deutschland wiederum ist es eine Lebensfrage, daß Österreich-Ungarn, sein einzig verläßlicher Bündnispartner, intakt bleibt und daß die serbische Verschwörung gegen Österreich in Schranken gehalten wird. Deutschland hat Grund, in der Ermordung Franz Ferdinands auch eine Bedrohung seiner eigenen Existenz zu sehen.[7]

29. Juli 1914

RUSSLAND ALLGEMEINE MOBILMACHUNG NIKOLAUS II. WILHELM II. SASONOW

Zar Nikolaus II. gibt, von seinem Onkel, dem Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, und von Außenminister Sasonow bedrängt, den kaiserlichen Ukas zur allgemeinen Mobilmachung der russischen Streitkräfte heraus. Er wird sie allerdings nachts, auf ein Telegramm des deutschen Kaisers Wilhelm II. hin, das die Möglichkeit einer deutschen Vermittlung in Erwägung zieht, auf vier Militärbezirke einschränken, um sich dann, im Laufe des 30. Juli, durch Sasonow doch wieder zur allgemeinen Mobilmachung bestimmen zu lassen. Sasonow handelt im Einvernehmen mit Poincaré planmäßig (vgl. 20. Juli 1914).

DEUTSCHLAND KEINE MOBILMACHUNG

Der deutsche Generalstab legt auf Meldungen vom Beginn der russischen Mobilmachung hin Kaiser Wilhelm II. ein Memorandum vor, das auf die Gefahr hinweist, die Deutschland aus längerem Säumen erwachsen muß. Dennoch erfolgt weder an diesem noch am folgenden Tage, dem 30. Juli, eine deutsche Mobilma-

chung. Der Kaiser ist bemüht, den Krieg zu vermeiden. Der britische Außenminister Sir Edward Grey warnt den deutschen Botschafter in London, England werde im Falle eines allgemeinen Krieges voraussichtlich an der Seite Frankreichs und Rußlands in den Kampf eingreifen. Kurze Zeit später wird Grey jedoch im Unterhaus erklären, England sei nicht festgelegt, sondern frei, in den Krieg nach seiner Wahl einzutreten oder nicht.[8]

GROSS-BRITANNIEN AN DER SEITE FRANKREICHS

1. August 1914

Nachdem Zar Nikolaus II. sich am 30. Juli von seinem Außenminister Sasonow überreden ließ, die Teilmobilmachung von vier Militärbezirken doch wieder zur allgemeinen Mobilmachung auszuweiten und die deutsche Reichsregierung am 31. Juli nachmittags ultimativ von der russischen Regierung verlangte, binnen 12 Stunden alle Kriegsvorbereitungen einzustellen (was nicht geschieht), überreicht der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf von Pourtalés, im Auftrage des deutschen Auswärtigen Amtes um 17 Uhr eine Erklärung, die abschließend feststellt: „Da Rußland dieser Forderung nicht nachgekommen ist (auf diese Forderung keine Antwort erteilen zu sollen geglaubt hat) und durch die Haltung kundgetan hat, daß sein Vorgehen gegen Deutschland gerichtet ist, beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung Ew. Exzellenz mitzuteilen, was folgt: S. M. der Kaiser, mein erhabener Herrscher, nimmt im Namen des Reiches die Herausforderung an und betrachtet sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich." Damit beginnt der Erste Weltkrieg, den keines der drei beteiligten europäischen Kaiserreiche, auch das alte Osmanische Reich nicht überleben soll und wird. Die jahrzehntelangen Bestrebungen der internationalen Freimaurerei und der mit ihr kommunizierenden Kreise haben ihr Ziel erreicht. Der Auflösungsprozeß aller überlieferten Rang- und Herrschaftsordnungen, dieses eigentliche Kennzeichen des XX. Jahrhunderts, beginnt.[9]

DEUTSCHLAND ULTIMATUM AN RUSSLAND KRIEGS-ERKLÄRUNG AN RUSSLAND POINCARÉ UND SASONOW AM ZIEL

Der britische Außenminister Sir Edward Grey läßt der deutschen und der französischen Regierung den Vorschlag zukommen, beide Mächte mögen nach der (inzwischen am gleichen Tage eingeleiteten) Mobilmachung ihrer Streitkräfte an der Grenze stehen bleiben und keinerlei Aktionen unternehmen. Dann werde auch Großbritannien neutral bleiben. Deutschland stimmt dem Vorschlag sogleich zu (in Berlin hat man ohnehin bis zuletzt auf eine britische Neutralität gehofft), Frankreich lehnt ihn ab (was Grey aus intimer Kenntnis des Partners der „Entente cordiale", insbesondere Poincarés, im voraus gewußt haben dürfte). Am gleichen Tage noch, dem 1. August, läßt der Erste Lord der britischen Ad-

BRITISCHER STILLHALTE-VORSCHLAG FRANKREICH LEHNT AB CHURCHILL LÄSST FLOTTE MOBILISIEREN

miralität, Winston Churchill, treibende Kraft der britischen Kriegspartei, eigenmächtig die Flotte mobilisieren.[10]

2. August 1914

DEUTSCHLAND TÜRKEI BÜNDNISVERTRAG

In Konstantinopel unterzeichnen Freiherr von Wangenheim und Said Halim einen geheimen deutsch-türkischen Bündnisvertrag, dessen Artikel 1 (strikte Neutralität im österreichisch-serbischen Konflikt) durch die tags zuvor ergangene deutsche Kriegserklärung an Rußland bereits überholt ist. Durch Artikel 2 („Falls Rußland . . .") wird die Türkei nunmehr sofort in den Krieg einbezogen. Artikel 3 sichert der deutschen Militärmission in der Türkei „einen wirksamen Einfluß auf die allgemeine Armeeführung zu". In Artikel 4 verpflichtet sich Deutschland, das Gebiet des Ottomanischen (osmanischen) Reiches „. . . mit den Waffen zu verteidigen". Die Ratifizierung des Vertrages wird am 27. August erfolgen.[11]

GROSSBRITANNIEN GARANTIERT SCHUTZ DER FRANZ. KÜSTEN

Die britische Regierung beschließt (vorbehaltlich der Zustimmung des Unterhauses), den Schutz der französischen Küsten zu garantieren für den Fall, daß diese von deutschen Streitkräften angegriffen werden, und billigt nachträglich die von Churchill bereits tags zuvor verfügte Mobilisierung der britischen Flotte.

DEUTSCHE NOTE AN BELGIEN LUXEMBURG

Der belgischen Regierung wird eine deutsche Note mit der Aufforderung überreicht, bei Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität und bei deutscher Garantie des Besitzstandes sowie der Unabhängigkeit Belgiens, den Durchmarsch deutscher Truppen nach Frankreich zu gestatten. Luxemburg ist bereits in der Nacht zum 2. August ohne Ankündigung von deutschen Truppen besetzt worden.[12]

3. August 1914

DEUTSCHE KRIEGSERKLÄRUNG AN FRANKREICH DEUTSCHER EINMARSCH IN BELGIEN BELGISCHES HILFEERSUCHEN AN GROSSBRITANNIEN

Der deutsche Botschafter in Paris, von Schoen, übergibt nachmittags dem französischen Ministerpräsidenten Viviani die formelle deutsche Kriegserklärung, die mit feindseligen Handlungen französischer Militärflieger bei Wesel, Karlsruhe und Nürnberg begründet wird. Obwohl Frankreich und Rußland seit Jahren den Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn vorbereitet haben, gibt das Auswärtige Amt in Berlin durch seine formellen Kriegserklärungen den Alliierten die Möglichkeit, die Kriegsschuld Deutschland anzulasten. Da zudem der deutsche Aufmarschplan gegen Frankreich auf den Durchmarsch durch Belgien nicht verzichten kann, rücken noch am gleichen Tage deutsche Truppen in Belgien ein. Der belgische König Albert wendet sich

an Großbritannien um Hilfe. Das britische Kabinett beschließt den Krieg gegen Deutschland, wenn dieses nicht sofort seine Aktion gegen Belgien einstellt, und wird tags darauf ein entsprechendes Ultimatum an Deutschland richten (vgl. 4. August 1914).[13]

TÜRKEI NEUTRAL

Das Osmanische Reich erklärt seine bewaffnete Neutralität, obgleich es sich tags zuvor vertraglich verpflichtet hat, wenn Rußland gegen Deutschland Krieg führe, gleichfalls auf seiten der Mittelmächte in den Krieg einzutreten. Anstattdessen wird es sogar Verhandlungen mit Rußland aufnehmen, die allerdings abgebrochen werden, weil die russischen Forderungen zu weit gehen.

ITALIEN NEUTRAL

Auch Italien erklärt am 3. August zunächst seine Neutralität und erkennt seine Bündnisverpflichtung gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn nicht mehr an (Dreibund).

4. August 1914

BRITISCHES ULTIMATUM AN DEUTSCHLAND

BETHMANN-HOLLWEG GIBT RECHTSWIDRIGKEIT ZU

Der britische Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, überreicht dem Auswärtigem Amt ein Ultimatum der Regierung Großbritanniens, in dessen geschickter Formulierung das Wort „Krieg“ gänzlich vermieden ist. Es verlangt bis 12 Uhr nachts eine zufriedenstellende Antwort betr. Berücksichtigung der Neutralität Belgiens. „Andernfalls ist Sir Edward Goschen angewiesen, seine Pässe zu verlangen und mitzuteilen, daß seiner Majestät Regierung sich für verpflichtet hält, alle in ihrer Macht liegenden Schritte zu tun, um die Neutralität Belgiens und die Einhaltung eines Vertrages zu sichern, zu dessen Unterzeichnern Deutschland ebenso gehört wie seiner Majestät Regierung.“ (Man vergleiche Sprache und Formulierung mit derjenigen der deutschen Kriegserklärung an Rußland, 1. August 1914.) In der Sitzung des deutschen Reichstages gibt der Reichskanzler Bethmann-Hollweg zu, daß der Einmarsch in Belgien ein völkerrechtliches Unrecht sei, begründet seine Notwendigkeit jedoch mit dem Deutschland aufgezwungenen Zweifrontenkrieg und der dadurch entstandenen Zwangslage, in der keine Zeit zu verlieren sei.[14]

5. August 1914

GROSSBRITANNIEN KITCHENER KRIEGSMINISTER

In Großbritannien übernimmt Lord Herbert Kitchener (geb. 24. Juni 1850 in Batly Longford/Irland), britischer Oberbefehlshaber im Burenkrieg 1902, das Kriegsministerium. Er beginnt sogleich mit der Organisation eines größeren Freiwilligenheeres und wird 1916 die allgemeine Wehrpflicht durchsetzen.[15]

15. August 1914

PANAMAKANAL ERÖFFNET

Nach achtjähriger Bauzeit wird unter nordamerikanischer Staatshoheit der Panamakanal eröffnet. Kriegslieferungen aus Häfen der nordamerikanischen Westküste können nunmehr in bedeutend kürzerer Zeit Europa erreichen als zuvor.

16. August 1914

RUSSLAND POLEN PROKLAMATION ZUR VERGRÖSSERUNG KONGRESSPOLENS

Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch, Onkel des Zaren und einflußreiches Mitglied des russischen Kronrates, Mitinitiator der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, läßt in Polen eine Proklamation veröffentlichen, in der die Erweiterung Kongreßpolens um Galizien und Posen, also eine Verschiebung der polnischen Grenze nach Westen, in Aussicht gestellt wird, vorausgesetzt, daß die polnische Führung die russische Kriegführung unterstütze. Die Proklamation enthält aber keine bindenden Zusagen.[16]

20. August 1914

BRITISCHE TRUPPEN IN FRANKREICH, DEUTSCHE IN BRÜSSEL

Nachdem in der Woche zuvor ein britisches Expeditionskorps in Frankreich eingetroffen ist und sich am linken Flügel des französischen Aufmarsches (bis Maubeuge) angereiht hat, rücken deutsche Truppen in Brüssel ein. Eine Woche später werden sie die Maas überschreiten.

22. August 1914

DEUTSCHLAND HINDENBURG UND LUDENDORFF ÜBERNEHMEN FÜHRUNG DER 8. ARMEE

Die deutsche Oberste Heeresleitung setzt den Oberbefehlshaber der 8. Armee, Generaloberst von Prittwitz und Gaffron, ab. Er hat die Schlacht bei Gumbinnen abgebrochen und damit Ostpreußen dem Terror der russischen Njemenarmee preisgegeben. An seiner Stelle übernimmt Generaloberst von Beneckendorff und von Hindenburg den Oberbefehl. Sein Generalstabschef ist Generalmajor Erich Ludendorff, der sich bereits bei der Einnahme der Forts von Lüttich einen Namen gemacht hat.

23. August 1914

JAPANS KRIEGSERKLÄRUNG AN DEUTSCHLAND

Nachdem die deutsche Reichsregierung das japanische Ultimatum vom 19. August auf Übergabe Tsingtaus abgelehnt hat, erklärt Japan dem Deutschen Reich den Krieg und bereitet die Belagerung und Beschießung Tsingtaus vor.

30. August 1914

SCHLACHT BEI TANNENBERG

Die Schlacht bei Tannenberg endet mit einem Sieg der deutschen 8. Armee unter Führung von Hindenburg und Ludendorff (vgl. 22. August 1914). Die russische Narwaarmee hört auf zu beste-

hen. Ostpreußen erhält damit spürbare Erleichterung und wird durch die beiden Schlachten in Masuren Mitte September 1914 sowie Februar 1915 (vgl. 22. Februar 1915) vollends befreit werden.

VERNICHTUNG DER RUSSISCHEN NARWAARMEE

noch August 1914

Ein Gesetz über die Autonomie Irlands innerhalb des Vereinigten Königreichs (home rule) wird vom britischen Unterhaus bereits zum dritten Mal gebilligt. Der König gibt seine Unterschrift. Da aber der Gesetzestext als noch nicht endgültig bezeichnet wird und das Ganze ohnehin erst nach Kriegsende in Kraft treten soll, kann es in Irland natürlich nicht zu einer Beruhigung führen. Ein Teil der irischen Unabhängigkeitsbewegung, die Republikaner unter Eamon de Valera, zielt konsequent über eine Autonomie hinaus auf die vollständige Lösung Irlands von Großbritannien.

GROSS-BRITANNIEN IRLAND AUTONOMIE-GESETZ OHNE GÜLTIGKEIT DE VALERA

3. September 1914

Im Vatikan wird Kardinal Giacomo Marchese della Chiesa (geb. 21. November 1854) als Benedikt XV. zum Papst gewählt. Bereits fünf Tage nach seiner Wahl wird er an die kriegführenden Mächte eine Mahnung zum Frieden richten. Doch ist die Entwicklung bereits zu weit fortgeschritten, um ihr noch Einhalt gebieten zu können.[17]

VATIKAN PAPSTWAHL BENEDIKT XV.

Die französische Regierung weicht nach Bordeaux aus, da Paris von deutschen Truppen bedroht ist. General Joffre ordnet den Rückzug der französischen Streitkräfte hinter die Marne an und bildet vor Paris eine neue (die 6.) Armee.

FRANKREICH REGIERUNG NACH BORDEAUX

4./5. September 1914

In London unterzeichnen Paul Cambon für Frankreich, Graf von Benckendorff für Rußland und Sir Edward Grey für Großbritannien eine Erklärung, in der sich die drei Mächte (Triple-Entente) gegenseitig verpflichten, im gegenwärtigen Kriege keinen Separatfrieden zu schließen und bei der etwaigen Diskussion von Friedensbedingungen solche nur im Einverständnis mit jedem der Partner zu stellen. Dieser Erklärung werden Japan am 19. Oktober 1915 und Italien am 30. November 1915 beitreten. Ende 1917 wird sich die sowjetrussische Regierung nicht mehr an diese Erklärung gebunden sehen.[18]

BRITISCH-FRANZÖSISCH-RUSSISCHE VERPFLICHTUNG, KEINEN SEPARATFRIEDEN ZU SCHLIESSEN

9. September 1914

Der deutsche Generalstabschef von Moltke sendet den Oberstleutnant Richard Hentsch zur 1. deutschen Armee (an der Marne),

DEUTSCHLAND

MOLTKE STOPPT DEUTSCHEN VORMARSCH AN DER MARNE WESSEN WERKZEUG IST HENTSCH?

die im Begriff steht, eine Frontlücke zu schließen. Hentsch gibt, von Moltke bevollmächtigt, einen Rückzugsbefehl, der einen weiteren deutschen Vormarsch unmöglich macht und zu den langjährigen, aufreibenden Stellungskämpfen überleitet. Der Vorfall, auf seiten der Entente als „Wunder an der Marne" bezeichnet, wird nach dem Kriege den General Ludendorff veranlassen, sich zunächst mit den Kreisen um Moltke und dann mit dem Gesamtproblem der internationalen Freimaurerei eingehend zu beschäftigen.[19]

19. September 1914

DEUTSCHE KOLONIEN GEHEN VERLOREN

Die deutschen Kolonien gehen eine nach der anderen verloren. Nachdem am 26. August die deutsche Schutztruppe in Togo kapitulieren mußte, am 30. August Samoa kampflos von Neuseeland besetzt wurde, am 7. September dann britische Truppen in Kamerun einrückten, landen nunmehr ebenfalls britische Einheiten in Lüderitzbucht in Deutsch-Südwestafrika. In Tsingtau beginnen die Japaner mit der Belagerung, im deutschen Teil Neuguineas australische Truppen mit der Besetzung.

noch September 1914

KANADISCHE FREIWILLIGE NACH ENGLAND

30 000 kanadische Freiwillige werden nach England verschifft, um dem britischen Expeditionskorps in Frankreich eingegliedert zu werden. Kanada wird auch erhebliche wirtschaftliche Anstrengungen unternehmen, um Großbritannien in der Kriegführung zu unterstützen.

ALBANIEN PRINZ ZU WIED ITALIEN

Der zum Fürsten („Mbret") von Albanien gewählte Prinz zu Wied, der erst im März 1914 in Durazzo eingetroffen und mit großem Jubel empfangen worden ist, verläßt das Land unter dem Eindruck eines der (im Balkan nicht eben seltenen) Aufstände. Kurze Zeit später wird die albanische Stadt Valona mit der den Hafen beherrschenden Insel Saseno von Italien besetzt, das übrige Land im Laufe des Krieges zerrissen werden. Der Prinz zu Wied unternimmt keinen Versuch, die Stämme Albaniens zu einer geschlossenen Haltung zu führen. Er desertiert.

4. Oktober 1914

GROSSBRITANNIEN CHURCHILL IN BELGIEN

Winston Churchill, Erster Lord der britischen Admiralität, bietet von Antwerpen aus telegraphisch dem Premierminister Asquith seinen Rücktritt an, um den Befehl über das britische Expeditionskorps in Belgien (8000 Mann, davon nur 2000 ausgebildet) übernehmen zu können. Asquith lehnt ab. Churchill war in diplomatischer Mission nach Antwerpen gesandt worden, nachdem die deutsche Artillerie am 28. September mit der Beschießung der

Außenforts der Festung begonnen und nachdem die belgische Regierung Großbritannien um Hilfe ersucht hatte. Er griff nach Eintreffen der britischen Marineinfanterie in die militärische Führung ein und opferte zwei Brigaden. Sir Jan Hamilton berichtet darüber: „Churchill springt mit ihnen um, als sei er Napoleon und sie die Alte Garde. Er wirft sie dem Feind direkt in den Rachen.“[20]

OPFERT ZWEI MARINE-INFANTERIE-BRIGADEN

10. Oktober 1914

König Karol I. von Rumänien stirbt. Sein Nachfolger Ferdinand I. wird sich 1916 dazu bestimmen lassen, die am 4. August 1914 erklärte Neutralität Rumäniens aufzugeben und sich den Ententemächten anzuschließen.

RUMÄNIEN TOD KAROLS FERDINAND I.

20. Oktober 1914

In London wird von einer Gruppe von Nordamerikanern ein Komitee (später eine Kommission) für das Hilfswerk für Belgien ins Leben gerufen. Es wird das durch die britische Blockade bei deutscher militärischer Besetzung von der Lebensmitteleinfuhr abgeschnittene Belgien sowie Nordfrankreich während des ganzen Krieges mit Nahrungsmitteln versorgen. Den Vorsitz und die organisatorische Leitung übernimmt Herbert C. Hoover, der spätere Handelsminister und Präsident der USA, der deswegen von den britischen Marinebehörden unter Winston Churchill beim Foreign Office der Spionage zugunsten Deutschlands beschuldigt werden wird. Das Hilfswerk wird eine Milliarde Dollar aufbringen, fünf Millionen Tonnen konzentrierte Nahrungsmittel transportieren, die landwirtschaftliche Produktion entsprechend organisieren und Verhandlungen mit allen direkt oder indirekt beteiligten Regierungen, einschließlich der deutschen Besatzungsmacht führen. Ehrenvorsitzende und Protektoren des Hilfswerks werden amerikanische und andere neutrale Botschafter in Europa.[21]

AMERIKANISCHES HILFSWERK FÜR BELGIEN HOOVER

noch Oktober 1914

In Südafrika erhebt sich ein Teil der Buren gegen die britische Vorherrschaft. Da aber der Ministerpräsident der südafrikanischen Union, General Louis Botha, und auch General Jan Christian Smuts loyal zur britischen Krone stehen, bricht der Aufstand bereits im November zusammen.

SÜDAFRIKA BUREN-AUFSTAND SMUTS

2. November 1914

Nachdem Enver Pascha Kriegsminister der Hohen Pforte geworden ist, die russisch-türkischen Verhandlungen (vgl. 3. August 1914) gescheitert sind und am 28. Oktober im Schwarzen Meer

TÜRKEI RUSSLAND

KAMPF IM SCHWARZEN MEER
KRIEGSERKLÄRUNGEN
NORDSEE VERMINT

russische und türkische Kriegsschiffe den Kampf gegeneinander aufgenommen, letztere auch Sewastopol und Odessa beschossen haben, erklärt Rußland dem Osmanischen Reich den Krieg. Frankreich und Großbritannien, das am 5. November die Insel Zypern annektieren wird, schließen sich an. Gleichzeitig teilt Großbritannien den neutralen Mächten mit, daß die Nordsee als Kriegsgebiet zu betrachten sei und vermint werde.

3. November 1914

ITALIEN FORDERUNGEN AN ÖSTERREICH-UNGARN

Sonnino wird italienischer Außenminister. Obgleich Italien seiner Bündnispflicht aus dem Dreibund nicht nachgekommen ist (vgl. 3. August 1914), stellt er dennoch Forderungen an Österreich-Ungarn aufgrund eben dieses Dreibundes, verlangt Kompensationen für österreichische Balkanansprüche und macht Italiens künftige „wohlwollende Neutralität“ von der Erfüllung dieser Forderungen abhängig. Das Ganze ist natürlich nur ein Vorwand für den ohnehin beabsichtigten Frontwechsel. Das geht schon aus der Maßlosigkeit der Forderungen hervor: Südtirol, Görz, Gradisca, Istrien mit Triest, dalmatinische Inseln und Stützpunkte in Albanien, deren Ablehnung durch Österreich-Ungarn von vornherein feststeht.

5. November 1914

GROSSBRITANNIEN ANNEKTIERT ZYPERN

Britische Truppen besetzen Zypern und Großbritannien annektiert die Insel. In den Verträgen von Sèvres (vgl. 10. August 1920) und Lausanne (vgl. 24. Juli 1923) wird die Türkei diese Annexion anerkennen müssen. Doch es wird Großbritannien nicht gelingen, Zypern zu befrieden oder auch nur ein erträgliches Verhältnis zwischen dem griechischen und dem türkischen Bevölkerungsteil der Insel herzustellen.

DEUTSCH-OSTAFRIKA
LETTOW-VORBECK
TSINGTAU

Nach dem Sieg der deutschen Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika unter dem Befehl von General von Lettow-Vorbeck über ein britisch-indisches Expeditionskorps ist dies die einzige deutsche Kolonie, die noch eine Zeitlang kämpfend gehalten werden kann. Die deutsche Besatzung in Tsingtau muß zwei Tage später (nach anderthalb Monaten Kampf) kapitulieren und geht in japanische Gefangenschaft. Marschallinseln und Marianen, Palauinseln und Karolinen sind bereits im Oktober von japanischen Truppen besetzt worden.

19. November 1914

TROTZKI IN FRANKREICH

Lew Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki, reist als Kriegsberichterstatter der „Kijewskaja Myslj“ in Frankreich ein, wird Verbindung zu einzelnen Führern der französischen Sozialisti-

schen Partei aufnehmen und versuchen, sie in wöchentlichen Zusammenkünften zur konsequenten Verneinung des Krieges zu bewegen. Gleichzeitig tut Lenin dasselbe schriftlich mit den bolschewistischen Abgeordneten der Duma in Petersburg, um sie dahin zu bringen, daß sie sein „Manifest gegen den Krieg" zur Richtschnur ihrer parlamentarischen Tätigkeit machen. In dem Manifest heißt es u. a.: „Je größer die Verluste im Kriege werden, desto klarer wird es den werktätigen Massen sein, daß ... es notwendig ist, die Waffen gegen die Regierungen und die Bourgeoisie der betreffenden Länder zu wenden. Diesen imperialistischen Krieg zu einem Bürgerkrieg zu machen, ist die einzig richtige proletarische Parole."[22]

LENIN „MANIFEST GEGEN DEN KRIEG" VERWANDLUNG DES KRIEGS IN BÜRGERKRIEG

18. Dezember 1914

Großbritannien erklärt Ägypten zum britischen Protektorat und bricht es damit endgültig aus der Einflußsphäre des Osmanischen Sultanats in Konstantinopel heraus, zu der Ägypten bis dahin — jedenfalls formal — noch gehörte. Der ägyptische Khedive Abbas II., der loyal zur Pforte steht, wird durch seinen ententefreundlichen Onkel Husain Kamil abgelöst, der sich fortan „Sultan von Ägypten" nennt, aber keine tatsächlichen Machtbefugnisse ausüben kann. Er wird ohnehin nur drei Jahre im Amt sein.

GROSSBRITANNIEN ÄGYPTEN PROTEKTORAT HUSAIN KAMIL

noch 1914 (ohne nähere Datierung)

Der schwedische Reichstag setzt die Militärdienstzeit auf ein volles Jahr herauf und bewilligt die Mittel zum Bau von acht Panzerschiffen sowie 16 Torpedobootzerstörern. Beide Beschlüsse dienen der Erhaltung einer bewaffneten Neutralität Schwedens, insbesondere in der Ostsee.

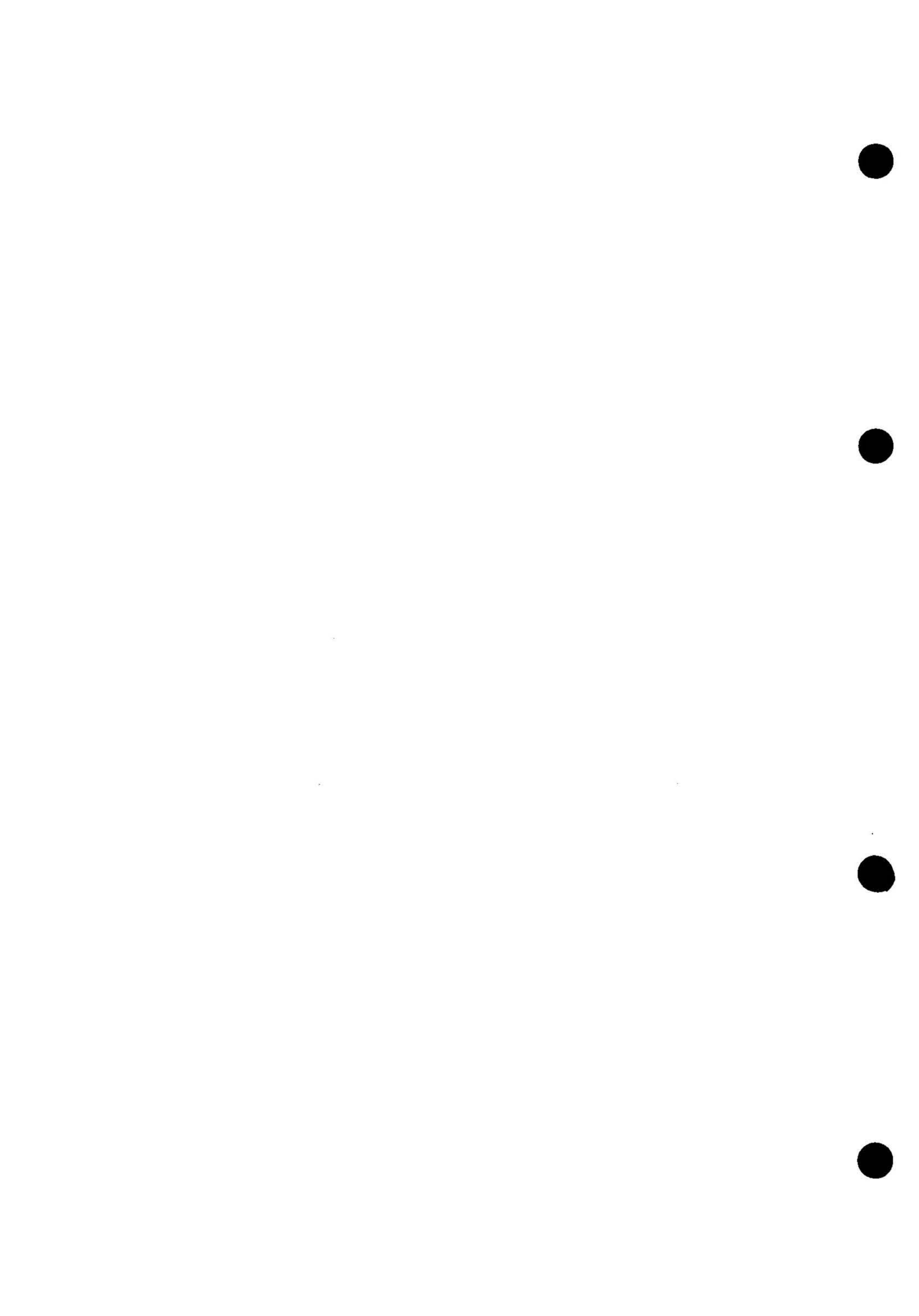
SCHWEDEN RÜSTET AUF

Großbritannien schließt auch mit den letzten der Sultanate im Hinterland von Aden und an der arabischen Südküste Schutzverträge. Innenpolitisch bleiben sie autonom, außenpolitisch werden sie künftig den Weisungen des britischen „Politischen Beauftragten" folgen.

GROSSBRITANNIEN HINTERLAND VON ADEN

Der bedeutendste Schüler des Erfinders der Psychoanalyse Sigmund Freud, Carl Gustav Jung (1875—1961), sagt sich von Freud los, überwindet die einseitige Sexualdeutung des menschlichen Seelenlebens und nähert sich mit dem, was er „kollektives Unbewußtes" nennt, dem indischen „Brahman".

C. G. JUNG



1915

11. Januar 1915

DEUTSCH-TÜRKISCHER DEFENSIV-VERTRAG

Ein Vertrag über eine geheime Defensivallianz des deutschen und des osmanischen Reiches tritt an die Stelle des Bündnisvertrages vom 2. August 1914 (vgl. dort).[1]

13. Januar 1915

BRITISCHE REGIERUNG GEGEN BELGISCHES HILFSWERK

Der Vorsitzende der Kommission für das Belgische Hilfswerk (vgl. 20. Oktober 1914), Herbert C. Hoover, trifft in London mit dem britischen Außenminister Sir Edward Grey zusammen. Dieser teilt ihm mit, der Kriegsminister Lord Kitchener und der Erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, seien heftige Gegner des Planes, die Belgier mit Lebensmitteln zu versorgen, auch der Schatzkanzler, Lloyd George, sei dagegen. Eine finanzielle Unterstützung durch die britische Regierung zur Fortführung des Hilfswerkes hält Grey für völlig ausgeschlossen. Das einzige, was Hoover erreichen kann, ist die Öffnung der Blockade für im voraus angemeldete Nahrungsmitteltransporte, jedoch nur, wenn Deutschland eine wirksame Kontrolle des Verbleibs der Lebensmittel in Belgien zuließe (vgl. 31. Januar 1915).[2]

18. Januar 1915

JAPANS 21 FORDERUNGEN AN CHINA
CHINA AKZEPTIERT UND HÄLT HIN

Japan beantwortet den Protest Yüan Schi-kais, des ersten Präsidenten der jungen und ohnmächtigen Republik China, gegen die japanische Weigerung, Kiautschou an China zurückzugeben, mit der Überreichung von 21 Forderungen. Ihre Erfüllung würde de facto die Oberherrschaft Japans über China bedeuten. Japan fordert u. a. die Verpachtung der südlichen Mandschurei auf 99 Jahre an Japan, die Anerkennung des japanischen Einflusses in der Provinz Schantung sowie in der östlichen Mongolei, die Sicherung der japanischen Kapitalinvestitionen im Yangtsetal, Kontrolle über die chinesische Rüstungsindustrie sowie den Eisenerz- und Kohleabbau und eine Verpflichtung Chinas, keiner dritten Macht einen chinesischen Küstenabschnitt abzutreten. China wird am 5. Mai 1915 die meisten dieser Forderungen akzeptieren, die Erfüllung jedoch bis über das Weltkriegsende hinauszögern.[3]

31. Januar 1915

HOOVER IN BERLIN

Herbert C. Hoover (vgl. 20. Oktober 1914, 13. Januar 1915) reist nach Berlin und erreicht in Verhandlungen mit Bethmann-Hollweg, von Jagow, Zimmermann, Helfferich, Lewald, Hjalmar Schacht und Albert Ballin, daß künftig Requirierungen von Le-

WEGEN BELGIEN UND NORD-FRANKREICH DEUTSCHE ZUSAGEN WERDEN EINGEHALTEN

bensmitteln in Belgien und dem gleichfalls deutsch besetzten Nordfrankreich unterbleiben, dem amerikanischen Personal des Hilfswerks Belgien volle Bewegungsfreiheit ohne Untersuchung eingeräumt wird, die U-Boot-Kommandanten angewiesen werden, die Zeichen auf den Transportschiffen des Hilfswerks zu respektieren, deutsche Handelsschiffe, die in neutralen Häfen liegen, dem Hilfswerk verchartert und deutsche Verbindungsoffiziere in Brüssel und Charleville zu ständigen Verhandlungen bevollmächtigt werden. Diese Zusagen werden eingehalten.[4]

4. Februar 1915

DEUTSCHLAND ERKLÄRT GEWÄSSER UM GROSS-BRITANNIEN ZUM KRIEGSGEBIET AMERIKANISCHE PROTESTNOTE

Das deutsche Auswärtige Amt gibt bekannt, daß die Gewässer um Großbritannien künftig als Kriegsgebiet zu betrachten seien. Ab 18. Februar würden in diesem Gebiet alle „feindlichen Handelsschiffe" ohne Rücksicht auf die Sicherheit von Passagieren und Mannschaften versenkt werden. Es ist die zu erwartende Gegenmaßnahme gegen die bereits seit dem 2. November 1914 bestehende britische Blockade der deutschen, belgischen und nordfranzösischen Küste. Dennoch wird das (neutrale) nordamerikanische Außenamt am 10. Februar mit einer scharfen Note reagieren und die deutsche Regierung für jeden einem amerikanischen Bürger zugefügten Schaden „voll verantwortlich" machen. Am 22. Februar wird dann die deutsche Seekriegführung den U-Boot-Handelskrieg gegen Großbritannien befehlen.[5]

19. Februar 1915

GROSS-BRITANNIEN GALLIPOLI-UNTERNEHMEN CHURCHILL

Mit der Beschießung der Außenforts von Gallipoli durch britische Kriegsschiffe beginnt das vom Ersten Lord der Admiralität, Winston Churchill, ursprünglich als reines Flottenunternehmen geplante Dardanellenabenteuer, mit dem die erfolgreich gegen Rußland operierende Türkei gelähmt werden soll. Sowohl der Munitionsminister Lloyd George als auch der Flottenchef Lord Fisher sind zunächst gegen das Unternehmen. Der Kriegsminister Lord Kitchener befürwortet es, solange kein Einsatz von Armeeverbänden dabei notwendig erscheint (vgl. 7. Juni 1915).[6]

22. Februar 1915

DEUTSCHLAND OSTPREUSSEN FREI

Mit dem Abschluß der Winterschlacht in Masuren und mit der Vernichtung der russischen 10. Armee ist das unmittelbare Kriegsgeschehen endgültig aus dem Bereich des Deutschen Reiches verdrängt und wird auch bis zum Kriegsende Ende 1918 außerhalb der Reichsgrenzen bleiben, im Osten sowohl wie im Westen.

noch Februar 1915

In Griechenland beruft sich der Ministerpräsident Eleutherios Venizelos (seit 1913 im Amt) auf das vor dem Zweiten Balkankrieg geschlossene Bündnis mit Serbien und führt im Alleingang gegen den Willen König Konstantins I. sowie der großen Mehrheit der griechischen Bevölkerung die Landung britischer und französischer Truppen in Saloniki herbei, wo diese unter dem Befehl General Maurice Sarrails an der griechisch-mazedonischen Grenze eine Stellungsfront ausbauen können. Zwar wird Venizelos von König Konstantin entlassen, aber Griechenland gerät dennoch in vollständige Abhängigkeit von den Ententemächten (vgl. 22. Juni 1916).

GRIECHENLAND VENIZELOS LÄSST BRITISCHE UND FRANZÖSISCHE TRUPPEN IN SALONIKI LANDEN

12. März 1915

Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens geben öffentlich bekannt, daß sie der russischen Regierung zugesichert haben, im Falle eines Sieges der Alliierten der Annexion Konstantinopels durch Rußland im Rahmen der Friedensvertragsbedingungen ihre Zustimmung zu geben. Sir Edward Grey hat der russischen Regierung den künftigen Besitz Konstantinopels bereits am 14. November 1914 in einer Geheimerklärung versprochen.[7]

FRANKREICH UND GROSSBRITANNIEN SPRECHEN RUSSLAND KONSTANTINOPEL ZU

10. April 1915

Frankreich und Großbritannien schließen mit Rußland den sogenannten Meerengenvertrag, in dem die oben genannte Zusicherung Konstantinopels für Rußland vertraglich erhärtet wird, wogegen sich England von Rußland künftige Vorteile im Osmanischen Reich sowie in Persien zusichern läßt.[8]

MEERENGENVERTRAG

26. April 1915

In London schließen Frankreich, Großbritannien und Rußland (die „Triple-Entente“) einen Vertrag mit Italien, das sich verpflichtet, binnen eines Monats in den Krieg gegen die Mittelmächte einzutreten und mit den Ententemächten alsbald eine entsprechende Militärkonvention der Oberkommandos der Armeen abzuschließen. Dafür sichern die Ententemächte Italien sofortigen Schutz seiner Küsten durch die britische und französische Flotte und für den kommenden Friedensvertrag folgende Gebietserwerbungen zu: Trentino, Tirol südlich des Brenner, Triest, Görz, Gradisca, Istrien bis zum Quarnero einschl. der istrischen Inseln, Dalmatien (bei Neutralisierung der dalmatinischen und albanischen Küste, ausgenommen die montenegrinische), Valona, die Insel Saseno und die Inseln des Dodekanes; ferner Libyen sowie Gebietserweiterungen in Eritrea und Somaliland (auf Kosten

VERTRAG DER TRIPLE-ENTENTE MIT ITALIEN ÜBER KRIEGSEINTRITT BRITISCHE ANLEIHE 50 MILLIONEN PFUND

Äthiopiens); endlich eine britische Anleihe in Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling. Der Vertrag unterliegt der Geheimhaltung.[9]

27. April 1915

GALLIPOLI-UNTERNEHMEN VERLUSTE DER ENTENTE CHURCHILL

Britische und französische Truppen landen auf der Halbinsel Gallipoli nördlich der Dardanellen, werden sich dort aber nur unter außerordentlich verlustreichen Kämpfen gegen türkische und deutsche Gegenangriffe bis zum Januar 1917 halten können. Das Unternehmen, das bekanntlich auf die Initiative und den Plan des Ersten Lords der Admiralität Churchill zurückgeht (vgl. 19. Februar 1915), wird von diesem noch enthusiastisch verteidigt werden, nachdem es praktisch schon gescheitert ist (vgl. 7. Juni 1915).[10]

3. Mai 1915

ITALIEN KÜNDIGT DREIBUND

Italien kündigt aufgrund des eine Woche zuvor in London geschlossenen Geheimvertrages mit den Mächten der Triple-Entente (vgl. 26. April 1915) den Dreibundvertrag mit Deutschland und Österreich-Ungarn, dem es sich 1882 angeschlossen und den es 1887 erneuert hat. Bereits 1912 hat sich Italien Frankreich gegenüber verpflichtet, im Falle eines Konfliktes mit den Mittelmächten (also seinen Dreibundpartnern) neutral zu bleiben.[11]

7. Mai 1915

VERSENKUNG DER „LUSITANIA" RÜCKTRITT BRYANS IN DEN USA EINSCHRÄNKUNG DES U-BOOT-KRIEGES

Der britische Passagierdampfer „Lusitania", der beim Auslaufen aus dem New Yorker Hafen Munition und anderes Kriegsmaterial geladen hat und daher vom deutschen Botschafter in den USA ausdrücklich gewarnt wurde (vgl. 4. Februar 1915), wird von einem deutschen U-Boot versenkt. Unter den Umgekommenen befinden sich 139 Amerikaner. Der Vorfall stärkt die Kriegspartei Theodore Roosevelts in den USA gegenüber der Friedenspartei William Jennings Bryans, der als Außenminister zurücktritt. Diese Wirkung der Lusitaniaversenkung in den USA hat wiederum deutscherseits eine Einschränkung des U-Boot-Krieges zur Folge.[12]

23. Mai 1915

ITALIEN ERKLÄRT ÖSTERREICH-UNGARN DEN KRIEG

Drei Tage vor Ablauf der im Londoner Vertrag vom 26. April 1915 (vgl. dort) genannten Frist erklärt Italien seinem ehemaligen Dreibundpartner (bis zum 3. Mai 1915, vgl. dort) Österreich-Ungarn den Krieg. Damit befindet es sich zugleich auch im Kriege mit dem Deutschen Reich, wenn auch seine offizielle Kriegserklärung erst am 28. August 1916 (vgl. dort) erfolgen wird. Der

Kriegserklärung an Österreich-Ungarn gingen umfangreiche Volkskundgebungen für die „Intervention" gegen die anti-interventionistische Parlamentsmehrheit voraus. An dieser Agitation war auch Benito Mussolini, damals noch Sozialist, maßgeblich beteiligt. Die Regierung Salandra trat zurück und wurde aufs neue berufen, kurz: das gewohnte Theater.[13]

MUSSOLINI

25. Mai 1915

In Großbritannien bildet der liberale Premierminister Asquith sein Kabinett um und nimmt außer liberalen auch konservative und Labour-Minister auf. Dieses Kriegskabinett kommt also durch Koalition aller drei Parteien zustande. Es wird am 2. Juli ein Munitionsgesetz erlassen, das zum Zwecke erhöhter und gesicherter Munitionsherstellung sowohl Streiks als auch Aussperrungen verbietet.

GROSS-BRITANNIEN KRIEGS-KABINETT ASQUITH

noch Mai 1915

Portugiesische Freimaurer gewinnen mit britischem Geld die Geheimorganisation „Formiga blanca" für eine erneute Revolution, um den entschiedenen Gegner einer Kriegsbeteiligung Portugals, den Führer der Konstituentenpartei, General Alvaro de Castro, zu beseitigen. Der Coup gelingt und der Weg für Portugals Kriegseintritt auf seiten der Entente-Mächte ist frei.[14]

PORTUGAL REVOLUTION GEGEN ALVARO DE CASTRO

5. Juni 1915

Dänemark gibt sich eine neue Verfassung. Ihr zufolge werden künftig die Mitglieder beider Kammern nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt, besitzen auch die Frauen das Wahlrecht und wird die Verhältniswahl eingeführt.

DÄNEMARK NEUE VERFASSUNG FRAUENWAHL-RECHT

7. Juni 1915

Winston Churchill versucht mit einer bombastischen Rede in Dundee sein scheiterndes Dardanellenunternehmen zu verteidigen und zu retten (vgl. 19. Februar 1915, 27. April 1915). „Nur ein paar Meilen" sei man noch entfernt „von einem Sieg, wie man ihn in diesem Krieg noch nicht erlebt hat. Ich spreche hier von einem Sieg, der die Zukunft der Nationen in andere Bahnen lenkt . . ." usw. Nichtsdestoweniger wird das Unternehmen mit einer totalen Niederlage unter unverhältnismäßig hohen Verlusten an Menschenleben und an Schiffstonnage enden. Es muß abgebrochen werden. Die Konservative Partei wird die Abberufung Churchills vom Marineministerium durchsetzen, ungerührt durch seinen flehentlichen Brief an den Führer der Konservativen, Bonar Law, man möge ihn in diesem Amt belassen. Churchills Rolle im Jahre

CHURCHILL VERTEIDIGT SEIN DARDA-NELLENUN-TERNEHMEN ABBERUFUNG CHURCHILLS ROLLE DES LIQUIDATORS

1915 nimmt im kleinen vorweg, was er im großen im Zweiten Weltkrieg anrichten wird: die Liquidation des britischen Weltreichs, die Unterminierung der Position des weißen Mannes auf der ganzen Erde und die Bolschewisierung halb Europas.[15]

9. Juli 1915

DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA KAPITULIERT

Mit der Kapitulation der deutschen Schutztruppe Südwestafrikas in Ottawi (nachdem Swakopmund bereits am 14. Januar und Windhuk am 12. Mai von südafrikanischen Truppen genommen war) geht auch diese deutsche Kolonie endgültig verloren.

noch Juli 1915

DAMASKUS-PROTOKOLL DER ARABER MIT GROSS-BRITANNIEN GEGEN DIE TÜRKEI BEDINGUNGEN

In Damaskus treten führende Persönlichkeiten der arabischen Länder zusammen und formulieren im „Damaskus-Protokoll" ihre Bedingungen für ein Zusammengehen mit Großbritannien gegen das Osmanische Reich (Türkei): 1. Anerkennung der Unabhängigkeit aller arabischen Länder in Asien durch Großbritannien, mit Ausnahme der britischen Kolonie Aden; 2. Preisgabe aller Sonderrechte, die Ausländern (Europäern) unter den sogenannten „Kapitulationen" eingeräumt wurden (ähnlich den „exterritorialen" Rechten in China); 3. Abschluß eines Beistandspaktes zwischen Großbritannien und den künftigen unabhängigen arabischen Staaten bei wirtschaftlicher Meistbegünstigung Großbritanniens.[16]

25. August 1915

DEUTSCHLAND EINNAHME BREST-LITOWSKS GENERAL-GOUVERNEMENT POLEN

Nach der Einnahme von (in zeitlicher Folge) Libau, Przemysl, Lemberg (22. Juni), Lublin, Cholm, Iwangorod, Warschau (5. August), Kowno, Modlin und Kowel fällt nunmehr auch Brest Litowsk. Am gleichen Tage wird General von Beseler zum Generalgouverneur des unter deutscher Verwaltung stehenden nördlichen Teiles von Kongreßpolen (ohne das Suwalkigebiet) ernannt. Im südlichen Teil, dem Militärgouvernement Lublin, wird der österreichische Feldzeugmeister von Kuk als Statthalter eingesetzt. Litauen und Kurland unterstehen der Militärverwaltung Ober-Ost, d. h. gemeinsamer deutsch-österreichisch-ungarischer Verwaltung.

5./6. September 1915

RUSSLAND GROSSFÜRST NIKOLAJEWITSCH ABBERUFEN

Nach dem Fall von Grodno (am 2. September) beruft der Zar den russischen Oberkommandierenden, den Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, ab, dessen Deutschenhaß und Skrupellosigkeit umgekehrt proportional zu seinen militärischen Fähigkeiten sind. Zar Nikolaus übernimmt selber den Oberbefehl. Tags darauf be-

ginnt eine starke russische Gegenoffensive, die den österreichischen Vormarsch in Ostgalizien stoppen und zum Stellungskrieg überleiten wird.

SOZIALISTEN-KONFERENZ IN ZIMMERWALD
LENIN GIBT TROTZKI NACH

Nachdem der italienische Sozialist und Kammerabgeordnete Morgari Anfang Juli nach Paris gereist ist, um französische und englische Sozialisten für eine Konferenz gegen den Krieg zu gewinnen, hat am 11. Juli eine Vorkonferenz in Bern, an der auch Lenin teilnahm, die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz für den 5. September in Zimmerwald bei Bern beschlossen. Es nehmen etwa vierzig Delegierte aus elf Ländern teil. Auch Trotzki hat sich eingefunden. Lenin fordert u. a.: „Alle sozialdemokratischen Abgeordneten haben gegen die Kriegskredite zu stimmen, die sozialistischen Minister aus den Regierungen auszutreten . . .“ Trotzki und Rakowski stellen sich gegen Lenin und isolieren ihn. Lenin gibt nach und unterzeichnet am 6. September Trotzkis Resolutionsentwurf, der weit weniger konkret ist.[17]

6. September 1915

DEUTSCHLAND BULGARIEN BÜNDNIS-VERTRAG VON SOFIA
MILITÄR-KONVENTION GEGEN SERBIEN
MACKENSEN
TÜRKEI

Deutschland und Bulgarien schließen einen Freundschafts- und Bündnisvertrag, der in Sofia unterzeichnet wird. Artikel 2 des Vertrages lautet: „Deutschland verbürgt mit allen Mitteln für die Dauer dieses Vertrages die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletztheit Bulgariens gegen jeden Angriff, der ohne Herausforderung der bulgarischen Regierung stattfinden sollte. Falls Deutschland von einem der Bulgarien benachbarten Staaten ohne Herausforderung angegriffen werden sollte, wird Bulgarien, sobald es dazu aufgefordert wird, seine Truppen gegen diesen Staat einsetzen.“ Zar Ferdinand I. und der bulgarische Regierungschef Radoslavow hoffen, durch ein Bündnis mit den Mittelmächten Mazedonien zurückgewinnen zu können. — Noch am gleichen Tage wird in Pleß auch eine Militärkonvention zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien von den Chefs der drei Generalstäbe unterzeichnet und ein gemeinsames Vorgehen gegen Serbien unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Mackensen vereinbart. Eine Woche später wird sich auch das Osmanische Reich dieser Militärkonvention anschließen.[18]

18. September 1915

EROBERUNG VON PINSK UND WILNA

Mit der Eroberung von Pinsk zwei Tage zuvor und nunmehr auch von Wilna hat die Ostfront des Ersten Weltkrieges vorläufig ihre östlichste Linie erreicht. Sie verläuft von Riga bis Czernowitz und wird sich bis zum Waffenstillstand im Dezember 1917 nur

VERLAUF DER OSTFRONT

noch geringfügig (nach vorübergehenden Einbrüchen der Russen im Süden im September 1916) verändern.[19]

9. Oktober 1915

ERSTÜRMUNG BELGRADS MACKENSEN VON SEECKT KRIEGS-ERKLÄRUNG BULGARIENS AN SERBIEN

Im Zuge einer deutschen Offensive gegen Serbien, die der Türkei Entlastung geben und zu gemeinsamen deutsch-türkischen Operationen führen soll, unter dem Oberbefehl von Generalfeldmarschall von Mackensen (mit Generalmajor Hans von Seeckt als Chef des Stabes) wird die Stadt und Festung Belgrad erstürmt. Fünf Tage später wird Bulgarien (vgl. 6. September 1915) Serbien den Krieg erklären. Es ist nicht bekannt, ob und wo diese verspätete Kriegserklärung die Reste der serbischen Regierung noch erreicht hat. Sie hat offenbar nur den Sinn, Ansprüche Bulgariens auf Mazedonien anzumelden. Doch handelt sich Bulgarien damit die Kriegserklärungen der Entente-Mächte ein (15.—20. Oktober 1915).

29. Oktober 1915

FRANKREICH REGIERUNG BRIAND

In Frankreich löst Aristide Briand (bürgerliche Linke), der bereits im Jahre 1909 und wieder 1913 Ministerpräsident war, Viviani in diesem Amte ab und übernimmt zugleich auch das Außenministerium. Dieses Mal wird er sich anderthalb Jahre lang (vgl. 17. März 1917), während in Frankreich die eigenen und die deutschen Armeen sich in mörderischen Materialschlachten zermürben, an der Spitze der Regierung halten können.

25. November 1915

USA NEUGRÜNDUNG DES KU-KLUX-KLAN SIMMONS

In den USA gründet William Joseph Simmons, ehemaliger Methodistenprediger, auf dem Stone Mountain östlich Atlanta am Thanksgiving Day den 1871 aufgelösten Geheimbund Ku-Klux-Klan mit 15 Anhängern aufs neue. Ziel des Bundes ist, dem Gleichberechtigungsanspruch der amerikanischen Neger entgegenzuwirken. Es kommt der Neugründung zugute, daß gleichzeitig ein erfolgreicher Film die Geschichte des alten, 1865 gegründeten Ku-Klux-Klan behandelt, The Birth of a Nation, bzw. The Clansmen, der im Februar 1915 uraufgeführt wurde und 50 Millionen Dollar Gewinn einspielen wird.[20]

noch November 1915

POLEN DMOWSKI IN LONDON

Der Führer der polnischen Nationaldemokraten, Roman Dmowski (geb. 9. August 1864 in Warschau), Organisator der polnischen Agentur in Lausanne und des polnischen Nationalkomitees in Paris, reist mit Unterstützung des russischen Botschafters in Paris, Iswolski, nach London, um seine Beziehungen zur britischen

Regierung zu intensivieren. Sein Programm sieht ein erweitertes autonomes polnisches Gebiet innerhalb Rußlands vor. Iswolski wird aber im April 1916 über diese Bestrebungen Dmowskis kritisch an den russischen Außenminister Sergej Sasonow berichten. (Beide sind, neben Poincaré, die Haupturheber des Ersten Weltkriegs, vgl. 20. und 29. Juli 1914.)[21]

ZIELT AUF POLNISCHE AUTONOMIE DOPPELTES SPIEL ISWOLSKIS

6.—8. Dezember 1915

In Chantilly tritt eine britisch-französische Konferenz zusammen und beschließt einerseits die Koordinierung der bevorstehenden Offensiven, andererseits die Räumung der Dardanellen (vgl. 27. April 1915). Damit findet das Unternehmen Winston Churchills ein für Großbritannien unrühmliches und von schmerzlichen Verlusten begleitetes Ende.

BRITISCH-FRANZÖSISCHE KONFERENZ IN CHANTILLY RÄUMUNG DER DARDANELLEN

25. Dezember 1915

Der erste Präsident der Republik China, Yüan Schi-kai (vgl. 18. Januar 1915), läßt sich zum Kaiser wählen, eine vom Revolutionsprogramm Sun Yat-sens her gesehen paradoxe Entwicklung, die daher auch nicht von Dauer sein kann (vgl. 22. März 1916). Es kommt zu Aufständen und auch Japan erhebt Einspruch.[22]

CHINA YÜAN SCHI-KAI ZUM KAISER GEWÄHLT

noch 1915 (ohne nähere Datierung)

Ein Briefwechsel zwischen dem britischen Oberkommissar für Ägypten, Sir Arthur Henry MacMahon, und dem Emir des arabischen Hedschas, dem Scherifen von Mekka, Husain I., aus der vom Propheten Mohammed abstammenden Dynastie der Haschimiden, erweckt bei dem arabischen Fürsten den Eindruck und das Vertrauen, Großbritannien werde bei Kriegsende der Errichtung eines souveränen großarabischen Staates, einschließlich Gesamtsyriens und des Irak, seine Unterstützung leihen. Dieser Briefwechsel kommt aufgrund des „Damaskus-Protokolls" (vgl. noch Juli 1915) zustande. Husain wird im Vertrauen auf diese britische Zusage 1916 seine Söhne Faisal und Abd'Allah — gemeinsam mit Thomas Edward Lawrence — den erfolgreichen „Aufstand in der Wüste" gegen die Türkei entfesseln lassen (vgl. 5. Juni 1916, 2. November 1916).[23]

GROSS-BRITANNIEN HEDSCHAS MACMAHON HUSAIN I. BRITISCHE ZUSAGE EINES SOUVERÄNEN ARABIENS

Die USA landen Truppen auf Haiti, besetzen die wichtigsten Plätze der Insel und erzwingen einen Staatsvertrag, der ihnen die Stellung einer Schutzmacht (Protektoratsverhältnis) einräumt. Sie werden die Besetzung bis 1934 aufrechterhalten und die National City Bank of New York wird eine wirtschaftliche Kontrolle über Haiti ausüben.[24]

USA INTERVENTION AUF HAITI PROTEKTORAT

noch 1915 (ohne nähere Datierung)

BRITISCH-IMPERIALISTISCHE GEHEIMORGANISATION DER „ROUND-TABLE GROUPS" AUCH IN INDIEN UND DEN USA

Die ursprünglich britische Geheimorganisation der „Round Table Groups", die — ähnlich den Freimaurerlogen und in mancher Hinsicht als deren Erben — „die Ausweitung der Idee der englisch sprechenden Welt" im Sinne von Cecil Rhodes (1853—1902), William T. Stead (1840—1912) und Lord Alfred Milner betreibt, d. h. eine Föderation der englischsprechenden Nationen sowie deren Herrschaft über alle bewohnten Gebiete der Erde anstrebt (vgl. 5. Februar 1891), hat nunmehr nach England selbst und seinen sämtlichen Dominions auch in Indien und sogar in den USA Fuß gefaßt. Die Gruppen stehen untereinander in ständiger zwangloser Verbindung und unterhalten seit 1910 eine eigene, anonym erscheinende Vierteljahreszeitschrift „The Round Table" (Fortsetzung im Anmerkungsteil, vgl. außerdem 19. Mai 1919 mit Anm. 21).[25]

1916

6. Januar 1916

Das britische Parlament beschließt ein erstes Gesetz zur Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht — anderthalb Jahre nach Kriegsbeginn. Nun erst werden auch breitere Schichten der Bevölkerung Großbritanniens — einschließlich Irlands — in das unmittelbare Kriegsgeschehen einbezogen.

GROSS-BRITANNIEN ALLGEMEINE WEHRPFLICHT

noch Januar 1916

Französische Truppen besetzen die griechische Insel Korfu. Später werden Entente-Streitkräfte auch auf Kephallenia, einer der jonischen Inseln, an der Küste von Nordepirus (Südalbanien) und auf der Insel Thasos (östlich von Saloniki im Ägäischen Meer) landen und sich dort festsetzen.

FRANKREICH BESETZT GRIECHISCHE INSELN

Der Präsident der USA, Woodrow Wilson, sendet seinen engsten Berater, den Colonel Edward Mandell House, nach Europa, um die Bereitschaft der kriegführenden Mächte zu einem „Frieden ohne Sieg" zu erkunden. Der offizielle Teil der Mission scheitert an den selbst in den USA als unerfüllbar beurteilten Forderungen der Ententemächte. House, der zugleich Vertrauensmann der amerikanischen Bankiers Morgan, Rockefeller, Kahn, Paul Warburg und Jacob Schiff ist, nutzt jedoch die Gelegenheit zur Kontaktpflege mit maßgebenden Mitgliedern der „Round Table Groups" (vgl. noch 1915).[1]

USA MANDELL HOUSE IN EUROPA KONTAKT-PFLEGE MIT DEN „ROUND TABLE GROUPS"

10. Februar 1916

Die in den USA tätige Abteilung des britischen Intelligence Service fängt eine Depesche aus Dublin/Irland an den in den USA lebenden Irenführer John Devoy auf und gibt sie nach London weiter. Sie stammt von der „Irish Republican Brotherhood" und lautet: „Einstimmige Meinung, daß Aktion nicht länger hinausgeschoben werden darf. Wir haben entschieden, daß Ostersamstag losgeschlagen werden muß. Wenn nicht neue Umstände eintreten, müssen wir Waffen in der Nacht von Karfreitag auf Ostersamstag in Limerick haben. Wir erwarten deutsche Hilfe nach Beginn der Aktion." (Fortsetzung im Anmerkungsteil.)[2]

VORBEREITUNG DES IRISCHEN OSTERAUF-STANDES JOHN DEVOY DEUTSCHE HILFE

18. Februar 1916

Die USA erwerben in Nicaragua durch den Bryan-Chamorro-Vertrag gegen Zahlung von drei Millionen Dollar das Recht, quer durch Nicaragua einen Kanal vom atlantischen zum pazifischen Ozean zu bauen und Marinestützpunkte anzulegen. Der

USA NICARAGUA BRYAN-CHA-MORRO-VER-TRAG IN KRAFT

KANAL-PROJEKT

Vertragsabschluß erfolgt in Anwesenheit nordamerikanischer Truppen in Nicaragua (schon seit 1912) und unter vollständiger Abhängigkeit des Landes von den USA, die eine Finanzkontrolle ausüben.[3]

23. Februar 1916

GROSS-BRITANNIEN BLOCKADE-MINISTERIUM

Innerhalb der Regierung Großbritanniens wird ein besonderes Blockadeministerium geschaffen. Es wird alle Maßnahmen koordinieren, die eine Versorgung der Küsten der Mittelmächte mit Gütern auf dem Seewege unterbinden sollen.

noch Februar 1916

USA LANSING UND DAS SEEKRIEGS-RECHT BEWAFFNETE HANDELS-SCHIFFE

Auf Drängen des Colonel Mandell House, Beraters des Präsidenten Wilson (vgl. noch Januar 1916), ändert der nordamerikanische Außenminister Lansing (seit Juni 1915 im Amt) seine Auffassung in der Frage, ob bewaffnete Handelsschiffe im Seekrieg als Kriegsschiffe zu beurteilen seien. Hatte Lansing seit dem Januar 1916 diese Frage im Sinne der deutschen Seekriegführung bejaht und einen Monat lang die Bekämpfung solcher Schiffe für rechtens erklärt, so kehrt er nunmehr zu seinem früheren Standpunkt zurück, bewaffnete Handelsschiffe seien keine Kriegsschiffe und dürften daher nicht versenkt werden. Er gibt damit Präsident Wilson die Möglichkeit, die Immunität bewaffneter britischer Handelsschiffe im Seekrieg zu vertreten.[4]

5. März 1916

GROSS-BRITANNIEN FRANKREICH PALÄSTINA-PROJEKT (ZIONISMUS)

Während der britische Außenminister Sir Edward Grey seinen Gesandten in Petersburg, Buchanan, beauftragt, die Auffassung der russischen Regierung zur „Frage jüdischer Kolonisation in Palästina" zu erkunden, entsendet der französische Außenminister M. Pichon den Professor Victor Guillaume Basch in die USA, um dem amerikanischen Judentum die Zusicherung zu geben, daß bei der Verteilung der türkisch-vorderasiatischen Gebiete nach dem Kriege die Interessen der jüdischen Kolonien in Palästina von Frankreich und Großbritannien wahrgenommen werden würden.[5]

22. März 1916

CHINA THRON-VERZICHT UND TOD YÜAN SCHI-KAIS LI-YÜAN-HUNG

In China muß Yüan Schi-kai, der erste Präsident der Republik von 1912, der sich am 25. Dezember 1915 (vgl. dort) zum Kaiser hat wählen lassen, auf diesen Titel wieder verzichten. Nicht nur Japan hat Einspruch erhoben, sondern auch Sun Yat-sen hat die Revolution nicht dazu herbeigeführt und die Mandschu-Dynastie nicht zu dem Zwecke gestürzt, daß gleich der erste Präsident der Republik sich zum Kaiser von China wählen läßt. Zweieinhalb

Monate später, am 6. Juni 1916, wird Yüan sterben. Sein Nachfolger als Präsident wird Li Yüan-hung, die Verfassung von 1912 wieder hergestellt, das Parlament wieder einberufen werden. Inzwischen wächst der japanische Einfluß.[6]

24. März 1916

DEUTSCHLAND REICHSTAG SPALTUNG DER SPD-FRAKTION

Im deutschen Reichstag spaltet sich die sozialdemokratische Fraktion. Der linke Flügel, der sich selbständig macht, tendiert zur Beendigung des Krieges ohne Rücksicht auf die Bedingungen. Er steht offenbar unter dem Eindruck der Beschlüsse der Sozialistenkonferenz in Zimmerwald (vgl. 5./6. September 1915).

noch März 1916

GRIECHENLAND ALBANIEN NORDEPIRUS INTERVENTION DER ENTENTE-MÄCHTE

König Konstantin von Griechenland erklärt durch einen Erlaß den eben erst von Truppen der Entente besetzten südlichen Teil von Albanien (Nordepirus, vgl. noch Januar 1916) als endgültig zum griechischen Hoheitsgebiet gehörig. Daraufhin verstärken die Ententemächte ihren Druck auf Griechenland, blockieren vorübergehend die Küsten und mischen sich brutal in die inneren Angelegenheiten des Landes ein, indem sie Neuwahlen der Kammer, Neubildung einer Entente-freundlichen Regierung, Entlassung der deutschfreundlichen Polizeibeamten, Kontrolle des Post- und Telegraphenwesens, Auslieferung der Kriegsflotte und Anerkennung Frankreichs sowie Großbritanniens als Schutzmächte Griechenlands mit Aufsichtsrechten fordern, d. h. Aufgabe der staatlichen Souveränität.

24. April 1916

IRLAND OSTER-AUFSTAND AUSFALL DER DEUTSCHEN WAFFENHILFE

Auf Beschluß der Aufständischenführer Conolly und Pearse wird der irische Osteraufstand gegen die britische Herrschaft durchgeführt, obgleich unmittelbar vorher bekannt wurde, daß das Schiff mit der deutschen Waffenlieferung, „Aud“ (vgl. 10. Februar 1916), von britischen Kriegsschiffen aufgebracht und von der eigenen Mannschaft gesprengt wurde. (Fortsetzung im Anmerkungsteil.)[7]

29. April 1916

TÜRKISCHER SIEG IN MESOPOTAMIEN

Türkische Truppen erobern Kut-el-Amar in Mesopotamien. Die britisch-indischen Streitkräfte dort kapitulieren. Zu ihrem geplanten Zusammenwirken mit den in Persien vorrückenden Russen kommt es daher nicht.

16. Mai 1916

GROSS-BRITANNIEN FRANKREICH

Ein Briefwechsel zwischen dem britischen Außenminister Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter in London, Paul

SYKES-PIKOT-ABKOMMEN ABGRENZUNG DER INTERESSEN IM ARABISCHEN RAUM

Cambon, erhärtet ein durch die Unterhändler Sykes und Pikot vorbereitetes und nach diesen benanntes britisch-französisches Abkommen über einen Kompromiß in den beiderseitigen Interessen in Vorderasien und Arabien. Das Abkommen geht sehr ins Detail und stellt die Weichen für die weitere Entwicklung im arabisch-vorderasiatischen Raum. Es geht zwar noch davon aus, daß ein unabhängiger arabischer Staat oder eine Konföderation arabischer Staaten von beiden Vertragspartnern anerkannt werden würde (Artikel 1), schränkt aber durch die weiteren Bestimmungen diese Unabhängigkeit der künftigen arabischen Staaten empfindlich ein.[8]

5. Juni 1916

ARABISCHER AUFSTAND GEGEN DIE TÜRKEI HUSAIN I.

Scherif Husain I. von Mekka erhebt sich nach langwierigen Verhandlungen mit britischen Unterhändlern (siehe oben) gegen die Oberherrschaft des Osmanischen Reiches, ruft zum arabischen Freiheitskampf auf und stellt sich auf die Seite Großbritanniens. Sir Arthur H. MacMahon in Kairo hat ihm brieflich (vgl.: noch 1915) die Unabhängigkeit Gesamtarabiens einschließlich des großsyrischen, also auch des palästinensischen Arabertums in Aussicht gestellt, obgleich eine Verwirklichung dieser Zusage französische Interessen berühren würde und dem Sykes-Picot-Abkommen (vgl. 16. Mai 1916) widerspräche.[9]

21. Juni 1916

MEXIKO USA GEFECHT BEI CARRIZAL

Bei Carrizal in Mexiko kommt es zu einem Gefecht zwischen mexikanischen Truppen und den seit März 1916 in Mexiko operierenden US-Streitkräften einer sogenannten „Strafexpedition" unter dem Befehl General Pershings, die das Land erst am 5. Februar 1917 wieder verlassen werden (vgl. auch: noch März 1917).[10]

22. Juni 1916

ULTIMATUM DER ENTENTE AN GRIECHENLAND

Die Mächte der Entente, die seit dem 6. Juni eine Blockade gegen Griechenland verhängt haben (vgl.: noch März 1916), fordern nunmehr ultimativ die Demobilisierung der griechischen Armee sowie Änderung der griechischen Verfassung und einen Regierungswechsel.

noch Juni 1916

AUFRÜSTUNG DER USA

Der Kongreß der USA beschließt, die Armee von 92 710 Mann auf etwa 140 000 Mann zu vergrößern sowie zehn Schlachtschiffe und sechs Kreuzer neu auf Kiel zu legen, außerdem zahlreiche

kleinere Schiffseinheiten bauen zu lassen. Der Kongreß bewilligt für dieses Programm den Betrag von 312 Millionen Dollar.[11]

JUDENTUM IN RUSSLAND UND IM DEUTSCH-BESETZTEN GEBIET

Der Rabbiner Judas L. Magnes, Zionist und Angehöriger der den Kommunismus fördernden Kreise, schreibt in einem Brief an einen Herrn Byrlawski u. a.: „ . . . Weiterhin ist man sich in Deutschland und Österreich sehr wohl darüber im klaren, daß die Juden Rußlands in Rußland niemals wirklich Bürgerrechte besessen haben und, wenn auch ein Jude in Rußland geboren sein mag, dies noch keineswegs bedeutet, daß er damit ein russischer Staatsbürger wäre. In Anbetracht dessen sowie aus anderen offenkundigen Gründen bemühen sich die deutsche und die österreichische Regierung augenblicklich in jeder Weise, sich der Mitarbeit und Loyalität der starken jüdischen Bevölkerung in den von ihnen kontrollierten Gebieten zu versichern."[12]

3. Juli 1916

RUSSLAND JAPAN GEHEIM-VERTRAG VON PETERSBURG EINFLUSS IN CHINA

In Petersburg unterzeichnen Sasonow und Motono einen russisch-japanischen Geheimvertrag, mit dem beide Mächte das Ziel verfolgen, gemeinsam ihren Einfluß in China gegen jeden künftigen Angreifer zu verteidigen und sich im Falle eines Angriffes gegenseitig bewaffnete Hilfe zu leisten, allerdings nur dann, wenn die angegriffene Partei Garantien auch ihrer anderen Verbündeten erhalten hat, daß auch diese ihr mit angemessenen Mitteln zu Hilfe kommen werden. Die vertragschließenden Partner rechnen in diesem Bündnis unausgesprochen mit einer späteren Gegnerschaft Großbritanniens und der USA.[13]

3. August 1916

GROSS-BRITANNIEN IRLAND CASEMENT ERHÄNGT

In England wird Sir Roger Casement nach seiner Verurteilung wegen Hochverrats erhängt. Er hat die irische Freiwilligenarmee, die Irish Volonteers, organisiert, in Deutschland gegen Großbritannien gewirkt und ist unmittelbar vor dem irischen Osteraufstand (vgl. 24. April 1916), von einem deutschen U-Boot an die irische Küste gebracht, dort verhaftet worden. Casement hat die außenpolitischen Verbindungen der irischen Freiheitsbewegung hergestellt, so auch zu den Iren in den USA.[14]

27. August 1916

RUMÄNIEN KÖNIG FERDINAND ERKLÄRT

König Ferdinand von Rumänien erklärt auf Drängen der Ententemächte, die Rumänien Siebenbürgen, die Bukowina und das Banat versprochen haben, Österreich-Ungarn den Krieg. Doch erweist sich dieser Schritt als eine Fehldisposition seitens der Alliierten. Er löst schon am folgenden Tage die Kriegserklärung

ÖSTERREICH-UNGARN DEN KRIEG

Bulgariens, Deutschlands und der Türkei an Rumänien aus und hat einen Feldzug der Mittelmächte zur Folge, der sie bis zum 6. Dezember 1916 in den Besitz des größten Teils Rumäniens, einschließlich der Erdölfelder, setzen wird.

28. August 1916

ITALIEN ERKLÄRT DEUTSCHLAND DEN KRIEG

Italien, das sich aus dem Dreibund mit Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Seite der Entente geschlagen (vgl. 26. April 1915) und am 23. Mai 1915 (vgl. dort) Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hat, richtet nunmehr eine formale Kriegserklärung auch an das Deutsche Reich, ohne damit die erfolgreichen Operationen der Mittelmächte in Rumänien beeinträchtigen zu können.

29. August 1916

DEUTSCHLAND HINDENBURG CHEF DES GENERALSTABES

Der deutsche Kaiser ernennt Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Chef des Generalstabes des Heeres und Generalleutnant Ludendorff zum ersten Generalquartiermeister. Damit bilden die beiden Sieger der Schlacht bei Tannenberg vom Ende August 1914 (vgl. dort) die Oberste Heeresleitung, die auch zunehmenden politischen Einfluß gewinnen wird.

USA PHILIPPINEN TEIL-SELBSTVERWALTUNG GENERALGOUVERNEUR

Die USA gewähren durch Gesetz den Philippinen, die sie 1898 Spanien gewaltsam abgenommen haben, eine Art von Selbstverwaltung. Das heißt: die Exekutive übt ein vom Präsidenten der USA ernannter Generalgouverneur aus, die gesetzgebende Gewalt ein Zweikammernparlament, Senat und Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder auf drei bzw. sechs Jahre gewählt werden. Einen Dominionstatus werden die USA den Philippinen erst 1934, die Unabhängigkeit erst 1946 zugestehen.[15]

noch August 1916

GRIECHENLAND ENTENTE ORGANISIERT UMSTURZ VENIZELOS

Um Griechenland ihren Forderungen (vgl. noch März 1916) gefügig zu machen, lassen die Mächte der Entente in Saloniki, auf der Insel Kreta und auf Korfu einen Umsturz organisieren. Der ehemalige Ministerpräsident Venizelos, im Februar 1915 (vgl. dort) wegen seiner Ententehörigkeit vom König entlassen, wird zuerst auf Kreta, dann in Saloniki die „vorläufige Regierung" übernehmen und Bulgarien wie dessen Verbündeten (d. h. den Mittelmächten) den Krieg erklären.

27. September 1916

ÄTHIOPIEN KAISERIN WOISERO ZUDITO

In Äthiopien wird Woisero Zudito (Judith), die Tochter des 1911 verstorbenen Kaisers Menelik II., zur Kaiserin proklamiert. Regiert wird das Land von einem Großneffen Meneliks, Ras Tafari

Makonnen (dem späteren Haile Selassie, geb. 23. Juli 1892 in Edjersso/Provinz Harrar). Seine Politik hat die tatsächliche Unabhängigkeit Äthiopiens von den Kolonialmächten und gleichzeitig eine Modernisierung des altertümlichen Staatswesens zum Ziel. Sie stößt auf den Widerstand der Kaiserin und der Koptischen Kirche im Lande.

REGIERUNG RAS TAFARI MAKONNEN

21. Oktober 1916

In Wien wird der österreichische Ministerpräsident Karl Reichsgraf von Stürgkh (seit dem 3. November 1911 im Amt, davor Kultusminister) von dem jüdischen Herausgeber des sozialdemokratischen Blattes „Kampf“, dem Freimaurer Friedrich Adler, ermordet. Der Vater des Mörders, Viktor Adler, ist Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros, des Organs der 2. Internationale, zu deren Zielen die Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie gehört. Die Ermordung des Grafen von Stürgkh schließt sich in jeder Hinsicht an die des Erzherzogs Franz Ferdinand an. Nachfolger als Ministerpräsident wird bis zum 14. Dezember 1916 Ernst von Koerber, dann Clam-Martiniz werden.[16]

ÖSTERREICH MINISTERPRÄSIDENT STÜRGKH VON FRIEDRICH ADLER ERMORDET (FREIMAURERMORD)

29. Oktober 1916

In Frankreich bildet Aristide Briand sein fünftes Kabinett, genau ein Jahr nachdem er René Viviani im Amte des Ministerpräsidenten abgelöst hat (vgl. 29. Oktober 1915). Ein Ausschuß von fünf Ministern unter Vorsitz Briands bildet nunmehr das engere Kriegskabinett. Das Außenministerium behält sich Briand auch weiterhin selber vor. Er wird bis zum 17. März 1917 (vgl. dort) im Amte bleiben, während nicht weit von Paris an langen Frontabschnitten die Stellungskämpfe unter gewaltigem Materialeinsatz täglich schwerste Verluste kosten.[17]

FRANKREICH 5. KABINETT BRIAND KRIEGSKABINETT

2. November 1916

Der Emir des Hedschas, Husain I., Scherif von Mekka, der zentralen Pilgerstätte des Islam, Nachkomme Mohammeds aus dem Geschlechte der Haschimiden (vgl. auch 5. Juni 1916), nimmt, im Vertrauen auf die britischen Versprechungen (vgl.: noch 1915, Briefwechsel mit MacMahon) den Titel „König der arabischen Länder“ an. Doch erkennt Großbritannien ihn lediglich als König des Hedschas an und wird in der Folgezeit den Sultan des Nedschd, den Wahabiten Abd al Asis III. (Ibn Saud) gegen ihn ausspielen (vgl. auch 8. Januar 1926).

HUSAIN I. „KÖNIG DER ARABISCHEN LÄNDER“ GROSSBRITANNIEN: NUR KÖNIG DES HEDSCHAS

5. November 1916

DEUTSCHLAND ÖSTERREICH KÜNFTIG UNABHÄNGIGES POLEN

Einer gemeinsamen Erklärung des deutschen und des österreichisch-ungarischen Kaisers gemäß proklamiert General von Beseler als Gouverneur des von deutschen Truppen besetzten Polens die künftige Existenz eines unabhängigen polnischen Staates. Damit wird es der russischen Regierung unmöglich gemacht, auf das am 12. Dezember (vgl. dort) erfolgende Friedensangebot der Mittelmächte einzugehen (vgl. auch 6. Dezember 1916). Die deutsche Oberste Heeresleitung verspricht sich von diesem Schritt aber die Aufstellung eines polnischen Heeres, das auf Seiten der Mittelmächte kämpfen werde.[18]

21. November 1916

ÖSTERREICH-UNGARN TOD KAISER FRANZ JOSEPHS KAISER KARL

In Wien stirbt nach 68jähriger Regierungszeit im Alter von 86 Jahren Kaiser Franz Joseph von Österreich, König von Ungarn (seit 1867). Sein Tod löst die Klammer, die die auseinanderstrebenden Teile des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn noch zusammengehalten hat. Sein Großneffe und kurzfristiger Nachfolger Karl sowie dessen Gemahlin Zita von Bourbon-Parma gehen bereits mit Sonderfriedensplänen um, die den Zerfall der Doppelmonarchie unvermeidlich machen müssen. Ihr Außenminister wird Graf Czernin.[19]

24. November 1916

RUSSLAND NEUER MINISTERPRÄSIDENT TEPROW

In Rußland wird der Ministerpräsident Boris Wladimirowitsch Stürmer durch Alexander Fedorowitsch Teprow ersetzt. Doch kann es auch diesem nicht mehr gelingen, die zur Revolution treibende Entwicklung aufzuhalten. Sie ist teils durch die militärischen Rückschläge, teils durch von langer Hand betriebene Agitation, schließlich auch durch den Vertrauensverlust des dekadenten Hofes bei breiten Schichten der Bevölkerung (vgl. 30. Dezember 1916), vor allem aber durch Hunger und Entbehrungen bedingt.

1. Dezember 1916

GRIECHENLAND ATHEN KAMPF GEGEN FRANZÖSISCHE BESATZUNG

Nach Auslieferung der griechischen Kriegsflotte an die Ententemächte und Besetzung des Athener Hafens Piräus (vgl.: noch März und noch August 1916) verlangt der französische Admiral Fournet auch die Auslieferung des gesamten griechischen Kriegsmaterials, die Kontrolle der Eisenbahnlinie Piräus—Larissa und droht damit, Athen beschießen zu lassen. Daraufhin nehmen das in Athen stationierte griechische Militär und die bewaffnete Bevölkerung der Stadt den Kampf auf. Die Franzosen müssen sich

auf den Piräus zurückziehen. Frankreich fordert „Genugtuung“ und blockiert aufs neue die griechischen Küsten (bis zum März 1917).

4. Dezember 1916

GROSS-BRITANNIEN STURZ DER REGIERUNG ASQUITH LLOYD GEORGE

Das britische Kabinett Herbert Henry Asquith wird nach über achtjähriger Amtsführung gestürzt. Asquith ist Führer der Liberalen Partei. Sein Nachfolger als Premierminister wird David Lloyd George (geb. 1863 in Manchester, wallisischer Herkunft, Baptist), ebenfalls Liberaler, der seit dem 7. Juli 1916 als Nachfolger des bei den Orkney-Inseln umgekommenen Lord Kitchener das Kriegsministerium innehat und zunehmend zur treibenden Kraft der britischen Kriegführung, daher auch der innenpolitischen Befriedung wird. Außenminister des neuen Kabinetts wird Arthur James Balfour, überzeugter und konsequenter Förderer der zionistischen Palästinapläne (geb. 25. Juli 1848 in Whittingehame/Haddingtonshire [Schottland]).[20]

5. Dezember 1916

DEUTSCHLAND „VATER-LÄNDISCHER HILFSDIENST“

Der deutsche Reichstag nimmt ein „Vaterländisches Hilfsdienstgesetz“ an, das der Zusammenfassung aller Wirtschafts- und Arbeitskräfte dienen soll. Ursprünglich als „Hindenburg-Programm“ konzipiert mit dem Ziel einer äußersten Kriegsanstrengung, hat es den Reichstag nur unter erheblichen Abstrichen und Kompromissen passieren können. Entsprechend eingeschränkt wird auch die Wirkung sein.

6. Dezember 1916

RUSSLAND ZARIN ALEXANDRA UNTER EINFLUSS RASPUTINS

Zarin Alexandra (Alice von Hessen) schreibt aus Petersburg an Zar Nikolaj ins Hauptquartier: „ . . . da Du einmal gesagt hast, Du willst Protopopow [den auf Veranlassung Grigorij Rasputins — vgl. 30. Dezember 1916 — ernannten Innenminister] behalten, wie wagt er [Ministerpräsident Trepow] es, gegen Dich zu sein — schlag mal mit der Faust auf den Tisch, bleibe fest, sei der Herr, höre auf Dein hartes Weibchen und auf unseren Freund [Rasputin], vertraue uns.“[21]

POLEN STAATSRAT UNTER DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHER KONTROLLE

Aufgrund der österreichisch-deutschen Proklamation eines polnischen Staates vom 5. November 1916 (vgl. dort) wird in Warschau ein polnischer Staatsrat gebildet, der aber unter Kontrolle des deutschen Generalgouverneurs in Warschau und des österreichischen Militärgouverneurs in Lublin steht und nur beratende Funktion hat. Ab September 1917 wird diesem Staatsrat dann die Verwaltung der Gerichtsbarkeit sowie des polnischen Erzie-

hungswesens übertragen werden. Bei Kriegsende wird sich sein Einfluß auf alle Vorgänge im polnischen Gebiet ausdehnen.[22]

12. Dezember 1916

DEUTSCHLAND FRIEDENS-ANGEBOT ÜBER USA PROVOZIEREN-DE FORMULIE-RUNG

Die deutsche Reichsregierung ersucht, zugleich im Namen Österreichs-Ungarns, der Türkei und Bulgariens, die USA, ein Friedensangebot den alliierten Gegnermächten zur Kenntnis zu bringen, in dem zuerst die militärischen Erfolge der Mittelmächte herausgestrichen werden, dann erklärt wird, daß diese zum Kampfe gezwungen worden seien. Danach wird der Vorschlag unterbreitet, „alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten", und endlich die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, im Falle einer Ablehnung dieses Vorschlages den Kampf „bis zum siegreichen Ende zu führen . . . aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte" abgelehnt. In diesem erschütternden Stil ist das Angebot von vornherein zum Scheitern verurteilt.[23]

13. Dezember 1916

RUSSLAND ZARIN ALEXANDRA AN DEN ZAREN: „RUSSLAND LIEBT DIE PEITSCHE"

Zarin Alexandra (Alice von Hessen) schreibt dem Zaren aus Petersburg ins Hauptquartier: „Nur kein verantwortliches Ministerium [im Sinne einer konstitutionellen Monarchie], auf das jetzt alle verssesen sind. Alles wird ruhiger und besser [zehn Wochen vor der Märzrevolution], man will aber Deinen Arm fühlen. Wie lange Jahre schon sagt man mir immer dasselbe: ‚Rußland liebt es, die Peitsche zu fühlen', das ist seine Natur!"[24]

16. Dezember 1916

NIEDERLÄN-DISCH INDIEN VOLKSRAT MIT AUCH EINGEBORENEN MITGLIEDERN

In Niederländisch-Indien wird durch ein Gesetz des Mutterlandes ein „Volksraad" für das gesamte Gebiet errichtet, dessen Mitglieder teils aus den Gemeinde- und Provinzräten, denen seit 1903 auch Eingeborene angehören können, gewählt, teils von der niederländischen Regierung ernannt werden. Grundsätzlich sind alle Rassen wähl- bzw. ernennbar. Der Volksrat soll der Regierung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und in Fragen der Wehrpflicht, Steuer- sowie Dienstleistungen der Eingeborenen beratend zur Seite stehen.[25]

21. Dezember 1916

USA NOTE WILSONS AN DIE KRIEG-FÜHRENDEN MÄCHTE

Der Präsident der USA, Woodrow Wilson, richtet im Anschluß an das Friedensangebot der Mittelmächte (vgl. 12. Dezember 1916) nunmehr seinerseits eine Note an die kriegführenden Mächte sowie an die Neutralen und regt darin „einen Meinungsaustausch über ihre Friedensbedingungen und Forderungen" an.

Die Mittelmächte werden bereits fünf Tage später zustimmend antworten und die Einberufung einer Friedenskonferenz vorschlagen (vgl. auch 10. Januar 1917).

24. Dezember 1916

GROSS-BRITANNIEN LLOYD GEORGE LÄSST DIE IRISCHEN GEFANGENEN FREI SINNFEIN-PARTEI

Der britische Premierminister Lloyd George (vgl. 4. Dezember 1916) läßt im Interesse einer innenpolitischen Befriedung die Internierten und Gefangenen des irischen Osteraufstandes (vgl. 24. April 1916), soweit sie nicht zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurden, frei, obgleich sie sich einmütig geweigert haben, zu geloben, daß sie sich künftig jeder antienglischen Propaganda enthalten würden. Sie kehren als entschlossene Kämpfer für die irische Unabhängigkeit in ihre Heimat zurück und schließen sich großenteils der „Sinnfein"(Wir selbst)-Partei an, die nun auch in breiten Schichten der irischen Bevölkerung zunehmenden Widerhall finden wird. Denn die Hinrichtungen nach dem Osteraufstand ohne Gerichtsverfahren werden als nationale Beleidigung des irischen Volkes empfunden. Sie wurden auch von Bernhard Shaw, John Dillon und Bischof O'Dwyer von Limerick öffentlich scharf verurteilt.[26]

25. Dezember 1916

TROTZKI, AUCH AUS SPANIEN AUSGEWIESEN, REIST IN DIE USA

Lew Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki, Ende September aus Frankreich ausgewiesen und nach Spanien gebracht, nunmehr auch aus Spanien ausgewiesen, verläßt mit seiner Familie auf einem Dampfer Barcelona mit dem Ziel New York, wo er am 13. Januar 1917 eintreffen wird und binnen kurzer Zeit für die russische Revolution wie für sein eigenes späteres Schicksal bedeutungsvolle Verbindungen herstellen wird.[27]

26. Dezember 1916

DEUTSCHE KRIEGSZIELE WEISUNG AN DEUTSCHEN BOTSCHAFTER IN WASHINGTON: JEDE EINSCHALTUNG WILSONS UNERWÜNSCHT

Bereits vor Empfang der Note des amerikanischen Präsidenten hat der deutsche Reichskanzler Th. von Bethmann-Hollweg von der Obersten Heeresleitung eine Stellungnahme zu seiner am 4. November formulierten Kriegszielliste erbeten. Nach Eingang der Wilson-Note stellte dann das Kriegszielprogramm der OHL vom 23. Dezember und das des Admiralstabes sowie des Kolonialamtes (Solf) vom 26. Dezember einen genauen Katalog der deutschen Erwartungen dar, der in jeder Hinsicht weit über den Status von 1914 hinauszielt. Staatssekretär Zimmermann vom deutschen Auswärtigen Amt sendet am gleichen Tage dem deutschen Botschafter in Washington eine Weisung, eine Einschaltung Wilsons, in welcher Form auch immer, sei tunlichst zu verhindern (Wortlaut im Auszug im Anmerkungsteil).[28]

FRANKREICH ABLÖSUNG GENERAL JOFFRES NIVELLE

Aufgrund des Scheiterns der britisch-französischen Somme-Offensive Ende November 1916, in der im Verlauf von fünf Monaten die Verluste der Deutschen mehr als 400 000, der Engländer ebenfalls über 400 000 und die der Franzosen etwa 200 000 Mann betrugen, wird im französischen Oberkommando General Joffre als Generalissimus abgelöst und durch General Georges Robert Nivelle ersetzt.

30. Dezember 1916

ABLEHNUNG DES DEUTSCHEN FRIEDENS-ANGEBOTES KRIEGS-SCHULDFRAGE „VORSCHLAG OHNE AUF-RICHTIGKEIT UND OHNE BEDEUTUNG"

Wie nicht anders zu erwarten, lehnen die Alliierten in ihrer gemeinsamen Antwortnote vom obigen Datum das Friedensangebot der Mittelmächte (vgl. 12. Dezember 1916) ab. Überreicht wird diese Antwortnote erst am 5. Januar 1917 werden. Die verbündeten Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, Rußland und Serbien erheben darin Einspruch dagegen, daß die Mittelmächte die Verantwortung für den Krieg auf die Alliierten abwälzen wollten (vgl. 1. August 1914, Anm. 9) und ihren, der Mittelmächte Sieg, verkündeten. Ferner beanstanden die Alliierten, daß der Vorschlag der Mittelmächte jeden greifbaren Inhalts und jeder Genauigkeit ermangele. Sie lehnen es ab, „sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen".[29]

RUSSLAND BESEITIGUNG RASPUTINS ZU SPÄT

In Petersburg töten Fürst Jussupow, Großfürst Dimitrij Pawlowitsch und der monarchistische Deputierte Purischkewitsch in Jussupows Hause den alkoholsüchtigen und Mädchen schändenden „Mönch" Grigorij Rasputin, dem die Zarin Alexandra (Alice von Hessen) blind ergeben ist und nach dessen Entscheidungen die höchsten Kirchen- und Staatsämter schon seit dem Winter 1913/1914 besetzt bzw. umbesetzt wurden. Doch kann die Beseitigung des „Starez" die revolutionäre Entwicklung in Rußland nicht mehr aufhalten.[30]

noch 1916 (ohne nähere Datierung)

ARGENTINIEN GEWINNE AUS KRIEGS-LIEFERUNGEN INDUSTRIALI-SIERUNG

Argentinien liefert unter der Präsidentschaft von Hipólito Irigoyen große Mengen von Weizen und Fleisch an die Entente-Mächte und investiert die Gewinne in einer sich entwickelnden Konsumgüterindustrie. Die Sozialstruktur der Bevölkerung beginnt sich zu verändern. Neben den Großgrundbesitzer tritt der Industrielle, neben den Gaucho der Fabrikarbeiter und ein wachsender Mittelstand.

GROSS-BRITANNIEN

Die britischen Behörden für den ägyptischen Sudan setzen den Sultan des Hochlandes von Darfur, Ali Dinar, den letzten Herr-

scher der seit dreihundert Jahren (1617) regierenden Keira-Dynastie nach einem mißlungenen Aufstandsversuch ab und machen Darfur zu einem Bestandteil des Sudan.

VERLEIBT DARFUR DEM SUDAN EIN

Zum Schutze der Interessen der United Fruit Company und mit der Begründung, ein vollständiges Chaos verhindern zu wollen, besetzen US-Truppen die Dominikanische Republik auf der Insel Haiti. Sie werden bis 1924 dort bleiben und Rafael Leónida Trujillo y Molina zur Macht verhelfen, der später eine diktatorische Familiendynastie begründen wird.

USA INTERVENIEREN IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK

1917

7. Januar 1917

RUSSLAND
NIKOLAUS II.
RODSJANKO

Der Vorsitzende der letzten russischen Duma (Reichstag), Rodsjanko, sagt dem Zaren Nikolaus II.: „Majestät, es ist kein einziger zuverlässiger und ehrlicher Mensch in Ihrer Umgebung geblieben; die Besten sind entfernt worden oder gegangen; es sind nur solche geblieben, die in schlechtem Ruf stehen." Mit den Letzteren meint Rodsjanko insbesondere die unter dem Einfluß Rasputins berufenen oder ernannten Kreaturen (vgl. 30. Dezember 1916).[1]

8. Januar 1917

DEUTSCHLAND
UNEINGESCHRÄNKTER U-BOOT-KRIEG BESCHLOSSEN

Im deutschen Großen Hauptquartier in Pleß wird auf dringenden Vorschlag der Obersten Heeresleitung und des Admiralstabs beschlossen, den U-Booten bei der Bekämpfung der gegnerischen Schiffahrt künftig keine Beschränkungen mehr aufzuerlegen. Dem Beschluß liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die Friedensbemühungen des amerikanischen Präsidenten Wilson bzw. des Colonel Mandell House von Frankreich und Großbritannien nur theoretisch akzeptiert werden, beide Mächte jedoch entschlossen sind, den Krieg so lange wie möglich fortzusetzen, und überdies alles versuchen, die USA zum Kriegseintritt zu bewegen.[2]

10. Januar 1917

FRANKREICH
GROSSBRITANNIEN
KRIEGSZIELE

Frankreich und Großbritannien geben in ihrer Antwort auf die Note Wilsons vom 21. Dezember 1916 (vgl. dort) erstmals offiziell ihre gemeinsamen Kriegsziele bekannt: Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, Räumung aller von den Mittelmächten besetzten Gebiete, Reparationen, Neuordnung Europas nach dem Nationalitätenprinzip, Befreiung der Italiener, Südslawen, Rumänen und Tschechoslowaken von fremder Oberherrschaft (d. h. Zerschlagung Österreich-Ungarns), Verdrängung der türkischen Herrschaft aus Europa, Autonomie Polens innerhalb des Russischen Reiches und Sicherheiten für einen künftigen Frieden in einem derart umgestalteten Europa.[3]

31. Januar 1917

MEXIKO
NEUE VERFASSUNG
NATIONAL UND SOZIAL

Der mexikanische Kongreß nimmt eine neue Verfassung an, die bereits eine Woche darauf in Kraft tritt. Sie zeigt eine betonte sowohl nationalistische als auch sozialistische Tendenz und soll vor allem der Abwehr des Einflusses ausländischer Finanzmacht in den mexikanischen Bergwerken, Mineralölvorkommen und Plantagen dienen sowie auf dem kulturellen Sektor das Monopol der katholischen Kirche brechen. Das sogenannte Lerdo-Gesetz,

ANNULIERUNG DES LERDO-GESETZES

mit dem 1856 das Gemeindeeigentum der Indianer und Mestizen aufgehoben wurde, wird annulliert, der bäuerliche Gemeindebesitz für unveräußerlich erklärt. Kirche und USA widersetzen sich energisch der Durchführung der neuen Verfassungsbestimmungen.

1. Februar 1917

DEUTSCHLAND U-BOOT-KRIEG OFFIZIELL

Die deutsche Reichsregierung erklärt offiziell den uneingeschränkten U-Boot-Krieg (vgl. 8. Januar 1917). Anlaß ist die Blockade der Nordseeküste durch die Alliierten, die Deutschland von der Lebensmitteleinfuhr abschneidet. Es werden 105 deutsche U-Boote eingesetzt, die bis zum 31. Dezember 1917 6141000 Brutto-Registertonnen alliierten und 1 127 000 BRT neutralen Schiffsraum versenken werden.[4]

3. Februar 1917

USA BRECHEN DIPLOM. BEZIEHUNGEN ZU DEUTSCHLAND AB MITTEL- UND SÜDAMERIKA FOLGEN

Die Regierung der USA beantwortet die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland (siehe oben) mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und bereitet den Kriegseintritt der USA auf seiten der Alliierten vor (vgl. auch 6. April 1917). Im Gefolge der USA und auf deren ausdrückliche Aufforderung hin brechen auch Boliven, Brasilien und Peru die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab. Die meisten mittel- und südamerikanischen Staaten werden sich später diesem Schritt anschließen. Brasilien erklärt noch am selben Tage (3. Februar) Deutschland den Krieg.[5]

16. Februar 1917

GROSSBRITANNIEN JAPAN GEHEIM-VERTRAG

Großbritannien und Japan schließen einen Geheimvertrag, demzufolge Japan die deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators sowie Tsingtau mit dem Hinterland, der Halbinsel Schantung, nach dem Kriege erhalten soll.

17. Februar 1917

ZIONISMUS PALÄSTINA ERSTE VORBEREITENDE KONFERENZ IN LONDON

In London, im Hause Dr. Gasters, findet unter dem Vorsitz des Hausherrn die erste offizielle vorbereitende Konferenz für die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, das Ziel der zionistischen Bewegung, statt. Teilnehmer an der Konferenz sind: Lord Rothschild, Herbert Samuel, Sir Mark Sykes, James de Rothschild, Sokolow, Joseph Cowen, Herbert Bentwich, Harry Sacher und Chaim Weizmann. Letzterer ist autorisiert, auch für die US-amerikanischen Zionisten zu sprechen. (Fortsetzung im Anmerkungsteil.[6])[7]

2. März 1917

Die USA gewähren der Bevölkerung von Puerto Rico das US-amerikanische Bürgerrecht und gestehen ihr auch mit dem sogenannten Jones-Act eine Selbstverwaltung in gewissen Grenzen zu. Die Folge wird eine zunehmende Einwanderung von Puertoricanern in den amerikanischen Großstädten sein.

USA PUERTO RICO US-BÜRGERRECHT

8. März 1917

In Petersburg beginnen anläßlich des Internationalen Frauentages der Sozialisten Streiks und Unruhen, in deren Verlauf sich in den folgenden Tagen Teile der Petersburger Garnison den Aufständischen anschließen werden. So entwickelt sich die Märzrevolution. Es bildet sich ein Arbeiterrat (Sowjet), der zwar binnen kurzem in Petersburg die tatsächliche Macht in Händen hat, sich aber außerstande sieht und auch nicht willens ist, die Regierung Rußlands zu übernehmen. Denn nach dem bolschewistischen Dogma muß zunächst eine bürgerliche Regierung die feudalistische ablösen, bevor der Kommunismus bzw. die Diktatur des Proletariats errichtet werden kann.[8]

RUSSLAND MÄRZ-REVOLUTION SOWJET IN PETERSBURG

12. März 1917

In Petersburg (siehe oben) bildet ein Komitee der Duma (des Parlaments), das sich aus Mitgliedern des sogenannten „progressiven Blocks“ und der Sozialrevolutionäre zusammensetzt, eine provisorische Regierung unter Vorsitz des Fürsten Lwow. In dieser Regierung übernimmt der Sozialrevolutionär Alexander Feodorowitsch Kerenskij (geb. 1881 in Wolsk/Samara), Rechtsanwalt und vor der Märzrevolution Führer der kleinen radikalen Fraktion der „Trudowiki“, zunächst nur das Justizministerium.

PETERSBURG REVOLUTIONS-KOMITEE DER DUMA REGIERUNG LWOW

15. März 1917

Zar Nikolaus II. von Rußland, dessen Eisenbahnzug auf der Rückreise vom Hauptquartier durch aufständische Eisenbahner nicht mehr nach Petersburg geleitet wird, läßt sich von zwei ihm entgegengesandten Mitgliedern der neuen Regierung (siehe oben) zur Abdankung bewegen und wird mit seiner Familie gefangen gesetzt. Er zeigt keinerlei Initiative mehr, die Revolte niederzuwerfen, und macht damit ihr Gelingen erst möglich. Sie wird sich nun auch in den übrigen entscheidenden Zentren Rußlands durchsetzen. Neben der offiziellen Regierung und ihren Organen bilden sich überall Sowjets der Arbeiter und Kleinbauern und üben die Exekutive aus. So entsteht eine „Doppelherrschaft“.

ZAR NIKOLAUS II. DANKT AB UND WIRD GEFANGEN GESETZT AUSBREITUNG DER REVOLUTION

DEUTSCHE WESTFRONT IN DIE SIEGFRIED-STELLUNG ZURÜCKGE-NOMMEN

17. März 1917

Die Zurücknahme der deutschen Westfront zwischen Arras und Soisson in die vorbereitete Siegfriedstellung, auch Hindenburglinie genannt, ist abgeschlossen. An dieser Linie werden die Durchbruchversuche der Alliierten bis zum August 1918 scheitern. Aus dieser Linie werden die deutschen Truppen vom März bis zum Juli 1918 zu fünf Offensiven antreten.

FRANKREICH RÜCKTRITT BRIANDS

In Frankreich tritt die Regierung Aristide Briand, seit anderthalb Jahren im Amt, zurück. Alexandre Félix Joseph Ribot bildet ein neues Kabinett, wird sich aber nur wenige Monate (bis zum 9. September) halten können (vgl. auch 15. Mai 1917).

23. März 1917

USA „FREUNDE DER RUSSISCHEN FREIHEIT" RABBI WISE JACOB H. SCHIFF

Bei einer Großveranstaltung der „Freunde der russischen Freiheit" in der Carnegie Hall in New York tritt ein Teil der internationalen Hintergründe der russischen Märzrevolution zu Tage, insbesondere in den Ansprachen des Rabbiners Wise, Mr. Kennans und in dem Begrüßungstelegramm des New Yorker Bankiers Jacob H. Schiff, der an der persönlichen Teilnahme verhindert ist, des Chefs des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Die New York Times berichtet am nächsten Morgen ausführlich darüber. (Text des Telegramms und Auszüge aus den Ansprachen im Anmerkungsteil.)[9]

31. März 1917

RUSSLAND FINNLAND-AUTONOMIE

Die russische provisorische Regierung des Fürsten Lwow gesteht Finnland die Autonomie innerhalb einer russischen Föderation zu. D. h., sie ist bereit, Finnland soviel Selbständigkeit zu gewähren wie der Ukraine, Weißruthenien oder der inneren Mongolei. Offenbar verkennt man in Petersburg die Dynamik des finnischen Unabhängigkeitswillens, der mehrere hundert finnische Freiwillige auf deutscher Seite kämpfen ließ.[10]

noch März 1917

DEUTSCHLAND ZIMMERMANN-NOTE AN MEXIKO

Der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt in Berlin, Arthur Zimmermann, richtet eine Note an Mexiko, in der die mexikanische Regierung zur Teilnahme an einem Krieg gegen die USA, falls diese von sich aus in den Krieg eintreten würden, ermuntert und ihr die Möglichkeit des Rückgewinns der 1848 an die USA verlorenen Staaten New Mexiko, Arizona und Texas in Aussicht gestellt wird. Diese Note wird vom britischen Secret service aufgefangen und in den USA veröffentlicht. Sie hilft den notwendigen Stimmungsumschwung für eine amerikanische Beteiligung am Ersten Weltkrieg herbeiführen.[11]

3. April 1917

In Rußland erläßt die provisorische Regierung, die nach der Märzrevolution gebildet wurde, ein Gesetz, das alle bis dahin geltenden Ausnahmebestimmungen für Juden aufhebt. Eine Sonderkommission, die dieses Gesetz ausgearbeitet hat, wurde eigens zu diesem Zweck bereits Mitte März, also unmittelbar nach Beginn des Aufstandes, eingesetzt. Gleichzeitig vollzieht die mitgliederstärkste Organisation des russischen Judentums, der „Bund", eine Rechtsorientierung und stellt sich hinter die provisorische Regierung. Die entschieden linksradikalen Elemente verlassen den „Bund".[12]

RUSSLAND AUFHEBUNG ALLER AUSNAHME-BESTIMMUNGEN FÜR JUDEN DER „BUND"

6. April 1917

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erklären Deutschland den Krieg und entsenden ein starkes Expeditionskorps auf den Kriegsschauplatz in Frankreich, das vom Sommer 1917 an an den Kämpfen teilnehmen wird, zunächst auf Verbände der Entente verteilt, später unter dem Oberbefehl von General John Joseph Pershing in Frankreich und Italien. Die USA errichten ein Amt für Kriegsindustrie, dessen Leitung ein Jahr später, am 5. März 1918, Bernard Mannes Baruch übernehmen wird, und stellen die Produktion von Lebensmitteln sowie Treibstoff unter Kontrolle. Von den mittel- und südamerikanischen Staaten schließt sich der nordamerikanischen Kriegserklärung zunächst nur Guatemala an. Brasilien hat Deutschland bereits am 3. Februar 1917 (vgl. dort) den Krieg erklärt.[13]

KRIEGS-ERKLÄRUNG DER USA AN DEUTSCHLAND EXPEDITIONS-KORPS ZUM EUROPÄISCHEN KRIEGSSCHAU-PLATZ

9.—11. April 1917

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führt in Gotha eine Parteikonferenz durch, bei der es zu einer Spaltung kommt. Sie war in der Reichstagsfraktion der Partei schon vorher eingetreten. Der linke Flügel bildet die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und beginnt unverzüglich die Agitation gegen die Fortsetzung des Krieges. Umfangreiche Streiks in Berlin und mehreren anderen deutschen Großstädten sind die Folge. Der Zusammenhang mit der russischen Märzrevolution ist deutlich.

DEUTSCHLAND SPD PARTEITAG IN GOTHA SPALTUNG USPD

16./17. April 1917

Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin (geb. 1870 in Simbirsk), trifft in Petersburg ein. Er wurde in seinem Schweizer Exil von der russischen Märzrevolution überrascht und reiste mit Genehmigung der deutschen Reichsregierung (Bethmann-Hollwegs) mit Sinowjew und anderen zusammen durch Deutschland über Stockholm nach Finnland. Diese Durchreisegenehmigung

LENIN IN PETERSBURG REISE DURCH DEUTSCHLAND

PARVUS HELPHAND „ZWEITE ETAPPE“ DER REVOLUTION

durch Deutschland hatte Alexander Parvus Helphand (Israel Lasarewitsch Gelfand) von Kopenhagen aus erwirkt. Bei seiner Ankunft in Petersburg wird Lenin von einer großen Menschenmenge begrüßt und gefeiert, übernimmt augenblicklich die Führung der Bolschewiki und proklamiert zum Entsetzen seiner alten Mitkämpfer die „zweite Etappe“ der Revolution mit dem Ziel der Regierungsübernahme durch die Bolschewisten. (Fortsetzung im Anmerkungsteil.)[14]

TROTZKI IN KANADA FESTGEHALTEN LAGER AMHERST US-STATE DEPARTMENT ERWIRKT FREILASSUNG

Auf der Reede vor dem kanadischen Hafen Halifax holt britische Seepolizei Leiba (Lew) Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki (geb. 1879 in Janowka), mit seiner Familie und fünf weiteren russisch-revolutionären Emigranten von Bord des norwegischen Dampfers „Christianiafjord“ und bringt ihn in das Konzentrationslager Amherst, in dem vor allem deutsche Kriegsgefangene untergebracht sind. Dort wird Trotzki vier Wochen festgehalten werden und dann auf Veranlassung der britischen Botschaft in Washington die Erlaubnis erhalten, seine Reise fortzusetzen. Die britische Botschaft handelt dabei ihrerseits auf Veranlassung des US-State Department und dieses wiederum „acting for some one else“, ohne daß der britische und nordamerikanische Nachrichtendienst davon informiert werden.[15]

21. April 1917

RUSSLAND PRAWDA (STALIN) LEHNT LENINS APRILTHESEN AB LENIN, ISOLIERT, GIBT NICHT NACH

Die „Prawda“, das Zentralorgan der Bolschewiki-Partei in Petersburg, für das Stalin verantwortlich zeichnet, lehnt in ihrer Ausgabe vom (nach dem Kyrillschen Kalender) 8. April Lenins „Aprilthesen“ vom 17. April (russ. Datum: 4. April) als „unannehmbar“ ab, „insofern sie von der Einschätzung der bürgerlich-demokratischen Revolution als einer abgeschlossenen ausgeht und mit der sofortigen Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische rechnet“. Nach Auffassung der marxistischen Dogmatiker muß also die bürgerliche Demokratie in Rußland erst weiter ausreifen, bevor der nächste Schritt getan werden kann. Lenin sieht sich mit seinem Sofortprogramm in der Parteiführung isoliert.[16]

5. Mai 1917

USA HOOVER ÜBERNIMMT LEBENSMITTELVERWALTUNG

Der Präsident der USA, Woodrow Wilson, fordert den Leiter des Hilfswerks für Belgien, Herbert C. Hoover, offiziell auf, dem nordamerikanischen Kriegsrat beizutreten und überträgt ihm die Organisation der kriegsbedingten Lebensmittelverwaltung in den USA. Für diese Aufgabe bildete die Lebensmittelbeschaffung und und -verschiffung des belgischen Hilfswerks eine geeignete Vorstufe, mit dem die in ganz Europa infolge der Blockade herr-

schende Hungersnot in Belgien und Nordfrankreich gelindert wurde. Hoovers Sekretär in dem neuen Lebensmittelamt der USA wird Lewis L. Strauss, der spätere Chef der Atomenergie-Kontrollkommission.[17]

HOOVERS SEKRETÄR: LEWIS L. STRAUSS

15. Mai 1917

General Henri Philippe Pétain übernimmt anstelle von General Nivelle das Oberkommando über die französischen Streitkräfte. Er wird den ausgedehnten Meutereien in der Truppe durch drastische Maßnahmen ein Ende bereiten. (Frankreich wird es ihm dreißig Jahre später nicht danken.) Gleichzeitig schreitet die französische Regierung energisch gegen die Agitation der Sozialisten und Pazifisten ein. Es gelingt, die französische Verteidigung wieder zu stabilisieren, die nach der Doppelschlacht an der Aisne und in der Champagne im April und Mai zusammenzubrechen drohte.

FRANKREICH PETAIN ÜBERNIMMT OBERKOMMANDO, KAMPF GEGEN SOZIALISTISCHE AGITATION

16. Mai 1917

Die russische Regierung des Fürsten Lwow (vgl. 12. März 1917) wird umgebildet. Außenminister Miljukow und Kriegsminister Gučkow scheiden aus. Das Kriegsministerium übernimmt Kerenskij (vgl. 12. März 1917), der die Fortsetzung des Krieges gegen die Mittelmächte im Sinne der Alliierten betreibt und entsprechende Propaganda bei den russischen Fronttruppen, sogar unter Einsatz von Rednern der II. (sozialdemokratischen) Internationale, insbesondere aus Frankreich (z. B. Albert Thomas), veranlaßt. Damit gerät Kerenskij in schärfsten Gegensatz zu den Bolschewisten.

RUSSLAND KERENSKIJ KRIEGSMINISTER FORTSETZUNG DES KRIEGES IM BUNDE MIT FRANKREICH

17. Mai 1917

Trotzki trifft in Petersburg ein (vgl. 16./17. April 1917), empfangen von einem kleinen Kreis von Freunden, die wie er nicht der Bolschewiki-Partei angehören, aber eine Elite der jüdischen Intelligenz vertreten. Er begibt sich sofort zur Sitzung des Exekutivkomitees des Petersburger Sowjet, wo der Menschewik Tscheidse den Vorsitz führt und Trotzki frostig begrüßt. Auf Antrag einiger Bolschewisten wird Trotzki mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee aufgenommen, erhält eine Mitgliedskarte, ein Glas Tee und Schwarzbrot.[18]

TROTZKI IN PETERSBURG UND IM PETERSBURGER SOWJET

18. Mai 1917

In den USA wird zwölf Tage nach dem Kriegseintritt die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt. In den folgenden anderthalb Jahren werden 23 Millionen Amerikaner der militärischen Musterung unterzogen, davon 1,7 Millionen nach Europa verschifft werden.

USA ALLGEMEINE WEHRPFLICHT

23. Mai 1917

VERHÄLTNIS LENIN-TROTZKI „PERMANENTE REVOLUTION“ UND DEREN FINANZIERUG

Lenin bietet Trotzki und seinen Freunden Aufnahme in die Bolschewiki-Partei und Mitarbeit in führenden Positionen an. Obgleich Trotzki Lenins „Aprilthesen“ (vgl. 16./17. April 1917, Anm. 14) ausnahmslos zustimmt, da sie vollkommen seiner eigenen bzw. Parvus Helphands Vorstellung von der „Permanenten Revolution“ entsprechen, zögert er dennoch, sich und seine Freunde durch Eintritt in Lenins Partei diesem vollständig auszuliefern. Die Erinnerung an die früheren Gegensätze wirkt noch nach. Erst unmittelbar vor dem Juliaufstand wird er sich zum Eintritt in Lenins Partei entschließen. Sein Ziel und seine Aufgabe, um derentwillen er in den USA Unterstützung gefunden hat, sind es, die Revolution weiterzutreiben. Trotzki ist nicht mit leeren Händen zurückgekommen (Näheres im Anmerkungsteil).[19]

12. Juni 1917

GRIECHENLAND KÖNIG KONSTANTIN ZUR ABDANKUNG GEZWUNGEN KÖNIG ALEXANDER VENIZELOS

In Griechenland zwingt der französische „Oberkommissar“ der Entente, Jonnart, König Konstantin durch ein weiteres Ultimatum zur Abdankung und den Kronprinzen Georg zum Thronverzicht. Konstantin hat eine Schwester des deutschen Kaisers Wilhelm II. zur Frau und hat gegen den Willen des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, aber gestützt auf die Mehrheit des griechischen Volkes, an der Neutralität Griechenlands festgehalten. Nunmehr besteigt (für die Dauer von drei Jahren) sein zweiter Sohn Alexander den Thron, Venizelos bildet die Regierung um und wird noch bis Ende des Monats die diplomatischen Beziehungen zu den Mittelmächten abbrechen und dem Bündnis der Entente beitreten.[20]

noch Juni 1917

DEUTSCHLAND LUFTWAFFE „AMERIKA-PROGRAMM“

Die deutsche Luftkriegführung eröffnet das sogenannte Amerikaprogramm, um dem starken Potential der US-Luftstreitkräfte zu begegnen. Es sieht Verdoppelung der Jagdflugzeuge und Steigerung der Flugzeugproduktion von monatlich 1000 auf 2000 Maschinen sowie der Flugmotorenproduktion von 1250 auf 2500 Stück im Monat vor.

2. Juli 1917

POLEN PILSUDSKI VERLÄSST DEN STAATSRAT

General Joseph Pilsudski, der Organisator und Kommandeur der polnischen Legionen im Jahre 1914, tritt aus dem unter deutschem und österreichischem Schutz 1916 gebildeten polnischen Staatsrat (vgl. 5. November und 6. Dezember 1916) aus. Er protestiert mit diesem Schritt gegen die Nichterfüllung der polni-

schen Forderung nach uneingeschränkter Souveränität. Pilsudski wird daraufhin verhaftet und bis Anfang 1918 in Magdeburg festgehalten werden.

UND WIRD VERHAFTET

4. Juli 1917

In Gibraltar treffen aus den USA Henry Morgenthau sen. mit Frau, Felix Frankfurter (damals Assistent des zionistischen Staatssekretärs von Baker), Levin-Epstein und ein Armenier Schmarwonian ein und führen 400 000 Dollar in Gold mit sich. Morgenthau plant, die Türkei zu einem Sonderfrieden zu bewegen, um damit die Mittelmächte entscheidend zu schwächen. Chaim Weizmann ist aus London nach Gibraltar gekommen, verhandelt zwei Tage lang mit Morgenthau und Frankfurter und redet ersterem seinen Plan aus. Er kehrt unverrichteter Dinge in die USA zurück. Eine unbesiegte Türkei hätte möglicherweise dem Plan, in Palästina eine jüdische Heimstätte zu errichten, erheblichen Widerstand entgegensetzen können.[21]

USA TÜRKEI ZIONISMUS MORGENTHAU UND FRANKFURTER IN GIBRALTAR WEIZMANN

6. Juli 1917

Im Hauptausschuß des Deutschen Reichstages, der seit dem 3. Juli über die Kriegskredite berät und sich dabei in der Beurteilung der Kriegslage nicht einig wird, fordert der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger eine Friedensresolution des Reichstages für einen Frieden ohne Territorialforderungen (Annexionen). Er begründet sein Anliegen damit, es bestehe keine Aussicht mehr auf einen Sieg der Mittelmächte. Auch durch den U-Boot-Krieg könne ein Sieg nicht mehr erzwungen werden (vgl. auch 19. Juli 1917).

DEUTSCHLAND REICHSTAG ERZBERGER FORDERT FRIEDENS-RESOLUTION

14. Juli 1917

Nachdem die Chefs der deutschen Obersten Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff, ihren Rücktritt angekündigt haben, falls der Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Amt bleibe, entschließt sich Kaiser Wilhelm, seinem Entlassungsgesuch stattzugeben. Den letzten Anstoß dazu, daß alle von Bethmann-Hollweg abrückten, gab Erzbergers Vorstoß im Hauptausschuß des Reichstages auf eine Friedensresolution hin (vgl. 6. Juli 1917). Nachfolger im Reichskanzleramt wird zunächst Georg Michaelis, am 30. Oktober 1917 der bisherige bayerische Ministerpräsident Georg Graf Hertling und ein Jahr darauf Prinz Max von Baden werden (vgl. 3. Oktober 1918).[22]

DEUTSCHLAND BETHMANN-HOLLWEG ENTLASSEN NACHFOLGER MICHAELIS, HERTLING

19. Juli 1917

Die Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstages, SPD, Zentrum und Fortschrittspartei, fassen eine Friedensresolution im Sinne

DEUTSCHER REICHSTAG

FRIEDENS-RESOLUTION DURCHHALTE-WILLEN BEI ALLIIERTEN GESTÄRKT LUDENDORFF

der Forderung Erzbergers (vgl. 6. Juli 1917) und dokumentieren damit vor der Weltöffentlichkeit, daß die Mehrheit des deutschen Volkes den Glauben an eine siegreiche Beendigung des Krieges verloren hat. Die Folge ist, daß bei den Alliierten die Fraktionen der Kriegsmüden von denen einer Durchhaltepolitik überrundet werden. In Erkenntnis dieser verhängnisvollen Zusammenhänge schaltet sich General Ludendorff von der deutschen Obersten Heeresleitung zunehmend in die Politik des Reiches ein, um ein Gegengewicht gegen den destruktiven Defätismus des Parlaments zu bilden.

20. Juli 1917

PETERSBURG BOLSCHEW. JULIAUFSTAND NIEDER-GESCHLAGEN LENIN IN FINNLAND TROTZKI ZUNÄCHST UN-ANGETASTET

Nachdem in den Tagen zuvor ein Aufstand der Bolschewiken gegen die russische Regierung Lwow in Petersburg niedergeschlagen wurde und Lenin sich der Verhaftung durch seine Flucht nach Finnland entzogen hat, wo er sich verborgen hält, tritt Lwow zurück, und Kerenskij (vgl. 12. März 1917) übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten. Trotzki wird zunächst nicht in Haft genommen, erst Wochen später auf seinen eigenen Protest hin, er wolle nicht anders behandelt werden wie die anderen bolschewistischen Führer. Es ist auffallend, daß Kerenskij sich lange nicht zu einem entscheidenden Schritt gegen diesen seinen gefährlichsten Gegner entschließen kann. So entsteht der Eindruck von Kerenskijs Rolle als Schrittmacher der endgültigen, der Oktoberrevolution (vgl. 6./7. November 1917).[23]

SERBIEN KROATIEN ERKLÄRUNG VON KORFU

In der Erklärung von Korfu kommen Vertreter Serbiens und Kroatiens überein, einen südslawischen Nationalstaat unter der Regierung des serbischen Königshauses zu bilden. Doch sind damit die Spannungen zwischen der großserbischen Bewegung des Nikola Pâsić und der kroatischen Jugoslawienbewegung des Ante Trumbić in Paris keineswegs beseitigt.

22. Juli 1917

SIAM ERKLÄRT DEN MITTELMÄCHTEN DEN KRIEG

Das Königreich Siam, in der Zeit von 1893 bis 1909 durch Frankreich und Großbritannien auf ein Drittel seines ursprünglichen Bestandes verkleinert, erklärt in der Sorge um die Erhaltung seines Restterritoriums den Mittelmächten den Krieg, um den Ententemächten seinen guten Willen zu zeigen, und wird im Sommer 1918 sogar ein kleines Truppenkontingent auf den europäischen Kriegsschauplatz entsenden.

5. August 1917

RUSSLAND

Zehn Tage nachdem Trotzki in einem Offenen Brief an die provisorische russische Regierung Kerenskij (vgl. 20. Juli 1917) dage-

gen protestiert hat, daß er von dem Verhaftungsdekret gegen Lenin, Sinowjew und Kamenew nicht ebenfalls betroffen sei, gelingt es Kerenskij, die Ministerien seines Kabinetts zu besetzen, d. h. seine Regierung erst eigentlich zu bilden. Nunmehr werden auch Trotzki und Lunatscharskij verhaftet und in das Kresty-Gefängnis eingeliefert, in dem Trotzki bereits 1905 mit Parvus-Helphand zusammen gesessen hat.[24]

KERENSKIJ BILDET EINE REGIERUNG
TROTZKI VERHAFTET

14. August 1917

Am dritten Jahrestag des Kriegsausbruchs erklärt auch die Regierung Chinas — nach dem Tode Yüan Schi-kais wieder republikanisch — den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg. Sie hofft, von den Alliierten bedrängt, sich mit diesem Schritt von den „Ungleichen Verträgen" des Jahres 1898 zu befreien und die uneingeschränkte Souveränität Chinas wiederzugewinnen. Da die Reihe der ungleichen Verträge mit der Besetzung Kiautschous durch Deutschland begann, liegt in der Kriegserklärung sogar eine gewisse geschichtliche Logik. Sie ist aber nur durch Auflösung des Parlaments möglich. Auch Sun Yat-sen stellt sich gegen die Kriegserklärung und übernimmt die Führung der Kriegsgegner, die in Kanton ein neues Parlament bilden, sowie den Oberbefehl über die Südtruppen.[25]

CHINA ERKLÄRT DEN MITTELMÄCHTEN DEN KRIEG, UM SEINE SOUVERÄNITÄT WIEDERZUGEWINNEN
SUN YAT-SEN GEGEN DIE KRIEGSERKLÄRUNG

15. August 1917

In Lausanne in der Schweiz bildet sich unter Leitung von Roman Dmowski (geb. 9 August 1864 in Warschau), dem geistigen Führer der polnischen Nationaldemokraten, eine polnische Agentur, aus der sich das polnische Nationalkomitee in Paris entwickelen wird. Dmowski betrieb vom Prager Allslawischen Kongreß im Juli 1908 bis zur russischen Märzrevolution eine eindeutig prorussische Politik und ist erklärter Gegner sowohl Deutschlands als auch des Judentums.[26]

POLNISCHE AGENTUR IN LAUSANNE
DMOWSKI
POLNISCHES NATIONALKOMITEE IN PARIS

18. August 1917

In einem Briefwechsel zwischen dem britischen Außenminister Lord Balfour und dem italienischen Minister Marquis Imperiali („Vereinbarung von Saint Jean de Maurienne") wird folgende Übereinkunft erzielt: Unter Vorbehalt der russischen Zustimmung willigt Italien in Artikel 1 und 2 des Sykes-Picot-Abkommens vom 16. Mai 1916 (vgl. dort) ein. Frankreich und Großbritannien erkennen die gleichen Rechte Italiens in der Zone grün (C) an. Italien räumt seinerseits Frankreich und Großbritannien Freihafenrechte in Smyrna ein und erhält selbst Freihafenrechte in Alexandrette, Haifa, Akre und Mersina.[27]

GROSSBRITANNIEN ITALIEN VERSTÄNDIGUNG ÜBER SYKES-PICOT-ABKOMMEN

12. September 1917

POLEN REGENTSCHAFTSRAT

Als Gegengewicht gegen Dmowskis Pariser Polnisches Nationalkomitee bildet die deutsche Reichsregierung durch ein kaiserliches „Patent betr. die Staatsgewalt im Königreich Polen" einen Regentschaftsrat, der bis zur Einsetzung eines Monarchen die Funktionen einer polnischen Regierung unter deutscher Kontrolle wahrnehmen soll.

FRANKREICH ÜBERGANGSKABINETT PAINLEVÉ

Nachdem die französische Regierung Ribot (vgl. 17. März 1917) drei Tage zuvor von den Sozialisten gestürzt wurde, bildet Paul Painlevé ein Übergangskabinett. Das Außenministerium übernimmt darin zunächst Ribot. Einen Monat später wird es Barthou übernehmen (vgl. auch 16. November 1917).

16. September 1917

RUSSLAND KORNILOW-PUTSCH KERENSKIJ PROKLAMIERT DIE REPUBLIK TROTZKI BEREITET DEN AUFSTAND VOR

Nachdem in der Woche zuvor ein Putsch des russischen Generals Kornilow gegen die Regierung Kerenskij mißlungen ist, der sich gegen die sozialrevolutionären Elemente in der Regierung und gegen die faktische Exekutivgewalt der bolschewistischen Sowjets richtete, proklamiert nunmehr Kerenskij die Republik und versucht angesichts schwerer militärischer Rückschläge in seiner Kriegführung diktatorisch zu regieren. Trotzki, bereits wieder freigelassen (!, vgl. 20. Juli 1917), organisiert indessen als Vorsitzender des Petersburger Sowjets den bewaffneten Aufstand, aus dem sich die Oktoberrevolution entwickeln wird. Auch die dazu notwendigen Gelder stellen sich ein (siehe unten).[28]

21. September 1917

WARBURG KONTO FÜR TROTZKI BEI ASCHBERG IN STOCKHOLM FINANZIER DER SOWJETS

Der Hamburger Bankier Max Warburg eröffnet telegraphisch bei der von Rothschild kontrollierten und von Olaf Aschberg geleiteten Nya Banken in Stockholm ein Konto für Leo Trotzki. Dazu schreibt Henry Coston: „Wladimir Olaf Aschberg . . . wirkte in Stockholm als Vermittler zwischen Kuhn, Loeb & Co. in New York [Jacob H. Schiff] und dem Bankhaus Max Warburg in Hamburg, als diese die bolschewistische Revolution vom Oktober 1917 [vor]finanzierten. Aschberg leitete die Nya Banken in Stockholm und gründete später, im Jahre 1921, die Russische Kommerzbank. Dank dieser Institution wurde er in gewisser Weise zum Diktator über das sowjetische Finanzwesen." (Vgl. hierzu auch 6. November 1948.)[29]

15./18. Oktober 1917

DEUTSCH-OSTAFRIKA

General von Lettow-Vorbeck erringt mit der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe einen Sieg bei Mahiwa und rückt in Portu-

giesisch-Ostafrika (Mozambique) bis nahe an den Sambesifluß vor, wird sich dann jedoch wieder nach Norden wenden, um den Gegner zur Verlegung seiner Expeditionsstreitkräfte über See nach Deutsch-Ostafrika zu zwingen. Das wird auch gelingen.

LETTOW-VORBECK BINDET ENTENTE-TRUPPEN

23. Oktober 1917

Nachdem am 10. Oktober das erste Politbüro der Bolschewiki-Partei in Rußland eingesetzt wurde, von dessen sieben Mitgliedern vier Juden sind, beschließt nunmehr das Zentralkomitee der Partei in seiner historischen Sitzung den bewaffneten Aufstand. Zunächst gibt Swerdlow einen militärischen, dann Lenin den politischen Lagebericht. Nach seiner Meinung ist die politische Situation reif für die Machtergreifung. Die Initiative gehöre nunmehr den Bolschewiki, hinter denen „die Mehrheit stehe". Auf die verfassunggebende Versammlung zu warten sei sinnlos. Dann erfolgt die Abstimmung. Außer Sinowjew und Kamenew stimmen alle für den gewaltsamen Umsturz. An dieser Sitzung nehmen teil: Lenin, Trotzki, Swerdlow, Uritzki, Sinowjew, Kamenew, Lomow, Sokolnikow, Kollontai, Stalin, Dsershinski und Bubnow. Außer Lenin, Lomow (alias Oppokow) und den drei Letztgenannten sind alle Juden (58,3 Prozent).[30]

RUSSLAND POLITBÜRO DER BOLSCHEWIKI ZK BESCHLIESST DEN AUFSTAND UND DIE MACHTÜBERNAHME MEHRHEIT JUDEN

2. November 1917

Der britische Außenminister Arthur James Lord Balfour richtet ein Schreiben an den Londoner Rothschild zur Weitergabe an die „Zionistische Vereinigung", das folgende Erklärung enthält: „Seiner Majestät Regierung steht der Errichtung einer nationalen Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina wohlwollend gegenüber und wird tun, was in ihren Kräften steht, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Darunter ist deutlich zu verstehen, daß nichts unternommen werden wird, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte."[31]

BALFOUR-DEKLARATION PALÄSTINA ZIONISMUS „JÜDISCHE HEIMSTÄTTE"

6./7. November 1917

Nachdem Leo Trotzki den bewaffneten Aufstand der Sowjets in Petersburg entsprechend vorbereitet hat, übernimmt Lenin die Führung der Oktoberrevolution (nach dem in Rußland geltenden Kyrillschen Kalender: 25. Oktober), der sich die kriegsmüden russischen Truppen anschließen. Dieses Mal verfügt Kerenskij über keine militärischen Einheiten mehr, mit denen er die Revolution der Bolschewiki so wie den Juliaufstand niederschlagen könnte, und flieht. Später wird er ins Ausland gehen. Lenin ste-

RUSSLAND OKTOBER-REVOLUTION LENIN KERENSKIJ

DIE OPFER
DIE FINANZIERUNG
HILFE AUS DEN USA

hen von den etwa 23 000 (nach Trotzki 75 000) Mitgliedern der Partei in den Brennpunkten der Revolution rund 10 000 zur Verfügung. Mit dieser kleinen Minderheit werden er und seine engeren Mitarbeiter Trotzki, Swerdlow, Sinowjew, Kamenew usw. die Herrschaft über ein 151-Millionen-Volk erringen, mit 0,07 Prozent der Bevölkerung also. Dementsprechend hoch sind die Blutopfer der Revolution. Sie werden bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges auf etwa 20 Millionen steigen. Der winzigen Minderheit der Revolutionäre entsprechend hoch sind aber auch die Kosten, die diese Revolution verschlingt. Ihre Finanzierung wird teils durch die deutsche Reichsregierung (bereits seit Ende 1915 auf Vorschlag Parvus Helphands) besorgt, die sich von der Revolution in Rußland den Zusammenbruch der russischen Front verspricht, zum größeren Teil aber von amerikanischen Bankiers. (Über deren Transaktionen und Motive Näheres im Anmerkungsteil.)[32]

PETERSBURG
ERSTÜRMUNG DES WINTERPALAIS
DIE JUNKERSCHULE
DER SOWJETKONGRESS

In Petersburg stürmen nach eintägigen Kämpfen die Aufständischen das Marien-(Winter-)Palais, stürzen die Provisorische Regierung, soweit deren Mitglieder nicht bereits wie Kerenskij geflohen sind, und brechen im Straßenkampf den letzten Widerstand, den der jugendlichen zum großen Teil adligen Kadetten von der Junkerschule, deren aristokratische Wertvorstellungen mit ihnen untergehen. Gleichzeitig tagt ununterbrochen der Zweite Allrussische Sowjetkongreß. In ihm spalten sich die Sozialrevolutionäre. Der linke Flügel verbindet sich mit den Bolschewiki, der rechte verläßt mit den Menschewiken zusammen den Kongreß. Trotzki ist es, der hier die Entscheidung herbeiführt. Die Revolution ist endgültig gewonnen.[33]

8. November 1917

RUSSLAND
LENINS „DEKRET ÜBER DEN FRIEDEN“

Vor den Delegierten des 2. Allrussischen Sowjetkongresses verliest Lenin ein von ihm verfaßtes „Dekret über den Frieden“, in dem alle Kriegführenden zum Abschluß eines Waffenstillstandes und zum Friedensschluß aufgefordert werden. Ein weiteres Dekret verfügt die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes. Der Kongreß stimmt beiden Dekreten zu. Zwei Tage darauf, am

10. November 1917

WAHL DER VOLKSKOMMISSARE
VORSITZ: LENIN

wird der Kongreß die Mitglieder des Rates der Volkskommissare (Sownarkom), d. h. die Minister der Regierung wählen. Vorsitzender (Ministerpräsident) wird Lenin, Außenkommissar Trotzki, Volkskommissar für die Nationalitäten innerhalb Rußlands (deren Widerstand zu brechen ist) Stalin.[34]

16. November 1917

In Paris wird das erst am 12. September (vgl. dort) gebildete Kabinett Painlevé schon wieder gestürzt. Es ist der vierte Regierungswechsel in zwei Jahren angesichts naturkatastrophenartiger Verwüstungen im eigenen Lande durch die vom amerikanischen Rüstungspotential ins Unvorstellbare erweiterten Materialschlachten. Der Führung der Mittelmächte ist aber offenbar die politische Schwäche Frankreichs verborgen geblieben, ebenso wie die umfangreichen Meutereien im 16. französischen Armeekorps seit Ende Mai 1917. Jedenfalls blieben sie ungenutzt. Nunmehr bildet Georges Clemenceau (geb. 1841 in Mouilleron-en-Pareds), genannt der „Tiger", der von 1906 bis 1909 schon einmal französischer Ministerpräsident war, die neue Regierung, übernimmt darin selbst auch das Kriegsministerium und führt den Krieg mit diktatorischer Rücksichtslosigkeit zu Ende.[35]

FRANKREICH VIERTER REGIERUNGSWECHSEL IN ZWEI JAHREN CLEMENCEAU BILDET DIE NEUE REGIERUNG UND WIRD KRIEGSMINISTER

20. November 1917

Im Sinne seines am 8. November (vgl. dort) vom Allrussischen Sowjetkongreß gebilligten „Friedensdekretes" erteilt Lenin in seiner Eigenschaft als Regierungschef dem derzeitigen Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte, General Duchonin, den Befehl, den Mittelmächten unverzüglich die Einstellung der Feindseligkeiten vorzuschlagen. Duchonin weigert sich. Lenin setzt ihn ab. Duchonin wird von Soldaten erschlagen werden. Sein Nachfolger wird der Bolschewik und frühere Fähnrich Krylenko werden, bis Trotzki selbst die Reorganisation der Armee übernehmen wird.[36]

LENIN BEFIEHLT WAFFENSTILLSTANDSANGEBOT DUCHONIN ABGESETZT KRYLENKO

25. November 1917

In Rußland werden die noch von der Regierung Kerenskij ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung durchgeführt. Es werden 41,7 Millionen Stimmen abgegeben, davon 9,8 Millionen für die Bolschewiki und 22 Millionen für die Sozialrevolutionäre, die sich aber inzwischen gespalten und zum Teil mit den Bolschewiki verbündet haben (vgl. 7. November 1917). Der Rest der Stimmen verteilt sich auf Menschewiki und bürgerliche Gruppen (vgl. auch 6. Januar 1918).

RUSSLAND WAHLEN ZUR NATIONALVERSAMMLUNG

27. November 1917

Im Zentralkomitee der Bolschewiki-Partei in Petersburg (Leningrad) wird eine leidenschaftliche Diskussion darüber geführt, ob man die nur von den Bolschewiki getragene Regierung beibehalten oder nach demokratischen Spielregeln eine Koalitionesregie-

PETERSBURG ZK-DISKUSSION UM REGIERUNGSBILDUNG

LENIN GEGEN KOALITION, BERUFT SICH AUF TROTZKI

rung mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären bilden soll. Lenin erklärt: „Was eine Koalition betrifft, so kann ich so etwas nicht einmal ernstlich in Erwägung ziehen. Trotzki hat schon vor langer Zeit gesagt, daß eine Verbindung unmöglich sei. Trotzki hat das begriffen, und von jener Zeit an hat es keinen besseren Bolschewisten gegeben." Die Diskussion hat aber gezeigt, daß der kompromißlose Kurs Lenins und Trotzkis von einem Teil der Parteiführung immer noch nicht akzeptiert wird.[37]

28. November 1917

RUSSLAND TELEGRAMM „AN DIE VÖLKER DER KRIEG-FÜHRENDEN" APPELL ZUR BEENDIGUNG DES KRIEGES

Von Zarskoje Selo aus richten Trotzki und Lenin ein von beiden unterzeichnetes Telegramm „An die Völker der Kriegführenden" (also nicht an die Regierungen). Darin heißt es u. a.: „Wir haben die Geheimverträge des Zaren und der Bourgoisie mit den Verbündeten veröffentlicht und diese Verträge für unverbindlich für das russische Volk erklärt . . . wir fragen die Völker . . . ob die Völker der Diplomatie erlauben, die große Friedensmöglichkeit, die durch die russische Revolution eröffnet wird, fallen zu lassen . . ." Die Regierungen der Alliierten werden das an die Völker gerichtete Telegramm nicht beantworten, die der Mittelmächte werden am 6. Dezember Verhandlungen einleiten.[38]

30. November 1917

PETERSBURG AUSTRITTE AUS DEM ZK DER BOLSCHEWIKI-PARTEI

Sinowjew, Kamenew, Miljutin, Nogin und Rykow treten aus dem Zentralkomitee der russischen Bolschewiki-Partei, die drei Letzgenannten sowie Fjodorowitsch und Schljapnikow auch aus dem Rat der Volkskommissare (der Regierung) aus mit der Begründung, die Politik des Zentralkomitees widerspräche dem Willen eines großen Teiles der Arbeiter und Soldaten und an die Stelle einer durch politischen Terror im Amt gehaltenen rein bolschewistischen Regierung habe eine gesamtsozialistische, d. h. auch rechte Sozialrevolutionäre und Menschewiki umfassende Regierung zu treten (vgl. 27. November 1917). Trotzki hat für solche Argumente nur Verachtung, und Lenin steht voll hinter Trotzki.[39]

6. Dezember 1917

FINNISCHER LANDTAG PROKLAMIERT UNABHÄNGIG-KEIT

Der finnische Landtag gibt der zwei Tage vorher erfolgten Proklamation der uneingeschränkten Unabhängigkeit Finnlands durch den im Frühjahr aus sibirischer Verbannung zurückgekehrten Regierungschef Per Edvin Svinhufvud (geb. 15. Dezember 1861 in Sääksmäki/Tavastland) seine Zustimmung. Das bedeutet, das finnische Volk ist bereit, für diese Unabhängigkeit zu kämpfen. Es wird bereits zwei Monate später dafür kämpfen müssen.[40]

7. Dezember 1917

In Petersburg (Leningrad) wird die „Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage" (TSCHEKA) gegründet. Ihr erster Leiter (für das gesamtrussische Gebiet) wird der Pole Dsershinski, dessen „rechte Hand" Sachs.[41]

RUSSLAND GRÜNDUNG DER TSCHEKA

11. Dezember 1917

In Wilna verkündet der litauische Landesrat das Bestehen eines unabhängigen litauischen Staates unter dem Schutz des Deutschen Reiches.

LITAUEN UNABHÄNGIG

15. Dezember 1917

Nach dreizehntägigen Verhandlungen wird zwischen den Mittelmächten und der russischen Sowjetregierung ein Waffenstillstand geschlossen, zunächst auf vier Wochen befristet.[42]

WAFFENSTILLSTAND MIT RUSSLAND

22. Dezember 1917

In Brest Litowsk beginnen die Friedensverhandlungen zwischen den Mittelmächten und der bolschewistischen Regierung Rußlands. Letztere ist durch Adolf Abramowitsch Joffe vertreten (später durch Trotzki) und verlangt als Verhandlungsgrundlage Verzicht auf Annexionen und Kriegsentschädigungen, baldige Räumung der noch von den Mittelmächten besetzten Gebiete, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Diese letztgenannte Forderung zielt auf Sprengung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, die ja auch das Kriegsziel der zaristischen Regierung und ihrer Alliierten war. Sie ist für die Mittelmächte unannehmbar. Die Verhandlungen werden am 28. Dezember unterbrochen werden.

BEGINN DER FRIEDENSVERHANDLUNGEN IN BREST-LITOWSK UND IHR ABBRUCH

30. Dezember 1917

In Wladiwostok landen japanische Truppen und dringen in sibirisches Gebiet vor. Es ist dies der einzige entschlossene und konsequent durchgeführte Versuch einer auswärtigen Macht, die Ausbreitung des Bolschewismus in Rußland gewaltsam zu verhindern. Die vergleichbaren Aktionen der Westmächte werden ein halbes Jahr später von Anfang an nur mit unzureichenden Kräften ohne Zielstrebigkeit unternommen und bald abgebrochen werden.

JAPAN INTERVENIERT IN SIBIRIEN

noch 1917 (ohne nähere Datierung)

In Ägypten wird Husain Kamils Bruder Fuad als Fuad I. Sultan.

ÄGYPTEN

SULTAN FUAD I. Ihm wird es nach fünfjähriger Regierungszeit gelingen, Großbritannien zur Anerkennung eines unabhängigen Königreiches Ägypten zu veranlassen.

„BAYER 205" (GERMANIN) Die deutschen Forscher Oskar Dressel, B. Heymann und R. Kothe stellen synthetisch ein Mittel zur wirksamen Bekämpfung der Schlafkrankheit her, „Bayer 205", später Germanin genannt, dessen Formel 1919 von Franzosen aus dem Archiv der Bayerwerke entwendet werden wir. Das Mittel gewinnt in der Kolonialverwaltung starke politische Bedeutung.

PARALYSEHEILUNG DURCH MALARIA Julius Wagner Ritter von Jauregg entdeckt die Bekämpfbarkeit der progressiven Paralyse (Lues) durch Impfen mit Malariabakterien.

6. Januar 1918

RUSSLAND
BOLSCHEWIKI
KONSTITUANTE

In Petersburg (Leningrad) sprengt das Mitglied des Zentralkomitees der Bolschewiki-Partei Uritzki morges um 4.40 Uhr an der Spitze einer Matrosenabteilung von 50 Mann die 1. Sitzung der Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung (Konstituante). Sie wird nicht wieder zusammentreten (vgl. 25. November 1917).[1]

8. Januar 1918

WILSON
14 PUNKTE

Der Präsident der USA, Thomas Woodrow Wilson, der einen Monat zuvor vergeblich versucht hatte, die Alliierten zu einer gemeinsamen Kriegszielerklärung zu veranlassen, verliest im amerikanischen Kongreß sein gemeinsam mit Colonel Edward Mandell House ausgearbeitetes Friedensprogramm der „14 Punkte": Öffentliche Diplomatie und Verträge, Freiheit der Seefahrt auch im Kriege, Aufhebung aller wirtschaftlichen Schranken, Garantien für Herabsetzung *aller* nationalen Rüstungen, Regelungen *aller* Kolonialansprüche, Räumung des gesamten russischen Gebiets (d. h. also Aufgabe jeglichen Versuchs, die fortschreitende Bolschewisierung zu stoppen), Wiederherstellung der Souveränität Belgiens, Befreiung und Wiederaufbau Frankreichs sowie Rückerstattung Elsaß-Lothringens an Frankreich, Berichtigung der Grenzen Italiens nach Nationalitätengrenzen, Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns, Räumung Rumäniens, Serbiens, Montenegros und Zugang Serbiens zum Meer, Autonomie für die Nationalitäten des Ottomanischen Reiches, freie Durchfahrt durch die Dardanellen unter internationaler Garantie, Errichtung eines souveränen polnischen Staates ebenfalls unter internationaler Garantie mit freiem Zugang zum Meer, Schaffung eines Völkerbundes zwecks Garantie der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität für große und kleine Staaten. — Zumindest 6 der 14 Punkte entsprechen alten, stets von neuem erhobenen Forderungen der internationalen Freimaurerei, insbesondere Punkt 14, der Völkerbund, die „Weltrepublik".[2]

14. Januar 1918

USA
ZIONISMUS
WEIZMANN
BRANDEIS

Der Vorsitzende der Zionistenbewegung, Chaim Weizmann, schreibt an Richter Louis Brandeis vom Obersten Bundesgericht der USA, Führer der amerikanischen Zionisten, u. a.: „Ich bin der Meinung, daß ein jüdisches Palästina eines der Kriegsziele Amerikas werden muß ..." Brandeis hat bereits im Jahre zuvor seinen erheblichen Einfluß für den Eintritt der USA in den Krieg geltend gemacht.[3]

22. Januar 1918

UKRAINE RADA

In Kiew bildet sich eine ukrainische Regierung, die „Rada", und proklamiert einen unabhängigen ukrainischen Staat (vgl. auch 9. Februar 1918).

28. Januar 1918

FINNLAND KOMMUNISMUS

Finnische Kommunisten besetzen mit Hilfe von Einheiten der russischen Roten Armee die Stadt Helsingfors und im Anschluß daran das südliche Finnland. Es kommt zu blutigen Kämpfen und zu einem grausamen Terrorregime.

9. Februar 1918

MITTELMÄCHTE UKRAINE SONDERFRIEDEN BREST LITOWSK TROTZKI

In Brest Litowsk schließen die Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei einen Sonderfrieden mit der Regierung der Ukraine in Kiew, der „Rada" (vgl. 22. Januar 1918), die von der sowjetrussischen Regierung nicht anerkannt wird. Der Vertrag legt die Grenze zwischen Österreich-Ungarn und der Ukraine fest, im wesentlichen so, wie sie 1914 verlief, und vereinbart gegenseitigen Verzicht auf die Erstattung von Kriegskosten. Mit der Ratifizierung (die am 24. Juli 1918 erfolgen wird), werden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Dieser Sonderfrieden mit der Ukraine soll die sowjetrussische Delegation in Brest Litowsk, mit der man bereits seit dem 22. Dezember verhandelt, zum Vertragsabschluß treiben. Anstattdessen reist Trotzki tags darauf ab.[4]

19. Februar 1918

MEXIKO NATIONALISIERUNG DER ERDÖLVORKOMMEN USA

Das mexikanische Parlament erklärt im Zuge der Durchführung der neuen einschneidenden Verfassungsbestimmungen (vgl. 31. Januar 1917) — die mexikanischen Erdölvorkommen zum unveräußerlichen Nationaleigentum. Die Folge sind Proteste Großbritanniens und der USA sowie erneute Einmischung der Letzteren in die inneren Verhältnisse Mexikos.

25. Februar 1918

RUSSLAND ROTE ARMEE TROTZKI

In Sowjetrußland beginnt Lew Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Brest Litowsk (vgl. 9. Februar 1918) mit der Aufstellung der „Roten Armee", nicht zuletzt, um so rasch wie möglich die Ukraine zu unterwerfen, und wird der Oberbefehlshaber dieser neu geschaffenen Armee.[5]

3. März 1918

FRIEDEN VON BREST LITOWSK
LENIN
TROTZKI
PRESTIGE DER REVOLUTION

Nachdem die Mittelmächte auf Trotzkis Abreise aus Brest Litowsk hin (vgl. 9. Februar 1918) am 18. Februar die Feindseligkeiten gegen Sowjetrußland wieder aufgenommen und in kurzer Zeit erheblichen Geländegewinn erzielt haben, hat Lenin im Obersten Sowjet die Annahme der Friedensbedingungen der Mittelmächte (mit 116 gegen 85 Stimmen bei 26 Enthaltungen) durchgesetzt. Nunmehr wird der Friedensvertrag von Brest Litowsk russischerseits von Sokolnikow, Karachan, Tschitscherin und Petrowskij unterzeichnet. Trotzki ist nicht nach Brest Litowsk zurückgekehrt. Im Gegensatz zu Lenin, dem es im Augenblick ausschließlich um die Beendigung des Krieges und Konsolidierung seines Regimes geht, gibt es für Trotzki offenbar auch eine Prestigefrage, das Prestige der Revolution. In diesem Friedensvertrag tritt Sowjetrußland alle westlich der Front vom Dezember 1917 gelegenen Gebiete, d. h. Riga, Kurland, Litauen und Polen ab, verpflichtet sich, Estland, Finnland, Livland sofort zu räumen, ebenso die Ukraine und die von ihm besetzten türkischen Gebiete, dazu die (bereits 1878 eroberten) Bezirke Aradhan, Kars und Batum, ferner die Selbständigkeit Persiens und Afghanistans anzuerkennen und sich jeder Agitation gegen die Regierungen der Vertragspartner zu enthalten. — Beim Waffenstillstand im November 1918 wird Deutschland auf die Bedingungen des Vertrages von Brest Litowsk verzichten müssen. D. h. dieser Waffenstillstand wird den Sowjets entscheidende Vorteile bringen. Möglicherweise hat Lenin das vorausgesehen, bzw. war informiert.[6]

10. April 1918

ROM
NATIONALITÄTENKONGRESS DER VÖLKER ÖSTERREICH-UNGARNS

Während in Wien der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin vom Grafen Burian abgelöst wird, findet in Rom ein Nationalitätenkongreß der Völker Österreich-Ungarns statt. Tschechen, Südslawen (Serben), Rumänen und Polen erheben die Forderung auf staatliche Unabhängigkeit aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes.

11.—13. April 1918

FINNLAND
DEUTSCHLAND
MANNERHEIM
VON DER GOLTZ
HANGÖ
HELSINGFORS
SCHWEDEN

Auf Ersuchen der finnischen, nach Wasa ausgewichenen Regierung ist eine verstärkte deutsche Division unter Befehl des Generals Graf von der Goltz am 4. April in Hangö gelandet und befreit im Zusammenwirken mit den finnischen Streitkräften des Generals Karl Gustav Freiherrn von Mannerheim das südliche Finnland sowie die Stadt Helsingfors (Helsinki) von bolschewistischen russischen Truppenteilen sowie von militanten finnischen Kommunisten, die bereits einen Rat der Volkskommissare nach

russischem Vorbild errichtet haben. Damit ist die Einbeziehung Finnlands in den Bereich der späteren UdSSR abgewendet, ohne Hilfe Schwedens, das ein finnisches Hilfeersuchen abgelehnt hat.[7]

noch April 1918

RUSSLAND NATIONALITÄT BOLSCHEWISTISCHER KOMMISSARE

Der Rußlandkorrespondent der Londoner Times, Robert Wilton, fertigt eine Aufstellung über 384 bolschewistische Kommissare in Sowjetrußland an, nach ihrer Nationalität aufgeschlüsselt. Davon sind 2 Neger, 13 Russen, 15 Chinesen, 22 Armenier und über 300 Juden. Von diesen Letztgenannten sind außerdem 264 erst nach dem Sturz der zaristischen Regierung aus den USA nach Rußland eingereist.[8]

7. Mai 1918

RUMÄNIEN MITTELMÄCHTE VERTRAG VON BUKAREST BULGARIEN

In Bukarest unterzeichnen Vertreter Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und des Osmanischen Reiches einerseits sowie Rumäniens andererseits einen Friedensvertrag, in dem sich Rumänien u. a. verpflichtet, sein Heer zu demobilisieren und die gesamte Dobrudscha abzutreten, großenteils an Bulgarien, dem es sie am 10. August 1913 (vgl. dort) abgenommen hat. Zur Ratifizierung dieses Vertrages von Bukarest wird es nicht mehr kommen, d. h. er wird nicht in Kraft treten.[9]

30. Mai 1918

VERTRAG VON PITTSBURGH TSCHECHEN SLOWAKEN

Im Vertrag von Pittsburgh/USA sichert der Tscheche Thomas G. Masaryk den Vertretern der Slowaken in den USA die Autonomie der Slowakei innerhalb des zu bildenden tschechoslowakischen Staates zu, um sie für dieses künstliche Gebilde zu gewinnen.

noch Mai 1918

JAPAN SIBIRIEN KOLTSCHAK

Japan setzt seine Intervention gegen die um sich greifende Bolschewisierung des asiatischen Rußland fort, läßt seine Truppen ins Innere Sibiriens vorrücken, das es in den folgenden Jahren bis zum Baikalsee besetzen wird, und unterstützt Admiral Koltschak trotz gegenseitiger lebhafter Antipathie (vgl. 18. November 1918).[10]

17. Juni 1918

BULGARIEN MALINOW ANNÄHERUNG AN ENTENTE

Der bulgarische Ministerpräsident Vasil Radoslavov tritt zurück. Sein Nachfolger Alexander Malinov strebt eine Verständigung mit den Alliierten, d. h. also ein Ausscheiden Bulgariens aus dem Bündnis mit den Mittelmächten an. Im bulgarischen Heer machen sich Zersetzungserscheinungen bemerkbar.

30. Juni 1918

Die Regierungen Frankreichs und Italiens erkennen die staatliche Unabhängigkeit einer Tschechoslowakei an, die noch gar nicht existiert. (Großbritannien und die USA werden am 13. August bzw. am 3. September inhaltsgleiche Erklärungen folgen lassen.) Damit ist das alte, schon seit lange vor dem Kriege planmäßig verfolgte Ziel, die Donaumonarchie auch in ihrem Territorialbestand zu zerstören, einmal mehr enthüllt. Im 10. von Wilsons „14 Punkten" ist lediglich von Freiheit der Völker Österreich-Ungarns zu autonomer Entwicklung die Rede, die ihnen auch der ermordete Thronfolger Franz Ferdinand einzuräumen beabsichtigte.

TSCHECHO-SLOWAKEI
FRANKREICH
ITALIEN
GROSSBRITANNIEN
USA
ÖSTERREICH

noch Juni 1918

Britische Truppen landen in Murmansk, ursprünglich offenbar mit dem Befehl, in Nordrußland gegen die Ausbreitung der bolschewistischen Herrschaft zu intervenieren. Auch in Archangelsk werden einige Wochen später, Anfang August, britische und französische Einheiten ausgeschifft. Doch wird keine Offensive größeren Maßstabs eingeleitet Entsprechende Befehle aus London und Paris bleiben aus.

MURMANSK
ARCHANGELSK
BRITISCHE UND FRANZÖSISCHE TRUPPENLANDUNG

16./17. Juli 1918

Zar Nikolaus II. von Rußland, seit über einem Jahr von den Bolschewisten gefangen gehalten, wird in Jekaterinburg/Ural mit der Zarin und allen Kindern auf Weisung des Vorsitzenden des sowjetischen Exekutivkomitees in Moskau, Swerdlow, ermordet. Neun betrunkene Tschekisten unter Führung des Juden Jurowski richten unter den Mitgliedern der Zarenfamilie ein Blutbad an. Anschließend werden die Leichen zu einem 13 Meilen entfernten stillgelegten Bergwerk geschafft, dort zerstückelt, mit Schwefelsäure und Petroleum übergossen, verbrannt und die Asche in den voll Wasser gelaufenen Bergwerksschacht geworfen.[11]

ERMORDUNG DER ZARENFAMILIE IN JEKATERINBURG
SWERDLOW
JUROWSKI

14. August 1918

Kaiser Karl von Österreich-Ungarn und sein Außenminister Graf Burian begeben sich ins deutsche Hauptquartier in Spa (südöstlich von Lüttich), um über das taktische Vorgehen bei einer Friedensinitiative zu verhandeln. Es kommt zu keiner Einigung. Der österreichischen Feststellung: „Bei uns ist absolut Schluß" steht deutscherseits trotz schwerster militärischer Rückschläge die Zuversicht gegenüber, mit einer starken Defensive und intensiver Propaganda dem Gegner eigene Friedensbedingungen abnötigen zu können.[12]

ÖSTERREICH-UNGARN
DEUTSCHLAND
FRIEDENSINITIATIVE
SPA

6. September 1918

BOLSCHEWISMUS NOTWENDIGKEIT RECHTZEITIGER BEKÄMPFUNG BOTSCHAFTER DER NIEDERLANDE IN LENINGRAD

Der niederländische Botschafter in Petersburg (Leningrad) berichtet seiner Regierung u. a.: „Ich bin der Auffassung, daß die sofortige Unterdrückung des Bolschewismus derzeitig die wichtigste Frage ist, der sich die Welt gegenübersieht ... und wenn der Bolschewismus nicht ... im Keime erstickt wird, so wird er sich zwangsläufig in der einen oder anderen Form über Europa ausbreiten, da er von Juden organisiert und durchgeführt wird, die keine Nationalität haben und deren einziges Ziel es ist, die bestehende Ordnung zur Erreichung ihrer eigenen Endziele zu vernichten ..."[13]

29. September 1918

BULGARIEN ENTENTE-MÄCHTE WAFFENSTILLSTAND

Vertreter Bulgariens und der Alliierten Mächte unterzeichnen ein Waffenstillstandsabkommen, nachdem eine erfolgreiche Durchbruchsoffensive der Alliierten in Mazedonien zur Auflösung und Flucht der bulgarischen Armee geführt hat. Bulgarien muß alle ehemals serbischen und griechischen Gebiete räumen und muß demobilisieren.[14]

1. Oktober 1918

DAMASKUS GROSSBRITANNIEN ARABER SHERIF HUSAIN

Britische Truppen und arabische Verbände rücken gemeinsam in Damaskus, Syriens Hauptstadt, ein. Doch wird den Arabern ihre Waffenhilfe, die sie den Briten gegen das Osmanische Reich geleistet haben, nicht gelohnt werden. Im Gegenteil, das Versprechen des britischen Oberkommissars in Kairo McMahon Anfang 1916 an den Sherifen von Mekka Husain (den Vater Faisals und Abd Allahs, die mit Thomas Edward Lawrence zusammen den Aufstand der Beduinenstämme gegen das Osmanische Reich entfachten), einen unabhängigen gesamtarabischen Staat errichten zu helfen, wird nicht gehalten werden.

3. Oktober 1918

DEUTSCHLAND OBERSTE HEERESLEITUNG MAX VON BADEN WAFFENSTILLSANDSERSUCHEN AN WILSON ÖSTERREICH-UNGARN

Nachdem die deutsche Oberste Heeresleitung (Hindenburg und Ludendorff) am 29. September angesichts der militärischen Lage den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes für notwendig erklärt haben und tags darauf der Reichskanzler von Hertling zurückgetreten und durch Prinz Max von Baden ersetzt worden ist, ersucht dieser den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, in einer Note, die Herstellung des Friedens auf der Grundlage der „14 Punkte" (vgl. 8. Januar 1918) in die Hand zu nehmen und alle kriegführenden Staaten zur Entsendung von Bevollmächtigten für Friedensverhandlungen einzuladen. Die Note enthält ferner das Ersuchen der deutschen Reichsregierung um den sofortigen

Abschluß eines Waffenstillstandes. Österreich-Ungarn schließt sich tags darauf dem deutschen Angebot an.[15]

4. Oktober 1918

Zar Ferdinand I. von Bulgarien dankt aufgrund des Waffenstillstandes mit den Alliierten (vgl. 29. September 1918) ab. Das Bündnis Bulgariens mit den Mittelmächten ging weitgehend auf seine Initiative zurück. Kronprinz Boris tritt die Nachfolge an.

BULGARIEN
FERDINAND I.
BORIS

8. Oktober 1918

Der Außenminister der USA, Robert Lansing, beantwortet im Auftrage des Präsidenten die Note der deutschen Reichsregierung vom 3. Oktober (vgl. dort) mit der Rückfrage, ob die kaiserliche deutsche Regierung tatsächlich die Bedingungen der „14 Punkte" (vgl. 8. Januar 1918) anzunehmen bereit sei, und mit der Feststellung, der Präsident könne den alliierten Mächten einen Waffenstillstand nicht vorschlagen, solange Truppen der Mittelmächte auf deren Boden stehen. Endlich fragt Lansing, ob der deutsche Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spräche, die bisher den Krieg geführt hätten. Es ist das die kaum noch verhüllte Frage nach dem Umsturz.[16]

USA
DEUTSCHLAND
LANSING
RÜCKFRAGEN ZUR DEUTSCHEN NOTE

12. Oktober 1918

Die deutsche Antwortnote auf Lansings Rückfrage (vgl. 8. Oktober 1918) enthält die entscheidenden Sätze: „Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten Wilson stellen [vgl. 8. Januar 1918] ... erklärt sich im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes dem Räumungsvorschlage des Präsidenten zu entsprechen ... Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages ..."[17]

DEUTSCHE ANTWORT AUF LANSINGS NOTE
BEREITSCHAFT ZUR RÄUMUNG DER BESETZTEN GEBIETE

14. Oktober 1918

Lansings Antwort auf die 2. deutsche Note vom 12. Oktober (vgl. dort) macht die Bereitschaft der Alliierten zu einem Waffenstillstand abhängig von: 1. der Beendigung angeblich unmenschlicher und völkerrechtswidriger Maßnahmen der deutschen Truppen bei ihrem Rückzuge aus Belgien und Frankreich, 2. einem Sturz der bestehenden Staatsform („Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern"). Außerdem erinnert Lansing an die Formulierung Wilsons vom 4. Juli 1918 in Mount Vernon: „Vernichtung

USA
LANSINGS ANTWORT SETZT UMSTURZ DER DEUTSCHEN STAATSFORM VORAUS

der militärischen Macht überall . . . bis zur tatsächlichen Ohnmacht“ als eine der „Friedensbedingungen“, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen habe. So gesehen wird also die Revolte vom November 1918 in Deutschland durch die US-Regierung erpreßt, die damit ihrerseits wieder nur das Programm der internationalen Freimaurerei erfüllt.[18]

TSCHECHOSLOWAKISCHER NATIONALRAT PARIS MASARYK BENESCH

In Paris tritt ein „tschechoslowakischer Nationalrat“ zusammen, der nur aus Emigranten besteht, und bestimmt Thomas G. Masaryk zum Präsidenten und Eduard Benesch zum Außenminister der künftigen tschechoslowakischen Regierung. Beide sind Tschechen.

14./15. Oktober 1918

TÜRKISCHES WAFFENSTILLSTANDSANGEBOT AN WILSON

Nachdem britische Truppen und arabische Streitkräfte die türkische Front bei Jaffa durchbrochen haben, Damaskus genommen ist, Beirut, Aleppo unmittelbar vor der Einnahme stehen und Sultan Mechmed VI. den Großvesir Tal'at Pascha sowie den Kriegsminister Enver Pascha entlassen hat, sendet die türkische Regierung eine Note mit einem Waffenstillstandsangebot an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson.

17. Oktober 1918

UNGARN PROKLAMATION DER UNABHÄNGIGKEIT VON ÖSTERREICH

Das ungarische Parlament in Budapest beantwortet ein Manifest Kaiser Karls von Österreich-Ungarn an die Völker der Monarchie, in dem er eine föderative Umgestaltung der Österreichischen Reichshälfte verspricht, mit der Proklamation der Selbständigkeit Ungarns, das hinfort nur noch durch Personalunion mit Österreich verbunden sei. Bereits zwei Wochen später wird Graf Michael Karoly die Volksrepublik Ungarn verkünden.[19]

20. Oktober 1918

DEUTSCHLAND ANTWORT AUF DIE 2. LANSINGNOTE

Das deutsche Auswärtige Amt beantwortet die 2. Lansing-Note (vgl. 14. Oktober 1918) mit einer Verwahrung gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen und mit der erneuten Versicherung, die jetzige deutsche Regierung sei gebildet worden und handle „getragen von der Zustimmung der überwältigen Mehrheit des deutschen Volkes“. Es sei gegenüber der bisherigen Verfassung, die der Volksvertretung weder Einfluß auf die Regierungsbildung noch auf die Entscheidung über Krieg und Frieden zugebilligt habe, „ein grundlegender Wandel eingetreten“. Aber dieser Wandel genügt eben den Internationalisten im Geiste von 1789 nicht.[20]

Der Präsident der USA, Wilson, läßt das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot (vgl. 3. Oktober 1918) dahingehend beantworten, die Selbständigkeitswünsche der Völker der Monarchie müßten anerkannt werden. Das bedeutet, das Wilsons Berater, bzw. der Kreis um Morgan und Colonel Mandell House die Auflösung Österreich-Ungarns zur Vorbedingung für einen Waffenstillstand machen. Eine Woche darauf wird Österreich diese Bedingungen annehmen. Daraufhin wird sich am 28. Oktober die Tschechoslowakei und am 29. Oktober Jugoslawien als unabhängig und das Verhältnis zum ehemaligen Österreich-Ungarn als gelöst erklären. Das erste Kriegsziel der Alliierten ist erreicht.

USA
WILSONS ANTWORT AUF WAFFENSTILLSTANDSANGEBOT ÖSTERREICH-UNGARNS
AUFLÖSUNG DER DOPPELMONARCHIE

23. Oktober 1918

In der dritten Lansing-Note an die deutsche Reichsregierung kommt die freimaurerische Tendenz der Politik Wilsons, Mandell Houses und Lansings selbst nunmehr mit brutaler Offenheit zum Vorschein. Die Note stellt einen vollendeten Akt der Erpressung dar. Verhandlungen über Friedensbedingungen werden darin offen vom Sturz der Monarchie abhängig gemacht. Der entscheidende Satz lautet: „Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß . . . , dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben . . ." Den Satz könnten ebensogut Lenin oder Trotzki formuliert haben. Es ist dasselbe Vokabular. Wilsons Berater wollen in Deutschland die gleiche Entwicklung erzwingen, wie sie in Rußland mit dem Sturz des Zaren und der Regierung Kerenski begonnen hat.[21]

USA
DRITTE LANSINGNOTE AN DEUTSCHLAND
UNVERHÜLLTE BEDINGUNG: STURZ DER MONARCHIE

26. Oktober 1918

Auf die dritte Lansing-Note (siehe oben) hin hat der Generalquartiermeister der deutschen Obersten Heeresleitung, General Ludendorff, sich dafür eingesetzt, den Krieg unter diesen Umständen trotz der schlechten militärischen Lage fortzusetzen. Da er damit beim Reichskanzler Prinz Max von Baden nicht durchdringt und Kaiser Wilhelm II. darauf verzichtet, einen eigenen Standpunkt als Oberster Kriegsherr geltend zu machen, nimmt Ludendorff seinen Abschied. Am gleichen Tage werden die Befugnisse des deutschen Reichstages durch entsprechende Verfassungsänderungen erweitert, ein plumper und würdeloser Versuch, sich Wilson gefügig zu zeigen. Auch hierzu enthält sich der Monarch einer Stellungnahme. Er hat offensichtlich bereits resigniert.[22]

DEUTSCHLAND
LUDENDORFF NIMMT SEINEN ABSCHIED
VERFASSUNGSÄNDERUNG IM SINNE WILSONS BZW. LANSINGS
WILHELM II.

27. Oktober 1918

DEUTSCHLAND VIERTE NOTE AN WILSON „VOLKSREGIERUNG“

In der vierten deutschen Note an Wilson (Antwort auf die Erpressung vom 23. Oktober, vgl. dort) versichert das Auswärtige Amt in Berlin (Staatssekretär Solf), die Friedensverhandlungen würden deutscherseits nunmehr von einer „Volksregierung“ geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhten. Ihr seien auch die militärischen Gewalten unterstellt. Sie sehe nun den „Vorschlägen“ für einen Waffenstillstand entgegen, der einen „Frieden der Gerechtigkeit“ einleite, wie ihn Wilson in seinen „Vierzehn Punkten“ (vgl. 8. Januar 1918) gekennzeichnet habe.[23]

28. Oktober 1918

PRAG PROKLAMATION DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

In Prag wird die Tschechoslowakische Republik ausgerufen und die in Paris am 14. Oktober (vgl. dort) gebildete Regierung Masaryk-Benesch bestätigt. Den Slowaken wird ebenso wie den Karpato-Ukrainern erneut die Autonomie innerhalb des tschechoslowakischen Staates versprochen, doch wird dieses Versprechen niemals eingelöst werden. Die Deutschen in Nordböhmen, Nordmähren und österreichisch Schlesien erklären in den folgenden Tagen ihre Gebiete zu Provinzen des Staates Deutsch-Österreich. Doch werden diese Gebiete von tschechischem Militär besetzt und unter tschechische Verwaltung gestellt werden — bis zum Oktober 1938.

30. Oktober 1918

DEUTSCH-ÖSTERREICH NATIONALVERSAMMLUNG

Die provisorische deutsch-österreichische Nationalversammlung richtet anläßlich ihrer zweiten Sitzung eine Note an den Präsidenten der USA, Wilson, und teilt darin die Gründung Deutsch-Österreichs aufgrund des von Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit.

TÜRKEI ENTENTE-MÄCHTE WAFFENSTILLSTAND VON MUDROS

Vertreter der türkischen Regierung und der Alliierten Mächte unterzeichnen in Mudros ein Waffenstillstandsabkommen (vgl. 14./15. Oktober 1918). Bedingungen des Abkommens sind u. a. die Öffnung der Dardanellen, Besetzung der Sperrforts durch alliierte Truppen, Auslieferung aller türkischen Kriegsschiffe sowie aller Kriegsgefangenen, Räumung aller noch von türkischen Truppen besetzten Gebiete, vor allem aber die Auflösung des Bündnisses mit Deutschland und Österreich-Ungarn, sowie Freigabe des türkischen Staatsgebietes für Operationen der alliierten Streitkräfte.[24]

3. November 1918

Die auf Schiffen der deutschen Kriegsmarine in Kiel von sozialistischen bzw. kommunistischen Agenten angezettelte Meuterei mit dem Ziel, eine Wiederaufnahme von Kampfhandlungen dieser Schiffe zu verhindern, entwickelt sich, wohl vorbereitet, zu einer Aufstandsbewegung gegen die Reichsregierung und greift auf zahlreiche größere deutsche Städte über, wo ebenfalls entsprechende Vorarbeit geleistet wurde. So werden dann auch nach sowjetrussischem Modell Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die sich als Organe einer „Revolution" betrachten.

DEUTSCHLAND MANIPULIERTE NOVEMBER-REVOLTE

In Padua unterzeichnen Vertreter der Regierung Österreich-Ungarns und der Alliierten Mächte ein Waffenstillstandsabkommen. Die österreichisch-ungarische Armee ist danach zu demobilisieren, Südtirol, Tarvis und Idrias sind zu räumen, reichsdeutsche Truppen haben Österreich-Ungarn binnen fünfzehn Tagen zu verlassen, der Kriegshafen Pola ist auszuliefern, ebenso die Kriegsgefangenen (ohne Gegenseitigkeit).[25]

ÖSTERREICH-UNGARN ENTENTE-MÄCHTE WAFFENSTILLSTAND VON PADUA

5. November 1918

Lansings vierte und letzte Note (in Beantwortung der deutschen vom 27. Oktober, vgl. dort) interpretiert den Wilsonschen Punkt 8, in dem von Wiederherstellung der verwüsteten Teile Frankreichs die Rede ist, dahingehend, daß Deutschland für allen im Kriege entstandenen Schaden der Zivilbevölkerung Ersatz zu leisten habe. Sie enthält ferner die Mitteilung, daß die USA den französischen Marschall Foch ermächtigt hätten, „gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen". Von „Vorschlägen", wie Solf sie erwartete, ist nicht die Rede. Die Bedingungen werden diktiert.[26]

USA LANSINGS VIERTE NOTE AN DEUTSCHLAND SCHADENERSATZFORDERUNG FOCH BEVOLLMÄCHTIGT

8. November 1918

Nachdem tags zuvor der bayerische König Ludwig III. aus München geflohen ist, wird von Leuten, die sich dazu für berufen halten, ein „Freistaat Bayern" proklamiert und die Dynastie der Wittelsbacher für abgesetzt erklärt. Der Berliner Unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner (Salomon Kosmanowski), ursprünglich Journalist am „Vorwärts", auf Veranlassung von Prinz Max von Baden aus der Strafhaft wegen Landesverrats entlassen, seit Jahren Verfechter der These von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege, tritt an die Spitze der bayerischen „Revolutionsregierung".[27]

FREISTAAT BAYERN EISNER-KOSMANOWSKI

9. November 1918

DEUTSCHLAND MAX VON BADEN THRONENTSAGUNG WILHELMS II. THRONVERZICHT DES KRONPRINZEN FRIEDRICH EBERT SCHEIDEMANN PROKLAMATION DER DEUTSCHEN REPUBLIK

Der deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden, der, ein fortschrittlicher Fürst, bereits am 31. Oktober in einer Sitzung des Kriegskabinetts die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen für „notwendig" erklärt hat — Wilson will es —, verkündet nunmehr, ohne dazu befugt zu sein und ohne die Entscheidung des Kaisers selbst abzuwarten, „de facto" die Thronentsagung Wilhelms II. und den Thronverzicht des Kronprinzen. Er schafft damit vollendete Tatsachen, tritt gleichzeitig selbst von seinem Amt zurück und übergibt dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Friedrich Ebert, das Reichskanzleramt. Philipp Scheidemann, ebenfalls SPD und seit dem 1. Oktober 1918 Mitglied der Reichsregierung, des „Kriegskabinetts", ruft die deutsche Republik aus, ebenfalls ohne dazu von jemandem befugt zu sein. Die ganze Revolte wird „von oben" manipuliert. „Das Volk" wirkt dabei nicht mit.[28]

10. November 1918

WILHELM II. ASYL IN DEN NIEDERLANDEN BERLIN RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. tritt vom Großen Hauptquartier in Spa aus die Reise in die Niederlande an und sucht bei der niederländischen Regierung um Asyl nach, das ihm gewährt wird. In Berlin übernimmt der „Rat der Volksbeauftragten" unter Vorsitz des sozialdemokratischen Parteiführers Fritz Ebert die Regierung. Diesem Rat gehören drei mehrheitssozialistische (SPD-) und drei unabhängig sozialistische (USPD-)Mitglieder an. Außerdem existiert ein „Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte".

11. November 1918

DEUTSCHLAND ENTENTE-MÄCHTE WAFFENSTILLSTAND VON COMPIEGNE BEENDIGUNG DER FEINDSELIGKEITEN RÄUMUNG DES LINKEN RHEINUFERS BESETZUNG VON MAINZ, KOBLENZ, KÖLN

In einem abgestellten Eisenbahnwagen im Walde von Compiègne/Oise unterzeichnet die deutsche Delegation unter Führung von Erzberger um 6 Uhr früh nach dreitägigen ergebnislosen Verhandlungen die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten, in denen von Wilsons „Vierzehn Punkten" nicht mehr die Rede ist. Um 12 Uhr mittags werden die Feindseligkeiten deutscherseits eingestellt. Die Blockade, die Deutschland von der Lebensmittelzufuhr abschneidet, bleibt bestehen, und deutsche Schiffe dürfen weiterhin gekapert werden. Deutschland hat Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen binnen fünfzehn Tagen, das linke Rheinufer binnen 25 Tagen zu räumen. Mainz, Koblenz und Köln werden mit einem Umkreis von 30 Kilometern von Truppen der Alliierten besetzt. Die Unterhaltungskosten trägt Deutschland. Auf dem rechten Rheinufer wird eine 30 bis 40 Kilometer tiefe neutrale Zone geschaffen. Die Kriegsgefangenen werden ohne Ge-

genseitigkeit, also nur deutscherseits zurückgegeben. Die Verträge von Brest Litowsk (vgl. 9. Februar und 3. März 1918) und Bukarest (vgl. 7. Mai 1918) werden aufgehoben. Sämtliche U-Boote sind auszuliefern, sechs Schlachtkreuzer, zehn Linienschiffe, acht kleine Kreuzer und 50 neueste Zerstörer in Häfen der alliierten Mächte zu internieren usw.[29]

Am gleichen Tage verzichtet Kaiser Karl von Österreich-Ungarn „auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften" und reist in die Schweiz.

ÖSTERREICH THRONVERZICHT KAISER KARLS

Ebenfalls am gleichen Tage bilden sich in Lettland und Litauen unabhängige republikanische Regierungen, in Litauen unter Vorsitz von Augustin Voldemaras, die jedoch im Januar 1919 durch die einrückenden bolschewistischen Truppen wieder beseitigt werden.

LETTLAND LITAUEN

12. November 1918

Nach dem Regierungsverzicht Kaiser Karls von Österreich-Ungarn (siehe oben) nimmt die deutsch-österreichische Nationalversammlung (vgl. 30. Oktober 1918) ein Gesetz über die künftige Staatsform Deutsch-Österreichs an (Republik und Bundesstaat). Das Gesetz enthält die ausdrückliche Feststellung: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik." Tags darauf werden die Deutschen in Böhmen und Mähren ebenfalls ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich erklären. Beide Willensäußerungen werden im Zeichen des von Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker von den Alliierten ignoriert werden.

DEUTSCH-ÖSTERREICH GESETZ ÜBER DIE KÜNFTIGE STAATSFORM „BESTANDTEIL DER DEUTSCHEN REPUBLIK"

13. November 1918

In Belgrad unterzeichnen Vertreter der Regierung des inzwischen von Österreich getrennten Ungarn und der Alliierten Mächte ein gesondertes Waffenstillstandsabkommen.[30]

UNGARN ENTENTE-MÄCHTE WAFFENSTILLSTAND VON BELGRAD

14. November 1918

Die deutsche Schutztruppe in Ostafrika unter dem Befehl General von Lettow-Vorbecks bindet durch ihre Operationen, zuletzt durch den Einmarsch in Rhodesien, zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes 120 000 Mann alliierter Truppen. Den Deutschen dieser Schutztruppe wird die Rückkehr in die Heimat zugestanden.

DEUTSCH-OSTAFRIKA VON LETTOW-VORBECK

In Polen tritt der am 12. September 1917 (vgl. dort) von der deutschen Reichsregierung eingesetzte Regentschaftsrat zurück, nach-

POLEN PILSUDSKI

dem er dem aus deutscher Haft entlassenen General Josef Pilsudski (vgl. 2. Juli 1917) die Staatsgewalt übertragen hat. Pilsudski verfügt damit über diktatorische Vollmachten und bildet eine provisorische Regierung. Bereits neun Tage später, am 23. November 1918, wird er die Stadt Lemberg erobern.

18. November 1918

SIBIRISCHES DIREKTORIUM KOLTSCHAK WEISSE ARMEE

In Omsk/Sibirien hat sich eine antibolschewistische Regierung, das Sibirische Direktorium, gebildet. Admiral Alexander Wassiljewitsch Koltschak, Kriegs- und Marineminister dieses Direktoriums, läßt die übrigen Mitglieder verhaften und sich selbst zum Reichsverweser Rußlands und Oberstkommandierenden aller antibolschewistischen russischen Truppen („Weiße Armee") erklären (vgl. 7. Februar 1920).[31]

22. November 1918

DEUTSCH-ÖSTERREICH GESETZ ÜBER ZUGEHÖRIGKEIT ZUM DEUTSCHEN REICH

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung (vgl. 30. Oktober und 12. November 1918) nimmt ein Gesetz über die Ausdehnung, die Grenzen und die Zugehörigkeit Deutsch-Österreichs zum Deutschen Reiche an und beruft sich darin ausdrücklich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Unter dem Staatsgebiet Deutsch-Österreichs wird „das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisher im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder" verstanden, d. h. die Alpenländer, Österreich, und die deutsch besiedelten Gebiete von Böhmen, Mähren und (Österreichisch-)Schlesien.

23. November 1918

BAYERN EISNER-KOSMANOWSKI KRIEGSSCHULDLÜGE CLEMENCEAU

Salomon Kosmanowski, alias Kurt Eisner, veröffentlicht aus den Geheimarchiven des Bayerischen Außenministeriums von ihm ausgewählte Aktenstücke und frisiert den Text derart, daß sich daraus eine Kriegsschuld Deutschlands konstruieren läßt. Diesen zurechtgemachten Text läßt er dann dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zukommen, der ihn für seine These von der deutschen Alleinschuld am Kriege verwendet (vgl. dazu 1. August 1914, Anmerkung). Die Idee zu diesem Vorgehen soll dem Kosmanowski-Eisner von Isidor Witkowski, alias Maximilian Harden, eingegeben worden sein.[32]

30. November 1918

ISLAND DÄNEMARK

Ein dänisch-isländisches Bundesgesetz macht Island zu einem unabhängigen souveränen Staat (Königreich), mit Dänemark durch den gemeinsamen König in Personalunion verbunden. Die Au-

ßenpolitik Islands wird durch Dänemark wahrgenommen. Beide Länder besitzen außerdem eine gemeinsame Oberste Gerichtsbarkeit.[33]

PERSONAL-UNION

1. Dezember 1918

Nach Zusammenschluß der Slowenen, Kroaten und Serben aus der ehemaligen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie mit den Serben des ehemaligen Königreichs Serbien wird in Belgrad das neue, gemeinsame Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien) proklamiert, in dem jedoch von Anfang an eine starke kroatische Opposition sich gegen die serbische Vorherrschaft wehrt. Ebenfalls von Anfang an besteht der Konflikt mit Italien wegen Fiume und Dalamtien sowie mit Rumänien wegen dem Banat.

PROKLAMATION DES KÖNIGREICHES JUGOSLAWIEN
GEGENSATZ SERBEN-KROATEN

2./3. Dezember 1918

Der britische und der französische Ministerpräsident, Lloyd George und Clemenceau, legen in einer Geheimkonferenz den Plan für die „Friedenskonferenz“ von Versailles fest und grenzen die beiderseitigen Interessen ab. Frankreich wird Großbritannien das Ölgebiet von Mossul im nördlichen Irak zugestehen (von einem souveränen, gesamtarabischen Staat, wie Husain und Faisal versprochen, ist dabei nicht mehr die Rede) und Großbritannien wird dafür Frankreich im Saargebiet und im Rheinland freie Hand lassen. Diese Geheimabmachungen waren auch in Wilsons „14 Punkten“ (vgl. 8. Januar 1918) nicht vorgesehen.

FRANKREICH GROSSBRITANNIEN
GEHEIM-KONFERENZ
CLEMENCEAU-LLOYD GEORGE

6. Dezember 1918

Siebzehn Tage nach dem (mit Pilsudski vereinbarten) Abzug der deutschen Besatzungstruppen aus Polen halten die polnischen Nationaldemokraten einen Schlesien-Westpreußen-Posen-Kongreß ab, indem die Okkupation der deutschen Ostprovinzen geplant, insbesondere die wenigen Wochen später beginnende Eroberung der Provinz Posen vorbereitet wird. Die polnischen Nationaldemokraten haben es in erster Linie auf das deutsche Gebiet abgesehen, während Pilsudski eine Ausdehnung nach Osten anstrebt.[34]

POLEN
KONGRESS DER NATIONAL-DEMOKRATEN
PLAN DER OKKUPATION DER DEUTSCHEN OST-PROVINZEN

12. Dezember 1918

In Finnland löst General Karl Gustav Freiherr von Mannerheim Pehr Evind Svinhufvud im Amte des Reichsverwesers ab, nachdem der vom finnischen Landtag am 8. Oktober zum König von Finnland gewählte Prinz Friedrich Karl von Hessen im Novem-

FINNLAND
MANNERHEIM
REICHS-VERWESER

ber, offenbar unter dem Eindruck der deutschen Fürstendämmerung, auf die finnische Krone verzichtet hat.

20. Dezember 1918

DEUTSCLAND „RÄTE-KONGRESS“ BESCHLUSS EINER WAHL ZUR NATIONALVERSAMMLUNG AUFSTAND DER KOMMUNISTEN GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI LIEBKNECHT — ROSA LUXEMBURG

In Berlin lehnt der seit dem 16. Dezember tagende „Deutsche Rätekongreß“ die Einführung des Rätesystems (nach sowjetrussischem Vorbild) für das Deutsche Reich ab und beschließt anstattdessen Wahlen zur Nationalversammlung für den 19. Januar 1919. Daraufhin wird es in der folgenden Woche zu schweren, von sowjetischen Agenten organisierten Unruhen, sogar zu Kämpfen um das Berliner Schloß kommen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten werden aus dem Rat der Volksbeauftragten ausscheiden und schließlich werden am letzten Tage des Jahres, am 31. Dezember Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Katze aus dem Sack lassen und in Berlin die „Revolutionäre Kommunistische Arbeiterpartei“, die spätere KPD gründen mit dem Ziel, die russische bolschewistische Revolution vom Jahre zuvor auf Deutschland auszudehnen. Die von ihnen auf die Straße geführten Menschen stellen eine winzige Minderheit dar und repräsentieren in keiner Weise „das Volk“.

29. Dezember 1918

AUFRECHTERHALTUNG DER HUNGERBLOCKADE GEGEN DEUTSCHLAND KÜNDIGUNG DER AMERIKANISCHEN FLEISCH- UND FETTLIEFERUNGEN

Lewis L. Strauss wird über diesen Tag schreiben: „. . . die Aufrechterhaltung der alliierten Blockade [gegen die Lebensmittelimporte der Mittelmächte] scheint ein Teil des Planes gewesen zu sein, unser [USA] Preisniveau unter Druck zu setzen . . . Die Blockade wurde am 22. Dezember und dann eine Woche später ohne Vorankündigung von neuem verhängt. Am gleichen Tag . . . trafen die alliierten Vertreter des Fleisch- und Fettamtes in London zusammen und kündigten rundweg alle amerikanischen Aufträge . . . ohne Entschuldigung . . . Früher war ich neugierig, wer [damals] die Annullierungsaktion inszeniert hatte . . . Heute [1961] will ich es nicht mehr wissen.“[35]

noch 1918 (ohne nähere Datierung)

CHINA TIBET

China versucht vergeblich, das „äußere“ (westliche) Tibet mit der Hauptstadt Lhasa, dem Sitz des Dalai Lama, zurückzuerobern, das sich 1912, nach dem Sturz der Mandschu-Dynastie, von China gelöst hat und dem 1913/14 seine Unabhängigkeit von Großbritannien und Rußland bestätigt wurde (von China nicht anerkannt, vgl. 27. April 1914).

1919

1. Januar 1919

In Berlin gründen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die „Revolutionäre Kommunistische Arbeiterpartei", die spätere KPD, und organisieren in den darauffolgenden Wochen einen Generalstreik, Unruhen und Straßenkämpfe. Die bolschewistische Revolution in Rußland vom November 1917 soll in Deutschland ihre Fortsetzung finden. Der sozialdemokratische Volksbeauftragte Gustav Noske (geb. 9. September 1868 in Brandenburg, „einer muß ja den Bluthund machen") unterdrückt mit Truppen, die ihm die Oberste Heeresleitung zur Verfügung stellt, diesen kommunistischen Revolutionsversuch („Spartakusaufstand") und rettet damit Mitteleuropa für ein viertel Jahrhundert vor der Bolschewisierung. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden verhaftet und am 15. Januar 1919 ohne Gerichtsverhandlung erschossen werden.[1]

DEUTSCHLAND
KOMMUNISTISTISCHE ARBEITERPARTEI
KARL LIEBKNECHT
ROSA LUXEMBURG
GUSTAV NOSKE
SPARTAKUSAUFSTAND

In Weißrußland wird eine weißruthenische Sowjetrepublik gegründet und einen Monat später mit Litauen zur Sowjetrepublik „Litbel" vereinigt. Dort rücken nach Abzug der deutschen Baltikumkämpfer ebenfalls die Bolschewisten ein und nehmen am 5. Januar Wilna. Doch wird Moskau am 12. Juli 1920 die Selbständigkeit Litauens anerkennen (Wilna ist inzwischen im April 1919 von den Polen erobert worden), und im Frieden von Riga (vgl. 18. März 1921) wird auch der westliche Teil Weißrutheniens an Polen fallen.

WEISSRUSSLAND
LITAUEN
SOWJETREPUBLIK „LITBEL"

6. Januar 1919

Der Emir Faisal von Syrien, später, seit 1921, König des Irak, trifft durch Vermittlung von Thomas E. Lawrence mit Chaim Weizmann, dem Leiter der britisch-jüdischen Zionistenorganisation eine Vereinbarung, in der es u. a. heißt, daß das „arabische und hebräische Volk . . . bei der Entwicklung eines arabischen Staates und Palästinas" eng zusammenarbeiten sollen. Da aber die Versprechungen, die Großbritannien beiden Seiten gemacht hat (vgl. Balfour-Declaration, 2. November 1917), unvereinbar sind, wird es zu dieser arabisch-jüdischen Zusammenarbeit nicht kommen.[2]

EMIR FAISAL
CHAIM WEIZMANN
ZIONISMUS
ARABISCH-JÜDISCHE ZUSAMMENARBEIT

13. Januar 1919

Nachdem südslawische, vor allem serbische Truppen in die österreichische Steiermark und in Kärnten eingefallen sind und sich mit den deutschösterreichischen Heimatschutzverbänden dort er-

ÖSTERREICH
KÄRNTEN

SERBISCHE INVASION WAFFENSTILLSTAND

bitterte Kämpfe geliefert haben, kommt es zu einem Waffenstillstand, der aber Ende April 1919 von den Serben wieder gebrochen werden wird. Vgl. weiter 10. Oktober 1920.

18. Januar 1919

VERSAILLES ERÖFFNUNG DER „FRIEDENS"-KONFERENZ VIERERRAT WILSON-LLOYD GEORGE-CLEMENCEAU-ORLANDO

Am Jahrestage und am Orte der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches 1871 wird im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles bei Paris die „Friedens"-Konferenz der Siegermächte — ohne Vertreter der Besiegten — eröffnet. Ihr eigentliches Ziel ist es, einen dauerhaften Frieden in Europa zu verhindern und Konfliktstoffe für kommende Kriege anzuhäufen. Dieses Ziel wird die Konferenz auch erreichen. Es nehmen 70 Delegierte von 27 Staaten teil, die alle irgendwie „gesiegt" haben oder noch nachträglich bzw. bei nächster Gelegenheit „siegen" wollen. Für den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen wird weniger die Vollversammlung als der „Oberste Rat" maßgeblich sein, bald ersetzt durch den Viererrat Wilson (USA), Lloyd George (Großbritannien), Clemenceau (Frankreich) und Orlando (Italien).

GROSSBRITANNIEN BOLSCHEWISTENKONFERENZ IN LONDON VERKEHRSSPRACHE: JIDDISCH

In der Londoner Memorial Hall in der Farringdon-street konferieren etwa drei- bis vierhundert Delegierte der bolschewistischen Organisationen Großbritanniens. Ihre Legitimationen werden genau geprüft, Pressevertreter werden nicht eingelassen. Meist gebrauchte Konferenzsprache ist Jiddisch. Die Redner fordern eine Revolution, und auf der Galerie hängt ein Spruchband „Lang lebe das bolschewistische Rußland!"[3]

19. Januar 1919

DEUTSCHLAND WAHLEN ZUR NATIONALVERSAMMLUNG SPD, ZENTRUM, DEMOKRATEN

Nach der Niederwerfung des Spartakusaufstandes in Berlin durch Noske (vgl. 1. Januar 1919) können in Deutschland die Wahlen zur Nationalversammlung durchgeführt werden. Dabei erhalten die Delegierten derjenigen Parteien, die auf eine parlamentarisch-demokratische Republik hinzielen, nämlich der Sozialdemokraten (SPD), des katholischen Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei, zusammen mehr als drei Viertel der abgegebenen Stimmen.

21. Januar 1919

IRLAND WAHLSIEG DER „SINNFEIN"

Nachdem bei den Wahlen in Irland zum britischen Unterhaus die irische Freiheitsbewegung „Sinnfein" von 105 Sitzen 73 gewonnen hat, nimmt sie den Namen „Irish Republican Party" an. Die Deputierten bilden ein eigenes irisches Parlament, den Dail Eireann, halten im Mansion House in Dublin unter Vorsitz von

Graf Plunkett ihre erste formelle Parlamentssitzung ab, entwerfen noch am selben Tage eine feierliche Unabhängigkeitserklärung in englischer, irischer und französischer Sprache und proklamieren ihr Recht als unabhängige Nation, eine eigene Delegation zur „Friedens"-Konferenz nach Versailles zu entsenden. Tags darauf wählen sie Eamon de Valera, der noch in einem britischen Gefängnis (in Lincoln) sitzt, aber schon am 3. Februar von dort entkommen wird, zum Präsidenten der Irischen Republik.[4]

DAIL EIREANN IN DUBLIN PROKLAMATION DER UNABHÄNGIGKEIT EAMON DE VALERA

24. Januar 1919

In der spanischen Provinz Katalonien, die eine Lösung aus dem spanischen Staatsverband anstrebt, wird anläßlich einer Versammlung in Barcelona ein Autonomieprogramm verkündet. Kompromißvorschläge einer eigens nach Barcelona entsandten Regierungsdelegation werden von der Versammlung abgelehnt, jedoch kommt die Autonomie Kataloniens dennoch nicht zustande.

SPANIEN KATALONIEN AUTONOMIE-PROGRAMM

noch Januar 1919

Daß Großbritannien die Entsendung einer ägyptischen Abordnung (ägyptisch: wafd) zur „Friedens"-Konferenz in Versailles abgelehnt hat, wird in Ägypten als anmaßend und beleidigend empfunden. Es entsteht die starke Wafd-Partei unter Führung von Sád Saghlul Pascha (geb. 1860 in Ibjana), der in kurzer Zeit zur maßgebenden politischen Gestalt in Ägypten und 1924 Ministerpräsident werden wird. Auf die Wafd-Partei stützt sich auch Sultan Fuad I. bei seinen Unabhängigkeitsbestrebungen (vgl. 28. Februar 1922, 28. April 1936, *26. August 1936*).

GROSSBRITANNIEN ÄGYPTEN WAFD-PARTEI SAD SAGHLUL FUAD I.

Von britischer und amerikanischer Seite wird der Vorschlag gemacht, Vertreter des bolschewistischen Rußland zum Beginn der Friedenskonferenz nach Paris einzuladen. Der New Yorker Bankier Jacob Schiff ist darüber hinaus bemüht, die Anerkennung der sowjetrussischen Regierung durchzusetzen. Der sowjetrussische Außenkommissar Tschitscherin bietet als Gegengabe umfangreiche Handels- und Wirtschaftskonzessionen an.[5]

GROSSBRITANNIEN USA SOWJET-RUSSLAND JACOB SCHIFF

3. Februar 1919

In Paris tagt erstmals im Rahmen der sogenannten Friedenskonferenz (deren tatsächliches Ergebnis es war, den Begriff des Friedens für die kommenden Jahrzehnte aus dem Völkerleben zu eliminieren) der Völkerbundsausschuß unter Vorsitz des Präsidenten der USA, Wilson. Man berät über einen britischen, einen amerikanischen und einen gemeinsamen Entwurf für die Satzung und

VÖLKERBUNDS-AUSSCHUSS IN PARIS VORSITZ WILSON

GRÜNDUNGS-AKTE DES VÖLKERBUNDS

den organisatorischen Aufbau des Völkerbundes, auch Liga der Nationen genannt. Zehn Tage darauf, am 14. Februar, wird Wilson in der Vollversammlung der „Friedenskonferenz" die Völkerbundsakte verlesen, mit der die Gründung der Liga verkündet wird (vgl. weiter 28. April 1919).[6]

11. Februar 1919

DEUTSCHLAND NATIONAL-VERSAMMLUNG IN WEIMAR EBERT REICHS-PRÄSIDENT

In Weimar tritt die am 19. Januar (vgl. dort) gewählte Deutsche Nationalversammlung zusammen, wählt den Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert (SPD), zum vorläufigen Reichspräsidenten und bildet eine Koalitionsregierung von SPD, Zentrum und Demokraten unter Philipp Scheidemann (ebenfalls SPD) als Regierungschef.

16. Februar 1919

ÖSTERREICH WAHLEN ZUR VERFASSUNG-GEBENDEN VERSAMMLUNG

In Österreich finden Wahlen zum verfassunggebenden Parlament statt, bei denen die Sozialdemokraten 72, die Christlich-Sozialen 61 und die Großdeutschen, d. i. die Partei, deren Hauptziel der Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich ist, 26 Sitze erhalten. Dieses Ziel streben aber auch die Mehrzahl der österreichischen Sozialdemokraten an, um so mehr als das restliche Deutsch-Österreich alleine wirtschaftlich kaum lebensfähig ist.

20. Februar 1919

AFGHANISTAN AMAN ULLAH DRITTER AFGHANISCH-BRITISCHER KRIEG

In Afghanistan wird der regierende Emir Habib Ullah ermordet. Sein Sohn Aman Ullah Khan beginnt, unmittelbar nachdem er die Nachfolge angetreten hat, den dritten afghanisch-britischen Krieg und kann sich mit seinen Streitkräften gegen die britischen Truppen erfolgreich behaupten (vgl. auch 8. August 1919).[7]

21. Februar 1919

DEUTSCHLAND BAYERN KOSMANO-WSKI-EISLER VOM GRAFEN ARCO ERSCHOSSEN

In München erschießt Graf Arco-Valley den bayrischen linkssozialistischen (USPD) Ministerpräsidenten Salomon Kosmanowski, alias Kurt Eisner, Sohn eines Berliner jüdischen Militäreffektenhändlers, der seine Regierung trotz einer eindeutigen Mehrheit der bürgerlichen Parteien bei den Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 mit Hilfe revolutionären Terrors an der Macht gehalten, persönliche Beziehungen zu Clemenceau unterhalten und den Plan verfolgt hat, Deutschland in zehn etwa gleich große Republiken zu zerschlagen. Außerdem hat Eisner Dokumente gefälscht (vgl. 23. November 1918), die Deutschlands Schuld am Weltkrieg beweisen sollen.[8]

1. März 1919

Captain M. Schuyler, Nachrichtenoffizier der US Army, berichtet aus Omsk, aus dem Hauptquartier Koltschaks: „Es dürfte wahrscheinlich unklug sein, dies in den Vereinigten Staaten laut auszusprechen, aber die bolschewistische Bewegung wird und wurde von Anfang an von russischen Juden of the greasiest type geführt und beherrscht, die sich zuvor in den Vereinigten Staaten aufgehalten und sich dort die Nachtseiten unserer Gesittung in allen Einzelheiten zueigen gemacht haben ... „Sie werden denken, daß ich in dieser Sache leidenschaftlich urteile, aber sie ist, dessen bin ich sicher, dazu angetan, in den Vereinigten Staaten viel Staub aufzuwirbeln, wenn das Urteil der Geschichte über die Rolle aufgezeigt wird, die wir dabei gespielt haben. Ich glaube nicht, daß wir dann schuldlos dastehen werden an der sinnlosen und grausamen Hinopferung Tausender von Menschenleben in wilden Orgien des Blutvergießens zur Errichtung einer autokratischen und despotischen Herrschaft ...“[9]

US-NACHRICHTENOFFIZIER BERICHTET AUS OMSK: JUDEN AUS DEN USA BEHERRSCHEN DIE BOLSCHEWIKI-PARTEI IN RUSSLAND

2. März 1919

In Berlin unterzeichnen der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau (seit 13. Februar) und der deutsch-österreichische Staatssekretär Dr. Bauer ein deutsch-österreichisches Geheimprotokoll, das bis ins einzelne gehend den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich vorbereitet. Der entscheidende Satz in § 4 des Protokolls heißt: „Deutsch-Österreich wird als Ganzes in das Reich eintreten.“ Zuvor hat am 21. Februar die Deutsche Nationalversammlung in Weimar *einstimmig* einem Antrag zugestimmt, Deutsch-Österreich in die Republik Deutschland aufzunehmen.[10]

DEUTSCHLAND ÖSTERREICH GEHEIMPROTOKOLL ÜBER BEITRITT ÖSTERREICHS ZUM DEUTSCHEN REICH

4. März 1919

Die Deutschen in Böhmen und Mähren demonstrieren gegen das Verbot der tschechischen Regierung Masaryk-Benesch, an den Wahlen zum verfassunggebenden Parlament Deutsch-Österreichs teilzunehmen. Sie rufen einen Generalstreik aus. Tschechisches Militär schießt in die Menge. Vor allem in Eger, Kaaden und Sternberg gibt es zahlreiche Todesopfer.

TSCHECHOSLOWAKEI GENERALSTREIK DER DEUTSCHEN, TODESOPFER

14. März 1919

In Österreich wird die vom verfassunggebenden Parlament ausgearbeitete Verfassung angenommen. Sie ist als Landesverfassung eines Landes im Verband des Deutschen Reiches konzipiert. Das Parlament wählt den Sozialdemokraten Karl Renner (geb. 14. Dezember 1870 in Unter-Tannowitz/Mähren) zum Staatskanz-

ÖSTERREICH PARLAMENT NIMMT DIE VERFASSUNG AN

KARL RENNER STAATSKANZLER

ler. Doch wird Österreich im Diktat von St. Germain en Laye (vgl. 10. September 1919) das von Woodrow Wilson feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker ausdrücklich verweigert, der Anschluß an das Deutsche Reich und sogar die Bezeichnung „Deutsch-Österreich" verboten werden. Es ist erstaunlich, daß man nicht auch den Gebrauch der deutschen Sprache verbietet (vgl. auch 2. März 1919).[11]

21. März 1919

UNGARN RÜCKTRITT KAROLYS BELA KHUN RÄTEDIKTATUR TERROR KRIEGSERKLÄRUNG AN DIE TSCHECHOSLOWAKEI

In Ungarn tritt der am 11. Januar 1919 zum Staatspräsidenten gewählte Entente-freundliche Graf Michael Karoly (geb. 4. März 1875) aus Enttäuschung über die Entscheidung der Alliierten, Siebenbürgen an Rumänien zu geben, von seinem Amte zurück und überläßt damit kampflos Ungarn dem Kommunistenführer Bela Khun (Kohn), Sohn eines jüdischen Dorfnotars aus Bistritz, der schon eine Woche darauf, am 28. März, in Ungarn eine Rätediktatur errichten und ein blutiges Terrorregime führen wird. 329 „Hinrichtungen" sind für damalige Begriffe schon eine grausame Bilanz. Außerdem wird Bela Khun der Tschechoslowakei den Krieg erklären, um die Slowakei zurückzuerobern. Doch wird er dazu nicht mehr kommen (vgl. 4. August 1919).[12]

noch März 1919

RUSSLAND ASTRACHAN TROTZKI 2000 ARBEITER ERSCHOSSEN

Leiba (Lew) Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki, Organisator und Oberkommandierender der sowjetrussischen Roten Armee, bedeutendster Mitarbeiter Lenins, läßt in Astrachan anläßlich einer Arbeiterdemonstration für Erhöhung des Naturallohnes, d. h. vor allem der Lebensmittelzuteilung unter dem Motto „unnachsichtig bestrafen" etwa 2000 Arbeiter erschießen. Trotzki spielt, von Lenin ausdrücklich unterstützt, „eine entscheidende Rolle bei der Einführung terroristischer Methoden". Sie sollen der Konsolidierung der Sowjetmacht dienen. Aber in der „Diktatur des Proletariats" ist offensichtlich nur ein toter Proletarier ein guter Proletarier (vgl. auch 12. Januar 1920).[13]

3. April 1919

FRIDTJOF NANSEN HERBERT HOOVER HUNGERSNOT IN RUSSLAND

Der norwegische Polar- und Meeresforscher sowie Diplomat Fridtjof Nansen ist angesichts der Hungersnot, die in Rußland durch die beiden Revolutionen von 1917 ausgelöst wurde, nach Paris zu Herbert Hoover gereist, dem Leiter der amerikanischen Hilfsaktionen für Belgien und Frankreich, und richtet von dessen Büro aus vier gleichlautende Briefe an Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, mit dem Entwurf einer unpolitischen, ausschließlich humanitären Hilfsaktion. Der „Oberste Rat" antwor-

tet, Voraussetzung sei „das Aufhören aller Feindseligkeiten . . . auf russischem Boden . . .“, d. h. Beendigung der Kämpfe der Roten Armee gegen die Weiße. Einen Monat später wird Nansen die Antwort des sowjetischen Außenkommissars Tschitscherin erhalten: „ . . . Dagegen ist es uns natürlich unmöglich, in diesen für unser Dasein entscheidenden Fragen irgend jemanden, der unter dem Vorwand einer humanitären Tätigkeit an uns herantritt, Zugeständnisse zu machen.“ Damit ist die geplante Hilfsaktion zunächst gescheitert. Sie wird erst zwei Jahre später zustande kommen (vgl. 20. August 1921). Weder Nansen noch Hoover können in diesen Jahren schon erkennen, daß Lenin solche Hungerkatastrophen in Rußland geradezu benötigt (Stalin wird sie später bewußt herbeiführen), um das Agrarland Rußland gewaltsam zu einem Industriestaat nach dem Marxschen Modell zu formen, für die „Diktatur des Proletariats“ die wurzellosen Proletariermassen zu schaffen.[14]

OBERSTER RAT DES VÖLKERBUNDES
TSCHITSCHERIN
GEWALTSAME INDUSTRIALISIERUNG RUSSLANDS
MARX'SCHES MODELL

4. April 1919

Nach dem Tode Eisners (vgl. 21. Februar 1919) erlebt Bayern einen zweiten Versuch, ein kommunistisches Terrorregime zu errichten. Es wird die Räterepublik Bayern proklamiert. Erst Anfang Mai wird es gelingen, sie niederzuwerfen und einen geregelten staatlichen Aufbau des Landes Bayern — in ständiger Spannung zur Reichsregierung in Berlin — in die Wege zu leiten.[15]

DEUTSCHLAND
BAYERN
ZWEITER VERSUCH DER BOLSCHEWISIERUNG

8. April 1919

Die Ukraine wird zur Sowjetrepublik erklärt, nachdem die in Odessa gelandeten französischen Truppen die Stadt wieder geräumt haben. Auch ein erneuter Vorstoß der „Weißen Armee“ Denikins wird daran nichts mehr ändern können. Lediglich die Westukraine mit Galizien und Wolhynien werden im Friedensvertrag von Riga (vgl. 18. März 1921) an Polen fallen und damit für zwei Jahrzehnte der Bolschewisierung und Kollektivierung entgehen.

UKRAINE
SOWJETREPUBLIK
WESTUKRAINE ZU POLEN

13. April 1919

In Amritsar (Indien) schießen britische Truppen unter dem Befehl von General Dyer in eine Volksmenge hinein, töten vierhundert und verwunden über tausend Menschen. Das Massaker dient nicht der Festigung der britischen Herrschaft in Indien, sondern gibt der Unabhängigkeitsbewegung, den indischen Nationalisten starken Auftrieb. Es wird daher auch im britischen Unterhaus „verurteilt“.

GROSSBRITANNIEN
INDIEN
MASSAKER VON AMRITSAR
GENERAL DYER

28. April 1919

„FRIEDENS"-KONFERENZ IN PARIS STIMMT DER VÖLKERBUNDSAKTE ZU 25 GRÜNDUNGS-MITGLIEDER

Die Vollversammlung der Pariser „Friedens"-Konferenz stimmt der Völkerbundsakte (vgl. 3. Februar 1919) zu. Diese besteht aus 26 Artikeln. Es lohnt nicht, den Inhalt wiederzugeben, da keiner der Artikel eingehalten werden wird. Das ganze ist eine Utopie, und es ist kaum vorstellbar, daß der Initiator, Wilson, selbst an die Durchführbarkeit geglaubt hat (z. B. an die Abrüstung). Zu den 25 (mit den britischen Dominions 30) Gründungsmitgliedern und Unterzeichnern gehören auch Staaten wie Haiti und Liberia. 13 weitere Staaten (darunter Dänemark, Niederlande, Norwegen, Schweden und Schweiz) werden zum Beitritt „eingeladen". Artikel 22 lautet: „Über die Kolonien und Territorien, die infolge des Krieges ihre Selbständigkeit erlangt haben, aber noch nicht in der Lage sind, sich selbst zu regieren [!], übernehmen entwickeltere Staaten das Mandat im Namen des Bundes . . ."[16]

2. Mai 1919

DEUTSCHLAND KOMMUNISTISCHE UMSTURZ-VERSUCHE ABGESCHLAGEN BAYERN GENERAL VON OVEN IN MÜNCHEN GEISELMORDE

Der Versuch, der bolschewistischen Revolution in Rußland die in Deutschland folgen zu lassen, ist mit Hilfe der Freiwilligenarmee der deutschen Freikorps auf der ganzen Linie und für die Dauer eines Vierteljahrhunderts abgeschlagen. Generalmajor Maercker hat mit seinem Landesjägerkorps Halle und Magdeburg gestürmt und ist anschließend in Dresden und Leipzig eingerückt. Die Freikorps des Majors von Lützow, des Generals von Hülsen und des Korvettenkapitäns Ehrhardt haben in konzentrischen Angriffen Berlin zurückerobert und zuletzt marschieren die Trupen des Generals von Oven in München ein, wo die Kommunisten im letzten Augenblick noch die Geiseln erschossen haben, dem Beispiel Bela Khuns in Ungarn folgend. Kaiserliche deutsche Offiziere mit ihren Freiwilligen haben die Republik vor dem Untergang gerettet.[17]

7. Mai 1919

VERSAILLES DEUTSCHE DELEGATION ZUGELASSEN ÜBERGABE DES DIKTATS GRAF BROCKDORFF-RANTZAU

Die Konferenz der Siegermächte des Weltkrieges in Versailles läßt erstmals die deutsche Delegation zu, um ihr das Ergebnis ihrer viermonatigen Bemühungen, das Versailler Diktat zu überreichen. Der deutsche Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau wirft seine Handschuhe darauf und sagt am Ende einer halbstündigen Rede in deutscher Sprache: „Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das Dasein der Nation, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker abstumpft. Die Hunderttausende aber, die nach dem Kriege an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem

der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen ..." Danach verläßt die deutsche Delegation den Saal.[18]

Australien, dessen Ministerpräsident William Morris Hughes der Ehre gewürdigt wird, an der Pariser bzw. Versailler „Friedens"-Konferenz teilnehmen zu dürfen, erhält das Völkerbunds„mandat" über das vormals deutsche Schutzgebiet des Bismarck-Archipels, Nordost-Neuguineas und der nordwestlichen Salomoinseln zugesprochen. Es ist ein problematisches Geschenk, denn es bringt Australien in gefährliche Nachbarschaft zum japanischen Interessengebiet und führt einen latenten Spannungszustand zu Japan herbei. Samoa wird am gleichen Tag Neuseeland zugesprochen.[19]

AUSTRALIEN ERHÄLT MANDAT ÜBER BISMARCK-ARCHIPEL

14. Mai 1919

Herbert Hoover, der Leiter des amerikanischen Hilfswerks für Belgien und Frankreich, Mitglied der US-Delegation in Versailles, protestiert in einem persönlichen Brief an Präsident Wilson gegen die Absicht der Alliierten, die Einfuhrblockade gegen Deutschland zur Erzwingung der deutschen Unterschrift unter das Versailler Diktat aufrechtzuerhalten. In dem Brief heißt es u. a.: „Ich bezweifle ganz ernsthaft, daß die Welt, wenn sie ihr moralisches Gleichgewicht wieder erlangt hat, einen Frieden, der durch solche Mittel wie das Aushungern von Frauen und Kindern erreicht wurde, als verbindlich für das deutsche Volk betrachten wird."

HOOVER PROTESTIERT BEI WILSON GEGEN BLOCKADE

Der Präsident zeigt sich verärgert, die Blockade bleibt bestehen, sogar noch zwei Wochen über die deutsche Unterschrift hinaus (bis zum 12. Juli 1919), und „die Welt" betrachtet ganz allgemein dennoch die Bestimmungen des Versailler Diktates für das deutsche Volk als „verbindlich". Hoover unterliegt offenbar romantischen Vorstellungen von einem „Weltgewissen" oder so etwas Ähnlichem.[20]

15. Mai 1919

Griechische Truppen besetzen, nachdem die griechische Regierung sich der Zustimmung des Obersten Rates der Versailler „Friedens"-Konferenz versichert hat, das bis dahin türkische Smyrna (Izmir), werden es aber im griechisch-türkischen Krieg im September 1922 wieder verlieren.

GRIECHENLAND TÜRKEI SMYRNA (IZMIR)

19. Mai 1919

Aus Anlaß der Pariser „Friedens"konferenz treffen im Pariser Hotel Majestic Angehörige britischer und amerikanischer „Round

„ROUND TABLE" IN PARIS

(CECIL RHODES - ALFRED MILNER) MANDELL HOUSE COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS (CFR)

Table"-Gruppen zusammen, der seinerzeit von Cecil Rhodes und Alfred Milner ins Leben gerufenen und von ihren Anhängern verbreiteten Geheimorganisation (vgl. noch 1915), um die Gründung von Fassadenorganisationen in verschiedenen Erdteilen zu besprechen. Gastgeber und Initiator des Treffens ist Wilsons Berater Oberst Edward Mandell House. Auch Walter Lippmann, John Foster Dulles, Allen Dulles und Christian Herter sind anwesend und haben bei der Vorbereitung geholfen. Als Dach- und Fassadenorganisation für die USA wird der „Council on Foreign Relations" gegründet, der schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges den maßgeblichen Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik ausüben wird, mit der ausgesprochenen Tendenz zur Förderung des Weltkommunismus.[21]

22. Mai 1919

RIGA ZURÜCKEROBERT

Reichsdeutsche, baltendeutsche und lettische Truppen erobern Riga zurück, das im Januar von Bolschewisten besetzt worden ist. Die Kämpfe, die mit der Vertreibung der Roten aus Lettland enden, begannen im April.

noch Mai 1919

ÖSTERREICHISCHE GROSSLOGE STELLT BEITRITT ZUM B'NAI B'RITH-ORDEN FREI

Die Wiener Freimaurerzeitung meldet in ihrer Mai-Ausgabe, daß die nach Auflösung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie sogleich gegründete Großloge ihren Mitgliedern die gleichzeitige Mitgliedschaft in dem exklusiv-jüdischen B'nai B'rith-Orden („Söhne des Bundes") freigestellt habe. Damit hat dieser Orden die Möglichkeit, nach dem bekannten Unterwanderungssystem die österreichischen Freimaurerlogen zu kontrollieren und von innen her zu lenken. Mitglieder des B'nai B'rith-Ordens sind zu dieser Zeit u. a.: Tobias Axelrod, Albert Ballin, Bernard Baruch, Bleichröder, Kurt Eisner (alias Salomon Kosmanowski), Katzenstein, Bela Khun (Kohn), Gustav Landauer, Max Levien, Leviné-Nissen, George Mandel, Erich Mühsam, Radek-Sobelsohn, Walther Rathenau, Philipp Sassoon, Ernst Toller und Max Warburg.[22]

15. Juni 1919

POLEN PADEREWSKI JUDENFRAGE WILSON

Der polnische Regierungschef Ignaz Johann Paderewski (seit Januar 1919) erklärt in einem Memorandum die polnische Haltung zur Judenfrage damit, daß die Juden Polens die polnische Sache bei „vielen Anlässen" als verloren betrachtet und sich auf die Seite der Feinde Polens gestellt hätten. Paderewski bezieht sich damit auf eine Äußerung des amerikanischen Präsidenten Wilson in Paris vor dem Rat der Vier (USA, Großbritannien, Frank-

reich, Italien) am 1. Mai 1919, es würden „die Juden in Polen etwas ungastlich behandelt". Wilson steht den Forderungen amerikanisch-jüdischer Gruppen wohlwollend gegenüber, die innerhalb Polens einen selbständigen jüdischen Staat gründen wollen. Es dürfte sich dabei um diejenigen Kreise des amerikanischen Judentums handeln, die dem zionistischen Palästinaprojekt widerstreben.[23]

PLAN EINES JÜDISCHEN STAATES INNERHALB POLENS

21. Juni 1919

Der deutsche Konteradmiral von Reuter läßt auf der Reede vor Scapa (Mainland/Orkney-Inseln) die zur Auslieferung an Großbritannien bestimmten 11 Linienschiffe, 13 Kreuzer und 50 Torpedoboote der deutschen Kriegsmarine, die dort bereits seit Ende November 1918 interniert sind, nach Auswechseln bzw. Abschieben der unzuverlässigen Elemente in der Mannschaft, überraschend durch Öffnen der Flutventile versenken. Reuter handelt in der Annahme, daß der Waffenstillstand vom November 1918 von der deutschen Regierung als unannehmbar angesehen und infolgedessen die Feindseligkeiten am Tage der Versenkung wieder aufgenommen würden.[24]

VERSENKUNG DER DEUTSCHEN FLOTTE VOR SCAPA ADMIRAL VON REUTER

28. Juni 1919

Im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles bei Paris, in dem am 18. Januar 1871 die Gründung des Deutschen Kaiserreiches proklamiert wurde, unterzeichnen Woodrow Wilson für die USA, Lloyd George für Großbritannien (samt Dominions), Georges Clemenceau für Frankreich, Sidney Sonnino für das allzeit siegreiche Italien und für das geschlagene Deutschland Müller (SPD) sowie Dr. Bell (Zentrum) den sogenannten „Friedensvertrag zu Versailles". Dieses Vertragswerk ist von Grund auf darauf angelegt, einen wirklichen Frieden unter den Völkern Europas unmöglich zu machen und den nächsten Krieg mit Sicherheit herbeizuführen. (Näheres im Anmerkungsteil.)[25]

UNTERZEICHNUNG DES VERSAILLER DIKTATS

Frankreich (Clemenceau/Pichon) und Großbritannien (Lloyd George/Balfour) schließen in Versailles einen Garantievertrag: falls sich die Demilitarisierung des Rheinlandes durch Deutschland zur Sicherung Frankreichs nicht als ausreichend erweist, erklärt sich Großbritannien bereit, Frankreich im Falle eines unprovozierten deutschen Angriffs „sofort zu Hilfe zu kommen". Aus Artikel 2 des Vertrages, die Ratifizierung betreffend, geht hervor, daß Frankreich einen gleichlautenden Garantie- bzw. Schutzvertrag auch mit den USA am selben Tage geschlossen hat.

FRANKREICH GROSSBRITANNIEN GARANTIEVERTRAG ZUM SCHUTZE FRANKREICHS

USA

CHINA

China verweigert seine Unterschrift unter das Versailler Diktat (siehe oben), weil es das bis 1914 deutsche Kiautschou (Provinz Schantung) von Japan nicht zurückerhält.[26]

10. Juli 1919

FRANKREICH KAMERUN VÖLKERBUND

Bei der Aufteilung der Beute aus dem Versailler Diktat im Rahmen der Pariser „Friedens"-Konferenz sichert sich Frankreich den größeren Teil der deutschen Kolonie Kamerun in Äquatorialafrika. Drei Jahre später wird der Völkerbund Frankreich offiziell den Zuschlag für dieses Territorium als sogenanntes „Mandat" erteilen (vgl. 20. Juni 1922). Es zeigt sich hier wiederum, daß der Völkerbund in erster Linie dazu geschaffen wurde, den Annexionen der Siegermächte den Geruch der Leichenfledderei zu nehmen.

16. Juli 1919

BRITISCHER NACHRICHTENDIENST BERICHTET ÜBER INTERNATIONALEN KOMMUNISMUS UNTER JÜDISCHER KONTROLLE

Das Direktorium des Nachrichtendienstes (Home Office) in London SW 1, Scotland House, läßt der amerikanischen Botschaft in London ein vertrauliches Rundschreiben zukommen, betitelt: Monatsübersicht über den Fortschritt revolutionärer Bewegungen im Ausland. In der Zusammenfassung dieses Berichtes heißt es zu Anfang: „Es liegen jetzt endgültige Beweise dafür vor, daß es sich beim Bolschewismus um eine internationale Bewegung handelt, die von Juden beherrscht wird (controlled by Jews). Die Führer in Amerika, Frankreich, Rußland und England stehen im Sinne einer konzertierten Aktion miteinander in Verbindung. Budapest ist lediglich eine Außenstelle (outpost) der russischen Sowjetregierung ..."[27]

17. Juli 1919

FINNLAND REPUBLIKANISCHE VERFASSUNG STAHLBERG

Finnland gibt sich eine republikanische Verfassung, nach der die Exekutive vom Staatspräsidenten ausgeübt wird. Dieser verfügt also über mehr Macht als ein konstitutioneller Monarch. Die Minister bilden den Staatsrat. Erster finnischer Staatspräsident wird eine Woche darauf Prof. Kaarlo Juho Ståhlberg.

23. Juli 1919

TÜRKEI MUSTAFA KEMAL NATIONALKONGRESS ERZERUM

In der Türkei beruft General Mustafa Kemal Pascha (geb. 1880 [?] in Saloniki), im Kriege Armeeführer, einen Nationalkongreß seiner Anhänger von der anatolischen Erneuerungsbewegung nach Erzerum ein, nachdem griechische Truppen am 15. Mai (vgl. dort) Smyrna (Izmir) besetzt haben. Der Kongreß erteilt Mustafa Kemal Pascha die Vollmacht, in Kleinasien (Anatolien) den Widerstand gegen die griechische Invasion und gegen die Regierung

des Sultans Mechmed VI. zu organisieren, und wird seinen Sitz über Siwas nach Angora (Ankara) verlegen.[28]

1.—3. August 1919

Auf Schloß Prunn im Altmühltal findet auf Einladung Regensburger Pfadfinderführer ein Treffen jugendbewegter deutscher Gruppen statt, bei dem sich die „Bündigung" eines Teiles der deutschen und österreichischen Pfadfinderschaft und ihre Vereinigung mit dem Wandervogel anbahnt. Zunächst wird die „Neudeutsche Pfadfinderschaft" gegründet, deren Bundesführung Ostern 1920 Martin Voelkel übernehmen wird. „Die Verbindung von Wandervogelkultur und Pfadfinderpflicht bleibt von da an das Urbild der bündischen Jugendgruppen" (Siefert). Damit beginnt die zweite, die bündische Phase der deutschen Jugendbewegung, deren Wirken sowohl in innen- als auch in außenpolitischer Hinsicht (systematische Volkskulturarbeit über die Grenzen hinaus) hohe Bedeutung zukommt.[29]

DEUTSCHLAND JUGEND-BEWEGUNG „BÜNDIGUNG" MARTIN VOELKEL ZWEITE PHASE

4. August 1919

Rumänische Truppen, die bereits am 10. April 1919 die ungarische Grenze überschritten haben, besetzen Budapest, werden es bis zum 14. November besetzt halten und der kommunistischen Rätediktatur ein Ende bereiten. Bela Khun (vgl. 21. März 1919) hat Budapest am 1. August verlassen, flieht nach Österreich und steht auch weiterhin im Dienste der Sowjets.

UNGARN RUMÄNIEN ENDE DER RÄTEDIKTATUR

8. August 1919

Im Frieden von Rawalpindi zwischen Afghanistan (Aman Ullah Khan) und Großbritannien, das zu dieser Zeit große Teile Persiens besetzt hält, um der Besetzung durch sowjetrussische Kräfte zuvorzukommen, kann Aman Ullah die vollständige Unabhängigkeit seines Landes durchsetzen. Diese erfolgreiche schnelle Beendigung des dritten afghanisch-britischen Krieges (vgl. 20. Februar 1919) stellt für den siebenundzwanzigjährigen Herrscher einen persönlichen Triumph ersten Ranges dar.[30]

AFGHANISTAN GROSSBRITANNIEN FRIEDE VON RAWALPINDI AMAN ULLAH

11. August 1919

Der deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet die von der Weimarer Nationalversammlung angenommene Verfassung des Deutschen Reiches, die diesem die Staatsform einer parlamentarisch-demokratischen Republik gibt und damit in Kraft tritt. Sie zeichnet sich durch die Möglichkeit einer „unmittelbaren Demokratie" in Gestalt von Volksbegehren und Volksentscheid (Plebiszit) aus sowie durch die Wahl des Reichspräsidenten un-

DEUTSCHLAND WEIMARER VERFASSUNG PLEBISZIT PRÄSIDENTEN-WAHL DURCH DAS VOLK

mittelbar durch das Volk. (Beides fehlt im „Grundgesetz“ der westdeutschen Bundesrepublik.)[31]

14. August 1919

DEUTSCHLAND RHEINLAND SEPARATISMUS DR. DORTEN

Der französische General Mangin, Oberkommandierender der französischen Besatzung im Rheinland, übergibt Dr. Dorten, einem der Führer der rheinländischen Separatistenbewegung, 250 000 Franc, um die rheinischen Industrie- und Wirtschaftskreise für die Loslösung vom Reich zu gewinnen. Es wird zu diesem Zwecke ein entsprechendes „gemischtes Büro“ (Bureau mixte) eingerichtet.[32]

17. August 1919

BULGARIEN WAHLSIEG DER BAUERNPARTEI STAMBULIJSKI

In Bulgarien siegte bei den Wahlen zum Parlament die Bauernpartei. Daraufhin bildet deren Parteiführer Alexander Stambulijski, der während des Krieges wegen Ablehnung der Kriegsbeteiligung Bulgariens in Haft genommen wurde, eine Regierung mit agrar-revolutionären Tendenzen, die sich auch für die kommunistische Ideologie anfällig zeigen wird. Außerdem verfolgt die Regierung Stambulijski das Ziel einer Vereinigung mit Jugoslawien. Da sich Zar Boris III. dieser Entwicklung gegenüber als hilflos erweist, wird vier Jahre später, am 9. Juni 1923, ein Offiziersputsch Stambulijski stürzen. Am 15. Juni wird er erschossen werden. Alexander Cankov wird eine neue Regierung bilden und Kommunistische wie Bauernpartei auflösen lassen.

noch August 1919

DEUTSCHLAND OBERSCHLESIEN POLNISCHE INVASION

In Oberschlesien dringen erstmals polnische Freischaren ein in der Absicht, das Land zu annektieren, bevor noch das Diktat von Versailles ratifiziert ist. Es gelingt jedoch deutschen Heimatschutzverbänden, die Polen wieder aus Oberschlesien zu vertreiben. Doch wird sich der Versuch nach der Abstimmung in Oberschlesien, im Mai 1921, wiederholen (vgl. dort).

1. September 1919

CHICAGO KOMMUNISTISCHE PARTEI AMERIKAS WILLIAM Z. FOSTER

In Chicago wird die Kommunistische Partei Amerikas gegründet. Erster Sekretär wird William Z. Foster, der mit Esther Abramowitsch verheiratet ist. Die ersten Mitglieder sind zum großen Teil ausländische Arbeiter. Etwa zur gleichen Zeit erscheint auch zum ersten Mal in New York die kommunistische Tageszeitung The Daily Worker. Aufgrund der amerikanischen Gesetzgebung während des Krieges kann die neue Partei jedoch (bis 1924) nur im Untergrund, illegal arbeiten. Noch 1931 werden 98 % der Kommunisten in den USA Ausländer sein.[33]

3. September 1919

In der Union von Südafrika, dem Dominion des britischen Empire, wird nach dem Tode von General Louis Botha der General Jan Christian Smuts Ministerpräsident, der loyal zur britischen Krone steht und mit Botha zusammen die deutsche Schutztruppe in den deutschen Kolonien Südwest- und Ostafrika besiegt hat. Unter seiner Regierung wird die Südafrikanische Union am 17. Dezember 1920 das Mandat des Völkerbundes für Deutsch-Südwestafrika erhalten.

SÜDAFRIKA SMUTS MANDAT ÜBER DEUTSCH-SÜDWESTAFRIKA

10. September 1919

Im Schlosse St. Germain-en-Laye diktieren die Alliierten des Weltkrieges der (erst am 12. November 1918 entstandenen) deutsch-österreichischen Republik (vertreten durch Dr. Renner) ihre „Friedens"-Bedingungen. Angesichts der Tatsache, daß die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie 1918 auseinandergebrochen ist und sich auf ihrem Territorium mehrere neue Staaten gebildet haben, machen die Alliierten den verbliebenen Rest, eben die deutsch-österreichische Republik, für das alte Gesamtösterreich haftbar, da nur die deutsche Bevölkerung des alten Österreich die Trägerin des Krieges gewesen sei. Die neuen auf österreichischem Boden entstandenen Staaten dagegen, Jugoslawien und die Tschechoslowakei, werden als Kriegsgegner der Republik Österreich behandelt, da ihre Bevölkerung „den Ansprüchen der Entente ihre Zustimmung und ihre Hilfe geliehen" hätte.[34]

ÖSTERREICH DIKTAT VON ST. GERMAIN DEUTSCH-ÖSTERREICH „HAFTBAR" FÜR ÖSTERREICH-UNGARN

noch September 1919

Britische und französische Truppen, die im Sommer in Nordrußland, in Murmansk und Archangelsk gelandet sind, geben ihre Operationen auf und werden heimbeordert. Das kommt einer de facto-Anerkennung des russischen Sowjetregimes durch Frankreich und Großbritannien gleich. Die Gelegenheit, die um sich greifende Seuche des Kommunismus im Keime zu ersticken, ist für immer versäumt. Der vereinigte Expansionsdrang von russischem Imperialismus und kommunistisch-weltrevolutionärem Missionseifer wird sich nun ungehemmt entfalten können.

RUSSLAND BOLSCHEWISMUS GROSSBRITANNIEN FRANKREICH

7. November 1919

The Morning Post, London, schreibt: „Warum ist die jüdische Presse dieses Landes so ängstlich darauf bedacht, den Bolschewismus in Rußland zu retten? Sie weist doch beständig eifrig die Feststellung zurück, die von den verschiedensten Seiten getroffen wird, daß nämlich das bolschewistische Regime in Rußland im wesentlichen ein jüdisches Regime ist."[35]

RUSSLAND BOLSCHEWISMUS JUDENTUM

16. November 1919

FRANKREICH KAMMERWAHLEN NATIONALER BLOCK

Bei den französischen Kammerwahlen siegt der „Nationale Block“ Clemenceaus und Poincarés, d. h. der beiden Männer, die 1914 bewußt den Krieg mit herbeigeführt, Frankreich einer mehr als vier Jahre andauernden Zerstörung ausgesetzt haben und mit dem Versailler Diktat die Ernte ihrer Saat einbringen wollen. Das Linkskartell unter Führung Edouard Herriots unterliegt bei den Wahlen.

22. November 1919

CHINA ÄUSSERE MONGOLEI SOWJET-RUSSLAND

Das Oberkommando chinesischer Streitkräfte, die die Äußere Mongolei besetzt haben, erklärt, die Autonomie dieses Gebietes werde von China nicht mehr anerkannt, sondern aufgehoben. Doch wird schon zwei Jahre später (vgl. 10. Juli 1921) der sowjetrussische Einfluß in der Äußeren Mongolei den chinesischen Einfluß verdrängen.

27. November 1919

BULGARIEN „FRIEDENS“-VERTRAG VON NEUILLY-SUR-SEINE

In Neuilly-sur-Seine bei Paris diktieren die Alliierten des Weltkrieges Bulgarien seinen „Frieden“. Es hat abzutreten: an Südslawien (Jugoslawien) den Strumitzabogen, Nordmazedonien mit Üsküb (Skopje), Prilep, Monastir und Doiran, an Griechenland Südmazedonien mit Florina, Edessa, Seres, Drama und Kawalla, an die Alliierten zu deren Verfügung Südwest-Thrazien mit Xanthi, Gümieljina und Dedeagatsch. Bulgariens Südgrenze bildet die Rhodopelinie, die Grenze zu Rumänien wird wieder auf den Stand vom 1. August 1914 gebracht, Silistra bleibt bei Rumänien. Bulgarien hat bis zum 1. Juli 1958 [!] 2,25 Milliarden Franken Kriegsentschädigung zu zahlen und liefert an Serbien (Jugoslawien) fünf Jahre lang 50 000 t Kohlen. Sein Heer wird auf 20 000 Mann begrenzt. Die übrigen Bestimmungen entsprechen den Verträgen von St. Germain und Trianon (vgl. 10. September 1919 und 4. Juni 1920).[36]

8. Dezember 1919

POLEN CURZON-LINIE FRIEDEN VON RIGA 1921

Die Curzon-Linie (nach dem britischen Außenminister George Curzon, 1898—1905 Vizekönig von Indien) wird von den Alliierten und assoziierten Mächten der Entente als künftige Ostgrenze Polens garantiert. Sie verläuft von Suwalki über Grodno —Brest Litowsk nach Przemysl. Polen lehnt jedoch diese Grenze ab und wird nach dem russisch-polnischen Krieg im Frieden von Riga (vgl. 18. März 1921) eine Grenze durchsetzen, die 150 Kilometer weiter östlich verläuft und dem ethnografischen Befund weit weniger gerecht wird. Es wird diese Grenze bis zum 17. September 1939 behalten.[37]

23. Dezember 1919

König Georg VI. von Großbritannien kündigt an, daß Indien eine Verfassung erhalten soll (vgl. 13. April 1919). Sie soll der Kolonie die Segnungen westlicher Zivilisation in Gestalt der parlamentarischen Demokratie zuteil werden lassen und dem indischen Volke einen gewissen Anteil an der Regierung gewähren. Der Plan zu diesen „Reformen" ist bereits im Jahre 1917 vom britischen Staatssekretär für Indien, Edwin Samuel *Montagu*, und vom britischen Vizekönig von Indien, Baron Frederic John Napier Thesiger *Chelmsford*, entworfen worden und bleibt weit hinter der inzwischen stattgehabten Entwicklung der Bestrebungen in Indien selbst zurück.[38]

GROSSBRITANNIEN
INDIEN
REFORMPLAN
MONTAGU
CHELMSFORD

31. Dezember 1919

In einer Basalthöhle beim Dorfe Neroth in der Eifel gründen die Brüder Robert und Karl Oelbermann den Nerommenbund, aus dem später der Nerother Wandervogel hervorgehen wird. Es ist einer der entscheidenden Ansätze zur zweiten „bündischen" Phase der deutschen Jugendbewegung und wird durch weitgespannte Auslandsfahrtentätigkeit auch politisch besonders wirksam sein.[39]

DEUTSCHLAND
JUGEND-BEWEGUNG
NEROTHER
OELBERMANN

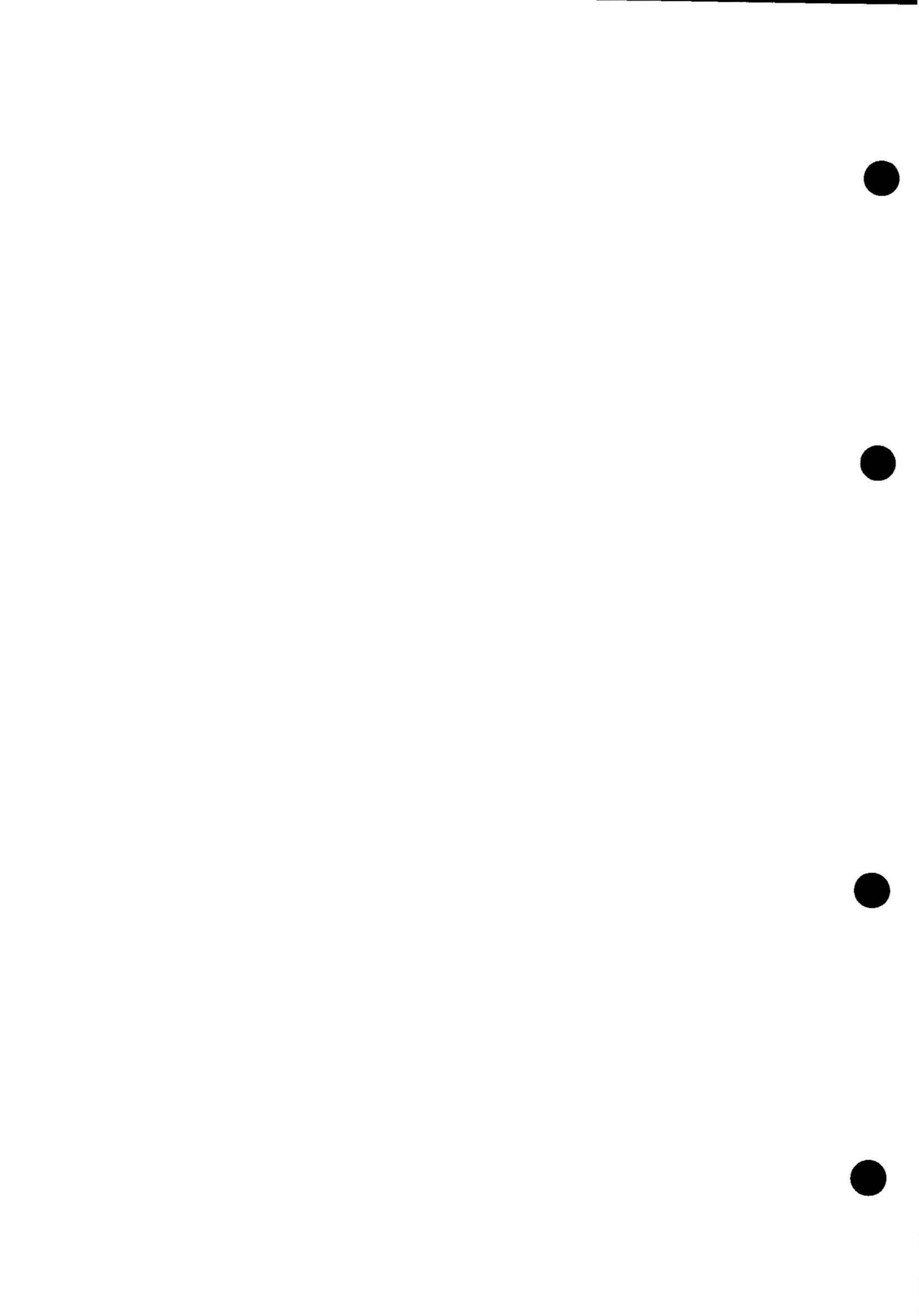
noch 1919 (ohne nähere Datierung)

Japan erhält das Völkerbundsmandat über die vormals deutschen Schutzgebiete der Karolinen, Marianen und der Marshallinseln (östlich der Philippinen im Pazifischen Ozean gelegen).[40]

JAPAN
MANDAT ÜBER KAROLINEN USW.

Der Mitbegründer der National Association for the Advancement of Colored People in Massachusetts, USA, William Edward Burghardt Du Bois, offenbar ein Mischling, versucht seine Organisation auch nach Afrika zu verpflanzen, und bringt gemeinsam mit dem senegalesischen Abgeordneten der französischen Nationalversammlung, Blaise Diagne, in Paris den ersten panafrikanischen Kongreß zustande. Er erhebt die Forderung einer internationalen Garantie für die Rechte der Eingeborenen Afrikas und arbeitet einen Plan für die stufenweise Vorbereitung der Kolonien auf ihre Unabhängigkeit aus.

ERSTER PAN-AFRIKANISCHER KONGRESS IN PARIS
DU BOIS
BLAISE DIAGNE



5. Januar 1920

In München wird der Gefreite Adolf Hitler Propagandaleiter der kleinen Deutschen Arbeiterpartei. Er ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht aus dem Militärdienstverhältnis entlassen. Zwei Monate später, am 24. Februar 1920, wird er anläßlich der ersten Großkundgebung im Münchner Hofbräuhaus die 25 Programmpunkte dieser Partei, der späteren NSDAP, verlesen. Damit beginnt der Aufstieg dieser Bewegung.[1]

DEUTSCHLAND MÜNCHEN HITLER PROGRAMM DER NSDAP

10. Januar 1920

In Paris wird in Abwesenheit der US-Delegation das Ratifizierungsprotokoll zum Versailler Vertrag (vgl. 28. Juni 1919) unterzeichnet, der damit in Kraft tritt. Die von Deutschland abzutretenden Gebiete und Kolonien werden geräumt, auch von einem Teil der Zivilbevölkerung. Die Entlassung der Kriegsgefangenen beginnt.

VERSAILLER VERTRAG RATIFIZIERUNG OHNE USA

In der Tschechoslowakei wird eine reformistisch-katholische, von der römischen Kurie unabhängige Kirche gegründet, die 800 000 Mitglieder gewinnen kann. Neben der ebenfalls Rom-feindlichen, tschechisch-chauvinistischen, neuhussitischen Bewegung (vgl. 6. Juli 1925) führt diese Neugründung zu einer erheblichen Schwächung des römisch-katholischen Einflusses in der Tschechoslowakei.

TSCHECHO-SLOWAKEI REFORMISTISCH-KATHOLISCHE KIRCHE

12. Januar 1920

Lenin sagt vor dem Zentralausschuß der Gewerkschaften in Moskau: „Wenn wir Denikin und Koltschak geschlagen haben, so geschah es, weil unsere Disziplin höher stand als die der Truppen aller kapitalistischen Länder. Genosse Trotzki hat die Todesstrafe eingeführt, und wir werden ihm zustimmen. Er hat sie eingeführt unter der bewußten Leitung und Beihilfe der Kommunisten." Bereits vorher hat Lenin Trotzki eine Blankorechtfertigung ausgestellt, die bei Trotzkis Verhaftung am 18. Januar 1928 in seiner Moskauer Wohnung gefunden wurde. Sie lautet: „Genossen: indem ich den strengen Charakter der von Genossen Trotzki gegebenen Befehle kenne, bin ich zugleich überzeugt, so völlig überzeugt von der Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der von ihm im Interesse der guten Sache gegebenen Befehle, daß ich sie in jeder Hinsicht billige."

gez. W. Uljanow (Lenin).

RUSSLAND BOLSCHEWISMUS LENIN TROTZKI VOLLMACHT FÜR MASSENTERROR

Trotzki erklärte zu diesem Papier, Lenin habe damit zum Ausdruck bringen wollen, daß er seine, Trotzkis, Handlungen billige, auch wenn es sich um *Erschießungen von Kommunisten* handle.[2]

13. Januar 1920

DEUTSCHLAND BERLIN USPD-KPD-DEMONSTRATION

In Berlin wird eine Massendemonstration der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die sich gegen das neue Betriebsrätegesetz richtet, vor dem Reichstagsgebäude mit Maschinengewehrfeuer auseinandergetrieben. Zweiundvierzig Tote bleiben auf dem Platz.

18. Januar 1920

FRANKREICH RÜCKTRITT CLEMENCEAUS „ZU MILDE" MILLERAND

In Frankreich tritt Ministerpräsident Clemenceau zurück. Er wird auch bei den anschließenden Präsidentenwahlen durchfallen und zwar weil die Wählerschaft die Meinung vertritt, die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles seien Deutschland gegenüber zu *milde*. Es genügt wohl nicht, diese Tatsache lediglich zu erwähnen. Wer die Folgen des Versailler Vertrages kennt und überhaupt bereit ist, aus der Geschichte zu lernen, der wird sich an dieser Stelle von neuem Gedanken über die Staatsform der Demokratie machen müssen. Präsident von Frankreich wird Paul Deschanel, Ministerpräsident Alexandre Millerand.

22. Januar 1920

DEUTSCHLAND RHEINLAND SEPARATISMUS

In Boppard gründet Dr. Dorten (vgl. 14. August 1919) die „Rheinische Volksvereinigung zur Vertretung der Interessen des Rheinlandes". Sie beginnt mit französischer Unterstützung eine Agitationswelle für die Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich (Separatismus).[3]

28. Januar 1920

TÜRKEI NATIONALPAKT MUSTAFA KEMAL ENDE DES OSMANISCHEN REICHES

Das Parlament des alten osmanisch-türkischen Reiches in Konstantinopel (Istanbul) nimmt den sogenannten Nationalpakt an, das Grundprogramm der türkischen Erneuerungsbewegung Mustafa Kemals. Es besiegelt damit das Ende des Osmanischen Reiches, auf dessen Fortbestand im Nationalpakt ausdrücklich verzichtet wird. Dagegen erklärt er die uneingeschränkte Unabhängigkeit aller türkischen Gebiete Anatoliens und Thrakiens für unverzichtbar.

SOWJET-RUSSLAND POLEN

Um den zu erwartenden Angriff der Polen unter Führung Marschall Pilsudskis abzuwenden oder zumindest hinauszuschieben, bietet die sowjetrussische Regierung Polen eine verhältnismäßig

günstige Demarkationslinie an, die jedoch den Zielen, die Pilsudski sich gesetz hat, noch keineswegs entspricht.[4]

PILSUDSKI

2. Februar 1920

Im Vertrag von Dorpat erkennt Sowjetrußland die Souveränität Estlands in den bestehenden Grenzen an (vgl. auch 11. August und 9. Oktober 1920). Doch ist damit nur die staatliche Seite des Verhältnisses geregelt. Agitatorisch, von innen her, versuchen die Sowjets auch weiterhin, Estland und die anderen baltischen Länder zu sowjetisieren und für eine spätere Annexion reif zu machen. Die Abwehr solcher Bolschewisierungsversuche bleibt eines der Hauptanliegen der estländischen Innenpolitik.

SOWJET-RUSSLAND ESTLAND VERTRAG VON DORPAT AGITATION

7. Februar 1920

Alexander Wassiljewitsch Koltschak, russischer Admiral und Oberkommandierender der gegen die Bolschewiken kämpfenden „Weißen Armee" (vgl. 18. November 1918), zu der auch tschechische Truppen gehören, wird von diesen ermordet. Koltschak hatte im Sommer 1919 im Kampf gegen die von Trotzki aufgestellte Rote Armee mehrere schwere Niederlagen erlitten, mußte daraufhin bei Irkutsk den Rückzug antreten. Als bei diesem Rückzug die tschechischen Einheiten meuterten, bot der französische General Jeannin Koltschak seinen Schutz an. Koltschak nahm dankend an. Jeannin lieferte ihn den meuternden Tschechen aus, die ihn umbringen.[5]

RUSSLAND WEISSE ARMEE KOLTSCHAK VON TSCHECHEN ERMORDET ROLLE DES GENERALS JEANNIN

8. Februar 1920

Der britische Kriegsminister Winston Churchill veröffentlicht einen Vierspaltenartikel in der Londoner Illustrierten Sunday Herald (Seite 5) „Zionismus gegen Bolschewismus — Ein Ringen um die Seele des jüdischen Volkes", in dem er den einen als Alternative zum anderen auffaßt und dem Judentum vorwirft, eine „weltweite Verschwörung zur Vernichtung der Zivilisation" zu betreiben. U. a. schreibt er: „Es besteht keine Veranlassung, den Anteil zu übertreiben, den diese internationalen und meist atheistischen Juden an der Schaffung des Bolschewismus und dem tatsächlichen Zustandekommen der russischen Revolution gehabt haben. Er ist zweifellos sehr groß; er übersteigt wahrscheinlich jeden anderen. Mit der bemerkenswerten Ausnahme Lenins bestand die Mehrheit der führenden Gestalten aus Juden. Darüber hinaus kommt die Hauptinspiration und die treibende Kraft von den jüdischen Führern."

GROSSBRITANNIEN CHURCHILL ÜBER ZIONISMUS, BOLSCHEWISMUS UND JUDENTUM

Am 13. Februar wird The Jewish Chronicle (Seite 8) auf den Churchill-Artikel antworten und die Vorwürfe zurückweisen.[6]

9. Februar 1920

KAISER WILHELM II. AN WILSON ZUR AUSLIEFERUNG DEUTSCHER „KRIEGSVERBRECHER"

Der ehemalige deutsche Kaiser Wilhelm II. schreibt an den Präsidenten der USA, Wilson: „Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen ein Opfer haben wollen, so mögen Sie mich nehmen statt der neunhundert Deutschen, die nichts anderes verbrochen haben, als ihrem Vaterland im Kriege zu dienen." Doch hat der US-Außenminister bereits drei Tage vorher, am 6. Februar, den US-Botschafter in Paris angewiesen: „Die amerikanische Regierung . . . schließt sich der Forderung der Alliierten [auf Auslieferung deutscher „Kriegsverbrecher"] nicht an und stützt es in keiner Weise, daß die Alliierten auf sofortige Erfüllung dieser Forderung bestehen."

NORWEGEN SPITZBERGEN RUSSLAND GROSSBRITANNIEN

Der Völkerbund bzw. der Oberste Rat der Alliierten spricht die Insel Spitzbergen (Svalbard) Norwegen zu, die wegen ihrer Steinkohlevorkommen bereits vor dem Kriege zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen Norwegen, Rußland und Schweden war. Der Oberste Rat honoriert mit dieser Entscheidung die englandfreundliche Haltung Norwegens während des Krieges. Doch hat Norwegen wenig praktischen Nutzen davon, weil es sich verpflichten muß, seine Gesetzgebung über Konzessionsvergabe für die Ausbeutung von Bodenschätzen nicht auf Spitzbergen anzuwenden. Infolgedessen werden die Kohlevorkommen künftig von russischer Seite und von einigen kapitalkräftigen britischen Unternehmen ausgebeutet.[7]

10. Februar 1920

DEUTSCHLAND NORDSCHLESWIG VOLKSABSTIMMUNG

Die Volksabstimmung in der ersten Abstimmungszone Nordschleswigs ergibt 75 % der Stimmen für Dänemark. Damit fällt auch der südliche Teil dieser Zone mit den Kreisen Apenrade und Tondern, in denen mehrheitlich für Deutschland gestimmt wurde, an Dänemark.

1. März 1920

UNGARN HORTHY ZUM REICHSVERWESER GEWÄHLT

Die ungarische Nationalversammlung wählt den Oberbefehlshaber der ungarischen Nationalarmee, den ehemaligen Vizeadmiral der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine, Nikolaus H. de Nagybanya Horthy (geb. 18. Juni 1968 in Kenderes), zum Staatsoberhaupt und Reichsverweser.[8]

6. März 1920

In Schweden bildet der Sozialdemokrat Hjalmar Branting (geb. 23. November 1860), seit 1917 Finanzminister in einem liberal-sozialistischen Koalitionskabinett, erstmals eine rein sozialdemokratische Regierung. Branting hat während des Krieges betont für die Entente Stellung genommen.[9]

SCHWEDEN SOZIALDEMOKRATISCHE REGIERUNG BRANTING

8. März 1920

Die Schweiz tritt dem Völkerbund bei, nachdem einen Monat zuvor, am 13. Februar, in der Londoner Erklärung des Obersten Rates der Alliierten ihr Neutralitätsstatus erneut anerkannt und festgelegt wurde und sie die Zusage erhalten hat, an militärischen Sanktionen des Völkerbundes nicht teilnehmen zu müssen.

SCHWEIZ BEITRITT ZUM VÖLKERBUND

13. März 1920

In Berlin führen der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und der General Walter Freiherr von Lüttwitz einen Putsch (Kapp-Putsch) gegen die sozialdemokratische Reichsregierung Bauer durch, die daraufhin nach Stuttgart ausweicht. Da die Heeresleitung unter General von Seeckt sich von Anfang an gegen die Putschisten stellt, zudem die Gewerkschaften zum Generalstreik aufrufen, bricht der Putsch nach wenigen Tagen zusammen. Dafür brechen im Lande Sachsen von neuem kommunistische Unruhen unter Führung von Max Hölz aus. In Berlin kommt der Schlager auf: „Warum denn weinen, wenn ein Putsch zu Ende geht und an der nächsten Ecke schon der nächste steht..."

DEUTSCHLAND BERLIN KAPP-PUTSCH SACHSEN KOMMUNISTISCHE UNRUHEN MAX HÖLZ

Marschall Pilsudski läßt den alliierten Mächten ausdrücklich mitteilen, daß Polen gegenüber Sowjetrußland das Recht beanspruchen werde, über das Gebiet westlich der polnisch-russischen Grenze von 1772 zu verfügen. Diese Grenze verlief weiter östlich als die von den Bolschewisten angebotene Demarkationslinie. Es ist also offensichtlich, daß Pilsudski den Konflikt will (vgl. auch 28. Januar 1920).[10]

POLEN PILSUDSKI GRENZE VON 1772

14. März 1920

In der 2. Schleswiger Abstimmungszone (Südschleswig) ergibt die Volksabstimmung 80% der Stimmen für Deutschland. Damit ist die bis heute bestehende deutsch-dänische Grenze festgelegt.

DEUTSCH-DÄNISCHE GRENZE

15. März bis 10. Mai 1920

Im westdeutschen Industriegebiet (Ruhrgebiet) gelingt es Agenten der KOMINTERN, eine umfassende, bürgerkriegsartige Aufruhrbewegung unter der Arbeiterschaft in Gang zu setzen, unter

DEUTSCHLAND RUHRGEBIET

KOMMUNISTISTISCHER AUFSTAND EINGREIFEN DER REICHSWEHR FRANZÖSISCHE REPRESSALIEN

denselben Arbeitern, die drei Jahre später, bei der französischen Ruhrbesetzung, sich zuverlässig am passiven Widerstand beteiligen werden. Da sich die ins Aufstandsgebiet eindringenden Freikorps gegen die bewaffneten und im Straßenkampf geschulten roten Brigaden nicht werden behaupten können, wird nach einem Ultimatum am 2. April die Reichswehr in das Ruhrgebiet einrücken und den Aufstand nach schweren Kämpfen niederschlagen. Diesen Erfolg der Reichswehr wird Frankreich mit der Besetzung Frankfurts, Darmstadts und anderer, kleinerer Städte beantworten.

19. März 1920

USA-KONGRESS ABLEHNUNG DER RATIFIZIERUNG DES VERSAILLER VERTRAGES

Da bei den Friedensverhandlungen in Versailles der amerikanische Präsident Wilson seinen Vorstellungen nicht Geltung verschaffen konnte, resignierte und auf die Verhandlungsführung keinen Einfluß mehr nahm, lehnt der Kongreß der USA die Ratifizierung des Versailler Vertrages und der zusätzlichen Pariser Vorortverträge von 1919 und 1920 ab.

20. März 1920

SYRIEN KÖNIG FEISAL DURCH FRANKREICH VERTRIEBEN KONFERENZ VON SAN REMO

In Syrien wird Emir Faisal, Sohn des Emirs im arabischen Hedschas Scherif Husain I. von Mekka, aus der Dynastie der Haschimiden, zum König proklamiert. Er ist ein direkter Nachkomme des Propheten Mohammed und hat im Weltkrieg mit seinem Bruder Abd Allah und dem britischen Offizier Thomas Edward Lawrence (Araber-Lawrence) den arabischen Aufstand gegen die Türkei geführt. Das alles wird Frankreich nicht hindern, Faisal ein Vierteljahr nach seiner Proklamation aus Syrien zu vertreiben, nachdem das Land auf der Konferenz von San Remo Frankreich als „Mandatsgebiet“ zugesprochen wurde (vgl. 19.—26. April 1920, 24. Juli 1922).

23. März 1920

UNGARN PROKLAMATION DER MONARCHIE

In Ungarn proklamiert der zum Reichsverweser gewählte Nikolaus H. Horthy (vgl. 1. März 1920) das Land zur Monarchie mit vakantem Thron, wird aber unter dem Druck des Obersten Rates der Alliierten und insbesondere Rumäniens und der Tschechoslowakei eine Rückkehr des Habsburgers König Karl auf diesen Thron verhindern.

27. März 1920

DEUTSCHLAND REICHSKANZLER MÜLLER

In Deutschland bildet der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller ein neues Kabinett, das wiederum auf der Regierungskoalition der Sozialdemokraten mit dem katholischen

Zentrum und den Demokraten (schwarz-rot-goldene Koalition) beruht. Gegen diese Koalition richteten sich sowohl der Kapp-Putsch (vgl. 13. März 1920) als auch die kommunistischen Aufstände in Sachsen und im Ruhrgebiet (vgl. 15. März bis 10. Mai 1920).

18. April 1920

TSCHECHOSLOWAKEI PARLAMENTSWAHLEN

Bei den Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei erhalten die Sozialdemokraten die meisten Stimmen. Als zweite folgt die Agrarpartei. Die Regierung Masaryk-Benesch (vgl. 14. Oktober 1918) bleibt durch die Wahlen unverändert.

19. bis 26. April 1920

KONFERENZ VON SAN REMO

In San Remo treffen Vertreter der Alliierten des Ersten Weltkrieges zu einer Konferenz zusammen. Man versucht, sich über das Schicksal der Türkei und die Machtverteilung auf dem Balkan sowie über die Rückforderung der von den USA während des Krieges ausgeliehenen Geldbeträge zu einigen. Hinsichtlich Deutschlands setzt Frankreich durch, daß die übrigen Alliierten sich verpflichten, wenn notwendig, Teile deutschen Gebietes zu besetzen, um die Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erzwingen. Außerdem erhält Frankreich Syrien und Libanon als „Mandatsgebiet" zugesprochen. Großbritannien nimmt sich das „Mandat" über Palästina. Der Völkerbund wird es später „bestätigen". Die Balfour-Deklaration (vgl. 2. November 1917) wird ausdrücklich bestätigt.[11]

23. April 1920

TÜRKEI NATIONALVERSAMMLUNG MUSTAFA KEMAL ABSETZUNG DES SULTANS

In Angora (Ankara) eröffnet Mustafa Kemal, der Führer der türkischen Erneuerungsbewegung, die Nationalversammlung, die den Nationalpakt (vgl. 28. Januar 1920) annimmt, den Sultan und seine Regierung in Stambul für abgesetzt erklärt, eine provisorische Verfassung verkündet und eine neue Regierung mit Mustafa Kemal als Präsidenten einsetzt. Den Friedensvertrag von Sevres (vgl. 10. August 1920) wird die Nationalversammlung nicht anerkenen (vgl. auch 18. November 1922).

25. April 1920

GROSSBRITANNIEN TRENNUNG VON PALÄSTINA UND TRANSJORDANIEN

Die britische Regierung trennt von Palästina, wie es als Teil des Osmanischen Reiches bestand, das Land östlich des Jordan, Transjordanien, ab und legt damit den Grund zu den jahrzehntelangen schweren Konflikten zwischen dem späteren Israel, dem späteren Königreich Jordanien und den palästinensischen Arabern (vgl. auch 21. März 1921).

DEUTSCHLAND
BILDUNG DES LANDES THÜRINGEN
KOBURG ZU BAYERN

30. April 1920

In Deutschland werden durch Reichsgesetz die Länder Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha (ohne Koburg), Schwarzburg-Rudolfstadt und Schwarzburg-Sondershausen mit Wirkung vom 1. Mai 1920 zu dem neuen Lande Thüringen vereinigt. Der erste Landtag des neugebildeten Landes wird am 31. Juli 1920 zusammentreten und am 11. März 1921 die provisorische Landesverfassung mit geringfügigen Änderungen bestätigen. Koburg wird durch das gleiche Reichsgesetz mit dem Lande Bayern vereinigt.[12]

NANSEN
VÖLKERBUNDS-KOMMISSAR
ÜR DEN RÜCK-TRANSPORT DER KRIEGS-GEFANGENEN AUS RUSSLAND
'SCHITSCHERIN

noch April 1920

Noch bevor der Völkerbund zum ersten Mal zusammentritt, wird der norwegische Polarforscher, Meereswissenschaftler und Diplomat Fridtjof Nansen zum Völkerbundsoberkommissar für den Heimtransport der Kriegsgefangenen aus Rußland bestellt, von denen nach seinen Feststellungen und Ermittlungen noch etwa eine viertel Million überleben, insbesondere in Westsibirien. Er beginnt unverzüglich mit den Verhandlungen und setzt sich in Moskau dem bolschewistischen Außenkommissar Tschitscherin gegenüber damit durch, daß er mit seiner sofortigen Abreise droht (vgl. auch: noch Dezember 1920).[13]

VATIKAN
DEUTSCHLAND
NUNTIUS
PACELLI

1. Mai 1920

Papst Benedikt XV. entsendet als ersten Apostolischen Nuntius bei der deutschen Reichsregierung nach der Revolution von 1918 Monsignore Eugenio Pacelli nach Berlin, seit 1917 Titularerzbischof von Sardes und Nuntius für Bayern. Pacelli wird 1929 Kardinalstaatssekretär und 1939 als Pius XII. zum Papst gewählt werden. Sein zehnjähriges Wirken, zugleich als Doyen des Diplomatischen Korps, ist bedeutsam für das Verhältnis Deutschlands zur katholischen Kirche.[14]

POLEN
UKRAINE
PILSUDSKI
KIEW

7. Mai 1920

Marschall Josef Pilsudski, diktatorisch regierendes Staatsoberhaupt Polens und Oberbefehlshaber der polnischen Armee, der im April einen Krieg gegen Sowjetrußland begonnen hat, erobert die Stadt Kiew und löst damit eine gefährliche Gegenoffensive der inzwischen von Leo Trotzki aufgestellten Roten Armee aus (vgl. 16. August 1920).

USA
GROSSBRITANNIEN

15./16. Mai 1920

Nachdem der Finanzminister der USA, Houston, das Ansinnen Großbritanniens schroff abgelehnt hat, alle Schulden der Alliier-

ten bei den USA zu streichen, findet in Hythe eine britisch-französische Konferenz statt, die eine Generalregelung der Schulden der Alliierten untereinander auf der Basis der deutschen Reparationszahlungen beschließt.[15]

KRIEGS-SCHULDEN DER ALLIIERTEN

23. Mai 1920

Papst Benedikt XV. verkündet die Enzyklika „Pacem Dei munus ...", einen Appell zur Überwindung des Hasses im Völkerleben und in der internationalen Politik, in dem u. a. davon die Rede ist, daß „durch falsche Anklagen ... die unverheilten Wunden neu aufbrechen" würden. Es ist unmöglich, diese Enzyklika nicht auf den Geist des Versailler Vertrages und der alliierten Nachkriegspolitik zu beziehen.

VATIKAN BENEDIKT XV. ENZYKLIKA GEGEN GEIST VON VERSAILLES

4. Juni 1920

Im Palais „Grand Trianon" in Versailles unterzeichnen Vertreter des seit 1918 von Österreich getrennten Ungarn und der Alliierten des Ersten Weltkrieges einen Friedensvertrag im Rahmen der Pariser Vorortverträge, die den Weltkrieg politisch beenden. Ungarn muß die Gebiete Preßburg, Schemnitz, Kremnitz, Kaschau und Munkacs bis zum Quellgebiet des Theiß, insgesamt 17 Komitate mit 62 000 Quadratkilometern an die neugeschaffene Tschechoslowakei abtreten. Siebenbürgen samt der Bukowina und dem Banat mit Temesvar sowie Arad und ein 230 mal 60 Kilometer großes Gebiet westlich Siebenbürgens fallen an Rumänien, im Süden 60 000 Quadratkilometer an das ebenfalls neugeschaffene Jugoslawien. Im Ganzen dezimiert der Vertrag von Trianon Ungarn auf weniger als ein Drittel seiner bisherigen Ausdehnung. Von 22 Millionen Einwohnern bleiben ihm nur 8. Weder die USA noch Polen werden diesen Vertrag ratifizieren.[16]

UNGARN VERTRAG VON TRIANON VERKLEINERUNG UNGARNS AUF EIN DRITTEL

6. Juni 1920

Bei den Reichstagswahlen in Deutschland sinkt die Stimmenzahl der Koalitionsparteien (vgl. 27 März 1920) von 75 % auf unter 50 %. Die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten vervierfachen sich, die der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei verdoppeln sich. Die Folge ist eine Regierung ohne Sozialdemokraten unter Reichskanzler Konstantin Fehrenbach vom Zentrum.

DEUTSCHLAND REICHSTAGS-WAHL VERDOPPELUNG DER KONSERVATIVEN STIMMEN REGIERUNG FEHRENBACH

21./22. Juni 1920

In Boulogne tritt eine Konferenz des Obersten Rates der Alliierten zusammen, ausschließlich um sich über die von Deutschland zu zahlenden Reparationen zu einigen. Die USA sind nicht ver-

BOULOGNE REPARATIONEN-KONFERENZ

ZAHLUNGSPLAN

treten, dafür aber Belgien, Griechenland und Japan. Es wird ein Zahlungsplan aufgestellt, nach dem das Reich im Laufe von 42 Jahren insgesamt 269 Milliarden Goldmark zahlen soll. Über die Anteile Frankreichs, Großbritanniens und Italiens an dieser Summe kann keine Einigung erzielt werden. Man beschließt daher eine Sachverständigenkonferenz in Paris, die bis zum 2. Juli in Brüssel Vorschläge unterbreiten soll. Auch über die Fristen, die Deutschland bei seiner Entwaffnung einzuhalten hat, wird wieder verhandelt.[17]

23. Juni 1920

USA HERBERT HOOVER KINDER-HILFSWERK (QUÄKER-SPEISUNG)

In den USA ruft Herbert Hoover einen „Rat für das Europäische Hilfswerk" ins Leben und übernimmt den Vorsitz. Der Rat soll die bereits laufenden Hilfsmaßnahmen koordinieren und vor allem die Ernährung von nahezu sieben Millionen Kindern (Opfern der britischen Hungerblockade, die bekanntlich über das Kriegsende hinaus aufrechterhalten wurde) für einen dritten Winter, 1920/21, sicherstellen, was auch gelingt. Dem Rat gehören an: die Verwaltung des Amerikanischen Hilfswerks, das Rote Kreuz, das Komitee der Freunde (Quäker), das Vereinigte Jüdische Verteilungskomitee, der Bundesrat der Kirchen, der CVJM (YMCA) und CVJF (YWCA).[18]

24. Juni 1920

POLEN REGIERUNG GRABSKI INVASION DER ROTEN ARMEE

In Warschau bildet angesichts der sowjetrussischen Gegenoffensive der Nationaldemokrat und erbitterte innenpolitische Gegner Pilsudskis, Wladislaw Grabski, eine neue polnische Regierung und reist gleich darauf nach Belgien, um das alliierte Oberkommando um Hilfe gegen die vorrückende Rote Armee zu bitten, die bei seiner Ankunft in Spa am 10. Juli 1920 aus zwei Richtungen bereits tief in Polen eingedrungen sein wird.[19]

5.—16. Juli 1920

REPARATIONEN-KONFERENZ IN SPA DEUTSCHE DELEGATION VERTEILER-SCHLÜSSEL

Bei der erneuten Konferenz der Alliierten in Spa ist erstmals auch eine deutsche Delegation zugelassen: Reichskanzer Fehrenbach, General von Seeckt, Dr. Simons, Dr. Geßler u. a. Sie versucht, eine Milderung der Entwaffnungsbestimmungen sowie die Zustimmung der Alliierten zu Reparationsleistungen in Gestalt von Sachlieferungen und Dienstleistungen zu erreichen. Da zu diesem Zeitpunkt gerade die sowjetrussische Rote Armee in Polen eindringt, ist Lloyd George geneigt, einer Verlangsamung der deutschen Entwaffnung zuzustimmen. Doch die französische Regierung lehnt ein solches Ansinnen strikt ab. Auch der deutsche Reparationsvorschlag wird abgelehnt, die Alliierten bestehen auf

Goldmarkzahlung und vereinbaren unter sich folgenden Verteilerschlüssel: Frankreich 52½ %, Großbritannien 22 %, Italien 10 %, Belgien 8 %, Jugoslawien 5 %, Rumänien 1 %, Japan und Portugal je 0,75 % und Griechenland 0,4 %.[20]

10. Juli 1920

TOGO TEILUNG ZWISCHEN FRANKREICH UND GROSSBRITANNIEN

Frankreich und Großbritannien kommen überein, die ehemalige Kolonie des Deutschen Reiches, Togo in Westafrika, unter sich zu teilen. Der größere, östliche Teil, der an Dahome angrenzt, wird Frankreich zugesprochen. Der Völkerbund wird diese Regelung zwei Jahre später (vgl. 20. Juni 1922) lediglich noch zu billigen haben und der Annexion den Titel eines „Mandats" verleihen.

11. Juli 1920

OSTPREUSSEN VOLKSABSTIMMUNG ALLENSTEIN UND MARIENWERDER

In dem durch den Versailler Vertrag vom übrigen deutschen Reichsgebiet durch den „Polnischen Korridor" abgetrennten Ostpreußen wird in den Bezirken Allenstein und Marienwerder eine Volksabstimmung durchgeführt. Allenstein stimmt mit 98 %, Marienwerder mit 92 % für den Verbleib bei Deutschland. Das Ergebnis beweist, daß die Abstimmung gar nicht notwendig gewesen wäre und von polnischer Seite bei den Alliierten in Versailles falsche Vorstellungen über die Bevölkerungsverhältnisse erweckt wurden.

30. Juli 1920

POLEN „PROVISORISCHES POLNISCHES REVOLUTIONSKOMITEE"

In Bialystok nordöstlich von Warschau bildet sich ein „Provisorisches polnisches Revolutionskomitee" unter Führung von Julian Marchlewski und Felix Dzierzynski und erklärt sich, während zwei sowjetrussische Armeen auf Warschau und Lemberg zumarschieren, zur Provisorischen Revolutionären Regierung Polens. Pilsudskis Sieg am 16. August (vgl. dort) vor Warschau wird dem Komitee ein schnelles Ende bereiten.[21].

2. August 1920

ITALIEN ALBANIEN GRIECHENLAND VERTRÄGE

Die italienische Regierung Gioletti (seit Juni 1920) trifft ein Abkommen mit Albanien, demnach die italienischen Truppen das Land mit Ausnahme der Insel Saseno zu räumen haben. Sie sind zuvor von den Albanern zurückgeschlagen worden. Eine Woche später, am 10. August, schließt Italien einen Vertrag mit Griechenland, demnach die Inseln des Dodekanes an Griechenland fallen. Doch wird Italien diesen Vertrag bereits am 8. Oktober 1921 kündigen und die Inseln behalten.

10. August 1920

TÜRKEI SCHATTEN-REGIERUNG *[M]OHAMMED VI.* *FRIEDENS-[V]ERTRAG VON SEVRES* *[V]ON MUSTAFA [K]EMAL NICHT ANERKANNT*

Zwischen den Alliierten des Ersten Weltkrieges und der türkischen Schattenregierung Sultan Mohammeds VI., die seit Einberufung einer türkischen Nationalversammlung durch Mustafa Kemal am 23. April 1920 in Angora keine Regierungsgewalt mehr auszuüben vermag, wird der Friedensvertrag von Sevres geschlossen. Nach diesem Vertrag, dessen Bestimmungen Mustafa Kemal natürlich nicht anerkennt, werden Konstantinopel und die Meerengen von britischen Truppen besetzt, zur Rechtssicherheit für die Ausländer die sogenannten „Kapitulationen" (Vorrechte) — wie in China — wiederhergestellt, die gesamte Türkei militärischer Kontrolle und Finanzaufsicht durch die Alliierten und die Dardanellen der Kontrolle durch die Meerengenkommission unterstellt. Abzutreten hat die Türkei: an Griechenland Thrazien mit Gallipoli bis zur Tschataldscha-Linie, Smyrna und alle ägäischen Inseln außer Rhodos; an Italien Rhodos und den Dodekanes, sowie Einfluß und Interessen im Küstenabschnitt von Adramyti bis Adalia (gegenüber der Insel Rhodos); an Frankreich Syrien und Cilicien (Wilajet Adana); an Großbritannien Mesopotamien (Irak) und das von Syrien abgetrennte Palästina, außerdem die Schutzherrschaft über das arabische Königreich Hedschas. Armenien wird ein selbständiger Staat und Kurdistan erhält Autonomie. Cypern und Ägypten bleiben unter britischer, Tripolitanien (Lybien) unter italienischer Oberhoheit. Somit verbleibt von dem ursprünglichen Osmanischen Reich nur noch Kleinasien und Konstantinopel mit dem Gebiet bis zur Tschataldscha-Linie.[22]

11. August 1920

LETTLAND SOWJET-RUSSLAND FRIEDENS-VERTRAG

Lettland und Sowjetrußland schließen in Riga einen Friedensvertrag, der die Kämpfe von 1919 auch politisch beendet und in dem die Sowjets Lettland als souveränen Staat in den bestehenden Grenzen anerkennen.

14. August 1920

[J]UGOSLAWIEN TSCHECHO-SLOWAKEI DEFENSIV-[B]ÜNDNIS VON BELGRAD

In Belgrad schließen die beiden durch den Versailler Vertrag und seine Nebenverträge neugeschaffenen Staaten Jugolsawien und Tschechoslowakei ein Defensivbündnis, das als Keimzelle der von Frankreich geförderten „Kleinen Entente" zu betrachten ist. Beide Partner verpflichten sich zum gegenseitigen Beistand für den Fall eines unprovozierten Angriffs von seiten Ungarns (von dem angenommen wird, daß es sich mit dem Vertrag von Trianon, vgl. 4. Juni 1920, nicht abfindet). Keiner von beiden Part-

nern wird ein Bündnis mit einer dritten Macht eingehen, ohne den anderen zuvor zu verständigen. Als nächster Schritt wird am 23. April 1921 in Bukarest eine Militärkonvention zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei geschlossen werden.[23]

16. August 1920

Nachdem die sowjetrussische Rote Armee die Polen unter Pilsudski aus Kiew (vgl. 7. Mai 1920) wieder vertrieben und bis kurz vor Warschau verfolgt hat, gelingt es Pilsudski mit Hilfe französischer Offiziere unter Führung General Weygands, die Sowjetrussen beinahe vor den Toren der polnischen Hauptstadt zu schlagen. Man spricht vom „Wunder an der Weichsel". Die Rote Armee zieht sich aus Polen zurück. Vgl. auch 18. Mai 1921. Doch bleibt dieser polnische Angriff unvergessen. Die Vergeltung wird 1939, 1940 (Katyn) und 1944/45 erfolgen. Das Wort „Wunder an der Weichsel" stammt von dem polnischen Nationaldemokraten Professor Stanislaus Stronski.[24]

POLEN SOWJET-RUSSLAND SCHLACHT VOR WARSCHAU SIEG PILSUDSKIS

28. August 1920

Der Kongreß der USA beschließt das 19. amendment zur amerikanischen Verfassung vom 4. März 1789, mit dem den Frauen weißer Hautfarbe und Abstammung das Stimmrecht gegeben wird. Von den zu dieser Zeit maßgeblichen Staaten werden nur Brasilien und die Schweiz das Frauenwahlrecht zu einem noch späteren Zeitpunkt einführen. Alle anderen haben es bereits früher getan.[25]

USA-KONGRESS FRAUEN-WAHLRECHT (FÜR WEISSE)

noch August 1920

Das Jerusalemer Büro der zionistischen Organisation tätigt seinen bisher größten Geländekauf in Palästina, in Emek Jezreel, etwa achttausend Hektar. Die Organisation der jüdischen Ansiedlung im Sinne der Balfour-Deklaration nimmt allmählich feste Formen an.[26]

ZIONISMUS JERUSALEM GELÄNDE-AUFKAUF

7. September 1920

Die französische Regierung Millerand (vgl. 18. Januar 1920) schließt mit Belgien eine Militärkonvention und einen Freundschaftsvertrag. Damit wird einerseits dem französisch-wallonischen Element in Belgien gegenüber der flämischen Bewegung, also dem germanischen Element, der Rücken gestärkt, andererseits sichert sich Frankreich im Kriegsfalle weitgehende Einmarsch-, Stationierungs-, Durchmarsch- und Transportrechte in Belgien.

FRANKREICH BELGIEN MILITÄR-KONVENTION FREUND-SCHAFTS-VERTRAG

20. September 1920

EUTSCHLAND BELGIEN EUPEN-MALMEDY

Der Völkerbund entscheidet, daß Deutschland die Bezirke Eupen und Malmedy an Belgien abzutreten hat. Anstelle einer Volksabstimmung ist diesem Entscheid lediglich eine Eintragung in öffentlich aufliegende Optionslisten vorausgegangen, bei der aufgrund des ausgeübten Terrors nur eine Minderheit der zu 82,5 % deutschen Bevölkerung sich einzutragen wagte.

23. September 1920

FRANKREICH MILLERAND PRÄSIDENT

Der erst im Januar gewählte französische Staatspräsident Paul Deschanel tritt wieder zurück. An seiner Stelle wird der Regierungschef Alexandre Millerand zum Präsidenten gewählt. Millerand ist der eigentliche Urheber sowohl der Besetzung der Stadt Frankfurt 1920 (vgl. 15. März bis 10. Mai 1920) als auch der Besetzung des Ruhrgebiets 1923 (vgl. 11. Januar 1923). Sein politischer Weg führte ihn von den Sozialisten über die Republikanischen Sozialisten zur Schaffung des Nationalen Blocks im Oktober 1919.[27]

noch September 1920

CHINA TIBET WAFFEN-STILLSTAND

Die chinesische Regierung Sun Yat-sens schließt einen Waffenstillstand mit der tibetanischen Regierung des XIII. Dalai Lama in Lhasa. Damit sind, nach Vermittlung durch die Engländer E. Teichman und Charles Bell die Kämpfe, mit denen China seit 1918 Tibet zurückzuerobern suchte, beendet. Die Unabhängigkeit Tibets wird bis zum Jahre 1950 nicht mehr angefochten, allerdings auch niemals von chinesischer Seite anerkannt werden.

9. Oktober 1920

POLEN LITAUEN WILNA

Polnische Truppen besetzen das südöstliche Drittel des litauischen Staatsgebietes, das gesamte Gebiet Wilna, das im litauisch-sowjetrussischen Vertrag vom 12. Juli 1920 Litauen zugesprochen wurde. Die Besetzung erfolgt in einem eigenmächtigen Handstreich des polnischen Generals Zeligowsky, der sich damit über eine Entscheidung des Völkerbunds vom 20. September 1920 hinweggesetzt und schwebende Verhandlungen zwischen Litauen und Polen ignoriert. Er wird daher zwar von der polnischen Regierung offiziell mißbilligt, aber vom polnischen Sejm und von der polnischen Bevölkerung lebhaft begrüßt. Im übrigen schafft er vollendete Tatsachen, die bis 1939 bestehen bleiben werden.[28]

10. Oktober 1920

ÖSTERREICH KÄRNTEN

In Kärnten führt eine durch die südslawisch-serbische militärische Invasion des Vorjahres (vgl. 13. Januar 1919) erzwungene Volks-

abstimmung trotz des Terrors der jugoslawischen Besatzungstruppen zu einem Sieg des deutschstämmigen Bevölkerungsteiles. Damit ist entschieden, daß Kärnten bei Österreich bleibt.

VOLKSABSTIMMUNG

14. Oktober 1920

In Dorpat wird ein Friedensvertrag zwischen Sowjetrußland und Finnland geschlossen, der die 1919 von neuem ausgebrochenen Feindseligkeiten beendet, Finnlands Souveränität seitens der Sowjets anerkennt und die Grenzen festlegt. Ostkarelien bleibt in russischer Hand. Finnland erhält das Gebiet von Petsamo und damit Zugang zum Eismeer.

FINNLAND
SOWJETRUSSLAND
FRIEDENSVERTRAG VON DORPAT

16. Oktober 1920

Auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands (USPD) in Halle kommt es zu einer Spaltung dieser linksradikalen Partei, der binnen kurzem die Auflösung folgt. Die Mehrheit schließt sich der KPD an, die verbleibende Minderheit der SPD. Den Anlaß zur Spaltung bilden die Bedingungen zur Aufnahme der USPD in die III. Internationale (KOMINTERN), wie diese sie auf ihrem II. Kongreß festgelegt hat: Ablehnung des Parlamentarismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats auf dem Wege des revolutionären Terrors.[29]

DEUTSCHLAND
SPALTUNG DER USPD
KOMINTERN

25. Oktober 1920

In Griechenland stirbt König Alexander, der erst drei Jahre zuvor nach der Abdankung seines Vaters, des Königs Konstantin, und dem Thronverzicht seines älteren Bruders, des Kronprinzen Georg, den Thron bestiegen hat. Kurz darauf wird die Regierung Venizelos eine Wahlniederlage erleiden, König Konstantin nach Griechenland zurückkehren und nach einer Volksabstimmung wieder eingesetzt werden. Gleichzeitig entzündet sich an der Vertreibung der Griechen aus Anatolien der griechisch-türkische Krieg (vgl. 28. September 1922, 24. Juli 1923).

GRIECHENLAND
TOD KÖNIG ALEXANDERS
WAHLNIEDERLAGE VENIZELOS'
RÜCKKEHR KÖNIG KONSTANTINS

28. Oktober 1920

England, Frankreich, Italien und Japan erkennen den Besitzstand Rumäniens in bezug auf Bessarabien an; Sowjetrußland erkennt ihn nicht an und läßt damit stillschweigend erkennen, daß es *seinen* Anspruch auf Bessarabien aufrechterhält, für passende Gelegenheiten.

RUMÄNIEN
BESSARABIEN
SOWJETRUSSLAND

29. Oktober 1920

In Persien (Iran) führt Mohammed Resa Chan, vom Mannschaftsdienstgrad zum Obersten hochgedient, mit seiner kampfkräftigen

PERSIEN

STAATSSTREICH MOHAMMED RESA CHANS

Kosakenbrigade einen Staatsstreich gegen die schwache, von den britischen Besatzungstrupepn abhängige Regierung des Schahs Achmad durch und bildet selbst eine neue Regierung.

10. November 1920

ÖSTERREICH BUNDESSTAATLICHE VERFASSUNG IN KRAFT

In Österreich tritt die neue bundesstaatliche Verfassung in Kraft. Das Hauptgewicht der Regierungsgewalt liegt beim Parlament. Demgegenüber sind die Befugnisse des Präsidenten und die Möglichkeit unmittelbarer Volksentscheide („unmittelbare Demokratie“) nur gering.

12. November 1920

ITALIEN JUGOSLAWIEN GRENZVERTRAG FIUME

Die italienische Regierung Giolitti (seit 1920) schließt in Rapallo einen Vertrag mit Jugoslawien, der den Grenzverlauf in Dalmatien und Istrien regelt. Italien kann in diesem Vertrag seinen Anspruch auf Fiume insoweit durchsetzen, daß Fiume zunächst Freistaat wird. Drei Jahre später, am 27. Januar 1924, wird Jugoslawien dann im Vertrag von Rom endgültig zugunsten Italiens auf Fiume verzichten.

15. November 1920

VÖLKERBUNDSVERSAMMLUNG IN GENF OHNE USA INTERNATIONALER GERICHTSHOF BESTÄTIGUNG DER „MANDATE“

In Genf tritt zum erstenmal die Völkerbundsversammlung zusammen, die Lieblingsidee des amerikanischen Präsidenten Wilson und zugleich eines der Hauptziele der internationalen Freimaurerlogen. Aber gerade die USA lehnen den Eintritt in den Völkerbund ab. Argentinien, zunächst beigetreten, scheidet wieder aus. Dafür werden Bulgarien und Österreich aufgenommen. Die Vollversammlung wird bis zum 18. Dezember tagen, die Errichtung eines Internationalen Gerichtshofes (in Den Haag) beschließen und die vom Völkerbundsrat bereits vergebenen Mandate für die ehemaligen deutschen Kolonialgebiete bestätigten: Ostafrika: Großbritannien; Ruanda-Urundi: Belgien; Südwestafrika: Südafrikanische Union; Kamerun: Frankreich; Togo: westlicher Teil Großbritannien, östlicher Teil Frankreich; Samoa: Neuseeland; Deutsch-Neuguinea und Bismarck-Archipel: Australien; Kiautschou bzw. Tsingtau: Japan (1922 China).[30]

27. November 1920

BEZIEHER BOLSCHEWISTISCHER PROPAGANDASCHRIFTEN

Hauptmann Palm, Leiter der nachrichtendienstlichen Abteilung des estnischen Generalstabs, sendet dem amerikanischen Konsul in Reval, Charles H. Albrecht, eine „Liste von Personen im Ausland, denen bolschewistische Schriften zugehen“, die dieser am 1. Dezember 1920 an das State Department in Washington weiterleiten wird. Unter den 32 in dieser Liste aufgeführten An-

schriften befinden sich 17 aus den USA, unter ihnen an neunter Stelle: P. M. Rosenthal — 214, E. 38 str. New York, und an zwölfter Stelle: Professor Felix Frankfurter — Harvard University Cambrigde/Mass.[31]

ROSENTHAL FELIX FRANKFURTER

19. Dezember 1920

In Österreich wird der Volkswirt und Sozialpolitiker Dr. Michael Hainisch (geb. 15. August 1858 in Aue bei Gloggnitz) zum ersten Bundespräsidenten der Republik gewählt. Hainisch gründete zusammen mit Engelbert Pernerstorfer nach dem Muster der englischen sozialistischen und die Verstaatlichung der Wirtschaft betreibenden Fabian Society die Gesellschaft der Fabier. 1919 schrieb er: „Voraussetzungen und Berechtigung des Sozialismus". Gleichzeitig mit der Präsidentenwahl bildet der christlich-soziale Bundeskanzler Dr. Michael Mayr (geb. 10. April 1864 in Adlwang) eine Koalitionsregierung.[32]

ÖSTERREICH HAINISCH BUNDES-PRÄSIDENT MICHAEL MAYR BUNDES-KANZLER

23. Dezember 1920

Die britische Regierung erläßt den Government of Ireland Act, ein Gesetz, das Nordirland (Ulster) und Südirland, getrennt voneinander, die Autonomie und ein eigenes Parlament zugesteht. Doch kämpft die irische Unabhängigkeitsbewegung für weit mehr als lediglich eine Autonomie. Ihr gemäßigter Flügel fordert den Dominionstatus, die Republikaner unter Eamon de Valera die vollständige Loslösung von England und vom britischen Empire. Der blutige Terror des Vorjahres ist noch unvergessen.

GROSSBRITANNIEN IRLAND AUTONOMIE DE VALERA

noch Dezember 1920

Fridtjof Nansen (vgl. noch April 1920) berichtet der ersten Völkerbundsversammlung über die bisherigen Rücktransporte von Kriegsgefangenen aus Rußland. Seit August 1920 sind über die Ostsee, von Narwa nach Swinemünde, etwa 200 000 Mann nach Deutschland, Italien, Österreich, in die Tschechoslowakei und nach Ungarn heimbefördert worden, für durchschnittlich 25 Schweizer Franken pro Kopf. Doch sind die Gefangenenlager im Kaukasus und am Schwarzen Meer noch nicht erfaßt. Es fehlen die Mittel.[33]

NANSEN KRIEGS-GEFANGENEN-HEIMFÜHRUNG BERICHT VOR DEM VÖLKERBUND

noch 1920 (ohne nähere Datierung)

Die Regierung der Niederlande lehnt standhaft die mehrfach im Laufe des Jahres von den Alliierten an sie gerichtete Aufforderung ab, den deutschen Kaiser Wilhelm II., der nach seiner Abdankung im November 1918 in den Niederlanden um Asyl nachgesucht hat, auszuliefern.

NIEDERLANDE AUSLIEFERUNG WILHELMS II. ABGELEHNT

GROSSBRITANNIEN
SCOUT-BEWEGUNG
BADEN-POWELL
ERSTES JAMBOREE
NACHRICHTENDIENSTLICHE BEDEUTUNG

In London findet das erste Jamboree, das erste internationale Weltpfadfinderlager, im Richmond Park unter Leitung von Sir Robert Baden-Powell statt. Etwa zehntausend Pfadfinder aus 35 Ländern nehmen teil. Es wird das internationale Scoutbüro (IB) eingerichtet, dessen ständiger Sitz London und dessen jeweiliger Sekretär später meist auch ein Amt im britischen Foreign Office innehaben wird. Der nachrichtendienstliche Wert dieser weltweiten Jugendorganisation ist nicht zu unterschätzen. Baden-Powell, alter Nachrichtenoffizier, wird das — neben den ideellen und pädagogischen Gesichtspunkten — ebenfalls im Auge haben. Außerdem interessieren sich die Freimaurerlogen aller Länder in auffallender Weise für die Scout-Bewegung und versuchen mit Zähigkeit und Finanzhilfen, Einfluß auf einzelne Pfadfinderbünde zu gewinnen sowie ihren Mitgliederbestand aus der Scout-Führerschaft zu rekrutieren.[34]

24.—29. Januar 1921

In Paris findet auf Vorschlag der neuen Regierung Briand eine Konferenz des Obersten Rates der Alliierten statt. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Delegationen Frankreichs und Großbritanniens beschließt man, Deutschland eine Reparationslast von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten, aufzuerlegen, außerdem eine Abgabe in Höhe von jährlich 12 % des deutschen Exports, ebenfalls auf die Dauer von 42 Jahren. Im Verlauf der Konferenz wird Beschwerde darüber geführt, daß Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages nur mangelhaft ausgeführt habe, und die deutsche Regierung aufgefordert, vor der für einen Monat später einberufenen Londoner Konferenz (vgl. 21. Februar bis 14. März 1921) zu erscheinen.[1]

KONFERENZ DER ALLIIERTEN IN PARIS
VON DEUTSCHLAND ZU ZAHLENDE REPARATIONEN
ENTWAFFNUNG DEUTSCHLANDS

noch Januar 1921

Beim Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Italiens in Livorno spalten sich die Kommunisten von den Sozialisten ab und verursachen von da an in zunehmendem Maße Unruhen mit bürgerkriegsähnlichem Charakter. Die Folge ist ein entsprechendes Erstarken der eindeutig antikommunistischen Kräfte in Italien, die sich in der faschistischen Bewegung des ehemaligen Sozialisten Benito Mussolini sammeln.

ITALIEN
TRENNUNG VON SOZIALISTEN UND KOMMUNISTEN
FASCHISMUS

19. Februar 1921

Ein Bündnisvertrag Frankreichs mit Polen sowie — 14 Tage darauf — Polens mit Rumänien runden das von Frankreich betriebene Bündnissystem der Kleinen Entente ab, das am 14. August 1920 (vgl. dort) mit einem Vertrag zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei begann. Im April und Juni 1921 werden entsprechende Verträge zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien sowie zwischen Rumänien und Jugoslawien folgen. Ursprünglich gegen Revisionsbestrebungen Ungarns (gegen den Vertrag von Trianon) und Habsburger Restaurationsabsichten gerichtet — sie zwingt die ungarische Nationalversammlung im März und im Oktober 1921, König Karl die Rückkehr zu verweigern —, wird die Kleine Entente zu einem Instrument zur erneuten Einkreisung Deutschlands.

FRANKREICH
POLEN
RUMÄNIEN
BÜNDNISVERTRÄGE
KLEINE ENTENTE
NEUE EINKREISUNG DEUTSCHLANDS

21. Februar bis 14. März 1921

An der Londoner Konferenz, die sich wiederum mit den deutschen Reparationszahlungen, dem Hauptthema einer Kette von

VIERTE REPARATIONEN-KONFERENZ DER ALLIIERTEN IN LONDON ABLEHNUNG DEUTSCHER VORSCHLÄGE

Konferenzen während der folgenden zehn Jahre, und den britisch-französischen Differenzen im Orient befassen soll, nehmen Delegationen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans teil. Die Orientdebatte wird abgebrochen, da die Türkei auf Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit ihres Territoriums besteht. Die Gegenvorschläge der deutschen Reichsregierung, vertreten durch Außenminister Dr. Simons, zur Frage der Reparationszahlungen lösen einen Entrüstungssturm seitens der Alliierten aus.
Sie lauteten: Umrechnung der 42 Jahreszahlungen auf den Gegenwartswert (vgl. 24.—29. Januar 1921), Anrechnung der bisherigen deutschen Vorleistungen mit 20 Milliarden Goldmark, Deckung des Restes durch eine langfristige internationale Anleihe.[2]

21. Februar 1921

PERSIEN MOHAMMED RESA CHAN KRIEGSMINISTER

In Persien tritt Mohammed Resa Chan (vgl. 29. Oktober 1920) als Ministerpräsident zurück, übernimmt das Kriegsministerium und beginnt unverzüglich mit dem Aufbau einer disziplinierten, zuverlässigen Armee. Die Entwicklung beim nördlichen Nachbarn Persiens läßt diese Maßnahme dringend geraten erscheinen. Der Schritt wird schon fünf Tage darauf quittiert werden (vgl. 26. Februar 1921).

24. Februar 1921

USA HOOVER HANDELSMINISTER

Der Präsident der USA, Warren C. Harding, ernennt Herbert Hoover, der während des Krieges das Hilfswerk für Belgien geleitet hat und ein entschiedener Befürworter des Völkerbundes ist, zum Handelsminister. Die Bestätigung durch den Senat erfolgt acht Tage später. Hoover wird dieses Amt sieben Jahre ausüben, bis zu seiner Wahl zum Präsidenten.[3]

26. Februar 1921

PERSIEN SOWJET-RUSSLAND VERTRAG VON MOSKAU

In Moskau schließt Persien, vertreten durch Ali Gholi Khan, mit der Russischen Sowjetrepublik, vertreten durch Tschitscherin, einen Vertrag, in dem die RSFSR alle vom zaristischen Rußland Persien auferlegten Verträge und Konventionen für null und nichtig erklärt. Die Grenzen und Besitzverhältnisse von 1881 werden beiderseits anerkannt bzw. wiederhergestellt. In Artikel 6 behalten sich die Sowjets das Recht vor, ihre Truppen in Persien einrücken zu lassen, falls eine dritte Macht in Persien einfällt und von dort aus gegen Sowjetrußland operiert. (Näheres im Anmerkungsteil.)[4]

noch Februar 1921

In die Äußere Mongolei, die 1919 von China annektiert wurde (vgl. 22. November 1919), dringen Truppen der gegen Trotzkis Rote Armee kämpfenden „Weißen Armee“ unter dem Befehl R. von Ungern-Sternbergs ein, werden aber von verbündeten Mongolen und Sowjetrussen aufgerieben.

ÄUSSERE MONGOLEI WEISSE ARMEE UNGERN-STERNBERG

7. März 1921

Im Verlauf der Londoner Konferenz (vgl. 21. Februar bis 14. März 1921) werden die Verhandlungen mit Deutschland abgebrochen und als Strafmaßnahmen bzw. Sanktionen tags darauf Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort, später auch Mülheim und Oberhausen von Truppen der Alliierten besetzt. Gleichzeitig wird die Zollgrenze an die Grenze des besetzten deutschen Gebietes vorverlegt.

LONDONER KONFERENZ SANKTIONEN GEGEN DEUTSCHLAND

16. März 1921

Sowjetrußland schließt einen Freundschaftsvertrag mit der Türkei, die nach der Räumung durch die Besatzungstruppen der Alliierten unter Führung Mustafa Kemals im Kriege mit Griechenland liegt. Die Sowjets verzichten damit auf ihren zunächst geltend gemachten Anspruch auf die östliche Türkei. Der Vertrag wird viereinhalb Jahre später, am 17. Dezember 1925, zu einem Neutralitäts- und Nichtangriffspakt ausgebaut werden.

SOWJET-RUSSLAND TÜRKEI FREUNDSCHAFTS-VERTRAG

18. März 1921

Im Friedensvertrag von Riga zwischen Polen und der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR) sowie der Ukrainischen Sowjetrepublik wird der de facto schon mit der Niederlage der Sowjets vor Warschau am 14. August beendete Krieg auch de jure zum Abschluß gebracht. Die Grenze zwischen Polen einerseits, Weißrußland und der Ukraine andrerseits wird so festgelegt, wie sie dann bis 1939 verlaufen wird. Polen erkennt die Unabhängigkeit Weißrußlands und der Ukraine an. Beide Partner verpflichten sich, sich aller gegen den anderen gerichteten Maßnahmen zu enthalten und sichern den in ihrem Gebiet verbleibenden Minderheiten des anderen freie Entfaltung zu, insbesondere auch auf religiösem Gebiet. Polen erhält 30 Millionen Goldrubel. Seine Schulden aus der Zarenzeit werden annulliert. Ratifikationsurkunden werden am 31. April 1921 in Minsk ausgetauscht werden.[5]

POLEN SOWJET-RUSSLAND FRIEDEN VON RIGA

20. März 1921

Gleichzeitig mit von sowjetrussischen Agenten organisierten schweren kommunistischen Aufständen in Mitteldeutschland und

DEUTSCHLAND

KOMMUNISTISCHE AUFSTÄNDE
VOLKSABSTIMMUNG IN OBERSCHESIEN

Hamburg gegen den noch nicht gefestigten Weimarer Staat findet in Oberschlesien, das seit Ende 1920 von alliierten Truppen unter Befehl des französischen, eindeutig propolnischen Generals Le Rond besetzt ist, eine Volksabstimmung statt. 60% der Stimmberechtigten stimmen für ein Verbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reich.[6]

21. März 1921

GROSSBRITANNIEN
TRANSJORDANIEN
ABD ALLAH

Die Regierung Großbritanniens weist innerhalb ihres gesamtpalästinensischen Mandatsgebietes (vgl. 25. April 1920) das Ostjordanland als Herrschaftsgebiet Abd Allah, dem Bruder Faisals zu. Beide sind Söhne des Scherifen Husain I. von Mekka, des Emirs von Hedschas aus der Dynastie der Haschimiden, die sich unmittelbar vom Propheten Mohammed herleitet.

noch März 1921

SOWJETRUSSLAND
AUFSTAND IN KRONSTADT
LIQUIDIERUNG DURCH TROTZKI
X. PARTEITAG
„NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK“ (NEP)

In Sowjetrußland macht sich die Opposition gegen die Einparteienherrschaft der Bolschewiken in einem Aufstand der Linken in Kronstadt Luft. Unmittelbar nach der Liquidierung der Aufständischen durch Trotzki und Tuchatschewski am 16. März setzt Lenin auf dem X. Parteitag eine Resolution „über die Einheit der Partei“ durch, in der „jede Art von Abweichnung von der streng konsequenten kommunistischen Linie“ verurteilt wird. Auch veranlaßt Lenin mit Zustimmung Trotzkis den Beschluß des Parteitages über die „Neue ökonomische Politik (NEP) von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer“, die in engen Grenzen einen freien Handel wieder zuläßt, als vorübergehende Maßnahme gedacht, um der beginnenden strengen Hungersnot zu steuern, der trotz internationaler Hilfsmaßnahmen (Fridtjof Nansen, Quisling) Millionen zum Opfer fallen werden.[7]

RUSSISCHE FLÜCHTLINGE

Der Völkerbundsrat hat noch im März versucht, die Sorge für anderthalb Millionen russischer Flüchtlinge, die sich zum großen Teil völlig mittellos in Europa aufhalten, von sich abzuwälzen. Doch wird diese Flüchtlingsfrage sehr schnell zu einem Politikum ersten Ranges (vgl. auch: noch Juni 1921).[8]

19. April 1921

UNGARN
BETHLEN
ANTISEMITISMUS
GÖMBÖS

Im ungarischen Landtag wendet sich Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen „gegen jeden lärmenden Antisemitismus“, räumt aber das Vorhandensein einer Judenfrage in Ungarn ein und sagt: „... in dem Augenblick, in welchem sie [auf wirtschaftlichem Gebiet] nicht mehr unentbehrlich sein werden, wird auch die Harmonie wieder hergestellt sein ...“ Julius Gömbös hat demgegen-

über bereits am 1. Januar 1921 in „Szózat“ die „Aussiedlung mehrerer hunderttausend überzähliger Juden ungarischer Staatsbürgerschaft“ für notwendig erklärt, und der Begründer und Führer der Christlichen Partei, Karl Wolff, hat in einer Versammlung des „Erwachenden Ungarn“ Mitte Januar 1921 das Judentum für den Vertrag von Trianon verantwortlich erklärt und in diesem Zusammenhang vom „jüdischen Imperialismus“ gesprochen.[9]

KARL WOLFF: „JÜDISCHER IMPERIALISMUS“

24. April 1921

Bei einer Volksabstimmung in dem österreichischen Land Tirol stimmen 98 % für den Anschluß an das Deutsche Reich. Einen Monat später werden in Salzburg 99,3 % für den Anschluß stimmen. Abstimmungen in weiteren österreichischen Ländern werden von seiten der Alliierten unterbunden werden und Frankreich wird angesichts der akuten Lebensmittelnot mit Einstellung der begonnenen Hilfsaktion drohen, ein eindeutiger Akt politischer Erpressung.

ÖSTERREICH VOLKSABSTIMMUNG IN TIROL UND SALZBURG FÜR ANSCHLUSS AN DEUTSCHLAND

27. April 1921

Die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme wird seitens der Alliierten Reparationskommission nunmehr auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, zahlbar in 37 Jahresraten. Darin sind die Zurückerstattung gemäß Artikel 238 und 232 Abs. 3 des Versailler Vertrages nicht eingerechnet. (Vgl. auch 5. Mai 1921.)[10]

DEUTSCHLAND ALLIIERTE REPARATIONSKOMMISSION

noch April 1921

In Kanton wählt ein von der Kuomintang beherrschtes chinesisches Sonderparlament Sun Yat-sen, den Führer der Revolution von 1911 und Begründer des „dreifachen Volksprinzips: Nationalismus, Demokratie, Volkswohl“, das er in drei Stufen verwirklichen will, zum Staatspräsidenten Chinas. Doch herrscht im Norden noch die Anarchie der einander befehdenden Bürgerkriegsgenerale, der sogenannten „Kriegsherren“. Sun Yat-sens Machtbereich reicht zunächst kaum über die Provinzen Kuangtung und Kuangsi hinaus.[11]

CHINA KANTON SUN YAT-SEN STAATSPRÄSIDENT

2. Mai 1921

Der Pole Woyciech Korfanty fällt mit polnischen Freischärlern, unter denen sich auch „beurlaubte“ Soldaten der polnischen Armee befinden, in Oberschlesien ein, um vollendete Tatsachen zu schaffen und das Abstimmungsergebnis vom 20. März (vgl. dort) nicht wirksam werden zu lassen. Deutscher Selbstschutz, verstärkt durch Freiwillige aus ganz Deutschland, die gegen ausdrückliches

DEUTSCHLAND OBERSCHLESIEN POLNISCHE INVASION

KORFANTY GENERAL LE ROND

Verbot der deutschen Reichsregierung nach Oberschlesien gereist sind, leistet den Banden Korfantys Widerstand. General Le Rond, der Kommandeur der alliierten Besatzungstruppe, läßt Korfanty gewähren, behindert aber den deutschen Abwehrkampf.

5. Mai 1921

DEUTSCHLAND ULTIMATUM DER ALLIIERTEN DROHUNG MIT BESETZUNG DES RUHRGEBIETS

Da die Londoner Konferenz (vgl. 21. Februar bis 14. März 1921) für die Alliierten zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hat, richten Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan von London aus ein gemeinsames Ultimatum an die deutsche Reichsregierung: diese sei hinsichtlich Entwaffnung, Zahlung von 12 Milliarden Goldmark, Aburteilung von „Kriegsverbrechern" und anderer Bestimmungen des Versailler Vertrages gegenüber ihren Verpflichtungen im Rückstand geblieben. Wenn sie innerhalb von sechs Tagen nach Erhalt einer noch erfolgenden Entschließung der Alliierten den von der Reparationskommission festgesetzten Verpflichtungen nicht nachzukommen sich bereit erkläre, und zwar ohne Vorbehalte oder Bedingungen, einschließlich Entwaffnung und Aburteilung der Kriegsverbrecher, so würden die Alliierten die inzwischen vorbereitete Besetzung auch des Ruhrtales vornehmen.[12]

10. Mai 1921

DEUTSCHLAND RÜCKTRITT DER REGIERUNG FEHRENBACH WIRTH NIMMT ULTIMATUM AN

Nachdem die Deutsche Reichsregierung Fehrenbach-Simon aus Protest gegen das Ultimatum der Alliierten (vgl. 5. Mai 1921) zurückgetreten ist, bildet Josef Wirth von der Zentrumspartei ein neues Kabinett und nimmt das Ultimatum angesichts der Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes (die zwei Jahre später trotzdem erfolgen wird) an. Zu dieser Zeit entsteht das Wort „Erfüllungspolitik".

15. Mai 1921

ITALIEN PARLAMENTS-WAHLEN

Bei den italienischen Parlamentswahlen haben die Liberalen und Katholiken Stimmenzuwachs, die Sozialisten Verluste zu verzeichnen, Kommunisten und Faschisten erhalten noch verhältnismäßig unbedeutende Stimmenzahlen. Trotzdem wächst ihr Einfluß in der Öffentlichkeit, unabhängig von den Wahlen, insbesondere der Einfluß Mussolinis (vgl. noch Januar 1921).

21. Mai 1921

DEUTSCHLAND OBERSCHLESIEN ANNABERG

Die Kämpfe zwischen den polnischen Banden Korfantys, die in Oberschlesien eingefallen sind (vgl. 2. Mai 1921), und den deutschen Widerstandskräften gipfeln in der Erstürmung des von Polen besetzten Annabergs unter dem Befehl General Karl Hoefers

und mit Unterstützung getarnter Generalstabsoffiziere des Truppenamtes der Reichswehr. Zwei Wochen später, am 4. Juni 1921, wird nach Abwehr eines polnischen Gegenangriffs auch Kandrzin gestürmt werden. Damit ist die gewaltsame Annexion Oberschlesiens durch Polen gescheitert. In dieser Erkenntnis werden sich die alliierten Besatzungstruppen zwischen die kämpfenden Deutschen und Polen schieben. Der deutsche Selbstschutz wird aufgelöst werden.[13]

KANDRZIN ANNEXION DURCH POLEN GESCHEITERT

24. Juni 1921

Finnlands Anspruch auf die Ålandinseln, die sich 1919 in einer Volksabstimmung für den Anschluß an Schweden entschieden haben, wird vom Völkerbund mit der Einschränkung anerkannt und bestätigt, daß die Inseln autonome Verwaltung erhalten und nicht befestigt werden dürfen. Im Oktober 1921 werden sie überdies den Neutralitätsstatus zuerkannt erhalten.

FINNLAND ÅLANDSINSELN VÖLKERBUND

28. Juni 1921

Das jugoslawische Parlament nimmt in Abwesenheit der Kroatischen Bauernpartei eine neue Verfassung an. Sie macht Jugoslawien zu einem zentralistisch (und das bedeutet: serbisch) regierten Einheitsstaat. Nikola Pasić bildet die erste, ausschließlich serbische Regierung. Die Kroaten unter Führung von Stefan Radić, die für eine föderalistische Staatsform eintreten, gehen in die Opposition. Die Kommunistische Partei wird nach mehreren Bombenanschlägen verboten werden.

JUGOSLAWIEN NEUE VERFASSUNG KROATEN IN OPPOSITION RADIC

noch Juni 1921

Auf Drängen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (Gustav Ador) nimmt sich der Völkerbundsrat nunmehr der Frage der russischen Flüchtlinge an. Der Vertreter Frankreichs, Gabriel Hanotaux, stellt die entsprechenden Anträge, denen der Rat stattgibt. Mit der Durchführung der notwendigen Hilfs- und Unterbringungsmaßnahmen wird wieder Fridtjof Nansen betraut. Er nimmt auch diesen Auftrag an und führt die Verhandlungen mit den privaten Hilfsorganisationen, den Regierungen, insbesondere auch mit dem Internationalen Arbeitsamt. Und er koordiniert die mannigfachen Bestrebungen und Maßnahmen nach einem wirksamen Gesamtplan. In diesem Zusammenhang entsteht der bekannte Nansenpaß, um die Flüchtlinge aus der ausweglosen Situation der Staatenlosigkeit zu befreien.[14]

ROTES KREUZ VÖLKERBUND RUSSLAND-FLÜCHTLINGE NANSEN INTERNATIONALES ARBEITSAMT NANSENPASS

1. Juli 1921

In Italien tritt die Regierung Giolitti (seit Juni 1920) zurück. Es werden von nun an bis zum Regierungsantritt Mussolinis (vgl. 28.

ITALIEN

RÜCKTRITT GIOLITTIS

Oktober 1922) nur noch schwache Regierungen mit geringem Rückhalt im Parlament gebildet werden.

CHINA KOMMUNISTISCHE PARTEI

Die neugegründete Chinesische Kommunistische Partei (KPC) hält ihre erste Allgemeine Versammlung, ihren I. Parteitag, ab. Sowjetrußland unterstützt aber in China vor allem die Kuomintang-Partei Sun Yat-sens.

10. Juli 1921

ÄUSSERE MONGOLEI SOWJETRUSSLAND

Während die Innere Mongolei unter chinesischem Einfluß bleibt, erklärt die Äußere Mongolei, in der sich unter sowjetrussischem Einfluß eine provisorische Volksregierung gebildet hat, ihre Unabhängigkeit von China.

11. Juli 1921

IRLAND GROSSBRITANNIEN WAFFENSTILLSTAND

In Irland unterzeichnen der Oberkommandierende der britischen Streitkräfte, Macready, und der Generalstabschef der Aufständischen, Mulcahy, einen Waffenstillstandspakt, nach dem die Feindseligkeiten um Mitternacht eingestellt werden sollen. Die „Irish Republican Brotherhood" nutzt diese Frist bis zur letzten halben Stunde zur Ausübung von Guerillaunternehmen. Tags darauf ist die Stadt Dublin überflutet von Angehörigen der irischen Freiheitstruppen, die aus ihren zahlreichen Verstecken hervorgekommen sind.[15]

noch Juli 1921

SOWJETRUSSLAND HUNGERSNOT HOOVER LLOYD GEORGE

Der russische Schriftsteller Maxim Gorki richtet brieflich Hilferufe für die von der Hungersnot in Sowjetrußland bedrohten Millionen Menschen an mehrere Persönlichkeiten des Auslandes, unter anderem an den durch sein Hilfswerk für Belgien während des Krieges bekannt gewordenen nordamerikanischen Handelsminister Herbert Hoover. Damit tritt zu der Sorge für die Flüchtlinge *aus* Sowjetrußland nun auch die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für die Menschen *in* Sowjetrußland selbst. Lloyd George bringt das Problem im britischen Parlament zur Sprache (vgl. 20. August 1921).[16]

SPANIEN MAROKKO ABD EL KRIM

Die spanischen Kolonialtruppe in Marokko erleidet eine schwere Niederlage gegen die Rif-Kabylen. Abd el Krim kontrolliert nahezu das gesamte Gebiet Spanisch-Marokkos, und es wird bis zum Herbst dauern, bis die Spanier wieder Herr der Lage sind.

20. August 1921

NANSEN IN MOSKAU

Fridtjof Nansen, der erst acht Tage zuvor auf ein dringendes Telegramm Gustav Adors vom Internationalen Komitee des Ro-

ten Kreuzes hin die Leitung des Hilfswerkes in den sowjetrussischen Hungergebieten übernommen und auf eine geplante Forschungsexpedition nach Zentralasien verzichtet hat, trifft in Riga mit seinen Helfern von der Heimbeförderung der überlebenden Kriegsgefangenen, mit dem Vertreter Herbert Hoovers, Walter L. Brown, und dem Vertreter des sowjetrussischen Außenkommissariats, Maxim Wallach Litwinow-Finkelstein, zusammen (vgl. noch Juli 1921). Da ihm Finkelstein nicht kompetent erscheint, reist Nansen bereits am 22. August nach Moskau weiter und verhandelt mit Tschitscherin und Kamenew. Es werden zwei Millionen Tonnen Getreide aus Westeuropa und den USA benötigt sowie Kredite für Sowjetrußland, um die Getreidelieferungen bezahlen zu können.[17]

TSCHITSCHERIN

23. August 1921

Im Irak (Mesopotamien) wird nach einer Volksabstimmung Emir Faisal zum König ausgerufen, derselbe, der im Jahre zuvor (vgl. 20. März 1920) in Syrien zum König proklamiert, aber im Juli 1920 von den Franzosen aus Damaskus vertrieben wurde. Er und sein Bruder Abd Allah haben im Weltkrieg zusammen mit Thomas Edward Lawrence, dem „Araber-Lawrence", den „Aufstand in der Wüste" gegen die Türkei und die Mittelmächte geleitet und sind nun die Seele der arabischen Unruhen gegen die Alliierten, die ihre Versprechungen von damals nicht halten. Großbritannien läßt die Königsproklamation Faisals zwar zu, beläßt aber einen britischen Oberkommissar mit umfangreichem Beamtenstab in Bagdad und eine beträchtliche britische Streitmacht im Lande (vgl. auch 10. Oktober 1922).[18]

IRAK
KÖNIG FAISAL
GROSSBRITANNIEN

25. August 1921

Da der Senat der USA eine Ratifizierung des Versailler Vertrages abgelehnt hat, schließen die USA mit Deutschland einen Sonderfrieden, in dem sie zwar alle ihnen im Versailler Vertrag zuerkannten Rechte, Forderungen und Ansprüche an Deutschland aufrechterhalten, aber alle Verpflichtungen, insbesondere den Völkerbund und seine Satzungen betreffend, ablehnen und sich an Reparationskommissionen nur insoweit zu beteiligen zusagen, als „sie dies wollen". Dieser sogenannte Friedensvertrag ist tatsächlich nur eine einseitige Willensäußerung der USA. Deutschland wird ihn am 2. November 1921 ratifizieren. Einen entsprechenden Vertrag schließen die USA auch mit Österreich.[19]

USA
DEUTSCHLAND
SONDERFRIEDEN
ÖSTERREICH

26. August 1921

Der deutsche Zentrumspolitiker Matthias Erzberger wird von zwei ehemaligen deutschen Offizieren, Schulz und Tilessen, er-

DEUTSCHLAND

ATTENTAT GEGEN ERZBERGER AUSNAHME-ZUSTAND BAYERN

schossen. Erzberger führte 1918 die deutsche Waffenstillstandskommission und unterschrieb — auf Ersuchen Hindenburgs — die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten. Im Juni 1919 wurde er dann Reichsfinanzminister und führte die Vereinheitlichung des deutschen Finanzwesens sowie eine umfassende Steuerreform durch. Im März mußte er nach einem Prozeß, in dem ihm enge Verquickung seiner öffentlichen Amtstätigkeit mit privaten Geschäftsinteressen nachgewiesen wurden sowie der Verdacht eines Meineids aufkam, zurücktreten. Auf seine Erschießung hin wird Reichspräsident Ebert drei Tage später den Ausnahmezustand verhängen, den das Land Bayern nicht anerkennt, genau wie ein Jahr später nach dem Attentat auf Rathenau (vgl. 18. Juli 1922).[20]

27. August 1921

SOWJET-RUSSLAND HILFSAKTION NANSEN

Um 19.45 Uhr unterzeichnen in Moskau Fridtjof Nansen und der sowjetrussische Außenkommissar Tschitscherin die Verträge für die Hilfsaktion in den Hungergebieten (vgl. noch Juli 1921, 20. August 1921). Es wird ein internationales Komitee für die Hilfe in Rußland gebildet, an dessen Spitze je ein Vertreter des Genfer Völkerbundskommissars Nansen und der Sowjetregierung stehen. Letztere übernimmt die Löschung der Schiffsladungen in den Häfen und den Transport der Hilfsgüter an die Bestimmungsorte mit Vorrang, stellt Lagerräume, Büros, Küchen, Krankenhäuser, Heizmaterial, Beförderungsmittel, Arzt- und Wartepersonal. Nansen seinerseits verpflichtet sich, über den Völkerbund die europäischen Regierungen um eine Anleihe von 250 Millionen Schweizer Franken zu ersuchen. Er erhält das Recht, so viele Vertreter und Angestellte nach Sowjetrußland zu entsenden, wie ihm nötig erscheint. Ihnen allen erkennt die Sowjetregierung den Diplomatenstatus zu sowie uneingeschränkte Bewegungsfreiheit im gesamten Gebiet der Sowjetrepubliken, bei Enthaltung jeder politischen oder merkantilen Tätigkeit. Sie haben aber das Recht, sich aus der Bevölkerung die nötigen Hilfskräfte frei zu wählen. Fünfzehn Minuten nach vollzogener Unterschrift, um 20 Uhr, verläßt Nansen Moskau und reist nach London. Es ist keine Minute zu verlieren.[21]

9. September 1921

VÖLKERBUND

Anläßlich der Beratung des Geschäftsberichtes von Völkerbundsrat und -sekretariat in Genf meldet sich Fridtjof Nansen in der Versammlung zu Wort, wirbt für die Anleihe an Sowjetrußland zur Finanzierung der notwendigen Getreideimporte (vgl. 20. und 27. August 1921), schildert, was er selbst auf der Reise nach Mos-

kau gesehen hat und widerlegt im voraus die ihm bekannten Haupteinwände. Nansen erhält spontanen Beifall von den Tribünen, aber nicht von den Vertretern der Regierungen. Vierzehn Tage darauf wird er seinen Appell noch dringlicher wiederholen. Vergeblich. Am 30. September werden die Regierungen endgültig die erbetenen Kredite verweigern. Die Finanzierung der Lebensmittelbeschaffung wird den privaten Organisationen, d. h. in erster Linie Herbert Hoover in den USA, überlassen werden. Nansen wird kreuz und quer durch Europa reisen, um die Geldmittel dennoch aufzubringen.[22]

ABLEHNUNG EINER ANLEIHE FÜR HILFSAKTION IN RUSSLAND NANSEN HOOVER

21. September 1921

In Kasan an der Wolga, 670 Kilometer östlich von Moskau, beginnt die Ausgabe von Mahlzeiten an die hungernde Bevölkerung im Rahmen der kombinierten Hoover-Nansen-Hilfe aus importierten Lebensmitteln. Zwanzig Millionen Menschen sind ohne diese Hilfe zum Hungertode verurteilt, darunter acht Millionen Kinder (vgl. 20. und 27. August, 9. September 1921). Die Hilfsaktion wird sich immer mehr ausweiten und bis in den Spätsommer des folgenden Jahres andauern. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus. Millionen müssen dennoch verhungern. Nansen selbst reist abwechselnd durch die Hunger- und Typhusgebiete und durch die europäischen Hauptstädte, um von dem Massensterben aus eigenem Augenschein zu berichten und weitere Mittel anzuwerben. Um einen Teil der Hungernden lebend durch den Winter zu bringen, muß man bei den Ausgabestellen die übrigen zurückweisen und dem sicheren Tode preisgeben. Es gibt keine andere Möglichkeit. In Charkow leitet Vidkun Quisling, der spätere norwegische Kriegsminister (1931) die Durchführung der Hilfsaktion als Vertreter Nansens für das Gebiet der Ukraine. Monatelang arbeitet er unmittelbar im Herd der durch Hunger und die unbestatteten Toten ausgelösten Seuchenepidemien. Hier bildet er sich sein Urteil über die praktischen Folgen eines kommunistischen Systems, eine Einsicht, die er vierundzwanzig Jahre später mit seiner Erschießung und der Verleumdung seines Namens wird bezahlen müssen. Denn die westliche Zivilisation treibt unaufhaltsam der Bolschewisierung entgegen.[23]

SOWJET-RUSSLAND BEGINN DER HILFSAKTION IN KASAN TYPHUS-GEBIETE NANSEN QUISLING

noch September 1921

Parallel zu der Entwicklung in der Äußeren Mongolei (vgl. 10. Juli 1921) wird auch im benachbarten Tannu-Tuwa (Urjanchai), zwischen dem Tannuolagebirge und den Quellflüssen des Jenissei, eine „Volksrepublik“ errichtet, ein formal unabhängiger Satel-

TANNU-TUWA VOLKSREPUBLIK UNTER SOWJETISCHEM EINFLUSS

reichste Teil Oberschlesiens mit Pleß, Myslowitz, Kattowitz, Königshütte, Tarnowitz, Rybnik und Lublinitz Polen zuerkannt werden soll. Indem er sich willkürlich über die Volksabstimmung hinwegsetzt, bricht der Oberste Rat der Alliierten selbst den Friedensvertrag von Versailles und hat keinen völkerrechtlichen Anspruch mehr darauf, daß dieser Vertrag deutscherseits weiterhin eingehalten wird.[27]

OBERSCHLESIEN TEILUNG ENTGEGEN DER VOLKSABSTIMMUNG

4. November 1921

In Japan, das infolge empfindlichen Rückgangs seines Exportes unter einer schweren Wirtschaftskrise leidet und im Zusammenhang damit auch unter zunehmenden inneren Unruhen, wird der Ministerpräsident Hara ermordet.

JAPAN ATTENTAT GEGEN HARA

5. November 1921

Die Äußere Mongolei (vgl. 10. Juli 1921), die sich nunmehr „Republik der mongolischen Völker“ nennt, eine Bezeichnung, die auf Expansionsabsichten in Richtung der Inneren Mongolei schließen läßt, schließt einen Freundschaftsvertrag mit ihrer Schutzmacht Sowjetrußland. In folgerichtiger Weiterführung dieser Entwicklung wird sie sich drei Jahre später, am 26. November 1924, als Mongolische Volksrepublik proklamieren und sich künftig in jeder Hinsicht an die UdSSR binden.

„REPUBLIK DER MONGOLISCHEN VÖLKER“ SOWJETRUSSLAND FREUNDSCHAFTSVERTRAG

9. November 1921

Nachdem Albanien im Jahre zuvor seine Unabhängigkeit wiedergewonnen hat, werden ihm nunmehr durch die Botschafterkonferenz der Alliierten (des Weltkrieges) auch seine Grenzen von 1913 mit geringen Änderungen wieder zuerkannt, allerdings nur für die Dauer von anderthalb Jahren. Denn im Juli 1923 wird im Frieden von Lausanne (vgl. 24. Juli 1923) Südalbanien an Griechenland gegeben werden.

ALBANIEN

13. November 1921 bis 6. Februar 1922

In Washington tritt eine Konferenz zusammen, die ein Kräftegleichgewicht zwischen Großbritannien, Japan und den USA im Pazifischen Raum herstellen soll. Während des Ersten Weltkrieges hat Japan sich in Ostasien zur führenden Seemacht entwickelt und sich auf dem Kontinent festgesetzt. Die beiden anderen Mächte wollen insbesondere ihre Handelsinteressen in China wahren. Über die Ergebnisse der Konferenz siehe 6. Februar 1922.[28]

GROSSBRITANNIEN JAPAN USA KONFERENZ IN WASHINGTON

25. November 1921

JAPAN KRONPRINZ HIROHITO REGENT

Da sich die Erkrankung des Kaisers von Japan, Taisho (Joshihito) (seit 1912), als unheilbar herausstellt, tritt Kronprinz Hirohito, geb. am 24. April 1901 in Tokio, für seinen Vater die Regentschaft an. Er ist soeben von einer längeren Europareise zurückgekehrt und neigt zu einer freieren, weniger traditionsgebundenen Auffassung.

6. Dezember 1921

GROSSBRITANNIEN IRLAND DOMINION-VERTRAG SPALTUNG DER SINNFEIN

Großbritannien schließt einen Vertrag mit Irland und gesteht dem südlichen Teil der Insel den Dominionstatus zu. Es gibt keinen anderen Weg mehr, um den jahrelangen, verbissenen und von beiden Seiten mit grausamem Terror geführten Kämpfen ein Ende zu bereiten. Der Vertrag wird Anfang 1922 zur Spaltung der irischen Sinnfein-Bewegung führen, da die Republikaner unter Führung de Valeras auch den Dominionstatus ablehnen und eine gänzliche Lösung von England anstreben. Andrerseits ist England zu diesem Vertrag auch durch die erneuten umfangreichen Streiks der Kohlenbergleute im eigenen Lande gezwungen worden.[29]

13. Dezember 1921

VIERMÄCHTE-ABKOMMEN FRANKREICH GROSSBRITANNIEN JAPAN USA

Im Rahmen der Washingtoner Konferenz (vgl. 13. November 1921, 6. Februar 1922) wird unter Zuziehung Frankreichs ein Viermächteabkommen zwischen Frankreich, Großbritannien, Japan und den USA geschlossen, die sich darin gegenseitig ihre insularischen Besitzungen und Dominions im Stillen Ozean garantieren. Etwaige künftige Meinungsverschiedenheiten über diesen Besitz sollen, wenn nicht auf diplomatischen Wege zu regeln, durch eine jeweils neu einzuberufende Konferenz der vier Mächte geklärt werden. Nimmt eine an dem Abkommen nicht beteiligte Macht gegenüber den insularen Besitzungen eine aggressive Haltung ein, so werden die vier Mächte gemeinsam geeignete Maßnahmen beschließen. Das Abkommen hat zunächst Gültigkeit für zehn Jahre. Danach kann es gekündigt werden.[30]

14. Dezember 1921

ÖSTERREICH VOLKSABSTIMMUNG IM BURGENLAND UNGARN

In dem in den Pariser Vorortsverträgen Österreich zugesprochenen, aber seit August 1920 von magyarischen Freischärlern besetzten Burgenland wird auf Vermittlung Italiens hin für Ödenburg und Umgebung eine Volksabstimmung durchgeführt. Unter dem Terror der magyarischen Besatzung kommt eine knappe Mehrheit für Ungarn zustande. Daraufhin fällt das *gesamte* Ab-

stimmungsgebiet an Ungarn. Man vergleiche mit der Handhabung in Oberschlesien (siehe 20. März 1921 und noch Oktober 1921).

22. Dezember 1921

Nachdem Frankreich in den Friedensverträgen von Versailles und Umgebung auf die Eingliederung des Großherzogtums Luxemburg verzichtet hat, schließt dieses eine auf fünfzig Jahre befristete Zoll- und Handelsunion mit Belgien. Auch die Verwaltung der Luxemburgischen Eisenbahnlinien wird Belgien überlassen.

LUXEMBURG BELGIEN ZOLLUNION

noch 1921 (ohne nähere Datierung)

Kolumbien erkennt in einem Vertrag mit den USA die Unabhängigkeit der Republik Panama, die auf ursprünglich kolumbianischem Gebiet entstand, gegen eine Entschädigungssumme von 25 Millionen US-Dollar, zahlbar in fünf Jahresraten, an. 1903 hatte Kolumbien einen ihm von den USA diktierten „Pachtvertrag“ über das Panamagebiet verworfen. Daraufhin hatten die dafür zuständigen US-Organe in diesem Gebiet eine „Revolution“ stattfinden lassen, deren Ergebnis die „unabhängige“ Republik Panama war, die noch im gleichen Jahr 1903 mit den USA die „Isthmian Canal Convention“ schloß und ihnen die Kanalzone überließ.[31]

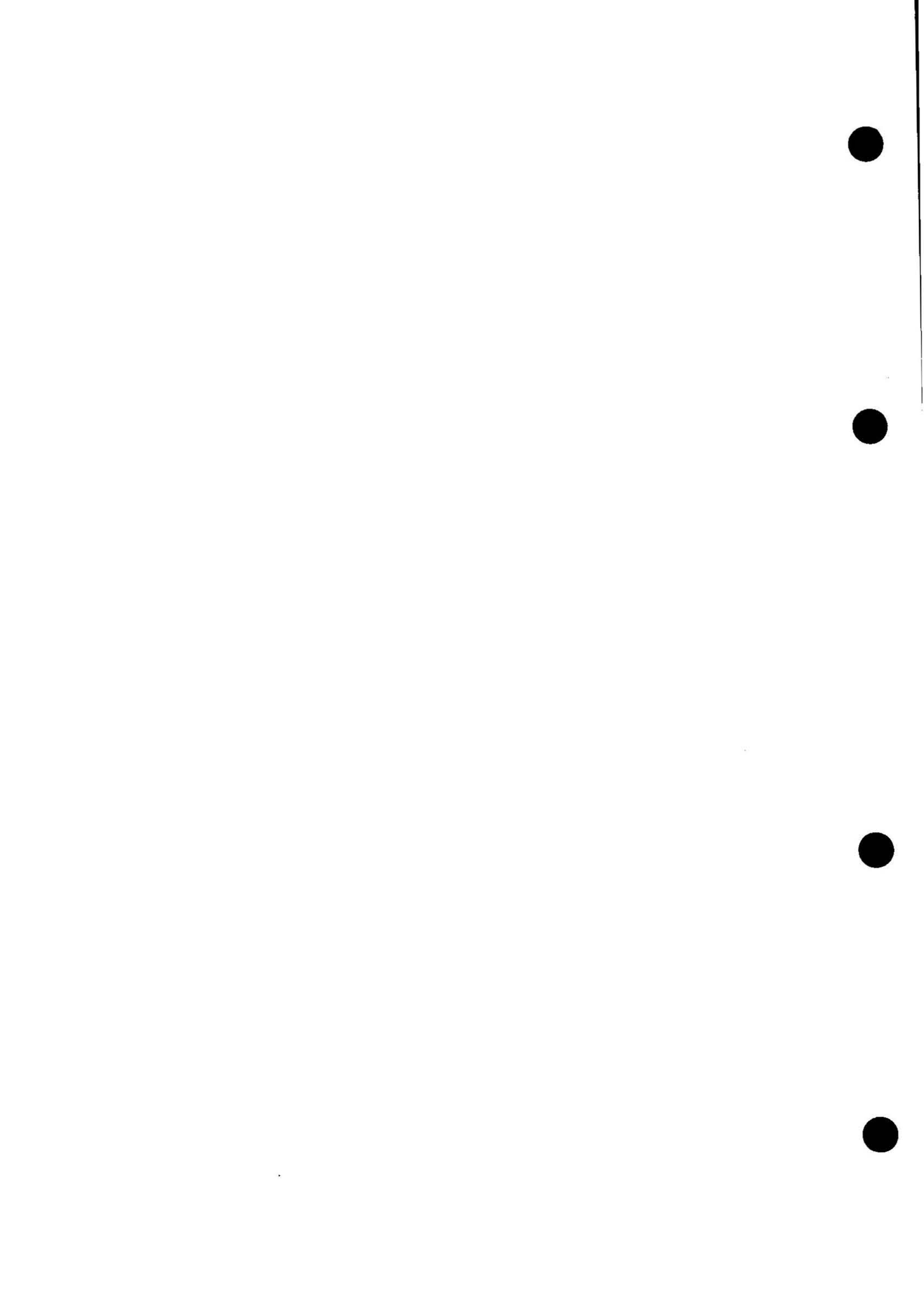
KOLUMBIEN PANAMA USA KANALZONE

In Deutschland veröffentlicht Ernst Kretschmer (1888—1964) seine Forschungsergebnisse über die Beziehungen zwischen „Körperbau und Charakter“. Die Arbeit trägt dazu bei, den Menschen als ein Ganzes zu betrachten und wirkt zugleich der um sich greifenden (marxistischen) Milieutheorie entgegen, indem sie auf die erbbedingten, nicht von der Umwelt geprägten menschlichen Verschiedenheiten hinweist.

DEUTSCHLAND KRETSCHMER „KÖRPERBAU UND CHARAKTER“

Der nordamerikanische Außenminister Robert Lansing schreibt in The Peace Negotiations, Boston 1921, auf Seite 272: „Der Völkerbund, wie er sich jetzt konstituiert hat, wird eine Beute der Gier und Intrige . . . man fordert von ihm, als gerecht abzustempeln, was ungerecht ist. Wir haben einen Friedensvertrag [Versailles], aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand der Selbstsucht errichtet ist!“[32]

LANSING ÜBER DEN VÖLKERBUND



1922

1. Januar 1922

In Belgien wird ein Gesetz verabschiedet, das der flämischen Sprache Gleichberechtigung mit der französischen Sprache verleiht. Es ist die logische Folge der Wahlen von 1921, bei denen 80 von 114 gewählten Abgeordneten dem flämischsprechenden Bevölkerungsteil angehören. Doch wird die Durchführung des Gesetzes verzögert. Die flämische Frontpartei strebt die vollständige Autonomie Flanderns innerhalb des belgischen Staates an.[1]

BELGIEN SPRACHENKAMPF VOLKSTUMSKAMPF

6.—13. Januar 1922

In Cannes treten Lloyd George für Großbritannien und Briand für Frankreich zu einer Konferenz zusammen, um ihre Differenzen im Orient zu regeln. Diese Differenzen haben sich großenteils aus dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der Einbeziehung von Teilen dieses zerfallenen Imperiums in den Einflußbereich der beiden Kolonialmächte ergeben. Da gleichzeitig auch über die rückständigen deutschen Reparationsleistungen gesprochen werden soll, wird als Beobachter Walther Rathenau zur Konferenz zugezogen. Man räumt ihm eine Verzugsfrist für die beiden nächstfälligen Zahlungen ein und beschließt, eine Weltwirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen. Der Sturz des Kabinetts Briand in Paris beendet die Konferenz.[2]

KONFERENZ LLOYD GEORGE — BRIAND IN CANNES RATHENAU ZUGEZOGEN STURZ DER REGIERUNG BRIAND

noch Januar 1922

In Frankreich bildet Raymond Poincaré (geb. 1860 in Bar-le-Duc), seit 1893 Regierungsmitglied, einer der Hauptverantwortlichen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, und von 1913 bis 1920 Präsident der Republik, eine neue Regierung mit scharf antideutscher Tendenz. Sie wird 1923 trotz britischen Widerspruchs das Ruhrgebiet besetzen und dort ein Terrorregime errichten. Der Pressereferent der deutschen Reichsregierung, Dr. Joachim Kühn, beurteilt Poincaré wie folgt: „. . . ein kalter Rechner, rednerisch geschickt und juristisch mit allen Wassern gewaschen, im ganzen aber doch borniert und infolgedessen eine der verhängnisvollsten Gestalten der modernen Geschichte."[3]

FRANKREICH REGIERUNG POINCARÉ

6. Februar 1922

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz endet mit einem Flottenabkommen der fünf Mächte Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und den USA, das Neubauten großer Kriegsschiffe untersagt und das Gesamttonnageverhältnis wie folgt festsetzt (Reihenfolge siehe oben): 1,75 : 5 : 1,75 : 3 : 5; ferner mit einem

FLOTTENABKOMMEN

FRANKREICH-GROSSBRITANNIEN-ITALIEN-JAPAN-USA PAZIFIK-ABKOMMEN NEUNMÄCHTE-ABKOMMEN ÜBER CHINA KIAUTSCHOU AN CHINA

Viermächteabkommen (Pazifikabkommen) Frankreichs, Großbritanniens, Japans, und der USA, das den derzeitigen Besitzstand im Pazifikraum garantiert und den zweiseitigen Pakt Großbritanniens und Japans von 1902 aufhebt. Außerdem wird über die „Unabhängigkeit" Chinas bei Aufrechterhaltung des Grundsatzes der „offenen Tür" ein Neunmächteabkommen getroffen und im Schantungvertrag Schantung sowie Kiautschou von Japan an China zurückgegeben, der Abzug japanischer Truppen aus China festgelegt. Japan kehrt als der Benachteiligte aus dieser Konferenz zurück.[4]

11. Februar 1922

JAPAN USA YAP-VERTRAG

Im Yap-Vertrag zwischen Japan und den USA werden Spannungen beigelegt, die wegen Anlage einer Kabelstation auf der westmikronesischen Insel Yap entstanden waren (9° 30' nördl. Br., 138° östl. L.). Japan erhält in diesem Vertrag das Mandat über die Insel, muß aber den USA eine Reihe von Sonderrechten einräumen.

28. Februar 1922

GROSSBRITANNIEN ÄGYPTEN ENDE DES PROTEKTORATS-VERHÄTNISSES KÖNIG FUAD I.

Großbritannien gesteht Ägypten — von der einflußreichen Wafdpartei bedrängt — formal die uneingeschränkte Souveränität zu und gibt das Protektoratsverhältnis auf, das seit 1915 bestand und auch den Sudan einschloß. Die britischen Truppen (Ende 1921: 13 000 englische und 32 000 indische Soldaten) verbleiben jedoch vorerst in Ägypten, das sich zum unabhängigen Königreich unter König Fuad I. erklärt (vgl. 28. April 1936, ***26. August*** *1936*).

noch Februar 1922

VATIKAN WAHL PIUS' XI. (ACHILLE RATTI) KAMPF GEGEN FREIMAURGEREI, KOMMUNISMUS, FASCHISMUS, NATIONAL-SOZIALISMUS

Im Vatikan zu Rom wird nach dem Tode Papst Benedikts XV. (seit September 1914) der Kardinal Achille Ratti zum Papst gewählt und tritt das Amt unter dem Namen Pius XI. an. Er ist eine ausgesprochene kämpferische Persönlichkeit und wird im Verlauf seiner Amtszeit (bis Februar 1939) zunächst antikirchliche Tendenzen der italienischen Freimaurerei und des Kommunismus abwehren, mit dem italienischen Staat die Lateranverträge durchsetzen, mit dem Deutschen Reich das Reichskonkordat schließen und danach sowohl den Faschismus als auch den deutschen Nationalsozialismus wegen ihrer auf Staat und Nation ausgerichteten Erziehungstendenzen attackieren.

17. März 1922

POLEN ESTLAND

Die polnische Regierung unter der Präsidentschaft Marschall Josef Pilsudskis schließt in dem Bestreben, sich gegen Sowjetrußland

zu sichern, Freundschaftsverträge mit den baltischen Staaten Estland und Lettland sowie mit Finnland. Sie ergänzt damit das mit den Bündnisverträgen mit Frankreich (vgl. 19. Februar 1921) und Rumänien (vgl. 3. März 1921) im Vorjahre begonnene Bündnissystem.

FINNLAND LETTLAND FREUNDSCHAFTS-VERTRÄGE

29. März 1922

In Litauen führt die Regierung eine Bodenreform durch, enteignet und entmachtet damit vor allem den polnischen Großgrundbesitz, der zuvor starken politischen Einfluß hatte. Das Bodenreformgesetz wird zwölf Tage nach Abschluß des polnisch-estländischen und polnisch-lettländischen Freundschaftspaktes (siehe oben) verabschiedet.

LITAUEN BODENREFORM

noch März 1922

Armenien, Aserbeidschan und Georgien, die im April 1918 ihre Unabhängigkeit von Moskau erklärt haben, inzwischen aber ebenfalls bolschewisiert wurden, werden nunmehr zur Transkaukasischen Sozialistischen Sowjetrepublik zusammengeschlossen.

TRANSKAUKASISCHE SOZ. SOWJETREPUBLIK (ARMENIEN, ASERBEIDSCHAN, GEORGIEN)

In Indien wird Mohandas Karamtschand Gandhi (geb. 2. 10. 1869 in Porbandar, Kathiawar), seit 1920 Führer des Indischen Nationalkongresses und Initiator der non-cooperation-Bewegung, d. h. des passiven Widerstandes gegen die britischen Kolonialbehörden, verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen er allerdings zunächst nur zwei Jahre verbüßen wird. Besonders verübeln ihm die Briten seine Propaganda für die Inbetriebnahme eigener Spinnräder in den Wohnungen und eigener Salzgewinnung aus dem Meer mit dem Ziel, die britischen Textilien zu boykottieren und das britische Salzmonopol zu brechen. Der britische Vizekönig seit 1921, Lord Reading, regiert die Kolonie ohne Minister und ohne Parlament.[5]

INDIEN GANDHI PASSIVER WIDERSTAND LORD READING

6. April 1922

Auf dem XI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Moskau befürwortet Lenin die Wahl Stalins zum Generalsekretär, einer Funktion, die damit neu geschaffen wird. Lenin nimmt Stalin ausdrücklich gegen dessen Kritiker in Schutz, wird aber wenig später in einem Gespräch mit Trotzki diesem vorschlagen, eine besondere Kommission im Zentralkomitee zu bilden, die den Bürokratismus sowohl in der Staatsführung als auch im Organisationsbüro der Partei — das heißt, im Zentrum des eben erst Stalin anvertrauten Apparates — bekämpfen soll. Lenin scheint also den Zwiespalt zwischen Trotzki und Stalin zu

SOWJET-RUSSLAND XI. PARTEITAG STALIN GENERALSEKRETÄR DER KOMM. PARTEI LENIN TROTZKI

POLITBÜRO 43 % JUDEN

fördern. Bei diesem Parteitag sind von 27 Vollmitgliedern des Zentralkomitees 8, d. h. 30 % Juden, von 7 Mitgliedern des Politbüros drei, d. h. 43 %. Im Gesamtmitgliederbestand der Partei machen die Juden zu dieser Zeit 5,2 % aus, in der Gesamtbevölkerung Sowjetrußlands weniger als 1,8 %.[6]

10. April bis 19. Mai 1922

WIRTSCHAFTS-KONFERENZ IN GENUA OHNE TÜRKEI UND USA

An der in Cannes beschlossenen (vgl. 6.—13. Januar 1922) Wirtschaftskonferenz in Genua nehmen Vertreter von 28 europäischen Staaten sowie Japans und der britischen Dominions teil. Die Türkei und die USA sind nicht vertreten. Die Bemühungen Tschitscherins um Anerkennung der Russischen Sowjetrepublik und um Aufnahme der Abrüstungsfrage in das Konferenzprogramm stoßen auf schroffe Ablehnung seitens Frankreichs (Barthou). Da andrerseits Tschitscherin sich weigert, Vorkriegsschulden des zaristischen Rußland anzuerkennen, wird die Konferenz ergebnislos abgebrochen. Vgl. auch 16. April 1922.
Barthou hat Tschitscherin angeboten, sich die Mittel zur Rückzahlung der russischen Vorkriegsschulden mit Hilfe des Artikel 116 des Versailler Vertrages von Deutschland zahlen zu lassen. Das führt zum Vertrag von Rapallo (siehe unten).

16. April 1922

VERTRAG VON RAPALLO RATHENAU TSCHITSCHERIN

Anläßlich der eine Woche zuvor eröffneten Weltwirtschaftskonferenz in Genua (vgl. 6.—13. Januar 1922) unterzeichnen in Rapallo Rathenau für Deutschland und Tschitscherin für die russische Sowjetrepublik (noch nicht Sowjetunion) einen Vertrag, in dem beide Partner auf Ersatz der Kosten, Schäden und Aufwendungen für Kriegsgefangene und Internierte des (1.) Weltkrieges verzichten (Art. 1), Deutschland darüber hinaus auf alle Ansprüche verzichtet, die sich aus von der Sowjetregierung gegen deutsche Reichsangehörige und deren Privatrechte getroffenen Maßnahmen herleiten lassen (Art. 2), und die Wiederaufnahme diplomatischer sowie konsularischer Beziehungen, außerdem gegenseitige Meistbegünstigung und Wirtschaftshilfe vereinbart werden (Art. 3—5). Die Gültigkeitsdauer des Vertrages wird nicht begrenzt (vgl. auch 5. November 1922).[7]

15. Mai 1922

DEUTSCHLAND POLEN KONVENTION ÜBER RECHTE DER

Vertreter Deutschlands und Polens unterzeichnen in Genf eine Konvention, die nach der vom Obersten Rat der Alliierten verfügten Teilung Oberschlesiens vom 20. Oktober 1921 die Rechtsstellung von Personen und Eigentum regelt, die der polnischen Staatshoheit unterstellt wurden, d. h. also die Rechte der volks-

deutschen Minderheit in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens. Diese Konvention wird polnischerseits siebzehn Jahre lang ständig durchbrochen und ignoriert werden.[8]

DEUTSCHEN MINDERHEIT IN OBERSCHLESIEN

31. Mai 1922

In Österreich bildet der Prälat Dr. theol. Ignaz Seipel, Führer der Christlich-Sozialen Partei, eine neue Regierung. Seipel (geb. 19. Juli 1876 in Wien) war zuvor Minister für soziale Fürsorge und Mitglied der Nationalversammlung. Ein Teil der Minister seines Kabinetts setzt sich für den Zusammenschluß Österreichs mit dem Deutschen Reich ein.[9]

ÖSTERREICH REGIERUNG SEIPEL

2. Juni 1922

In Ungarn finden Wahlen zur Nationalversammlung statt, die eine Mehrheit für die Regierung des Grafen Stefan Bethlen erbringen und diesem damit die Fortsetzung seiner — nach eigenem Bekenntnis — christlich-liberalen, dem Stile nach konservativen Politik bis 1931 ermöglichen.[10]

UNGARN WAHLEN ZUR NATIONAL-VERSAMMLUNG REGIERUNG BETHLEN

14. Juni 1922

In dem durch den Versailler Vertrag geschaffenen „Freistaat Danzig" wird eine eigene Verfassung verkündet, die zuvor von Polen und dem Völkerbund genehmigt werden mußte. Sie löst die Weimarer Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ab, die bis dahin als Grundlage auch für das Danziger Regierungssystem diente.

Nachdem bereits am 20. Dezember 1921 ein Gesetz der polnischen Minderheit in Danzig besondere Schul- und Lehrrechte einräumte, gestattet die neue Verfassung den Polen, mit fünf Delegierten in den Volkstag einzuziehen, der 120 Mitglieder zählt.[11]

DANZIG EIGENE VERFASSUNG

20. Juni 1922

Der Völkerbund billigt die Überlassung des größeren östlichen Teiles der ehemals deutschen Kolonie Togo, der an Dahome grenzt, an Frankreich. Über diese Regelung hatten sich bereits zwei Jahre zuvor Frankreich und Großbritannien geeinigt (vgl. 10. Juli 1920). Das Gebiet wird als „Völkerbundsmandat" von einem französischen Hohen Kommissar verwaltet. Der restliche Teil Togos wird von Großbritannien zur britischen Kolonie Nigeria geschlagen. Ganz Deutsch-Ostafrika wird britisches Mandatsgebiet, ausgenommen Ruanda-Urundi und das Kionga-Dreieck. Einen Monat später, am 20. Juli 1922, wird der Völkerbund Frankreich auch das „Mandat" für den größeren Teil Kameruns erteilen.

TOGO FRANKREICH GROSSBRITANNIEN VÖLKERBUND OSTAFRIKA KAMERUN

24. Juni 1922

DEUTSCHLAND ATTENTAT AUF RATHENAU VERORDNUNG ZUM SCHUTZE DER REPUBLIK

In Berlin wird auf den deutschen Außenminister Walther Rathenau ein Attentat verübt, bei dem Rathenau getötet wird. Wie einer der Attentäter, Ernst von Salomon, später versichern wird, ist sein Motiv bei diesem Attentat weder die Rolle, die Rathenau bei Plänen des internationalen Judentums spielte, noch der Vertragsabschluß mit Sowjetrußland in Rapallo (vgl. 16. April 1922), sondern das Bemühen Rathenaus, die Reparationsforderungen der Alliierten zu erfüllen. Noch am Tage der Tat wird eine Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik erlassen und ein Außerordentlicher Staatsgerichtshof eingesetzt.[12]

4,5 MILLIONEN REICHSMARK AUF ERGREIFUNG DER TÄTER RATHENAUS ROLLE IM ONE-WORLD-PROGRAMM

Auf die Ergreifung der flüchtigen Attentäter Kern, Techow und Fischer wird eine Belohnung von 1 Million Mark ausgesetzt. (Die Inflation hat noch nicht begonnen.) Diese Summe wird durch private Spenden von jüdischer Seite auf 4,5 Millionen Mark erhöht. Techow entkommt, Kern und Fischer werden auf Burg Saaleck gestellt und kommen dabei ums Leben. Am Sarge Rathenaus, im Reichstag aufgebahrt, hält der Reichspräsident Ebert persönlich die Trauerrede. Diese und andere Vorgänge und Veröffentlichungen unmittelbar nach dem Tode Rathenaus verraten mehr über seine Rolle im Rahmen der One-World-Bestrebungen, als den Attentätern zuvor bekannt sein konnte.[13]

18. Juli 1922

DEUTSCHLAND REPUBLIK-SCHUTZGESETZ BAYERN ERLÄSST EIGENE NOTVERORDNUNG

Der Deutsche Reichstag nimmt ein Gesetz zum Schutz der Republik an. Es gibt der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni anläßlich des Attentats auf Rathenau (siehe oben) die gesetzliche Grundlage. Das Land Bayern erklärt, das Gesetz stelle einen Eingriff in die Hoheitsrechte der deutschen Länder dar, und erläßt eine eigene Notverordnung zum Schutze der Verfassung von 1919. Erst nach Angliederung eines Süddeutschen Senats an den Außerordentlichen Staatsgerichtshof (vgl. 24. Juni 1922) wird Bayern Ende August 1922 einlenken. Doch bleibt in München ein tief eingewurzeltes Mißtrauen gegenüber der Reichsregierung in Berlin bestehen, aus dem die Vorgänge vom 8. und 9. November 1923 (vgl. dort) zu erklären sein werden.

24. Juli 1922

VÖLKERBUND BESTÄTIGT

Die Völkerbundsversammlung bestätigt den Beschluß der Konferenz von San Remo, in der sich Frankreich und Großbritannien am 26. April 1920 (vgl. dort) geeinigt haben, das Mandat über Syrien nach Abtrennung Palästinas und des Libanon Frankreich

zuzusprechen. Die Entscheidung stellt einen Bruch der Versprechungen dar, die von seiten der alliierten Mächte im Weltkrieg den arabischen Stämmen und Völkern gemacht wurden, um sie im Kampf gegen die Türken auf die Seite der Alliierten zu ziehen (vgl. hierzu 10. Oktober 1922). Der Völkerbund fungiert hier nur noch als Vollzugsorgan der Ententemächte.

KONFERENZBESCHLUSS VON SAN REMO
SYRIEN
LIBANON
PALÄSTINA

27. Juli 1922

Der französische Ministerpräsident Poincaré (vgl. noch Januar 1922) sagt in einem Interview: „Mir würde es wehe tun, wenn Deutschland zahlte. Ich ziehe die Besetzung und die Eroberung dem Geldeinstreichen und den Reparationen vor.“ In dieser Einstellung sind die Ursachen zu dem siebzehn Jahre später ausbrechenden Zweiten Weltkrieg zu suchen, nicht erst in den letzten Monaten vor Kriegsbeginn.[14]

FRANKREICH
DEUTSCHLAND
POINCARÉ

noch Juli 1922

Die Kommunistische Partei Chinas führt offiziell Verhandlungen mit Sun Yat-sen, dem Begründer und Führer der Kuomintang. Wenige Wochen später wird ihm das Zentralkomitee ein Bündnis zwischen der KPC und der Kuomintang anbieten. Nach der Rückkehr Sun Yat-sens in seinen Regierungsitz Kanton, aus dem er im Juni bei einer Revolte General Tschen Tschiung-mings auf einem Kanonenboot nach Shanghai fliehen mußte, wird dieses Bündnis im Januar 1923 formell zustande kommen. Beide Parteien werden eine Einheitsfront bilden. Die Kommunisten können und sollen als Einzelmitglieder der Kuomintang beitreten. Dabei verläßt sich Sun Yat-sen auf Versicherungen von Vertretern der KOMINTERN, daß die Kommunisten in China keine Diktatur des Proletariats nach sowjetrussischem Muster anstreben würden. Auch ist er überzeugt, er werde die kommunistischen Mitglieder seiner Kuomintang unter Kontrolle halten können.[15]

CHINA
KOMMUNISTISCHE PARTEI
KUOMINTANG
BÜNDNIS
SUN YAT-SEN
KOMINTERN

7.—14. August 1922

Der neue französische Ministerpräsident Poincaré fordert anläßlich einer Konferenz in London von Deutschland als Gegenleistung für die Gewährung eines Zahlungsaufschubs (Moratorium) der Reparationszahlungen „produktive Pfänder“, so z. B. eine Gewinnbeteiligung an der deutschen chemischen Industrie. Großbritannien lehnt solche Forderungen ab. Ergebnis: das Moratorium kommt nicht zustande, d. h. Deutschland erhält keinen Zahlungsaufschub, ist aber darum natürlich nicht zahlungsfähiger als vorher. Dieser Zustand wird sich über Ruhrbesetzung, Dawes- und Young-Plan sowie Hoover-Moratorium 1931 bis zur Re-

POINCARÉ FORDERT VON DEUTSCHLAND „PRODUKTIVE PFÄNDER“

gierungsübernahme durch Hitler hinziehen. Erst dann wird von deutschen Reparationszahlungen nicht mehr die Rede sein.

22. August 1922

IRLAND BÜRGERKRIEG ATTENTAT GEGEN COLLINS COSGRAVE STANDRECHT ALLGEMEINER TERROR

In Irland, wo schon seit Beginn des Jahres ein heftiger und blutiger Bürgerkrieg zwischen den Anhängern der Regierung des mit England ausgehandelten Freistaates und den irregulären Republikanern tobt, wird der Regierungschef Michael Collins auf dem Wege zu seinen Truppen der Nationalarmee in einen Hinterhalt gelockt und getötet. Sein Nachfolger William T. Cosgrave (vgl. 8. September 1922) wird durch das Rumpfparlament, den „Dail“ das Standrecht verhängen lassen, woraufhin die Republikaner den wilden Terror noch steigern werden. In den folgenden Monaten werden, in Erwiderung dieses Terrors, von seiten der Regierung des Freistaates mehr Republikaner hingerichtet werden als von den Engländern während des fünfjährigen Guerillakrieges zuvor, bis endlich am 23. Mai 1923 de Valera den aussichtslosen Kampf abbrechen wird.[16]

noch August 1922

SOWJET-RUSSLAND JOFFE NACH CHINA SUN YAT-SEN

Die Sowjetregierung entsendet Adolf Joffe, der Trotzki nahesteht, nach China mit dem Auftrage, Beziehungen zur chinesischen Intelligenzia anzuknüpfen und sie gegen die „kapitalistischen Mächte“ und „imperialistischen Nationen“ einzunehmen. Auch wird er den Beistand Sowjetrußlands in Aussicht stellen für den Augenblick, wo China entschlossen sei, sich des „fremden Imperialismus“ zu entledigen.[17]
Im Januar 1923 wird Joffe in Schanghai mit Sun Yat-sen zusammentreffen und einen nachhaltigen Einfluß auf ihn ausüben.

1. September 1922

GROSSBRITANNIEN VERFASSUNG FÜR PALÄSTINA BRITISCHER HOCHKOMMISSAR JEWISH AGENCY CHAIM WEIZMANN

Dem von Syrien abgetrennten und britischem Mandat unterstellten Palästina wird von Großbritannien eine Verfassung gegeben, die am 4. Mai 1923 in Kraft treten wird. Nach dieser Verfassung nimmt der britische Hochkommissar die Stellung eines obersten Verwaltungsbeamten, Oberbefehlshabers der (britischen) Streitkräfte und Präsidenten der Exekutive ein. Dementsprechend wird seine Dienststelle mit drei britischen Beamten besetzt. Der Anteil der Juden an der palästinensischen Bevölkerung beträgt zu dieser Zeit erst 11 %. Sie leben größtenteils in eigenen landwirtschaftlichen Siedlungen, getrennt von den Arabern. Ihre Interessen gegenüber der britischen Mandatsverwaltung nimmt die im gleichen Jahr gegründete Jewish Agency for Palestine unter Vorsitz von Chaim Weizmann wahr.

8. September 1922

In Irland wird nach dem Tode von Arthur Griffith (12. August 1922) und Michael Collins (vgl. 22. August 1922) Cosgrave Ministerpräsident. De Valera spaltet den republikanischen Flügel von der Sinnfein-Bewegung ab und bildet die Opposition.

IRLAND COSGRAVE DE VALERA

18. September 1922

Der ungarischen Regierung des Grafen Stefan Bethlen (vgl. 2. Juni 1922) gelingt es, die Zulassung Ungarns zum Völkerbund zu erreichen. Sie schafft sich damit eine Möglichkeit, den Ring der kleinen Entente, der sich um das Land gelegt hat, zu überspringen und sich unmittelbar an die Weltöffentlichkeit zu wenden.

UNGARN VÖLKERBUNDS-MITGLIED

27. September 1922

Der erkrankte Lenin schreibt seinem Stellvertreter Kamenew und den Mitgliedern des Politbüros, spricht sich in diesem Brief für eine föderative Angliederung der unabhängigen Sowjetrepubliken an die russische Sowjetrepublik aus und legt einen entsprechenden Plan bei, der einen Zentralausschuß der Föderation (UdSSR), eine Art „Oberhaus“, wie Stalin es nennt, vorsieht. Stalin lehnt Lenins Vorschläge noch am gleichen Tage brieflich in allen Punkten ab. Trotzki nimmt nicht Stellung, sondern wartet ab.[18]

LENIN FÜR FÖDERATIVE VERFASSUNG DER SOWJET-REPUBLIKEN STALIN GEGEN „OBERHAUS“

28. September 1922

König Konstantin von Griechenland, ein Verwandter des letzten russischen Zaren Nikolaj II., dankt zum zweitenmal ab. Wurde er das erstemal, am 12. Juni 1917, durch die Alliierten zu diesem Schritt gezwungen, so tut er ihn jetzt, weil in den Unruhen nach der Niederlage gegen die Türkei die Anhänger seines alten Widersachers Venizelos die Oberhand gewinnen. Die Nachfolge tritt sein Sohn Georg an, allerdings nur für die Dauer eines Jahres. Dann wird auch er abdanken.

GRIECHENLAND KÖNIG KONSTANTIN DANKT AB

4. Oktober 1922

In den „Genfer Protokollen“ werden Österreich internationale Kredite gewährt und durch eine Finanzkontrollkommission des Völkerbundes garantiert. Gleichzeitig wird auch die Unabhängigkeit Österreichs garantiert, d. h. der Anschluß an das Deutsche Reich unmöglich gemacht. Die österreichischen Sozialdemokraten wenden sich scharf gegen die Annahme dieser Bedingungen und Dr. Karl Renner, der erste österreichische Staatskanzler nach

ÖSTERREICH UNTER FINANZ-KONTROLLE DES VÖLKER-BUNDS RENNER FÜR ANSCHLUSS AN DEUTSCHLAND

1919, erklärt, die einzige Lösung sei der Anschluß Österreichs an den Staat, „zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören".

10. Oktober 1922

IRAK GROSSBRITANNIEN MANDATSVERTRAG H. E. LAWRENCE

Der Irak unter König Faisal (vgl. 23. August 1921) schließt mit Großbritannien einen Vertrag, in dem das Mandatsverhältnis beibehalten, in diesem Rahmen dem Staate eine gewisse Selbständigkeit zugestanden wird. Die Versprechungen, die den arabischen Völkern gemacht wurden, um sie auf Seiten der Alliierten am Weltkriege zu beteiligen, werden nicht gehalten. Thomas Edward Lawrence („Araber-Lawrence") scheidet deswegen aus dem britischen Kolonialamt aus und geht unter Verzicht auf seinen Offiziersrang als einfacher Soldat nach Indien.[19]

GRIECHENLAND TÜRKEI WAFFENSTILLSTAND VON MUDANIA

Der griechisch-türkische Krieg seit 1920 wird nach dem Siege der Türkei und der Eroberung von Smyrna im September mit dem Waffenstillstand und der Vorkonferenz von Mudania am Marmarameer abgeschlossen. Es ist zugleich ein Erfolg Frankreichs, das Mustafa Kemal unterstützt hat, und ein Mißerfolg der britischen Außenpolitik, die auf die griechische Karte setzte. Die Folge ist der Sturz der Regierung Lloyd George.

11. Oktober 1922

NANSEN HIFSAKTION FÜR GRIECHISCHE FLÜCHTLINGE AUS DER TÜRKEI

In Konstantinopel führt Fridtjof Nansen den Vorsitz in einer Versammlung der ausländischen Hilfsorganisationen, die an der Hilfe für die 800 000 mittel- und ratlosen griechischen Flüchtlinge aus der Türkei beteiligt sind, und koordiniert die Maßnahmen nach einem rasch entworfenen Plan. Er erkennt, daß nur ein Bevölkerungsaustausch, eine Umsiedlung der beiderseitigen Minderheiten, zu einer befriedigenden Lösung führen und eine Katastrophe abwenden kann. Eine Woche später wird Nansen durch Thrakien reisen, da die Abtretung Thrakiens an die Türkei in der Waffenstillstandskonferenz von Mudania (vgl. 10. Oktober 1922) dort eine neue Welle von 150 000 griechischen Flüchtlingen auslöst. Es gelingt Nansen und seinen Mitarbeitern, die Rettung der Ernte in Ostthrakien zu organisieren.[20]

22. Oktober 1922

NANSEN GRIECHISCH-TÜRKISCHER BEVÖLKERUNGSAUSTAUSCH

In Athen leitet Fridtjof Nansen erneut eine Versammlung der für den von ihm betriebenen griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch zuständigen alliierten Diplomaten und Vertreter der beteiligten Hilfsorganisationen. Die Versammlung dient vor allem der Koordinierung der Soforthilfe für die fast eine Million griechischer Flüchtlinge aus Anatolien und Thrakien, die von

Griechenland aufgenommen werden müssen. Unmittelbar anschließend kehrt Nansen mit einem Torpedobootzerstörer nach Istambul zurück, um die schwierigen Verhandlungen mit dem türkischen Sieger über die Aussiedlung der Türken aus Griechenland zu führen. Die Verhandlungen laufen sich fest. Nansen kehrt über Athen nach Genf zurück.[21]

28. Oktober 1922

ITALIEN FASCHISMUS MUSSOLINI MARSCH AUF ROM REGIERUNGS-ÜBERNAHME

In Italien führt die Faschistische Bewegung (von „fasces" Rutenbündel und Hoheitszeichen der römischen Liktoren) unter Führung von Benito Mussolini (geb. 29. Juli 1883 in Predappio/Romagna) von ihren Kongreß in Neapel aus den Marsch auf Rom durch. In letzter Stunde überträgt der König, nach dem Rücktritt der Regierung Luigi Fakta, Mussolini die Regierungsbildung und verwandelt so den Staatsstreich in eine legale Machtübernahme. Drei Tage darauf, am 31. Oktober, wird Mussolini sein neues Kabinett aus Faschisten und Nationalisten vorstellen. Die republikanischen und zum Teil internationalistisch-freimaurerischen Tendenzen des liberalen Flügels der faschistischen Bewegung werden zunehmend in den Hintergrund gedrängt.[22]

noch Oktober 1922

LETTLAND PARLAMENTS-WAHLEN SOZIALISTISCHE REGIERUNG

In Lettland siegen bei den Parlamentswahlen die Sozialdemokraten und bilden auch die Regierung, nachdem sich das Land ein halbes Jahr zuvor (am 15. Februar 1922) seine endgültige Verfassung gegeben hat. Die ehemalige, deutschbaltische Führungsschicht hat auf die weitere politische und kulturelle Entwicklung keinen Einfluß mehr.

5. November 1922

DEUTSCHLAND SOWJET-RUSSLAND AUSWEITUNG DES RAPALLO-VERTRAGS

In Berlin unterzeichnen Vertreter Deutschlands und Sowjetrußlands ein Abkommen von unbegrenzter Gültigkeitsdauer, das die Ausdehnung des Vertrages von Rapallo (vgl. 16. April 1922) auf die Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und die Republik des Fernen Ostens zum Inhalt hat. Es wird am 26. Oktober 1923 ratifiziert und am 12. Oktober 1925 durch einen neuen, wesentlich detaillierteren Vertrag mit 8 Artikeln, 7 Zusatzabkommen und Noten, darunter auch strengem Agitationsverbot, ersetzt werden.[23]

POLEN SEJM-WAHLEN

In Polen erringen bei den ersten allgemeinen Wahlen zum Sejm die Nationaldemokraten einen Sieg. Diese Partei ist außenpolitisch vor allem antideutsch, innenpolitisch stark kirchlich, nationalistisch und antisemitisch eingestellt, Gegner einer Agrarreform.

SIEG DER NATIONALDEMOKRATEN

Sie stärkt durch ihren Erfolg die Rechte, mit der der Staatschef Marschall Pilsudski, alter Sozialist, noch im Sommer des Jahres 1922 einen ernsten Konflikt durchgefochten hat.[24]

14. November 1922

DEUTSCHLAND WÄHRUNGSVERFALL (INFLATION) ÜCKTRITT DER REGIERUNG WIRTH CUNO

Infolge des durch die Reparationszahlungen verursachten Verfalls der deutschen Währung seit August 1922 sieht sich die Reichsregierung, das Kabinett Hermann Wirth, zum Rücktritt gezwungen. Der Reichspräsident Fritz Ebert beauftragt den Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm Cuno, mit der Bildung einer neuen Regierung. Dieser wird am 22. November ein Kabinett von bürgerlichen Fachministern, Männern „mit diskontfähiger Unterschrift" zusammenstellen, aber weder die Inflation aufhalten noch die Ruhrbesetzung durch Frankreich verhindern können.[25]

15. November 1922

GROSSBRITANNIEN PARLAMENTSWAHLEN SIEG DER KONSERVATIVEN

Nachdem in Großbritannien die Koalitionsregierung Lloyd George auseinandergefallen ist, finden Neuwahlen statt, bei denen die Konservativen einen Sieg erringen können, die traditionelle Partei der Liberalen hingegen zerfällt und zur Bedeutungslosigkeit absinkt. Dafür wächst die sozialistische Labourparty zur künftigen Oppositionspartei heran. Andrew Bonar Law bildet ein konservatives Kabinett. Er wird im Mai 1923 durch den — ebenfalls konservativen — Stanley Baldwin abgelöst werden.

18. November 1922

TÜRKEI SULTAN MECHMED DANKT AB

Nachdem die türkische Nationalversammlung bereits zweieinhalb Jahre zuvor (vgl. 23. April 1920) den Sultan und seine Regierung für abgesetzt erklärt hat, dankt Mechmed VI., „der kranke Mann am Bosporus", nunmehr auch von sich aus ab. Die nur noch offiziell fungierende Regierung ist tags zuvor zurückgetreten. Der Sultan geht ins Exil. Das Osmanische Reich, einst den gesamten östlichen und südlichen Mittelmeerraum umfassend, gehört der Geschichte an.

20. November 1922

FRIEDENSKONFERENZ IN LAUSANNE

In Lausanne beginnt die Friedenskonferenz, die den griechisch-türkischen Konflikt beilegen (vgl. hierzu 10. Oktober 1922) und die durch diesen Konflikt berührten Interessen Frankreichs und Großbritanniens regeln soll. Sie wird sich mit Unterbrechungen bis zum 24. Juli 1923 (vgl. dort! Frieden von Lausanne) hinziehen, da man sich zunächst über Mossul und die Frage der Kapitulationen (Vorrechte der europäischen Großmächte in der Türkei)

nicht einigen kann. Lediglich das Schicksal der griechischen Flüchtlinge wird aufgrund wiederholter energischer Interventionen Fridtjof Nansens sowohl in der Konferenz als auch unmittelbar bei den beteiligten Regierungen noch im November 1922 entschieden und ein umfassender Bevölkerungsaustausch ($1^1/_4$ Millionen Menschen) eingeleitet werden. Darüber wird am 30. Januar 1923 eine griechisch-türkische Vereinbarung getroffen werden, die im Verlauf der Aktion dann noch verschiedentlich modifiziert werden muß. (Näheres darüber, insbesondere auch in völkerrechtlicher Hinsicht, vgl. in Die internationalen Bevölkerungsverschiebungen, siehe Anmerkung.)[26]

BEILEGUNG DES GRIECHISCH-TÜRKISCHEN KONFLIKTS FLÜCHTLINGSFRAGE BEVÖLKERUNGSAUSTAUSCH NANSEN

22. November 1922

Der amerikanische Botschafter in Paris, Herrick, schreibt an den US-Außenminister Hughes über Poincaré: „Er hat nichts gelernt und nichts vergessen ... Er hat seine politische Rolle und sein Ansehen auf seine aggressive Politik [gegenüber Deutschland] gegründet. Wenn Sie dem wirksam Halt gebieten wollen, so müssen Sie meiner Ansicht nach durch eine entsprechende öffentliche Äußerung die Meinung der vernünftigen Franzosen stützen."
In demselben Sinne schreibt auch der Botschafter Child nach einem ergebnislosen Gespräch mit Barthou.
Aber Hughes hat bereits resigniert und läßt den Dingen ihren Lauf. Zwei Monate später wird Poincaré das Ruhrgebiet militärisch besetzen lassen.[27]

US-BOTSCHAFTER HERRICK ÜBER POINCARÉ

25. November 1922

Der finnische Reichstag nimmt ein Gesetz zur Bodenreform an. Wie in Litauen (vgl. 29. März 1922) führt auch in Finnland die weitgehende Auflösung des Großgrundbesitzes zu einer entscheidenden Einflußminderung der bisherigen Führungsschicht. War es in Litauen der polnische, so ist es in Finnland der schwedische Adel, dem mit der Bodenreform die politische Führung genommen wird. Das finnisch-ugrische (Ur-)Bevölkerungselement emanzipiert sich.

FINNLAND BODENREFORM AUFLÖSUNG DES GROSSGRUNDBESITZES

Der neue italienische Regierungschef Benito Mussolini (vgl. 28. Oktober 1922) wird ermächtigt, die staatliche Ordnung wiederherzustellen und, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, die zunächst nur bis zum 31. Dezember 1923 befristet werden, ein Reformprogramm durchzuführen. Die Zeit wird ausreichen, Staat und Verwaltung, insbesondere die Schlüsselpositionen, mit faschistischen Kräften zu durchsetzen, ohne formal die Verfassung

ITALIEN MUSSOLINI ERHÄLT DIKTATORISCHE VOLLMACHTEN SÜDTIROL

aufzuheben. Ein erheblicher Teil der neuen nationalistischen Aktivität wird sich gegen das alteingesessene Deutschtum in Südtirol richten.

6. Dezember 1922

IRLAND ZWEIKAMMER-SYSTEM PROKLAMATION DES FREI-STAATES

In Irland, das nach dem Friedensvertrag mit England genau ein Jahr zuvor den Dominionstatus erhalten hat, tritt die Verfassung in Kraft, die dem Land ein Zweikammersystem nach britischem Vorbild gibt. Gleichzeitig wird aber der Irische Freistaat proklamiert, d. h. also, der Dominionstatus irischerseits verworfen. In den zehn folgenden Jahren, bis zum Wahlsieg de Valeras im März 1932, wird Irland von inneren Auseinandersetzungen um die gänzliche Loslösung vom britischen Empire bewegt werden.

9.—11. Dezember 1922

NEUE REPARATIONEN-KONFERENZ IN LONDON POINCARÉ WILL RUHR-BESETZUNG ITALIEN

Auch die zweite Londoner Konferenz, die sich mit den deutschen Reparationszahlungen befaßt, bleibt ergebnislos. Neue Vorschläge von seiten Deutschlands selbst werden nicht berücksichtigt. Poincaré sucht einen Vorwand für die von langer Hand geplante Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich. Großbritannien und die USA lehnen zwar diese Pläne ab, tun aber nichts, um Frankreich an der Durchführung zu hindern (vgl. 9.—11. Januar 1923). Italien, seit dem 30. Oktober 1922 unter der faschistischen Regierung Mussolinis, schließt sich dem französischen Standpunkt an.

16. Dezember 1922

SOWJET-RUSSLAND LENINS 2. SCHLAGANFALL EMPFEHLUNG, STALIN ABZUSETZEN

Lenin erleidet einen zweiten Schlaganfall, bleibt ans Bett gefesselt und kann nicht mehr nach Moskau reisen. Trotzki fragt Lenins behandelnden Arzt Prof. Guétier: „Wird Lenins Intellekt im Falle der Genesung seine Kraft behalten?“ Guétier antwortet: „Das Ermüden wird zunehmen, es wird nicht mehr die alte Reinheit der Arbeit sein, aber der Virtuose wird Virtuose bleiben.“ Am 25. Dezember wird Lenin eine genaue Charakteristik Stalins, Trotzkis, Bucharins und Pjatakows diktieren, die ihn durchaus auf der Höhe seiner geistigen Fähigkeiten zeigt, und am 4. Januar 1923 wird er seine bekannte Empfehlung diktieren, Stalin als „zu rücksichtslos“ wieder vom Posten des Generalsekretärs zu entfernen.[28]

20. Dezember 1922

POLEN WOJ-CIECHOWSKI PRÄSIDENT

Nachdem Anfang des Monats Marschall Pilsudski als Staatschef Polens zurückgetreten und sein Nachfolger Gabriel Narutowicz einem Mordanschlag zum Opfer gefallen ist, übernimmt Stanis-

law Wojciechowski die Präsidentschaft und läßt den Belagerungszustand verhängen. Die Verhältnisse erinnern an südamerikanische Zustände. In Ostgalizien wird ein Aufstand des ukrainischen Bevölkerungsteiles unterdrückt.

BELAGERUNGS-ZUSTAND

noch Dezember 1922

In Moskau tritt der erste Unionskongreß der auf dem Boden des ehemaligen Rußland entstandenen Sowjetrepubliken zusammen und bildet die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), einen Bundesstaat mit zunehmender Zentralgewalt. Die ersten Gründungsmitglieder sind die russische, die transkaukasische, die ukrainische und die weißruthenische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Die usbekische, turkmenische und tadzikische SSR werden später hinzutreten. Die Verfassung gestattet den Beitritt beliebiger weiterer, auch außerhalb des ehemaligen Rußland gelegener Staaten (im Zuge der „Weltrevolution“ bzw. des One-World-Programms).

SOWJETUNION (UDSSR)

Bei der Rückkehr aus Genf und Lausanne nach Oslo erhält Fridtjof Nansen überraschend den Friedens-Nobelpreis. Er stellt den mit der Verleihung verbundenen Geldbetrag für den Aufbau von Mustergütern in den russischen Hungergebieten zur Verfügung. Mit dem Preise wird Nansens Tätigkeit für die Rückführung der Kriegsgefangenen aus Sibirien (1920), für die russischen Flüchtlinge aus der Sowjetunion und zur Bekämpfung der Hungersnot in Sowjetrußland selbst (1921/22) sowie für die griechischen und armenischen Flüchtlinge aus der Türkei gewürdigt. Die in den folgenden Jahren aus dieser letztgenannten Aktion sich entwickelnde planmäßige Ansiedlung von über einer Million Flüchtlingen in Griechenland ist ebenfalls Nansens ureigenstes Werk und stellt die Krönung seiner politischen Lebensarbeit dar. Ohne es bewußt zu wollen, gibt Nansen damit auch ein Beispiel dafür, in welcher Weise die weiße Rasse über nationalstaatliche Interessen hinaus Verantwortung für das Wohl aller Völker hätte tragen und beweisen sollen. In seiner Dankrede für die Nobelpreisverleihung sagt er u. a.: „Wir müssen eine Bruderkette bilden über die ganze Erde hin — *die Regierungen müssen auch dabei sein* — Schulter an Schulter, nicht zum Kampf, sondern zu ehrlicher Arbeit für die neue Zeit ...“[29]

NANSEN ERHÄLT FRIEDENS-NOBELPREIS FLÜCHTLINGS-ANSIEDLUNG IN GRIECHEN-LAND BEISPIEL FÜR VERANTWOR-TUNG DER WEISSEN RASSE

noch 1922 (ohne nähere Datierung)

In den USA unterbreitet das Logen-Komitee dem Kongreß eine Resolution zur Unterstützung einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Der Senat setzt einen Ausschuß ein, um die wesentlichen

USA

LOGEN-KOMITEE FÜR JÜDISCHE HEIMSTÄTTE IN PALÄSTINA SENATS-AUSSCHUSS

Punkte des Antrages zu prüfen. Eines der Ausschußmitglieder — Weizmann glaubt sich zu erinnern, daß es Senator Reed gewesen sei — lehnt die Resolution mit der Begründung ab, Weizmann habe 1917 die Morgenthau-Mission für einen Sonderfrieden mit der Türkei in Gibraltar „in den Grund gebohrt" (vgl. 4. Juli 1917) und damit den Krieg um zwei Jahre verlängert. Der Antrag geht aber trotzdem durch, und Weizmann wird den Vorfall in seinen Memoiren als heiteres Zwischenspiel behandeln.[30]

1923

2. — 4. Januar 1923

Die im Dezember 1922 in London unterbrochene Interalliierte Reparationskonferenz tritt in Paris wieder zusammen. Der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré (geb. 20. August 1860 in Barle-Duc) erklärt, man dürfe in das Wort der deutschen Regierung kein Vertrauen setzen, darum bestände Frankreich auf „Ergreifung von Pfändern“ und werde sich deren „Produktivität“ sichern. Tags darauf, am 3. Januar, kommt es zum Zusammenstoß zwischen dem britischen Premierminister Bonar Law, der gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ist, und Poincaré, der die britischen Vorschläge als „Aufhebung des Versailler Vertrages“ bezeichnet. Am 4. Januar wird die Konferenz aufgehoben. Poincaré erklärt, Frankreich werde alleine handeln.[1]

INTERALLIIERTE REPARATIONSKONFERENZ
POINCARÉ
LAW

10. Januar 1923

Litauische Freischaren besetzen das nach dem Versailler Vertrag von einem Staatsrat mit französischem Präfekten verwaltete Memelgebiet (Ostpreußen nördlich der Memel) und schaffen vollendete Tatsachen. Der Botschafterrat der Siegermächte fügt sich der litauischen „Gewalt“.

LITAUEN
DEUTSCHLAND
MEMELGEBIET

9. — 11. Januar 1923

Der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger in Berlin geben dem deutschen Auswärtigen Amt (von Rosenberg) offiziell Kenntnis vom beginnenden Einmarsch in das Ruhrgebiet. Es ist eine regelrechte Kriegserklärung. Der 1. Weltkrieg wird wieder aufgenommen. Nur kann sich der Angegriffene nicht mehr militärisch verteidigen. Nach Beratungen Poincarés mit Marschall Foch, dem General Weygand und dem Kriegsminister Maginot stoßen die französischen Okkupationstruppen unter dem Kommando von General Degoutte bis in die Gegend von Essen vor. Mit Panzern, motorisierten Geschützen, gepanzerten Fahrzeugen und Flugzeugen dringen sie in das Ruhrgebiet ein, fünf Divisionen stark. Belgien beteiligt sich mit zwei Divisionen. Vierzig französische Bergwerks- und Marineingenieure folgen den Truppen, um die Kontrolle der Ruhrindustrie zu übernehmen. Am 11. Januar wird Essen besetzt. Der Generalstab der Okkupationstruppen bezieht in der Privatwohnung Krupps von Bohlen und Halbach, in der Villa Hügel Quartier. Das deutsche Kohlensyndikat hat mit seinen Akten zuvor noch über Münster nach Hamburg ausweichen können.[2]

DEUTSCHLAND
RUHRGEBIET
FRANKREICH
BELGIEN
FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS

12. Januar 1923

DEUTSCHLAND FRANKREICH BELGIEN RUHRGEBIET FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS POINCARÉ USA ISOLATIONISMUS

Die deutsche Reichsregierung Cuno protestiert in einer Note gegen die in den Tagen zuvor erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes (siehe oben), beruft die deutschen Botschafter aus Paris und Brüssel ab und stellt alle Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien ein. England hat in der Reparationskonferenz (vgl. 2. — 4. Januar 1923) gegen die Besetzung des Ruhrgebietes gestimmt, aber Poincaré setzte seinen Willen durch. Offizielle Begründung: Deutschland habe sich bei den Holz- und Kohlelieferungen gegen die §§ 17 und 18 der Anlage 2, Abschnitt VIII des Versailler Vertrages „vergangen". Die USA ziehen ihre Besatzungstruppen aus dem ohnehin von den Alliierten besetzten Rheinland zurück. Das Vorgehen Frankreichs verstärkt in den USA die Tendenz, sich aus den europäischen Angelegenheiten herauszuhalten (beginnender Isolationismus), bzw. sich auf die Bemühungen zu beschränken, die Kriegsschulden von den Alliierten des 1. Weltkrieges einzutreiben.[3]

13. Januar 1923

DEUTSCHLAND FRANKREICH RUHRGEBIET „PASSIVER WIDERSTAND"

Der deutsche Reichskanzler Cuno verkündet im Reichstag den „Passiven Widerstand" gegen die Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme des 1. Weltkrieges durch Frankreich im deutschen Ruhrgebiet. Die Kohlenlieferungen (im Rahmen der deutschen Reparationsleistungen nach dem Versailler Vertrag) nach Frankreich werden eingestellt. Deutsche Eisenbahner auf den von französischen Truppen besetzten Bahnlinien legen die Arbeit nieder. Frankreich antwortet mit unverhülltem Terror. Im gesamten deutschen Reichsgebiet wird eine Hilfsaktion für die notleidende Ruhrbevölkerung eingeleitet, von der Regierung nachhaltig unterstützt. Für die Belegschaft der Betriebe, die die Arbeit niedergelegt haben, zahlt das Reich Arbeitslosenunterstützung.

15./16. Januar 1923

DEUTSCHLAND FRANKREICH RUHRGEBIET FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS BOCHUM DORTMUND

Die französischen Okkupationstruppen besetzen Bochum und schießen mit Maschinengewehren in die Volksmenge, die auf der Bochumer Königsallee spontan die „Wacht am Rhein" anstimmt: ein Toter, zwei Verletzte. Tags darauf wird auch Dortmund besetzt, in Düsseldorf ein „Brückenkopf" gebildet. Dorthin werden Fritz Thyssen und andere deutsche Industrieführer vorgeladen und wegen der Einstellung der Kohlelieferungen angeklagt.[4]

ab 17. Januar 1923

DEUTSCHLAND FRANKREICH RUHRGEBIET

Die deutschen Bergarbeiterverbände, also die Vertretung der Arbeit*nehmer*schaft, erklären in einem gemeinsamen Aufruf, sie lehnten es ab, unter den Bajonetten fremdländischer Soldaten zu

arbeiten, und stellen die Förderung ein. In Mainz verurteilt ein französisches Kriegsgericht vorgeladene Ruhrindustrielle zu hohen Geldstrafen. Alle deutschen Beamten im Ruhrgebiet, die sich den französischen und belgischen Militärbehörden widersetzen (zwanzig Jahre später würde man sagen: keine „Kollaborateure" sind), werden verhaftet und ausgewiesen. Die Kohlentransporte in das unbesetzte deutsche Reichsgebiet werden gesperrt.[5]

FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS

3./4. Februar 1923

In der Nacht vom 3. zum 4. Februar besetzen französische Truppen in Baden den Brückenkopf von Kehl, Appenweiler und Offenburg. Auch Wesel und Emmerich werden besetzt. In Gelsenkirchen wird die deutsche Schutzpolizei entwaffnet. Dabei kommt es zu sadistischen Grausamkeiten und Mißhandlungen der deutschen Polizeibeamten durch französisches Militär.[6]

DEUTSCHLAND
FRANKREICH
FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS

13. Februar 1923

König Georg V. von Großbritannien erklärt in seiner Thronrede: „Meine Regierung wird die Schwierigkeiten der Alliierten in keiner Weise vermehren, wenn sie auch der Ansicht ist, daß sie diese Operation weder billigen noch daran teilnehmen kann." Mit „dieser Operation" ist die Wiederaufnahme des 1. Weltkrieges durch das französische und belgische Vorgehen im Ruhrgebiet gemeint. Der britische Premierminister Bonar Law (Konservativer) deutet im Unterhaus die Möglichkeit eines Endes der Entente an.[7]

GROSSBRITANNIEN
FRANKREICH
RUHRBESETZUNG
GEORG V.
LAW
ENTENTE

12. März 1923

Nachdem in Buer/Ruhrgebiet ein französischer Offizier von seinen eigenen Truppen erschossen worden ist, reist Poincaré von Paris nach Brüssel und berät mit dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis über Sanktionen, die ergriffen werden sollen, wenn „neue Attentate gegen die Besatzungstruppen unternommen" werden. Über Buer wird der Belagerungszustand verhängt, die Bürgermeister verhaftet, drei Deutsche getötet.[8]

FRANKREICH
BELGIEN
RUHRGEBIET
FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS
BUER

13. März 1923

Bei einem Werbefeldzug in den USA für „Keren Hajessod", eine Finanzierungsorganisation für die jüdische Siedlungsarbeit in Palästina, spricht Chaim Weizmann, der Präsident der Welt-Zionistenorganisation auf derselben Veranstaltung wie Louis Marshall (der Leiter der amerikanisch-jüdischen Delegation in Versailles 1919), ein Mann von großem Einfluß in den jüdischen Kreisen der USA. Weizmann sagt von ihm: „Er stand den Juden und dem Judaismus näher . . . als ihnen Brandeis, der leiden-

USA
ZIONISMUS
WEIZMANN
MARSHALL, LOUIS
BRANDEIS
WARBURG, FELIX

schaftliche Zionist, jemals gestanden hat." Etwa gleichzeitig mit dieser gemeinsamen Veranstaltung mit Louis Marshall gelingt es Weizmann, Felix Warburg, den Teilhaber des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., zu mehreren Reisen durch Palästina zu bewegen und für eine wirksame Unterstützung der jüdischen Siedlungsarbeit dort sowie insbesondere für die Hebräische Universität zu gewinnen.[9]

31. März 1923

FRANKREICH DEUTSCHLAND RUHRGEBIET KRUPPWERKE FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS

In Essen besetzen französische Truppen die Kruppwerke, um aus der Automobilhalle Werksautomobile abzutransportieren. Durch die Werkssirenen alarmiert, strömen die Arbeiter der umliegenden Werkstätten ins Freie. Das französische Militär schießt mit Maschinengewehren in die Menge. Dreizehn Arbeiter bleiben tot auf dem Platz, über dreißig werden verwundet. Sämtliche Betriebe der Kruppwerke werden aus Protest geschlossen. Die deutsche Reichsregierung fordert durch eine Note in Paris volle Genugtuung für die Opfer und ihre Angehörigen. Man scheint in Berlin noch nicht verstanden zu haben, daß Poincaré allen Ernstes Krieg führt. Frankreichs Antwort auf die deutsche Note besteht in der Verhaftung von vier Krupp-Direktoren sowie in der Verhaftung von Staatssekretär Hamm und den ehemaligen Ministern Giesberts und Stegerwald, die zur Bestattungsfeier der Kruppopfer nach Essen gereist sind. An den Trauerfeierlichkeiten in Essen beteiligen sich etwa eine halbe Million Menschen. (Der Vergleich mit der Haltung der deutschen Bevölkerung nach 1945 drängt sich auf.)[10]

bis Mitte April 1923

DEUTSCHLAND FRANKREICH BELGIEN RHEINLAND UND RUHRGEBIET

sind etwa 24 400 Personen aus dem besetzten Gebiet Deutschlands, (Rheinland und Ruhrgebiet) ausgewiesen worden. Seit der Besetzung des Ruhrgebietes (vgl. 9. — 11. Januar 1923) sind dort durch französisches und belgisches Militär 51 Deutsche ermordet worden.[11]

19. April 1923

ÄGYPTEN UNIONISTEN WAFD-PARTEI

Ägypten gibt sich die Verfassung einer konstitutionellen Monarchie mit einem Parlament nach dem Zweikammersystem. Der König, dem umfangreiche Befugnisse verblieben sind, sucht diese künftig, gestützt auf die Partei der „Unionisten", noch auszuweiten, während die Wafd-Partei die Rechte des Parlaments verteidigt.

21. April 1923

Der britische Außenminister Lord Curzon erklärt im Oberhaus, die Voraussage, daß die Besetzung des Ruhrgebietes „sich nicht lohnen werde", habe sich bestätigt. „Intervention aber sei Wahnsinn". Deutschland müsse jedoch seinen Zahlungswillen unter Beweis stellen und Garantien vorschlagen. England sei bereit, „die Frage der Sicherheit für Frankreich zu regeln [Frankreich führt seit vier Monaten Krieg in Deutschland!] unter der Voraussetzung, daß sie nicht zu einer Zerstückelung Deutschlands führe". Seine eigenen Reparationsforderungen (an Deutschland) werde England nicht aufgeben.[12]

GROSS-BRITANNIEN FRANKREICH DEUTSCHLAND RUHR-BESETZUNG FORTSETZUNG DES 1. WELT-KRIEGS CURZON

26. April 1923

Der zwölfte Parteitag der sowjetrussischen KP ist mit einem Siege Stalins zu Ende gegangen, obgleich Lenin, der in Agonie liegt und keine Willensäußerung mehr von sich geben kann, zuvor eindeutig Trotzki zur Nachfolge vorgesehen und wirksames Material gegen Stalin schriftlich zusammengestellt hat. Trotzki und Kamenew erhalten Einblick in dieses Material. Trotzki fehlt aber im entscheidenden Augenblick der Mut, davon Gebrauch zu machen. Kamenew hat von Lenins Frau, der Krupskaja, die Mitteilung erhalten, daß Lenin einen Brief an Stalin diktiert und darin den Abbruch jeglicher Beziehungen zu ihm erklärt habe. Kamenew schlägt sich (ebenso wie Sinowjew) auf die Seite Stalins. Trotzki vermeidet den offenen Bruch und versucht den Weg der Verständigung zu gehen. Beide werden ihre Entscheidung mit dem Leben bezahlen.[13]

UDSSR LENIN STALIN TROTZKI KAMENEW

1. Mai 1923

Mao Tse-tung ruft in der chinesischen Provinz Huan zu einem Generalstreik auf, wird dann zum III. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas als Generalsekretär des Arbeiterverbandes von Huan erscheinen, dort in das Zentralkomitee der Partei gewählt werden und nach Schanghai übersiedeln, um dort im derzeitigen Hauptquartier der Kommunistischen Bewegung Chinas tätig zu sein.[14]

CHINA KOMMUNISTI-SCHE PARTEI PROVINZ HUAN MAO TSE-TUNG

Am selben Tage richtet die deutsche Reichsregierung Cuno (Außenminister von Rosenberg) eine Note an die Signatarmächte des Versailler Vertrages und verpflichtet sich darin zu finanziellen und Sachleistungen in Höhe von insgesamt 30 Milliarden Goldmark, davon 20 Milliarden zahlbar bis zum 1. Juli 1927, der Rest bis 1. Juli 1931, aufzubringen durch eine internationale Anleihe (d. h. also Hinausschieben der eigenen Leistung, erhöht durch den anfallenden Zinsendienst). Die Note nennt die Beset-

DEUTSCHLAND REGIERUNG CUNO NOTE AN DIE SIGNATAR-MÄCHTE DES VERSAILLER VERTRAGES

GROSS-BRITANNIEN

zung des Ruhrgebietes „widerrechtlich" und erklärt, diese Besetzung sei mit dem „passiven Widerstand" beantwortet worden. Die britische Regierung distanziert sich sofort von dieser deutschen Note und lehnt die darin gemachten Vorschläge ab.[15]

FRANKREICH RUHRGEBIET KRUPP

Ebenfalls am gleichen Tage verhaften die französischen Militärbehörden im Zusammenhang mit der Ermordung von dreizehn Krupp-Arbeitern durch die französische Truppe (vgl. 31. März 1923) in Essen Herrn Krupp von Bohlen und Halbach selbst, um ihn für die Vorkommnisse bei der überfallartigen Besetzung seines Werkes verantwortlich zu machen.[16]

3. Mai 1923

GONDRA-VERTRAG PANAMERIKA

Zum Abschluß der seit dem 25. März 1923 in Santiago de Chile eröffneten 5. Panamerikanischen Konferenz unterzeichnen die Vertreter von 16 amerikanischen Staaten der unterschiedlichsten Größenordnung den weitgehend Vorschlägen der USA-Regierung folgenden sogenannten Gondra-Vertrag über Verzicht auf militärisches Vorgehen und Übertragung unlösbar erscheinender Konfliktsfälle an zwei ständige Untersuchungskommissionen in Washington und Montevideo, denen für ihre jeweiligen Gutachten eine Frist von einem Jahr eingeräumt wird. Drei handelsrechtliche Konventionen, die sich weitgehend auf gegenseitige Informationen beschränken, vervollständigen die Vereinbarungen der Konferenz.[17]

6. Mai 1923

FRANKREICH BELGIEN DEUTSCHE NOTE FORTSETZUNG DES 1. WELT-KRIEGS POINCARÉ

In einer gemeinsamen französisch-belgischen Antwort auf die deutsche Note vom 1. Mai (vgl. dort) — Belgien fungiert dabei nur noch als französischer Satellitenstaat — nennt Poincaré die deutsche Note den „kaum verschleierten Ausdruck einer systematischen Auflehnung gegen den Vertrag von Versailles". Das ist die Antwort auf das deutsche Angebot, 30 Milliarden Goldmark mittels internationaler Anleihe zu zahlen, also Deutschland auf unabsehbare Zeit finanziell zu versklaven. Poincaré sucht offensichtlich einen Grund, weiterhin in einem völlig wehr- und waffenlosen Land Krieg führen zu können, und zwar auf deutschem Boden, was Frankreich bekanntlich weder im 1. Weltkrieg gelungen war (*vor* dem Waffenstillstand), noch im 2. Weltkrieg gelingen wird.[18]

8. Mai 1923

FRANKREICH RUHRGEBIET KRUPP

Ein französisches Kriegsgericht, daß in Werden bei Essen zusammentritt, verurteilt Herrn Krupp von Bohlen und Halbach sowie drei seiner Direktoren und zwei Betriebsangehörige (Ar-

beitnehmer) zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwanzig Jahren, dafür daß französisches Militär am 31. März (vgl. dort) in das Kruppwerk eingedrungen ist und dort u. a. dreizehn Arbeiter erschossen hat.[19]

FORTSETZUNG DES 1. WELTKRIEGS

10. Mai 1923

Der deutsche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Reichstagsausschusses für Auswärtige Politik, Gustav Stresemann (DVP) bewirbt sich an seinem 45. Geburtstage um Aufnahme in die Berliner Freimaurerloge „Friedrich der Große". Die Bedeutung dieses Schrittes wird aus der weiteren Laufbahn Stresemanns ersichtlich (vgl. 12. August 1923).[20]

DEUTSCHLAND STRESEMANN FREIMAURERLOGE „FRIEDRICH DER GROSSE"

25. Mai 1923

Das durch die britische Regierung am 25. April 1920 vom übrigen Palästina abgetrennte Ostjordanland wird zum „selbständigen" Fürstentum (Emirat) unter britischer Mandatsverwaltung, mit vom britischen Oberkommissar gelenkter Außenpolitik und von einem britischen General (John Bagot Glubb Pascha) geführtem Militär erklärt. Es ist bemerkenswert, was man in britischen Regierungskreisen unter „Selbständigkeit" zu verstehen bereit ist.

TRANSJORDANIEN GROSSBRITANNIEN „SELBSTÄNDIGKEIT"

26. Mai 1923

Albert Leo Schlageter wird auf der Golzheimer Heide von einem französischen Peloton erschossen. Er hat im Rahmen des Passiven Widerstandes gegen die Besetzung des Ruhrgebietes den Abtransport deutscher Kohle nach Frankreich durch Gleissprengungen bei Kalkum zu verhindern gesucht, ist verraten, verhaftet und von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Er wird zur Symbolfigur nicht nur für den Ruhrwiderstand, sondern für eine nationale Besinnung und Erhebung in Deutschland allgemein.[21]

FRANKREICH DEUTSCHLAND RUHRKAMPF SCHLAGETER

4. Juni 1923

Die französische Kammer spricht dem Ministerpräsidenten Poincaré und seiner Regierung durch Bewilligung der von ihm geforderten Kredite für die Fortsetzung des Krieges an der Ruhr mit 505 gegen 67 Stimmen das Vertrauen aus.[22]

FRANKREICH POINCARÉ

10. Juli 1923

Der Präsident des Rates der Volkskommissare der UdSSR Kamenew richtet einen überschwenglich gehaltenen Dankesbrief an den Präsidenten des Amerikanischen Hilfswerks, Herbert Hoover, der durch Aufbringung erheblicher Mittel die Rettungsaktionen Nansens und Quislings in den durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft insbesondere in der Ukraine ent-

UDSSR USA HILFSWERK KAMENEW HOOVER NANSEN

QUISLING

standenen Hunger- und Typhusgebieten ermöglicht hat und damit seit dem 21. September 1921 geholfen hat, die Zahl der Todesopfer bolschewistischer Regierungsmethoden um etwa 20 bis 25 %, insbesondere von Kindern, zu verringern. Gleichzeitig mit diesem Dankesbrief verbreiten Moskauer Zeitungen die Meldung, Hoover habe dieses Hilfswerk in der Hoffnung durchgeführt, „seine Bergwerke im Ural wieder zurückzuerhalten". Hoover hat dort niemals Bergwerke oder Anteile an Bergwerken besessen. In den darauffolgenden Jahren wird die Sowjetregierung über die KOMINTERN eine umfangreiche Verleumdungskampagne der amerikanischen Kommunisten gegen Hoover veranlassen (vgl. 8. September 1932).[23]

24. Juli 1923

FRIEDE VON LAUSANNE GRIECHENLAND TÜRKEI

In Lausanne wird der 1920 ausgebrochene Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei, in dem Großbritannien Griechenland und Frankreich Kemal Pascha unterstützte, durch einen Friedensvertrag beendet. Die Bedingungen des Vertrages sind für die Türkei trotz gewisser Erleichterungen gegenüber dem Frieden von Sèvres (10. August 1920, vgl. dort) immer noch sehr hart. Sie verliert fast alle Hoheitsrechte außerhalb der kleinasiatischen Halbinsel, ausgenommen die Inseln Imbros und Tenedos sowie das nördliche Hinterland von Instanbul bis Edine, und muß freie Durchfahrt durch den Bosporus gewähren.[24]

noch Juli 1923

SÜDTIROL ITALIEN

Die faschistische Regierung Italiens beginnt mit einer rücksichtslosen Italienisierung des durch den Vertrag von Versailles ihrem Lande zugesprochenen südlichen Teiles von Tirol. Die sowohl deutschstämmige als auch deutschsprachige Bevölkerung wird einem zunehmenden Terrorregime durch die italienischen Behörden unterworfen. Sie wird fast ein halbes Jahrhundert lang um die Erhaltung ihres Volkstums kämpfen.

2. August 1923

USA HARDING COOLIDGE

In San Francisco erliegt der Präsident der USA Warren G. Harding nach dreijähriger Amtszeit einer Herzattacke, nachdem er einige Wochen zuvor Kenntnis von schwerwiegenden Unredlichkeiten und Verfehlungen im Justizministerium sowie im Veteranenamt erhalten hat, die einige seiner Freunde, seines täglichen Umgangs sich hatten zuschulden kommen lassen. Die Nachfolge tritt der Vizepräsident Calvin Coolidge an, ebenfalls Republikaner, der bis 1929 im Amt bleiben wird und — ebenso wie Harding — Europa gegenüber eine Politik der Isolation verfolgt. Hughes bleibt Außen-, Herbert Hoover Handelsminister.[25]

12. August 1923

Der deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert empfängt die Führer der Parteien, und zwar der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. Alle schlagen übereinstimmend den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann, zum Reichskanzler als Nachfolger des zurückgetretenen Cuno vor (vgl. 10. Mai 1923). Tags darauf erhält Stresemann die Bestallung und am 14. August stellt er sein neues Kabinett vor. Reichswehrminister bleibt Geßler, Reichsfinanzminister wird Hilferding. Das Außenministerium behält sich Stresemann selber vor. Im Reichstag erhält das Kabinett 240 Stimmen bei 76 Gegenstimmen der Deutschnationalen, Deutschvölkischen und Kommunisten.[26]

DEUTSCHLAND
EBERT
CUNO
STRESEMANN
GESSLER
HILFERDING

16. August 1923

König Peter I. von Jugoslawien stirbt. Ihm folgt Alexander I. auf den Thron.

JUGOSLAWIEN

1. September 1923

Das Industriegebiet Japans mit der Hauptstadt Tokio und der Stadt Yokohama wird von einem Erdbeben heimgesucht und weitgehend zerstört, das 120 000 Todesopfer fordert.

JAPAN
ERDBEBEN-KATASTROPHE

5./6. September 1923

Die Geldentwertung in Deutschland hat einen Dollarkurs von 33,3 Millionen Reichsmark erreicht. Der Reichsfinanzminister Hilferding teilt den Beamtenorganisationen mit, daß die bis dahin übliche Vierteljahresvorauszahlung der Gehälter eingestellt wird. Das Wirtschaftsleben kommt weitgehend zum Erliegen und auch der Passive Widerstand im Kriegsgebiet des Ruhr-Industriereviers kann wirtschaftlich nicht länger durchgehalten werden. Der deutsche Reichskanzler Stresemann hat andeutungsweise versucht, die britischen und die französischen Reparationsansprüche aus dem Versailler Vertrag diplomatisch gegeneinander auszuspielen, ohne Erfolg, da Großbritannien eine entscheidende Ablehnung der Kriegsfortsetzung im Rhein-Ruhrgebiet durch Frankreich nach wie vor scheut und sich offenbar nicht leisten kann.[27]

DEUTSCHLAND
INFLATION
RUHRKAMPF
PASSIVER WIDERSTAND
GROSS-BRITANNIEN
FRANKREICH

13. September 1923

Ausgelöst durch einen erneuten Aufstand der Rif-Kabylen in Spanisch-Marokko, bei dem die spanische Truppe wieder hohe Verluste hatte, findet in Barcelona ein Militärputsch statt und General Miguel Primo de Rivera y Oraneja, der Vater des späteren Begründers der Falange José Antonio Primo de Rivera,

SPANIEN
PRIMO DE RIVERA SEN.
MILITÄR-DIKTATUR

errichtet eine Militärdiktatur. Mit Zustimmung des Königs Alfons XIII. setzt er ein Militärdirektorium ein, löst das Parlament, die Cortes, auf, setzt die Garantien der Verfassung von 1876 außer Kraft und läßt die Führer der liberalen Opposition zum Teil verhaften, zum Teil ausweisen.

26. September 1923

DEUTSCHLAND RUHRGEBIET STRESEMANN ENDE DES PASSIVEN WIDERSTANDES

Die deutsche Regierung Stresemann erklärt in einem Aufruf „An das deutsche Volk", der Passive Widerstand im Ruhrgebiet müsse aus wirtschaftlichen und innenpolitischen Gründen (Autonomiebestrebungen in Bayern, Sachsen und Thüringen) abgebrochen werden. Die Verordnungen, die sich auf die Finanzierung und Unterstützung des Passiven Widerstandes beziehen, werden aufgehoben. Frankreich erhält seine Kriegspolitik an Rhein und Ruhr dessen ungeachtet unverändert aufrecht, noch volle zwei Jahre lang. Die Kapitulation der Reichsregierung ist also gänzlich erfolglos (vgl. 10. Mai 1923). Auch die Inflation geht mit zunehmender Beschleunigung weiter (vgl. 5./6. September 1923).[28]

BAYERN AUSNAHMEZUSTAND KAHR

Am gleichen Tage verkündet die bayerische Regierung für ihr Land den Ausnahmezustand und bestellt den Regierungskommissar von Oberbayern, Gustav von Kahr, zum Generalstaatskommissar für Bayern, überträgt ihm die gesamte vollziehende Gewalt und befugt ihn ausdrücklich, die Hilfe der Truppe, das heißt der bayerischen Division der Reichswehr unter Führung von General von Lossow, in Anspruch zu nehmen.[29]

27. September 1923

DEUTSCHLAND BAYERN SEECKT SCHLEICHER

Der deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert verhängt in Beantwortung der in Bayern getroffenen Maßnahmen vom Vortage (siehe oben) aufgrund Artikel 48 der Reichsverfassung den Ausnahmezustand für das Reichsgebiet, auch um der erwarteten Reaktion auf den Abbruch des Passiven Widerstandes im Ruhrgebiet (vgl. 26. September 1923) vorzubeugen. Die vollziehende Gewalt liegt nunmehr beim Reichswehrminister Geßler, de facto damit beim Chef der Heeresleitung, General von Seeckt und seinem „Truppenamt" unter Oberstleutnant von Schleicher.[30]

28. September 1923

ÄTHIOPIEN VÖLKERBUND RAS TAFARI MAKONNEN

Der Regent von Äthiopien, Ras Tafari Makonnen, der spätere Negus Haile Selassi, sieht bereits zu diesem Zeitpunkt die Unabhängigkeit seines Landes durch Italien bedroht und setzt daher die Aufnahme Äthiopiens in den Völkerbund durch, der ihm allerdings dreizehn Jahre später auch nicht wird helfen können.

1. Oktober 1923

Süd-Rhodesien in Südostafrika, das zwei Wochen zuvor zur britischen Kronkolonie erhoben wurde, erhält die volle Selbstregierung (Self-Governing-Colony) und damit nahezu den Dominionstatus. Die britische Regierung behält sich lediglich ein Einspruchsrecht in der Eingeborenengesetzgebung vor.[31]

SÜD-RHODESIEN
GROSS-BRITANNIEN

13. Oktober 1923

Mit 316 gegen 24 Stimmen nimmt der deutsche Reichstag das Ermächtigungsgesetz für das 2. Kabinett Stresemann (seit 6. Oktober 1923 umgebildet) an. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei bleibt der Abstimmung geschlossen fern, da der Reichspräsident Friedrich Ebert vor der Abstimmung offiziell erklärt hat, bei Ablehnung des Gesetzes werde er den Reichstag auflösen. Inzwischen haben am 6. Oktober Unternehmer der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie von sich aus direkte Verhandlungen mit den französischen Besatzungsbehörden (General Degoutte) aufgenommen, um Voraussetzungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu schaffen.[32]

DEUTSCHLAND
REICHSTAG
STRESEMANN
ERMÄCHTIGUNGSGESETZ
RHEINISCH-WESTFÄLISCHE KOHLENINDUSTRIE
FRANZÖSISCHE BESATZUNG

Mitte Oktober 1923

In Dresden nimmt Ministerpräsident Zeigner Kommunisten in seine sächsische SPD-Regierung auf und bildet damit eine Volksfrontregierung. Sie nennt sich „Regierung der republikanisch-proletarischen Verteidigung" und will der Abwehr der „großen kapitalistischen Militärdiktatur", womit der von der Reichsregierung verhängte Ausnahmezustand (vgl. 27. September 1923) gemeint ist, dienen. Der Aufforderung des zuständigen Befehlshabers im Wehrkreis 4, General Alfred Müller, entweder zurückzutreten oder die Kommunisten wieder aus dem sächsischen Landeskabinett zu entfernen, widersetzt sich Zeigner. Daraufhin wird General Müller die bedeutenderen Städte Sachsens von der Truppe besetzen lassen.[33]

DEUTSCHLAND
SACHSEN
VOLKSFRONT
KOMMUNISMUS
ZEIGNER
GENERAL MÜLLER

21. Oktober 1923

In Aachen wird von Separatistenführern, die jedenfalls das linksrheinische Gebiet vom Deutschen Reich lösen wollen und daher Unterstützung durch Frankreich erhalten, eine „Rheinische Republik" proklamiert, in den folgenden Tagen auch in den meisten anderen linksrheinischen Städten. In Koblenz bilden Dorten und Matthes eine vorläufige Regierung, die vom französischen Oberkommissar für das besetzte Gebiet, Tirard, „anerkannt" wird. In der Pfalz führt der Separatistenführer Joseph Heinz, ebenfalls mit französischer Unterstützung, ein Terrorregime. In Speyer wird ein „autonomer Pfalzstaat" errichtet.[34]

DEUTSCHLAND
SEPARATISMUS
„RHEINISCHE REPUBLIK"
DORTEN
MATTHES
TIRARD
HEINZ

29. Oktober 1923

TÜRKEI REPUBLIK MUSTAFA KEMAL

Mustafa Kemal erklärt die Türkei zur Republik (vgl. 24. Juli 1923). Er selbst wird Staatspräsident. Der Sultan dankt ab. Die letzte Erinnerung an das einstige Osmanische Riesenreich, das nahezu die gesamte arabisch-mohammedanische Welt, den Mittelmeer- und Schwarzmeerraum umschloß, ist erloschen.

DEUTSCHLAND SACHSEN HEINZE STRESEMANN SPD REGIERUNGS-KRISE

Am selben Tage setzt in Deutschland Reichskanzler Stresemann, bevollmächtigt durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert und im Einvernehmen mit Reichswehrminister Geßler sowie dem Befehlshaber im Wehrkreis 4 General Müller (vgl. Mitte Oktober 1923), den sächsischen Staatsminister a. D. Dr. Heinze (DVP) zum Reichskommissar für Sachsen ein. Heinze fordert die bisherige sächsische Regierung Zeigner auf, „Ihre Plätze zu räumen", was „in aller Ruhe" geschieht. Doch sehen sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung durch das Vorgehen gegen die sächsische Landesregierung zum Rücktritt veranlaßt, der am 2. November erfolgen wird.[35]

noch Oktober 1923

CHINA UDSSR SUN YAT-SEN BORODIN KUOMINTANG

Als Vertreter und Berater sendet die Regierung der UdSSR, bzw. die KOMINTERN Michail Borodin, mit wirklichem Namen M. N. Grusenberg, einen welterfahrenen Altkommunisten, nach Kanton zu Sun Yat-sen, der die 1912 von ihm geschaffene Chinesische Republik auf Druck der Westmächte und Japans hin ohne einen Gewinn für China am Krieg gegen die Mittelmächte beteiligt hat. Da sich auch das zaristische Rußland an der Ausbeutung Chinas beteiligt hatte, ist eine Neuregelung der russisch-chinesischen Beziehungen nicht länger hinauszuschieben. Borodin bereitet das „Generalabkommen" vom 31. Mai 1924 (vgl. dort) vor und veranlaßt Sun Yat-sen, die Parteileitung der Kuomintang zu zentralisieren und die Partei selbst in eine disziplinierte Armee politischer Soldaten zu verwandeln. Bereits eine Woche nach Borodins Ankunft in Kanton nimmt die Parteiführung der Kuomintang seine Vorschläge an und gibt sich damit eine neue Verfassung, die Borodin in englischer Sprache ausgearbeitet hatte und die dann — nach Zustimmung Sun Yat-sens — ins Chinesische übersetzt wird.[36]

noch Oktober 1923

PANEUROPA COUDENHOVE-KALERGI FREIMAUREREI

Nr. 9/10 1923 der „Wiener Freimaurerzeitung" berichtet: „Auf Einladung des Bruder Großmeisters [der humanitären Wiener Freimaurer-Großloge] sprach der junge Gelehrte [Bruder Coudenhove-Kalergie], dessen Ideen schon viele Tausende begeisterter Anhänger haben, im überfüllten großen Saale des Konzert-

hauses zu einer andächtigen Menge von Angehörigen und Freunden unserer Brüder. Der große Beifall, den Bruder Coudenhove-Kalergi und die Veranstaltung fanden, wird die Großloge wohl ermuntern, auf diesem Wege fortzuschreiten." Im gleichen Jahre erscheint auch das Buch Coudenhove-Kalergis, Paneuropa, das mit den Worten beginnt: „Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert."[37]

WIENER GROSSLOGE

Oktober bis November 1923

In London tritt die Konferenz des British Empire zusammen. In ihrem Verlauf erkennt Großbritannien u. a. den einzelnen Dominions das Recht zu, selbständig Verträge mit außenstehenden Mächten zu schließen. Das bedeutet den Beginn der Auflösung des britischen Weltreiches, verursacht durch die Folgen des 1. Weltkrieges, insbesondere durch die von Großbritannien selbst betriebene Einbeziehung der USA in den Krieg sowie die Inanspruchnahme des amerikanischen Finanz- und Wirtschaftspotentials. Die Wiederholung dieses Vorganges im 2. Weltkrieg wird unter die Auflösung des Empire den Schlußstrich setzen. Als erstes Dominion macht Kanada von dem neuen Recht Gebrauch und schließt von sich aus einen Fischereivertrag mit den USA.

GROSS-BRITANNIEN
EMPIRE-KONFERENZ
DOMINIONS
KANADA
USA

8./9. November 1923

In dem offenen Konflikt zwischen der deutschen Reichsregierung in Berlin und dem Lande Bayern streben der bayerische Staatskommissar von Kahr und der inzwischen von Berlin abgesetzte Kommandeur der bayerischen Reichswehrdivision von Lossow, der seine Absetzung ignoriert, für Bayern die Wiederherstellung der Monarchie an. Adolf Hitler dagegen, der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, will von München aus eine Revolution im Reich erzielen, erklärt zunächst die bayerische Regierung für abgesetzt und ruft eine Nationale Republik aus. Ludendorff schließt sich an, auch von Kahr und von Lossow erklären ehrenwörtlich ihre Beteiligung, lösen aber am nächsten Morgen die NSDAP und die mit ihr verbündeten Freikorps „Oberland" und „Reichskriegsflagge" auf. Darauf kommt es zu einem Demonstrationszug der Putschisten, an der Spitze General von Ludendorff und Hitler, auf den an der Feldherrnhalle die Bayerische Landespolizei das Feuer eröffnet. Sechzehn Tote bleiben auf dem Platz, Göring kann, schwer verletzt, ins Ausland entkommen, Hitler wird einige Tage darauf verhaftet. Die Reichsregierung unter Vorsitz des Reichspräsidenten beschließt noch am gleichen Tage (9. November 1923), dem fünften

DEUTSCHLAND
BAYERN
MÜNCHEN
HITLER
LUDENDORFF
SEECKT
KAHR

Jahrestag der Novemberrevolution von 1918, die vollziehende Gewalt vom Reichswehrminister unmittelbar auf den Chef der Heeresleitung zu übertragen. General von Seeckt hat damit den Gipfel seiner Macht erklommen, nutzt sie jedoch nicht zur Errichtung einer Militärdiktatur, die aus außenpolitischen Gründen nicht realisierbar wäre.[38]

15. November 1923

DEUTSCHLAND
INFLATION
RENTENMARK
HELFFERICH
SCHACHT
LUTHER

Plötzlich ist es möglich, die Inflation in Deutschland zu beenden. Nach Vorschlägen des deutschnationalen Karl Helfferich, der fünf Monate später einem Eisenbahnattentat zum Opfer fallen wird, gelingt es dem neu ernannten Reichswährungskommissar Hjalmar Schacht, mit 3,2 Milliarden „Rentenmark" und einer neu gegründeten Rentenbank in den folgenden Monaten wieder zu einem ausgeglichenen Reichshaushalt zu gelangen. Dabei entspricht eine Rentenmark dem Kurswer von einer Billion der alten Reichsmark. Reichsfinanzminister Luther (seit dem Ausscheiden Hilferdings am 2. November) äußert gelegentlich dem Sinne nach, eine Beendigung der Inflation sei auch zu früherem Zeitpunkt möglich gewesen. Hier bleibt auch nach 50 Jahren noch vieles im Unklaren, ebenso wie der Tod Helfferichs (siehe oben), mit dessen Kritik an der Regierungspolitik sich Stresemann noch bis zum Tage des Eisenbahnattentats (23. April 1924) auseinandersetzen wird.[39]

15./16. November 1923

DEUTSCHLAND
RHEINLAND
SEPARATISTEN
SCHLACHT IM SIEBENGEBIRGE

Im Siebengebirge bei Oberpleis liefert die rheinländische Bevölkerung, die weiterhin beim Deutschen Reich bleiben will, den in einem Steinbruch versammelten Separatisten eine Schlacht und stürzt u. a. Basaltblöcke auf die Versammelten herab. Zehn Tage darauf wird sich die „Regierung" Dorten/Matthes in Koblenz (vgl. 21. Oktober 1923) auflösen.[40]

23. November 1923

DEUTSCHLAND
STRESEMANN
MARX

Reichskanzler Stresemann stellt im deutschen Reichstag die Vertrauensfrage. Es liegen drei verschieden motivierte Mißtrauensanträge verschiedener Fraktionen vor, die einzeln abgewehrt werden könnten. Stresemann will aber die bevorstehenden Entscheidungen nicht mit einer parlamentarischen Minderheit angehen und führt daher die sichere Niederlage seiner Regierung selber herbei. Die neue Regierung bildet der Führer der Zentrumspartei Wilhelm Marx. Stresemann behält das Außenministerium.[41]

30. November 1923

Die vom britischen Ministerpräsidenten Baldwin Ende Oktober geforderte Konferenz der Reparationskommission, einer Einrichtung des Versailler Vertrages, die durch Frankreichs erneute Kriegführung in Deutschland praktisch wirkungslos geworden war, tritt zusammen und beschließt, zwei Sachverständigenausschüsse einzusetzen, die sich mit der Währungsstabilisierung in Deutschland und der Rückführung des ins Ausland geflüchteten deutschen Kapitals befassen sollen. Stresemann sieht in der Einsetzung dieser Ausschüsse insofern einen Erfolg, als Poincaré nun nicht mehr alleine im Rhein- und Ruhrgebiet zu bestimmen haben wird.

GROSS-BRITANNIEN
REPARATIONS-KOMMISSION
SACHVERSTÄN-DIGEN-AUSSCHÜSSE

5. Dezember 1923

Leiba (Lew) Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki, fängt einen Ball auf, den ihm Stalin mit einer Rede im Arbeiterviertel Krassnoja Pressnja vor Moskau geschickt zugespielt hat. Er antwortet in einem „Offenen Brief", um jede „bürokratische Degeneration" der Partei zu vermeiden, sei es notwendig, *innerhalb* der Partei eine ständige und aktive Demokratie zu verwirklichen. *Ohne Freiheit der Kritik* bestehe die Gefahr, daß die Partei unter die Kontrolle ihrer rückschrittlichsten Elemente geriete und zu einer „Zone des Schweigens" werde. Hätte Trotzki das *vor* dem XII. Parteitag der KPDSU (vgl. 26. April 1923) so deutlich gesagt, hätte er sich vielleicht noch gegen Stalin durchsetzen können. Nun ist es zu spät. Sinowjew fordert seine sofortige Verhaftung. Stalin wehrt entschieden ab. Er weiß, daß man die Entwicklung ausreifen lassen muß. Noch lebt Lenin, wenn auch nur physisch. Politisch ist er schon tot. Aber Stalin kann warten.[42]

UDSSR
TROTZKI
STALIN

6. Dezember 1923

Der Präsident der USA, Coolidge, erklärt in einer Botschaft an den amerikanischen Kongreß, die USA müßten die Rückzahlung der Kriegsschulden der europäischen Staaten an die Vereinigten Staaten sichern und seien darum bereit, diesen Staaten bei der Lösung ihrer Finanzprobleme „beizustehen". Fünf Jahre nach dem Ende des 1. Weltkrieges beginnen damit die Hintergründe der amerikanischen Kriegsbeteiligung sich allmählich abzuzeichnen.[43]

USA
EUROPA
KRIEGS-SCHULDEN
COOLIDGE

18. Dezember 1923

In der Pariser Konvention über Tanger wird der Hafenstadt der Status der Internationalität zuerkannt. Der in Französisch-Marokko residierende Sultan hat formal auch das Hoheitsrecht über Tanger.

TANGER
PARISER KONVENTION

noch 1923 (ohne nähere Datierung)

CHINA
SUN YAT-SEN
TSCHIANG KAI-SCHEK

Der Präsident der Chinesischen Republik, Sun Yat-sen, schickt einen Offizier seiner Revolutionsarmee, Tschiang Kai-schek, zum Studium der revolutionären Roten Armee nach Moskau. Später wird Tschiang am Aufbau der Militärakademie von Whampoa mitwirken und deren erster Präsident werden (vgl. Mai 1924).[44]

1924

9. Januar 1924

In einer Besprechung in der Reichskanzlei in Berlin erklären Louis Hagen, Hugo Stinnes, Dr. Vögler, Mönnig, Silverberg und Oberbürgermeister (von Köln) Adenauer: wenn es der Reichsregierung nicht gelänge, „in gemessener Zeit das Verhältnis zu Frankreich in Ordnung zu bringen, werde das Reich wahrscheinlich auseinanderbrechen, jedenfalls aber das besetzte Gebiet nicht beim Deutschen Reich verbleiben . . . Die Schaffung eines Westdeutschen Bundesstaates werde erträglich gemacht, wenn gleichzeitig damit eine Bereinigung des ganzen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich einträte[1] . . ."

DEUTSCHLAND
RHEIN-RUHR
SEPARATISMUS
„WEST-DEUTSCHER BUNDESSTAAT"
STINNES
ADENAUER

16. Januar 1924

Während Lenin im Sterben und Trotzki krank in seiner Wohnung liegt, eröffnet Stalin in Moskau eine „Nationale Parteikonferenz" und sagt u. a. — es kann als Antwort auf Trotzkis Offenen Brief vom 5. Dezember 1923 (vgl. dort) verstanden werden — : „Ich will euch das eine sagen: es wird keine voll entwickelte Demokratie, keine Demokratie im wahren Sinne des Wortes geben. Wirtschaftliche Wohlfahrt, militärische Sicherheit und eine intellektuell hoch entwickelte Mitgliederschaft, das sind die Voraussetzungen, unter denen eine Arbeiterdemokratie funktionieren könnte. Diese Voraussetzungen liegen bei uns nicht vor."[2]

UDSSR
STALIN
TROTZKI

18. Januar 1924

Stalin beendet die von ihm einberufene „Nationale Parteikonferenz" (siehe oben) mit der Verlesung einer „Liste der sechs Irrtümer Trotzkis: 1. Trotzki hat mit den anderen Mitgliedern des Politbüros für den ‚Neuen Kurs' gestimmt, dann aber am Politbüro Kritik geübt. 2. Trotzki versucht sich damit über seine Genossen zu stellen und eine Art ‚Übermensch' zu spielen. 3. Trotzki hat niemals deutlich erklärt, ob er auf seiten des Zentralkomitees oder der Opposition steht. 4. Trotzki reizt die Partei gegen ihre Parteikader und die Jugend gegen die Partei auf. 5. Trotzki wirft sich zum Sprecher der kleinbürgerlichen Intelligenz auf gegen die übrigen Parteiführer, die für das Proletariat sprechen. 6. Trotzki bürdet die geheime Fraktions- und Gruppenbildung der Partei auf und verkennt, daß sie nur Ausdruck verschiedener Klasseninteressen sind." Die Konferenz verurteilt dann die Opposition als eine „kleinbürgerliche Abweichung vom Leninismus". Lenin kann sich dazu nicht mehr äußern. Am Nachmittag desselben Tages suchen die Mitglieder des Politbüros

UDSSR
STALIN
TROTZKI

Trotzki in seiner Wohnung auf. Trotzki versucht, sie von seinen guten Absichten zu überzeugen. Es gelingt ihm nicht. Er reist tags darauf nach Suchumi am Schwarzen Meer, südlich des Kaukasus ab, um seine Krankheit auszukurieren. Es scheint, als habe er den Kampf bereits verloren gegeben.[3]

21. Januar 1924

LENIN
STALIN
TROTZKI

Lenin stirbt. Trotzki erhält auf dem Bahnhof von Tiflis ein Telegramm mit der Nachricht von Lenins Tod. Er wird an den Beisetzungsfeierlichkeiten in Moskau nicht teilnehmen, sondern setzt seine Reise nach Suchumi (siehe oben) fort.[4]

noch Januar 1924

CHINA
KUOMINTANG
SUN YAT-SEN
MAO TSE-TUNG

In Kanton findet der erste Nationalkongreß der Kuomintang statt, der eine Reorganisation der Partei nach den neuen Satzungen Borodins (Grusenbergs, vgl. noch Oktober 1923), zugleich jedoch auch im Sinne altchinesischer Tradition beschließt. Das Ergebnis dieses Kongresses ist zugleich die Krönung des Werkes Sun Yat-sens, der ihn einberufen hat. Auch Mao-Tse-tung nimmt an diesem Parteikongreß der Kuomintang teil.[5]

5. Februar 1924

UDSSR
STALIN
TROTZKI
SKLJANSKIJ
RAKOWSKIJ
KRESTINSKIJ
JOFFE

Stalin beginnt Trotzki zu isolieren. Eine Abordnung des Zentralkomitees der Partei erscheint in Suchumi (vgl. 18. Januar 1924) und teilt Trotzki mit, der bisherige Vizepräsident des Kriegskommissariats, Trotzkis zuverlässigster Mann, Skljanskij, werde durch Frunse abgelöst. Zwei Tage darauf wird Rakowskij, bisher Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, als Botschafter nach London, Krestinskij nach Deutschland, Joffe nach China geschickt. Man hat keinen der wenigen Freunde Trotzkis vergessen.[6]

Mitte Februar 1924

DEUTSCHLAND
PFALZ
SEPARATISMUS
PIRMASENS

In Pirmasens in der Pfalz erstürmt die Bevölkerung den Sitz der „Separatisten-Regierung“, die nur von den französischen Besatzungsbehörden ausgehalten wurde, im Gebäude der Bezirksregierung. Zahlreiche Separatisten werden dabei getötet und verwundet. Es ist die Antwort auf ein monatelang ausgeübtes Terrorregime. Frankreich seinerseits läßt daraufhin über Pirmasens den Belagerungszustand verhängen, Verhaftungen vornehmen und Sanktionen androhen. Eine Note der Reichsregierung mit einer Darstellung der Verhältnisse in der Pfalz wird von Poincaré schroff abgelehnt.[7]

noch Februar 1924

Der britische Premierminister Macdonald schreibt an den französischen Ministerpräsidenten Poincaré: „... daß die Bevölkerung unseres Landes mit Besorgnis den in ihren Augen von Frankreich gefaßten Entschluß betrachtet, Deutschland zugrundezurichten und auf dem Festlande zu herrschen, ohne Rücksicht auf unsere vernunftgemäßen Interessen und die künftigen Folgen, die sich daraus für die Regelung der europäischen Angelegenheiten ergeben." Poincarés Antwortbrief dementiert von Anfang bis Ende die seiner Politik der letzten Jahre zugrundeliegende, realpolitischen Erwägungen nicht zugängliche Haß- und Rachementalität.[8]

GROSS-BRITANNIEN
FRANKREICH
MACDONALD
POINCARÉ
DEUTSCHLAND

2. März 1924

In der Zeitung „Zeit" vom 2. März 1924 setzt sich unter dem Pseudonym „Renatus" der deutsche Reichsaußenminister Stresemann mit den Argumenten auseinander, die gleichzeitig im Münchner Prozeß gegen Hitler, Ludendorff usw. von den Angeklagten für ihre Handlungsweise am 8. und 9. November 1923 (vgl. dort) geltend gemacht werden. Stresemann war damals Reichskanzler, und der Putsch richtete sich gegen sein Kabinett, aus dem wenige Tage zuvor die Sozialdemokraten ausgeschieden waren (am 2. November 1923). Die Ausführungen in der „Zeit" sind von grundsätzlicher Bedeutung für das Verständnis der Motive der damals beiderseits führenden Akteure.[9]

DEUTSCHLAND
STRESEMANN
HITLER
LUDENDORFF
MÜNCHNER PROZESS

9. April 1924

Das von der Konferenz der Reparationskommission in London am 30. November 1923 (vgl. dort) eingesetzte Sachverständigenkomitee für Währungsstabilisierung in Deutschland unter Leitung des Amerikaners Charles G. Dawes (vgl. 6. Dezember 1923) hat seine Untersuchungen in Deutschland abgeschlossen und legt in Paris der Reparationskommission seinen Bericht sowie gleichzeitig den Plan zu einer Lösung des Reparationsproblems (Dawesplan) vor. Eine Woche später wird die Reichsregierung die Anfrage der Reparationskommission, ob sie bereit sei, auf der Grundlage dieses Sachverständigengutachtens bei einer Lösung mitzuarbeiten, durch eine Note bejahen. Vgl. auch 16. August 1924.[10]

REPARATIONS-KOMMISSION
DAWES-KOMITEE
PARIS

10. April 1924

Anläßlich des Todes von Hugo Stinnes äußert der deutsche Reichsaußenminister Stresemann gegenüber dem Vertreter des Manchester Guardian u. a.: „Mit Hugo Stinnes ist die stärkste Potenz des deutschen Wirtschaftslebens dahingegangen. Er war

DEUTSCHLAND
STINNES
STRESEMANN

ohne Zweifel der Führer der deutschen Industrie und darüber hinaus der deutschen Wirtschaft . . . Die Verbindungen, die er geschaffen hat, umspannen Länder, Meere und Erdteile . . . er war der Mitschöpfer der Arbeitsgemeinschaft, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu gemeinsamem Schaffen verbinden wollte . . . war einer der ersten, die beispielsweise mit der Sowjetrepublik in nähere Beziehungen trat und sich des Verkehrs mit ihren Führern nicht genierte[11] . . ."

1. Mai 1924

USA
HOOVER
KINDER-GESUNDHEITS-TAG AM 1. MAI

Der amerikanische Handelsminister Herbert Hoover führt in seiner Eigenschaft als Präsident des Verbandes für die Gesundheit des Kindes den Mai-Feiertag als „Kindergesundheitstag" ein, u. a. mit Kinderparaden, die auf mitgeführten Fahnen bzw. Transparenten den Schutz ihrer Gesundheit fordern. Gleichzeitig nimmt Hoover dem 1. Mai damit seinen bisherigen klassenkämpferischen Charakter.[12]

4. Mai 1924

DEUTSCHLAND
REICHSTAGS-WAHL
REICHS-REGIERUNG

Aus den Wahlen zum Deutschen Reichstag gehen die Sozialdemokraten mit 100 Mandaten als stärkste, die Deutschnationalen mit 95 Mandaten als zweitstärkste Partei hervor. An dritter Stelle folgt das katholische Zentrum (65), an vierter die Kommunisten (62). Stresemanns Deutsche Volkspartei (DVP) erhält nur noch 45 Mandate. Trotzdem bleibt die Reichsregierung Marx-Stresemann in ihrer Zusammensetzung unverändert, da die Deutschnationalen sich mit ihren — angesichts der Haltung Frankreichs unrealistischen — politischen Forderungen nicht durchsetzen. Die Sozialdemokraten unternehmen keinen Versuch, eine Regierungskoalition der Linken zustande zu bringen, werden auch vom Reichspräsidenten Ebert nicht dazu aufgefordert.[13]

8. Mai 1924

UDSSR
KRUPSKAJA
TROTZKI
STALIN
LENINS TESTAMENT
SINOWJEW
KAMENEW

Zum ersten Mal im Jahre 1924 nimmt der aus Suchumi nach Moskau zurückgekehrte Trotzki an einer plötzlich einberufenen Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU teil. Die Witwe Lenins, Nadeshda Konstantinowna Krupskaja, die zwei Tage zuvor Trotzki in seiner Wohnung aufgesucht hat, besteht darauf, daß Lenins Testament, in dem er sich sehr nachteilig über Stalin geäußert hat, dem Parteikongreß vorgelegt werde. Zunächst wird es jetzt vor dem vollzählig erschienenen Plenum des Zentralkomitees vorgelesen. Lenin warnt ausdrücklich davor, dem ehrgeizigen Stalin die Führung der Partei zu überlassen. Nach der Verlesung nimmt zuerst Sinowjew das Wort: Lenins Befürch-

tungen in bezug auf den Generalsekretär (Stalin) hätten sich glücklicherweise als grundlos erwiesen. Dann spricht Kamenew und fordert das Plenum in beschwörenden Worten auf, Stalin in seinem Amte zu belassen und das Testament nicht bekanntzugeben. Sinowjew und Kamenew begehen damit Selbstmord. Stalin wird niemals vergessen, daß sie ihn gerettet haben. Er wird sie schließlich umbringen lassen. Bereits im folgenden Jahre 1925 werden sie zur Opposition gezählt und mit Trotzki, den sie so leidenschaftlich bekämpfen, auf eine Ebene gestellt werden. Die Krupskaja protestiert im Zentralkomitee leidenschaftlich gegen die Unterdrückung des Testaments. Trotzki sagt kein Wort. Die Abstimmung ergibt vierzig Stimmen gegen, zehn Stimmen für die Bekanntgabe des Testaments vor dem Parteikongreß.[14]

11. Mai 1924

FRANKREICH
KAMMER-WAHLEN
POINCARÉ
HERRIOT

Die Kammerwahlen in Frankreich entziehen dem Kabinett Poincaré die Regierungsgrundlage. Es verfügt anstatt über 425 nur noch über 218 Parlamentssitze gegenüber 366 des von Herriot geführten Linksblocks. Zwei Tage nach den Wahlen wird Poincaré dem Präsidenten der Republik Millerand den Rücktritt seines gesamten Kabinetts für den 1. Juni 1924 ankündigen.[15]

31. Mai 1924

CHINA
UDSSR
GENERAL-ABKOMMEN

In folgerichtiger Weiterführung der sowjetrussischen Chinapolitik, die mit der Entsendung Michail Borodins, alias M. N. Grusenbergs zu Sun Yat-sen nach Kanton begann (vgl.: noch Oktober 1923), wird in Peking ein Abkommen zwischen China und der UdSSR unterzeichnet, in dem beide Regierungen vereinbaren, normale diplomatische Beziehungen herzustellen, in Kürze eine Konferenz einzuberufen, bei der alle China berührenden Verträge des zaristischen Rußland für null und nichtig erklärt und durch neue Verträge ersetzt, die Äußere Mongolei als Bestandteil Chinas anerkannt und China die Möglichkeit gegeben werden soll, die Ostbahn *unter Ausschluß Dritter* zurückzukaufen. Die Verwaltung der Ostchinabahn wird in einem besonderen Abkommen geregelt. In einem zusätzlichen Briefwechsel zwischen den Unterzeichnern Wellington Koo für China und Karakhan für die UdSSR sagt China die Entlassung aller zaristisch-russischen Offiziere aus dem Heer und aus der Gendarmerie an Hand von Namenslisten zu, die die UdSSR aufstellen wird.[16]

noch Mai 1924

UDSSR
KPDSU
XIII. PARTEITAG
TROTZKI

Der XIII. Parteitag der sowjetrussischen Kommunistischen Partei steht im Zeichen des Kesseltreibens gegen Trotzki, veranstaltet von Sinowjew und Kamenew. Sie verfolgen ihn mit einem wilden Haß, wie nur Juden, die vom Glauben ihrer Väter abge-

SINOWJEW
KAMENEW
JUDENTUM
ZKK

fallen sind, sich gegenseitig hassen und verfolgen können. Stalin braucht selber kaum etwas zu tun. Im Zentralkomitee der Partei ist das jüdische Element zu dieser Zeit mit 24,1 % vertreten. Die Regie des Parteitages ist mit Erfolg bestrebt, dem ZKK, dem Zentralen *Kontroll*komitee die Beaufsichtigung auch führender Parteimitglieder zu übertragen und damit die Voraussetzung für die spätere „große Säuberung" (Tschistka) zu schaffen. Von sieben eingesetzten Hauptkontrolleuren des ZKK im gesamten Gebiet der Sowjetunion sind vier Juden. Insgesamt macht der jüdische Anteil im Zentralen Kontrollkomitee im Jahre 1924 37,8 % aus. Von einem Zurückdrängen des Judentums aus den Schaltstellen der Partei nach dem Tode Lenins kann also keine Rede sein. Dagegen spricht schon die ungeheure Machtfülle, die Lazar Kaganowitsch wenige Jahre später für lange Zeit, noch über den Tod Stalins hinaus, in seiner Hand vereinigen wird. — Sinowjew (Apfelbaum) verlangt auf dem XIII. Parteitag, Trotzki solle seine Irrtümer „abschwören" (vgl. 18. Januar 1924); nur dann sei Sicherheit gegeben, daß seine Unterordnung unter die Parteidisziplin nicht lediglich aus taktischen Gesichtspunkten erfolge. Stalin dagegen kann es sich leisten zu sagen: „Die Partei erhebt keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit. Wenn der Genosse Trotzki seine Angriffe einstellt, ist alles in Ordnung." Trotzki selbst, dadurch zum Widerspruch gereizt, bekennt sich ausdrücklich zu dem Grundsatz, daß „die Partei immer recht hat", er könne aber nicht einfach erklären, daß seine Kritik und seine Proteste lediglich ein einziger großer Irrtum gewesen seien, *denn so habe er nicht gedacht.* Er wird binnen kurzer Zeit seine Angriffe auf Sinowjew und Kamenew fortsetzen. Stalin ist bei diesem rein droktrinären, gänzlich unfruchtbaren Streit der lachende Vierte.[17]

13./14. Juni 1924

FRANKREICH
MILLERAND
DOUMERGUE
HERRIOT
NOLLET
DEUTSCHLAND-POLITIK

Anstelle des aufgrund des Kammerwahlergebnisses in Frankreich vom 11. Mai 1924 (vgl. dort) zum Rücktritt gezwungenen Staatspräsidenten Millerand wird Doumergue zum Präsidenten gewählt. Dieser beauftragt tags darauf Herriot (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II) mit der Regierungsbildung. Herriot behält sich das Außenministerium selber vor und macht General Nollet, bis dahin Chef der Militärkontrollkommission in Berlin, zum Kriegsminister. In seiner Regierungserklärung sagt Herriot u. a., um „alle Völker gegen eine Wiederkehr des nationalistischen Pangermanismus zu schützen, halten wir es nicht für möglich, die Ruhr zu räumen, bevor . . ." usw. Offenbar erblickt Herriot in Bismarcks kleindeutscher Reichsgründung von 1871 einen Akt von „Pangermanismus".[18]

24. Juni 1924

Auf Betreiben des Handelsministers der USA Herbert Hoover nimmt der amerikanische Kongreß ein Gesetz zur Schonung der Fischgründe in Alaska an, die durch Raubbau und durch Heizölverunreinigungen an der Küste abzusterben drohen. Das Gesetz ist erst nach jahrelangen schweren Kämpfen gegen die betroffenen Interessengruppen durchzusetzen, bei denen Hoover persönlichen Angriffen jeder Art ausgesetzt ist.[19]

USA
ALASKA
FISCHEREI-SCHUTZ

26. Juni 1924

Franklin Delano Roosevelt kehrt trotz durch Spinale Kinderlähmung verursachter Gehbehinderung in das politische Leben zurück und setzt sich in wirkungsvoller Rede auf dem Nationalkongreß der Demokraten in der New Yorker Garden Hall von Madison Square für die Präsidentschaftskandidatur des Gouverneurs von New York, Alfred E. Smith ein, allerdings vergeblich. Der Parteikongreß entscheidet sich für John W. Davies, der gegen den Republikaner Coolidge bei der Wahl keine Chancen hat.[20]

USA
ROOSEVELT
SMITH
DAVIES
COOLIDGE

16. Juli 1924

In London beginnt die Konferenz der Alliierten über den Bericht des ersten Sachverständigenkomitees (vgl. 30. November 1923, Dawesplan 9. April 1924) über die Währungsverhältnisse und Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die Konferenz beschäftigt sich insbesondere mit angeblichen deutschen „Verfehlungen“ gegen den Versailler Vertrag und mit wegen solcher Verfehlungen zu ergreifenden bzw. fortzuführenden Sanktionen. Nach einer Woche wird noch keine Einigung erzielt sein, obgleich die USA im Interesse der Eintreibung der ihnen von den Alliierten aus dem 1. Weltkrieg geschuldeten Beträge wiederholt nachdrücklich in die Verhandlungen eingreifen.[21]

DAWESPLAN
LONDONER KONFERENZ
REPARATIONEN
USA

2. August 1924

Der britische Premierminister Macdonald (Labourparty) richtet an den deutschen Botschafter in London, Sthamer, die offizielle Einladung an die Deutsche Reichsregierung, an der Londoner Konferenz über den Dawesplan teilzunehmen. Diese Einladung ist noch am 22. Juli, eine Woche nach Beginn der Konferenz, von der Presseabteilung des Foreign Office als durchaus fraglich bezeichnet worden.[22]

DAWESPLAN
LONDONER KONFERENZ DER ALLIIERTEN
REPARATIONEN
EINLADUNG AN DEUTSCHLAND

16. August 1924

Nachdem die deutsche Delegation (siehe oben) seit dem 5. August unter Führung von Reichskanzler Marx, Außenminister Stresemann und Finanzminister Luther an der Londoner Kon-

DAWESPLAN
REPARATIONEN

LONDONER KONFERENZ DEUTSCHLAND MARX STRESEMANN LUTHER

ferenz über den Dawesplan teilgenommen hat, kommt es nach zähen Verhandlungen und wiederholten Verhandlungskrisen zur Paraphierung eines Vertrages, der im wesentlichen die Vorschläge vom 9. April 1924 (vgl. dort) zur Grundlage hat:

1. Die deutsche Industrie übernimmt 5 Milliarden Goldmark Obligationen als 1. Hypothek und führt 5 Prozent Zinsen sowie 1 Prozent Tilgung als Reparationszahlung ab.

2. Die deutschen Eisenbahnen werden in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 15 Milliarden Goldmark umgewandelt. 11 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen werden als Reparationsleistungs-Schuldverschreibungen als 1. Hypothek auf diese Eisenbahn AG eingetragen, ebenfalls mit 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung. Die Überwachung der Eisenbahn AG wird durch einen nichtdeutschen Kommissar, zunächst durch einen Franzosen, ausgeübt.

3. Die Einnahmen des Deutschen Reiches aus bestimmten Zöllen und indirekten Steuern werden als Sicherheit für die Reparationszahlung an die Reparations-Kommission verpfändet, die durch Aufnahme von Amerikanern erweitert wird.

4. Die Reichsbank wird in eine von der Reichsregierung unabhängige Notenbank umgewandelt.

5. Das Deutsche Reich hat auf diese Weise jährlich ab sofort 1 bis 1,5 Milliarden Goldmark, vom 1. September 1928 an jährlich 2,5 Milliarden Goldmark an Reparationen zu zahlen, wie lange und bis zu welchem Gesamtbetrag, *wird nicht angegeben.*

6. Bei Nichteinhaltung dieser Bedingungen seitens Deutschlands werden eine Reihe möglicher Sanktionen ins einzelne gehend aufgeführt.

7. Um die deutsche Währung zu stabilisieren, wird dem Reich eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark in Aussicht gestellt, die größtenteils von amerikanischen Privatbanken, insbesondere J. P. Morgan (vgl. 12. März 1932 und 24. Mai 1932), aufzubringen wäre. Zinsen- und Tilgungsdienst für diese Anleihe kommen zu den oben aufgeführten Leistungen hinzu.

Der gesamte Plan ist so unrealistisch (vgl. hierzu 19. August 1931, Layton-Ausschuß), daß auch nach fünfzig Jahren noch unbegreiflich erscheinen muß, wie er zum Vertrag erhoben und unterschrieben werden konnte. Von einer Räumung des Ruhrgebietes oder des Rheinlandes ist im Vertragstext mit keinem Wort die Rede, lediglich in einem unverbindlichen Briefwechsel zwischen den Delegationen.[23]

18. August 1924

FRANKREICH DEUTSCHLAND

Unmittelbar nach der Paraphierung des Londoner Abkommens (siehe oben) werden die badischen Städte Offenburg und Appen-

weier (vgl. 3./4. Februar 1923) sowie die Häfen und bestimmte Stadtteile von Mannheim, Rheinau, Leopoldshafen und in Hessen Teile von Darmstadt von den französischen Truppen und Dienststellen geräumt, insgesamt Gebietsteile mit einer Bevölkerungszahl von 900 000 Menschen. Alles andere bleibt weiterhin besetzt.[24]

RÄUMUNG VON OFFENBURG, APPENWEIER USW.

25. August 1924

Die französische Kammer erteilt der Regierung Herriot mit Bezug auf das Londoner Abkommen mit 336 gegen 204 Stimmen das Vertrauensvotum. Poincaré als Oppositionsführer kritisiert die Londoner Ergebnisse heftig, insbesondere die nur brieflich, nicht vertraglich in Aussicht genommene Räumung der besetzten deutschen Gebiete an Rhein und Ruhr ohne — seiner Meinung nach — angemessene Gegenleistungen deutscherseits für solche Zusagen. Mit einer solchen Haltung kann und wird Poincaré nicht Frankreichs Sicherheit fördern, sondern Frankreich Niederlage und Besetzung von 1940 herbeiführen.[25]

FRANKREICH HERRIOT LONDONER ABKOMMEN POINCARÉ

29. August 1924

Im deutschen Reichstag wird nach mehrtägiger Debatte und internen Fraktionsbesprechungen über die nach dem Londoner Abkommen (Dawesplan, vgl. 16. August 1924) zu erlassenden Gesetze abgestimmt. Sie werden mit einfacher Mehrheit, das Gesetz über die Umwandlung der deutschen Eisenbahnen in eine AG und deren Belastung mit Zweitdrittelmehrheit angenommen. Diese kommt zustande, da von den Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) 48 *für* das Gesetz stimmen. General Ludendorff ruft ihnen zu, das sei eine „Schande für Deutschland" und spricht von einem „jüdischen Tannenberg" (Anspielung auf die Schlacht von Tannenberg zehn Jahre zuvor).[26]

DEUTSCHLAND REICHSTAG LONDONER ABKOMMEN EISENBAHN-GESETZ DEUTSCH-NATIONALE

30. August 1924

Im Foreign Office in London erfolgt um 12 Uhr mittags die endgültige Unterzeichnung des zwei Wochen zuvor paraphierten Londoner Abkommens über den Dawesplan (vgl. 16. August 1924) durch die Botschafter bzw. Gesandten der beteiligten Mächte.[27]

LONDONER ABKOMMEN (DAWESPLAN)

20. September 1924

In Ausführung des russisch-chinesischen Generalabkommens vom 31. Mai 1924 (vgl. dort) wird in Mukden ein Abkommen über die Durchführung der Vereinbarung über die Ostchinabahn und den beiderseitigen Verzicht auf politische Agitation oder sonstige feindselige Tätigkeit im Partnerlande unterzeichnet.[28]

CHINA UDSSR

9. Oktober 1924

GROSS-BRITANNIEN PARLAMENTS-WAHL KONSERVATIVE REGIERUNG BALDWIN

Die Parlamentswahlen in Großbritannien ergeben einen Sieg der Konservativen, die infolgedessen die neue britische Regierung bilden. Premierminister wird Baldwin, Außenminister Austen Chamberlain, dessen Außenpolitik Deutschland gegenüber sich im Vergleich zu der des Kabinetts Ramsey Macdonald wesentlich verhärten wird (vgl. 16. Juli bis 16. August 1924, 27. Dezember 1924).[29]

10. Oktober 1924

DEUTSCHLAND 800-MILLIONEN-ANLEIHE LONDON J. P. MORGAN

In London wird über die im Londoner Abkommen vom 16. August 1924 (vgl. dort, Punkt 7) vorgesehene Anleihe von 800 Millionen Goldmark zur Stabilisierung der deutschen Währung zwischen der deutschen Reichsregierung und einer Reihe von internationalen Banken, darunter die Bank von England und J. P. Morgan (vgl. 12. März 1932 und 24. Mai 1932, Ivar Kreuger), eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Diese Anleihe wird dreizehnfach überzeichnet werden.[30]

noch Oktober 1924

PALÄSTINA MANDATS-VERWALTUNG ZIONISMUS ARABERTUM THEODOLI

Die Mandatskommission des Völkerbundes unter ihrem italienischen Präsidenten Marquis Theodoli, nach Meinung Chaim Weizmanns einem entschiedenen Gegner der Zionistischen Bewegung, veröffentlicht eine Erklärung über den Rechtsstreit, zu dem die Einwanderungspolitik der britischen Mandatsverwaltung in Palästina Anlaß gibt. Die Erklärung zeichnet die bis heute unlösbare Problematik der jüdisch-arabischen Interessengegensätze in Palästina in bemerkenswert objektiver, gerechter und treffender Weise.[31]

18./19. November 1924

UDSSR TROTZKI STALIN SINOWJEW KAMENEW „REVOLUTION“

Sinowjew und Kamenew setzen sich öffentlich in Reden und Aufsätzen mit einer Schrift Trotzkis, „Die Lehren der Oktoberrevolution“ auseinander, in der er ihnen vorwirft, sie hätten die Revolution (gemeint ist die „permanente“, die Weltrevolution) zum Scheitern gebracht. Ihre Entgegnungen sind von entsprechender Schärfe. Die Agitation gegen Trotzki erreicht ihren Höhepunkt. Stalin sagt u. a.: „Früher hielt man den Sieg der Revolution *in einem Lande* für unmöglich . . . Jetzt entspricht dieser Standpunkt nicht mehr den Tatsachen. Wir können den Sozialismus errichten! Und wir werden ihn . . . aufbauen[32] . . .“

7. Dezember 1924

DEUTSCHLAND

Der am 20. Oktober wegen zu kleiner Regierungsbasis aufgelöste deutsche Reichstag wird neu gewählt. Die Sozialdemo-

kraten erzielen einen erheblichen Gewinn (31 Sitze mehr als im Mai), die Deutschnationalen einen bescheideneren (8 Sitze mehr). Die Kommunisten verlieren 17 Mandate. Zentrum und deutsche Volkspartei gewinnen einige wenige Sitze, ebenso Demokraten und Bayerische Volkspartei. Die Deutsch-Völkischen sind in den Nationalsozialisten aufgegangen unter starken Verlusten (18 Mandate weniger).[33]

REICHSTAGS-WAHLEN

13. Dezember 1924

Trotzki erhält die Nachricht, daß Kamenew und Sinowjew seinen Ausschluß aus der Partei, seine Verhaftung und Internierung fordern werden. Stünde nicht im Hintergrund Stalin, könnte man das Ganze als eine innerjüdische Auseinandersetzung ansehen, die niemanden sonst zu interessieren brauchte. Doch geht es tatsächlich um den Gedanken der Weiterführung der kommunistischen Revolution über die Grenzen Rußlands hinaus, um die von Marx vorausgesagte Revolution des internationalen Proletariats, bzw. derer, die sich zu seinen angeblichen Wortführern gemacht haben. Vgl. hierzu auch Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Trotzkismus", „Revolution" und Teil II, „Parvus-Helphand" (!), „Trotzki".[34]

UDSSR
TROTZKI
SINOWJEW
KAMENEW

15. Dezember 1924

Die deutsche Reichsregierung Marx-Stresemann tritt aufgrund des Wahlergebnisses vom 7. Dezember (vgl. dort) zurück, wird aber vom Reichspräsidenten Ebert mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt, da sich zunächst keine tragfähige Koalition für eine neue Regierung findet.[35]

DEUTSCHLAND
REICHS-REGIERUNG

20. Dezember 1924

Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler, wird vorzeitig aus der Festungshaft in Landsberg am Lech, zu der er im Münchner Prozeß (vgl. 2. März 1924) verurteilt worden war, entlassen. Er hat die Zeit dieser Haft genutzt, um sein programmatisches Buch „Mein Kampf" zu schreiben, das später eine Auflage von mehreren Millionen Exemplaren erreichen wird.[36]

DEUTSCHLAND
HITLER
NATIONAL-SOZIALISMUS
„MEIN KAMPF"

27. Dezember 1924

Die Botschafterkonferenz der Siegermächte des Ersten Weltkrieges beschließt, daß die nach dem Versailler Vertrag für den 10. Januar 1925 vorgesehene Räumung der ersten (nördlichen) Rheinlandzone *nicht* erfolgen könne (vgl. auch 9. Oktober 1924), da der Kontrollbericht der Interalliierten Militärkommission die Räumung nicht zulasse. Der diesem Beschluß zugrundeliegende

GROSS-BRITANNIEN
FRANKREICH
DEUTSCHLAND
RHEINLAND

negative Bericht der Interalliierten Kontrollkommission beanstandet vor allem das Vorhandensein und die Tätigkeit der nationalen Verbände in Deutschland, ferner die „Militarisierung der Schutzpolizei“ (die wesentlich zum Scheitern der separatistischen Autonomiebestrebungen im Westen beigetragen hat).[37]

30. Dezember 1924

DEUTSCHLAND
STRESEMANN
DAWES-POLITIK

Der deutsche Reichsaußenminister und frühere Reichskanzler Gustav Stresemann spricht vor den ausländischen Pressevertretern in Berlin anläßlich der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 27. Dezember (siehe oben) und erklärt, „daß das der vollkommene Bankrott derjenigen Politik ist, die in Deutschland geführt worden ist in bezug auf die Annahme des Dawesgutachtens, und daß es derartig auch vom deutschen Volke gewertet werden wird“, d. h. also als der vollkommene Bankrott seiner eigenen Politik.[38]

noch Dezember 1924 (ohne nähere Datierung)

CHINA
MAO TSE-TUNG
KOMMUNISTISCHE PARTEI
KUOMINTANG
KRIEGSHERREN

Mao Tse-tung, gleichzeitig Mitglied des chinesisch kommunistischen Politbüros *und* des Exekutivbüros der Kuomintang-Partei, die beide gemeinsam den Kampf gegen die regionalen Militärmachthaber, die sogenannten „Kriegsherren“ in den nördlichen Provinzen Chinas aufnehmen und die Bevölkerung für diesen Kampf zu gewinnen trachten, zieht sich durch Überarbeitung ein Lungenleiden zu und reist in seine Heimat Huan, um sich dort in seinem Geburtsort Schao Schan zu erholen. Er nutzt diese Zeit zu theoretischen Studien und zur Verarbeitung der Erfahrungen aus seinem bisherigen Werdegang.[39]

2. Januar 1925

Das Zentrale Kontrollkomitee (ZKK) der KP in der Sowjetunion, auf das seit dem XIII. Parteitag im Mai 1924 (vgl. dort) entscheidender Einfluß übertragen wurde, erhält für den Bereich der russischen Sowjetrepublik eine Satzung. Seine 151 Mitglieder werden vom Parteitag nach dem Maßstab der längsten Parteizugehörigkeit gewählt. Die Leitung des ZKK setzt sich aus drei Organen zusammen, dem Präsidenten, dem Sekretariat und dem *Part*-Kollegium, dem die letzte inquisitorische Gewalt innerhalb der Partei in die Hand gegeben ist.[1]

UDSSR
ZKK DER RSR

10. Januar 1925

Frankreich beschließt das Saargebiet durch eine „Zollunion" in seinen Wirtschafts- und Handelsraum ein.

FRANKREICH
SAARGEBIET

15. Januar 1925

Hans Luther, der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Essen, bildet nach dem Rücktritt der Regierung Marx am 15. Dezember 1924 eine neue deutsche Reichsregierung, die sich auf eine breite bürgerliche Koalition vom katholischen Zentrum bis zu den Deutschnationalen stützt. Letztere nehmen zum erstenmal seit dem Sturz des Kaiserreiches (9. November 1918) an einer Regierung Deutschlands teil. Stresemann bleibt Außenminister.

DEUTSCHLAND
REGIERUNG
LUTHER

19. Januar 1925

In Moskau beginnt die Tagung des Plenums des Zentralkomitees der kommunistischen Partei. Eine ausführliche schriftliche Verteidigung und Rechtfertigung Leo Trotzkis gegen den Vorwurf, er strebe nach einer Sonderstellung in der Partei und füge sich nicht der Parteidisziplin, wird verlesen. Sinowjew verlangt daraufhin den sofortigen Ausschluß Trotzkis aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee. Stalin rät ab: . . . „heute sägt man den einen ab, morgen den anderen, übermorgen den dritten [genauso wird er es binnen kurzem durchführen], und was bleibt dann von der ganzen Partei?" Auf jeden Fall er selbst, Stalin. Am Ende der Aussprache beschließt das ZK, Trotzki eine Verwarnung zu erteilen, ihn des Vorsitzes im revolutionären Kriegsrat zu entheben, die Entscheidung über seinen Verbleib im Zentralkomitee bis zum nächsten Parteitag zu vertagen. Einstweilen werden ihm die Funktionen eines „Vorsitzenden des Konzessionskomitees" eines „Chefs der elektrotechnischen Verwaltung" und eines „Vorsitzenden der wissenschaftlich-technischen Ver-

UDSSR
ZK
TROTZKI
STALIN
SINOWJEW

waltung der Industrie" zugewiesen. Der Sinn ist, Trotzki von der Parteiführung zu isolieren. Er selbst nimmt diese Arbeit auf, um sich darin bestätigt zu fühlen.[2]

20. Januar 1925

UDSSR JAPAN

Die UdSSR wird von Japan anerkannt. Gleichzeitig wird zwischen beiden Staaten ein Neutralitätspakt geschlossen, in dem Japan die nördliche Hälfte der Halbinsel Sachalin an die Sowjetunion zurückgibt, sich dabei allerdings Rechte an der Ausbeutung eines Teiles der Ölquellen und Kohlefelder in Nordsachalin sichert.

9. Februar 1925

DEUTSCHLAND FRANKREICH RHEINLAND DEMILITARISIERUNG

Die deutsche Reichsregierung Luther-Stresemann läßt in Paris eine Note überreichen und erklärt darin ihre Bereitschaft zu einem Pakt, der den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein und zugleich eine Entmilitarisierung des Rheinlandes deutscherseits garantieren soll.[3]

12. Februar 1925

INTERALLIIERTE KONTROLLKOMMISSION DEUTSCHLAND

Die Interalliierte Militär-(Kontroll-)Kommission übergibt der Botschafterkonferenz der Alliierten einen abschließenden Bericht über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen und Prüfung der Demilitarisierung und Abrüstung *Deutschlands* (vgl. auch 27. Dezember 1924). In diesem Abschlußbericht führt die Kommission u. a. gegenüber der deutschen Reichsregierung offiziell Beschwerde darüber, daß gegen Verfasser von Presseartikeln in deutschen Zeitungen, die auf Verstöße gegen den Vertrag von Versailles hingewiesen hätten, Verfahren wegen Hochverrats eröffnet worden seien. (Es muß hier wohl Landesverrat gemeint sein. Vgl. hierzu 9. Mai 1925.)[4]

27. Februar 1925

DEUTSCHLAND HITLER NSDAP

Der am 20. Dezember 1924 vorzeitig aus der Festungshaft in Landsberg am Lech entlassene Adolf Hitler nimmt eine Neugründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) vor und tags darauf im Münchner Bürgerbräukeller die Versammlungstätigkeit dieser Partei wieder auf.[5]

28. Februar 1925

DEUTSCHLAND EBERT

Der deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert, bis 1919 Führer der Sozialdemokraten und treibende Kraft beim Sturze des Kaiserreiches, später entschiedener Verteidiger der Reichsgrenzen von 1919, insbesondere gegen polnische Okkupationsversuche, stirbt.

12. März 1925

In China stirbt der Begründer der chinesischen Republik und Kuomintang-Partei Sun Yat-sen, der 1911 die Mandschu-Dynastie stürzte, an Leberkrebs. Von 1920 bis zu seinem Tode war er Präsident der Südchinesischen Republik. Sein Nachfolger wird Tschiang Kai-schek, der mit Unterstützung der Komintern, d. h. der Sowjetunion, die über Wladiwostok Waffen sendet, die große „Nördliche Expedition", den Feldzug zur Wiederherstellung der Territorialeinheit und Ausschaltung der sich gegenseitig bekämpfenden „Kriegsherren" beginnt. Gleichzeitig beginnen auf der neuen Sun-Yat-sen-Universität in Moskau Lehrgänge für chinesisches politisches Kaderpersonal der Kuomintang.[6]

CHINA
SUN YAT-SEN
TSCHIANG KAI-SCHEK

noch März 1925

In Moskau tagt sechs Tage lang der V. Kongreß der Komintern mit Delegierten der kommunistischen Parteien aus zahlreichen Ländern der Erde, einschließlich der noch unter Kolonialherrschaft stehenden Länder, deren Unabhängigkeitsansprüche von den Parteidelegationen der Kolonialmächte lebhaft unterstützt werden. Es gelingt, den gerade zu dieser Zeit sich verschärfenden Machtkampf in der KPdSU zwischen der Fraktion Stalins und der Opposition Trotzkis vor den ausländischen Delegationen zu verschleiern. Stalin beherrscht die Szene und erhält starke Beifallskundgebungen. Das Ganze spielt sich, vorbildlich inszeniert, im Gebäude des Großen Theaters ab. In den Delegationsmitgliedern wird der Eindruck erweckt, als könnten sie im Verlauf des Kongresses durch Abänderungsanträge usw. auf die Resolutionen, auf das gesamte Geschehen Einfluß nehmen. Tatsächlich ist jedes gesprochene Wort bereits seit Wochen vor dem Kongreß zwischen Moskau und den Führern der ausländischen Parteien genau festgelegt.[7]

KOMINTERN
V. KONGRESS

In Japan wird für die Männer das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Während es zuvor nur etwa drei Millionen Wahlberechtigte gab, nimmt die Anzahl der Wähler nunmehr um ein Vielfaches zu.

JAPAN
ALLGEMEINES WAHLRECHT

1. April 1925

Der britische ehemalige Außenminister Lord Balfour weiht die neue jüdische Universität von Jerusalem ein und unternimmt anschließend in Begleitung von Chaim Weizmann eine eingehende Besichtigungsreise durch die jüdischen Siedlungen Palästinas.[8]

JÜDISCHE UNIVERSITÄT
JERUSALEM
BALFOUR

16. April 1925

BULGARIEN ATTENTAT

In Sofia wird auf die in der Sophienkathedrale versammelten bulgarischen Minister, Abgeordneten und Offiziere ein Bombenattentat verübt, dem über zweihundert Tote zum Opfer fallen.

26. April 1925

DEUTSCHLAND HINDENBURG REICHSPRÄSIDENT

In Deutschland wird beim 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorff und Hindenburg mit knapp absoluter Stimmenmehrheit zum neuen Reichspräsidenten gewählt. Hindenburg vertrieb 1914 gemeinsam mit Ludendorff in der Schlacht bei Tannenberg die Russen aus Ostpreußen und riet 1918 als Chef der Heeresleitung dem Kaiser Wilhelm II. zur Abdankung und zum Exil.

noch April 1925

MAROKKO RIFKABYLEN ABD EL KRIM

In Französisch-Marokko beginnt der Aufstand der Rif-Kabylen (Berber) unter Führung Abd el Krims (Abd al Karim) (in Spanisch Marokko vier Jahre früher), die in heftigen und lang andauernden Kämpfen gegen französische und spanische Truppen, die Unabhängigkeit Marokkos anstreben.

1. Mai 1925

ZYPERN KRONKOLONIE

Die 1914 von Großbritannien annektierte Insel Zypern wird zur Kronkolonie erhoben. Doch wird sich zeigen, daß diese Geste den Unabhängigkeitswillen der Bevölkerung Zyperns nicht zu dämpfen, die Unruhen nicht zu beenden vermag.

9. Mai 1925

DEUTSCHLAND LIGA FÜR MENSCHENRECHTE

Die Times in London schreibt: „Die Verzögerung der Veröffentlichung des Berichtes der Interalliierten Kontrollkommission" (vgl. 12. Febr. 1925) „hat eine der führenden deutschen Friedensgesellschaften, die Deutsche Liga für Menschenrechte, veranlaßt, auf eigene Faust eine Untersuchung über Deutschlands Rüstungen zu unternehmen. Ihr Bericht ist gerade veröffentlicht und unterzeichnet von Dr. E. J. Gumbel, General von Schönaich, Oberst Lange und Berthold Jakob, die sämtlich in der deutschen Friedensbewegung gut bekannt sind . . ."[9]

30. Mai 1925

CHINA STUDENTENDEMONSTRATION

In Schanghai finden fremdenfeindliche Demonstrationen chinesischer Studenten statt. Britische Polizei schießt auf die Demonstranten.

1. Juni 1925

In China führen die Vorfälle vom 30. Mai in Schanghai (siehe oben) zu einem Generalstreik, der eine gegen die Engländer gerichtete Boykottbewegung eröffnet. In Nordchina setzt sich unter den sich gegenseitig bekriegenden Armeeführern (Kriegsherren) Tschang Tso-lin durch.

CHINA
GENERALSTREIK
BOYKOTT
TSCHANG TSO-LIN

16. Juni 1925

Der neue französische Ministerpräsident Aristide Briand, der Herriot im April abgelöst hat, beantwortet die deutsche Note vom 9. Februar 1925 (vgl. dort) und regt an, Deutschland möge auch mit *Polen,* das eine Garantie seiner Westgrenze wünscht, einen Schiedsvertrag schließen. In der deutschen Reichsregierung ist aber niemand bereit, Polen in das vorgeschlagene Sicherheitspaktsystem aufzunehmen, d. h. auf eine Revision der durch den Versailler Vertrag diktierten deutsch-polnischen Grenze zu verzichten. Daher gibt sie vier Tage darauf auf Briands Anregung eine ausweichende Antwort, über die man in Paris verstimmt ist.[10]

FRANKREICH
BRIAND
DEUTSCHLAND
POLEN
SICHERHEITSPAKTSYSTEM

28. Juni 1925

Die „Wiener Morgenzeitung" schreibt in einem Artikel über „Die Zukunft des Judentums": „Für uns ist der Völkerbund ein Wegbereiter gewesen. Die einzige große Tat, die er vollbringen konnte, war die Schaffung dieses neuen jüdischen Rechts..." (vgl. auch 19. Januar 1926.)[11]

VÖLKERBUND
JUDENTUM

6. Juli 1925

In der Tschechoslowakei wird der in Prag feierlich begangene Gedenktag an den Tod des Johannes Huß im Jahre 1415 zum Nationalfeiertag erklärt und werden gleichzeitig die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan auf Betreiben der Rom-feindlichen neuhussitischen, tschechisch-chauvinistischen Bewegung abgebrochen.

TSCHECHOSLOWAKEI
HUSS

9. Juli 1925

In Ecuador unternimmt eine Offiziersjunta eine Militärrevolte unter Führung von Isidro Ayora (vgl. auch 1. April 1926).

ECUADOR
AYORA

10. Juli 1925

Anläßlich einer Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau erklärt Sinowjew, daß die Opposition des Jahres 1923 mit ihren Warnungen vor dem Anwachsen des Bürokratismus und der Abweichung von der proletarischen Linie Recht gehabt habe. Die Erklärung kann nur als gegen Stalin gerichtet

UDSSR
ZK
SINOWJEW
STALIN
TROTZKI

verstanden werden und ist um so unerklärlicher, als Sinowjew noch am 19. Januar (vgl. dort) den Ausschluß Trotzkis gefordert hat. Auch Trotzki gibt eine Erklärung ab, in der er sich hinter Sinowjew und Kamenew stellt und Stalin „opportunistischer Wandlungen" beschuldigt.[12]

26. Juli 1925

FRANKREICH SPANIEN MAROKKO

Die französische und die spanische Regierung schließen ein Abkommen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die aufständischen Rif-Kabylen (vgl.: noch April 1925) in Marokko.

noch Juli 1925

JUGOSLAWIEN KROATEN RADIC

In Jugoslawien wird der im Dezember 1923 verhaftete Kroatenführer Stefan Radić nach Anerkennung der Verfassung aus der Haft entlassen. Im November wird er sogar vorübergehend als Erziehungsminister in das Kabinett eintreten.

14. Juli bis 1. August 1925

DEUTSCHLAND FRANKREICH RUHRGEBIET POLEN

Die französischen Truppen räumen das Ruhrgebiet. Gleichzeitig weist Polen zunächst 20 000 Deutsche aus, die bei der Abstimmung in den an Polen abgetretenen Gebieten für die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit gestimmt haben. Insgesamt wandern bis Ende 1925 aus Oberschlesien, Posen und Westpreußen über eine halbe Million Deutsche aus oder werden aus diesen Gebietsteilen vertrieben.

24. August 1925

FRANKREICH BRIAND DEUTSCHLAND VÖLKERBUND GARANTIEPAKT

Die französische Regierung Briand greift ihren Vorschlag vom 16. Juni 1925 (vgl. dort) wieder auf und detailliert ihn wie folgt: 1) Deutschland möge der Unverletzlichkeit der bestehenden Verträge zustimmen, 2) sich ohne Vorbehalte und Sonderrechte zum Eintritt in den Völkerbund bereit erklären, 3) dem von der deutschen Reichsregierung selbst am 9. Februar 1925 (vgl. dort) angeregten Garantiepakt zustimmen, ohne daß der Status der Besetzung des linken Rheinufers durch Frankreich davon berührt würde.[13]

25. August 1925

DEUTSCHLAND FRANKREICH RHEINLAND RUHRGEBIET

In Deutschland werden die französischen Besatzungstruppen auch aus den Städten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort abgezogen, die im Januar 1923 (vgl. dort) unter dem Vorwand von Sanktionen wegen angeblicher Nichterfüllung deutscher Kohlelieferungen besetzt worden waren. Die Räumung ist in erster Linie auf den Regierungswechsel in Frankreich (Herriot und Briand anstelle von Poincaré) zurückzuführen.

1.—4. September 1925

In London konferieren die juristischen Sachverständigen der Regierungen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien (Gaus, Fromageot und Cecil Hurst) über den Entwurf eines Sicherheitspaktes im Sinne der französischen Note vom 24. August 1925 (vgl. dort).[14]

LONDON DEUTSCHLAND FRANKREICH GROSS-BRITANNIEN

noch September 1925

Die Währung Großbritanniens, das Pfund Sterling, kann stabilisiert, die Goldwährung wieder eingeführt werden.

GROSS-BRITANNIEN GOLD-WÄHRUNG

12. Oktober 1925

In Moskau wird ein deutsch-russischer Handelsvertrag unterzeichnet.

UDSSR DEUTSCHLAND HANDELS-VERTRAG

5. — 16. Oktober 1925

In Locarno konferieren die Regierungschefs Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei (Vandervelde, Luther und Stresemann, Briand, Austen Chamberlain, Mussolini, Skrzynski und Benesch), um den vom 1. bis 4. September (vgl. dort) in London entworfenen Sicherheitspakt zum Abschluß zu bringen. Der Vertrag enthält in Artikel 1 die gemeinsame und Einzelgarantie der Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland einerseits, Frankreich und Belgien andrerseits. Damit verzichtet Deutschland nochmals ausdrücklich auf Elsaß-Lothringen und verpflichtet sich gemäß Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages zur Entmilitarisierung der Rheingrenze. Artikel 2 des Locarnopaktes enthält ein Nichtangriffsabkommen zwischen Deutschland und Belgien sowie Deutschland und Frankreich, ausgenommen den Fall, daß ein Verstoß gegen Artikel 42 oder 43 des Versailler Vertrages vorliegt, „sofern ein solcher Verstoß eine nicht provozierte Angriffshandlung darstellt und wegen der Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone ein sofortiges Handeln notwendig ist“. Artikel 4 überläßt die Entscheidung darüber, ob ein solcher Fall gegeben ist, dem Völkerbund und verpflichtet gegebenenfalls alle Signatarmächte, sogleich dem Angegriffenen oder Bedrohten Beistand zu leisten. Schiedsverträge zwischen Deutschland einerseits und Belgien, Frankreich, Polen sowie der Tschechoslowakei andrerseits ergänzen das Vertragswerk, dessen Abschluß von der deutschen Reichsregierung als entscheidender Fortschritt in der außenpolitischen Situation Deutschlands angesehen wird, obgleich es die Bestimmungen des Versailler Vertrages in allen Punkten bestätigt.[15]

LOCARNO

25. Oktober 1925

DEUTSCHLAND
DNVP
HUGENBERG

Aus der deutschen Reichsregierung treten die Minister der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die unter Führung Alfred Hugenbergs gegen die Verträge von Locarno (siehe oben) ist, aus. Das verbleibende Rumpfkabinett verfügt über keine ausreichende Mehrheit im Reichstag mehr (vgl. 5. Dezember 1925).

26. Oktober 1925

FRANKREICH
BRIAND
POLEN
TSCHECHO-SLOWAKEI
LOCARNO
DEUTSCHLAND

Zehn Tage nach Paraphierung der Verträge und Schiedsabkommen von Locarno (vgl. 5.—16. Oktober 1925) schließt Briand am gleichen Ort mit Polen und der Tschechoslowakei zusätzliche Beistandsabkommen ab, die sich direkt auf einen Angriff von seiten Deutschlands beziehen. Da ein solcher Angriff angesichts des Zustandes, in dem sich Deutschland befindet, außerhalb jeder Möglichkeit liegt, kann dieser Schritt Briands nur als Neubeginn der Fortsetzung der französischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland verstanden werden und macht den Optimismus der deutschen Reichsregierung, besonders Stresemanns, im Hinblick auf Locarno vollends unerklärlich.[16]

31. Oktober 1925

PERSIEN
ACHMAD
RESA CHAN

In Persien setzt das Parlament die regierende Familie der Kadscharen mit dem Schah Achmad ab, nachdem Oberst Mohammed Resa Chan seit dem 29. Oktober 1920 (vgl. dort) mit seiner Kosakenbrigade nach erfolgreichem Staatsstreich eine neue Regierung gebildet hat.

13. November 1925

POLEN
GRABSKI

In Polen tritt die knapp zwei Jahre zuvor aus nicht parteigebundenen Fachministern gebildete Regierung Wladyslaw Grabskis zurück und führt damit eine erneute Schwächung der ohnehin durch ihre Unpopularität behinderten Regierungsgewalt herbei.

noch November 1925

FRANKREICH
BRIAND

In Frankreich bildet Aristide Briand eine neue Regierung, in der er das Außenministerium selbst in der Hand behält und die bis zum Juli 1926 im Amt bleiben wird.

1. Dezember 1925

LONDON
LOCARNO
DEUTSCHLAND
RHEINLAND

In London werden die in Locarno am 16. Oktober lediglich paraphierten Verträge und Schiedsabkommen zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Am gleichen Tage beginnen die britischen Truppen mit der Räumung der Kölner Besatzungszone.[17]

5. Dezember 1925

Die restliche deutsche Reichsregierung unter Reichskanzler Luther tritt, nach dem Ausscheiden der deutschnationalen Minister (vgl. 25. Oktober 1925) aufgrund der Locarno-Verträge zurück, führt aber die Amtsgeschäfte bis Mitte Januar 1926 weiter (vgl. 20. Januar 1926).

DEUTSCHLAND REGIERUNG LUTHER

12. Dezember 1925

In Persien überträgt das Parlament dem Ministerpräsidenten Mohammed Resa Chan (vgl. 31. Oktober 1925) die erbliche Würde des Schah von Persien. Die damit neu errichtete Dynastie trägt den Namen Pehlewi (Pachlawi).

PERSIEN MOHAMMED RESA PEHLEWI

14. Dezember 1925

Mussolini und der britische Außenminister J. Austen Chamberlain bereiten in Rapallo das britisch-italienische Abkommen von 1926 über die Aufteilung Äthiopiens in wirtschaftliche Interessensphären vor.

ITALIEN GROSS-BRITANNIEN ÄTHIOPIEN

24. Dezember 1925

In Italien wird ein Gesetz über die Befugnisse des Regierungschefs erlassen, das die Maßnahmen gegen die Opposition nachträglich legalisiert. Nachdem im Jahre zuvor, nach dem Mord an dem sozialistischen Abgeordneten Matteotti, die Mehrheit der nicht faschistischen Kammerabgeordneten aus dem Parlament ausgeschieden war, deren Sitze nicht wieder besetzt wurden, waren eine Reihe von Verhaftungen und Verbannungen erfolgt, und u. a. die Freimaurerlogen verboten worden.

ITALIEN REGIERUNG OPPOSITION

28. Dezember 1925

In Polen wird ein neues Bodenreform-Gesetz erlassen, daß in erster Linie sich zuungunsten des deutschen Großgrundbesitzes auswirken soll und auswirkt. Zur Lösung des polnischen Agrarproblems kann es deswegen kaum beitragen, da dieses Problem durch die Realteilung des kleinbäuerlichen Besitzes im Erbfalle bedingt ist, auf die sich die Aufteilung von Großgrundbesitz praktisch nicht auswirken kann.

POLEN BODENREFORM DEUTSCHER GROSSGRUND-BESITZ

noch Dezember 1925

In Moskau beginnt der 14. Parteitag der KPdSU. Sinowjew und Kamenew kämpfen — sachlich in Übereinstimmung mit Trotzki, persönlich strikt von ihm getrennt — gegen die Thesen Bucharins und Stalins von der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in einem einzelnen Land (also *vor* Durchführung der Weltrevolution). Trotzki selbst schweigt. Stalin greift Sinowjew und Kame-

UDSSR XIV. PARTEITAG SINOWJEW

KAMENEW TROTZKI STALIN RADEK

new an, erwähnt aber mit keinem Wort Trotzki. Seit Hauptreferat vor dem Forum des Parteitages gipfelt in der Feststellung, der Aufbau der Staatsindustrie in der UdSSR sei der Aufbau des Sozialismus in einem Land, Rußland, und als solcher nicht nur möglich, sondern einfach heiliges Gebot in einer Epoche der vollständigen revolutionären Stagnation. Tags darauf erklärt Kamenew vor dem Plenum: „Wir wünschen nicht, daß das Sekretariat (Stalin) über der politischen Organisation steht. Wir verlangen die Unterordnung des Sekretariats unter das Politbüro. Der Genosse Stalin ist nicht in der Lage, die notwendige und wünschenswerte Einheit des bolschewistischen Führungsstabes zu schaffen." Die Leningrader Delegation stimmt Kamenew zu, die Mehrzahl der Delegierten ruft ekstatisch: „Stalin! Stalin! Stalin!" Am Ende nimmt der Parteitag die Politische Resolution Stalins und Bucharins mit 459 gegen 65 Stimmen bei 41 Enthaltungen an. Trotzki schweigt. Radek sagt beim Essen: „Ja, Genossen, die Entwicklung geht folgerichtig vom Matriarchat zum Patriarchat und von da in gerader Linie zum Sekretariat." Niemand wagt zu lachen.[18]

SPANIEN PRIMO DE RIVERA SEN.

General Miguel Primo de Rivera y Oraneja, der Vater des Begründers der Falange José Antonio, seit dem 13. September 1923 (vgl. dort) Vorsitzender des ohne Parlament regierenden Militärdirektoriums, übernimmt mit Zustimmung des Königs Alfonso XIII. auch das Amt des spanischen Ministerpräsidenten.

noch 1925 (ohne nähere Datierung)

NANSEN FLÜCHTLINGS-KOMMISSAR

Der Polarforscher, Meeresbiologe und norwegische Diplomat Fridtjof Nansen, seit 1920 maßgeblich für die Heimführung der Kriegsgefangenen aus Rußland sowie in den russischen Hunger- und Typhusgebieten tätig, wird Flüchtlingskommissar in Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt und unternimmt eine Studienreise in die armenische (Sowjet)republik Eriwan in dem Bemühen, das armenische Volkstum vor der Vernichtung zu bewahren. Von den Studenten der Schottischen St. Andrews-Universität in Glasgow nach deren traditionellem Privileg zum Ehren-Rektor gewählt, hält Nansen dort seine berühmt gewordene Antrittsvorlesung über die „Abenteuerlust" als das Kennzeichen echter Jugend.[19]

PANEUROPA COUDENHOVE-KALERGI JUDENTUM

Der Erfinder des Paneuropa-Gedankens, Graf Coudenhove-Kalergi, von der Wiener Großloge wesentlich gefördert (vgl. noch Oktober 1923) veröffentlicht ein neues Buch unter dem Titel: Praktischer Idealismus. Darin heißt es u. a.: „Der Mensch der fernen Zukunft wird ein Mischling sein", wie Coudenhove-

Kalergi selbst. Der Paneuropäer werde eine „eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen vielleicht ähnlich" bilden. Sie werde „eine Vielfalt von Persönlichkeiten" hervorbringen, und zwar unter Führung der Juden als der „Führernation der Zukunft", die „eine neue Adelsrasse von Gottes Gnaden" darstelle. Da Coudenhove-Kalergi selbst nicht Jude war, dürfte er hier die Auffassung seiner Loge wiedergegeben haben. Zudem veranschaulicht sein Beispiel die Neigung von Mischlingen aus verschiedenen Großrassen (Hautfarben), den Führungs- und Herrschaftsanspruch des Judentums anzuerkennen und sich diesem zu unterwerfen.[20]

noch 1925 (ohne nähere Datierung)

Albanien wird zur Republik proklamiert, Achmed Zogu wird Präsident.

ALBANIEN
ACHMED ZOGU

In Chile stürzt eine Militärrevolte den Präsidenten Arturo Alessandri y Palma. Staat und Kirche werden getrennt. Innerhalb des chilenischen Katholizismus entsteht die Falange de Chile (später Partido Democrata Christiano).

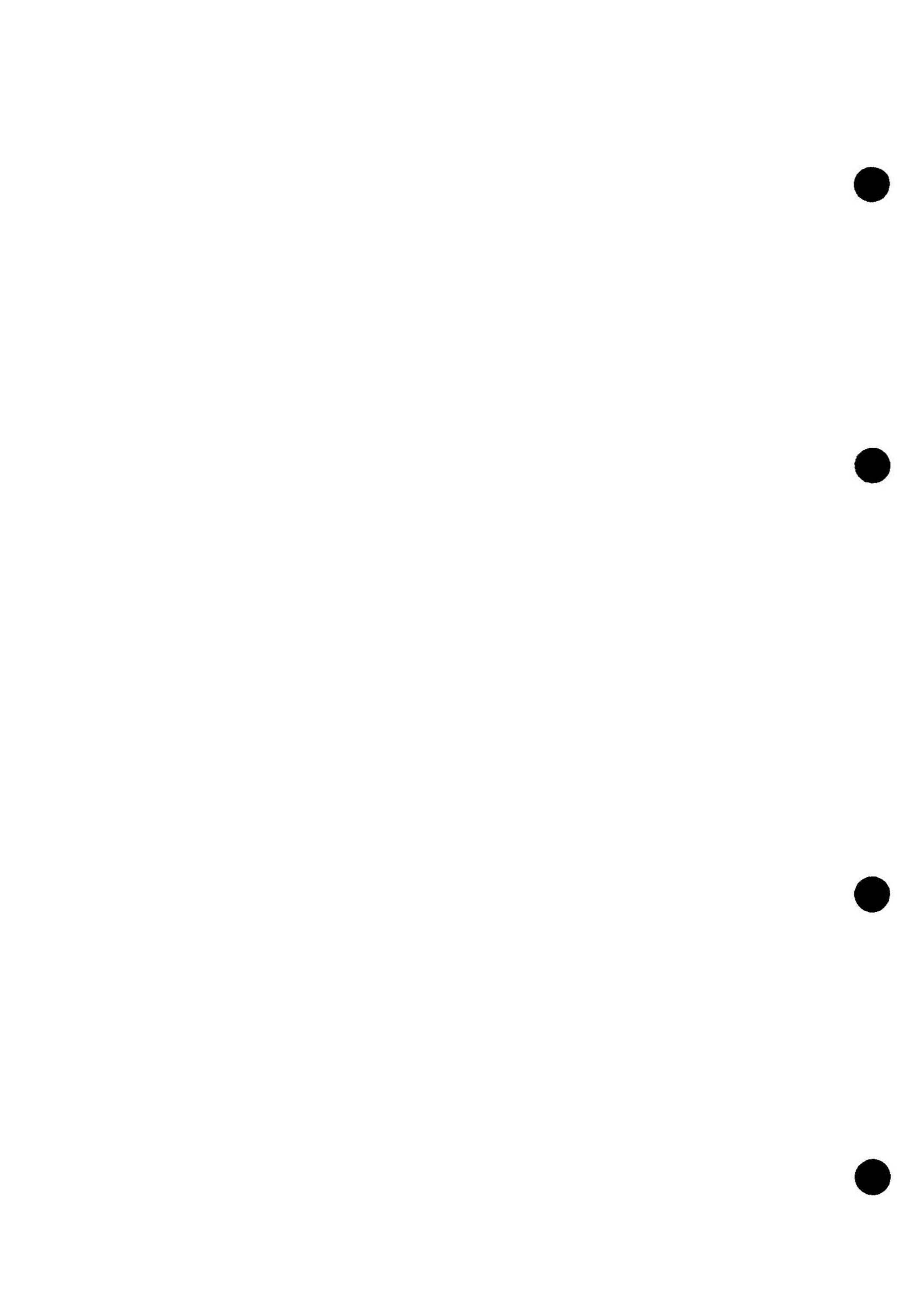
CHILE
ALESSANDRI

Die Aufteilung Syriens durch die französische Mandatsmacht in Libanon, Palästina sowie fünf restsyrische Verwaltungsbezirke (seit 1922) löst einen allgemeinen Aufstand des Volksstammes der Drusen aus, der von den französischen Besatzungstruppen unter General Maurice Sarrail schließlich (1926) blutig unterdrückt werden wird.

SYRIEN
LIBANON
PALÄSTINA
DRUSEN
SARRAIL

In Siam folgt König Rama VII. Prajadhibok seinem Vater Rama VI. Wadshirawudh auf den Thron und setzt das vorbildliche und erfolgreiche Reformwerk seines Großvaters König Rama V. Chulalongkorn fort, der bereits um die Jahrhundertwende eine moderne Armee schuf, das Landesinnere durch Eisenbahn und Telegraphen erschloß und die Sklaverei bekämpfte.

SIAM
PRAJADHIBOK
CHULALONG-KORN



1926

4. Januar 1926

In Bulgarien bildet der Mazedonier Andreas Ljapčev eine neue Regierung. Es gelingt ihm, die Nationalitäten-Spannungen abklingen zu lassen. Die Bauernpartei bleibt von der Regierung ausgeschlossen.

BULGARIEN
LJAPCEK

8. Januar 1926

In Arabien läßt sich der Wahabiten-Sultan des Nedschd, Abd al Asis III. (Ibn Saud) zum König des Hedschas proklamieren, nachdem der Emir des Hedschas, Scherif Husain I. von Mekka aus dem Haschimidengeschlecht und sein Sohn Ali abgedankt haben.

ARABIEN
ABD AL ASIS III.
(IBN SAUD)
HUSAIN I

13. Januar 1926

Großbritannien erkennt zwar die „Unabhängigkeit“ des Irak an, behält aber die Mandatsgewalt in der Hand und errichtet neue britische Luftwaffenstützpunkte auf irakischem Territorium.

IRAK
GROSS-BRITANNIEN

14. Januar 1926

Sinowjew und Kamenew suchen Trotzki in dessen Moskauer Wohnung auf. Sie haben begriffen, daß sie sich nur noch mit Trotzki gemeinsam vor Stalin retten können. Trotzki sagt ihnen: „Sie unterschätzen die Arbeit, die Sie gemeinsam mit Stalin für die Demoralisierung der Partei während dreier Jahre geleistet haben.“ Er macht sich offenbar keine Illusionen mehr.[1]

UDSSR
SINOWJEW
KAMENEW
TROTZKI

19. Januar 1926

Der Rechtsanwalt Dr. Klee erklärt in einem Vortrag in Breslau: „Der Völkerbund ist nicht etwa von Wilson gemacht, sondern ein großes jüdisches Werk, auf das wir stolz sein können. Die Idee des Völkerbundes geht auf die großen Propheten Israels zurück ... So ist die Idee der Völkerverbrüderung echt jüdisches Kulturgut.“ (Vgl. auch 28. Juni 1925.)[2]

VÖLKERBUND
JUDENTUM

20. Januar 1926

Der deutsche Reichskanzler Luther bildet ein Minderheitenkabinett der Mittelparteien mit Gustav Stresemann als Außenminister, da weder die Sozialdemokraten noch die Deutschnationalen für eine Regierungskoalition zu gewinnen sind (vgl. 25. Oktober und 5. Dezember 1925).

DEUTSCHLAND
MINDERHEI-TENKABINETT
LUTHER

31. Januar 1926

ITALIEN „NORMEN" CAPO DEL GOVERNO

In Italien wird ein Gesetz über die Befugnis der Regierung erlassen, „Normen" mit Gesetzeskraft zu beschließen. Damit ist dem Parlament seine Aufgabe der Legislative weitgehend genommen. Zusammen mit dem Gesetz vom 24. Dezember 1925 (vgl. dort) bewirkt diese Neuregelung, daß die Legislative vom Regierungschef (Capo del Governo) im Auftrage des Königs ausgeübt wird.

20. März 1926

CHINA TSCHIANG KAI-SCHEK KUOMINTANG KOMINTERN

In China beginnt Tschiang Kai-schek schrittweise die kommunistischen Elemente aus der Kuomintang auszuschalten. Er verhängt in Kanton das Standrecht, verhaftet die seinem Kommando unterstellten kommunistischen Kommissare, löst die Gewerkschaften auf und läßt die Häuser seiner russischen Ratgeber von Posten umstellen. Den kommunistischen Kuomintangmitgliedern wird untersagt, Befehle der kommunistischen Partei Chinas auszuführen. Die Komintern in Moskau unterstützt ihn trotzdem weiterhin und veranlaßt auch die chinesischen Kommunisten, nichts gegen Tschiang zu unternehmen.[3]

noch März 1926

VÖLKERBUND DEUTSCHLAND FRANKREICH

Im Verlauf der Völkerbundratstagung in Genf wird der Beitritt Deutschlands aufgrund der Verzögerungstaktik Frankreichs bis zum Herbst verschoben (vgl. 8. September 1926).

1. April 1926

JUGOSLAWIEN RADIC

In Jugoslawien scheidet der Kroatenführer Stefan Radić, erst im Juli 1925 (vgl. dort) aus der Haft entlassen und seit November 1925 Erziehungsminister, endgültig aus dem Kabinett aus.

ECUADOR AYORA

In Ecuador erhebt am gleichen Tage die Militärjunta, die dort durch die Revolte vom 9. Juli 1925 (vgl. dort) zur Macht gekommen ist, Isidro Ayora zum Staatspräsidenten. Er wird fünf Jahre im Amt bleiben.

3. April 1926

ITALIEN SYNDIKATE (KORPORATIV-SYSTEM)

In Italien beginnt gleichzeitig mit Inkrafttreten des Gesetzes über das Verbot von Streiks und Aussperrungen die Bildung von Syndikaten, in denen — im Gegensatz zu den auf „Klassenkampf" eingestellten Gewerkschaften — Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam (korporativ) organisiert sind. Damit sind Arbeitsfrieden, Lohn- und Preisstabilität von Staats wegen sichergestellt.

24. April 1926

DEUTSCHLAND
UDSSR
BERLINER VERTRAG

In Berlin unterzeichnen Stresemann für Deutschland und Krestinski für die Sowjetunion einen Vertrag („Berliner Vertrag") der — als Gegengewicht gegen die Locarnoverträge (vgl. 5.—16. Oktober 1925) — eine friedliche Zusammenarbeit Deutschlands auch mit der UdSSR sichern soll. In Artikel 1 wird der Vertrag von Rapallo (vgl. 16. April 1922) bestätigt, Artikel 2 verpflichtet beide Vertragspartner zur Neutralität im Falle eines Angriffes von seiten Dritter, Artikel 3 verpflichtet jeden der beiden Partner, sich einer gegen den anderen gerichteten Wirtschafts-, Finanz- oder sonstigen Boykottkoalition Dritter nicht anzuschließen. Die Initiative zu diesem Vertragsabschluß ging von der UdSSR aus. Er wird zwei Monate nach Abschluß in Berlin ratifiziert.[4]

12. Mai 1926

DEUTSCHLAND
LUTHER
MARX

Der deutsche Reichskanzler Luther tritt zurück, nachdem er im Zusammenhang mit der Flaggenverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Mai von der Linkspresse und im Reichstag heftig angegriffen worden ist. An seine Stelle tritt der Führer der Katholischen Zentrumspartei Marx. Das übrige Kabinett bleibt unverändert. Die Flaggenverordnung, nach der die deutschen Gesandtschaften und Konsulate im Auslande neben der schwarzrotgoldenen Reichsflagge künftig auch die schwarweißrote Handelsflagge (mit Gösch) zu hissen haben, bleibt in Kraft.

12. — 14. Mai 1926

POLEN
PILSUDSKI
WITOS
WOJCIECHOWSKI

In Polen unternimmt Marschall Pilsudski einen Militärputsch und stürzt die Regierung des Vinzenz Witos. Tags darauf legt auch der polnische Staatspräsident Wojciechowski sein Amt nieder. Pilsudski selbst lehnt die Wahl zum Präsidenten ab.

23. Mai 1926

FRANKREICH
LIBANON

Die französische Mandatsverwaltung gesteht dem Libanon eine eigene Verfassung zu, die allerdings zu Beginn des 2. Weltkrieges, im September 1939, wieder aufgehoben werden wird.

18. — 26. Mai 1926

GENF
ABRÜSTUNGSKONFERENZEN

In Genf tagt eine vorbereitende Kommission für die endlose Kette von Abrüstungskonferenzen, die das ganze darauffolgende Jahrzehnt hindurch in unregelmäßigen Abständen zusammentreten und keinerlei Ergebnisse erzielen werden. Aus der Rückschau drängt sich die Frage auf, für welches Publikum dieses viele Jahre währende ungewöhnlich kostspielige Theater aufgeführt worden ist.

28. Mai 1926

PORTUGAL GOMES DA COSTA

In Portugal führt General Gomes da Costa einen Militärputsch durch. Das Parlament wird aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt.

noch Mai 1926

GROSS-BRITANNIEN GENERALSTREIK CHURCHILL

In Großbritannien bricht ein Generalstreik der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aus, während Winston Churchill Schatzkanzler ist, muß aber ergebnislos abgebrochen werden. Den Schaden haben vor allem die Bergarbeiter zu tragen, die in eine schwere Notlage geraten.[5]

1. Juni 1926

POLEN MOSCICKI

In Polen (vgl. 12.—14. Mai 1926) übernimmt Ignaz Moscicki das Amt des Staatspräsidenten, dessen Ausübung ausschließlich auf repräsentative Aufgaben beschränkt bleibt (auch nach der Verfassungsrevision vom 2. August).

3. Juni 1926

UDSSR OPPOSITION TROTZKI

Trotzki, von einer ärztlichen Behandlung in Berlin zurück, empfängt die Führer der Opposition, kritisiert die Außenpolitik der UdSSR in England, Polen und China, wo versäumt wurde, Tschiang Kai-schek zu isolieren und die revolutionären Elemente aus der Kuomintang herauszulösen. Die „Fraktion Stalins" sabotiere allenthalben die revolutionären Kräfte, um die Richtigkeit ihrer These von der Konsolidierung der kapitalistischen Staaten und der Notwendigkeit des sozialistischen Aufbaus in einem einzelnen Land (der UdSSR) zu beweisen. Die Opposition müsse sich daher für die Übernahme der Führung vorbereiten und bereit halten. Pläne für eine militärische Aktion gegen die „Fraktion Stalins" sollen ausgearbeitet werden.[6]

5. Juni 1926

MOSSUL-VERTRAG GROSS-BRITANNIEN IRAK TÜRKEI

In Angora (Ankara) wird zwischen Großbritannien, dem Irak und der Türkei der sogenannte Mossulvertrag geschlossen, der den britisch-türkischen Streit um die Ölquellen von Mossul zugunsten Großbritanniens beendet und die Grenzlinie zwischen dem Irak und der Türkei festlegt. Die Türkei tritt das erdölreiche Wilajet Mossul an das britische Mandatsgebiet Irak ab, die dem Irak bereits am 13. Januar 1926 (vgl. dort) von Großbritannien zugesagte staatliche Unabhängigkeit wird bestätigt. Raub und Plünderung in einer je 75 km breiten Zone beiderseits der Grenze sollen in Zusammenarbeit der lokalen Behörden unterbunden, auf das Gebiet der anderen Macht ausgewichene Räuber ausgeliefert werden, Verhandlungen mit Scheichs oder Stämmen jenseits der Grenze unterbleiben.[7]

12. Juni 1926

Frankreich unterstützt im Völkerbund den Protest Äthiopiens gegen das britisch-italienische Grenzabkommen vom 14. Dezember 1925 (vgl. dort) über die Interessensphären beider Staaten in Äthiopien. Das Geheimabkommen erhält infolgedessen zunächst keine praktische Bedeutung.

VÖLKERBUND FRANKREICH ÄTHIOPIEN

20. Juni 1926

Churchill hält im Londoner Alexandra-Palast eine Rede, in der er die Regierung der UdSSR beschuldigt, den Generalstreik vom Mai 1926 veranlaßt zu haben, und sich für den Abbruch der Beziehungen zur russischen Handelsmission ausspricht. Die Ausdrucksweise, deren er sich dabei bedient, entspricht in keiner Weise den diplomatischen Gepflogenheiten.[8]

GROSS-BRITANNIEN CHURCHILL UDSSR

In Deutschland erlangt am selben Tage ein von den Sozialdemokraten und Kommunisten veranlaßter Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenhäuser nicht die erforderliche Mehrheit. Ein entscheidender Angriff der Marxisten auf das Privateigentum kann damit abgeschlagen werden.

DEUTSCHLAND FÜRSTEN-ENTEIGNUNG

noch Juni 1926

In Italien werden die Wahlen von Provinz- und Kommunalparlamenten aufgehoben. Der Präfekt einer Provinz und der Podestà einer Gemeinde wird künftig von Staat und Partei eingesetzt.

ITALIEN PROVINZ- UND KOMMUNAL-WAHLEN

In Schweden werden nach sechsjähriger Regierung der Sozialdemokraten (für weitere sechs Jahre) die Regierungen abwechselnd von den Liberalen und den Konservativen gebildet.

SCHWEDEN REGIERUNGS-BILDUNG

9. Juli 1926

In Portugal wird der Diktator Manuel de Oliveira Gomes da Costa (vgl. 28. Mai 1926) durch General Antonio Oscar Fragoso Carmono abgelöst.

PORTUGAL CARMONO DIKTATOR

13. Juli 1926

In Moskau schlägt Stalin gegen die Opposition zurück (vgl. 14. Januar 1926, 3. Juni 1926). Sinowjew wird aus dem Politbüro ausgeschlossen. Kamenew muß als Kommissar für den Außenhandel zurücktreten und wird von Anastas Mikojan aus Armenien, einem zuverlässigen Anhänger Stalins, abgelöst.[9]

UDSSR OPPOSITION SINOWJEW KAMENEW

noch Juli 1926

FRANKREICH POINCARÉ INDIREKTE STEUERN

In Frankreich wird nach Briand und Herriot wieder der unversöhnliche Deutschenfeind Poincaré Ministerpräsident und zugleich Finanzminister. Der unausgeglichene Staatshaushalt und die hohe Auslandsverschuldung Frankreichs (sieben Jahre nach Versailles) haben den Regierungswechsel herbeigeführt. Briand bleibt Außenminister. Poincaré führt u.a. die von den Linksparteien abgelehnten indirekten Steuern ein, um den Haushalt auszubalancieren.

17. August 1926

JUGOSLAWIEN GRIECHENLAND SALONIKI

Jugoslawien schließt einen Vertrag mit Griechenland, in dem dieses ihm in Saloniki eine Freihafenzone einräumt.

8. September 1926

VÖLKERBUND DEUTSCHLAND STRESEMANN

Der Völkerbundsrat in Genf beschließt einstimmig die Aufnahme des Deutschen Reiches und räumt diesem einen ständigen Ratssitz ein. Es ist ein großer Tag für den deutschen Außenminister Gustav Stresemann.

15. September 1926

JUGOSLAWIEN POLEN FREUNDSCHAFTSPAKT

Jugoslawien und Polen schließen einen Freundschaftsvertrag, der ganz auf der Linie der französisch-osteuropäischen Ententepolitik liegt.

28. September 1926

UDSSR LITAUEN NEUTRALITÄTSVERTRAG

Die UdSSR schließt einen Neutralitätsvertrag mit Litauen, offenbar um zu verhindern, daß eine andere Macht sich der baltischen Staaten als Glacis für einen Angriff auf die Sowjetunion bedient. Der Vertrag wird 1931 erneuert werden.

noch September 1926

VÖLKERBUND SPANIEN BRASILIEN

Spanien tritt aus dem Völkerbund aus, weil die Regierung Primo de Riveras (sen.) dort weder einen ständigen Ratssitz erlangen noch die Einverleibung Tangers in Spanisch-Marokko durchsetzen kann. Auch Brasilien tritt aus dem Völkerbund aus, weil es keinen Ratssitz erhält.

2. Oktober 1926

POLEN PILSUDSKI MINISTERPRÄSIDENT

In Polen übernimmt Marschall Joseph Pilsudski das Amt des Ministerpräsidenten (Regierungschefs) und regiert diktatorisch, ohne Rücksicht auf Beschlüsse des polnischen Parlaments, des Sejm.

6. Oktober 1926

Der Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt, tritt zurück. Er wird keinen ihm annähernd ebenbürtigen Nachfolger mehr finden. Zunächst übernimmt ein Generalleutnant Heye das Amt, das künftig ständig an Einfluß verliert. Der Rücktritt von Seeckts erfolgt offenbar im Zusammenhang mit Enthüllungen über die Ausbildung deutscher Kontingente auf Übungsplätzen der Roten Armee in der UdSSR, außerhalb des Kontrollbereichs der Interalliierten Militärkommission in Deutschland. Reichspräsident von Hindenburg wird vom Reichskanzler Marx gedrängt, dem Rücktritt stattzugeben. Die vorausgegangenen Angriffe auf den Chef der Heeresleitung und Begründer der Reichswehr gingen vor allem von Scheidemann, SPD, aus. Reichswehrminister Geßler war ein williges Werkzeug, und im Hintergrund wirkte der Intrigant Oberst von Schleicher mit, der Leiter der neu geschaffenen „Wehrmachtsabteilung" im Reichswehrministerium und ehrgeizige Gegner von Seeckts.[10]

DEUTSCHLAND
CHEF DER HEERESLEITUNG
SEECKT
HEYE
SCHEIDEMANN
GESSLER
SCHLEICHER

14. Oktober 1926

Das „Israelitische Familienblatt" in Wien berichtet über den ersten Paneuropa-Kongreß in Wien, der durch ansehnliche finanzielle Opfer mehrerer jüdischer Persönlichkeiten ermöglicht worden sei, und bei dem u. a. folgende jüdische Redner das Wort ergriffen hätten: Bronislaw Hubermann, Rudolf Goldscheid und Frau Ida Roland, die Gattin Coudenhove-Kalergis. Letzterer unterhalte enge Beziehungen zu jüdischen Persönlichkeiten in verschiedenen Ländern und habe im Gespräch mit jüdischen Journalisten die Erwartung ausgesprochen, daß die Juden in allen Ländern die Paneuropa-Bewegung fördern werden (vgl.: noch Oktober 1923 und: noch 1925).[11]

PANEUROPA
COUDENHOVE-KALERGI
JUDENTUM

26. Oktober 1926

Nach dreitägiger Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau wird in Abwesenheit Trotzkis und Sinowjews beschlossen, Trotzki aus dem Politbüro auszustoßen und Sinowjew als Präsidenten der Komintern abzuberufen sowie Anklage gegen ihn vor dem Exekutivkomitee der Komintern zu erheben (vgl. 13. Juli 1926).[12]

UDSSR
ZK-PLENUM
TROTZKI
SINOWJEW

noch Oktober 1926

Papst Pius XI. weiht unter der Großen Kuppel des Petersdomes in Rom die ersten sechs einheimisch-chinesischen Bischöfe.[13]

VATIKAN
PIUS XI.
CHINA

11. November 1926

UNGARN
VÖLKERBUND
OBERHAUS

Nachdem in Ungarn (wie in Österreich) die Finanzkontrolle durch den Völkerbund aufgehoben ist, wird zusätzlich zur parlamentarischen Volksvertretung ein Oberhaus eingerichtet, in dem vor allem der ungarische Landadel vertreten ist.

19. Okt. — 18. November 1926

GROSS-BRITANNIEN
EMPIRE-KONFERENZ
COMMON-WEALTH OF NATIONS
BALFOURFORMEL
KANADA
SÜDAFRIKA

Anläßlich der Konferenz des Britischen Empire in London wird den Dominions durch die „Balfourformel" Gleichberechtigung mit dem Mutterland eingeräumt. Die Formel lautet: „... vereinigt durch eine gemeinsame Treuepflicht gegenüber der Krone und frei verbunden als Glieder des British Commonwealth of Nations." Kanada ernennt daraufhin einen Gesandten in den USA.
Die Regierung der Südafrikanischen Union unter dem Führer der National Party James Munnick Hertzog lehnte die Teilnahme an der Londoner Empirekonferenz ab und beansprucht für Südafrika die vollständige Freiheit und Unabhängigkeit, einschließlich des Rechtes gegebenenfalls aus dem britischen Commonwealth of Nations auszutreten.

27. November 1926

ITALIEN
ALBANIEN
VERTRAG VON TIRANA

Durch den Vertrag von Tirana mit Italien gerät Albanien unter italienischen Einfluß. Der Vertrag leitet eine Entwicklung ein, die Albanien Anfang der dreißiger Jahre zu einem italienischen Protektorat werden läßt.

12. Dezember 1926

GENF
ABRÜSTUNGS-KONFERENZ
VÖLKERBUND
DEUTSCHLAND

In Genf wird im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen beschlossen, daß die Kontrolle der Einhaltung der Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten Rüstungsbeschränkungen vom 31. Januar 1927 an durch den Investigationsausschuß des Völkerbundes ausgeübt und die bis zu diesem Zeitpunkt noch zuständige Interalliierte Militärkommission aus Deutschland zurückgezogen werden soll.

16. Dezember 1926

DEUTSCHLAND
SCHEIDEMANN
REICHSWEHR

Im deutschen Reichstag hält der Sozialdemokrat Scheidemann, der bereits am 9. November 1918 (vgl. dort) eine entscheidende Rolle gespielt hat, eine Rede voller Angriffe auf die deutsche Reichswehr, die durchaus geeignet ist, die vier Tage zuvor in Genf (siehe oben) beschlossene Zurückziehung der Interalliierten Militärkommission zumindest in den Augen der französischen Regierung als verfrüht erscheinen zu lassen. Die Folge der Schei-

demann-Rede ist tags darauf ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx, der allerdings keine Mehrheit erhält.

17. Dezember 1926

Eine amtliche Volkszählung in der UdSSR ergibt eine Gesamtbevölkerungszahl von 146 637 530. Der Prozentsatz der einzelnen Nationalitäten wird wie folgt angegeben: Russen 53,5 Prozent, Ukrainer 21,27 Prozent, Weißrussen 3,23 Prozent, Kosaken 2,71 Prozent, Usbeken 2,66 Prozent, Tataren 1,99 Prozent, Juden 1,77 Prozent, Georgier 1,24 Prozent, Aserbeidschaner Türken 1,16 Prozent und Armenier 1,07 Prozent. Weitere neun genannte Nationalitäten erreichen nicht die 1-Prozent-Grenze, darunter Deutsche (0,84 Prozent).
Dem Bevölkerungsanteil der Juden (1,77 Prozent) steht ihre Beteiligung in den sowjetischen Führungsgremien seit dem 14. Parteitag 1925 mit 18,8 Prozent im ZK und 21,4 Prozent im Politbüro sowie mit 29,6 Prozent im Präsidium des ZKK gegenüber.[14]

UDSSR
VOLKSZÄHLUNG
NATIONALITÄTENANTEILE
JUDENTUM

noch Dezember 1926

Nach einem Militärputsch in Litauen wird Smetona Staatspräsident und Voldemaras Ministerpräsident. Beide bedienen sich nach Aufhebung der bestehenden Verfassung zur Aufrechterhaltung ihrer Militärdiktatur der nationalistischen Einheitspartei, der Tautininkai.

LITAUEN
SMETONA
VOLDEMARAS

noch 1926 (ohne nähere Datierung)

Österreich wird aus der Finanzkontrolle des Völkerbundes entlassen. Ignaz Seipel, der dieser Finanzkontrolle wegen im November 1924 mit seinem Kabinett zurücktrat, bildet nunmehr eine neue österreichische Bundesregierung.

ÖSTERREICH
SEIPEL

Mit der Selbstauslieferung des marokkanischen Rifkabylenführers Abd el Krim (vgl.: noch April 1925) an die Franzosen und seiner Verbannung finden die Kämpfe in Marokko zunächst ein Ende. Dafür wird der Krieg seitens Frankreichs gegen den Drusenaufstand in Syrien (und im Libanon) bis zum Juni 1926 um so blutiger weitergeführt. Unter anderem läßt General Sarrail die Stadt Damaskus drei Tage lang bombardieren und löst damit in der gesamten islamischen Welt eine Erregungswelle gegen Frankreich aus.

MAROKKO
ABD EL KRIM
FRANKREICH
SYRIEN
DRUSEN
SARRAIL
DAMASKUS

noch 1926 (ohne nähere Datierung)

JAVA KOMMUNISTEN-AUFSTAND

Auf der Insel Java gelingt es den niederländischen Kolonialtruppen, in harten Kämpfen, die sich bis 1927 hinziehen, einen kommunistischen Aufstand niederzuschlagen.

MEXIKO NATIONALISIERUNG

In Mexiko tritt im Zuge der staatssozialistischen und antikirchlichen Reformgesetzgebung u. a. ein Gesetz in Kraft, das alle Bodenschätze zum Nationaleigentum erklärt.

GROSSBRITANNIEN SANSIBAR KENIA TANGANJIKA UGANDA

Das britische Kolonialministerium gesteht Sansibar (Ostafrika) einen Legislativ- und Exekutivrat zu, dessen Präsident der Sultan von Sansibar wird. Der britische Resident übernimmt das Amt des Vizepräsidenten. Im Rahmen der britischen Mandatsverwaltung für Ostafrika werden unter Aufsicht eines Direktoriums in London Kenia, Tanganjika und Uganda zu einem einheitlichen Währungsgebiet zusammengefaßt und die „Konferenz der drei ostafrikanischen (britischen) Gouverneure“ zu einer ständigen Einrichtung.

CHINA TSCHIANG KAI-SCHEK TSCHANG TSO-LIN KUOMINTANG

Die Kantonarmee der Chinesischen Republik unter dem Oberbefehl des Nachfolgers Sun Yat-sens, Tschiang Kai-schek, bricht nach dem Norden Chinas auf, um im Feldzug gegen Tschang Tso-lin (vgl. 1. Juni 1925) das gesamte China zu einigen. Im November wird Hankou Hauptstadt der Regierung Tschiang Kai-scheks. Um dieselbe Zeit kommt es zu ersten Auseinandersetzungen innerhalb der Kuomintang-Partei.

JAPAN TAISHO HIROHITO

In Japan stirbt der Kaiser (Tenno) Taisho. Sein Sohn Hirohito, der bereits seit seiner Rückkehr von einer Europareise 1921 die Regentschaft innehat, besteigt als 123. Kaiser aus der gleichen, seit 2500 Jahren herrschenden Dynastie den Thron.

21. Januar 1927

Winston Churchill verabschiedet sich von Rom, wo er eine Woche lang Gast Mussolinis und des Grafen Volpi war, mit einer vorbereiteten Presseerklärung, in der er sich von der Praxis des italienischen Faschismus, insbesondere dem Korporationsgesetz (vgl. 3. April 1926), ebenso positiv beeindruckt zeigt wie von der Persönlichkeit Mussolinis. Er sagt sogar, der italienische Faschismus habe der Welt einen großen Dienst erwiesen, indem er der „ständigen Bewegung nach links, dem unvermeidlichen Rutschen dem Abgrund zu", in exemplarischer Weise Einhalt geboten und „das heiß ersehnte Gegenmittel gegen das russische Gift gefunden" habe. Die italienischen Zeitungen spenden entsprechend enthusiastische Kommentare.[1]

CHURCHILL LOBT DEN FASCHISMUS MUSSOLINI „GEGENMITTEL GEGEN DAS RUSSISCHE GIFT"

31. Januar 1927

Der deutsche Reichskanzler Marx (Zentrum) bildet eine neue Regierung, an der sich die Deutschnationalen beteiligen. Damit ist die Epoche der sogenannten „stillen Koalition", das heißt der Regierungsbildungen durch die Mittelparteien mit stillschweigendem Einverständnis der Sozialdemokraten, zu Ende.

DEUTSCHLAND REGIERUNG MARX

11. Februar 1927

In Berlin erkämpft eine nationalsozialistische Sturmabteilung in den Pharussälen in einer Saalschlacht gegen die im Stadtteil Wedding herrschenden Kommunisten dem seit Ende 1926 in Berlin eingesetzten Dr. Josef Goebbels Redefreiheit und bricht damit die Vorherrschaft der Linken.[2]

DEUTSCHLAND BERLIN GOEBBELS

noch Februar 1927

In Portugal wird in den Städten Porto und Lissabon eine Erhebung unterdrückt, die das Ziel hat, die am 28. Mai 1926 (vgl. dort) durch General Gomes da Costa aufgehobene Verfassung wiederherzustellen. Der Diktator General Antonio Oscar Fragoso Carmona, der da Costa am 9. Juli 1926 (vgl. dort) abgelöst hat, vermag sich zu behaupten.

PORTUGAL AUFSTÄNDE CARMONA

31. März 1927

Das Organ der KOMINTERN, die „Inprecor", schreibt: „Eine Spaltung innerhalb der Kuomintang und feindselige Gefühle zwischen der arbeitenden Klasse in Schanghai und den revolutionären Soldaten [gemeint sind die Truppen Tschiang Kai-scheks] stehen völlig außer Frage . . . Ein Revolutionär wie Tschiang

CHINA KUOMINTANG KOMINTERN

KEIN KAMPF GEGEN TSCHIANG KAI-SCHEK

würde sich nie mit Konterrevolutionären zusammentun ... Die einzige Gefahr für die Arbeiterklasse in Schanghai liegt in der Provokation durch die Imperialisten." Die Prawda schreibt im gleichen Sinne, die KOMINTERN telegraphiert den Kommunisten in Schanghai, sie sollten militärische Auseinandersetzungen mit Tschiang Kai-schek vermeiden (vgl. dazu 12. und 18. April 1927).[3]

5. April 1927

ITALIEN UNGARN FREUNDSCHAFTSVERTRAG

Italien schließt einen Freundschaftsvertrag mit Ungarn. Es setzt die außenpolitische Hinwendung nach Südosteuropa fort, die 1926 mit den Verträgen mit Albanien (vgl. 27. November 1926) und Rumänien (15. September 1926, „Vertrag der Freundschaft und herzlichen Zusammenarbeit") begann und am 22. November 1927 (vgl. dort) gezielt fortgesetzt werden wird. Ungarn seinerseits wird, durch dieses Bündnis gestärkt, künftig seine Revisionsforderungen gegen den Vertrag von Trianon (vgl. 4. Juni 1920) mit wachsendem Nachdruck anmelden.

9. April 1927

CHILE IBANEZ DEL CAMPO

In Chile macht sich General Carlos Ibañez del Campo zum Präsidenten und Diktator. Es wird ihm gelingen, die Unruhen zu beenden, die Staatsfinanzen zu ordnen und das Reformwerk des 1925 gestürzten Präsidenten Arturo Alessandri y Palma fortzusetzen, allerdings nur bis 1931.

12. April 1927

CHINA TSCHIANG KAI-SCHEK

Tschiang Kai-schek trifft nach seiner Rückkehr aus Japan in Schanghai ein, bekämpft rücksichtslos die Kommunisten in der Stadt, läßt zahlreiche Hinrichtungen vollziehen und heiratet May-ling aus dem Bankhause Soong, das Beziehungen zu nordamerikanischen Bankkreisen unterhält.[4]

18. April 1927

CHINA NANKING NATIONALREGIERUNG BORODIN MAO TSE-TUNG

In China bildet nach einem Massaker, das Linksextremisten in Nanking unter den Ausländern angerichtet haben, Tschiang Kaischek, aus Japan zurückgekehrt, in dieser Stadt eine chinesische Nationalregierung und schließt die Kommunisten endgültig aus der Kuomintang-Partei aus (vgl. auch 20. März 1926).
Der Sowjetrusse Borodin, alias Grusenberg, der Schöpfer der neuen chinesischen Verfassung (vgl. noch Oktober 1923), wird binnen kurzem mit den anderen sowjetischen Beratern und Instrukteuren China verlassen. Mao Tse-tung und Tschu-Te werden

in den Provinzen Kiangsi und Fukien mit der Errichtung eigener kommunistischer Gemeinwesen beginnen.[5]

21. April 1927

ITALIEN CARTA DEL LAVORO

Die faschistische Regierung Italiens erläßt in Ausführung des Gesetzes über die Syndikate (vgl. 3. April 1926) die Carta del Lavoro, ein sozialpolitisches Programm, das mit dem sieben Jahre später erlassenen deutschen „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" zu vergleichen ist. Beide stellen in der europäischen Sozialgeschichte einen wesentlichen Einschnitt dar.

4.—23. Mai 1927

WELT-WIRTSCHAFTS-KONFERENZ IN GENF

In Genf tagt eine Weltwirtschaftskonferenz und berät u. a. ergebnislos die durch den Dawesplan (vgl. 16. Juli bis 16. August 1924) entstandene Situation. Der Plan hat die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Die Rückzahlung der Kriegsschulden der europäischen Mächte an die USA stockt noch immer (22,8 Milliarden Goldmark) und belastet den Welthandel.

26. Mai 1927

SOWJET-UNION CHINAPOLITIK STALIN

Nach der Rückkehr Borodin-Grusenbergs und seines Beraterstabes aus China (vgl. 18. April 1927) geben Altbolschewiken eine Erklärung ab, in der sie Stalin und seine Fraktion für die Fehlschläge in der Chinapolitik verantwortlich machen. Trotzki mißt dieser Erklärung „weltgeschichtliche" Bedeutung bei. In den Sitzungen des Zentralkomitees kommt es in der Folgezeit wiederholt zu harten Auseinandersetzungen. Wie immer in diesen Jahren geht es um den Gegensatz Weltrevolution (Trotzki) oder russische Realpolitik (Stalin).[6]

27. Mai 1927

TSCHECHO-SLOWAKEI WIEDERWAHL MASARYKS

In der Tschechoslowakei wird der Staatspräsident Thomas Garrigue Masaryk, geb. am 7. März 1850 in Göding, zum zweitenmal wiedergewählt. Er ist der eigentliche Begründer des tschechoslowakischen Staates, schloß im Mai 1918 (vgl. dort) den Pittsburger Vertrag zwischen Tschechen und Slowaken und wurde am 14. November 1918 (vgl. dort) erstmals Staatspräsident.[7]

29. Mai 1927

BULGARIEN LJAPCEW

In Bulgarien trägt die Regierung des Mazedoniers Andreas Ljapcew (seit dem 4. Januar 1926, vgl. dort) einen hohen Wahlsieg davon. Es wird ihr in der Folgezeit jedoch nicht gelingen, das Anwachsen der Bandenkämpfe, die von Bulgarien in das jugosla-

MAZEDONIEN KOMITADZI

wische Mazedonien hineingetragen werden und zunehmende Spannungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien hervorrufen, zu verhindern. In diesen Bandenkämpfen wird eine spezielle Form des Guerillakampfes perfektioniert, die der mazedonischen Komitadzi, bekanntgeworden bereits 1903 durch den Aufstand von Bitola-Kostur, damals gegen Bulgarien gerichtet.[8]

noch Mai 1927

GROSSBRITANNIEN UDSSR ABBRUCH DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN

Großbritannien bricht unter der konservativen Regierung Baldwins, veranlaßt durch zunehmende kommunistische Agitaion auf der britischen Insel, die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab (bis 1929). Vorausgegangen sind polizeilich erzwungene Haussuchungen bei der russischen Aktiengesellschaft Arcos und bei der sowjetrussischen Handelsvertretung in London, die Spionage- und zersetzendes Agitationsmaterial zutage förderten.

28. Juni 1927

GROSSBRITANNIEN GEWERKSCHAFTSGESETZ

In Großbritannien setzt die konservative Regierung Baldwin (vgl. 9. Oktober 1924) ein Gewerkschaftsgesetz durch, das die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften einschränkt, so zum Beispiel Generalstreik und auch Sympathiestreiks verbietet.
Da die Gewerkschaften infolge des ergebnislos beendeten Kohlenarbeiter- und Generalstreiks (vgl. noch Mai 1926) bei der Arbeiterschaft beträchtlich an Vertrauen und Rückhalt eingebüßt haben, müssen sie das Gesetz vorerst kampflos hinnehmen.

noch Juni 1927

CHINA BAUERNVERBAND MAO TSE-TUNGS KOMMUNISTISCHE PARTEI CHINAS

Mao Tse-tungs gesamtchinesischer Bauernverband, den es nach orthodox-kommunistischer Doktrin gar nicht geben dürfte, und den die chinesischen Parteikommunisten auf Weisung der KOMINTERN, das heißt Stalins, unterdrücken müssen, ist auf nahezu zehn Millionen Mitglieder angewachsen.
Überall konfiszieren die Bauern das Land der Großgrundbesitzer und teilen es unter sich auf. Die chinesische Kommunistische Parteizentrale erteilt Mao den Befehl, keine Bauernaufstände mehr zu organisieren und beordert ihn aus Hunan zurück (vgl. noch Dezember 1924).[9]

DREIMÄCHTEKONFERENZ IN GENF FLOTTENABRÜSTUNG

Eine Dreimächtekonferenz Großbritanniens, Japans und der USA versucht in Genf vergeblich, sich über die Abrüstung zur See zu einigen. Nach zwei Monaten wird sie ergebnislos abgebrochen werden, wie alle Abrüstungsgespräche in Genf scheitern werden. Nie zuvor ist ein solcher Aufwand mit so absolut negativem Erfolg getrieben worden.

15. Juli 1927

In der österreichischen Hauptstadt Wien wird ein Generalstreik erklärt. Gleichzeitig bricht ein Aufstand der Sozialisten aus, die den Justizpalast in Brand stecken. Die Regierungsorgane werden der Lage binnen kurzer Zeit Herr. Durch diesen Gewaltakt von seiten der Linken werden aber in Österreich die Kräfte der Rechten auf den Plan gerufen und werden sich künftig in zunehmender Zahl in Wehrverbänden wie z. B. den bereits 1923 gegründeten Heimwehren organisieren. Ihnen steht der Republikanische Schutzbund der Sozialisten gegenüber.

ÖSTERREICH
WIEN
GENERALSTREIK UND AUFSTAND DER SOZIALISTEN

20. Juli 1927

In Rumänien stirbt Ferdinand I., Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen, geb. am 24. August 1865 in Sigmaringen, 1922 in Karlsburg zum König von Großrumänien gekrönt. Da sein Sohn, Prinz Carol, durch die Ehe mit Madame Lupescu kompromittiert, auf die Thronfolge verzichtet hat, folgt der Enkel Ferdinands, Michael, geb. in Linaia am 25. Oktober 1921, also noch nicht sechs Jahre alt, unter der Vormundschaft eines Regentschaftsrates auf den Thron.[10]

RUMÄNIEN
TOD FERDINANDS I.
THRONFOLGER MICHAEL

2. August 1927

Der Präsident der USA, Coolidge, erklärt öffentlich: „Ich erwäge nicht, mich für 1928 als Präsidenten aufstellen zu lassen." Da „erwägen" verschiedene Deutungen zuläßt und Coolidge zu keiner deutlicheren Formulierung zu bewegen ist, überzieht eine Welle der Verwirrung das Land, sehr zum Vergnügen Coolidges. Der Handelsminister Herbert Hoover, der eine monatelange umfassende Hilfsaktion bei der Überschwemmungskatastrophe des unteren Mississippi geleitet hat, wird bestürmt, er solle selbst für die Republikanische Partei zur Präsidentenwahl kandidieren, wartet aber eine deutlichere Erklärung Coolidges ab, die nicht erfolgt.[11]

USA
COOLIDGE
HOOVER

Anfang August 1927

Stalin läßt angesichts des Scheiterns seiner Chinapolitik den Generalsekretär der chinesischen Kommunistischen Partei, Tschen Tu-hsiu, ablösen und sendet anstelle Borodin-Grusenberg-Blüchers und seines Beraterstabes (vgl. 18. April und 26. Mai 1927) neue KOMINTERN-Agenten nach China, die Tschens Nachfolger in der inzwischen in den Untergrund gegangenen chinesischen KP anleiten sollen. Bei diesem Vorgang rückt Mao Tse-tung in das Politbüro auf. Stalin kann es nicht verhindern. Aber er sorgt dafür, daß Mao, um ihn von der Partei zu isolieren, nach

STALIN
CHINA
KOMINTERN
MAO TSE-TUNG NACH HUNAN

Tschangscha in Hunan entsandt wird mit dem Auftrag, dort eine neue Bauernrevolte (den „Herbsternteaufstand") zu organisieren.[12]

noch August 1927

DEUTSCHLAND FRANKREICH HANDELS-VERTRAG

Deutschland und Frankreich schließen einen Handelsvertrag ab. Das bedeutet, daß die französische Regierung Deutschland nicht mehr ausschließlich unter dem Gesichtspunkt zu erpressender Reparationen ansieht, sondern gelegentlich auch schon als Handelspartner.

5. September 1927

TROTZKI GEGEN STALIN „PROGRAMM DER OPPOSITION"

Bei einer Auseinandersetzung im Zentralkomitee der KPdSU (vgl. 26. Mai 1927) verliert Trotzki die Beherrschung und schreit Stalin nach kurzem Wortwechsel an: „Sie Totengräber der Revolution!" Stalin erhebt sich, verläßt mit unsicheren Schritten den Raum und wirft die Türe hinter sich zu. In den folgenden Wochen läßt Trotzki das „Programm der Opposition" in mehreren tausend Exemplaren drucken und verteilen. Drucker und Helfer werden verhaftet. Trotzki spricht in illegalen Versammlungen in Moskau bis zu viermal an einem Tage. In Leningrad kommt es zu einer Demonstration für die Opposition.[13]

12. September 1927

SPANIEN NATIONAL-VERSAMMLUNG

In Spanien wird durch Erlaß des Königs Alfonso XIII. anstelle des 1923 aufgelösten Parlaments (Cortes, vgl. 13. September 1923) eine Nationalversammlung aus vierhundert von der Regierung Primo de Rivera sen. bestellten Mitgliedern nach Madrid einberufen. Sie wird am 10. Oktober eröffnet werden.

noch September 1927

DEUTSCHLAND MITGLIED DES INTER-NATIONALEN GERICHTS-HOFES

Deutschland wird Mitglied des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, Holland, der, als Einrichtung des Völkerbundes, 1920 neben den 1899 beschlossenen und 1901 eingerichteten Ständigen Internationalen Schiedsgerichtshof am gleichen Ort getreten ist. Die deutsche Reichsregierung macht ihre Mitarbeit von keinen Vorbehalten abhängig, ebensowenig wie bei ihrem Eintritt in den Völkerbund (vgl. 8. September 1926).

1. Oktober 1927

UDSSR IRAN

Die UdSSR schließt einen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag mit dem Iran (Persien), wo zwei Jahre zuvor Schah Resa Pehlewi vom Parlament die erbliche Kaiserwürde verliehen (vgl. 12.

Dezember 1925), von diesem eine Finanzreform eingeleitet und 1926 das persische Rechtswesen nach europäischen Vorbildern (Frankreich, Italien, Schweiz) umgestaltet wurde. Die sowjetrussische Außenpolitik setzt damit die Reihe der Neutralitätspakte mit den Nachbarstaaten fort.

NICHTANGRIFFS- UND NEUTRALITÄTSVERTRAG

4. Oktober 1927

Auf Anregung des nordamerikanischen Handelsministers Herbert Hoover tritt in Washington eine internationale Rundfunkkonferenz zusammen, an der sich Vertreter von 76 Nationen beteiligen. Hoover führt den Vorsitz. Die Konferenz wird sich über Monate hinziehen, ihre Beschlüsse werden bis in die fünfziger Jahre internationale Gültigkeit behalten, ausgenommen in den kommunistisch regierten Staaten.[14]

INTERNATIONALE RUNDFUNK-KONFERENZ IN WASHINGTON HOOVER

22. Oktober 1927

Trotzki greift in einer großen Rede vor dem Zentralkomitee den Stalinismus an, sagt ihm den Kampf und kündigt weitere Agitationstätigkeit der Opposition an. Stalin hört ihm unbeteiligt zu. Nach Trotzki spricht auch Sinowjew. Er schließt mit den Worten: „Entweder werden Sie gezwungen, uns vor der ganzen Partei sprechen zu lassen, oder Sie werden uns alle ins Gefängnis werfen müssen." Lachen und der Ruf „Setzen!" sind die Antworten des Plenums.

UDSSR TROTZKISTISCHE OPPOSITION SINOWJEW

26. Oktober 1927

Vier Tage später, am 26. Oktober 1927, wird die Ausstoßung Trotzkis aus dem Zentralkomitee beschlossen, genau ein Jahr nach seiner und Sinowjews Ausstoßung aus dem Politbüro (vgl. 26. Oktober 1926). Stalins Mühlen mahlen langsam. Trotzki und Sinowjew ihrerseits setzen ihre oppositionelle Versammlungstätigkeit fort und bereiten für den 10. Jahrestag der Oktoberrevolution, den 7. November (der Name „Oktoberrevolution" geht auf den kyrillschen Kalender zurück) eine eigene Gegendemonstration vor.[15]

TROTZKI AUS DEM ZK AUSGESCHLOSSEN FORTSETZUNG DER OPPOSITIONELLEN AGITATION

7. November 1927

Beim 10. Gedenktag an die Oktoberrevolution in Moskau wird die Gegendemonstration der trotzkistischen Opposition unauffällig unterdrückt, Trotzkis Wagen planmäßig abgedrängt, in Leningrad werden Sinowjew und Radek verhaftet und für die Dauer des Tages gefangengehalten. Abends kehren Trotzki und seine Frau Natalija Sedowa nicht mehr in den Kreml zurück,

MOSKAU TROTZKISTISCHE DEMONSTRATION UNTERDRÜCKT

sondern suchen in der Wohnung Bjeloborodows Zuflucht. Innerhalb der UdSSR hat die Opposition gegen Stalin keine Chance mehr.[16]

11. November 1927

JUGOSLAWIEN FRANKREICH BÜNDNIS-VERTRAG

Jugoslawien schließt einen Bündnisvertrag mit Frankreich, vierzehn Monate nach seinem Freundschaftsvertrag mit Polen (vgl. 15. September 1926), und fügt sich damit dem von Briand unmittelbar nach Locarno (vgl. 26. Oktober 1925) mit Polen und der Tschechoslowakei begonnenen, gegen Deutschland gerichteten französischen Bündnissystem ein.

17. November 1927

MAROKKO SULTAN MUHAMMED V.

In Marokko wird Muhammed V. ben Jusuf Sultan, der spätere König (vgl. 18. August 1957, Band V), unter dessen Regierung sich der marokkanische Nationalismus und die Unabhängigkeitsbewegung ab Mitte der dreißiger Jahre entfalten werden.

22. November 1927

ITALIEN ALBANIEN PROTEKTO-RATSVERTRAG VON TIRANA

Italien reagiert auf den Abschluß des französisch-jugoslawischen Vertrages (vgl. 11. November 1927) durch den Vertrag von Tirana (vgl. auch 27. November 1926), mit dem es seinen Einfluß in Albanien völkerrechtlich legalisiert und Albanien de facto zum italienischen Protektorat macht.

24. November 1927

RUMÄNIEN TOD BRATIANUS ENDE DER LIBERALEN EPOCHE

In Rumänien stirbt der Ministerpräsident Ionel C. Bratianu (geb. am 20. August 1864 in Florica), der 1916 den Kriegseintritt Rumäniens auf seiten der Alliierten durchsetzte und 1923 der Verfassung Großrumäniens zur Annahme verhalf. Mit seinem Tod nimmt auch die innenpolitische Herrschaftsepoche einer liberalen Schicht von Beamten, Unternehmern, Hochschullehrern und Generälen ein Ende, die sich gegen die siebenbürgische Nationalpartei und die Nationale Bauernpartei (Nationalzaranisten) Iuliu Manius wandte.[17]

UKRAINE X. PARTEI-KONGRESS CHRU-SCHTSCHOW

Auf dem 10. ukrainischen Parteikongreß hält Nikita Chruschtschow eine Rede mit Vorschlägen zur Parteiorganisation auf Distriktsebene, in der er die Entwicklung der folgenden dreißig Jahre vorwegnimmt und eine strengere autoritäre Kontrolle unter Zurückdrängung örtlicher Wahlen anregt. Er hält offensichtlich schon ein geringes Maß von Redefreiheit für gefahrbringend im Hinblick auf die Herrschaft der Parteibürokratie.[18]

28. November 1927

In Polen läßt Marschall Josef Pilsudski, seit 2. Oktober 1926 (vgl. dort) Ministerpräsident, das Parlament, den Sejm, auflösen und zahlreiche Abgeordnete der Opposition, die trotzdem bei den Neuwahlen Erfolge erzielen wird, verhaften. Der Kampf zwischen ihm und dem Sejm wird in den folgenden Jahren an Schärfe zunehmen (vgl. 25. August 1930).

POLEN PILSUDSKI AUFLÖSUNG DES SEJM

noch November 1927

Mao Tse-tung nutzt in Hunan seine Isolierung von der chinesischen Parteiführung (vgl. Anfang August 1927), um sich endgültig unabhängig zu machen. Er zieht sich mit dem loyalen Kern seiner Bauernarmee in eine uneinnehmbare Bergfestung auf dem Tschingkangschan an der Grenze zwischen Hunan und Kiangsi zurück und bildet dort eine (erste) sowjet-chinesische Regierung. Als das bekannt wird, stößt das chinesische Politbüro (im Untergrund) Mao aus. Dieser nimmt durch seinen jüngeren Bruder Verbindung mit Tschu Teh auf, einem Truppenführer, der sich ebenfalls von der Partei gelöst hat.[19]

CHINA MAO TSE-TUNG IN DER BERGFESTUNG TSCHINGKANGSCHAN AUSSTOSSUNG AUS DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

In den „Mitteilungen der Großen Landesloge von Sachsen", Handschrift für Brr. Freimaurer, Jahrgang 1927/28, Nr. 279, Novemberheft, nimmt Bruder Rudolf Klien, Mitglied der Leipziger Loge „Apollo" zu der Broschüre General Ludendorffs „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllungen ihrer Geheimnisse" Stellung und schreibt u. a.: „ . . . wir müssen, wenn wir Selbsterkenntnis üben, zugestehen, daß an der Möglichkeit dieser Verspottung wir selbst nicht schuldlos sind . . . Daß das Publikum, dem unser von Anfang bis Ende altjüdisch durchsetztes Ritual vorgeführt wird, daraus den Schluß ziehen muß, daß wir dann auch innige Beziehungen zum jetzigen Judentum haben müssen, sei nebenbei bemerkt . . . Denn dieses jüdische Ritual ist üblich und gültig in allen Frmr.-Logen der Erde . . . Es wird nicht mehr lange dauern, bis die Ludendorff-Broschüre in fremde Sprachen, vor allem ins Englische übersetzt sein wird . . . und dann kann und muß sich die gesamte Frmrei auf dem Erdenrund den Spiegel vorhalten."[20]

DEUTSCHLAND FREIMAUREREI „ALTJÜDISCH DURCHSETZTES RITUAL"

1. Dezember 1927

An diesem Stichtag sind in das Berliner Vereinsregister unter insgesamt 6853 Vereinsnamen 62 sogenannte „Berliner Ringvereine" eingetragen, mit Wissen und Duldung der Behörden Organisationen des Berufsverbrechertums (ausgenommen Mord), die, ähnlich den Gewerkschaften, von ihren Mitgliedern hohe Beiträge

DEUTSCHLAND BERLINER RINGVEREINE

ORGANISIERTES BERUFSVERBRECHERTUM

kassieren und dafür den Angehörigen ihrer Mitglieder Unterstützung zahlen, solange letztere wegen Verbüßung einer Strafe nicht „arbeiten" können. Daher die Bezeichnung „Goldene zwanziger Jahre".[21]

6. Dezember 1927

DEUTSCHLAND LIGA FÜR MENSCHENRECHTE GEGEN ABURTEILUNG VON LANDESVERRÄTERN

In Leipzig führt die Liga für Menschenrechte eine Versammlung „Gegen die Hochflut der Landesverratsprozesse" durch, in der Dr. Paul Levi u. a. ausführt, vor dem Ersten Weltkrieg seien jährlich 13 bis 14 Landesverratsfälle zur Aburteilung gelangt, in den Jahren 1924 bis 1926 seien es 600 bis 700 Fälle gewesen. Auf derselben Versammlung erklärt ein Mann namens Küster, Landesverräter zu sein, sei keine Schande mehr, und fordert den Reichswehrminister offen heraus.[22]

18. Dezember 1927

UDSSR XI. PARTEITAG VERBANNUNG DER TROTZKISTEN LIQUIDIERUNG DES BAUERNTUMS ERSTER FÜNFJAHRESPLAN ZENTRALES KONTROLLKOMITEE VEREINIGTES PLENUM DES ZK UND DER ZKK 50 % JUDEN

Der XV. Parteitag der KPdSU in Moskau schließt — in Fortführung des ZK-Beschlusses vom 26. Oktober 1926 (vgl. dort) — Trotzki, Sinowjew und ihre Anhänger, insgesamt 75 Altbolschewiken, aus der Partei aus und verbannt sie in den asiatischen Teil der Sowjetunion. Sinowjew und Kamenew werden sich den Bedingungen zur Wiederaufnahme in die Partei fügen, ohne dadurch ihr Leben zu retten, Trotzki, Rakowski, Radek und Muralow fügen sich nicht. Stalin ordnet die Deportierung Trotzkis nach Alma Ata in Kasachstan an.

Der Parteitag beschließt ferner die Kollektivierung der Landwirtschaft, die „Liquidierung des Kulakentums", der nicht nur die Großbauern, sondern auch Millionen von mittleren Bauern zum Opfer fallen werden, verstärkte Industrialisierung und — zu diesem Zweck — Ausarbeitung eines ersten Fünfjahresplanes (Piatiletka). Mit diesen Maßnahmen soll Rußland dem Modell eines Staates, auf den sich die wirtschaftliche Entwicklungstheorie von Karl Marx anwenden läßt, angepaßt werden.[23]

Der XV. Parteitag beschließt auch eine weitere Verstärkung des Einflusses der Zentralen Kontrollkomitees. Eine Resolution bestimmt, daß „diejenigen Parteimitglieder, die sich weigern, wahrheitsgemäß die Fragen der KK zu beantworten, unverzüglich aus der Partei ausgeschlossen werden". Die Anzahl der Mitglieder der ZKK wird auf 195 angehoben, die Zahl der Vertreter der ZKK im Politbüro auf 4 Vollmitglieder und 4 Kandidaten. Sie erhalten volles Stimmrecht im Politbüro. Außerdem wird als neues oberstes Partei- und Regierungsorgan der UdSSR das „Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK" geschaffen, ein Plenum von 400 bis 500 Personen (vgl. auch: noch Januar 1928). Der Anteil

der Juden unter den Kandidaten im Präsidium der ZKK steigt gleichzeitig auf 50 %.[24]

noch 1927 (ohne nähere Datierung)

In Ägypten stirbt der Führer der Wafd-Partei, die sich auf breite Schichten der Bevölkerung stützt, Saghlul. An seine Stelle tritt Mustafa an-Nahhas Pascha. Die Partei steht in einem Zweifrontenkampf gegen die 1922 gegründete Partei der Liberalen-Konstitutionellen einerseits und die Hofpartei des Königs, die Unionisten andererseits.

ÄGYPTEN TOD SAGHLULS MUSTAFA AN-NAHHAS

Die brasilianische Regierung erläßt, um einer Kette von inneren Unruhen Herr zu werden, mehrere Gesetze gegen kommunistische Agitation und gegen Streiks. Die Gesetze sollen vor allem die Kaffeeplantagen, die Grundlage des brasilianischen Exports, schützen, ihre Verwirklichung ist jedoch nur mit Hilfe von Kreditaufnahme im Auslande möglich, die den Haushalt mehr als zuträglich belastet.

BRASILIEN GESETZE GEGEN KOMMUNISTISCHE AGITATION

Infolge der Verwandlung des British Empire in einen Commonwealth of Nations (vgl. 19. Oktober bis 18. November 1926) erhält das Dominion Kanada einen eigenen Sitz im Völkerbund.

KANADA SITZ IM VÖLKERBUND

noch 1927 (ohne nähere Datierung)

In Britisch-Ostafrika bilden Kenia, Tanganjika und Uganda eine Zollunion, die unter Aufsicht eines Direktoriums im Londoner Kolonialministerium steht. Bereits ein Jahr zuvor (vgl. noch 1926) war die Konferenz der Gouverneure der drei Gebiete zu einer ständigen Einrichtung geworden.

BRITISCH-OSTAFRIKA ZOLLUNION

In dem durch den Versailler Vertrag französisch gewordenen Elsaß-Lothringen entsteht eine Volksbewegung für die Selbstverwaltung der beiden Provinzen. In Kundgebungen wird ein eigener Landtag und ein eigener Landeshaushalt gefordert, dabei jedoch die Zugehörigkeit zu Frankreich grundsätzlich anerkannt. Der Elsaß-Lothringische Heimatbund wird gegründet.

ELSASS-LOTHRINGEN VOLKSBEWEGUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

In Italien wird, nachdem sowohl auf den König als auch auf Mussolini mehrere Attentate verübt wurden, die Todesstrafe wieder eingeführt.

ITALIEN TODESSTRAFE

In Nicaragua bricht eine Revolution gegen den konservativen Präsidenten Adolfo Diaz aus. Es wird ein liberaler Gegenpräsident aufgestellt, Juan Bautista Sacasa, der sich auf Hilfe des

NICARAGUA REVOLUTION GEGEN DIAZ

SACASA
INTERVENTION DER USA

(vom mexikanischen Arbeiterbund CROM getragenen) mexikanischen Präsidenten Calles (seit 1924) stützen kann. Daraufhin intervenieren die USA, denen an dem Nicaragua-Kanal-Projekt gelegen ist, erneut und lassen zur Unterstützung von Diaz weite Strecken Nicaraguas von US-Truppen besetzen. Argentinien, Brasilien und Chile erheben Protest.

noch 1927 (ohne nähere Datierung)

LINDBERGHS WEST-OST-OZEANFLUG
BYRD ÜBER DEN POL

Der nordamerikanische Oberst Charles Augustus Lindbergh überfliegt erstmals den Atlantischen Ozean in west-östlicher Richtung. (Einen weiteren Pionierflug unternahm Richard Evelyn Byrd, ebenfalls US-Amerikaner, bereits 1926 zum Nordpol. 1929 wird er den Südpol überfliegen.)

1928

14. Januar 1928

In Deutschland reicht Reichswehrminister Geßler aufgrund von sozialdemokratischen Enthüllungen über die Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee in Sowjetrußland seinen Abschied ein. Auch geht es um die Gründung von Tarnfirmen in Ostpreußen zu Beginn der zwanziger Jahre mit dem Ziel, Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen (Phoebus). Nachfolger Geßlers wird Generalleutnant Wilhelm Groener.[1]

DEUTSCHLAND RÜCKTRITT GESSLERS GROENER

17. Januar 1928

Mit zweitägiger Verzögerung wird die von Stalin selbst angeordnete Verschickung Leo Trotzkis und seiner Familie von Moskau nach Alma Ata in Kasachstan durchgeführt. Da Trotzki sein Haus nicht verlassen will, ziehen GPU-Beamte ihm Pelz, Stiefel und Mütze an, setzen ihn auf einen Teppich und schleifen ihn die Treppe hinunter zur Luxuslimousine Menschinskis. Auf dem Jaroslawer Bahnhof tragen sie ihn in einen bereitgestellten Waggon, der außerhalb Moskaus an den fahrplanmäßigen Zug nach Taschkent angehängt wird. In Alma Ata erhält Trotzki eine Staatsrente. Rakowskij, ebenfalls verbannt, schickt ihm ausländische Zeitungen. Im Laufe des Jahres 1928 wird Trotzki von Alma Ata aus etwa 800 Briefe und 500 Telegramme politischen Inhalts versenden.

Bei der Durchsuchung der Moskauer Wohnung Trotzkis anläßlich seines Abtransportes nach Alma Ata wird u. a. ein fast leeres Blatt gefunden, auf dem unten in der Handschrift Lenins steht: „Genossen: indem ich den strengen Charakter der vom Genossen Trotzki gegebenen Befehle kenne, bin ich zugleich so überzeugt, so völlig überzeugt von der Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der von ihm im Interesse der guten Sache gegebenen Befehle, daß ich sie in jeder Hinsicht billige." gez. W. Uljanow (Lenin) (vgl. hierzu 12. Januar 1920). Trotzki erklärt dazu, Lenin habe ihm damit eine Blankorechtfertigung auch für Erschießungsbefehle gegen Parteimitglieder geben wollen.[2]

TROTZKIS VERSCHICKUNG NACH ALMA ATA RAKOWSKIJ VOLLMACHT LENINS

noch Januar 1928

In der UdSSR gewinnt das „Vereinigte Plenum des Zentralkomitees (der Partei) und der Zentralen Kontrollkommission", das in wichtigen Fällen durch Vertreter der örtlichen Kontrollkommissionen und der örtlichen Parteiorganisationen verstärkt wird und dann 400 bis 500 Köpfe zählt, die Bedeutung des höchsten

UDSSR ZK — ZKK-PLENUM

Parteiorgans. Es hat auf alle Entscheidungen mehr Einfluß als die Beschlüsse des Zentralkomitees allein und selbst des Politbüros. Mehr als 25 % seiner Mitglieder sind Juden (Bevölkerungsanteil der Juden im Dezember 1926: 1,77 %).[3]
Der Zentralen Kontrollkommission wird eine Sektion für die zahlreichen in der UdSSR tätigen ausländischen Experten und Facharbeiter angegliedert.[4]

12. Februar 1928

USA HOOVER PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDAT

In den USA nimmt der Handelsminister Herbert Hoover die Aufforderung republikanischer Parteifreunde, für die Präsidentschaft zu kandidieren, an, nachdem Präsident Coolidge, den er zuvor konsultiert hat, keine Einwendungen erhoben hat.[5]

18. Februar 1928

PANAMERIKA KONFERENZ VON LA HABANA

Als erster Schritt zu einer panamerikanischen Solidarität kann die Konferenz von La Habana auf Cuba aufgefaßt werden. Dort einigt man sich über eine für alle amerikanischen Staaten verbindliche Schiedsgerichtsbarkeit bei Konflikten untereinander. Doch bleibt seitens der süd- und mittelamerikanischen Länder ein starkes Mißtrauen gegenüber der Neigung der USA bestehen, mit militärischer Gewalt zu intervenieren, sobald sie ihre wirtschaftsimperialistischen Interessen bedroht sehen.

20. Februar 1928

GROSSBRITANNIEN LEITET TRANSJORDANIENS AUSSENPOLITIK

Die britische Mandatsverwaltung für Palästina und das am 25. April 1920 von Palästina abgetrennte Transjordanien kommt mit dem dort eingesetzten Abd Allah, dem jüngeren Sohn des Scherifen Husain von Mekka, überein, daß die transjordanische Außenpolitik künftig von dem Vertreter des britischen Oberkommissars von Palästina wahrgenommen wird.

3. März 1928

SPANIEN TANGER FRANZÖSISCH-MAROKKO LINKSAGITATION IN DER STUDENTENSCHAFT

Die Regierung Prima de Rivera in Spanien verstärkt durch ein besonderes Abkommen mit Tanger Spaniens politischen Einfluß in der dortigen Verwaltung. Tanger war in der Pariser Konvention vom 18. Dezember 1923 (vgl. dort) der internationale Status zuerkannt worden. Es stand formal unter dem Hoheitsrecht des Sultans von Französisch-Marokko. Zur selben Zeit müssen die Universitäten Madrid und Barcelona vorübergehend geschlossen werden, da die Agitation von links in der Studentenschaft zu Unruhen gegen Staat und Regierung geführt hat.

15. März 1928

Japanische Truppen unternehmen einen Interventionszug in die nordchinesische Provinz Schantung und besetzen Tsingtau, wo sie sich für mehr als ein Jahr festsetzen (vgl. 28. Mai 1929). Das Unternehmen entspricht der sogenannten „positiven Politik“ des japanischen Ministerpräsidenten (1927—1929) General Gi-ichi Tanaka, der auch ein japanisches Engagement in der Mandschurei sowie in der Mongolei befürwortet.

JAPANISCHE INTERVENTION IN CHINA (SCHANTUNG) TANAKA

25. März 1928

In Portugal wird General Antonio Oscar Fragoso Carmona, der am 9. Juli 1926 (vgl. dort) General Gomes da Costa als Militärdiktator verdrängt hat, zum Staatspräsidenten gewählt. Carmona nimmt Antonio de Oliveira Salazar als Finanzminister in seine Regierung auf. Diesem gelingt es, die zerrütteten Finanzen des Landes mit starker Hand zu ordnen. Damit wird Salazar zur eigentlich führenden Persönlichkeit in Portugal und seinen Besitzungen.

PORTUGAL CARMONA STAATSPRÄSIDENT SALAZAR FINANZMINISTER

7. April 1928

In China bricht Tschiang Kai-schek von neuem zu einem diesmal erfolgreichen Feldzug gegen die sich bekriegenden Generale in Nordchina auf. Den politischen Rückhalt bei diesem militärischen Unternehmen gibt die von ihm in Nanking am 18. April des Vorjahres (vgl. dort) eingesetzte Nationalregierung.

CHINA TSCHIANG KAI-SCHEKS NEUER NORDCHINA-FELDZUG

10. April 1928

In der Türkei wird unter der Präsidentschaft Mustafa Kemals, der nach der neuen türkischen Verfassung vom 20. April 1924 gemeinsam mit dem von ihm ernannten Kabinett die Exekutive ausübt, der Islam nicht mehr als Staatsreligion anerkannt, sondern die Trennung von Religion und Staat vollzogen. Damit ist die Verwandlung des Osmanischen Reiches, dessen Existenz auf dem Missionsauftrag Mohammeds beruhte, in den weltlichen Nationalstaat Türkei abgeschlossen.

TÜRKEI ISLAM NICHT MEHR STAATSRELIGION

noch April 1928

In einer gemeinsamen Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Partei in Moskau erfährt Stalin mit seiner Politik der Bauernvernichtung zum ersten Mal offenen Widerspruch, und zwar von seiten der Mehrzahl der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission. Infolgedessen werden

UDSSR ZK — ZKK WIDERSPRUCH GEGEN DIE BAUERNVERNICHTUNG

beim nächsten Parteitag, dem XVI., 94 von 195 Mitgliedern des ZKK ausgeschlossen.[6]

6. Mai 1928

RUMÄNIEN NATIONALZARANISTEN

In Rumänien marschieren zum Parteitag der Nationalen Bauernpartei (Nationalzaranisten) unter Führung von Juliu Maniu 200 000 Bauern auf. In Resolutionen wird eine demokratischere Verfassung und eine Berücksichtigung der bäuerlichen Interessen in der Innen- und Wirtschaftspolitik gefordert.

12. Mai 1928

ITALIEN BESCHNEIDUNG DES ALLGEMEINEN WAHLRECHTS

In Italien wird ein neues Wahlgesetz verkündet, das das allgemeine Wahlrecht erheblich beschneidet. Danach wählt künftig der Große Faschistische Rat (entsprechend dem Sowjet in der UdSSR) insgesamt 400 von den verschiedenen Körperschaften des Korporativsystems vorgeschlagene Abgeordnete aus. Diese Liste wird dann der Wählerschaft Italiens zum Volksentscheid vorgelegt. Eine Alternativliste gibt es nicht, genau wie in den kommunistischen Staaten.

20. Mai 1928

DEUTSCHLAND REICHSTAGSWAHLEN

Bei den Reichstagswahlen in Deutschland erleiden die Regierungsparteien erhebliche Verluste zugunsten der Sozialdemokraten und Kommunisten, die zusammen 42 % der Sitze im Reichstag besetzen können. Ein Wechsel in der Regierungskoalition wird damit unvermeidlich (vgl. 28. Juni 1928).

noch Mai 1928

CHINA MAO TSE-TUNG TSCHU TEH KOMINTERN LOMINADSE NEUMANN VERLUSTE DER KOMMUNISTEN

Im südlichen China vereinigen Mao Tse-tung und Tschu Teh (vgl. noch November 1927) ihre Streitkräfte auf dem Tschingkangschan. Mao übernimmt die politische, Tschu die militärische Führung der etwa (einschließlich Neurekrutierungen) zehntausend Mann. Die chinesische KP-Zentrale unter dem Einfluß der von Stalin anstelle Borodin-Grusenbergs (Blüchers) und Roys entsandten neuen KOMINTERN-Agenten Besso Lominadse und Heinz Neumann sowie nahezu täglicher Telegramme von Stalin selbst verurteilt das Unternehmen Mao Tse-tungs und zettelt dafür städtische Aufstände in Kanton und Nantschang an, die verlustreich niedergeschlagen werden. Allein in Kanton werden über 6000 Aufständische hingerichtet.[7]

Adolf Grabowski, Leiter der geopolitischen Kurse an der Hochschule für Politik in Berlin, schreibt in der Zeitschrift für Politik, die treibende Kraft für die Zusammenfassung mehrerer europä-

ischer Nationen zu einer geschlossenen Wirtschaftseinheit sei der Hochkapitalismus, der im Interesse großer geschlossener Absatzgebiete entweder auf Imperien oder auf Staatenbünde oder sogar auf vollkommene Verwischung der Staatsgrenzen hinarbeite. „Ein wirtschaftliches Paneuropa wäre ausschließlich im Intersse der Großen, es würde die Großen noch größer und die Kleinen noch kleiner machen."[8]

GRABOWSKI ÜBER HOCHKAPITALISMUS UND PANEUROPA

noch Mai 1928

Eleutherios Venizelos (geb. 23. August 1864 in Murnies auf Kreta), bereits 1910 griechischer Ministerpräsident unter König Konstantin, erneut 1917—1920 unter König Alexander und im Januar 1924 nach der Abdankung König Georgs II., kehrt nach Griechenland zurück, das er im Februar 1924 verlassen hat, und wird zum vierten Mal Ministerpräsident.[9]

GRIECHENLAND VENIZELOS ERNEUT MINISTERPRÄSIDENT

4. Juni 1928

Tschang Tso-lin, der sich unter den selbständigen Generalen in Nordchina zum Diktator aufgeschwungen hat, wird bei der Flucht aus Peking das Opfer eines Eisenbahnbombenanschlages. Sein Sohn Tschang Hüe-liang unterstellt sich unter dem Eindruck des siegreichen Vorgehens Tschiang Kai-scheks (vgl. 7. April 1928) diesem, bzw. der Nanking-Regierung.[10]

NORDCHINA TOD TSCHANG TSO-LINS

8. Juni 1928

In China nimmt Tschiang Kai-schek im Verlauf seines Feldzuges gegen die Generale des Nordens (vgl. 7. April 1928) Peking ein. Dieser Erfolg hat die internationale Anerkennung seiner Nanking-Regierung zur Folge und ermöglicht ihm die Einleitung einer Außenpolitik mit dem Ziel der Aufhebung der China nach dem Boxeraufstand 1901 aufgezwungenen „ungleichen Verträge", auf deren Gültigkeit die UdSSR für den russischen Bereich theoretisch bereits am 31. Mai 1924 (vgl. dort) verzichtet hat.

TSCHIANG KAI-SCHEK NIMMT PEKING INTERNATIONALE ANERKENNUNG DER NANKING-REGIERUNG

14. Juni 1928

In den USA nominiert der Parteikonvent der Republikaner in Cansas City den bisherigen Handelsminister Herbert Hoover zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen. Hoover dankt in einer Botschaft, in der es u. a. heißt: „Mein Land . . . hat mir Erziehung, Handlungsfreiheit und die Möglichkeiten zu Dienst und Ehren geschenkt. In keinem anderen Lande könnte ein Junge aus einem Dorf, ohne Erbschaft oder einflußreiche Freunde, mit so grenzenloser Hoffnung in die Zukunft blicken . . ."[11]

USA HOOVER VON DER REPUBLIKANISCHEN PARTEI NOMINIERT

15. Juni 1928

LIGA FÜR MENSCHENRECHTE UND FREIMAUREREI
BUISSON
BESNARD

Das „Schweizerbanner“ veröffentlicht umfangreiches Material über die Liga für Menschenrechte und ihre französische Zentrale in Paris, die Ligue des Droits de l'Homme, deren Comité Central damals 52 Mitglieder zählte. Von ihnen waren 21 zugleich Mitglieder von Freimaurerlogen, darunter auch der Präsident der Liga, Fernand Buisson, Präsident der französischen Deputiertenkammer (Loge Amis des Allobroges) und der Generalsekretär der Laien-Mission, Edmond Besnard, Freimaurer des 33. Grades und Mitglied des Grand Collège des Rites. — Im Bulletin der Grande Loge de France vom März 1923 steht der Satz (S. 60): „Das Werk der Liga [für Menschenrechte] ist die Verwirklichung der Grundsätze, die in den Logen aufgestellt werden.“[12]

20. Juni 1928

JUGOSLAWIEN
RADIĆ ERMORDET
AUSZUG DER KROATEN AUS DEM PARLAMENT

Im jugoslawischen Parlament in Belgrad, der Skupština, wird der Kroatenführer Stefan Radić, der am 1. April 1926 (vgl. dort) aus dem Kabinett ausgeschieden ist, von einem serbischen Abgeordneten aus Montenegro ermordet. Die Kroaten verlassen daraufhin das Parlament. — Gleichzeitig verschärft sich die Spannun zwischen Jugoslawien und Italien, und es herrscht Kriegsstimmung im Zusammenhang mit dem wachsenden italienischen Einfluß in Albanien (vgl. 27. November 1926, Vertrag von Tirana, und 22. November 1927).

28. Juni 1928

DEUTSCHLAND
REGIERUNG MÜLLER
STRESEMANN AUSSENMINISTER

Infolge des Ergebnisses der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 (vgl. dort) bildet in Deutschland der Sozialdemokrat Hermann Müller eine Regierung der sogenannten „Großen Koalition“, d.h. der bürgerlichen Parteien und der SPD.

Gustav Stresemann übernimmt auch in dieser Regierung wieder das Außenministerium, obgleich ihm selbst das Scheitern seiner Außenpolitik im Zeichen der Locarnoverträge (vgl 5.—16. Oktober 1925) klar vor Augen steht.

9. Juli 1928

UDSSR
STALIN
ZUSÄTZLICHE BESTEUERUNG DER BAUERN UM DER INDUSTRIALISIERUNG WILLEN

Stalin erklärt vor dem Plenum des ZK der Partei in Moskau: „Mit der Sache der Bauern verhält es sich . . . folgendermaßen: Sie bezahlen dem Staat nicht nur die üblichen direkten und indirekten Steuern, sondern in erster Linie müssen sie die verhältnismäßig teuren Verbrauchsgüter überbezahlen, und in zweiter Linie werden sie für ihre Erzeugnisse unterbezahlt. Das ist eine zusätzliche Besteuerung, die den Bauern um der Entwicklung der Industrie willen, die für das ganze Land, einschließlich der Bau-

ern, arbeitet, auferlegt wird. Es handelt sich um eine Art ‚Tribut‘, eine Sondersteuer, die wir auferlegen müssen, um die gegenwärtige Rate der Industrialisierung beibehalten und steigern zu können.“ Da sich gegen diese Auffassung seitens der „Rechtsabweichler“, der Bucharingruppe Widerspruch erhebt, fügt Stalin zwei Tage später hinzu:

WIDERSPRUCH BUCHARINS

11. Juli 1928

„. . . Einige sind der Meinung, daß es nicht ratsam sei, in einer Plenarsitzung des Zentralkomitees die Wahrheit zu sagen. Ich bin dagegen der Ansicht, daß es unsere Pflicht ist, in einer Sitzung den Zentralkomitees unserer Partei die ganze Wahrheit zu sagen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Plenarsitzungen des Zentralkomitees nicht als Massenversammlungen anzusehen sind. Natürlich sind ‚Sondersteuer‘ und ‚Zusatzsteuer‘ unangenehme Worte, denn sie treffen hart. Aber [diese] Worte entsprechen voll und ganz den Tatsachen.“[13] Wieder zwei Tage darauf, am

13. Juli 1928

greift Stalin nochmals „einige Genossen“ an, die die Ansicht vertreten, daß „zur Festigung der Bande [zwischen Arbeitern und Bauern] der Akzent von der Schwerindustrie fort auf die Leicht- [d. h. Konsumgüter-]industrie gesetzt werden müsse . . .“ Gemeint ist wiederum: Bucharin, Parteitheoretiker, Hauptschriftleiter der Prawda und Nachfolger Sinowjews an der Spitze der KOMINTERN, sowie seine Anhänger, die an der Leninschen „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) einer Industrialisierung, welche die täglichen Bedürfnisse der Menschen (insbesondere Kleidung) berücksichtigen soll, festhalten. Demgegenüber versteht Stalin unter „Aufbau des Sozialismus“ eine einseitige Förderung der Schwerindustrie auf Kosten der Bauern und der allgemeinen Lebenshaltung zur gewaltsamen Angleichung Rußlands an das Marxsche Modell eines modernen Industriestaates, der für den Sozialismus „reif“ ist.[14]

STALIN NOCHMALS GEGEN BUCHARIN

25. Juli 1928

Der Außenminister der USA, Kellogg, schließt mit der Nanking-Regierung Tschiang Kai-scheks einen Vertrag, der eine chinesische Zollautonomie vorsieht. Damit erkennen die USA die Nanking-Regierung de facto als die allein zuständige Regierung Chinas an, obgleich der Gesandte MacMurray in Peking, von Mißtrauen gegen Tschiang Kai-schek erfüllt, ausdrücklich vor einem solchen Schritt gewarnt hat.[15]

USA CHINA VERTRAG ÜBER CHINESISCHE ZOLL-AUTONOMIE

noch Juli 1928

KOMINTERN CHINA „GEFAHR FÜR DIE CHINESISCHE REVOLUTION“

Der Sprecher der KOMINTERN, Lozowski, äußert sich über China: „Die Arbeiterbewegung steht hinter derjenigen der Bauern zurück, und dies bringt ungeheure Gefahren für die weitere Entwicklung der chinesischen Revolution mit sich.“ Das ist genau die Meinung Stalins, eine Art ideologischer Blindheit. Was nicht in das Marxsche Modell eines Industriestaates paßt, muß falsch sein. Auch äußert sich darin die naturfremde Abneigung des Intellektuellen gegen Bauerntum und Landwirtschaft.[16]

1. August 1928

JUGOSLAWIEN EIGENES KROATISCHES PARLAMENT IN AGRAM

Die Kroaten, die nach der Ermordung ihres Führers Stefan Radić das jugoslawische Parlament verlassen haben (vgl. 20. Juni 1928), eröffnen in Agram einen eigenen Landtag und bekunden damit ihren Willen zur Autonomie. Das Königreich Jugoslawien, in den Pariser Vorortverträgen 1919 künstlich geschaffen, droht auseinanderzufallen.

11. August 1928

USA WAHLKAMPF HOOVERS RECHENSCHAFTSBERICHT

Im Wahlkampf um die Präsidentschaft der USA faßt der amerikanische Handelsminister Herbert Hoover die Ergebnisse seiner siebenjährigen Tätigkeit zusammen: Zunahme des Nationaleinkommens 45 %, der Produktion und des Güterverbrauches 25 %. Bei einem Anstieg der Familien um etwa 2,3 Millionen 3,5 Millionen Hausneubauten, Elektrifizierung von 9 Millionen Wohneinheiten, Zuwachs der Grundschüler 11 %, der Mittelschüler 66 %, der Schüler an Höheren Bildungsanstalten 75 %.[17]

27. August 1928

BRIAND-KELLOGG-PAKT IN PARIS VERURTEILUNG DES KRIEGES UNTERZEICHNUNG UNTER VORBEHALT

In Paris wird zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien (einschließlich Irlands und der Dominions), Italien, Japan, Polen, der Tschechoslowakei und den USA der von dem französischen und dem amerikanischen Außenminister bereits am 13. Mai den Signatarmächten der Locarnoverträge (vgl. 5.—10. Oktober 1925) vorgeschlagene „Briand-Kellogg-Pakt“ geschlossen. Der Vertrag besteht nur aus drei kurzen Artikeln. Sein Inhalt ist vollkommen utopisch: Verurteilung des Krieges und Verzicht auf den „Krieg als Werkzeug nationaler Politik“. So unterzeichnen dann auch Frankreich, Großbritannien und Polen nur unter Vorbehalten, die den Vertrag von Anfang an zur Farce machen. Nichtsdestoweniger werden ihm bis Ende 1929 54, bis 1939 63 Staaten beitreten.[18]

1. September 1928

In Albanien nimmt Achmed Zogu, der 1925 mit Hilfe Jugoslawiens Staatschef wurde, nunmehr auf Italien gestützt (vgl. 22. November 1927, zweiter Vertrag von Tirana) den Königstitel an. Dieser Titel kann die Tatsache nicht verschleiern, daß Albanien tatsächlich nur noch ein italienisches Protektorat ist.

ALBANIEN ACHMED ZOGU WIRD KÖNIG

1. Oktober 1928

Im Zuge der Anpassung Sowjetrußlands an das Marx-Engelssche Modell eines hochindustrialisierten, für die Sozialisierung bzw. Bolschewisierung reifen Landes, der bereits mehrere Millionen russischer Bauern geopfert wurden, legt der erste Fünfjahresplan (pjatiletka) das Hauptgewicht auf die Schwerindustrie, einschließlich der Rüstungsindustrie. Letztere soll und wird die Voraussetzungen für die imperialistische Ausbreitung Sowjetrußlands schaffen.

UDSSR FÜNFJAHRESPLAN HAUPTGEWICHT SCHWERINDUSTRIE

7. Oktober 1928

In Äthiopien unternimmt der Regent (seit 1916) Rās Tafari Makonnen, ein Großneffe Kaiser Meneliks II., auf die Truppen gestützt einen Staatsstreich, erringt die ungeteilte Regierungsmacht und wird zum König (Negus) proklamiert.

ÄTHIOPIEN STAATSSTREICH RAS TAFARI MAKONNENS

22. Oktober 1928

In Deutschland übernimmt Alfred Hugenberg, Vorstandsvorsitzender des Presse- und Filmkonzerns Scherl GmbH und entschiedener Gegner der Stresemannschen Außenpolitik, insbesondere der Locarno-Verträge (vgl. 5.—16. Oktober 1925), den Vorsitz der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die damit schärfer noch als bisher in Opposition zur Regierung tritt, aber in sozialpolitischer Hinsicht keine Alternative anzubieten hat, die über die Formen des Kapitalismus zum Jahrhundertbeginn hinauswiese, und daher bei der Arbeiterschaft keine Resonanz findet.

DEUTSCHLAND DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI VORSITZ: HUGENBERG

28. Oktober 1928

Nachdem die japanische Regierung das internationale Kapital zu Investierungen in den zahlreichen Industrieunternehmen der südmandschurischen, in japanischer Regie betriebenen Eisenbahn eingeladen hat, protestiert die Regierung Tschiang Kai-scheks unverzüglich in den USA gegen die Anlage amerikanischen Kapitals in der Mandschurei zugunsten Japans. Der Protest hat Erfolg, die Investierungen unterbleiben und damit bleibt eine Gelegenheit für die USA ungenutzt, die japanische Politik in China durch „Kreditkontrolle" zu lenken.[19]

JAPAN USA CHINA MANDSCHURISCHE EISENBAHNEN

9. November 1928

RUMÄNIEN MANIU REGIERUNGSCHEF MIT PARLAMENTSMEHRHEIT

In Rumänien wird Juliu Maniu, der Führer der Nationalen Bauernpartei (Nationalzaranisten, vgl. 6. Mai 1928) vom Regentschaftsrat zum Ministerpräsidenten berufen und mit der Regierungsbildung beauftragt. Die erstmals unbeeinflußten, freien Parlamentswahlen im Dezember 1928 werden der Regierung Manius eine starke Mehrheit geben. Er wird das Tempo der forcierten Industrialisierung bremsen und eine Verwaltungsreform durchführen, die Agrarkrise jedoch nicht abwenden können.

noch November 1928

DEUTSCHLAND STRESEMANNS AUSSENPOLITIK GESCHEITERT GRAF WESTARP: „FRANKREICH BEDROHT DIE SICHERHEIT DEUTSCHLANDS"

Der deutsche Reichsaußenminister und ehemalige Reichskanzler Gustav Stresemann muß vor dem Reichstag eingestehen, daß seine Außenpolitik (Locarno, vgl. 5.—16. Oktober 1925) gescheitert ist und daß Deutschlands Recht verletzt bleibt, solange sein Anspruch auf Räumung des Rheinlandes nicht erfüllt wird.
Graf Westarp (DNVP) faßt als Sprecher der Opposition das Ergebnis der Stresemannschen Politik in den Worten zusammen: „Die Episode der sogenannten Locarno-Politik ist abgeschlossen. Frankreich bedroht die Sicherheit Deutschlands. Es steht mit seinen Truppen an den Ufern des Rheins. Zusammen mit Großbritannien führt es umfangreiche Manöver auf deutschem Boden durch."[20]

USA HOOVER ZUM PRÄSIDENTEN GEWÄHLT ROOSEVELT

In den USA wählen 40 von 48 Staaten den Republikaner und bisherigen Handelsminister Herbert Clark Hoover sen. zum Präsidenten. Die Demokratische Partei erlebt ihren absoluten Tiefpunkt. Nur im Staate New York wird der Demokrat Franklin Delano Roosevelt, noch stark durch spinale Kinderlähmung behindert, zum Gouverneur gewählt. Er wird vier Jahre später mit Hilfe der Wirtschaftskrise und mit Hilfe der KOMINTERN Präsident werden.[21]

VATIKAN ITALIEN VORBEREITUNG DER LATERAN-VERTRÄGE

Papst Pius XI. ernennt den Kardinal Gasparri, der italienische König den Regierungschef Benito Mussolini zum Bevollmächtigten, um den seit 1870 bestehenden Konflikt zwischen dem Vatikan und dem italienischen Staat endlich beizulegen. Es werden drei verschiedene Verträge vorbereitet: der Lateran-Vertrag, eine Übereinkunft, die Finanzen betreffend, und ein Konkordat (vgl. auch 11. Februar 1929).[22]

1. Dezember 1928

TÜRKEI

Die Türkei führt anstelle der arabischen Schrift die lateinische ein und löst sich damit auch in ihrer gesamten amtlichen wie priva-

ten Publizistik aus dem Kreis der arabischen Staaten, die beim Zerfall des Osmanischen Reiches entstanden sind. In diesem Bestreben wird der Wille Mustafa Kemals (vgl. auch 29. Oktober 1923 und 10. April 1928) deutlich, den Anschluß an die europäische Zivilisation zu erzwingen.

LATEINISCHE SCHRIFT ANSCHLUSS AN EUROPA

5. Dezember 1928

In Österreich wird Wilhelm Miklas (geb. 15. Oktober 1872), Führer der Christlich-Sozialen Partei und seit 1923 Präsident des österreichischen Nationalrates, erstmals zum Bundespräsidenten gewählt. Er wird mehrfach wiedergewählt werden und 1938, anläßlich des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, zurücktreten.[23]

ÖSTERREICH MIKLAS BUNDESPRÄSIDENT

9. Dezember 1928

In Italien wird ein Gesetz über die „Konstitutionalisierung des Großen Rates" verkündet. Damit wird das höchste Parteigremium des italienischen Faschismus (Gran Consiglio del Fascismo) verfassungsmäßig zu einer staatlichen Einrichtung, zum Staatsrat, hat allerdings in der Regierung des Staates nur beratende Stimme.

ITALIEN HÖCHSTES PARTEIGREMIUM WIRD STAATSRAT

20. Dezember 1928

Einem Antrag Stalins im Politbüro drei Tage zuvor entsprechend, überreicht Wolynskij Leo Trotzki in Alma Ata einen Verhandlungsbeschluß des GPU-Kollegiums „in Sachen des Bürgers Trotzki": „Der Bürger Trotzki, Lew Dawidowitsch, ist aus den Grenzen der UdSSR auszuweisen." Zwei Tage darauf (nur fünf Tage nach Stalins Antrag im Politbüro) werden Trotzki, seine Frau Natalija Sedowa und sein 23jähriger Sohn Ljowa von Alma Ata über das Kurdaj-Gebirge nach Frunse gebracht. Dort wird ihnen mitgeteilt, daß sie nach Konstantinopel ausgewiesen werden. Anlaß der Ausweisung ist ein Schreiben Trotzkis an das ZK und an das Exekutivkomitee der KOMINTERN, in dem er es ablehnt, wie von ihm verlangt wurde, seine oppositionell-politische Tätigkeit einzustellen.[24]

UDSSR AUSWEISUNG TROTZKIS NACH KONSTANTINOPEL

noch Dezember 1928

In Deutschland ist die Zahl der Arbeitslosen auf über zwei Millionen angestiegen. Die Ursache für diese Entwicklung ist darin zu suchen, daß die Konjunktur der zurückliegenden Jahre auf fremder amerikanischer Kapitalzufuhr beruhte, deren Erträge aber durch die Reparationsleistungen nach dem Dawesabkommen

DEUTSCHLAND ZWEI MILLIONEN ARBEITSLOSE

(vgl. 16. August 1924) restlos abgeschöpft wurden. Darüber hinaus entstand ein wachsendes Defizit im Staatshaushalt, das nunmehr die Milliardengrenze (Reichsmark) überschritten hat.

GROSSBRITANNIEN CHINA (NANKING-REGIERUNG) VERTRAG

Großbritannien schließt einen Vertrag mit der Regierung Tschiang Kai-scheks in Nanking und erkennt diese damit als die allein rechtmäßige Regierung Chinas an. Dieser Schritt der britischen Außenpolitik ist im Zusammenhang mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR im Mai 1927 (vgl. dort) zu sehen.

noch 1928 (ohne nähere Datierung)

AFGHANISTAN AMAN ULLAH EUROPAREISE ÜBEREILTE REFORMEN

Aman Ullah, seit 1919 König von Afghanistan, stattet anläßlich einer Europareise Deutschland einen offiziellen Staatsbesuch ab und führt, zurückgekehrt, neben der persischen Staats- und Kultursprache die ebenfalls aus dem Iran stammende Paschtu-Sprache ein. Unter dem Eindruck seiner Europareise versucht er, in kurzer Zeit zahlreiche innere Reformen in seinem Lande durchzusetzen, reizt damit die orthodox-sunnitische Priesterschaft zum Widerstand und muß schließlich das Land verlassen.

BOLIVIEN PARAGUAY CHACO-KONFLIKT

Bolivien erstrebt für seinen Außenhandel, insbesondere den Zinnexport, einen Zugang zum Meer über den Paraguay-Fluß. Darüber kommt es zu einem Grenzkonflikt im Gran Chaco mit Paraguay, der sich in den folgenden Jahren trotz Vermittlungsversuchen des Völkerbundes und der Panamerikanischen Konferenz verschärfen und schließlich 1932 (vgl. dort) zum Kriege führen wird.

GROSSBRITANNIEN ZUSAMMENFASSUNG WESTAFRIKAS

Die britischen Kolonialbehörden fassen in Britisch-Westafrika, das bereits seit 1913 ein einheitliches Währungsgebiet bildet, nunmehr auch die Rechtsprechung zusammen und setzen für alle britisch-westafrikanischen Gerichte einen gemeinsamen Appellationsgerichtshof ein, den West African Court of Appeal.

FRANKREICH ELSASS-LOTHRINGEN

Die französischen Behörden gehen gegen die elsaß-lothringischen Autonomiebestrebungen vor (vgl. noch 1927, Elsaß-lothringischer Heimatbund). Es erfolgen zahlreiche Verhaftungen von Persönlichkeiten, die sich im Rahmen dieser Bestrebungen betätigt und exponiert haben.

INDIEN ÜBERPARTEILICHE KONFERENZ FORDERT

In Indien fordert eine Konferenz aller politischen Parteien die Zuerkennung des Dominion-Status im Rahmen des British Commonwealth of Nations, das bedeutet Beseitigung der britischen

Kolonialverwaltung. Großbritannien wird erst Ende 1929 (vgl. noch November 1929) zu dieser Forderung Stellung nehmen.

DOMINION-STATUS

noch 1928 (ohne nähere Datierung)

In Nicaragua werden in Anwesenheit nordamerikanischer Truppen (vgl. noch 1927) Präsidentenwahlen durchgeführt, bei denen weder der von den USA unterstützte konservative Adolf Diaz noch der von Mexiko geförderte liberale Juan Bautista Sacasa, sondern ein anderer Gegner von Diaz, José Maria Moncada, gewinnt.

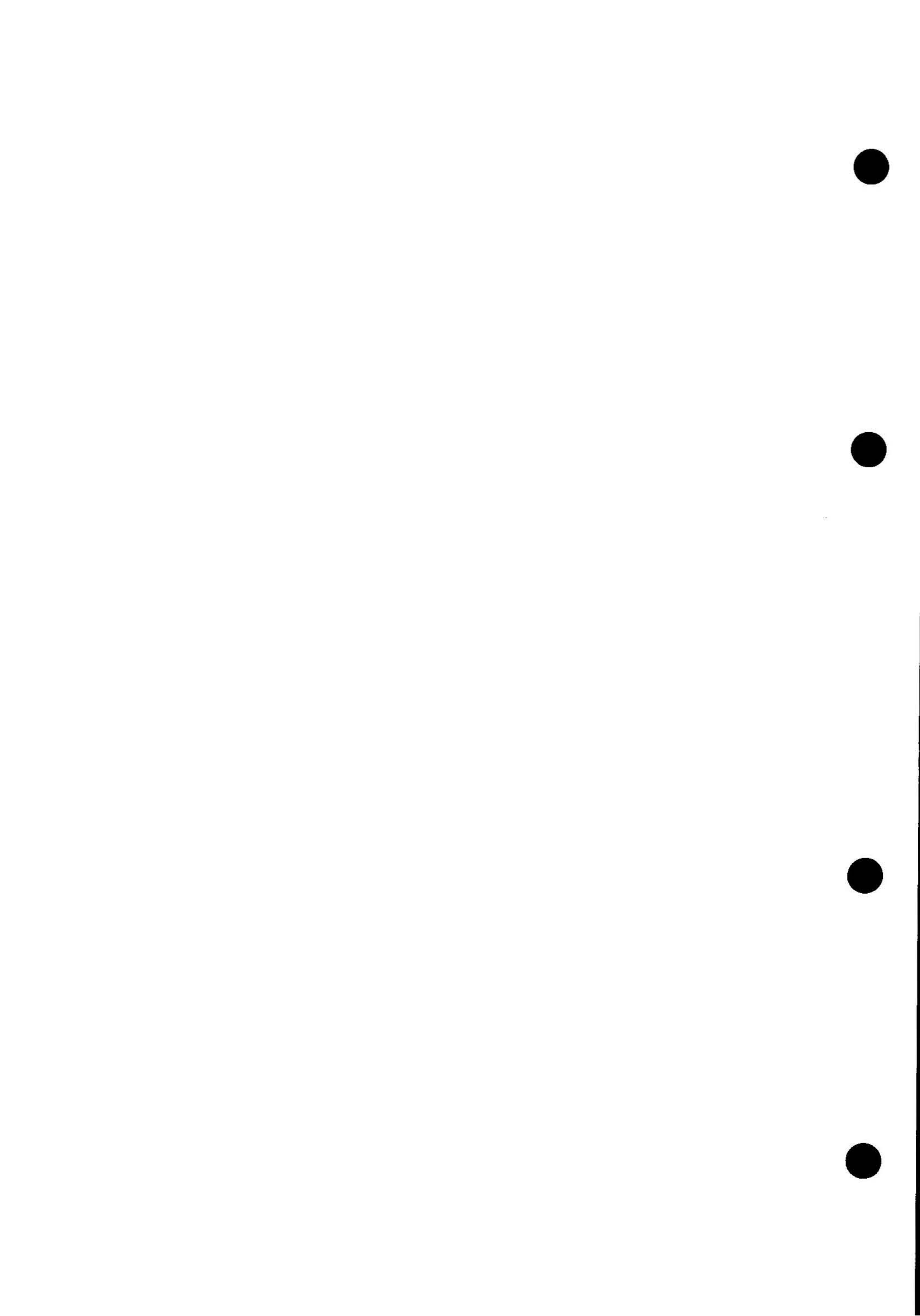
NICARAGUA MONCADA PRÄSIDENT

In Palästina ist die jüdische Einwohnerschaft nach Überwindung einer schweren Wirtschaftskrise auf 170 000 angewachsen, auf das Dreifache von 1919. Die Arbeitslosigkeit unter den palästinensischen Juden ist beseitigt. Der Landbesitz des Jüdischen Nationalfonds wurde erweitert.[25]

PALÄSTINA 170 000 JUDEN

In Persien hebt die Regierung Schah Resa Pehlewis (vgl. 12. Dezember 1925) die sogenannten Kapitulationen auf, d. h. beseitigt die rechtliche Sonderstellung von Staatsangehörigen der Groß- und Kolonialmächte und meldet damit ihren Anspruch auf volle, ungeteilte Souveränität an.

IRAN AUFHEBUNG DER „KAPITULATIONEN"



1929

5. Januar 1929

In Jugoslawien unternimmt König Alexander I. einen Staatsstreich, um ein Auseinanderfallen des Landes in Serbien und Kroatien zu vermeiden (vgl. 1. August 1928). Das Parlament, die Skupština, wird aufgelöst und geschlossen, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit werden aufgehoben. Hinter dem Staatsstreich des Königs steht der Diktator General Zivković. Er bildet eine serbische Regierung, in der auch einige Namenskroaten mitarbeiten.

JUGOSLAWIEN
STAATSSTREICH
KÖNIG
ALEXANDERS I.
ZIVKOVIČ

20. Januar 1929

Die Trotzki-Opposition verbreitet in der Sowjetunion ein Flugblatt, in dem Bucharin (vgl. 24. August 1929) die Verhältnisse im Moskauer Politbüro so darstellt, wie er sie bei einem heimlichen Besuch bei Kamenew am 11. Juli 1928 diesem geschildert hat: „Die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns [Bucharin selbst, Rykow und Tomskij einerseits] und Stalin sind tiefer, viel tiefer als die zwischen ihm und dir [Kamenew]. Ich, Rykow und Tomskji, sehen die Lage so: es wäre sehr viel besser, Sinowjew und Kamenew an Stelle von Stalin im Politbüro zu haben. Seit Wochen spreche ich nicht mehr mit ihm [im Juli 1928!]. Er ist ein skrupelloser Intrigant und ordnet alles dem Wunsch unter, die Macht für sich allein zu haben. Er kann seine Theorien jeden Augenblick ändern, wenn er [damit] jemanden ausschalten kann . . . Jetzt hat er damit begonnen, sich zurückzuziehen, um uns auszuschalten . . ." Das bezieht sich, wie gesagt, auf die Zeit vor dem 11. Juli 1928.[1]

UDSSR
FLUGBLATT
DER
TROTZKISTEN
BUCHARIN
RYKOW
TOMSKIJ
STALIN

30. Januar 1929

In Moskau treten das Politbüro und das Präsidium der ZKK (Zentralen Kontrollkommission, vgl. 18. Dezember 1927) zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der das geheime Gespräche zwischen Bucharin (vgl. 24. August 1929) und Kamenew, von dem man durch das Flugblatt vom 20. Januar (siehe oben) erfahren hat, erörtert und in einer scharf formulierten Resolution gerügt wird. Die Sitzung wird am 9. Februar fortgesetzt werden (vgl. auch 22. April 1929).[2]

UDSSR
ZK — ZKK
RESOLUTION
GEGEN
BUCHARIN

noch Januar 1929

Mao Tse-tung und Tschu Teh verlassen ihre Bergfestung auf dem Tschingkangschan (vgl. noch November 1927, noch Mai 1928) und rücken, eine Pause in den Angriffen der Nanking-Truppen

CHINA

MAO TSE-TUNG UND TSCHU TEH NACH SÜD-KIANGSI

nutzend, nach Süd-Kiangsi vor, in ständigen Gefechten mit Privatmilizen der Grundbesitzer und kleineren Truppenteilen autonomer Militärmachthaber („Kriegsherren"). Sie werden schließlich ihr Hauptquartier in dem Dorfe Juichin aufschlagen, und das von Mao kontrollierte Gebiet wird bis zum Ende des Jahres mehrere Kreise von Süd-Kiangsi sowie West-Fukien umfassen.[3]

DEUTSCHLAND DREI MILLIONEN ARBEITSUCHENDE 3200 HÖFE ZWANGSVERSTEIGERT

In Deutschland erreicht die Zahl der bei den Arbeitsämtern *Arbeitsuchenden* erstmals die Dreimillionengrenze. Zum selben Zeitpunkt steigt die Anzahl der zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Unternehmen auf 3200 mit insgesamt ca. 135 000 Hektar. Dieses Gebiet geht der landwirtschaftlichen Nutzung unwiederbringlich verloren, da es sogleich von der Bodenspekulation erfaßt wird. Es kommt zu Bauerndemonstrationen (vgl. noch Oktober 1930).[4]

7. Februar 1929

USA MISSBRAUCH VON BANKKREDITEN ZU SPEKULATIONEN COOLIDGE

In den USA erläßt das Direktorium der Federal Reserve Banken eine öffentliche Aufforderung an die Banken, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um den Mißbrauch von Bankkrediten zu Börsenspekulationszwecken zu unterdrücken. Die Mahnung bleibt ohne Erfolg. Die an den Spekulationen (und Manipulationen) interessierten Kreise bestimmen die öffentliche Meinung. Zu ihnen gehört auch der scheidende Präsident Coolidge, der noch zum Schluß seiner Amtszeit eine irreführende, das Spekulationsfieber anheizende Erklärung abgibt (vgl. auch: noch Mai 1929).[5]

11. Februar 1929

VATIKAN ITALIEN LATERANVERTRÄGE MUSSOLINI GASPARRI

Die seit November 1928 (vgl. noch November) zwischen Mussolini und Kardinal Gasparri ausgehandelten Lateranverträge des Vatikans mit dem italienischen Staat werden unterschrieben. Italien erkennt darin die „vatikanische Stadt" als selbständiges, neutrales Staatsgebiet unter der Souveränität des jeweiligen Papstes an. Das sogenannte Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 (vgl. dort, Band I) wird aufgehoben. Italien zahlt an den Vatikan eine Abfindungssumme für die diesem 1870 verlorengegangenen Gebietsansprüche, und zwar 39 Millionen Dollar in bar und 52 Millionen Dollar in italienischen fünfprozentigen Regierungspapieren. Mit der Verwaltung dieser Gelder beauftragt Papst Pius XI. Bernardino Nogoro. Trotz des gleichzeitig abgeschlossenen Konkordats bleiben in der Frage der Jugenderziehung auch weiterhin Gegensätze bestehen.[6]

12. Februar 1929

Das russische Frachtschiff „Iljitsch“, das zwei Tage zuvor in Odessa den aus der UdSSR ausgewiesenen Leo Trotzki mit Frau und Sohn an Bord genommen hat, fährt in den Bosporus ein. Trotzki übergibt einem türkischen Polizeioffizier, der an Bord kommt, ein an Kemal Pascha gerichtetes Schreiben des Inhalts, daß er nur der Gewalt gehorchend in die Türkei komme. Der russische Konsul übergibt ihm im Auftrage des Kreml 1500,— Dollar. Trotzki mietet auf der Insel Prinkipo eine Villa und wird noch im selben Jahre die Zeitschrift „Bulletin der Opposition“ in rusischer Sprache herausgeben, die in Paris, später in New York gedruckt und im ZK in Moskau regelmäßig gelesen wird. Außerdem schreibt er Artikelserien für die amerikanische Presse.[7]

TROTZKI IN DER TÜRKEI „BULLETIN DER OPPOSITION“

noch Februar 1929

In Bombay liefern sich wieder einmal Mohammedaner und Hindus blutige Kämpfe. Diese Auseinandersetzungen zwischen den beiden stärksten religiösen Gruppen in Indien verzögern die Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung und erleichtern somit Großbritannien die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft.

INDIEN BOMBAY HINDUS MOHAMMEDANER

24. März 1929

In Italien werden erstmals Kammerwahlen nach dem neuen Modus des Gesetzes vom 12. Mai 1928 (vgl. dort) durchgeführt. Die vom Großen Faschistischen Rat nach Vorschlägen der Korporationen zusammengestellte einzig vorhandene Abgeordnetenliste erhält naturgemäß alle gültig abgegebenen Stimmen. Wer diese Liste ablehnt, bleibt der Wahl fern ebenso wie in den kommunistischen Staaten.

ITALIEN KAMMERWAHLEN LISTE DES GROSSEN FASCHISTISCHEN RATES

29. März 1929

Nachdem es dem neuen Präsidenten der USA, Herbert Clark Hoover sen., im Zusammenwirken mit dem Gouverneur des Federal Reserve Bank-Systems, Roy Young, gelungen ist, durch drastische Einschränkung der jederzeit kündbaren Bankdarlehen die Geldquellen für überhandnehmende Börsenspekulationen zu verstopfen (vgl. 7. Februar 1929), verkündet Charles E. Mitchell, Präsident der National City Bank von New York, seine Bank werde in dieser „Notlage“ den fehlenden Kredit besorgen. Das Fieber steigt weiter an (vgl. auch: noch Mai 1929).[8]

USA MITCHELL (NATIONAL CITY BANK OF NEW YORK) SABOTIERT KAMPF GEGEN SPEKULATIONEN

31. März 1929

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung schreibt Tiedemann Ulrich Lemberg, daß die Diktatur dem Führungsstil der Jugend(be-

DEUTSCHLAND

T. U. LEMBERG: „DIKTATUR DEM FÜHRUNGSSTIL DER JUGEND ANGEMESSEN"

wegung) angemessen sei, weil sie die Verantwortung von der anonymen Gesellschaft auf einen Menschen aus Fleisch und Blut übertrage. Dieser (auch heute durchaus aktuelle) Gedanke ist damals *nicht* auf Hitler bezogen, sondern gibt allgemein dem tief eingewurzelten Abscheu der Jugend gegen den bürgerlichen Liberalismus, gegen die Demokratie Ausdruck, in der niemand Verantwortung übernehmen und tragen will.[9]

21. April 1929

ITALIEN NATIONALER RAT DER KORPORATIONEN

Für die italienischen Korporationen (Ständevertretungen) wird ein gemeinsames Gremium geschaffen, der „Nationale Rat der Korporationen". Er hat beratende Funktion und in der sozial- und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung begrenzte „normgebende" Befugnisse, keineswegs die volle legislative (gesetzgebende) Gewalt. Er bleibt der Kontrolle durch Regierung und Partei unterworfen. Mit seiner Einsetzung wird daher noch kein wirklicher Ständestaat geschaffen.

22. April 1929

UDSSR STALIN ÜBER „RECHTSABWEICHUNG" ANGRIFF AUF BUCHARIN

In Moskau spricht Stalin vor den vollzählig versammelten Gremien des Politbüros und der Zentralen Kontrollkommission (vgl. 30. Januar 1929) „Über die Rechtsabweichung in der Kommunistischen Partei der Union" und greift Bucharin an (vgl. 24. August 1929). Anschließend billigt die Versammlung die Resolution der Geheimsitzung vom 30. Januar (vgl. dort) bzw. 9. Februar, doch wird diese Resolution trotz der Billigung noch drei Jahre lang in den Parteiarchiven unter Verschluß gehalten werden. Bucharin hatte von einer „militärfeudalistischen Ausbeutung der Bauernschaft" gesprochen und damit den besonderen Unwillen Stalins erregt.[10]

1. Mai 1929

DEUTSCHLAND BERLIN KOMMUNISTISCHE UNRUHEN 22 TOTE ROTFRONTKÄMPFERBUND

Anläßlich des Maifeiertages der marxistischen Organisationen kommt es in Berlin zu kommunistischen Unruhen, bei denen 22 Todesopfer zu beklagen sind. Unter der Last der Reparationsleistungen kann sich die deutsche Industrie nicht entwickeln. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher seit Dezember 1928 (vgl. dort) weiter angestiegen, eine Tatsache, die sich sowohl die kommunistische als auch die nationalsozialistische Propaganda zunutzemacht. Beide Parteien formieren in den Großstädten aus der arbeitslosen Arbeiterschaft eine Miliz, Rotfrontkämpferbund und Sturmabteilungen = SA. Ersterer wird von Innenminister Severing (SPD) verboten.[11]

15. Mai 1929

Die Zeitung „Schweizerbanner" berichtet von einer Protestversammlung der Liga für Menschenrechte im Preußischen Herrenhaus in Berlin. Dort haben sich u. a. die Rechtsanwälte Oskar Cohn und Paul Levi sowie der Chefredakteur des Pressehauses Mosse, Otto Nuschke, gegen das Einreiseverbot der Regierung für Leo Trotzki gewandt, in diesem Zusammenhang von einer „republikanischen Anstandspflicht" gegenüber einem Manne wie Trotzki gesprochen und damit gedroht, es könne für die in Berlin Regierenden auch einmal der Tag kommen, an dem sie um ein Asyl betteln müßten. Die Liga für Menschenrechte, ohnehin sehr vielseitig, erweist sich hier also auch als Organ des Trotzkismus. Jedermann weiß, daß Trotzki deshalb nach Deutschland will, weil nach seiner Überzeugung die in Rußland 1917 begonnene (und durch Stalin *vorerst* auf Rußland begrenzte) kommunistische Revolution nur in Deutschland fortgesetzt und zu der angestrebten Weltrevolution ausgeweitet werden kann.[12]

DEUTSCHLAND BERLIN LIGA FÜR MENSCHENRECHTE GEGEN EINREISEVERBOT FÜR TROTZKI

22. Mai 1929

Der jugoslawische Militärdiktator General Peter Zivković (vgl. 5. Januar 1929) läßt den neuen Führer der Kroaten (nach Ermordung Stefan Radić', vgl. 20. Juni 1928), Vladimir Maček, verhaften. Kurz darauf führen die nicht abreißenden Bandenkämpfe an der mazedonischen Grenze zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien.

JUGOSLAWIEN MACEK VERHAFTET BANDENKÄMPFE

28. Mai 1929

Japan zieht sein am 15. März 1928 (vgl. dort) nach Tsingtau in der nordostchinesischen Provinz Schantung entsandtes Expeditionskorps wieder zurück. Noch ist die japanische Regierung zu einem Vorgehen in China — über die Wahrung ihrer Interessen in der Mandschurei hinaus — nicht endgültig entschlossen.

JAPAN SCHANTUNG CHINAPOLITIK

noch Mai 1929

In der Tschechoslowakei wird der Slowakenführer Adalbert Tuka wegen „militärischen Verrats und Vorbereitung eines Komplotts gegen die Republik" in Preßburg zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Darüber breitet sich in der slowakischen Bevölkerung eine allgemeine Verbitterung gegen die Tschechen aus. Sie wird zehn Jahre später den tschechoslowakischen Reststaat — ohne die abgetrennten sudetendeutschen Gebiete — sprengen.

TSCHECHOSLOWAKEI TUKA ZU ZUCHTHAUS VERURTEILT

Die Teilhaber des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., unter ihnen auch — als jüngster — Lewis L. Strauss, beschließen

USA

KUHN, LOEB & CO. ÜBERNEHMEN EMISSION VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN DER STADT NEW YORK

unter Vorsitz von Mortimer Schiff, dem Enkel des Gründers, sich um die Emission von Schuldverschreibungen der Stadt New York in Höhe von 52 Millionen Dollar, verzinslich zu 5¹/₄ Prozent, zu bewerben. Schiff sagt, er erblicke im Zustand der Börse Gefahren, wolle lieber auf höhere Zinsen verzichten und einen größeren Teil des Firmenkapitals in sicheren festverzinslichen Obligationen anlegen. Das Haus erhält auf Antrag die Ausgabe und wird mit diesen und anderen Schuldverschreibungen sechs Monate später den Zusammenbruch der Börse gut überstehen, während sich „Milliarden von Dollar Marktwert in nichts auflösen und Tausende von Menschen und Geschäften ruiniert werden" (Lewis L. Strauss). Schiff weiß bereits im Mai, woher der Börse „Gefahren" drohen. Er hält Kontakt mit J. P. Morgan (vgl. 24./25. Oktober 1929, noch Dezember 1929).[13]

3. Juni 1929

CHILE PERU VERTRAG VON LIMA

Zwischen Chile und Peru wird der Vertrag von Lima unterzeichnet, der den Streit um die Gebiete Tacna und Arica beilegt. Peru erhält Tacna zurück, das es nach dem Salpeterkrieg im Frieden von Ancón am 20. Oktober 1883 (vgl. dort, Band I) mit den anderen Salpeterprovinzen Tarapacá und Arica an Chile abtreten mußte.

5. Juni 1929

GROSSBRITANNIEN ZWEITES KABINETT MACDONALD

Nach einem Wahlsieg der britischen Labour Party (im Mai) bildet James Ramsay Macdonald sein zweites Kabinett (das erste von Januar bis November 1924). Er wird bis Ende August 1929 an der Regierung bleiben. Außenminister in diesem Kabinett ist Arthur Henderson.

7. Juni 1929

YOUNGPLAN OWEN D. YOUNG AUS DEM HAUSE J. P. MORGAN DEUTSCHLAND SOLL BIS 1988 34,5 MILLIARDEN GOLDMARK ZAHLEN

Eine Sachverständigenkonferenz zur Revision des undurchführbaren Dawesabkommens (vgl. 9. April 1924, 16. Juli und 16. August 1924), die am 11. Februar 1929 unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers aus dem Hause J. P. Morgan, Owen D. Young, zusammengetreten ist und sich aus Finanzexperten Belgiens, Deutschlands (Hjalmar Schacht), Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans zusammensetzt, einigt sich auf einen neuen Plan, den Youngplan. Nach diesem Plan hat Deutschland in den folgenden 59 Jahren, das heißt bis 1988, 34,5 Milliarden an Reparationen für den Ersten Weltkrieg zu bezahlen, davon jährlich 660 Millionen (Goldmark) bedingungslos, ohne Schutz für den deutschen Handel, unaufschiebbar, ohne Transferklausel, unter alleiniger, voller Verantwortung Deutschlands für

den Transfer. Die Reparationskommission und das Kontrollsystem der Alliierten in Deutschland fallen künftig fort. Die Verwaltung der deutschen Zahlungen wird der hierfür neu geschaffenen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel als Treuhänderin übertragen. Der Youngplan soll die endgültige Lösung des Reparationsproblems — und der Rückzahlung der Schulden der Alliierten an die USA aus dem Ersten Weltkrieg — darstellen. Tatsächlich wird er erst durch die zweite Haager Konferenz, mit der Haager Schlußakte vom 20. Januar 1930 (vgl. dort), nach einem nochmaligen Versuch Frankreichs und Großbritanniens, die deutschen Zahlungen zu erhöhen, in Kraft gesetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt zeichnet sich bereits der Zusammenbruch der internationalen Finanzwirtschaft ab.[14]

BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGSAUSGLEICH

Papst Pius XI. ernennt am selben Tage Monsignore Borgongini-Duca, den bisherigen Sekretär für Außerordentliche Kirchliche Angelegenheiten, zum ersten päpstlichen Nuntius bei der italienischen Krone nach Abschluß der Lateranverträge (vgl. 11. Februar 1929) und weiht ihn noch im selben Monat zum Titular-Erzbischof. Borgongini wird damit Doyen des Diplomatischen Corps in Italien. Er ist an Jahren der jüngste Botschafter des Vatikans und wird erst 24 Jahre später den Kardinalshut erhalten.[15]

VATIKAN ITALIEN BORGONGINI-DUKA ERSTER NUNTIUS

28. Juni 1929

L'Ami du peuple du soir, Paris, schreibt: „Man kann nicht leugnen, daß es pazifistische Deutsche gibt. So verbreitete die ‚Deutsche Friedensgesellschaft', die bedeutendste pazifistische Organisation jenseits des Rheins, in Hunderttausenden von Exemplaren ein Dokument, das auf die nationalistische Unschuldskundgebung antwortete und den überragenden Anteil Deutschlands an der Entfesselung des [Ersten Welt-]Krieges feststellt. Die ‚Deutsche Friedensgesellschaft' hat nicht gezögert, diese Schuldbeweise ausgiebig zu verbreiten." — Man merkt dem französischen Berichterstatter die Verwunderung darüber an, daß so etwas möglich ist. Das Organ der „Deutschen Friedensgesellschaft" zu dieser Zeit ist „Das andere Deutschland".[16]

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT PROPAGIERT DEUTSCHLANDS KRIEGSSCHULD

4. Juli 1929

Papst Pius XI. läßt eine gegen das faschistische Jugenderziehungsprogramm der italienischen Regierung gerichtete und die „Katholische Aktion" verteidigende Enzyklika „Non abbiamo bisogno ..." (Wir haben es nicht nötig ...") durch die ausländischen Nachrichtenagenturen überraschend der Weltpresse übergeben. Der Ton der Enzyklika ist recht aggressiv. Die englische Über-

VATIKAN PIUS XI. ENZYKLIKA GEGEN FASCHISTISCHE JUGENDERZIEHUNG

setzung für die Agenturen verfaßt Monsignore Spellman, der spätere Kardinal in den USA. Er bringt auch persönlich als Kurier den Text von Rom nach Paris.[17]

13. Juli 1929

UDSSR ULTIMATUM AN CHINA (NANKING) MANDSCHURISCHE EISENBAHNEN USA ERINNERN AN KELLOGG-PAKT

Nachdem bereits am 27. Mai — in Abwehr des zunehmenden sowjetrussischen Einflusses in der Mandschurei — 42 sowjetische Konsulatsbeamte in Charbin verhaftet wurden, stellt die UdSSR der Nanking-Regierung Tschiang Kai-scheks ein Ultimatum des Inhalts, es solle umgehend eine Konferenz zur Regelung des Streites um die mandschurische Eisenbahn einberufen werden, alle gegen die Sowjetunion gerichteten Maßnahmen seien rückgängig zu machen, weitere Übergriffe gegen Bürger und Eigentum Sowjetrußlands zu unterlassen. Der amerikanische Außenminister Stimson erinnert fünf Tage später sowohl die sowjet-russische als auch die chinesische Nationalregierung an die Verpflichtungen, die beide mit Unterzeichnung des Kellogg-Paktes eingegangen sind, Krieg grundsätzlich zu ächten. Beide Seiten versichern, sie wären sich dessen bewußt. Doch der Konflikt um die Verwaltung der ostchinesischen Bahn schwelt weiter (vgl. 17. November 1929).[18]

noch Juli 1929

FRANKREICH RÜCKTRITT POINCARÉS REGIERUNG BRIAND

In Frankreich muß — trotz eines hohen Wahlsieges im April 1928 — die Regierung Poincaré zurücktreten. Sie wird von einem Kabinett abgelöst, das Aristide Briand bildet. Die Ursache ist u. a. die bereits 1929 unvermeidlich gewordene Abwertung des Franc.

11. August 1929

JEWISH AGENCY KONSTITUIERT SICH IN ZÜRICH ABKOMMEN ZWISCHEN ZIONISTEN UND NICHTZIONISTEN

In Zürich wird die erste, konstituierende Versammlung der „Jewish Agency" eröffnet, der ständigen Vertretung des Judentums in Palästina und des Zionismus gegenüber der britischen Mandatsverwaltung. Drei Tage nach der Eröffnung wird ein Abkommen zwischen Vertreter der Zionisten und der Nichtzionisten unter den palästinensischen Juden unterzeichnet, das das Zusammenleben beider Gruppen regelt und eine gemeinsame Interessenvertretung durch die Agency gewährleistet.[19]

14. August 1929

VATIKAN PREUSSEN KONKORDAT

Anläßlich der Ratifizierung des Konkordats zwischen der Katholischen Kurie und dem preußischen Staat spricht Papst Pius XI. seinem Nuntius, Monsignore Eugenio Pacelli, der das Konkordat ausgehandelt hat, seine besondere Anerkennung aus. Pacelli wird später als Pius XII. sein Nachfolger werden.[20]

24. August 1929

PALÄSTINA POGROME GEGEN JUDEN

Bei Pogromen der palästinensischen Araber gegen die jüdischen Siedler in Palästina werden fast hundertfünfzig Juden getötet. Weizmann erblickt in diesen Aktionen die Reaktion der arabischen Führer auf den 16. Zionistenkongreß, die Gründung der Jewish Agency (vgl. 11. August 1929) und die Zunahme des wirtschaftlichen Einflusses der Juden in Palästina.[21]

UDSSR PRAWDA GEGEN BUCHARIN CHRUSCHTSCHOW

In Moskau schreibt am gleichen Tage die „Prawda" erstmals „Über die Irrtümer und Abweichnungen des Genossen Bucharin". Bucharin hat Stalin in der Abwehr der Trotzkiopposition zunächst unterstützt, hat aber dann einen eigenen Standpunkt in der Bauernfrage sowie in der Frage der Konsumgüterindustrie bezogen. In beiden hält er Zugeständnisse für notwendig. Darum gilt er als „Rechtsabweichler". Zu seinen wütendsten Gegnern gehört Nikita Chruschtschow in der Ukraine, der sich zu dieser Zeit bemüht, stalinistischer zu sein als Stalin selbst (vgl. auch 9. und 13. Juli 1928, 20. und 30. Januar, 22. April 1929).[22]

6.—31. August 1929

ERSTE HAAGER KONFERENZ ÜBER VERTEILUNG DER REPARATIONSGELDER RÄUMUNG DES RHEINLANDES

In Den Haag (Niederlande) tritt die Erste Haager Konferenz mit Vertretern Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Italiens, Japans, Jugoslawiens, Polens, Portugals, Rumäniens, der Tschechoslowakei und der USA zusammen, um sich über eine neue Verteilung der deutschen Reparationszahlungen aus dem Youngplan (vgl. 7. Juni 1929) unter den Alliierten Mächten des Ersten Weltkrieges zu einigen. Die Deutsche Delegation (Stresemann) nutzt die Gelegenheit, um erneut auf Räumung der 2. und 3. Zone des Rheinlandes zu dringen (vgl. noch November 1928). Die Räumung wird nunmehr für spätestens 30. Juni 1930 zugesagt. Im übrigen werden neue Sachverständigenausschüsse für Sachleistungen beschlossen.[23]

4. September 1929

BRIAND PLAN FÜR PANEUROPA

Der französische Außenminister Briand legt der Völkerbundsversammlung in Genf einen Plan für „Vereinigte Staaten von Europa", d. h. zunächst lediglich für eine Zoll- und Wirtschaftsunion vor und eilt damit der Entwicklung um ein viertel Jahrhundert voraus. Sein — ebenso wie Stresemanns — Fernziel ist ein Paneuropa im Sinne des Grafen Coudenhove-Kalergi. Vgl. hierzu noch 1925 (ohne nähere Datierung) und noch Mai 1928.

19. September 1929

LITAUEN

In Litauen wird die Regierung des Ministerpräsidenten Augustin Voldemaras (erstmals seit 11. November 1918, dann wieder ab

REGIERUNG TUBELIS

Dezember 1926) gestürzt. Das nachfolgende Kabinett wird von Josef Tubelis gebildet.

noch September 1929

VÖLKERBUND FLÜCHTLINGS-KOMMISSARIAT NANSEN

Fridtjof Nansens internationales Flüchtlingskommissariat, das seit seiner Errichtung 1925 — in Fortführung von Nansens Rettungswerk seit 1920 — Hunderttausenden von heimatlos gewordenen Menschen neue Existenzmöglichkeiten geschaffen hat, wird nunmehr unmittelbar dem Generalsekretariat des Völkerbundes angegliedert; Nansen selbst wird — bei erweiterter Kompetenz — durch einen beratenden Ausschuß entlastet. Seine Vertreter in den Ländern erhalten einen Konsulatähnlichen Status.[24]

1. Oktober 1929

GROSSBRITANNIEN UDSSR DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

Großbritannien nimmt unter der Regierung von James Ramsey Macdonald (vgl. 5. Juni 1929) und Außenminister Arthur Henderson die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR wieder auf, die im Mai 1927 (vgl. dort) von der konservativen Regierung Baldwin wegen nachgewiesener sowjetrussischer Spionage und Subversion abgebrochen wurden.

3. Oktober 1929

DEUTSCHLAND TOD STRESEMANNS NACHLASS AN H. BERNHARD

Der deutsche Reichsaußenminister Gustav Stresemann erliegt einer Krankheit, die ihn erstmals im Mai 1928 zur Arbeitsunterbrechung gezwungen hat. Die Witwe und die beiden Söhne übergeben den wohlvorbereiteten Nachlaß dem Ullstein-Verlag. Mit der Herausgabe wird Henry Bernhard beauftragt, der seit 1923 ständiger Mitarbeiter Stresemanns war.[25]

JUGOSLAWIEN NEUGLIEDERUNG

Jugoslawien wird am selben Tage unter der Regierung des Militärdiktators General Peter Zivković in neun Banate gegliedert, deren Grenzen bewußt mit den historischen (Volkstums-)Grenzen nicht übereinstimmen. Der Zweck der Neueinteilung ist, Autonomiebewegungen in dem künstlichen Staatsgebilde nach Möglichkeit zu behindern.

24./25. Oktober 1929

NEW YORK „SCHWARZER FREITAG“ BEGINN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Mit dem „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse beginnt eine Wirtschafts-, genauer: Finanzkrise, die in mehreren Wellen zunächst die Prosperität in den USA untergraben, dann auch (1931) auf Europa übergreifen wird. Aus der Rückschau spricht vieles dafür, daß zumindest der Beginn dieser Krise in New York manipuliert wurde (vgl. noch Mai 1929) und u. a. den Zweck verfolgte, den republikanischen Präsidenten Herbert Clark Hoo-

ver, dem es gelang, die ersten Wellen abzufangen, zugunsten der demokratischen, prosowjetischen Clique um Roosevelt zu stürzen (vgl. auch 7. Februar 1929).[26]

1. November 1929

AUSTRALIEN WEHRPFLICHT AUFGEHOBEN

In Australien hebt eine Labourregierung die bis dahin gesetzlich festgelegte Allgemeine Wehrpflicht auf und überläßt die Verteidigung des Erdteils — angesichts des spürbaren japanischen Expansionsbedürfnisses — einer kleinen Flotte, geringen Luftstreitkräften und einer Armee von 30 000 Freiwilligen.

GROSSBRITANNIEN — USA FLOTTENPARITÄT

Der britische Ministerpräsident James Ramsey Macdonald gelangt am gleichen Tage anläßlich einer Nordamerikareise zu einer Verständigung mit den USA in der umstrittenen Frage der Flottengleichheit beider Mächte, speziell des Baues von Kreuzern. Die Einigung ermöglicht die drei Monate später beginnende Londoner Flottenkonferenz (vgl. 22. April 1930).

DEUTSCHLAND JUGENDBEWEGUNG 3. PHASE JUNGENSCHAFT TUSK

In Deutschland (Stuttgart) gründet ebenfalls am selben Tage Eberhard Köbel (tusk, geb. 1907), seine „Deutsche Jungenschaft vom 1. November" (dj. 1. 11.) und legt damit den Grund zur dritten jungenschaftlichen Phase der deutschen Jugendbewegung. In ihr wird der Gedanke der Jugendemanzipation auf die Spitze getrieben. Tusk erstrebt nicht weniger als einen Jungenstaat im Staate, genauer: gegen den Staat. Insofern ist seine Gründung ein Politikum ersten Ranges. Es geht ein Strom von Impulsen auf das gesamte Jugendleben davon aus. Tusk wird sich sowohl mit dem Nationalsozialismus als auch mit dem Kommunismus zu verbünden suchen. Beide lehnen ihn ab. So muß er scheitern.[27]

17. November 1929

MANDSCHUREI INTERVENTION SOWJETRUSSLANDS

Da der chinesische Befehlshaber in der Mandschurei, Tschang Hüe-liang, den sowjetrussischen Forderungen vom 13. Juli (vgl. dort) nicht nachkommt, rückt eine russische Armee in der Mandschurei ein. Es kommt zu Kämpfen. Da Tschang Hüe-liang keine Hilfe von Tschiang Kai-schek erhält, muß er kapitulieren. Die ostchinesische Bahn ist wieder in russischer Hand.[28]

noch November 1929

INDIEN GROSSBRITANNIEN DOMINIONSTATUS IN AUSSICHT GESTELLT

In Indien erklärt der britische Vizekönig (seit Ostern 1926) Lord Edward Irwin, der spätere Viscount Halifax (1934) und britische Außenminister (1938/40), hauptverantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939), die britische Regierung sei bereit, Indien den Dominionstatus zu gewähren, der ein Jahr zuvor von einer Konferenz aller indischen Parteien gefordert

worden war. Doch kann Irwins Erklärung der indischen Unabhängigkeitsbewegung zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr genügen (vgl. 1. Januar 1930).[29]

10. Dezember 1929

CHINA KOMMUNISTISCHE PARTEI TSCHEN TU-HSIU

Der ehemalige, Anfang August 1927 abgesetzte Generalsekretär der chinesischen Kommunistischen Partei, Tschen Tu-hsiu, schreibt, nachdem er auch aus der Partei ausgeschlossen wurde: „Seit der Zeit, als ich dem Ruf der Bewegung folgte und im Jahre 1920 eine chinesische kommunistische Partei gründete, habe ich getreu bis zum letzten die opportunistische Politik der Führer der Kommunistischen Internationale, nämlich Stalins, Sinowjews, Bucharins und anderer befolgt, die zu einer schmachvollen und furchtbaren Niederlage der chinesischen Revolution führte . . . Da ich nicht klar genug dachte und meine Meinung nicht entschlossen genug vertrat, wurde ich unbewußt zu einem Instrument der engstirnigen Fraktion Stalins . . .“[30]

DEUTSCHLAND BERLIN OFFENER TERROR DES ORGANISIERTEN BERUFSVERBRECHERTUMS RINGVEREINE

In Berlin werden am gleichen Tage an der Ecke Scharrenstraße, Friedrichsgracht die Brüder Wolters erschossen. Sie sind bereits im September von einem „Ehrengericht“ des Ringvereins „Altberlin“ (vgl. 1. Dezember 1927) zum Tode verurteilt worden, weil sie bei einer Zeugenaussage vor Gericht angeblich ihren Verein belastet haben, und sind Ende November in einem Lokal in der Moltkestraße schon einmal von zwei Mitgliedern des Vereins „Altberlin“ niedergeschossen und schwer verletzt worden. Drei Tage vor ihrer endgültigen Ermordung, am 7. Dezember 1929, hat der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel zwei andere Ringvereine, „Immertreu“ und „Norden“, verboten. Die „angesehenen“ Berliner Rechtsanwälte Max Alsberg und Erich Frey, routinierte Strafverteidiger von Berufsverbrechern, setzen es durch, daß das Verbot wenige Monate später, ungeachtet des Mordes an den Brüdern Wolters, wieder aufgehoben wird. Wie in Chikago oder New York.[31]

16. Dezember 1929

VATIKAN PACELLI WIRD KARDINAL UND KARDINALSTAATSSEKRETÄR

Das Geheime Konsistorium der Kurie in Rom kreiert den bisherigen päpstlichen Nuntius in Berlin, Monsignore Eugenio Pacelli, zum Kardinalpriester. Eine Woche zuvor, am 10. Dezember, ist er in der Berliner Krolloper in offizieller Feier als Nuntius und Doyen des Berliner Diplomatischen Corps verabschiedet worden. Es war dort bereits bekannt, daß Pacelli dazu ausersehen ist, als Nachfolger Kardinal Gasparris Kardinalstaatssekretär, d. h. Außenminister des Vatikans, zu werden.[32]

21. Dezember 1929

Im Moskauer Kreml feiert Stalin seinen fünfzigsten Geburtstag. Er hat zu diesem Zeitpunkt alle selbständig denkenden, kritischen Köpfe aus den höchsten Führungsgremien des Staates und der Partei entfernt, allerdings noch nicht liquidiert. Noch können sie ihm, insbesondere Trotzki, aus der Ferne gefährlich werden.[33]

MOSKAU STALINS 50. GEBURTSTAG

22. Dezember 1929

Nachdem die Nanking-Regierung Tschiang Kai-scheks sowohl den Völkerbund als auch die Signatarmächte des Kelloggpaktes (vgl. 27. August 1928) vergeblich gegen das militärische Vorgehen sowjetrussischer Truppen in der Mandschurei (vgl. 17. November 1929) angerufen hat, wird in Chabarowsk ein Waffenstillstand, das Protokoll von Chabarowsk unterzeichnet, der den Zustand vor Beginn der Kampfhandlungen wiederherstellt. Das Zustandekommen dieses Waffenstillstandes beweist u. a., daß Stalin immer noch Tschiang Kai-schek für einen trotz allem unentbehrlichen Bündnispartner hält, solange sich der chinesische Kommunismus „nur“ auf Bauern stützen kann.

CHINA UDSSR MANDSCHUREI WAFFENSTILLSTAND VON CHABAROWSK

In Deutschland erhält am selben Tage ein von den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten gemeinsam (Nationale Einheitsfront) herbeigeführter Volksentscheid gegen den Youngplan (vgl. 7. Juni 1929) 5,8 Millionen Stimmen und hat damit keinen Erfolg. Erst die weiterhin zunehmende Arbeitslosigkeit (vgl. 1. Mai 1929) wird den Nationalsozialisten schließlich zum entscheidenden Durchbruch und zur Regierung verhelfen.

DEUTSCHLAND VOLKSENTSCHEID GEGEN YOUNGPLAN SCHEITERT

31. Dezember 1929

Der deutsche Reichshaushalt schließt bei Jahresende mit einem Kassendefizit von 1,7 Milliarden Reichsmark ab. Der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht richtet aus diesem Grunde ein in scharfen Wendungen gehaltenes Memorandum an die Regierung. Seiner Auffassung nach ist die Einhaltung der Zahlungen nach dem Youngplan (vgl. 7. Juni 1929) nicht zu verantworten und führt zu einer internationalen Krise.

DEUTSCHLAND HAUSHALTSDEFIZIT VON 1,7 MILLIARDEN

noch Dezember 1929

Der schwedische Industrielle und Finanzmagnat Ivar Kreuger läßt sich vom deutschen Reichsfinanzminister Hilferding (SPD) das deutsche Staatsmonopol für Zündholzherstellung übertragen und gewährt dafür dem Deutschen Reich eine — für Reparationen und Zinsendienst dringend benötigte — Staatsanleihe in Höhe von 500 Millionen Goldmark. Der nordamerikanische

IVAR KREUGER STAATSANLEIHE AN DEUTSCHLAND

J. P. MORGANS FINANZKRIEG GEGEN KREUGER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Großbankier J. P. Morgan betrachtet diesen Schritt als einen Einbruch in sein eigenes „Monopol" für Staatsanleihen und entfesselt gegen den Kreuger-Konzern einen weltweiten Finanzkrieg ohne Beispiel in der Geschichte, der entscheidend zur Verschärfung der Weltwirtschaftskrise beitragen wird, wenn er diese nicht sogar auslöst (vgl. auch 12. März 1932 und 24. Mai 1932).[34]

noch 1929 (ohne nähere Datierung)

DEUTSCHLAND ERSTE FERNSEHSENDUNGEN

In Berlin werden die ersten Fernsehsendungen ausgestrahlt. Damit beginnt das psychopolitisch wirksamste aller Massenmedien seine Ausbreitung in Europa, dessen katastrophal verhängnisvollen Einfluß auf Lebensstil, Mentalität und Gesundheit breitester Bevölkerungsschichten man zu diesem Zeitpunkt, berauscht vom technischen Fortschritt, nicht voraussehen kann.

BERLINER RINGVEREINE GESELLSCHAFTSFÄHIG

Im Zeichen der sogenannten „goldenen zwanziger Jahre" wächst die Zahl der Berliner „Ringvereine", der gewerkschaftsähnlich aufgezogenen Fachvereinigungen des Berufsverbrechertums, die im Vereinsregister eingetragen sind (vgl. auch 1. Dezember 1927), auf etwa 1600 an. Der Feuilletonchef des Berliner Tagblatts, Hildenbrandt, läßt sich von einem dieser Vereine zum Jahresfest einladen, schreibt darüber und betont die Gesellschaftsfähigkeit seiner Gastgeber. Der Vergleich zu den Schlußabsätzen von Joachim Fernaus Cäsar läßt grüßen drängt sich auf (vgl. auch 10. Dezember 1929).[35]

DEUTSCHLAND KIRCHE NIEDERLAGE „STRAFE GOTTES"

In Deutschland schreibt Gerhard Jacobi in seinem Tagebuch eines Großstadtpfarrers u. a.: „Man will nicht besiegt sein, will sich nicht beugen unter Gottes Geißel". Auch die Niederlage im Ersten Weltkrieg wird also bereits als eine Strafe Gottes dargestellt, die These einer Kollektivschuld mithin vorweggenommen.[36]

GROSSBRITANNIEN RHODESIEN NJASSALAND

Im Rahmen der britischen Kolonialpolitik greift die Hilton-Young-Kommission einen Plan der British South Africa Company aus der Zeit vor 1923 wieder auf, das inzwischen zur Kronkolonie gewordene Südrhodesien, das Protektorat Nordrhodesien sowie Njassaland zu einer einheitlich verwalteten Kolonie zusammenzufassen. Doch macht die unterschiedliche Eingeborenenpolitik in den drei Territorien einen solchen Schritt vorerst noch undurchführbar.

NIEDERLÄNDISCH-INDIEN

Im bedeutendsten Teil des holländischen Kolonialbesitzes Niederländisch-Indien wird die Zahl der eingeborenen Abgeordneten des 1916 geschaffenen Volksrates (in Batavia auf Java) von 30

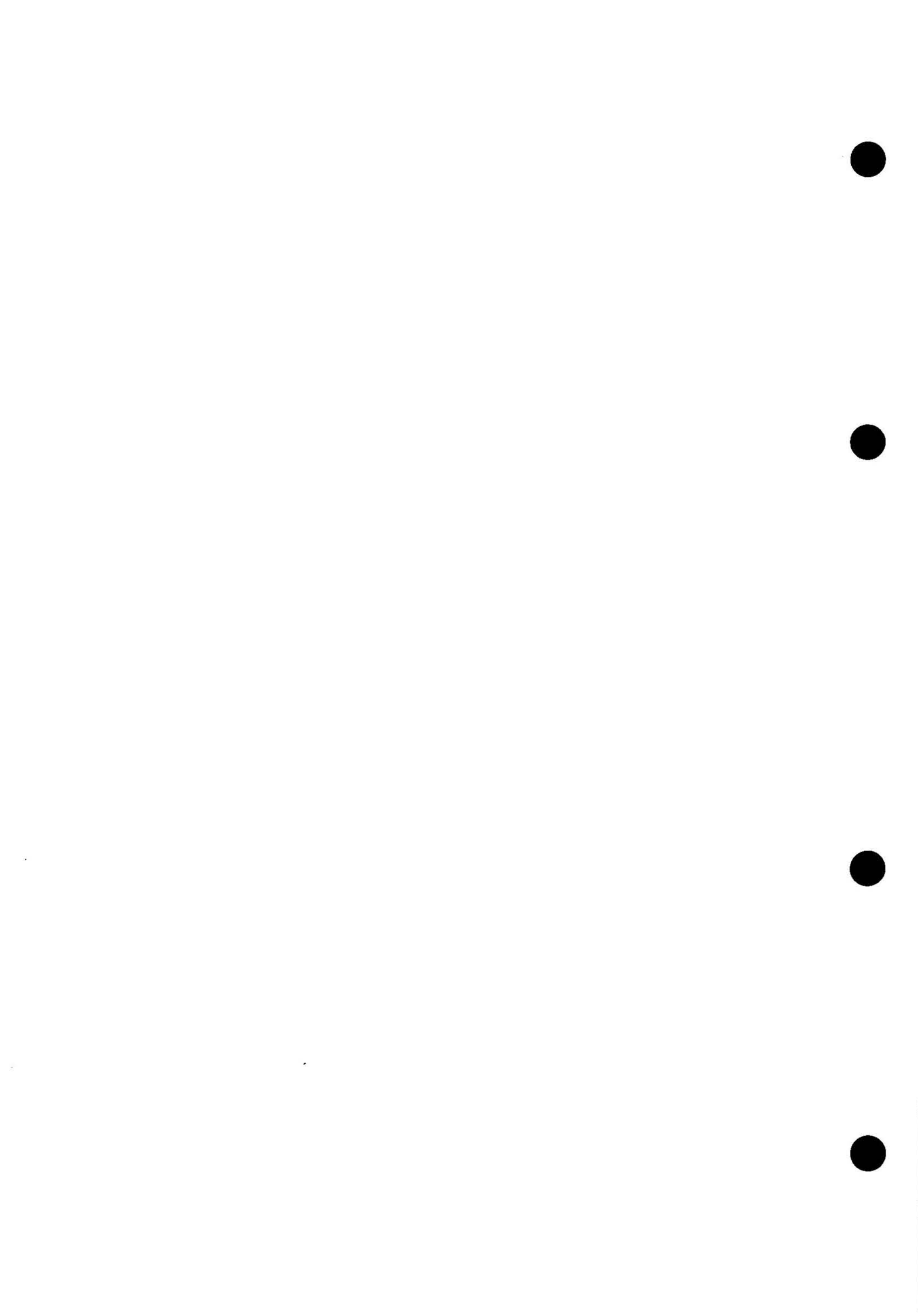
auf 60 erhöht, die Möglichkeit der einheimischen Bevölkerung zur Mitsprache in der Legislative also faktisch verdoppelt. Damit erhält die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Indonesier einen neuen kräftigen Impuls.

EINGEBORENE ABGEORDNETE IM VOLKSRAT

Der Flüchtlingskommissar des Völkerbundes, Fridtjof Nansen, dessen Werk den einzigen Sektor der Völkerbundstätigkeit bildet, auf dem echte Erfolge zu verzeichnen sind, unternimmt eine Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Reise gilt sowohl einer erneuten Hilfsaktion für die Ansiedlung der überlebenden armenischen Flüchtlinge in der UdSSR (Eriwan), als auch der Vorbereitung der Nordpolexpedition des Luftschiffes „Graf Zeppelin", der sich der Polarforscher Nansen mit ganzer Hingabe und großer Vitalität widmet, die er aber nicht mehr erleben wird.[37]

NANSEN IN DEN USA FÜR ARMENIEN-FLÜCHTLINGE IN ERIWAN

NORDPOL-FAHRT „GRAF ZEPPELIN"



1930

1. Januar 1930

In Lahore/Indien tagt der Indische Nationalkongreß unter Vorsitz von Pandit Jawaharlal Nehru (Sohn Motilal Nehrus und Vater Indira Gandhis). Zahlreiche Teilnehmer des Kongresses fordern — über das vom britischen Vizekönig in Aussicht gestellte Zugeständnis des Dominionstatus hinaus (vgl. noch November 1929) — die volle Unabhängigkeit und Lösung vom Britischen Empire. Nur eine Minderheit will sich noch mit dem Dominionstatus begnügen.

INDISCHER NATIONAL-KONGRESS IN LAHORE NEHRU MEHRHEIT FÜR VOLLE UNABHÄNGIGKEIT

3.—20. Januar 1930

In Den Haag beschäftigt sich eine zweite Konferenz (über die erste vgl. 6.—31. August 1929) mit der Durchführung des Youngplanes (vgl. 7. Juni 1929). An der Konferenz nehmen Vertreter Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Italiens, Japans, Jugoslawiens, Polens, Portugals, Rumäniens und der Tschechoslowakei teil. Die deutsche Delegation wird von dem neuen Außenminister Dr. Curtius geführt. Man einigt sich schließlich auf die Haager Schlußakte, in der die deutsche Reichsregierung nochmals die „feierliche Verpflichtung" übernimmt, die im Youngplan vorgesehenen Jahresraten tatsächlich zu bezahlen, und nur dann eine Moratoriumserklärung abzugeben, wenn das Wirtschaftsleben ernstlich in Gefahr ist (Art. 8). Das ist es zu diesem Zeitpunkt schon lange und die Einstellung der Zahlungen nur noch eine Frage von Monaten (vgl. 20. Juni 1931). Dem österreichischen Bundeskanzler J. Schober gelingt es in dieser Konferenz mit Unterstützung Italiens durchzusetzen, daß Österreich fast gänzlich von Reparationsverpflichtungen befreit wird. Ungarn dagegen hat bis 1944 jährlich 10,5 Millionen Goldkronen zu zahlen, bis 1966 jährlich 13,5 Millionen.[1]

ZWEITE HAAGER KONFERENZ ÜBER DURCHFÜHRUNG DES YOUNGPLANS HAAGER SCHLUSSAKTE DEUTSCHLAND VERPFLICHTET SICH ZUR ZAHLUNG ÖSTERREICH VON REPARATIONEN BEFREIT UNGARN

28. Januar 1930

In Spanien tritt der Ministerpräsident (seit Dezember 1925, davor seit 13. September 1923, vgl. dort, Militärdiktator) General Miguel Primo de Rivera y Oraneja, der Vater des Begründers der Falange, José Antonio Primo de Rivera, zurück. Der Anlaß ist einerseits Krankheit, andererseits die zunehmende Neigung des Königs Alfons XIII., der „liberalen", in Wirklichkeit prämarxistischen Opposition nachzugeben. Primo de Rivera (sen.) geht ins Exil nach Paris, wo er bereits am 16. März sterben wird. Sein Nachfolger als spanischer Ministerpräsident wird General Dámaso Berenguer y Fusté, dessen Regierung mit Amnestien und

SPANIEN RÜCKTRITT PRIMO DE RIVERAS NACHFOLGER BERENGUER Y FUSTÉ

Zugeständnissen an die „liberale" Opposition eine Entwicklung einleitet, die schon im folgenden Jahre zur Abreise des Königs und zum blutigen marxistischen Terror führen wird (vgl. 14. Februar 1931, 12. und 14. April 1931, 28. Juni 1931).

4. Februar 1930

DEUTSCHLAND F. W. FÖRSTER LIGA FÜR MENSCHENRECHTE FRANZÖSISCHES UND AMERIKANISCHES (CARNEGIESTIFTUNG) GELD FÜR HETZE GEGEN DIE REICHSWEHR

Der Bayrische Kurier (Nr. 35) veröffentlicht eine Erklärung Prof. Friedrich Wilhelm Försters. Darin gibt Förster zu, 50 000 französische Franc „von einem französischen Pazifisten an ein Vorstandsmitglied der deutschen Liga für Menschenrechte . . . für eine ganz bestimmte Aktion, die im Interesse der deutsch-französischen Verständigung lag", gegeben zu haben. In welchem Sinne und mit welchen Zielvorstellungen die Liga für Menschenrechte zu dieser Zeit für eine „deutsch-französische Verständigung" eintritt, bzw. was sie darunter versteht, läßt sich der gleichen Erklärung Försters entnehmen, daß es ihm gelungen sei, „von der Carnegiestiftung [USA-Stahlindustrie] einige Jahre lang die nötigen Fonds für die Friedenspropaganda in Deutschland [heißt: Pressepolemik gegen die Reichswehr] zu erhalten." (Vgl. auch 12. Februar 1925.)[2]

6. Februar 1930

ITALIEN ÖSTERREICH FREUNDSCHAFTSVERTRAG HEIMWEHREN

Italien und Österreich unterzeichnen einen Freundschaftsvertrag. Die faschistische Regierung Mussolinis in Rom beginnt, Österreich zur italienischen Interessensphäre zu zählen. Dementsprechend breiten sich im innenpolitischen Leben Österreichs dem italienischen Faschismus verwandte Bestrebungen aus, die anderthalb Jahre später, im Heimwehrputsch in der Steiermark erstmals deutlicher erkennbar werden.

7. Februar 1930

VATIKAN PACELLI VON PIUS XI. ZUM KARDINALSTAATSSEKRETÄR BERUFEN

Papst Pius XI. schreibt an Kardinal Pacelli (vgl. 16. Dezember 1929), den bisherigen päpstlichen Nuntius in Berlin, seit dem 12. Dezember 1929 wieder in Rom: „Nachdem Wir heute nicht ohne Betrübnis dem inständigen Wunsche des Kardinals Pietro Gasparri stattgegeben und seinen Rücktritt als Kardinalstaatssekretär angenommen haben, sind Wir vor dem Herrn zu dem Entschluß gekommen, daß Wir Dich mit diesem Unserem Schreiben berufen, ihm in dieses wichtige, schwierige Amt nachzufolgen, und daß Wir Dir diesen schweren und anspruchsvollen Posten anvertrauen."[3]

12. Februar 1930

USA

Die New York Times meldet, daß die USA begonnen haben, sich von der ersten Phase der Wirtschaftskrise zu erholen. Die Index-

zahlen zu diesem Zeitpunkt bestätigen diese Darstellung. Die Aufwärtsentwicklung, die das Jahr 1930 hindurch anhalten wird, ist auf die zielbewußten Maßnahmen des Präsidenten Herbert Clark Hoover zurückzuführen, der vor seiner Präsidentschaft acht Jahre lang Handelsminister der USA war. Gerade ihm aber gilt der Angriff der sogenannten „liberalen" Kreise in der Demokratischen Partei und im Bankenviertel von New York. So werden weitere Wellen der Wirtschaftskrise ausgelöst, die am Ende eine Wiederwahl Hoovers nach seiner ersten Amtszeit verhindern sollen und werden.[4]

ERSTE PHASE DER WIRTSCHAFTSKRISE ÜBERWUNDEN ANGRIFFE AUF PRÄSIDENT HOOVER

23. Februar 1930

In Berlin stirbt Horst Wessel, Führer einer der nationalsozialistischen Sturmabteilungen (Sturm 5) an den Verletzungen, die ihm bei einem Überfall in seiner eigenen Wohnung von Ali Höhler, einem rückfälligen Gewohnheitsverbrecher im Dienste der Kommunistischen Partei Deutschlands, am 14. Januar beigebracht wurden. Horst Wessel wird mit einem Kampflied, das er gedichtet hat („Die Fahne hoch . . .") zur Symbolgestalt der gesamten nationalsozialistischen Bewegung.[5]

DEUTSCHLAND NATIONALSOZIALISMUS TOD HORST WESSELS

noch Februar 1930

In Juichin, Provinz Kiangsi/Südchina, wird formell die erste Provinz-Sowjetregierung unter Vorsitz Mao Tse-tungs gegründet (vgl. noch Januar 1929 und 29. März 1930). Gleichzeitig ist Mao politischer Kommissar des Ersten Armeekorps, das aus drei Roten Armeen unter dem Oberbefehl Tschu Tehs besteht. Maos persönlicher Besitz zu dieser Zeit besteht aus zwei Baumwolldecken, einem Leinentuch, zwei einfachen Uniformen, einem Pullover, einem geflickten Schirm, einem Emaillenapf und einer Aktentasche. Auf dem Marsch pflegt er Schirm und Aktentasche selbst zu tragen.[6]

CHINA PROVINZ KIANGSI ERSTE SOWJETREGIERUNG MAO TSE-TUNGS

Norwegen erkennt den Anspruch Kanadas auf die Sverdrup-Inseln im Nördlichen Eismeer an. Das gesamte Eismeergebiet zwischen dem 70. und 170. Längengrad (westl. Gr.) ist nunmehr in kanadischem Besitz. Kanadas Bevölkerung überschreitet zur selben Zeit die Zehnmillionengrenze. Das Land, das schon seit 1923 eine eigene Wirtschafts- und Außenpolitik, unabhängig von Großbritannien betreibt (vgl. auch 19. Oktober bis 18. November 1926), setzt nunmehr gegenüber den USA einen Zolltarif fest, der die eigene kanadische Produktion gegen die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten schützen soll. Es wird diese Zölle im folgenden Jahr noch erhöhen.

NORWEGEN KANADA SVERDRUP-INSELN KANADISCHER ZOLLTARIF GEGENÜBER DEN USA

noch Februar 1930

DEUTSCHLAND JUGEND-BEWEGUNG 2. PHASE FREISCHAR TOD ERNST BUSKES

Mit dem frühen Tode Ernst Buskes (geb. 1894 in Pommern) verliert die Deutsche Jugendbewegung (zweite Phase, Freischar) einen ihrer profiliertesten und politisch wirksamsten Führer, vielleicht die stärkste und ausgewogenste Persönlichkeit, die sie überhaupt hervorgebracht hat. Die starke volkskulturelle Auswirkung eines Georg Götsch etwa wird erst in dem jugendpolitischen Raume möglich, den Buske freigekämpft hat. Auch die dritte Phase der Jugendbewegung, die Jungenschaft (vgl. tusk, 1. November 1929) ist ohne das vorherige Wirken Buskes nicht denkbar.[7]

7. März 1930

DEUTSCHE REICHSBANK RÜCKTRITT SCHACHTS UND HILFERDINGS LUTHER

In Deutschland tritt der Präsident der Reichsbank Hjalmar Schacht aufgrund der in seinen Augen unverantwortlichen Zahlungsverpflichtungen der Reichsregierung in Den Haag (vgl. 3.—20. Januar 1930) zurück. Sein Schritt zieht auch den Rücktritt des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Hilferding nach sich, womit die Regierungskoalition zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei ins Wanken gerät. Schachts Nachfolger wird der ehemalige Reichskanzler Dr. Luther.[8]

13. März 1930

DEUTSCHER REICHSTAG RATIFIZIERT YOUNGPLAN

Der deutsche Reichstag beschließt nach leidenschaftlichen Debatten mit 265 gegen 192 Stimmen die Ratifikation des Youngplanes (vgl. 7. Juni 1929, 3.—20. Januar 1930), dessen Undurchführbarkeit zu diesem Zeitpunkt bereits klar auf der Hand liegt (siehe oben, 7. März).[9]

15. März 1930

UDSSR ZK KOLLEKTIV-WIRTSCHAFT ANDAUERNDE HUNGERSNOT „FREIWILLIG-KEIT"

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion faßt einen (von Stalin vorbereiteten) Beschluß „über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung". Wer die Parteilinie hinsichtlich der Kollektivierung der Landwirtschaft „verzerrt" haben soll, geht aus der Resolution nicht hervor. Tatsächlich zwingen die Fehlerträge der Landwirtschaft, d. h. die weit verbreitete Hungersnot dazu, das Tempo der Kollektivierung zu drosseln und in der Agitation die Zwangskollektivierung als eine „freiwillige" darzustellen. Demnach sind offenbar die Millionen von Bauern, die bei der Durchpeitschung der Zwangskollektivierung umgebracht wurden (um Rußland gewaltsam dem Marxschen Modell eines zur Sozialisierung reifen Staates anzupassen), „freiwillig" aus dem Leben geschieden.

27. März 1930

Die deutsche Reichsregierung Müller sieht sich zum Rücktritt gezwungen, nachdem bereits der Finanzminister zurückgetreten war (vgl. 7. März 1930) und über die Frage einer unvermeidlich gewordenen Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (über 4 Millionen Arbeitslose) keine Einigung zwischen den Kabinettsmitgliedern der SPD und der DVP mehr erzielt werden konnte. Nicht zuletzt auf Betreiben des Generals von Schleicher im Ministeramt der Heeresleitung beauftragt der Reichspräsident von Hindenburg zwei Tage darauf Heinrich Brüning (Zentrum) mit der Regierungsbildung. Sein Kabinett vereint Zentrum, Deutsche Volkspartei und Volkskonservative (abgesplittert von den Deutschnationalen) ohne Sozialdemokraten.[10]

DEUTSCHLAND RÜCKTRITT DER REGIERUNG MÜLLER NACHFOLGER BRÜNING

29. März 1930

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der offiziellen Moskauhörigen chinesischen KP, Li Li-san, führt in der amtlichen Parteizeitung „Rote Flagge" (Nr. 88) Beschwerde darüber, daß „die Streitkräfte der Bauernschaft, besonders in der [chinesischen] Roten Armee, die der Arbeiter weit überflügelt haben. Dies ist eine Abweichung, in der sich der mangelnde Glaube an die Kraft der Arbeiterklasse ausdrückt . . .". In Moskau wird am 28. April 1930 die Prawda in genau gleichem Sinne schreiben. Das alles richtet sich gegen Mao Tse-tung.[11]

CHINA KP LI LI-SAN MAOS BAUERNARMEE „ABWEICHUNG"

noch März 1930

Die Zeitschrift „Sozialistitscheskij Westnik" veröffentlicht einen Bericht ihres Moskauer Korrespondenten, in dem es heißt: „Die Bauern sterben zu Tausenden. Aus Kreisen der Sowjetfunktionäre wird berichtet, Stalin habe bei verschiedenen Gelegenheiten die zynische Ansicht geäußert, daß es in der Sowjetunion zu viele Bauern gebe. Das sind seine Worte: ‚Die Revolution braucht Opfer; selbst wenn die Errungenschaft einer vollständigen Sozialisierung des Landes das Leben von zwanzig Millionen Bauern fordern sollte, würden wir nicht zögern.'"[12]

UDSSR DAS GROSSE BAUERNSTERBEN STALIN: „DIE REVOLUTION BRAUCHT OPFER"

2. April 1930

Der äthiopische König (Negus) Ras Tafari Makonnen (vgl. 7. Oktober 1928), der bereits als Regent des Landes am 28. September 1923 (vgl. dort) die Aufnahme Äthiopiens in den Völkerbund erreichte, wird nach dem Tode der Kaiserin Woisero Zudito (Judith), Tochter Kaiser Meneliks II., deren Nachfolger und Kaiser (Negus Negesti, König der Könige) und nimmt als solcher den Namen Haile Selassie I. an.[13]

ÄTHIOPIEN KAISER HAILE SELASSI

6. April 1930

INDIEN GANDHI DEMONSTRATION DER SALZGEWINNUNG VERHAFTUNGSWELLE

Im Rahmen eines „Feldzuges der Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams“, der sich gegen die britische Kolonialherrschaft in Indien richtet, organisiert Mahatma Gandhi einen Demonstrationsmarsch der Massen zur Meeresküste, wo durch eigenhändige Salzgewinnung aus dem Seewasser das Salzmonopol der britischen Verwaltung durchbrochen werden soll. Die Folgen sind eine erneute Verhaftungswelle gegen die indischen Nationalisten und blutige Zusammenstöße. Zehntausende werden in die Gefängnisse geworfen. Die Unabhängigkeitsbewegung erfaßt in den folgenden Wochen auch den mohammedanischen Teil der Bevölkerung.

9. April 1930

LETTLAND KVIESIS STAATSPRÄSIDENT

In Lettland wird der Führer des lettischen Bauernverbandes, Albert Kviesis, zum Staatspräsidenten gewählt. — In dem Maße, in dem sich das lettische Volk von der russischen Herrschaft erholt, wächst sein Nationalbewußtsein und richtet sich gegen die deutsche Minderheit (vgl. noch September 1931).

17. April 1930

DEUTSCHLAND ERSTE NOTVERORDNUNG BRÜNINGS SPARPROGRAMM

Der neue deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning, der sich von Anfang an auf keine Mehrheit im Reichstag stützen kann, erläßt seine erste Notverordnung, zu der ihn der Reichspräsident aufgrund Artikel 48 der Verfassung mit dem Ziel der „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ ermächtigt. Diese Notverordnung beginnt die Sanierung des Reichshaushalts mit einer Kürzung der Beamtengehälter und bringt damit die Masse der Staatsdiener gegen den Staat auf. Gleichzeitig werden mit einem umfangreichen Sparprogramm die Reichsausgaben empfindlich gekürzt. Auch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, über die die Regierung Müller gestürzt war, wird nun auf dem Notverordnungswege erzwungen.[14]

22. April 1930

LONDONER FLOTTENKONFERENZ FÜNFMÄCHTEVERTRAG: VERZICHT AUF SCHLACHTSCHIFFE

Nachdem die Londoner Flottenkonferenz unter Beteiligung Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und der USA ein Vierteljahr lang getagt hat (seit dem 21. Januar), erschwert durch französisch-italienische Streitigkeiten über die Tonnage im Mittelmeer, werden zwei Verträge unterzeichnet: 1. ein Fünfmächtevertrag unter allen Konferenzteilnehmern, in dem man — entgegen den japanischen Vorstellungen — auf den Bau neuer Schlachtschiffe bis zum Jahre 1936 verzichtet und den U-Bootbau Beschränkungen unterwirft; 2. ein Dreimächtevertrag zwischen

Großbritannien, Japan und den USA, der für den Bau von Kreuzern, Zerstörern und U-Booten — nach Typen gegliedert — Gesamttonnage sowie Tonnage und Geschützkaliber der einzelnen Schiffseinheiten festsetzt. Japan erhält dabei volle Parität. Zusätzliche Rüstungen werden vorgesehen, wenn eine Macht, die nicht Vertragspartner ist, durch bedeutende Seerüstung das Gleichgewicht stört. In Japan wird das Scheitern der japanischen Vorschläge zum Schlachtschiffbau als nationale Demütigung empfunden und löst eine intensive Propagandatätigkeit von seiten der militärischen Führung im Volke aus.[15]

DREIMÄCHTE-VERTRAG: TONNAGE-BEGRENZUNG UNZUFRIEDENHEIT IN JAPAN

noch April 1930

In London beginnt auf Betreiben König Fuads I. von Ägypten und seiner „Unionisten"-Partei eine britisch-ägyptische Konferenz, in der von ägyptischer Seite die volle Unabhängigkeit von Großbritannien angestrebt wird. Doch ist England noch zu keinen größeren Zugeständnissen bereit, und so wird die Konferenz bereits im Mai ergebnislos abgebrochen werden.

GROSSBRITANNIEN ÄGYPTEN KONFERENZ IN LONDON

In Moskau verabschiedet Stalin die ersten Absolventen der Industrieakademie und nennt sie „die neue bolschewistische Führertruppe für unsere sozialistische Industrie". Die Schule bildet das technische und wirtschaftliche Topmanagment heran. Zu dieser Zeit beginnt dort auch Nikita Chruschtschow seine Studien, die er allerdings nicht zum Abschluß bringen wird, während Lazar M. Kaganowitsch Sekretär des Moskauer Parteikomitees und bereits damals einer der einflußreichsten Männer im Politbüro wird, Wortführer derjenigen, die — ganz im Sinne Stalins — auf rücksichtslosem Vorgehen gegen die Bauern bestehen.[16]

UDSSR INDUSTRIE-AKADEMIE MOSKAU KAGANOWITSCH

13. Mai 1930

In seinem Anwesen Polhögda in Norwegen stirbt Fridtjof Nansen, Kommissar des Völkerbundes für das internationale Flüchtlingswesen, Polarforscher, Meeresforscher, Diplomat und begnadeter Schriftsteller und Redner, eine ungewöhnlich starke Persönlichkeit von menschlich, wissenschaftlich und politisch gleich überragender Größe. Mit ihm stirbt einer der letzten Vertreter der weißen Rasse, vor denen die Angehörigen anderer Rassen weltweit noch ungeteilte Hochachtung, zu denen sie noch volles Vertrauen zu empfinden vermögen. Indem sich Nansen dem Völkerbund unter vollem Einsatz seiner Person zur Verfügung stellte, obgleich ihm dieser wiederholt in entscheidenden Situationen die Unterstützung versagte, gewann er dieser von ihrer Entstehung her fragwürdigen Institution durch die Erfolge *seiner*

TOD FRIDTJOF NANSENS

aufopfernden Tätigkeit in den zwanziger Jahren ein gewisses Ansehen. Mit dem Tode Fridtjof Nansens und einiger weniger anderer, wie etwa Albert Schweitzers, erlischt die Anerkennung des Führungsanspruches des „weißen Mannes“ und der von ihm gesetzten globalen Ordnung.[17]

17. Mai 1930

GROSSBRITANNIEN LEHNT BRIANDS PANEUROPAPLAN AB

Ein den im Völkerbund vertretenen Staaten vom französischen Außenminister Briand vorgelegtes Paneuropaprojekt, ein „Memorandum über die Organisation eines Systems eines europäischen Staatenbundes“, stößt auf den Widerspruch Großbritanniens und hat — insbesondere auch angesichts der Weltwirtschaftskrise — keine Aussicht auf Verwirklichung.

noch Mai 1930

UDSSR TURKESTANISCH-SIBIRISCHE EISENBAHN

In Sowjetrußland wird die turkestanisch-sibirische Eisenbahnlinie (Turksib) fertiggestellt und in Betrieb genommen. Diese neue Verkehrs- und Transportader ermöglicht erst die Erschließung eines Riesengebietes, in dem ein intensiver Getreide- und Baumwollanbau entwickelt werden kann. Doch legt die Sowjetregierung das Schwergewicht auf die Entwicklung der Industrie (vgl. 4. Februar 1931, versehentlich hinter 16. Februar 1931).

6. Juni 1930

RUMÄNIEN KÖNIG CAROL II.

Der ehemalige rumänische Kronprinz Carol, der aufgrund seiner kompromittierenden Ehe mit Madame Lupescu auf die Thronfolge verzichtet und Rumänien verlassen hat (vgl. 20. Juli 1927), kehrt aus Paris zurück und wird von der Nationalversammlung als Carol II. zum König von Rumänien ausgerufen. Die Maßstäbe für das, was für den König standesgemäß ist, haben sich in Rumänien offenbar inzwischen geändert. Den Ministerpräsidenten Juliu Maniu aus Siebenbürgen (vgl. 9. November 1928), der Carol zur Rückkehr und zum Throne verholfen hat, stellt dieser alsbald kalt und nimmt die Regierung selbst in die Hand.

30. Juni 1930

DEUTSCHLAND RÄUMUNG DES RHEINLANDES FRANZÖSISCHE ZEITUNGEN MIT TRAUERRAND

Nach zwölfjähriger Besatzungszeit wird die 2. und 3. Räumungszone des aufgrund des Versailler Vertrages besetzten Rheinlandes von den Truppen der Alliierten verlassen, wie in der ersten Haager Konferenz (vgl. 6.—31. August 1929) vereinbart wurde. Die Verpflichtung deutscherseits, dieses Gebiet ohne militärischen Schutz zu lassen, bleibt weiterhin bestehen. Außerdem bleibt das Saargebiet noch für fünf weitere Jahre unter französischer Ver-

waltung. Französische Zeitungen erscheinen am 30. Juni mit breitem Trauerrand um die Titelseite.[18]

Großbritannien löst seine Mandatsverwaltung im Irak (vgl. 10. Oktober 1922) im Vertrag von Bagdad am selben Tage durch ein Bündnisabkommen ab, das dem Irak den formalen Status eines souveränen Staates zugesteht, behält sich aber außenpolitisch eine Vorzugsstellung vor und sichert sich — außer zwei ständig besetzten Luftwaffenstützpunkten — für den Kriegsfall gesonderte Rechte.

GROSSBRITANNIEN IRAK VERTRAG VON BAGDAD

16. Juli 1930

Nachdem am 8. Juli der deutsche Reichstag einem Antrag der Sozialdemokraten mit Mehrheit zugestimmt hat, die Notverordnung (vgl. 17. April 1930) aufzuheben, löst Reichskanzler Brüning mit Einwilligung des Reichspräsidenten (und mit vollem Einverständnis des Generalmajors von Schleicher im Ministeramt der Heeresleitung) den Reichstag auf. Neuwahlen werden auf den 14. September angesetzt.[19]

DEUTSCHLAND BRÜNING LÖST DEN REICHSTAG AUF

21. Juli 1930

In der Sowjetunion wird der Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, abgesetzt. An seine Stelle tritt Maksim Wallach, alias Finkelstein, alias Litwinow, geb. am 17. Juli 1876 in Bialystok. Er wird das Amt bis zum Mai 1939 behalten und insbesondere das Völkerbundsplenum in Genf zeitweise zum Instrument sowjetimperialistischer Außenpolitik zu machen versuchen.[20]

UDSSR ABSETZUNG TSCHITSCHERINS FINKELSTEIN-LITWINOW

noch Juli 1930

In Portugal wird unter dem dominierenden Einfluß des Finanzministers António de Oliveira Salazar die Staats- bzw. Regierungspartei der Nationalen Union gegründet. Sie ist (und bleibt) seit Auflösung des Parlaments und Aufhebung der Verfassung durch da Costa (vgl. 28. Mai 1926) die einzig zugelassene Partei und lehnt sich in Aufbau sowie Zielsetzung („Estado novo") an die italienischen fasces an.

PORTUGAL NATIONALE UNION REGIERUNGSPARTEI

18. August 1930

In der Dominikanischen Republik (auf der Insel Haiti, östlich Kuba) bringt sich der bis 1924 von den US-Besatzungsbehörden maßgeblich geförderte Oberkommandierende der dominikanischen Armee, Rafael Leónida Trujillo y Molina, durch eine Revolte an die Präsidentschaft. Er entspricht weitgehend dem Typ der von Max Dauthendey in seinem Roman (1911) geschilderten

DOMINIKANISCHE REPUBLIK TRUJILLO DIKTATOR

„Raubmenschen", schwingt sich sogleich zum Diktator auf, versteht sich bis 1952 an der Macht zu halten (mit einer vierjährigen Pause von 1938 bis 1942) und errichtet eine Familiendynastie mit erblicher „Thronfolge".

25. August 1930

POLEN PILSUDSKI WIEDER MINISTERPRÄSIDENT VERHAFTUNG DER OPPOSITIONSFÜHRER

In Polen übernimmt Marschall Josef Pilsudski erneut (für drei Monate) als Ministerpräsident die Regierungsführung. Nachdem es schon 1929 zu einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen ihm und dem polnischen Reichstag, dem Sejm, gekommen ist, läßt er auch jetzt wieder, wie schon 1927 (vgl. 28. November 1927) die Führer der Opposition gefangensetzen. Die Aktion wird am 10. September 1930 stattfinden, von Walery Slawek geleitet. Ein Aufstand der Ukrainer in Ostgalizien wird mit rücksichtsloser Gewalt unterdrückt. An Menschenverachtung — auch gegenüber dem polnischen Volk — steht Pilsudski Stalin in nichts nach.[21]

6. September 1930

ARGENTINIEN STURZ IRIGOYENS NACHFOLGER URIBURU

Der erst 1928 wiedergewählte argentinische Staatspräsident Hipólito Irigoyen wird durch eine der typischen — für ganz Lateinamerika typischen — Revolten gestürzt. Ihm wird zum Vorwurf gemacht, daß es ihm nicht gelungen ist, die Weltwirtschaftskrise von Argentinien fernzuhalten — bei der engen Abhängigkeit der argentinischen von der britischen und nordamerikanischen Wirtschaft ein Ding der Unmöglichkeit. In Wirklichkeit zeigt sich in den niemals abreißenden Putschen, Revolten, Präsidenten- oder Diktatorenstürzen die Unfähigkeit der lateinamerikanischen Mischbevölkerung, einen Staat zu tragen. — Irigoyens Nachfolger heißen José F. Uriburu (für zwei Jahre), Augustin Justo und Roberto M. Ortiz (für jeweils sechs Jahre).

9. September 1930

USA EINWANDERUNGSGESETZ

In den USA setzt Herbert Clark Hoover ein schon unter seinem Vorgänger beschlossenes Gesetz in Kraft, das angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Einwanderung in die Vereinigten Staaten wirksam unterbindet. Geringfügige Ausnahmen werden nur bei Touristen, Studenten und Akademikern gemacht. Während der Dauer der Präsidentschaft Hoovers übersteigt die Abwanderung von den USA die Einwanderung um ein Vielfaches.[22]

14. September 1930

DEUTSCHLAND

Die Neuwahlen für den Deutschen Reichstag ergeben ein außergewöhnliches Anwachsen der extremen Rechten und Linken auf

Kosten der bürgerlichen Mitte. Die Kommunisten erhalten 77 Parlamentssitze, die der Nationalsozialisten verzehnfachen sich nahezu von 12 auf 107. Die Regierung bleibt davon unberührt. Sie war ohnehin von Anfang an eine Minderheitenregierung, erfährt aber künftig eine stillschweigende Duldung von seiten der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, die beide eine Regierung der Kommunisten oder der Nationalsozialisten um jeden Preis verhindert sehen möchten.[23]

REICHTAGS-WAHLEN KOMMUNISTEN 77, NATIONAL-SOZIALISTEN 107 SITZE

20. September 1930

Vor dem deutschen Reichsgericht in Leipzig beginnt der Prozeß gegen die drei Reichswehroffiziere Leutnant Scheringer, Leutnant Ludin und Oberleutnant Wend wegen nationalsozialistischer Zellenbildung in der Reichswehr. Als Zeuge der Verteidigung wird auch Hitler vorgeladen und spricht zur Entlastung der drei Angeklagten. Am 7. Oktober werden Festungsstrafen von jeweils anderthalb Jahren verhängt. Anwesend ist auch Rudolf Rössler, der zwölf Jahre später Spionagemeldungen unmittelbar aus dem deutschen Oberkommando der Wehrmacht von der Schweiz aus an Moskau weiterleiten wird.[24]

DEUTSCHLAND REICHSGERICHT PROZESS GEGEN SCHERINGER, LUDIN UND WEND

2. Oktober 1930

Nachdem in Finnland unter dem Einfluß der wachsenden antikommunistischen Bauernbewegung, der Lappobewegung, Pehr Evind Svinhufvud eine neue Regierung gebildet und nach einem Demonstrationsmarsch von etwa 12 000 Bauern nach Helsingfors den finnischen Reichstag aufgelöst hat, finden Wahlen statt, die der Regierung eine Zweidrittelmehrheit einbringen. Verlierer sind die Sozialisten. Kommunisten können an der Wahl nicht teilnehmen.

FINNLAND LAPPO-BEWEGUNG WAHLSIEG DER REGIERUNG SVINHUFVUD

6. Oktober 1930

Der von König Carol II. von der Regierung ausgeschaltete rumänische Ministerpräsident Juliu Maniu (vgl. 9. November 1928, 6. Juni 1930) tritt zurück. Damit wird auch nach außen hin sichtbar, daß Carol die Regierung Rumäniens selber führt und an die Stelle einer konstitutionellen de facto wieder eine absolute Monarchie gesetzt hat.

RUMÄNIEN RÜCKTRITT MANIUS SELBSTREGIE-RUNG CAROLS

16. Oktober 1930

Zur Eröffnung des neugewählten deutschen Reichstages (vgl. 14. September 1930) ziehen die 107 nationalsozialistischen Abgeordneten als Letzte geschlossen in den Sitzungssaal ein, geführt

DEUTSCHLAND

TURBULENTE REICHSTAGS-ERÖFFNUNG

von Gregor Strasser und Dr. Josef Goebbels. Reichskanzler Brüning verliest die Regierungserklärung und stellt sich darin vor die Reichswehr, die weiterhin frei von parteipolitischen Einflüssen zu halten sei. Bei der Aussprache äußert sich der politische Haß der Fraktionen gegeneinander und gegen die Regierung in lärmenden Szenen. Brüning rügt in tadelnden Worten u. a. den Abgeordneten von Oldenburg-Januschau, der den Reichswehrminister angegriffen und die nationalsozialistischen Reichswehroffiziere verteidigt hat.[25]

18. Oktober 1930

UDSSR STAATSBANK KALMANO-WITSCH

Der Vorsitzende der sowjetrussischen Staatsbank in Moskau, der Russe Pjatakow, wird abgelöst und durch den Juden Kalmanowitsch ersetzt.[26]

21. Oktober 1930

GROSSBRITANNIEN PALÄSTINA SIMPSON-BERICHT PASSFIELD-WEISSBUCH WEIZMANN: „VERPFLICHTUNG DER MANDATSMACHT GEGENÜBER DEM JÜDISCHEN VOLK“

Die britische Regierung veröffentlicht zur Palästinafrage gleichzeitig den Simpsonbericht und das Passfield-Weißbuch. Sir John Hope Simpson hat seit dem Mai 1930 im Regierungsauftrage mit einer Kommission Palästina bereist, um sich ein Urteil über Besiedelung und Erschließung des Landes sowie Möglichkeiten zu weiterer Einwanderung zu bilden. Sein Bericht fällt negativ aus. Lord Passfield steht der jüdischen Palästinabesiedelung ohnehin ablehnend gegenüber. Sein Weißbuch macht die Arbeit der Jewish Agency praktisch unmöglich. Daher treten Chaim Weizmann, Lord Melchett und Felix Warburg demonstrativ von ihren Ämtern in der Jewish Agency zurück. Die Folge ist ein allgemeiner Angriff sowohl in England als auch in der jüdischen Welt auf das Passfield-Weißbuch, das mit dem Völkerbundsmandat Großbritanniens für Palästina unvereinbar sei. Weizmann erklärt ausdrücklich, die Verpflichtung der Mandatsmacht für Palästina bestehe *nicht* gegenüber der Bevölkerung Palästinas, sondern gegenüber dem gesamten jüdischen Volk, von dem die Juden in Palästina nur eine Vorhut seien. Er wird sich mit dieser Auffassung durchsetzen. Die britische Regierung wird einlenken.[27]

24. Oktober 1930

BRASILIEN VARGAS STAATS-PRÄSIDENT

Für Brasilien wirkt sich die Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll in einem starken Absinken des Rohkaffeepreises aus. Auch hier ist, wie in Argentinien (vgl. 6. September 1930), die Folge ein Aufstand, an dessen Spitze sich Getulio Dornelles Vargas setzt. Zehn Tage später wird er bereits Staatspräsident sein. Mit ihm gewinnt der städtische Mittelstand an Einfluß auf Ko-

sten des bisher vorherrschenden Großgrundbesitzes, und damit setzt eine allgemeine Industrialisierung ein.

25. Oktober 1930

BULGARIEN HEIRAT BORIS III. ANNÄHERUNG AN ITALIEN

Zar Boris III. von Bulgarien heiratet Prinzessin Giovanna aus dem italienischen Königshause Savoyen. Die politische Folge dieser Verbindung ist eine Annäherung Bulgariens an das faschistische Italien, dessen Einflußsphäre in Südosteuropa seit dem Freundschaftsvertrag mit Österreich (vgl. 6. Februar 1930) ohnehin im Wachsen ist.

30. Oktober 1930

GRIECHENLAND TÜRKEI VERTRAG VON ANKARA

Griechenland und die Türkei unterzeichnen in der türkischen Hauptstadt den Vertrag von Ankara. Er beendet alle Differenzen zwischen den beiden Ländern, die aus dem griechisch-türkischen Krieg von 1920—1922 nach dem Frieden von Lausanne (vgl. 24. Juli 1923) und der von Fridtjof Nansen organisierten Massenumsiedlung von über einer Million zweihundertfünfzigtausend griechischen Vertriebenen aus der Türkei nach Griechenland noch verblieben waren (ausgenommen die Zypernfrage). Einige der im Frieden von Lausanne an Griechenland abgetretenen Inseln werden der Türkei zurückgegeben.

noch Oktober 1930

GROSSBRITANNIEN EMPIRE-KONFERENZ SCHEITERT EMANZIPATION DER DOMINIONS

In London beginnt eine neue Empirekonferenz. Sie soll in erster Linie den Lebensmittelimport aus den Dominions ins Mutterland und umgekehrt die britische Warenausfuhr in die Dominions durch ein System von Vorzugszöllen heben. Besonders Lord Beaverbrook und Lord Rothermere sind darum bemüht, auf diesem Wege das British Commonwealth of Nations (vgl. 19. Oktober bis 18. November 1926), das ehemalige Empire, zu einer zollpolitischen Einheit zusammenzuschließen. Doch scheitern die Verhandlungen. Im November muß die Konferenz erfolglos beendet werden. Die einzelnen Dominions sind bereits zu stark in ihre eigenen Wirtschaftsräume verflochten. Der Auflösungsprozeß ist durch den Ersten Weltkrieg eingeleitet worden und wird durch Englands Teilnahme am Zweiten Weltkrieg besiegelt werden.

DEUTSCHLAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

In Kiel wird Klaus Heim, der Führer einer schlewig-holsteinischen Bauernbewegung, die sich zuerst mit Demonstrationen unter schwarzen Fahnen, dann auch mit Gewalt und einigen Bombenanschlägen gegen die zunehmenden Zwangsversteigerungen

BAUERN-BEWEGUNG KLAUS HEIM

verschuldeter Bauernhöfe gewehrt hat, zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. (Durchschnittlich alle drei Stunden wird in Deutschland ein Hof versteigert.)[28]

9. November 1930

ÖSTERREICH WAHLEN ZUM PARLAMENT

In Österreich finden Parlamentswahlen statt, die den Sozialisten 72, den Christlich-Sozialen 66 Sitze einbringen. Die Regierung wird von einer Koalition der Christlich-Sozialen mit der bürgerlichen Mitte gebildet. Das Wahlergebnis hat somit auf die österreichische Regierungspolitik keinen Einfluß.

12. November 1930

INDIEN-KONFERENZ IN LONDON („ROUND TABLE") NATIONAL-KONGRESS LEHNT TEIL-NAHME AB

In London wird eine Indienkonferenz eröffnet (Erste Round-Table-Konferenz), an der jedoch der Indische Nationalkongreß die Teilnahme schon im voraus abgelehnt hat. Die Konferenz arbeitet den Vorschlag zu einem allindischen Bundesstaat unter britischer Oberhoheit aus, der von den britischen Konservativen im Parlament und in der Presse als unannehmbar behandelt wird. Während also die Konservativen in England Indien noch nicht einmal den Dominionstatus zuerkennen wollen, zielt der Indische Nationalkongreß über den Dominionstatus hinaus auf die volle Unabhängigkeit und Lösung von Großbritannien. Die erste Sitzungsperiode der Konferenz wird am 19. Januar 1931 beendet werden, die zweite wird am 7. September 1931 (vgl. dort!) in Anwesenheit von Mahatma Gandhi beginnen.

17. November 1930

POLEN PARLAMENTS-WAHLEN UNTER TERROR RÜCKTRITT PILSUDSKIS SLAWEK

In Polen werden Parlamentswahlen unter terroristischer Einschüchterung der Wählerschaft (vgl. 25. August 1930) durchgeführt, mit entsprechendem Erfolg: der Regierungsblock siegt und gewinnt 247 von 444 Sitzen im Sejm. Trotzdem tritt Pilsudski als Ministerpräsident zurück, teils wegen angegriffener Gesundheit, teils weil er als alter Soldat des politischen Tauziehens überdrüssig ist. Die entscheidende Machtposition im Staate behält er ohnehin bei. Die Armee steht hinter ihm. Nachfolger als Ministerpräsident wird ebenfalls ein Militär, Oberst Walery Slawek (vgl. 25. August 1930).[29]

22. November 1930

UDSSR MIKOJAN AUSSENHAN-DELS-KOMMISSAR

In Moskau wird das Volkskommissariat für Innen- und Außenhandel in zwei selbständige Kommissariate unterteilt. Das Volkskommissariat für Außenhandel übernimmt Anastas Iwanowitsch Mikojan, geb. am 25. November 1895 in Sanain/Armenien. Er wird 1955 erster stellvertretender Ministerpräsident und am 15.

Juli 1964 Staatspräsident der UdSSR werden. Das Volkskommissariat für Versorgung (Innenhandel) übernimmt Rosenholtz.[30]

2. Dezember 1930

USA HOOVERS BOTSCHAFT AN DEN KONGRESS „UNBEGRÜNDETE FURCHT“

In den USA richtet Präsident Herbert C. Hoover an den Kongreß eine Botschaft, die eine ausführliche Übersicht über die wirtschaftliche Lage enthält und feststellt, daß die Brennpunkte der Weltwirtschaftskrise nunmehr außerhalb der Vereinigten Staaten liegen und die Erholung in den USA durch eine unbegründet große Furcht vor den Auswirkungen der ausländischen Krisenherde verzögert wird. Wer in den USA diese „unbegründet hochgradige Furcht“ schürt und zu welchem Zweck, darüber spricht sich der Präsident in seiner Botschaft nicht aus. Vgl. hierzu 12. Februar 1930.[31]

noch Dezember 1930

CHINA TSCHIANG KAI-SCHEK ANGRIFF AUF DIE KOMMUNISTISCHEN GEBIETE JAPAN ZU NEUEN BAHNLINIEN IN DER MANDSCHUREI

Tschiang Kai-schek mobilisiert in den chinesischen Provinzen Hunan, Hopeh und Kiangsi Truppen der National- bzw. Kuomintang-Armee und läßt sie die von der kommunistischen Bauernarmee besetzten Regionen angreifen, muß aber dabei schwere Rückschläge hinnehmen. So wird das XVIII. Korps unter Tschang Huei-tsan von den Roten aufgerieben und das L. Korps in die Flucht geschlagen bzw. „zum beschleunigten Rückzug gezwungen“. Gleichzeitig nimmt die japanische Regierung Stellung zum Bau von neuen Bahnlinien in der Mandschurei, parallel zur Südmandschurischen Eisenbahn, die von General Tschang Tso-lin und seinem Sohn Tschang Hüe-liang, unabhängig von der chinesischen Kuomintangregierung mit Hilfe japanischer Anleihen gewinnbringend gebaut wurden. Die einzige Bedingung Japans ist, daß die unter japanischer Regie betriebene Hauptstrecke durch diese neuen Linien nicht beeinträchtigt wird.[32]

DEUTSCHLAND ÜBER VIER MILLIONEN ARBEITSLOSE BÜRGERKRIEG DER PARTEIMILIZEN

In Deutschland ist die Zahl der Arbeitslosen auf vierundeinehalbe Million angewachsen. Viele von ihnen erhoffen sich eine Besserung der Verhältnisse vom Nationalsozialismus und schließen sich dessen Organisationen an. Gleichzeitig gründen Sozialdemokraten, Freie Gewerkschaften und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gemeinsam die „Eiserne Front“. Mit dem Roten Frontkämpfer-Bund und der „Antifa“ stehen sich nunmehr drei militärisch ausgebildete, politische Bürgerkriegsarmeen gegenüber, mit dem Stahlhelm vier. In den Großstädten kommt es beinahe täglich zu Zusammenstößen und Straßenkämpfen.[33]

noch 1930 (ohne nähere Datierung)

FRANKREICH MAROKKO BERBER GEGEN ARABER

In Marokko fördert die französische Verwaltung die Gebirgsstämme der Berber gegen die arabische Vorherrschaft. Auf französisches Drängen hin erläßt Sultan Muhammed V. ben Jusuf (vgl. 17. November 1927) das sogenannte Berber-Dekret, in dem Urteile lokaler Berbergerichte nach überliefertem Rechtsbrauch als rechtens anerkannt werden, auch wenn sie im Widerspruch zur islamischen Rechtsauffassung stehen.

PERU STURZ LEGUIAS HAYA DE LA TORRE

In Peru findet trotz der außenpolitischen Erfolge des Vorjahres (vgl. 3. Juni 1929) eine Revolution statt. Präsident Augusto Bernardino Leguia (1919 selbst durch einen Staatsstreich Präsident geworden) wird gestürzt. Die 1924 von Victor Raul Haya de la Torre gegründete Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA), gleichzeitig nationalistisch und sozialistisch, gewinnt an Anhang und Einfluß. Die innenpolitischen Gegensätze führen auch nach dem Sturz Leguias zu einer Reihe von Putschen gegen seine Nachfolger.

NEW YORK ROOSEVELT WIEDER GOUVERNEUR KOMMUNISTENFREUNDLICHER BERATERSTAB

Bei den Gouverneurswahlen im Staate New York siegt wiederum Franklin Delano Roosevelt. Er hat inzwischen einen Mitarbeiterstab um sich gesammelt, der ihn zum großen Teil auch später, als Präsidenten, beraten oder wichtige Positionen in der Roosevelt-Administration besetzen wird: Sam Rosenman, Felix Frankfurter, Harry Hopkins (vgl. Anmerkungsteil, 1944 Anm. 1), E. Flynn, Jim Farley, Louis Howe u. a.[34]

B. V. SCHMIDT „KOMA“-FREIES SPIEGELTELESKOP TOMBAUGH E. O. LAWRENCE ZYKLOTRON

Bernhard Voldemar Schmidt erfindet und baut das erste verzerrungsfreie („Koma“-freie) Spiegelteleskop und ermöglicht damit die exakte Beobachtung weitest entfernter astronomischer Lichtquellen, ein entscheidender Beitrag zur Gewinnung eines zutreffenden Weltbildes. Ebenfalls im Jahre 1930 gelingt es Clyde Tombaugh erstmals, den Planeten Pluto zu fotografieren, dessen Existenz bis dahin nur rechnerisch ermittelt wurde. Und Ernest O. Lawrence baut das erste Zyklotron zur Herstellung hoch beschleunigter Teilchen für die Atomkernspaltung.

Anmerkungen

(Quellenhinweise)

1911

1 Paul Herre/Kurt Jagow, Politisches Handwörterbuch, Leipzig 1923, „Elsaß-Lothringen“; Karl Ploetz, Auszug aus der Geschichte, Würzburg 1968 27., 1044 datiert die Verfassung noch in das Jahr 1910; Werner Stein, Kulturfahrplan, Berlin (Herbig) 1946/1964, 1002.

2 Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 27.

3 Paul Herre/Kurt Jagow, Politisches Handwörterbuch, Leipzig 1923, „Freimaurerei“, „Portugal“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1063, 1158 f.

4 Rönnefarth, Konferenzen und Verträge, (Vertrags-Ploetz), Teil II, 3. Band: Neuere Zeit 1492—1914, 2. Auflage, Würzburg 1958, 413 f., 427.

5 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, 40; Russell Grenfell, Bedingungsloser Haß, Preuß. Oldendorf 1972, 23.

6 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 427 ff.

7 Emrys Hughes, Churchill, Tübingen 1959, 65.

8 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 429 f.

9 Herre/Jagow a.a.O., „Stolypin“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1080.

10 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 432 f.

11 Georg-Paloczi-Horvath, Der Herr der blauen Ameisen Mao Tse-tung, Frankfurt/M. 1962, 34.

12 Georg-Paloczi-Horvath, Der Herr der blauen Ameisen Mao Tse-tung, Frankfurt/M. 1962, 34; Hans Henle, Mao, China und die Welt von heute, Stuttgart 1961, 45; Chiang Kai-shek, Gefangen in Sian, Erlenbach-Zürich 1943, 120.

13 Henle a.a.O., 45 f.

14 Herre/Jagow a.a.O., „Tripolitanien“.

15 Herre/Jagow a.a.O., „Stürgkh“.

16 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 430 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1155.

17 Herre/Jagow a.a.O., „Georg V.“, „Indien“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1184.

18 Der neue Brockhaus, Allbuch in fünf Bänden, Wiesbaden 1958 3., „Amundsen“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1072.

19 Henle a.a.O., 46, 53; Paloczi-Horvath a.a.O., 34.

20 Stein a.a.O., 1002; Herre/Jagow a.a.O., „Australien“, 9. Heer und Marine.

21 Herre/Jagow a.a.O., „Japan“.

22 A. Spiridowitsch, Istorija Bolschewisma w Rossii (Die Geschichte des Bolschewismus in Rußland), Paris 1922, 230, zitiert bei Hermann Fehst, Bolschewismus und Judentum, Berlin—Leipzig 1934, 24 Fußnote 24a.

23 Herre/Jagow a.a.O., „England, 5. Verfassung“; Stein a.a.O., 1002; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1067.

24 Charles Callan Tansill, Die Hintertür zum Kriege, Düsseldorf (Droste) 1956, 31; Herre/Jagow a.a.O., „Bryan", „Lansing", „Schiedsgerichtsbarkeit"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1067.

1912

1 Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Scott".

2 Kalendarj Kommunista na 1928, Moskwa/Leningrad 1928, S. 764 f., zitiert bei Hermann Fehst, Bolschewismus und Judentum, Berlin—Leipzig 1934, 35 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1080; Artur Müller, Die Sonne, die nicht aufging, Stuttgart 1959, 98.

3 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1044, 1006, 1946; Werner Stein, Kulturfahrplan, Berlin; Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, 48.

4 Henle a.a.O., 46; nach Paloczi-Horvath a.a.O., 35 erfolgt die Abdankung erst am 12. Februar 1912; Chiang a.a.O., 120; Politisches Lexikon, Göttingen—Hannover 1966—1970, II „Pu Ji"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1179 f., 1193.

5 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 432—437.

6 Müller a.a.O., 98 f.

7 Gregor Schwartz-Bostunitsch, Die Freimaurerei, Weimar o.J., 4. Aufl., 291; Georg Schuster, „Freimaurerei" in Herre/Jagow a.a.O.

8 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 437.

9 Alden Hatch, Franklin D. Roosevelt, Wien 1949, 86 ff.

10 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 438.

11 Brockhaus, 5. Bde. a.a.O., „Mutsuhito"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1197.

12 Müller a.a.O., 99 f.

13 Ernst Frymann, Auf den Pfaden der internationalen Freimaurerei, S. 7, zitiert bei Gregor Schwartz-Bostunitsch, Die Freimaurerei, Weimar o.J., 4. Aufl., 256: „Seit Mac Mahon sind alle Präsidenten der französischen Republik der Loge nicht bloß eingegliedert, sondern tätige Agitatoren, die in den Logen eine mehr oder minder hervorragende Stellung eingenommen haben ... Ebenso gehören alle jene Männer, die in den Ministerien oder in wichtigen Staatsämtern eine Rolle spielen, der Freimaurerei an. Im allgemeinen bekommt in der französischen Republik niemand ein wichtiges Amt, wenn er nicht von der Loge empfohlen ist." Es ist kaum anzunehmen, daß ausgerechnet Raymond Poincaré 1912 davon eine Ausnahme macht. So kann vorausgesetzt werden, daß er bei seinem ersten Staatsbesuch in Petersburg im August 1912 von der „Verurteilung" des österreichischen Thronfolgers (vgl. 15. September 1912) gewußt hat und den Krieg *nicht nur* um der Rückeroberung Elsaß-Lothringens willen so nachdrücklich betrieb; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1057.

14 Albert Mousset, L'Attentat de Sarajewo (Stenographische Prozeßprotokolle). Milan Ciganovic wies Princip und Cabrinovic in ihre Aufgabe ein. Angesichts dieser klaren gerichtsnotorischen Aussage der Hauptbeteiligten wirkt Lenhoffs Beteuerung, die Freimaurerei habe mit dem Attentat von Sarajewo nichts zu tun (vgl. 28. Juni 1914, Anm. 5) eher belastend als entlastend. Ferner: Revue internationale des Sociétés secrètes, 15. September 1912, zitiert bei Gregor Schwartz-Bostunitsch, Die Freimaurerei, Weimar o.J., 4. Aufl., 257.

15 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 181 f.

16 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 439 f.

17 Herre/Jagow a.a.O., „Dreibund“; Rössler/Franz, Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1958, „Dreibund“; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1025.

18 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 440 f.

19 Kurt M. Jung, Weltgeschichte in einem Griff, Berlin 1968, 776.

20 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, 46.

21 Jung a.a.O., 776.

22 Zitiert bei F. J. P. Veale, Der Barbarei entgegen, 2. deutsche Auflage, Wiesbaden (Priester) 1962, 121.

1913

1 Brockhaus, 5. Bd. a.a.O., „Schlieffen“.

2 Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 30 f.

3 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1057 f.; 1080 f.; G. Lowes Dickinson, International Anarchy 1904—1914, 329—334, zitiert bei Captain Russel Grenfell, Bedingungsloser Haß?, Preußisch Oldendorf 1972, 84.

4 Grenfell a.a.O., 85.

4a Nach den neuesten Ermittlungen der britischen Publizisten Colin Simpson und Nicholas Tomalin besteht überdies der dringende Verdacht, daß die Torpedierung der „Lusitania“ durch das deutsche U-Boot U 20 (Kapitänleutnant Walther Schwieger) am 7. Mai 1915 um 15.10 Uhr von Churchill beabsichtigt war, um endlich die USA in den Krieg gegen die Mittelmächte zu bringen (also eine Parallele zu Pearl Harbor am 7. Dezember 1941). Siehe „Life“ und „Paris Match“, 12. November 1972; BBC-Television-Sendung vom 13. oder 14. November 1972, sämtlich zitiert in Der Spiegel, Nr. 45/1972, 143 ff.

5 Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Georg“, „Konstantin“.

6 Kurt M. Jung, Weltgeschichte in einem Griff, Berlin 1968.

7 Severin Reinhard (René Sonderegger), Spanischer Sommer, Buenos Aires 1952 (2. erweiterte Auflage), 108 ff, 115; Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Morgan“.

8 Herre/Jagow a.a.O., „Wilson“.

9 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 441.

10 Rössler/Franz, Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1958, „Braunschweig“; Kurt M. Jung, Weltgeschichte in einem Griff, Berlin 1968; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 996, 1031.

11 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 442.

12 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 437 f.

13 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 443 f.

14 Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 443 f.

15 Herre/Jagow a.a.O., „Bebel“.

16 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 243.

17 Geouffre de la Pradelle u. a., Verjagt — beraubt — erschlagen, Wiesbaden 1961 (Priester), 120, 148; Vertrags-Ploetz, II 3. Bd. a.a.O., 444.

18 Herre/Jagow a.a.O., „Ebert"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1044.

19 Chaim Weizmann, Memoiren, Hamburg 1951, 200.

20 Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 32 f.; Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung, Köln, 1962, 44 ff.; Karl H. Bönner, Deutschlands Jugend, Bergisch Gladbach 1967, 95 ff.

21 Chiang a.a.O., 121; Paloczi a.a.O., 40.

22 Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Ludwig"; Jung a.a.O.; Rössler/Franz a.a.O., „Bayern".

23 Vertrags-Ploetz II 3. Bd. a.a.O., 444 f.

24 Lennhoff a.a.O., 182 f.

25 Jung a.a.O.

26 Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Menelik", „Äthiopien"; Herre/Jagow a.a.O., „Abessinien"; nur Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1911, gibt das Todesdatum Meneliks II. mit dem 12. Dezember 1911 an, zwei Jahre früher als die beiden anderen Quellen.

27 Congressional Record, Washington 24. Januar 1934, deutsche Übersetzung in Der Weg, Buenos Aires 1953, 595 ff; Martin Faustus, „Die Federal Reserve Banken" in Der Weg, Buenos Aires 1953, 179 ff.; Polit. Lexikon a.a.O., I., „Federal Reserve-System"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1095; „ ... Das System setzt sich aus 12 ‚Nationalbanken' zusammen, doch ist die einzige wirklich bedeutungsvolle von diesen die von New York ... Es ist wichtig, ... daß es sich beim Federal Reserve System nicht um eine bona fide handelnde Regierungsstelle handelt ... ist das Federal Reserve Board in seinen Entscheidungen völlig unabhängig ... Die gigantischen und geheim gehaltenen finanztechnischen Operationen der Federal Reserve ... zielen darauf ab, ... alle größeren Länder dazu zu zwingen, ‚durch Zentralbanken zu operieren, die frei von jeglicher politischen Kontrolle sein sollten, ... alle Fragen der internationalen Finanz auf dem Wege des Übereinkommens solcher Zentralbanken ohne Einschaltung der Regierungen zu regeln'. Ziel dieser Bankierdynastien ist ‚nichts geringeres als die Schaffung eines in Privathand liegenden, weltumspannenden Systems der Finanzherrschaft, dem das *politische System* eines jeden einzelnen Landes wie auch die *Wirtschafts*kräfte der Welt insgesamt machttechnisch untergeordnet sind ... Das System gipfelt in der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, einer Privatbank im Besitz und unter Kontrolle der Zentralbanken der Welt, die ihrerseits auch wieder private Geschäftsunternehmen sind. Jede Zentralbank ... war bestrebt, sich ihre Regierung unter Ausspielung des Instruments der Anleihenvergabe an das Schatzamt oder Finanzministerium gefügig zu machen, die Wechselkurse zu manipulieren, das Wirtschaftsleben des Landes zu beeinflussen ...' usw. Man erkennt aus alledem, daß das Federal Reserve System im Verein mit den Zentralbanken der europäischen Staaten das entscheidende Instrument der internationalistischen One-World-Bestrebungen darstellt." Quelle: W. Cleon Skousen, The Naked Capitalist, Salt Lake City 1970, 21 ff., mit Zitaten aus Carroll Quigley, Tragedy and Hope, New York/London 1966, 324 ff.; Wycliffe B. Vennard, Conquest or Consent, Hawthorne/Calif o.J.

28 Emrys Hughes, Churchill, Tübingen 1959, 64.

29 Christian Nationalist Crusade, Los Angeles, Chronology of the Master Plan for World Domination, 1959.

30 Müller a.a.O., 99.

1 Chiang Kai-shek, Gefangen in Sian, Erlenbach/Zürich 1943, 121.

2 Walter Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung, Köln 1962, 51; Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 34 f. Laqueur vertritt die Auffassung, mit Wyneken sei der einzige Mann gegangen, der zum damaligen Zeitpunkt der Jugendbewegung eine Linie habe geben können.

3 Chaim Weizmann, Memoiren, Hamburg 1951, 212 ff.

4 Gregor Schwartz Bostunitsch, Die Freimaurerei, Alex. Duncker Verlag Weimar o.J., 291.

5 Einige der an der Vorbereitung des Mordes Beteiligten gehören dem Geheimbund Narodna Obrana an, andere der „Vereinigung oder Tod" oder auch „Schwarze Hand" genannten Geheimorganisation des Obersten Dragutin Dimitrijewitsch-Apis, der zugleich Chef des serbischen Geheimdienstes und der eigentliche Organisator des Mordes ist. In seinen Händen laufen alle Fäden zusammen. Er hat sich bereits Anfang Mai über den russischen Militärattaché in Belgrad, Oberst Artamanow, der Zustimmung des Oberbefehlshabers der russischen Armee, des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, zu dem geplanten Attentat auf Franz Ferdinand versichert. Der Großfürst seinerseits, das Haupt der russischen Kriegspartei, dürfte ebenso wie der russische Außenminister Sasonow von dem Beschluß des Grand Orient de France gewußt haben. Noch zwingender ist der Schluß, daß Raymond Poincaré davon gewußt hat. Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, Wien 1931 und München 1966, 244 ff., ist sehr darum bemüht, die internationale Freimaurerei von jeder Mitwirkung oder auch nur Mitwisserschaft an dem Mord von Sarajewo reinzuwaschen (siehe Fußnote 3 auf S. 244 f.). Über den Beschluß des Grand Orient de France von 1912 schweigt er sich aus. Auch über die Verflechtung der serbischen Geheimorganisationen mit dem Suprême Conseil pour la Serbie (vgl. 31. Mai 1914), über die systematische Unterwanderung nicht freimaurerischer politischer Organisationen durch Logenmitglieder schreibt Lennhoff nichts. Weitere Quellen: Georg Schuster, „Freimaurerei" in Paul Herre/Kurt Jagow, Politisches Handwörterbuch, Leipzig 1923, 645; Peter Kleist, Aufbruch und Sturz des 3. Reiches, Göttingen 1968, 15; Karl Ploetz, Auszug aus der Geschichte, 27. Aufl., Würzburg 1968, 1052, 1083, 1213.

6 M. Morhardt schreibt in Les Preuves, S. 299 ff.: „Die Tatsache allein, daß zu dieser Zeit eine solche Reise unternommen wurde, bedeutet einen Kriegsplan . . . Wenn Poincaré nicht nach St. Petersburg gegangen wäre, um dort, wie Botschafter Paléologue uns berichtet hat, wilde Kreuzugspredigten für den Krieg zu halten, so würde es Nikolaus II. niemals gewagt haben, die Initiative zu einem Angriff zu ergreifen." Zitiert bei Captain Russell Grenfell, Bedingungsloser Haß?, Tübingen 1954, 89 f.; weitere Quellen: Herre/Jagow a.a.O. (siehe Anm. 5), „Poincaré"; Schwartz-Bostunitsch a.a.O., 267; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1058.

7 Grenfell a.a.O., 75 ff., 78 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1214.

8 G. Lowes Dickinson, International Anarchy 1904—1914, 447, 453, zitiert bei Grenfell a.a.O., 80 f.; daß die russische Mobilmachung im Vertrauen auf französische Unterstützung erfolgt, das heißt im Zuge der Vereinbarungen Poincaré—Iswolski—Sasonow, geht auch aus der Veröffentlichung von Gooch und Temperley, British Documents on the Origin of War, Nr. 125, hervor, ebenfalls zitiert bei Grenfell a.a.O., 84.

9 Rönnefarth/Euler, Konferenzen und Verträge (Vertrags-Ploetz), Teil II, Band 4 A: Neueste Zeit 1914—1959, Würzburg 1959, 1 f.; der amerikanische Historiker Harry Elmer Barnes fällt in seinem Werk The Genesis of the World War, New York 1926, 661 f., folgendes abschließende Urteil über die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges: „Bei einer Abschätzung der Größenordnung der Schuld der verschiedenen Länder können wir die gesicherte Auffassung vertreten, daß die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Serbien, Frankreich und Rußland fällt, wobei die Schuld etwa gleich verteilt ist. Als nächster in der Reihenfolge würde — aber weit unter Frankreich und Rußland — Österreich kommen, obwohl Wien niemals einen allgemeinen europäischen Krieg gewünscht hat. Als letzte würden wir England und Deutschland — in dieser Reihenfolge — plazieren, die beide Gegner eines Krieges in der Krise von 1914 waren. Vielleicht war die deutsche Öffentlichkeit etwas mehr auf ein militärisches Vorgehen eingestellt als das englische Volk. Aber wie ausführlich dargetan wurde, hat der Kaiser energischere Anstrengungen zur Wahrung des Friedens in Europa unternommen als Sir Edward Grey." Zitiert bei Grenfell a.a.O., 89.

10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 6.

11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 2 ff.

12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 6; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1215.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 4 ff.

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 5 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1215 f.

15 Der neue Brockhaus, fünf Bände, Wiesbaden 1959, „Kitchener"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1330.

16 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, 386; David L. Hoggan, Der erzwungene Krieg, Tübingen 1964[6.], 29, gibt das Datum der Proklamation erst mit dem 18. August an.

17 Herre/Jagow a.a.O. (siehe Anm. 5), „Benedikt XV."; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1347.

18 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, 386; Vertrags-Ploetz a.a.O., 7; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1233.

19 Erich Ludendorff, Das Marne-Drama, Der Fall Moltke-Hentsch, München 1935; Erich Ludendorff, Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse, München (164.—168. Tsd.) 1935; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1217.

20 Emrys Hughes, Churchill, Tübingen 1959, 70 ff.

21 Herbert Hoover, Memoiren, Mainz 1951, Band I, 140—149.

22 Artur Müller, Die Sonne, die nicht aufging. Schuld und Schicksal Leo Trotzkis, Stuttgart 1959, 106 f.

1915

1 Vertrags-Ploetz a.a.O., 4.

2 Hoover a.a.O., I 150 f.

3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 8 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2004.

4 Hoover a.a.O., I 151 ff.

5 Charles Callan Tansill, America goes to War, Boston 1938, Kap. 2—6, zitiert in Charles Callan Tansill, Die Hintertür zum Kriege, Düsseldorf 1956, 32 Anm. 1; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1228.

6 Hughes a.a.O., 75 f.

7 Hughes a.a.O., 76.

8 Fischer a.a.O., 387.

9 Fischer a.a.O., 386 f.; Vertrags-Ploetz a.a.O., 9 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1342, 1911.

10 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1224; Hughes a.a.O., 78.

11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 10; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1024 f.

12 Alden Hatch, Franklin D. Roosevelt, Wien (Panorama) 1949, 112 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1228, 1742.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 10; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1342.

14 Georg Schuster, „Freimaurerei" in Herre/Jagow a.a.O., I, 646; Hans A. Kroll, „Portugal" in Herre/Jagow a.a.O., II, 339.

15 Hughes a.a.O., 78 ff.

16 Freda Utley, Arabische Welt Ost oder West, Göttingen (Plesse) 1958, 24.

17 Artur Müller a.a.O., 107 f.

18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 12 ff.

19 Putzger, Historischer Weltatlas, Berlin und Bielefeld 1965, 117 II, 118 I; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1222 f.

20 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München/Wien 1966, 400 f.

21 David L. Hoggan a.a.O. (s. 1914, Anm. 16), 29.

22 Herre/Jagow a.a.O., „Yüan Schi-kai"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2004.

23 Freda Utley, Arabische Welt Ost oder West, Göttingen (Plesse) 1958, 24 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1936.

24 Herre/Jagow a.a.O., „Haiti"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1119, 1810.

25 Die Organisation hat damit einen Stand erreicht, der sie für diejenigen amerikanischen Bankiers interessant und nützlich erscheinen läßt, die hier im Zusammenhang mit der russischen Revolution vom 6./7. November 1917 (vgl. dort, Anm. 32) näher gekennzeichnet werden. J. P. Morgan hat sich bereits im Jahre 1901 für Milner interessiert. Milners Protektionskinder sind inzwischen in entscheidenden Positionen des britischen politischen Lebens plaziert, so z. B. in der Redaktion der Times, in der des Observer, im Vorstand des Londoner Bankhauses Lazard Brothers, das seit langer Zeit eng mit J. P. Morgan in New York zusammenarbeitet, in mehreren Verwaltungsbehörden und sogar im britischen Kabinett. Quelle: Carroll Quigley, Tragedy an Hope — A History of the World in Our Time, New York and London (Macmillan) 1966, 130 ff., 950 ff.

1916

1 Charles Seymour, The Intimate Papers of Colonel House, zitiert bei W. Cleon Skousen, The Naked Capitalist, Salt Lake City 1970, 21; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1742.

2 Kurz darauf wird eine Code-Meldung des deutschen Botschafters in Washington, des Grafen Bernstorff, dechiffriert werden: „Der Irenführer John Devoy informiert mich, daß der Aufstand in Irland um Ostern beginnen wird. Sendet bitte Waffen, die Limerick und Westküste von Irland zwischen Karfreitag und Ostersonntag erreichen müssen. Noch länger zu warten ist unmöglich. Benachrichtigt mich, ob Hilfe von Deutschland erwartet werden kann." Auch die positive Antwort aus Berlin mit Zusage von u. a. 20 000 Gewehren und Munition wird dechiffriert und der britischen Regierung in London mitgeteilt werden (vgl. auch 24. April 1916). Quelle: Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, Wien 1931, München 1966, 193 f.

3 Nach Herre/Jagow a.a.O., „Mittelamerika", wurde der Vertrag bereits im Jahre 1914 geschlossen, nach Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1108, 1783, am hier genannten Datum. Da aber Bryan bereits Ende Mai 1915 zurücktrat (vgl. 7. Mai 1915), muß der nach ihm benannte Vertrag vorher zustandegekommen sein.

4 Edwin Borchard/William P. Lage, Neutrality for the United States, New Haven 1937, 88, zitiert bei Tansill, Die Hintertür zum Kriege a.a.O., 33.

5 Weizmann a.a.O., 275.

6 Chiang Kai-shek a.a.O., 121; Herre/Jagow a.a.O., „Yüan Schi-kai";; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2004; nach Hans Henle, Mao, China und die neue Welt, Stuttgart (Union) 1961, 47, suchte Yüan Schi-kai zunehmend Anlehnung an die USA und an Japan und ging auch persönliche Verpflichtungen diesen beiden Mächten gegenüber ein. Henle bezeichnet ihn als „verräterisch, bestechlich und skrupellos".

7 Professor MacNeill hat auf diese Nachricht hin die für Ostersonntag angeordnete allgemeine Mobilmachung der irischen Freiwilligenarmee abgesagt. So nehmen anstatt über dreitausend nur neunhundert Mann den Kampf am Ostermontag in Dublin auf, haben zwar binnen einer halben Stunde sechs strategische Punkte der Stadt in der Hand, werden aber in den folgenden Tagen von britischen Truppen unter dem Befehl General Maxwells zur Kapitulation gezwungen werden. Der letzte, der sich mit seiner Mannschaft ergeben wird, ist der Mathematikprofessor Eamon de Valera. 450 Tote und 2600 Verwundete wird der Aufstand kosten. Fünfzehn Angehörige des irischen Hochadels wird die britische Regierung wegen Hochverrats ohne ordentliches Gerichtsverfahren hinrichten lassen, ebenso Conolly, Pearse und andere Führer des Aufstandes. Von 3500 Verhafteten werden über die Hälfte in England interniert werden, unter ihnen auch de Valera (vgl. auch 3. August und 24. Dezember 1916). Quelle: Lennhoff a.a.O., 196 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1330.

8 Fischer a.a.O., 387; Vertrags-Ploetz a.a.O., 14 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1234.

9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 15; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1946.

10 Herre/Jagow a.a.O., „Mexiko"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1775.

11 Alden Hatch, Franklin D. Roosevelt, Wien (Panorama) 1949, 116.

12 Report of the Commission of the American Jewish Relief Fund, New York City, March 1917.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 17 f.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1236.

14 Lennhoff a.a.O., 190 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1330.

15 Herre/Jagow a.a.O., „Philippinen“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2001.

16 Herre/Jagow a.a.O., „Stürgkh“, Adler“; Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage, Leipzig 1931 30., 103; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1295.

17 Herre/Jagow a.a.O., „Briand“, „Viviani“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1335.

18 Hoggan, Der erzwungene Krieg (Hoggan I) a.a.O., 30; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1235.

19 Brockhaus, Fünf Bde., a.a.O., „Franz Joseph“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1237.

20 Herre/Jagow a.a.O., „Asquith“, „Balfour“, „Lloyd George“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1330.

21 Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Berlin (S. Fischer) 1931, I 67.

22 Hoggan I a.a.O., 30; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1235.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 18 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1237.

24 Trotzki a.a.O., I 67.

25 Herre/Jagow a.a.O., „Niederländisch-Ostindien“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1997.

26 Lennhoff a.a.O., 200 f.

27 Müller a.a.O., 111 f.

28 In der Weisung heißt es u. a.: „Die Ingerenz [Einschaltung] des Präsidenten [Wilson], auch in Form des ‚clearing house‘ [Klärung der allseitigen Kriegsziele] wäre unseren Interessen abträglich, ist daher zu verhindern. Die Grundlage für künftigen Friedensschluß müssen wir durch direktes Benehmen mit unseren Gegnern schaffen, wollen wir nicht Gefahr laufen, durch Druck der Neutralen [insbesondere der USA] um gewünschten Gewinn gebracht zu werden. Wir lehnen daher auch Konferenzgedanken ab.“ Quelle: Graf Johann Heinrich Bernstorff, Deutschland und Amerika, Berlin 1920, 319 f.; Ausw. Amt, WK 18a, adh. 4 geh., Handakten; beide zitiert bei Fischer a.a.O., 408 ff.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 20 f.

30 Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, a.a.O., I 66 ff.; Brockhaus, fünf Bände, a.a.O., „Rasputin“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1239.

1917

1 Trotzki a.a.O., I 64.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 23; Ploetz, Geschichte .... a.a.O., 1229.

3 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1237; Fischer a.a.O., 386.

4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 23; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1229.

5 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1238, 1801; Vertrags-Ploetz a.a.O., 23.

6 Bundesrichter Brandeis, Haupt der zionistischen Bewegung in Amerika und Ratgeber Präsident Wilsons in der jüdischen Frage, läßt durch Weizmann ein britisches Protektorat über Palästina befürworten und ist entschieden gegen ein Kondominium Englands und Frankreichs. Denselben Standpunkt nehmen auch die russischen Zionisten ein. Sir Mark Sykes führt aus, Schwierigkeiten seien nur von Frankreich zu erwarten, das außer Syrien auch ein Mitspracherecht in Palästina beanspruche. James de Rothschild sagt, wenn die britischen Juden sich in dieser

Angelegenheit an die französische Regierung wenden würden, so werde diese die französischen Rabbiner vorschicken, um für ein französisches Palästina zu plädieren (vgl. 2. November 1917). Quelle:

7 Weizmann a.a.O., 280 f.

8 Müller a.a.O., 112 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1239.

9 Rabbiner Wise sagt u. a.: „Ich glaube, daß von allen Leistungen meines Volkes keine einzige vornehmer war, als der Anteil, den die Söhne und Töchter Israels an der großen Bewegung haben, die ihren Höhepunkt in einem freien Rußland gefunden hat." — Dann berichtet Mr. Kennan über die Arbeit der „Friends of Russian Freedom", der Veranstalter also, vor und während der Revolution und führt aus, daß er selber während des russisch-japanischen Krieges (1904/05) in Tokio gewesen sei und die Erlaubnis erhalten habe, mit den 12 000 russischen Kriegsgefangenen Verbindung aufzunehmen, die sich Ende 1904 in japanischer Hand befanden. Ihm sei der Gedanke gekommen, unter diesen russischen Gefangenen revolutionäre Propaganda zu treiben, und die japanischen Behörden hätten seinen Plan gefördert. Daraufhin habe er sich aus Amerika alles an russischem revolutionärem Schrifttum kommen lassen, was irgend greifbar war. Eines Tages sei dann ohne vorherige Ankündigung ein Dr. Nicholas Russell bei ihm in Tokio aufgetaucht und habe erklärt, er sei zu seiner, Kennans, Hilfe entsandt worden. Unter Bezugnahme auf Jacob H. Schiff sagt Kennan wörtlich: „Die Bewegung wurde von einem New Yorker Bankier finanziert, den Sie alle kennen und schätzen, und schon bald erhielten wir anderthalb Tonnen revolutionäres Propagandamaterial in russischer Sprache. Bei Kriegsende (1905) gingen 50 000 russische Offiziere und Mannschaften als glühende Revolutionäre in ihr Land zurück. Die ‚Friends of Russian Freedom' hatten in 100 russischen Regimentern 50 000mal den Samen der Freiheit ausgestreut ..."
Das anschließend verlesene Begrüßungstelegramm von Jacob H. Schiff enthält den Satz: „Wollen Sie den Anwesenden bei dem Treffen am heutigen Abend bitte von mir sagen, wie sehr ich es bedaure, nicht in der Lage zu sein, mit den ‚Friends of Russian Freedom' zusammen den nunmehr erlangten Lohn für unsere Hoffnungen und Bemühungen in diesen langen Jahren zu feiern." Gemeint sind die Jahre von 1904 bis 1917, in denen Schiff nach einer Äußerung seines Enkels John Schiff gegenüber dem amerikanischen Journalisten Cholly Knickerbocker (1949) schätzungsweise zwanzig Millionen Dollar für den endgültigen Sieg des Bolschewismus in Rußland angelegt hat. Im Jewish Communal Register of New York City wird auf Seite 1018 f. festgestellt: „Die Firma Kuhn, Loeb & Co. (unter Leitung von Jacob H. Schiff) hat die großen japanischen Kriegsanleihen der Jahre 1904/05 aufgelegt, was den japanischen Sieg über Rußland ermöglicht hat . . . Herr Schiff hat seinen Reichtum und seinen Einfluß stets zum Besten seines Volkes [hier dürfte kaum das amerikanische ‚people' gemeint sein] verwandt. Er finanzierte die Feinde des autokratischen Rußland und machte seinen Einfluß geltend, um Rußland vom Geldmarkt der Vereinigten Staaten fernzuhalten." Sonstige Quellen: New York Times, 24. März 1917, S. 2; Edgar Sisson, One Hundred Red Days, 1931; Overman Report, Senate Documents 61 & 62, 1919; New York Journal-American, 3. Februar 1949; sämtlich zitiert bei Robert H. Williams, Know Your Enemy, Santa Ana/Calif. 1950 (10. Aufl. 1952). Vgl. auch 6./7. November 1917.

10 Herre/Jagow a.a.O., „Finnland"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1311.

11 Herre/Jagow a.a.O., „Zimmermann"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1238, 1775; Fischer a.a.O., 392.

12 Herman Fehst, Bolschewismus und Judentum, Berlin-Leipzig 1934, 38 f.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 23; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1742; Politisches Lexikon, Verlag K. W. Schütz, Hannover-Göttingen 1967, II „Baruch".

14 Lenin stellt ein Sofortprogramm auf, die „Aprilthesen", in dem die Beendigung des Krieges, eine Republik der Arbeiterräte, Sozialisierung, d. h. Verstaatlichung des gesamten Grund und Bodens, Planung der Produktion und Güterverteilung durch die Sowjets gefordert wird. Quellen: Politisches Lexikon a.a.O., II „Lenin", „Parvus Helphand"; Müller a.a.O., 118 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1239; Trotzki a.a.O., I 286 ff., 291.

15 Lieutn.-Colonel J. B. Maclean, „Why did we let Trotzky go?" in Maclean's Magazine, Toronto, XXXII Nr. 6, Juni 1919; Trotzki a.a.O., I 315, Fußnote; Müller a.a.O., 118, 120 f.; Politisches Lexikon a.a.O., II „Trotzki".

16 Müller a.a.O., 119; Trotzki a.a.O., I 302 f.

17 Hoover, a.a.O., I 215; Lewis L. Strauss, Kette der Entscheidungen, Düsseldorf (Droste) 1964, 12 ff.

18 Müller a.a.O., 120 ff., datiert Abreise und Ankunft Trotzkis nach dem Kyrillschen Kalender, also dreizehn Tage zurück.

19 Die Regierung der USA veröffentlicht unter dem Titel „German Bolshewist Conspiracy" 1917 einen Teil der Dokumente aus dem für Wilson angefertigten Sisson-Bericht (Edgar Sisson a.a.O., vgl. 23. März 1917, Anm. 9), allerdings nur diejenigen, die deutsche Finanzhilfe für Lenin und Trotzki belegen. Von den amerikanischen Geldern, die über Nya Banken, Stockholm, laufen, ist in dieser Veröffentlichung noch nicht die Rede. Unter den erstgenannten Dokumenten befindet sich der Brief eines Mitarbeiters von Parvus Helphand und Spartakistenführers namens Fürstenberg aus Stockholm an einen Raphael Scholan in Haparanda, unmittelbar an der schwedisch-finnischen Grenze, der in Rückübersetzung aus dem Englischen lautet: „Lieber Genosse, das Bankhaus M. Warburg [in Hamburg] hat nach Eingang eines Telegramms vom Vorsitzenden des ‚Rheinisch-Westfälischen Syndikats' ein Konto für das Vorhaben [enterprise] des Genossen Trotzki eröffnet. Ein Rechtsanwalt, vermutlich Herr Kestroff, hat Munition beschafft und deren Transport sowie die Überweisung von Geld nach Lulea und Vardö [norwegische Eismeerküste, Varangerfjord] an die Firma Essen und Sohn, Lulea, als Empfänger und Vertrauenspersonen organisiert, denen die vom Genossen Trotzki verlangte Summe auszuhändigen ist. Brüderliche Grüße! (gez.) Fürstenberg." Datiert ist der Brief mit dem 21. September 1917 in Stockholm. Vgl. auch 6./7. November 1917.

20 Herre/Jagow a.a.O., „Konstantin"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1236, 1322.

21 William Yale, The Near East, Ann Arbor 1958, University of Michigan Press, 241; Louis Gerson, The Hyphenate in Recent American Politics and Diplomacy, Lawrence 1964, University of Cansas Press, 91 f.; beide zitiert bei Wilmot Robertson, The Dispossessed Majority, Cape Canaveral (Howard Allen, Box 76) 1972, 436 f.; Weizmann a.a.O., 290 ff., schildert die Begebenheit als „heiteres Intermezzo" und stellt Morgenthaus Plan eines Sonderfriedens mit der Türkei als unüberlegt, spontan und nahezu utopisch dar.

22 Herre/Jagow a.a.O., „Bethmann-Hollweg"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1246, 1277.

23 Polit. Lexikon a.a.O., II „Trotzki"; Müller a.a.O., 138 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1240.

24 In dem Eröffnungsbeschluß des Verfahrens gegen Trotzki und Lunatscharskij heißt es: „Sie haben als russische Bürger untereinander und mit anderen Personen konspiriert, um Staaten, die sich mit Rußland im Kriegszustand befinden, zu unterstützen. Ferner sind sie mit Agenten dieser Staaten übereingekommen, an der Desorganisation der russischen Armee und des Hinterlandes zur Schwächung der Kampffähigkeit der Armee mitzuwirken. Um dies zu erreichen, haben Sie mit den von diesen Staaten erhaltenen Geldmitteln unter Bevölkerung und Truppen eine Propaganda organisiert mit der Aufforderung, Kriegshandlungen gegen den Feind sofort zu verweigern; mit den gleichen Absichten haben Sie in der Zeit vom 3. bis 5. Juli (16.—18. Juli europ. Zeit) in Petersburg einen bewaffneten Aufstand organisiert." Quelle: Müller a.a.O., 138 f.

25 Chiang Kai-shek a.a.O., 121; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1192, 2004.

26 Herre/Jagow a.a.O., „Dmowski"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1305.

27 Bei Herre/Jagow a.a.O., „Italien", wird von einem „Vertrag von St.-Jean de Maurienne" gesprochen und wird dieser bereits auf den 21. April 1917 datiert; unsere Darstellung folgt dem Vertrags-Ploetz a.a.O., 21 f.

28 Polit. Lexikon a.a.O., II „Trotzki"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1240.

29 Henry Coston, Les Financiers qui menent le Monde, Paris o.J., 114 f.

30 Fehst a.a.O., 42 f., 62.

31 Die Initiative zu dieser Erklärung der britischen Regierung war bereits Anfang Juni von Chaim Weizmann ausgegangen, der auch, von Lord Balfour dazu aufgefordert, diesem am 18. Juli 1917 einen weitaus konkreteren Entwurf für die gewünschte Erklärung übergeben hatte und in den folgenden Monaten deswegen in Verbindung mit Felix Frankfurter und Bundesrichter Brandeis, dem amerikanischen Zionistenführer, stand. Der Plan stieß jedoch auf den leidenschaftlichen, zähen Widerstand der britischen Assimilationsjuden, insbesondere Edwin Montagues, der Mitglied der Regierung war. Daher verzögerte sich die Erklärung um Monate und erhielt schließlich nur die hier angeführte abgeschwächte und wenig konkrete Form. Der politische Zusammenhang ist folgender: Nach dem Kriegseintritt der USA fühlte sich die britische Regierung gegenüber den Zionisten, die — durch Brandeis — nicht unwesentlich dazu beigetragen hatten, zu einer wenigstens formalen Gegenleistung verpflichtet und gab, da ihr das zionistische Palästinaprojekt vorlag, die hier wiedergegebene Erklärung ab. Diese wird fast fünf Jahre später, am 24. Juli 1922, von der dann amtierenden britischen Regierung wie folgt interpretiert werden: sie beinhalte „nicht die Auferlegung einer jüdischen Nationalität für die Einwohner ganz Palästinas, sondern die weitere Entwicklung der bestehenden jüdischen Gemeinschaft zu einem Zentrum, an dem das gesamte jüdische Volk in religiösem und rassischem Sinne Interesse nehmen und Stolz empfinden könne". Weizmann a.a.O., 301 ff.; Polit. Lexikon a.a.O., I „Balfour-Deklaration". Darüber hinaus finden sich bei Wilmot Robertson, The Dispossessed Majority, Cape Canaveral 1972 (Howard Allen), Seite 436, Fußnote 12, noch folgende interessante Hinweise: „ ... Von Lloyd George liegt die Äuße-

rung vor, die Balfour-Deklaration werde einen gewichtigen Einfluß auf das Weltjudentum außerhalb Rußlands haben und komme den Interessen jüdischer Finanzkreise in bestmöglicher Weise entgegen (Leonard Stein, The Balfour Declaration, New York 1961, Verlag Simon & Schuster, S. 575). In Amerika, so hob Lloyd George hervor, werde die Deklaration besonderen Wert gewinnen, wenn die Alliierten ihre Goldreserven und marktfähigen Wertpapiere erschöpft hätten (ebd. S. 575). 1915 setzte sich eine französische Regierungsdelegation mit den amerikanischen Juden in Verbindung und das britische Außenamt forderte 1916 die britischen Juden auf, sie sollten dazu beitragen, die amerikanischen Juden an der Sache der Alliierten zu interessieren (ebd., S. 218 f.). Französische Zionisten gaben offen zu, daß Versuche unternommen wurden, die öffentliche Meinung in Frankreich zu beeinflussen, auch unter Benutzung von regierungsamtlichen Informationskanälen (ebd., S. 375). Es ist möglich, daß Wilson prominenten Zionisten in New York als Gegengabe für eine Unterstützung bei der Präsidentenwahl von 1916 die Zusicherung gemacht hat, er werde sich in Wirklichkeit für die Intervention einsetzen (ebd., S. 227). Brandeis gingen zu dieser Zeit Mitteilungen der Zionisten durch einen britischen diplomatischen Kurier zu (ebd., S. 377). Er bekannte sich öffentlich zu der Auffassung, den Zionisten werde aus der russischen Revolution Vorteil erwachsen (He publicly agreed that Zionists stood to benefit from the Russian Revolution) (ebd., S. 382). Nachdem Wilson die Balfour-Deklaration in einem vom 31. August 1918 datierten Brief bekräftigt hatte, ‚erklärte [Brandeis], daß eine feindliche Einstellung gegen den Zionismus künftighin als Disloyalität gegen die Vereinigten Staaten betrachtet werden könnte.‘ (Brandeis declared that opposition to Zionism could henceforth be considered disloyalty to the United States) (Gerson, a.a.O., S. 94). Fast zum gleichen Zeitpunkt, als in Rußland die Revolution ausbrach, wurde von den Rothschilds, die es abgelehnt hatten, dem zaristischen Regime eine Anleihe zukommen zu lassen, der neuen Regierung auf telegraphischem Wege eine Million Rubel übermittelt (the Rothschilds, who had refused to loan money to the Czarist regime, telegraphed one million rubles to the new government) (Frederic Morton, The Rothschilds, New York 1962, Verlag Atheneum, S. 175). Die türkische Revolution (1908—1909), die dazu beitrug, die Stellung der Türkei in Palästina zu schwächen, ‚war von Saloniki aus organisiert worden, wo die Juden zusammen mit den als Dönmeh bezeichneten Kryptojuden eine Bevölkerungsmehrheit darstellten.‘ (Stein, a.a.O., S. 35).“

32 Polit. Lexikon a.a.O., II „Lenin“, „Parvus Helphand“, „Trotzki“; Peter Kleist, „Terror von Lenin bis Ulbricht“ in Deutsche Wochen-Zeitung, Hannover 1967, Nr. 51/52, S. 7; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1240; in „American Mercury“, Juli 1956, nennt Paul Stevens den New Yorker Börsenspekulanten Alexander Gumberg als finanziellen Förderer Trotzkis im Jahre 1917 und gibt als Motiv für die finanzielle Unterstützung der russischen Revolution durch internationale Bankiers an, die Romanows, besonders Nikolaus I. und Alexander, wären streng auf die Erhaltung ihrer finanziellen Autonomie bedacht gewesen (zitiert bei Tansill, „Wohin, Amerika?“ in Nation Europa XIV, 10. Oktober 1964); vgl. hierzu auch 21. September 1917! Die Überweisung der Beträge begann schon im Juni 1917, wie aus dem House Document 1868, Exhibit 243, Sixty-Fifth Congress, „Papers Relating to Foreign Relations of the United Staates“, Washington, besonders aus den Dokumenten 9 und 12 dieser Reihe hervorgeht. Das Dokument 861.00/5399 im „confidential file“ des Department of State-Nationalarchivs in Washing-

ton enthält (bzw. enthielt) die Kopie eines Berichtes von Boris L. Brasol vom Ware Trade Bord der USA aus dem Jahre 1918. Brasol berichtet darin, daß das Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. (Jacob H. Schiff) und andere jüdische Finanzleute die russisch-bolschewistische Revolution finanziert hätten (vgl. hierzu auch 23. März 1917, Anm. 9). Sowohl das „National Jewish Monthley", Washington Januar 1939 (Organ des B'nai B'rith-Ordens) als auch der „Daily Worker", New York, 20. Februar 1939, melden, daß der Geistliche Father Charles E. Coughlin sich in einer Rundfunkansprache auf das oben genannte Dokument bezogen und daß daraufhin der US-Secret Service „promptly" bzw. „immediately" die Existenz des Brasol-Berichtes bestritten habe (zitiert in „The Cross and the Flag", Glendale/Calif. Nr. 12, Vol. 23, März 1965). Doch war das Dementi des Secret Service nutzlos, denn zehn Jahre später, am 3. Februar 1949, meldete „New York Journal-American" der Enkel Jacob H. Schiffs habe die Höhe der Transaktionen seines Großvaters zur Förderung der russischen Revolution mit 20 Mill. Dollar geschätzt. Verfasser dieser Meldung war Cholly Knickerbocker (zitiert sowohl in Robert H. Williams, Know Your Enemy, Counter Intelligence Information, Santa Ana/Calif. 1950, 15, als auch in W. Cleon Skousen, The Naked Capitalist, Salt Lake City 1970, 41). Auch Edgar Sisson, Sonderbotschafter Präsident Wilsons, berichtet 1918 eingehend an Wilson über diese Hintergründe der russischen Revolution und nennt die Warburgs sowie Kuhn, Loeb & Co. als Finanziers von Lenin und Trotzki. Sein Bericht ist vollständig enthalten in Edgar Sisson, One Hundred Red Days, 1931. Ebenso der Overman Report, Senate Documents 1919, 61 & 62. Weitere Einzelheiten zu diesem Fragenkomplex finden sich bei Arsene de Goulevitch, Czarism and the Revolution, bei Anthony C. Sutton, Western Technology and Sovjet Economic Development 1917—1930, Hoover Institute, Stanford University 1968, ferner bei Caroll Quigley, Tragedy and Hope, A History of the World in Our Time, New York and London (Macmillan) 1966, S. 938 ff., sowie schließlich bei José Landowsky (möglicherweise Pseudonym für Mauricio Carlavilla, Madrid), Sinfonia en rojo mayor, Kapitel XL: Radiografia de la Revolución (deutsch: Rakowskij-Protokoll, Buenos Aires 1953, Dürer-Verlag). Während Quigley als Hauptförderer der politischen Linken in den USA I. P. Morgan nennt und als dessen Motiv angibt, er habe die Linke in der Hand behalten wollen, um unerwünschte Entwicklungen zu vermeiden, läßt Landowsky (Carlavilla?) seinen Rakowskij auf Befragen außer Schiff, Warburg, Bernard Baruch, Felix Frankfurter, Henry Morgenthau, Lehman, Daniel Dreyfus (vgl. 12. März 1932!) und Lasky auch besonders Walther Rathenau und Lionel Rothschild nennen. Seine Motivation ist nicht uninteressant: die Genannten seien von dem dialektischen Dreisprung Hegels, These — Antithese — Synthese, überzeugt, faßten dabei das kapitalistische Wirtschaftssysteme als gegebene „These" auf und schüfen sich, um die künftige Synthese in ihrem Sinne beeinflussen zu können, die Antithese zum Kapitalismus, eben den Kommunimus, *selbst.* Voraussetzung dazu ist ihre Überzeugung und Vorsorge dafür, daß sie auch in einer kommunistisch regierten Welt, also nach der „Weltrevolution", die Fäden in der Hand behalten können. Die jüngste Erklärung für die nachhaltige Förderung des Kommunismus durch Angehörige der Hochfinanz bietet schließlich Wilmot Robertson a.a.O. in seinem Schlußkapitel Pax Americana an: „Ihre Intellektuellen lasen zwar Locke, Jefferson, Emerson und Mill, entdeckten aber schon bald ihre Vorliebe für die Verwandtschaft aus der alten Welt, für Marx, Freud und Boas. Den alttestamentarischen Apokalypsen des Marxismus wohnte

etwas Vertrautes und Einleuchtendes inne. Der anthropomorphe Symbolismus Freuds war einem religiösen Volk, das Ausschau hielt, was an die Stelle eines sterbenden, anachronistischen Glaubens zu setzen wäre, wie auf den Leib geschnitten. Und es hatte etwas von einer glückhaften Fügung, als Boas in New York eintraf und prompt verkündete, alle Rassen seien gleich . . . Es zeigte sich bald, daß diese neuen Theorien weit mehr waren als etwa nur intellektuelle Spielereien. In ihnen war ein riesiges Arsenal doktrinärer Waffen angelegt, die für eine Strategie des ‚divide et impera' wie geschaffen waren."

33 Müller a.a.O., 170 ff.; Fehst a.a.O., 46; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1240.

34 Vertrags-Ploetz a.a.O., 22; Fehst a.a.O., 62; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1240.

35 Herre/Jagow a.a.O., „Clemenceau"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1336.

36 Müller a.a.O., 199.

37 Müller a.a.O., 198.

38 Vertrags-Ploetz a.a.O., 22; nach Müller a.a.O., 199, wurde das Telegramm bereits am 21. November (russ. Kalender: 8. November) ausgestrahlt.

39 Müller a.a.O., 198.

40 Herre/Jagow a.a.O., „Finnland"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1311.

41 S. Melgunow, Der rote Terror in Rußland 1918—23, Berlin 1924, 66, zitiert bei Fehst a.a.O., 75.

42 Müller a.a.O., 199; Vertrags-Ploetz a.a.O., 22.

1918

1 Fehst a.a.O., 73; nach Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1240, erfolgt die Sprengung der Versammlung erst am 18. Januar.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 23 f.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1743; Herre/Jagow a.a.O., „Freimaurerei".

3 Chronology of the Zionist Master Plan for World, Christian Nationalist Crusade, Los Angeles o. J. (1960?).

4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 24 f.

5 Helmut Sündermann, Das Erbe des falschen Propheten, Leoni 1957.

6 Herre/Jagow a.a.O., „Brest Litowsk"; Vertrags-Ploetz a.a.O., 25 ff.

7 Herre/Jagow a.a.O., „Finnland"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1227, 1311, 1313.

8 Bericht des amerikanischen Captain Montgomery Schuyler, eines leitenden Nachrichtenoffiziers der US-Armee in Wladiwostok, an den Stabschef der amerikanischen Expeditionsstreitkräfte in Sibirien vom 9. Juni 1919, Seite 2, Aktengruppe 120, Akten des militärischen Geheimdienstes, Nationalarchiv Washington.

9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 27 f.

10 Herre/Jagow a.a.O., „Sibirien"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1323, 2024.

11 Peter Fleming, The Fate of Admiral Kolchak, publ. by Rupert Hart Davis 1963, zitiert in New Nation, London, Juni 1965.

12 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, 846 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1245.

13 The Cross and the Flag, Glendale/Calif., 23. Jahrg., Nr. 2, Mai 1964, „Important History".

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 37; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1244.

15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 29 f.

16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 30 f.

17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 31.

18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 32 f.

19 Herre/Jagow a.a.O., „Ungarn"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1245.

20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 33.

21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 34.

22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 35.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 35.

24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 37; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1172, 1244.

25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 37.

26 Vertrags-Ploetz, a.a.O., 35 f.

27 Herre/Jagow a.a.O., „Eisner"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1246.

28 Scheidemann selbst wird später in seinen Memoiren berichten, daß Friedrich Ebert über diese Eigenmächtigkeit vor Zorn außer sich gewesen sei: „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet die Konstituante!" Ebert habe von Regentschaft, Stellvertretung, Reichsverweser „und anderem total erledigten monarchischem Gerümpel" gesprochen. Herre/Jagow a.a.O., „Max von Baden", „Scheidemann"; Gerd Hansen, „100 Jahre SPD — 100 Jahre Schizophrenie" in National-Zeitung, München-Pasing 15/28, 15. VII. 1966; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1246 f.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 36 f.

30 Vertrags-Ploetz a.a.O., 37.

31 Herre/Jagow a.a.O., „Koltschak"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1323.

32 Walther Brewitz, Von Abraham bis Rathenau, Berlin 1935, Selbstverlag.

33 Herre/Jagow a.a.O., „Island"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1314.

34 Hoggan I a.a.O., 33 ff.

35 Strauss a.a.O., 54 ff.

1919

1 Herre/Jagow a.a.O., „Noske"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1277 f.

2 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1954; Polit. Lexikon a.a.O., II „Weizmann".

3 The Morning Post, London, 20. Januar 1919, S. 4, zitiert in The Cross and the Flag, Glendale/Calif., Nr. 12, Vol. 23, März 1965: More Quotes.

4 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 207.

5 Henry Wickham Steed, Through Thirty Years, New York 1924, Bd. II, 301 f.

6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 37 f.

7 Herre/Jagow a.a.O., „Afghanistan"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1177.

8 Herre/Jagow a.a.O., „Eisner", „Bayern".

9 Bericht an Lt. Col. David Prescott Barrows, Nachrichtenoffizier der amerikanischen Expeditionsstreitkräfte in Wladiwostok, vom 1. März 1919. Nationalarchiv Washington, Military Intelligence Files, Aktengruppe 120: Akten der amerikanischen Expeditionsstreitkräfte.

10 Neue Ordnung, Wien, Mai 1968; Politisches Lexikon a.a.O., III „Deutsch-österreichisches Geheimprotokoll 1919" (vollständiger Text, sieben Artikel mit 22 Paragraphen); Herre/Jagow a.a.O., „Deutsche Geschichte".

11 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1296; Herre/Jagow a.a.O., „Renner".

12 Herre/Jagow a.a.O., „Karolyi", „Kun"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1299.

13 Tscheka, Materialy po dejatelnosti tschreswytschainych komissii, herausgegeben vom Zentralbüro der Partei der Sozialrevolutionäre, Berlin 1922, 251 f.; W. Gurian, Der Bolschewismus, Freiburg i. Br. 1931, 137 f. Beide zitiert bei Herman Fehst, Bolschewismus und Judentum, Berlin — Leipzig 1934, 88.

14 Fritz Wartenweiler, Fridtjof Nansen, Zürich 1961, 132; Peter Kleist, Endlösung für die freie Welt?, Hannover 1972, 159 ff.; Lewis L. Strauss, Kette der Entscheidungen, Düsseldorf 1964, 39 ff.

15 Herre/Jagow a.a.O., „Bayern"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1278.

16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 37 ff.

17 Cornelius van der Horst, Die Bendlerstraße, Hamburg 1958, 131 ff.

18 Erich Kern, Von Versailles nach Nürnberg, Göttingen 1967, 41.

19 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2031 f., 2036; Putzger a.a.O., 126 f.

20 Hoover ist in dieser Hinsicht auch nicht konsequent. In seinen Memoiren schreibt er (I, 419): „Trotz all meiner schlimmen Befürchtungen und Vorahnungen in bezug auf den Friedensvertrag [gemeint ist das Versailler Diktat] beschloß ich dennoch für mich selber, seine Ratifizierung durch die Vereinigten Staaten als das kleinere Übel [?] zu unterstützen." Bekanntlich wird der Kongreß der USA die Ratifizierung am 19. März 1920 (vgl. dort) ablehnen. Er betrachtet die Ratifizierung offenbar *nicht* als das „kleinere Übel".

21 Joseph Kraft, „School for Statesmen" in Harper's Magazine, July 1958, zitiert bei W. Cleon Skousen, The Naked Capitalist, Salt Lake City/Utah 1971[6]., 51 f.; in demselben Buch von Skousen werden die folgenden Persönlichkeiten als Mitglieder bzw. Funktionäre (F) oder Angestellte (A) des Council on Foreign Relations (CFR) bezeichnet (die mit einem Stern Versehenen sind zugleich auch Teilnehmer an dem „Bilderberger" Konferenzen, vgl. Polit. Lexikon, Teil I):

* Acheson, Dean

* Ball, George Widman (Berater Nixons)
Beam, Jacob (Nixons Botschafter in der Sowjetunion)
Bowman, Isaiah (F)

* Bundy, McGeorge (A) (Berater Kennedys und Johnsons, Präsident der Ford-Stiftung)
Bunker, Ellsworth (Nixons Botschafter in Saigon)
Burns, Arthur (Vorsitzender des Federal Reserve Fund)

Cleveland, Harlan (US-Botschafter bei der NATO)
Cravath, Paul (Vizepräsident des CFR in den zwanziger Jahren)
Curtis, Lionel (zwar nicht Mitglied des CFR, der ja eine amerikanische Organisation ist, organisierte aber nach dem Ersten Weltkrieg den britischen Zweig, das Royal Institute of Int. Affairs)
Davis, John W. (Morgan-Partner, in den zwanziger Jahren Präsident des CFR)
Davis, Norman (F) (Morgan-Agent)
Duggan, Stephen P. (F)
Dulles, Allen (F) (außerdem Chartermitglied des CFR, ferner Leiter des CIA)
Dulles, John Foster (Chartermitglied des CFR, amerikanischer Staatssekretär, UN-Delegierter, Vertrauter Morgans)
Goodpaster, General Andrew J. (militärischer Berater Nixons)
* Herter, Christian (Chartermitglied des CFR)
Hiss, Alger (überführter Sowjetspion)
* Hoffmann, Paul G. (F) (Leiter des Fund for the Republic, verheiratet mit Anna Rosenberg, die McArthur im Koreakrieg zu Fall brachte)
Jessup, Philip C. (1945 UN-Delegierter)
Kahn, Otto (F)
* Kissinger, Henry A. (A) Hauptberater Präsident Nixons
Kraft, Joseph
Lamont, Corliss (Sohn des Thomas Lamont, Vorsitzender des National Council of American-Soviet Friendship, Schlüsselposition)
Lattimore, Owen
Leffingwell, Russell (F) (Vertrauter Morgans)
Lippmann, Walter (nicht als CFR-Mitglied aufgeführt, jedoch bereits seit 1914 „offizieller" Sprecher des Establishments)
Logde, Henry Cabot (Unterhändler Nixons bei den Vietnamgesprächen)
Milner, Lord Alfred (britischer Hochkommissar von Südafrika, organisierte den CFR in den USA)
Morgan, John Pierpoint (beherrschender Einfluß im CFR)
Murphy, Robert (Berater Nixons)
* McCloy, John J. (Leiter der Chase-Manhattan Bank Rockefellers, Hochkommissar für Deutschland, Leiter des Weltwährungsfonds)
McCracken, Dr. Paul (Wirtschaftsberater Nixons)
Pederson, Richard P.
Piper, Alan (Berater Nixons)
Polk, Frank L. (F)
Rockefeller, Nelson (Gouverneur von New York, 1945 UN-Delegierter)
Seaborg, Dr. Glenn T. (Vorsitzender der Atomenergiekommission)
Shepardson, Whitney
Sisco, Joseph J. (unter Nixon Assistant Secretary of State für Nahost und Südasien: Jude mit guten Beziehungen zu israelischen Führungskreisen)
Smith, Gerald (Nixons Beauftragter für Abrüstungsfragen)
Yost, Charles (A) (unter Nixon UN-Botschafter der USA)
Young, Owen D. (F) (Morgan-Agent, vgl. Young-Plan, 7. Juni 1929)

22 Gregor Schwartz-Bostunitsch, Die Freimaurerei, 4. Auflage, Weimar o. J. (nach 1936), 243, 245 f.

23 Hoggan I a.a.O., 33.

24 von Reuter, Scapa Flow, Leipzig 1921, zitiert in Herre/Jagow a.a.O., „Scapa Flow".

25 Im einzelnen diktieren die Siegermächte folgendes: Deutschland hat abzutreten: Elsaß-Lothringen an Frankreich, Moresnet und Eupen-Malmedy an Belgien, Luxemburg aus dem deutschen Zollverein und der Neutralisierung zu entlassen, das Memelgebiet unter die Obhut der Alliierten zu stellen, Westpreußen und Teile von Pommern an Polen („polnischer Korridor", der Ostpreußen vom übrigen Reichsgebiet trennt), Danzig (als „Freistaat") an den Völkerbund, die Provinz Posen und Oberschlesien ebenfalls an Polen, das Hultschiner Ländchen und die Hälfte des Kreises Leobschütz an die Tschechoslowakei sowie sämtliche deutsche Kolonien „an den Völkerbund", in Wahrheit an England und Frankreich. Volksabstimmungen sollen *außerdem* über Verbleib oder Abtretung entscheiden von: Saargebiet (nach 15 Jahren intensiver Französisierung), Nordschlewig, Teile Ost- und Westpreußens sowie (erst später zugestanden) Oberschlesiens. Insgesamt verliert Deutschland damit (von den Kolonien abgesehen) etwa 73 500 Quadratkilometer, rund ein Siebentel seines Gebietes, mit 7,3 Millionen Einwohnern, 75 % seiner Eisenerz- und 28 % seiner Steinkohlenförderung. *Außerdem* werden besetzt: das Saargebiet sowie das gesamte linke Rheinufer mit den Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz auf zunächst 15 Jahre. Die Besatzungs*kosten* sind (neben den Reparationszahlungen) vom Deutschen Reich zu tragen. (Sie werden für die Zeit vom 11. November 1918 bis zum 30. April 1921 mit 3,6 Milliarden Goldmark in Rechnung gestellt werden, in die sich USA, Frankreich, Großbritannien, Belgien und das allzeit siegreiche Italien teilen.) *Außerdem* wird ausdrücklich untersagt (Art. 80), daß sich das restliche deutsche Österreich an das Deutsche Reich anschließt. *Außerdem* darf Deutschland auch auf dem rechten Rheinufer in einer 50 Kilometer breiten neutralen Zone keine Befestigungen und keine militärischen Streitkräfte unterhalten, muß das Landheer bis zum 31. März 1920 auf 100 000 Mann, die Marine auf 6 Linienschiffe (nicht über 10 000 t), 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote mit 15 000 Mann abrüsten. Die restlichen Schiffe und die gesamte Luftwaffe sind abzuliefern. Ebenso die gesamte Handelsflotte. Was sonst alles abzuliefern ist, kann hier aus Raumgründen nicht aufgeführt werden. *Außerdem* wird öffentliche Anklage gegen Kaiser Wilhelm II. „wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes" erhoben, seine Auslieferung von den Niederlanden gefordert, *und noch vieles mehr.*

Grundlage aller dieser Forderungen und Diktate ist der Artikel 231. Er lautet: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als *Urheber* für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten *aufgezwungen* wurde, erlitten haben."

Alle, die den Vertrag in Versailles unterschreiben, wissen sehr wohl, daß diese seine Motivierung, der Artikel 231, nicht den Tatsachen entspricht, daß vielmehr Deutschland, Österreich-Ungarn und in bestimmter Hinsicht auch die Türkei 1914 das Opfer eines jahrzehntelangen internationalen Kesseltreibens wurden (vgl. Anmerkung zum 1. August 1914). Die Unterzeichner des Versailler Diktates sind auch intelligent genug, um die — zum Teil sogar beabsichtigten — Folgen in den kommenden Jahrzehnten vorauszusehen. Sie alle, auch die deutschen Unterzeichner tragen daher die uneingeschränkte Verantwortung vor der Geschichte für die ka-

tastrophale Weltwirtschaftskrise von 1931/32, für den Zweiten Weltkrieg 1939—1945 und damit auch für die Bolschewisierung, d. h. die zeitgemäße Form der totalen Versklavung von halb Europa und zahlreichen außereuropäischen Völkern. Näheres Vertrags-Ploetz a.a.O., 40—45.

26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 46 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2004.

27 Department of State (Washington) Decimal File, 1910—1929, file 861.00/5067.

28 Herre/Jagow, a.a.O., „Kemal Pascha"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1925.

29 Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 46 f., 52; Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung, Köln 1962, 149 ff. Die weit verbreitete Auffassung, die deutsche Jugendbewegung sei „unpolitisch" gewesen, läßt auf eine ebenso weit verbreitete Unsicherheit, auf ein weitgehend fehlendes Verhältnis zum Begriff des Politischen schließen. Selbstverständlich ist Jugendbewegung (als ein Stück Volksbewegung) *immer* ein Politikum ersten Ranges, selbst dort, wo sie selber glaubt und bestrebt ist, im engeren Sinne „unpolitisch" zu sein.

30 Herre/Jagow a.a.O., „Afghanistan"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1177.

31 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1278; Politisches Lexikon a.a.O., III „Weimarer Verfassung 1919".

32 Erich Kern, Von Versailles nach Nürnberg, Göttingen 1967, 76.

33 Martin Dies, „The War on Anti-Communists" in American Opinion, Belmont/Msstts. Februar 1964; Mystery Manuscript, Christian Nationalist Crusade, Los Angeles 27/Calif. o. J.

34 Im einzelnen verfügt das Diktat: Die Trennung der Staaten Österreich und Ungarn bleibt bestehen. Böhmen, Mähren, österr. Schlesien (ohne Teschen) fallen an die neugegründete Tschechoslowakei, Südtirol bis zum Brennerpaß mit den Städten Bozen und Meran, Triest, Istrien, Teile von Kärnten und Krain, Dalmatien und die dalmatinischen Inseln an Italien, das übrige Krain sowie Kroatien, Slawonien, Bosnien mit der Herzegowina an Jugoslawien, Galizien an Polen. Der Rest, d. h. Ober- und Niederösterreich, Salzburg, das restliche Tirol, Vorarlberg, das restliche Kärnten, die Steiermark und das Burgenland (ohne Ödenburg) bildet einen Bundesstaat nach Schweizer Modell und darf sich nicht dem Deutschen Reich anschließen. Hinzu kommen Bestimmungen über Rüstungsbeschränkungen bzw. Abrüstung, Wiedergutmachung, Kriegsverbrecherbestrafung, Luftfahrt, Häfen und Wasserstraßen à la Versailles. Herre/Jagow a.a.O., „St. Germain"; Vertrags-Ploetz a.a.O., 47 ff.

35 Zitiert in The Jewish Chronicle, London 7. November 1919, S. 20, zitiert in The Cross and the Flag, Glendale/Calif., Nr. 12, Vol. 23, März 1965: More Quotes.

36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 49 f.

37 Politisches Lexikon a.a.O., I „Curzon-Linie"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1305; Putzger a.a.O., 116 II.

38 Herre/Jagow a.a.O., „Indien", „Chelmsford", „Montagu"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1966.

39 Schneider a.a.O., 51.

40 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2024; Putzger a.a.O., 126 f. und Register.

1920

1 Kern, Von Versailles nach Nürnberg, Göttingen 1967, 60 f.
2 Albrecht a.a.O., 256.
3 Kern a.a.O., 76.
4 Hoggan I a.a.O., 38.
5 Herre/Jagow a.a.O., „Koltschak"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1324.
6 Zitiert in The Cross an the Flag, Glendale/Calif. Nr. 12 Vol. 23, März 1965: More Quotes, sowie in J. Creag Scott, Hidden Government, The Britons Publishing Society, August 1960, 52.
7 Herre/Jagow a.a.O., „Spitzbergen"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1314.
8 Herre/Jagow a.a.O., „Horthy"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1299.
9 Herre/Jagow a.a.O., „Branting"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1313.
10 Hoggan I a.a.O., 38.
11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 50 f.; Weizmann a.a.O., 384; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1939, 1942, 1954.
12 Herre/Jagow a.a.O., „Thüringen"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1279.
13 Wartenweiler a.a.O., 120 ff.
14 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1279; Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Pius XII."; Robert I. Gannon, Kardinal Spellman, Neuenbürg 1963, 61 f.
15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 51 f.
16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 47 ff.
17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 52 f.
18 Hoover a.a.O., II, 22 f.
19 Hoggan I a.a.O., 39.
20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 53.
21 Feo Jernsson, Polen, München (Olzog) 1971, 122.
22 Vertrags-Ploetz, a.a.O., 53 f.
23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 55 ff.
24 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1324; Hoggan I a.a.O., 39.
25 Herre/Jagow a.a.O., „Frauenstimmrecht"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1744.
26 Weizmann a.a.O., 374.
27 Herre/Jagow a.a.O., „Millerand"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1336.
28 Herre/Jagow a.a.O., „Litauen"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1255, 1305.
29 Herre/Jagow a.a.O., „Sozialdemokratie"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1279.
30 Putzger a.a.O., 114 f., 127, 131; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1256.
31 Department of State (Washington) Decimal File, 1910—29, File 861.00/7885.
32 Herre/Jagow a.a.O., „Hainisch", „Mayr"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1296.
33 Wartenweiler a.a.O., 123.
34 Schneider a.a.O., 55; Jean Louis Foncine, Scouts du Monde Entier, Paris 1955, Editions Bias, 48 f., 119.

1921

1 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1256; Vertrags-Ploetz a.a.O., 57 f.; Kern a.a.O., 71 ff.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 58 f.

3 Hoover a.a.O., II 37, 40.

4 Die Sowjets verzichten auf alle Finanzguthaben und allen Grundbesitz in Persien, ausgenommen die Gesandtschaften in Teheran und Zerguendeh sowie die Konsulate und Vizekonsulate, und treten unentgeltlich an Persien ab: die Straße Enzeli—Teheran, die Eisenbahnlinie Djoulfa—Ourmiah, die Schiffahrtseinrichtungen auf dem See Ourmiah und alle Telegrafen- und Telefonlinien, die in Persien von der zaristisch-russischen Regierung gebaut wurden, sowie den Hafen Enzeli mit allen Einrichtungen. Auf dem Kaspischen Meer haben beide Vertragspartner die gleichen Schiffahrtsrechte, in der Fischerei gesteht Persien den Sowjetrussen gewisse Sonderrechte zu. Die von der zaristischen Regierung nach Persien entsandten Missionen der russisch-orthodoxen Kirche werden aufgelöst. Persien seinerseits verpflichtet sich, *keine* der ehemals russischen Besitzungen und Einrichtungen dritten Mächten zu überlassen. Dem Vertrag wird später ein Briefwechsel vom 12. Dezember 1921 beigefügt werden, der einzelne Artikel, darunter auch den Art. 6, näher erläutert. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Teheran binnen drei Monaten nach Vertragsabschluß; Vertrags-Ploetz, a.a.O., 59 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1959.

5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 63 f.

6 Klagges/Blume a.a.O., 289; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1255, 1279.

7 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1325; Fehst a.a.O., 88; Müller a.a.O., 238 f.

8 Wartenweiler a.a.O., 126.

9 Weidlein a.a.O., 32 f., 35, 38.

10 Kleist a.a.O., 22; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1256.

11 Chiang a.a.O., 121; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2004; Henle a.a.O., 53.

12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 64 ff; Kleist a.a.O., 22.

13 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1279; van der Horst a.a.O., 182 f.; Kern a.a.O., 78 ff.

14 Wartenweiler a.a.O., 126 ff.

15 Lennhoff a.a.O., 221.

16 Wartenweiler, a.a.O., 131; Hoover a.a.O., II, 25 f.

17 Wartenweiler a.a.O., 136 ff.

18 Herre/Jagow a.a.O., „Arabisch-Vorderasien: Mesopotamien"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1936, 1939.

19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 66 f.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1256; Tansill a.a.O., 53.

20 Herre/Jagow a.a.O., „Erzberger"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1280.

21 Wartenweiler a.a.O., 138 f.; es muß befremdend wirken, daß Herbert Hoover in seinen Memoiren II, 25, Nansens entscheidende Wirksamkeit bei der Hilfsaktion des Jahres 1921 mit keinem Wort erwähnt. Nur im Zusammenhang mit der gescheiterten Aktion des Jahres 1919, I 371 ff., schildert er Nansens Rolle, in auf-

fallend negativer Färbung, stellt dafür seine eigene Rolle um so mehr heraus. Wir haben den Verhandlungserfolg Nansens in Moskau hier deswegen so ausführlich gewürdigt, weil Nansen damit der Nachwelt ein Beispiel hinterlassen hat, was ein Mann, der seiner selbst sicher ist, gegenüber Funktionären eines persönlichkeitsfeindlichen Kollektivs erreichen kann.

22 Wartenweiler a.a.O., 140—147.

23 Wartenweiler a.a.O., 147—152, 260; Hoover a.a.O., II 26 (vgl. auch Anm. 21); Hannes Rein, „Wer war Quisling?" in Der Weg (El Sendero) 4/7, Buenos Aires 1950, 654 ff.

24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 67 f.

25 Lennhoff a.a.O., 222 f.

26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 55.

27 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1255; Kern a.a.O., 80, gibt für die Teilung Oberschlesiens durch einen Völkerbundsausschuß als Datum den 29. August 1921 an.

28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 68 ff.

29 Lennhoff a.a.O., 222; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1331.

30 Vertrags-Ploetz a.a.O., 70 f.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2038.

31 Herre/Jagow a.a.O., „Panamakanal"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1787.

32 Zitiert bei Nicoll a.a.O., 29 f.

1922

1 Herre/Jagow a.a.O., „Flämische Bewegung"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1339.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 71.

3 Herre/Jagow a.a.O., „Poincaré"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1336.

4 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1257, 2004, 2024; Vertrags-Ploetz a.a.O., 68 ff.

5 Herre/Jagow a.a.O., „Gandhi"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1966.

6 Statistische Abteilung des ZK der Kommunistischen Partei: Die soziale und nationale Zusammensetzung der Kommunistischen Partei des Allbundes, Moskau/Leningrad 1928, S. 114; Die Kommunistische Partei des Allbundes in den Resolutionen und Beschlüssen ihrer Tagungen, Konferenzen und der Plenarsitzungen des ZK 1898—1932, Moskau 1932, 4. Auflage, Bd. I, S. 324 f., beide zitiert bei Fehst a.a.O., 68 f.; Müller a.a.O., 244 ff.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 71 ff.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 74.

9 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1296; Paul Herre/Kurt Jagow, Politisches Handwörterbuch, Leipzig (K. F. Köhler) 1923, „Seipel".

10 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1300; Herre/Jagow a.a.O., „Bethlen".

11 Hoggan I a.a.O., 75.

12 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1280; Ernst von Salomon, Der Fragebogen, Reinbek (Rowohlt) 1959.

13 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1280; Salomon, a.a.O.; Heinrich Härtle, „Zwischen Kaiser und Lenin", in: Deutsche Wochenzeitung, Hannover, 29. Sept. und 6. Oktober 1967.

14 Kleist a.a.O., 22.

15 Paloczi a.a.O., 69 f.; Chiang a.a.O., 121; Herre/Jagow a.a.O., „Sun Yat-sen".

16 Lennhoff a.a.O., 228 f. gibt das Todesdatum Collins' mit dem 16. August an.

17 Lyon Sharman, Sun Yat-sen: His Life and Meaning, New York 1934, S. 247; M.T.Z. Tyau, China Awakened, New York 1920, Kap. 9, beide zitiert in Tansill a.a.O., 84.

18 Müller a.a.O., 247 f.

19 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1936; Brockhaus 5 Bde. a.a.O., „Lawrence".

20 Wartenweiler a.a.O., 154 ff.

21 Wartenweiler a.a.O., 156 f.

22 Herre/Jagow a.a.O., „Faszismus", „Mussolini"; Polit. Lexikon a.a.O., I „Faschismus", II „Mussolini"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1343.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 73 f.

24 Herre/Jagow a.a.O., „Polen"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1306.

25 Kern a.a.O., 87; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1280.

26 Wartenweiler a.a.O., 111, 124, 154 ff., 157 f.; (Französisches) Nationalinstitut für Statistik und Wirtschaftsforschung, Die internationalen Bevölkerungsverschiebungen (Les Transferts Internationaux de Populations, Presses Universitaires de France, Paris 1946, deutsch in: Geouffre de la Pradelle u. a., Verjagt — beraubt — erschlagen, Wiesbaden (Priester) 1961, 97—172, insbes. 101, 108, 116: „Es scheint, als sei die Idee des freiwilligen griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches Dr. Nansen und die der zwangsweisen Umsiedlung Hamid Bey, dem türkischen Delegierten ... zu verdanken."; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1258.

27 Botschafter Herrick an Außenminister Hughes, Paris, 22. November 1922, 462.00 R 29/2184, Manuskr. US-Bundesarchiv, zitiert bei Tansill a.a.O., 53.

28 Müller a.a.O., 250—254.

29 Wartenweiler a.a.O., 159, 284, 296.

30 Weizmann a.a.O., 296, schreibt nicht, ob das „Logenkomitee", das dem amerikanischen Kongreß jene Resolution vorlegte, nur jüdische Logen oder auch allgemeine Freimaurerlogen vertrat.

1923

1 Gustav Stresemann, Vermächtnis, Hrgr. Henry Bernhard, Erster Band: Vom Ruhrkrieg bis London, Berlin (Ullstein) 1932, 25 f.
2 Stresemann, Vermächtnis, Erster Band a.a.O., 30 f.
3 Rönnefarth/Euler, Konferenzen und Verträge (Vertrags-Ploetz), Teil II Band 4 A: Neueste Zeit 1914—1959, Würzburg (Ploetz) 1959, 75; Ploetz, Auszug aus der Geschichte, 27. Auflage, Würzburg (Ploetz) 1968, 1258.
4 Stresemann, Vermächtnis, Erster Band a.a.O., 31 f.
5 ibd., 32.
6 ibd., 36.
7 ibd., 36.
8 ibd., 42.
9 Chaim Weizmann, Memoiren, Hamburg (J. P. Toth) 1951, 453—458.
10 Stresemann a.a.O., 44.
11 ibd.
12 ibd., 55.
13 Arthur Müller, Die Sonne, die nicht aufging. Schuld und Schicksal Leo Trotzkis, Stuttgart (Cotta) 1959, 256—263.
14 R. Payne, Mao Tse-tung, Hamburg 1951, 76, zitiert bei: Georg Paloczi-Horvath, Der Herr der blauen Ameisen Mao Tse-tung, Frankfurt/Main (Scheffler) 1962, 72.
15 Stresemann a.a.O., 57.
16 ibd., 44.
17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 76 ff.
18 Stresemann a.a.O., 57 f.
19 ibd., 58.
20 Brief Stresemanns an den „Vorsitzenden Meister der Loge ‚Friedrich der Große'", einen Pfarrer, vom 10. Mai 1923, faksimiliert in Stresemann a.a.O., 548 ff.
21 Stresemann a.a.O., 58; Der neue Brockhaus. Allbuch in fünf Bänden und einem Atlas, 3. Aufl., Wiesbaden (Brockhaus) 1959, 4. Band „Schlageter".
22 Stresemann a.a.O., 67.
23 Herbert Hoover, Memoiren, Band 2: Das Kabinett und die Präsidentschaft 1920—1933, Mainz (Grünewald) 1952, 25—28; Lewis L. Strauss, Kette der Entscheidungen. Düsseldorf (Droste) 1964, 39—47; Hannes Rein, „Wer war Quisling?" in: Der Weg, Buenos Aires (Dürer) 1950, Heft IV/7, 654 ff.; Walter Bauer, Die langen Reisen (Nansen-Biographie); H. Sponsels, Fridtjof Nansen; auffallend ist, daß Herbert Hoover in seinen Memoiren Fridtjof Nansen und Vidkun Quisling, die beide jahrelang die eigentliche Rettungsaktion an Ort und Stelle, in täglichem Kontakt mit Verhungernden und Typhuskranken durchführten, die mit dem sowjetischen Außenminister Tschitscherin verhandelten, mit keinem Wort erwähnt. Lewis L. Strauss behauptet, Hoover habe bereits 1919 Nansen für diese Tätigkeit gewonnen, weiß aber über Nansens Wirken in den Jahren 1921 bis 1923 auch nichts zu berichten. Der viele Jahre währende persönliche Einsatz Quislings bei dieser Rettungsaktion (vgl. 24. Oktober 1945) wird auch bei Strauss verschwiegen.
24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 78 ff.; Putzger, Historischer Weltatlas, Berlin (Velhagen & Klasing) 1965, 122 f.
25 Hoover II a.a.O., 47—57.

26 Stresemann a.a.O., 88 f.
27 ibd., 106 f.; über die eigentliche Ursache der seit August 1922 galoppierend fortschreitenden deutschen Geldentwertung (Inflation) geben die Quellen keinen zufriedenstellenden Aufschluß; Stresemann a.a.O., 110, letzter Absatz.
28 Stresemann a.a.O., 133 ff.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1259, 1280.
29 Stresemann a.a.O., 131; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1280.
30 Stresemann a.a.O., 132 f.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1281; Cornelius van der Horst, Die Bendlerstraße, Hamburg (Holsten) 1958, 231—234.
31 Putzger a.a.O., Register „Südrhodesien"; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1835.
32 Stresemann a.a.O., 157 ff.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1281.
33 Stresemann a.a.O., 139, 166 ff., 184 f.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1281.
34 Politisches Lexikon, 8 Bde. Göttingen (Schütz) 1966—1970, Teil I: Sachworte „Separatismus"; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1259.
35 Stresemann a.a.O., 184—193; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1281.
36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 82; Paloczi-Horvath a.a.O., 71 f.
37 Wiener Freimaurer-Zeitung, Nr. 9/10 1923, zitiert bei Th. Fritsch, Handbuch der Judenfrage, Leipzig (Hammer-Verlag) 1931, 227 f.
38 Stresemann a.a.O., 204 f.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1282; Walther Gehl, Deutsche Geschichte in Stichworten, Breslau (Hirt) 1939, 201 f.
39 Stresemann a.a.O., 228; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1282.
40 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Separatismus".
41 Stresemann a.a.O., 244 f.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1282.
42 Artur Müller a.a.O., 269 ff.
43 Vertrags-Ploetz a.a.O., 81.
44 Hans Henle, Mao, China und die Welt von heute, Stuttgart (Union) 1961, 60; Paloczi-Horvath a.a.O., 72.

1924

1 Stresemann, Vermächtnis, Erster Band a.a.O., 282.
2 Artur Müller a.a.O., 271.
3 ibd., 272.
4 ibd., 273.
5 Chiang Kai-shek, Gefangen in Sian, Erlenbach/Zürich (Rentsch) 1943, Zeitplan, 122; Henle a.a.O., 55 f.; Paloczi-Horvath a.a.O., 72 f.
6 Müller a.a.O., 275.
7 Stresemann a.a.O., 299, 317.
8 ibd., 337 f.
9 ibd., 333 ff.
10 ibd., 285 f., 390; Vertrags-Ploetz a.a.O., 80 ff.
11 Stresemann a.a.O., 365 f.
12 Hoover, Memoiren, Band II a.a.O., 98.
13 Stresemann a.a.O., 405, 413.
14 Müller a.a.O., 277 f.
15 Stresemann a.a.O., 406.
16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 82 f.
17 Müller a.a.O., 279 ff.; Kalendari kommunista na 1928, Moskau 1928, 764 f., ausgewertet bei: Herman Fehst, Bolschewismus und Judentum, Berlin 1934, 93,

101, 103, 107; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1326; Lazar Pistrak, Chruschtschow unter Stalin, Stuttgart (dva) 1962, 44.

18 Stresemann a.a.O., 432, 438.
19 Hoover, Memoiren, Band II a.a.O., 145 f.
20 Aldon Hatch, Franklin D. Roosevelt, Wien (Panorama) 1949, 174 ff.
21 Stresemann a.a.O., 466 f.
22 ibd., 467.
23 ibd., 466 bis 501; Vertrags-Ploetz a.a.O., 80 ff.
24 Stresemann a.a.O., 502.
25 ibd., 523.
26 ibd., 524.
27 ibd., 525.
28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 83.
29 Stresemann a.a.O., 618.
30 ibd., 595.
31 Chaim Weizmann, Memoiren, Hamburg (Toth) 1951, 478.
32 Müller a.a.O., 281 bis 289.
33 Stresemann a.a.O., 602.
34 Müller a.a.O., 289; B. Brutzkus, „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden in Rußland vor und nach der Revolution" in Archiv für Sozialwissenschaften, Tübingen 1929, Bd. 61, S. 266 f., zitiert bei Fehst a.a.O., 89.
35 Stresemann a.a.O., 602 f.
36 Gehl a.a.O., (1923, Anm. 38), 208.
37 Stresemann a.a.O., 618, 621.
38 ibd., 622.
39 Paloczi-Horvath a.a.O., 77.

1925

1 Fehst a.a.O., 100 f.
2 Müller, a.a.O., 293 f.
3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 93
4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 93; Theodor Fritsch, a.a.O., 211.
5 Gehl a.a.O., 208 f.
6 Henle a.a.O., 59; Weltgeschichte von A—Z, Olten (Fackel-Verlag) 1969; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2004.
7 Albrecht, Der verratene Sozialismus, 9. Auflage, Berlin — Leipzig 1939, 35 ff.
8 Weizmann a.a.O., 466 ff.
9 Times, London 9. Mai 1925, zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 211.
10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 94.
11 Wiener Morgenzeitung, Wien 28. Juni 1925, zitiert bei Th. Fritsch, a.a.O., 200.
12 Müller a.a.O., 295.
13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 94.
14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 94.
15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 96.
16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 98.
17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 96; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1283.
18 Müller a.a.O., 296 ff.
19 Fritz Wartenweiler, Fridtjof Nansen, Zürich 1961, 296.
20 Zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 228 und in „The free Briton", September 1956.

1926

1 Müller a.a.O., 301.
2 Schlesische Volksstimme, 30. Januar 1926, Nr. 5 und Nr. 7, zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 199.
3 Henle a.a.O., 61 f.; Paloczi a.a.O., 79.
4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 99 f.; Ploetz Geschichte ... a.a.O., 1283.
5 Hughes a.a.O., 111 f.
6 Müller a.a.O., 303 f.
7 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1331, 1936; Vertrags-Ploetz a.a.O., 100 ff.
8 Hughes a.a.O., 114 f.
9 Müller a.a.O., 304.
10 Weltgeschichte A—Z a.a.O., 1074 „Reichswehr"; Ploetz Geschichte ... a.a.O., 1284; van der Horst, Die Bendlerstraße, Hamburg (Holsten) 1958, 327—338.
11 Israelitisches Familienblatt, Wien 14. Oktober 1926, zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 230.
12 Müller a.a.O., 307.
13 Gannon a.a.O., 83.
14 Fehst a.a.O., 106 f., 162.

1927

1 Times, 21. Jan. 1927, zitiert bei Emrys Hughes a.a.O., 116 f.
2 Walther Gehl, Geschichte, 5. Klasse, Breslau (Hirt) 1942 (2. Auflage), 170.
3 Paloczi a.a.O., 82.
4 Paloczi a.a.O., 83; Chiang a.a.O., 122.
5 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2005; Chiang Kai-schek- Gefangen in Sian, Erlenbach (Rentsch) 1943, 122.
6 Müller a.a.O., 308 f.
7 Brockhaus, 5 Bde., 1959; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1303.
8 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Mazedonien"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1319.
9 Paloczi a.a.O., 87.
10 Brockhaus, 5 Bde., a.a.O., „Rumänien"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1315.
11 Hoover II a.a.O., 180.
12 Paloczi a.a.O., 88.
13 Müller a.a.O., 313 f.
14 Hoover II a.a.O., 141.
15 Müller a.a.O., 324 ff.
16 Müller a.a.O., 326 f.
17 Brockhaus, 5 Bde., a.a.O.; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1315.
18 Pistrak a.a.O., 56 f.
19 Paloczi a.a.O., 89, 93 ff.
20 Mitteilungen der Großen Landesloge von Sachsen, 1927/28, Nr. 279, zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 220 f.
21 Bernd Ruland, „Ganoven im Frack" in Bunte Illustrierte 49/71, 30. XI. 1971, 54 ff.
22 Schwäbische Tagwacht, 7. Dez. 1927, zit. bei Th. Fritsch a.a.O., 203 f.
23 Pistrak a.a.O., 62; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1326; Müller a.a.O., 332 f.
24 Stenographischer Bericht des XV. Parteitages, S. 1320, zitiert bei Alexandrow, Kto prawit Rossiei?, Berlin 1933, S. 172; Die Kommunistische Partei des Allbundes in ihren Resolutionen und Beschlüssen, S. 624, zitiert bei Alexandrow a.a.O., S. 157; Alexandrow a.a.O., S. 175, sämtlich zitiert bei Fehst a.a.O., 102, 104. Nach Pistrak a.a.O., 62, sind Trotzki und Sinowjew bereits einen Monat vor dem 18. Dezember aus der Partei ausgeschlossen worden, nach Müller a.a.O., 327, am 15. November 1927. Offensichtlich ist Ploetz hier ungenau.

1928

1 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1284; van der Horst, Die Bendlerstraße, Hamburg (Holsten) 1958, 359 ff.
2 Müller a.a.O., 333 ff., 339; Albrecht a.a.O., 256.
3 Alexandrow, Kto prawit Rossiei, Berlin 1933, 175, zitiert bei Fehst a.a.O., 102 f.
4 Albrecht a.a.O., 220.

5 Hoover a.a.O., II 181.

6 Fehst a.a.O., 113.

7 Paloczi a.a.O., 95.

8 Germania Nr. 344, 1928, zitiert bei Theodor Fritsch a.a.O., 229.

9 Brockhaus, 5 Bde., a.a.O.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1086, 1322.

10 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2005; Chiang a.a.O., 122.

11 Hoover a.a.O., II 184 f.

12 Zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 208.

13 J. W. Stalin, Sotschinenija, Moskau 1949, XI 159, 188 f., zitiert bei Pistrak a.a.O., 67 f.

14 Pistrak a.a.O., 66 ff.

15 Foreign Relations, 1928, II 184 f., 192 f., 475 ff., zitiert bei Tansill, Die Hintertür zum Kriege, Düsseldorf (Droste) 1956, 107 f.

16 Paloczi a.a.O., 96.

17 Hoover a.a.O., II 175 f.

18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 103 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1262.

19 New York Times, 28. Oktober 1928, zitiert bei Tansill a.a.O., 114.

20 Peter Kleist, Aufbruch und Sturz des 3. Reiches, Göttingen (Schütz) 1968, 37.

21 Alden Hatch a.a.O., 193.

22 Gannon a.a.O., 57.

23 Brockhaus, 5 Bde., a.a.O.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1297.

24 Müller a.a.O., 340 ff.

25 Weizmann a.a.O., 481.

1929

1 Sozialistitscheskij Westnik, Nr. 6, 1929, S. 10, zitiert bei Pistrak a.a.O., 70 f.

2 Pistrak a.a.O., 71.

3 Paloczi a.a.O., 107.

4 Walther Gehl, Geschichte, 5. Klasse Oberschulen, Breslau (Hirt) 1942[2]., 166.

5 Hoover a.a.O., III 22 f.

6 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1345; U. S. News & World Report, Washington Nr. 17/1965, zitiert in DWZ, 11. Juni 1965, 9.

7 Müller a.a.O., 343 f., 346 ff.

8 Hoover a.a.O., III 24 f.

9 Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung, Köln 1962, 199.

10 J. W. Stalin, Sotschinenija, Moskau 1949, XI 159, zitiert bei Pistrak a.a.O., 68, 71.

11 Kern, Von Versailles nach Nürnberg, Göttingen (Schütz) 1967, 138; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1284.

12 Schweizerbanner, 15. Mai 1929, zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 206.

13 Lewis L. Strauss a.a.O., 91 f.

14 Tansill a.a.O., 56 f.; Vertrags-Ploetz a.a.O., 105 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1262 f.; nach Kleist, a.a.O. 37, beträgt die Gesamtschuldenlast nach dem Youngplan 39,29 Milliarden Goldmark.

15 Gannon a.a.O., 60.

16 L'Ami du peuple du soir, Paris, 28. Juni 1929, zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 214 f.

17 Gannon a.a.O., 69 ff.

18 Tansill a.a.O., 117 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1326 f.

19 Weizmann a.a.O., 485.

20 Gannon a.a.O., 62.

21 Weizmann a.a.O., 485 f.

22 Pistrak a.a.O., 65.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 106 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1263.

24 Fritz Wartenweiler, Fridtjof Nansen, Zürich 1961, 169.

25 Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Berlin (Ullstein) 1932, Bd. I; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1285.

26 Hoover a.a.O., III 45 ff., 253 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1263, 1744.

27 Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung, Köln 1962, 185—192.

28 Tansill a.a.O., 118; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1326 f.

29 Politisches Lexikon a.a.O., Teil II, „Halifax"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1967.

30 Paloczi a.a.O., 89 f.

31 Bernd Ruland, „Ganoven im Frack", in: Bunte Illustrierte 49/71, 30. XI. 1971, 54 ff.

32 Gannon a.a.O., 63.

33 Pistrak a.a.O., 73.

34 Kern a.a.O., 141; Torsten Kreuger, Die Wahrheit über Ivar Kreuger, Stuttgart-Degerloch (Seewald) 1966, 24 f., 33 f., 123 ff.; Walther Gehl, Geschichte, 5. Klasse Oberschulen, Breslau (Hirt) 1942[2], 167. Gehl ist auf die weltweite Rufmordkampagne gegen Kreuger genauso hereingefallen wie damals auch die gesamte Presse und nennt — wie diese — Kreuger einen „Hochstapler". Selbstverständlich stellt auch Lewis L. Strauss, der ja Teilhaber des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. war, in seinen Erinnerungen „Men and Decisions", New York (Doubleday) 1962, deutsch: Kette der Entscheidungen, Amerikas Weg zur Atommacht, Düsseldorf (Droste) 1964, 101—108, Kreuger als einen Hochstapler dar.

35 Bernd Ruland, „Ganoven im Frack", in: Bunte Illustrierte, 49/71, 30. XI. 1971, 54 ff.

36 Karl Kupisch, Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen (Vandenhoeck) 1966, 128.

37 Fritz Wartenweiler, Fridtjof Nansen, Zürich 1961, 296.

1930

1 Vertrags-Ploetz a.a.O., 107 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1263, 1297, 1300; Kern a.a.O., 141 f.

2 Bayrischer Kurier, 4. Februar 1930, Nr. 35, zitiert bei Th. Fritsch a.a.O., 210 f.
3 Gannon a.a.O., 63.
4 Hoover a.a.O., III 63.
5 Gerhard Pantel, Befehl Deutschland. Ein Tagebuch vom Kampf um Berlin, München (Eher) 1936.
6 Paloczi a.a.O., 107.
7 Laqueur a.a.O., 160 ff., 189 f.
8 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1285; Kern, Von Versailles nach Nürnberg, a.a.O., 142.
9 Kern, Von Versailles nach Nürnberg, a.a.O., 142.
10 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1285; Cornelius van der Horst, Die Bendlerstraße, Hamburg (Holsten) 1958, 406 ff.
11 Paloczi a.a.O., 105.
12 Sozialistitscheskij Westnik, Nr. 5/1930, S. 14, zitiert bei Pistrak a.a.O., 85.
13 Politisches Lexikon a.a.O., II; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1912.
14 van der Horst a.a.O., 415; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1285.
15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 108 f.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1263, 1345, 2025.
16 J. W. Stalin, Sotschinenija, Moskau 1949, XII, 230, zitiert bei Pistrak a.a.O., 78, 82.
17 Wartenweiler a.a.O., 179 f., 296.
18 Kleist a.a.O., 40; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1263, 1285.
19 van der Horst a.a.O., 416; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1285; Kern, Von Versailles nach Nürnberg, a.a.O., 143.
20 Sammlung gesetzlicher Bestimmungen, Art. 252, 253, Nr. 45 (1930), zitiert bei Fehst a.a.O., 117.
21 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1306 f.; Hoggan I a.a.O., 43.
22 Hoover a.a.O., III 53.
23 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1285; Kern, Von Versailles nach Nürnberg, a.a.O., 143; van der Horst a.a.O., 416.
24 Kern, Von Versailles nach Nürnberg, a.a.O., 144; Karl Balzer, „Der 20. Juli und der Landesverrat“, in Deutsche Wochenzeitung, Hannover, 8. Juli 1966, Seite 7.
25 van der Horst a.a.O., 417 ff.
26 Sammlung gesetzlicher Bestimmungen, Art. 329, Nr. 53 (1930), zitiert bei Fehst a.a.O., 117.
27 Weizmann a.a.O., 488 ff.
28 Walther Gehl, Geschichte a.a.O., 167.
29 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1307; Hoggan I a.a.O., 43.
30 Sammlung gesetzlicher Bestimmungen, Art. 359, 360, Nr. 58 (1930), zitiert bei Fehst a.a.O., 117; Politisches Lexikon a.a.O., II „Mikojan“.
31 Hoover a.a.O., III 64.
32 K. K. Kawakami, „Manchurian Backgrounds“, Pacific Affairs, V, Februar 1932, 111 ff.; New York Times, 10. Dezember 1930; sämtlich zitiert bei Tansill a.a.O., 121 mit Fußnoten 1—3.
33 van der Horst a.a.O., 419 f.
34 Hatch a.a.O., 197.